HITLERS REVOLUTION

Ideologie Sozialprogramme Außenpolitik

Richard Tedor

Hitlers Revolution

Ideologie, Sozialprogramme, Außenpolitik

Richard Tedor

Castle Hill Publishers
P.O. Box 243, Uckfield, TN22 9AW, UK
September 2016

Richard Tedor:
Hitlers Revolution: Ideologie, Sozialprogramme, Außenpolitik
Uckfield, East Sussex: CASTLE HILL PUBLISHERS
PO Box 243, Uckfield, TN22 9AW, UK
September 2016

ISBN10: 1-59148-151-1 (Druckausgabe)
ISBN13: 978-1-59148-151-5 (Druckausgabe)

Veröffentlicht von CASTLE HILL PUBLISHERS
Hergestellt in Druckereien auf der ganzen Welt

Vertrieb: Castle Hill Publishers, PO Box 243, Uckfield, TN22 9AW, UK,
https://shop.codoh.com

Gesetzt in Garamond

Umschlagabbildung: Des Autors Kohlezeichnung von Adolf Hitler nach einer im Jahre 1935 veröffentlichten Fotovorlage.

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1:
Die Ideologie

Einleitung

Gewisse historische Epochen sind zeitlos in ihrer Fähigkeit, Neugier und Phantasie zu beflügeln. Das alte Ägypten und das alte Rom symbolisieren Größe und Macht, während die Renaissance die menschliche Kreativität in wundervoller Form zum Ausdruck bringt. Das Frankreich Napoleons beweist, dass die Willenskraft eines einzigen Menschen ein Zeitalter prägen kann, und der amerikanische Wilde Westen versinnbildlicht die Rauheit und Abenteuerlust jener Pioniergeneration, die sich einen Kontinent untertan machte. Von solchen Meilensteinen der Zivilisation kann man sehr viel lernen, auch wenn die Menschen die Ereignisse im Licht ihrer spezifischen Überzeugungen und Interessen unterschiedlich interpretieren.

Von den historisch bedeutsamen Epochen der Geschichte ist jene des nationalsozialistischen Deutschlands eine der jüngsten. Dieser Staat, der die Phantasie der Menschen weiterhin in seinen Bann zieht und gar manchem einen ehrfürchtigen Schauer einjagt, übte zu seiner Zeit geradezu unermesslichen Einfluss aus, was in Anbetracht seiner vergleichsweise kurzen Existenz umso bemerkenswerter ist. Als Antithese zu demokratischen Werten in einem Jahrhundert, das den Triumph der Demokratie sah, ging Deutschland kämpfend unter. Deshalb liegt die Geschichtsschreibung über jene Ära weitgehend in den Händen der ehemaligen Feinde Deutschlands. Zu ihren Schwachpunkten gehört die oberflächliche Annahme, der Nationalsozialismus sei ein wurzelloses politisches Programm und das Produkt der Weltanschauung eines einzigen Mannes gewesen. In Wahrheit bemühten sich die Nationalsozialisten bewusst, ihre Politik in Übereinklang mit deutschen und europäischen Bräuchen und Praktiken zu gestalten. Sie waren der Ansicht, ihre Ziele entsprächen der natürlichen Entwicklung ihres Kontinents, und verwarfen das ihrer Weltanschauung diametral entgegengesetzte westlich-demokratische Konzept als fremdartig und unmoralisch.

Die Demokratie – ein politisches Kredo, das behauptet, die Freiheit der Wahl zu verteidigen – verdankt ihren Aufschwung keineswegs ihrem Erfolg bei den Volksmassen, sondern ihrer überwältigenden wirtschaftlichen und militärischen Macht. Dies tut ihrem Anspruch, das moralischste aller möglichen politischen Systeme zu sein, jedoch keinen Abbruch. Dem recht jungen demokratischen Glauben an Multikultur, Mehrheitsherrschaft, Feminismus, universale Gleichheit und Globalisierung standen einst die gesellschaftlichen und politischen Konventionen Europas entgegen, das einen durch Konflikt und Kompromiss, innere Einkehr und Entdeckungen geprägten jahrhundertelangen Reifungsprozess hinter sich hatte. Die Überzeugung, dass eine Nation ihr eigenes Ethos sowie eine kollektive Persönlichkeit besitzt, die auf einem gemeinsamen ethnischen Erbe und nicht bloß auf Sprache oder Umwelt beruht, hat im demokratischen Denken keinen Platz, und auch die Vorstellung, dass es unter den Menschen eine durch ihre Leistungen bedingte natürliche Rangordnung gibt, ist dem Demokraten zutiefst fremd.

In der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts zwangen zwei Weltkriege zahlreichen europäischen Staaten, die zuvor einen eigenen Weg eingeschlagen hatten, demokratische Regierungen auf. Eine der schlagkräftigsten Waffen im Arsenal der Demokratie war Gräuelpropaganda. Mit ihrer

Dämonisierung des Gegners stärkte sie die Moral der alliierten Armeen und schuf den neutralen Staaten Sympathien für die Sache der Alliierten. Sie lieferte eine Rechtfertigung für den Einsatz brutalster Mittel bei der Niederringung des Feindes. Sie erklärte den Kampf zur Auseinandersetzung zwischen Gut und Böse und machte ihn hiermit für die Bevölkerung Amerikas und des britischen Commonwealth leicht verständlich. Die Schreckenstaten, welche die alliierten Propagandisten Deutschland – dem Rückgrat des Widerstandes gegen die westliche Demokratie – unterstellten, werden bis zum heutigen Tage unermüdlich beschworen. Diese Propaganda wird von der Unterhaltungsindustrie emsiger betrieben als von den Historikern und appelliert fast ausschließlich an Emotionen. Indem man seinen Widersacher in möglichst schwarzen Farben malt, will man eine rationale und sachliche Debatte über politische Alternativen auch in Zukunft verhindern. Dies ist in höchstem Maße bedauerlich, denn zu den besten Lehrmitteln in der Schule des Lebens zählt der Vergleich.

Es liegt in der Natur des Menschen, dass er Argumente allzu oft nicht nach ihrer Überzeugungskraft beurteilt, sondern danach, wer sie anführt. Die persönliche Integrität eines Gegners in Frage zu stellen ist meist viel wirksamer als eine rationale Widerlegung seiner Thesen. In Adolf Hitler besaß Deutschland einen Kriegsherrn, dessen Konzept eines autoritären, sozialistischen Staates für die Demokraten eine Herausforderung ohnegleichen bedeutete. In ihrer Empörung darüber, dass jemand in einer dermaßen aufgeklärten Zeit solche Ansichten vertreten und diese darüber hinaus so effizient propagieren konnte, bieten die zeitgenössischen Historiker Myriaden von Erklärungsmöglichkeiten für Hitlers antidemokratisches Weltbild feil. Bald behaupten sie, seine zwanghafte Faszination für schwarze Magie und Astrologie habe ihn dazu verführt, den Krieg vom Zaun zu brechen; bald wollen sie uns weismachen, er sei infolge von Inzucht in seiner Familie geistesgestört oder beschämt über seine jüdische Abstammung oder homosexuell gewesen, oder er habe eine unglückliche Kindheit gehabt, oder Frustration über sein Scheitern als Künstler empfunden, oder er sei mit einem verkümmerten Hoden zur Welt gekommen etc.

Den Urhebern solcher Legenden möchte man raten, sich beispielsweise folgende Frage zu stellen: Wie kam es, dass die demokratischen Regierungen, welche die siegreichen Alliierten 1919 in vielen europäischen Staaten in den Sattel gehoben hatten, innerhalb von 20 Jahren dort fast überall verschwanden? Russland, Italien, Ungarn, Polen, Litauen, Lettland, Österreich, Deutschland, Griechenland, Spanien, die Slowakei und bald danach Frankreich errichteten autoritäre Regime. Mehrere dieser Länder schlossen Bündnisse mit Deutschland ab. Hitler verlieh den wachsenden antidemokratischen Tendenzen auf dem Kontinent eine lebensfähige, populäre politische Form. Freiwillige aus über 30 Ländern kämpften im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite. Nur mit dem Schwert vermochten die westlichen Demokratien und die Sowjets das Reich und seine Verbündeten zu besiegen. Die Motive dieser Männer sind doch sicherlich eine nähere Untersuchung wert. Den Führer, der diese dynamischen menschlichen Ressourcen mobilisierte und lenkte, einfach als geistig umnachteten Größenwahnsinnigen abzutun, ist keine befriedigende Erklärung.

Diese norwegischen Rekruten, die man hier den Treueeid auf Hitler ablegen sieht, gehörten zu den Europäern, die freiwillig an der Seite der deutschen Heere fochten.

In den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts erhielten russische Historiker Zugang zu bisher geheim gehaltenen sowjetischen Kriegsarchiven. In den letzten Jahrzehnten hat die britische Regierung zuvor lange unter Verschluss gehaltene wichtige Dokumente schrittweise dem *Public Record Office* übergeben. Ihre Lektüre ermöglichte einen ausgewogeneren Einblick in die Ursachen des Krieges sowie in die Ziele der Staatsmänner, die ihn führten. Die vorliegende Studie stützt sich in erster Linie auf deutsche Quellen und berücksichtigt bereits in gedruckter Form vorliegende englischsprachige Quellen nur, wenn dies unumgänglich ist. Dies entspricht meinem hauptsächlichen Ziel, amerikanischen und britischen Lesern Material zugänglich zu machen, das ihnen sonst verschlossen bliebe. Die deutsche Ausgabe enthält eine Übersicht über die zahlreichen Werke zeitgenössischer deutscher Historiker, Publizisten und ehemaliger Militärs, um den deutschen Landsleuten zu einer objektiven Einschätzung der nationalsozialistischen Ära zu verhelfen und ihnen ein Verständnis der Faktoren zu ermöglichen, welche die Überzeugungen und die Handlungen der Kriegsgeneration beeinflussten.

Zahlreiche Zitate aus deutschen Publikationen der Hitler-Zeit werden den geschichtlich Interessierten mit wesentlichen Elementen der nationalsozialistischen Ideologie in der Form vertraut machen, in der sie damals der deutschen Öffentlichkeit präsentiert wurden. Niemand kann das Verhalten eines Volkes während einer bestimmten Epoche nüchtern beurteilen, wenn er den damals herrschenden Zeitgeist nicht versteht. Ziel dieses Buchs ist es, einen Beitrag zu diesem Verständnis zu leisten.

Der Aufstieg des Liberalismus

Der Nationalsozialismus war kein spontanes Phänomen, das Deutschland jäh aus seiner evolutionären Bahn warf und auf Abwege führte. Er war eine Bewegung, die fest in den Traditionen und dem Erbe des deutschen Volkes sowie in seinen fundamentalen Lebensbedürfnissen verankert war. Adolf Hitler verlieh gewissen Ideen, die damals von vielen seiner Landsleute vertreten und als festen Bestandteil ihres nationalen Charakters betrachtet wurden, greifbaren politischen Ausdruck. Obwohl die Unterstützung, die seine "oppositionelle" Partei im Volk genoss, im Wesentlichen eine Reaktion auf das allgemeine wirtschaftliche Elend darstellte, war Hitlers Machtübernahme nichtsdestoweniger eine logische Folge der Entwicklung Deutschlands.

Im Einklang mit dem nationalistischen Trend seiner Zeit förderte Hitler Deutschlands Autarkie und Unabhängigkeit. Seine Partei trat für die Souveränität der Nationen ein. Dies war einer der Hauptgründe dafür, dass das Deutsche Reich auf Kollisionskurs mit einer der seinigen diametral entgegengesetzten Weltanschauung geriet, einer weltweiten Ideologie, die in Europa und Nordamerika seit weit über einem Jahrhundert feste Wurzeln geschlagen hatte. Diese Ideologie war der Liberalismus, der zu Hitlers Zeiten bereits einen erheblichen Einfluss auf die westliche Zivilisation ausübte. Seine ehrgeizigen Ideale erfüllten seine Anhänger mit dem Bewusstsein, Teil einer internationalen Bewegung zu sein, deren Mission darin bestand, dem Menschengeschlecht "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" zu bringen. Der Nationalsozialismus lehnte die liberale Demokratie, die seiner Überzeugung nach der deutschen Moral und der natürlichen Ordnung widersprach, schroff ab.

Der Liberalismus hatte beim Übergang der Menschheit in die Neuzeit eine entscheidend wichtige Rolle gespielt. Im Mittelalter hatte der Feudalismus Europa geprägt. Lokale Grundbesitzer verpachteten Land an Bauern und Handwerker, die als Gegenleistung Lebensmittel lieferten, öffentliche Arbeiten verrichteten und Kriegsdienst leisteten. Das zersplitterte politische System, das keine Zentralregierung kannte, wich nach und nach der Autorität von Königen. Vom Adel und dem Klerus – die nur einen kleinen Teil der Bevölkerung ausmachten – unterstützt, wurden diese Könige zu "absoluten Monarchen", die ihrem Selbstverständnis nach in göttlichem Auftrag herrschten. Wer dem einfachen Volk angehörte, besaß nur geringe Chancen auf gesellschaftlichen Aufstieg. In den Genuss einer Schulbildung kam lediglich, wer sich für eine Laufbahn als Kleriker entschied. Die Monarchien schufen die Grundlagen der für die Neuzeit typischen zentralisierten Regierungsform, trugen ansonsten jedoch nur wenig zum Fortschritt bei.

Das Wiederaufblühen der Gelehrsamkeit mit ihrem Interesse für die erhalten gebliebene Literatur der Antike führte dazu, dass immer mehr Menschen über Alternativen zu dem gesellschaftlich und politisch stagnierenden monarchistischen System nachzudenken begannen. Die Renaissance war Europas intellektuelle und kulturelle Rebellion gegen die "absolute Monarchie" und deren spirituellen Verbündeten, den Klerus. Die großen Geister jener Epoche kämpften gegen religiösen Aberglauben und Intoleranz und erklärten die Vernunft zur obersten Instanz. Das Bewusstsein der latenten geistigen Kräfte, die auch im einfachen Menschen schlummern, erzeugte Respekt für das Individuum, das der Liberalismus von den Fesseln des Absolutismus befreien wollte. Die Hauptaufgabe des Staates sah er darin, die individuellen Freiheiten sowie das Recht eines jeden Menschen auf ungehinderte Entfaltung seines Potentials zu gewährleisten.

Dieses Konzept nahm im 18. Jahrhundert politische Gestalt an. Ideal ergänzt wurde die neue Betonung des Intellekts durch die Schöpfungen britischer und kontinentaleuropäischer Erfinder. Die erfolgreiche amerikanische Revolte gegen die britische Krone (1776-1783) führte zur Geburt des

ersten modernen Staates, der auf liberalen Grundsätzen fußte und die Beziehungen zwischen Regierenden und Regierten tiefgreifend veränderte: Die *Bill of Rights* – ein Bündel von zehn Zusatzartikeln zur Verfassung der Vereinigten Staaten – schränkte die Befugnisse der gewählten Volksvertreter erheblich ein und garantierte dem Volk zahlreiche Rechte. Theoretisch regierte das Volk sich selbst. Die Französische Revolution brachte die Demokratie nach Europa und eröffnete dem einfachen Menschen zahlreiche zuvor ungeahnte Möglichkeiten. Die Menschenrechtserklärung gewährleistete den französischen Bürgern Gedanken- und Meinungsäußerungsfreiheit, das Recht auf Privateigentum sowie Sicherheit. Die neue Republik befreite den französischen Bauern aus der Knechtschaft und schaffte die unter der Herrschaft des Königs bestehenden Beschränkungen des Handels ab.

Das republikanische Frankreich focht eine Reihe von Kriegen gegen europäische Monarchien aus. Die aus Vertretern aller Gesellschaftsschichten bestehende französische Armee spiegelte jenen revolutionären Geist wider, der den Absolutismus vom Thron gestoßen hatte. Nicolas Lazare Carnot, der neue Kriegsminister der Nation, verpflichtete die Offiziere zur Einhaltung strikter Normen im Umgang mit ihren Untergebenen. Als der ältere General Adame Philippe de Custine Deserteuren einmal mit dem Erschießungskommando drohte, erteilte ihm Carnot einen Verweis und erklärte, dass "der freie Bürger seinen Befehl nicht durch Schrecken, sondern durch Vertrauen bei seinen Brüdern durchsetze".[1]

1940 verfasste der deutsche Historiker Bernhard Schwertfeger einen Essay, in dem er die französische Armee der Revolutionszeit wie folgt charakterisierte:

> "Während in den absolutistischen Staatenbildungen des 18. Jahrhunderts die Bevölkerung gleichgültig der großen Politik zuzusehen gewöhnt war, zog die Revolution in Frankreich das ganze Volk in ihren Strudel hinein… Einer der Hauptgrundsätze der Französischen Revolution war es, dass jeder Bewohner des Landes im Kriegsfalle sein Vaterland zu verteidigen habe. Man konnte daher unbedenklich über die ganze Volkskraft der Nation verfügen. Waren die Kriege bisher häufig Privatangelegenheiten der Fürsten gewesen, so entwickelten sie sich jetzt zu einer Lebensfrage der ganzen Nation."[2]

Bei Jena fügte Napoleon der preußischen Armee eine vernichtende Niederlage zu. Das preußische Berufsoffizierskorps zeichnete sich im Kampf weder durch Talent noch durch Mut aus. Dies hatte zur Folge, dass das Ansehen der Aristokratie in den Augen der Bevölkerung rapide

sank.

Napoleon Bonaparte schwang sich 1804 zum Kaiser der Franzosen auf, behielt jedoch viele in der Armee geltende liberale Prinzipien bei. Insbesondere sorgte er dafür, dass Soldaten mit nachgewiesenen Führungsqualitäten unabhängig von Geburt oder Stand befördert werden konnten. Da zwei Drittel der französischen Offiziere nach der Revolution aus dem Heer ausgeschieden waren, standen Männern, die ihre Fähigkeiten unter Beweis gestellt hatten, zahlreiche Führungspositionen offen. Napoleon gestand seinen Feldoffizieren im Kampf einen größeren Ermessensspielraum zu, als dies früher üblich gewesen war.

Im Oktober 1806 brachte die französische Volksarmee den deutschen Elitetruppen, den Heeren von Preußen und Sachsen, in der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt eine schwere Niederlage bei. Die preußische Infanterie, die sich durch Disziplin und Gehorsam auszeichnete, besaß eine rigide Kommandostruktur, während Napoleon nach Kampfbeginn taktische Entscheidungen traf und sich auf die Initiative seiner Untergebenen verließ, um den Feind auszumanövrieren, sobald sich Gelegenheit dazu bot. Bei Auerstedt leisteten die kämpfenden deutschen Soldaten stundenlang beherzten Widerstand, während 18.000 Reservisten untätig abwarteten, weil der verwundete Oberbefehlshaber, der Herzog von Braunschweig, ihnen keinen Befehl zum Vormarsch erteilte. Keiner seiner Offiziere wagte es, auf eigene Faust zu handeln und die Männer in die Schlacht zu führen.

Zu den Zeugen der deutschen Niederlage gehörte der Infanteriehauptmann Neidhard von Gneisenau. Im Juli 1807 warb er in einer Denkschrift für eine tiefgreifende Reform der preußischen Armee. Die Erfolge des Feindes, meinte er, gingen nicht auf eine überlegene Strategie, sondern auf eine neue Lebensphilosophie zurück:

> “Die Revolution hat alle Kräfte erweckt und jeder Kraft einen ihr angemessenen Wirkungskreis gegeben. Dadurch kamen an die Spitzen der Armeen Helden, an die ersten Stellen der Verwaltung Staatsmänner und endlich an die Spitze eines großen Volkes der größte Mensch aus seiner Mitte. Welche unendlichen Kräfte schlafen im Schoße einer Nation unentwickelt und unbenutzt! Warum griffen die Höfe nicht zu dem einfachen und sichern Mittel, dem Genie, wo es sich auch immer findet, eine Laufbahn zu öffnen, die Talente und die Tugenden aufzumuntern, von welchem Stande und Range sie auch sein mögen? Warum wählten sie nicht dieses Mittel, ihre Kräfte zu vertausendfachen, und schlossen dem gemeinen Bürgerlichen die Triumphpforte auf, durch welche der Adlige jetzt nur ziehen soll? Die neue Zeit braucht mehr als alte Namen, Titel und Pergamente, sie braucht frische Tat und Kraft!”[3]

Gneisenau entwarf einen Plan zur Brechung der französischen Vorherrschaft in Europa:

> “Wollten die übrigen Staaten dieses Gleichgewicht wiederherstellen, dann mussten sie sich dieselben Hilfsquellen eröffnen und sie benutzen. Sie müssen sich die Resultate der Revolution zueignen.”[4]

Laut dem Friedensvertrag von Tilsit, den der preußische König im Juli 1807 mit Napoleon unterzeichnete, durfte Preußen maximal 42.000 Mann unter Waffen halten. Diese Bestimmung verringerte die Zahl der aktiven Offiziere drastisch; von 143 Generalen blieben nur acht im Dienst. Gneisenau und General Gerhard Johann von Scharnhorst reorganisierten den Kriegsdienst ohne jede Einmischung seitens einer Hierarchie von Berufsmilitärs. Lokale Milizen wurden zum Kern einer nationalen Armee. Die Eingliederung von Angehörigen breiter Volksschichten in das Heer führte zwangsläufig zu einer Schwächung der Monarchie bei gleichzeitigem Erstarken des Volkes. Als der König die ersten Milizbataillone inspizierte, bemerkte er: “Dort unten marschiert die Revolution.”[5]

Zu jener Zeit warben deutsche Patrioten wie Freiherr von Stein, Ernst Moritz Arndt und Gottfried

Fichte für bürgerliche Reformen und bekannten sich teilweise zu liberalen Werten. Eine populistisch-revolutionäre Bewegung führte zum preußisch-deutschen Aufstand gegen Napoleon und trieb die Franzosen aus dem Land. Im Gegensatz zu den französischen Revolutionären von 1789 rebellierten die Deutschen, die keine Zentralregierung besaßen, nicht gegen ihre Königshäuser. Die deutschen Patrioten propagierten die Einigkeit aller Volksgenossen. Sie strebten die Reform der bestehenden Ordnung und nicht deren Sturz an. Nach der unvollendeten Revolution von 1848 wurde Preußen zur konstitutionellen Monarchie.

Die preußischen Generäle Johann Scharnhorst und Neidhard von Gneisenau waren verantwortlich für den Aufbau der deutschen Volksbefreiungsarmee, die ihr Land anno 1813 von Napoleon befreite.

Reformen waren in der Tat das Gebot der Stunde. Ein fremder Eindringling hatte das Land erobert und teilweise besetzt. Napoleon hatte die preußischen Ressourcen rücksichtslos geplündert; in Berlin starben von vier Neugeborenen drei an Unterernährung. Das Unvermögen der Aristokratie, ihr Land zu verteidigen, bewies die Notwendigkeit einer Reform der Staatsform, und deutsche Denker waren sich bewusst, dass die Bevölkerung fortan als entscheidender militärischer und politischer Faktor ins Gewicht fallen würde. Sie anerkannten das Potential des Individuums. Allerdings vertrauten die Deutschen der Autorität des Staates auch weiterhin und betrachteten die Regierung keinesfalls als bloße Dienerin des Volkes. Nichtsdestoweniger wurde der Liberalismus im Verlauf des 19. Jahrhunderts in Deutschland populär und gewann größeren Einfluss als jene intellektuelle Bewegung, die ein Gleichgewicht zwischen Freiheit und Autorität anstrebte. Doch letztere blieb als latente Kraft erhalten und sollte später zu einem Eckstein der Ideologie Hitlers werden.

Die Demokratie

Da Europas Vertrauen in das feudal-monarchistische System, unter dem es jahrhundertelang gelebt hatte, geschwunden war, bot der Liberalismus eine politische Alternative. Er machte den Menschen bewusst, dass sie individuelle, nicht von ihrer angeborenen Zugehörigkeit zu einem bestimmten Stand abhängige Rechte sowie einen Anspruch auf Vertretung in der Regierung besaßen. Für viele wurde das Konzept der Demokratie zum Synonym für Freiheit schlechthin. Hitler kam in Deutschland 1933 mit verfassungsmäßigen Mitteln zur Macht, führte seine Wahlkampagnen jedoch unter antidemokratischen Parolen. Die Nationalsozialisten deuteten den Begriff der individuellen Freiheit anders als die Demokraten, nämlich auf eine Weise, welche die Verhältnisse in Deutschland ihrer Meinung nach realistischer widerspiegelte.

Der eine oder andere nationalsozialistische Propagandist erkannte die Verdienste des Liberalismus unverhohlen an. In *Die SA*, der Wochenzeitung der Parteisturmtruppen, räumte Dr. Theo Rehm ein, dass der Liberalismus beim Eintritt Deutschlands in die Neuzeit eine bahnbrechende Rolle gespielt hatte:

> “Es soll nicht bestritten werden, dass der Liberalismus seine großen Verdienste hatte. Insbesondere das Bürgertum, aber auch die anderen Volksstände erlebten durch die Durchsetzung liberaler Gedanken einen großen geistigen sowie wirtschaftlichen Aufschwung. Viele wertvolle Kräfte, die sonst unerkannt und brach gelegen hätten, wurden durch ihn zum Wohl der Allgemeinheit ausgelöst und zum Einsatz gebracht. Es darf auch nicht vergessen werden, dass seinerzeit im Ringen um Deutschlands Einigkeit gegen die Interessen der egoistischen Fürstendynastien nach den Befreiungskriegen die besten Vertreter des deutschen Liberalismus an der Spitze standen.”[6]

Dennoch verurteilte Rehm den zentralen Grundsatz des Liberalismus:

> “Die absolute Freiheit der Einzelpersönlichkeit muss letzten Endes jedes ersprießliche Zusammenleben der Menschen in einem Staat in Frage stellen. Das Bestreben, die Einzelpersönlichkeit vor das Volk zu stellen, ist falsch… Damit der einzelne leben kann, muss zuerst das Volk leben; dieses aber hat zur Voraussetzung, dass der einzelne nicht tun kann und darf, was er mag, sondern dass er sich nach den Gesamtinteressen des Volkes auszurichten hat und dementsprechend auch Einschränkungen und Opfer auf sich nehmen muss.”[7]

Hitler sprach sich für eine organische Staatsform aus. Wie ein biologischer Organismus organisiert die Regierungen die Gesellschaft so, dass jede ihrer Komponenten eine individuelle Funktion im Dienste des Gemeinwohls ausübt. Keinem Stand steht das Recht zu, sich zum Schaden der anderen über diese zu erheben. Der Organismus gedeiht nur als einheitliches Ganzes. Davon profitieren jedes Individuum und jede Gesellschaftsklasse. Eine solche gesunde Gesellschaft funktioniert harmonisch und schirmt sich entschlossen gegen schädliche fremde Einflüsse sowie gegen Einmischung von außen ab. Die Zeitschrift *Germanisches Leitheft* formulierte es wie folgt:

> “Alle einzelnen Teile innerhalb des Reiches bewahren ihre unabhängige Eigenart, überwinden sich aber nichtsdestoweniger, sich dem Ganzen einordnen zu lassen.”[8]

Im November 1930 sagte Hitler in einer Rede:

> “Richtig ist, was dieser Gesamtheit dient und nicht dem einzelnen… Die Gesamtheit ist das Primäre, das Wesentliche, erst durch sie erhält er seinen Anteil am Leben, und wenn sein Anteil den Gesetzen der Gesamtheit widerspricht, dann muss die Menschenvernunft darauf hinweisen, dass das Interesse der Gesamtheit seinen Interessen vorgehen muss.”[9]

In einer funktionstüchtigen Gesellschaft erfordert der Zusammenschluss von Menschen in einer Kooperative, dass ihre Angehörigen zum Wohle anderer manche ihrer persönlichen Ambitionen hintanstellen. Gegenseitige Konzessionen kennzeichnen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Die gemeinsamen Ziele der Gesellschaft – Verteidigung, Handel, Wohlstand, Gemeinschaft und Sicherstellung der Ernährung – lassen sich nur verwirklichen, wenn die Menschen im Hinblick auf das Gemeinwohl Kompromisse eingehen. Hitler war der Überzeugung, dass eine Nation, die sich über diese elementare Wahrheit hinwegsetzt, nicht überleben kann. Im April 1937 hielt er in einer Ansprache fest:

> "Dieser Staat ist entstanden, und alle die Staaten sind entstanden durch eine Überwindung der reinen Interessen des Eigensinns und auch des Eigennutzes des Individuums. Die Demokratie steuert darauf los, das Individuum in den Mittelpunkt des ganzen Geschehens zu rücken. Es ist unmöglich, auf die Dauer nun der Krise zu entgehen, die sich aus einen solchen Zwiespalt ergeben muss."[10]

In *Die SA* wies Rehm warnend darauf hin, dass persönliche Ambitionen, die keiner Kontrolle unterworfen werden, sondern sich frei entfalten dürfen, zu Missbräuchen führen:

> "So sehr der Liberalismus das Verdienst hat, die Wertung der persönlichen Initiative und der Führerpersönlichkeit einst gefördert zu haben, so ist sein Freiheits- und Persönlichkeitsideal ausgeartet zum Prinzip der Willkür schlechthin im persönlichen und insbesondere in wirtschaftlichem und geschäftlichem Leben."[11]

Im Mai 1937 erschien in der ideologischen Monatszeitschrift *Der Schulungsbrief* ein Beitrag, in dem der naive Glaube des Liberalismus an die "natürliche Güte der freien Persönlichkeit" attackiert wurde. Der Verfasser, Eberhard Kautter, legte dar, wie dieser Glaube die Wirtschaftspolitik eines liberalen, demokratischen Staates prägt:

> "Hinsichtlich der Wirtschaftsgestaltung nahm der Liberalismus an, dass man es nur dem einzelnen Wirtschaftstätigen überlassen müsse, ungestört seinen Interessen nachzugehen, um damit am sichersten zu einer allgemeinen Leistungsentfaltung und zu einer fruchtbaren Volkswirtschaft zu gelangen… Das liberalistische Sozialprinzip beruhte also auf der Erwartung, dass die Befreiung der Individuen über die Harmonie des Spiels der freien Kräfte zu einer selbsttätig entstehenden, gerechten Wirtschafts-, Staats. und Sozialordnung führen werde."[12]

Das Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront gelangte in seinem Jahrbuch für 1940/41 zum Schluss, eine liberale Wirtschaftspolitik bewirke "die Zerstörung jeglicher gesellschaftlichen Ordnung", weil im Handel tätige Personen "von jeder politischen und sozialen Verantwortung gelöst" seien.[13] Die Zeitschrift *Germanisches Leitheft* sah im freien Wettbewerb ein ungezügeltes Streben nach persönlichem Reichtum, das dem Geist einer organisierten Gesellschaft widerspreche:

> "Es gab schließlich keine höheren sittlichen Bindungen des Einzelmenschen mehr an eine Gemeinschaft, keine Bindung von Mensch zu Mensch durch einen Ehrbegriff oder persönliches Vertrauen. Es gab keine anderen Bindungen oder Beziehungen untereinander als das rein materielle, selbstsüchtige Interesse, d. h. Geld."[14]

Der Journalist Giselher Wirsing erwähnte die Vereinigten Staaten von Amerika, die Hochburg des freien Unternehmertums, als Beispiel dafür, wie eine liberale Wirtschaftspolitik allmählich ein gesellschaftliches Ungleichgewicht heraufbeschwört, in dem zwischen den Bedürftigen und den Wohlhabenden ein tiefer Abgrund klafft:

> "Damit aber diente der Amerikanismus auch in Amerika selbst nicht mehr einer Verbreiterung des Wohlstandes und einer Verbesserung der Lebensbedingungen der großen Masse, sondern nur noch der Aufrechterhaltung des Lebensstils der privilegierten Oberschicht."[15]

Eine unter dem Titel *Was will Roosevelt?* erschienene deutsche Studie über die USA zur Zeit der Großen Depression hielt fest:

> "So findet sich in US.-Amerika neben märchenhaftem Reichtum, der sich in einem verschwenderischen, parvenuehaften Luxus ausgibt, eine unvorstellbare Armut und soziale Verkommenheit… Im reichsten Lande der Erde, im gelobten Paradies der Demokratie müssen Zehntausende amerikanischer Familien aufs dürftigste leben und ist die Unterernährung von Millionen USA.-Kindern und USA.-Bürgern derart weit verbreitet, daß ein Drittel der gesamten nordamerikanischen Bevölkerung als unterernährt und drei Viertel als unzureichend ernährt anzusprechen sind."[16]

Hitler selbst äußerte sich zu diesem Thema in einer Rede vom Juli 1930, in der er seiner Überzeugung Ausdruck verlieh, dass eine Gemeinschaft wie ein Mann steht oder fällt:

> "Ich glaube, daß unser Volk auf die Dauer nicht bestehen kann als Volk, wenn es nicht in allen Teilen gesund ist. Ich kann mir keine Zukunft unseres Volkes vorstellen, wenn ich auf der einen Seite sehe, dass eine wohlgemästete Bürgerschaft daherwandelt und nebenher abgemagerte Arbeitergestalten schreiten."[17]

Seine Vision eines organisch regulierten Staates einerseits, und andererseits das liberaldemokratische Konzept, das den Schwerpunkt auf die individuelle Freiheit legt, beruhten natürlich auf grundverschiedenen Vorstellungen von der Rolle der Regierung. In seiner Ausgabe vom Juni 1937 ritt *Der Schulungsbrief* eine Attacke auf den Liberalismus:

> "Weil aber so der Liberalismus an die Göttlichkeit und die unbedingte Vernunft des Einzelnen glaubte, leugnete er auch das Herrschaftsrecht und die Ordnungsaufgabe des Staates. Der Staat ist dem Liberalismus nichts anderes als der Verkörperer alles ungerechtfertigten Zwanges. Deshalb sucht er die Befugnisse des Staates auf jede Weise zu mindern."[18]

In gleichem Sinn äußerte sich *Die SA*:

> "Nach liberalistischer Auffassung hat also der Staat keine andere Aufgabe als die des Nachtwächters, nämlich Leben und Eigentum des Einzelnen zu beschützen."[19]

Der Schulungsbrief, *der in Millionenauflage erschien, gehörte zu den wichtigsten Instrumenten der ideologischen Schulung im Deutschen Reich. Die Devise auf dem Titelblatt lautete: "Recht auf Arbeit – Pflicht zur Leistung."*

Dieselbe Zeitschrift verurteilte das parlamentarische System der repräsentativen Regierung mit folgenden Argumenten:

> "So berechtigt und verständlich an sich das Verlangen der Völker auf Teilnahme an der Regierung war, nachdem in neuerer Zeit die Politik nicht mehr bloß Gegenstand regierender Fürstenhäuser, sondern Angelegenheit des ganzen Volkes geworden war, so sehr haben sich auch bald die Schäden und die Schwächen dieser Regierungsform herausgestellt… Die Mitregierung des Volkes besteht praktisch nur auf dem Papier. In Wirklichkeit regiert eine Schicht berufsmäßiger 'Volksführer' (Parlamentarier), welche auf dem Weg der verschiedenen von ihnen gegründeten Parteien sich regelmäßig in das Parlament wählen lassen und aus dieser Tätigkeit einen neuen Beruf gemacht haben. Daß sie dabei vielfach nicht das Wohl des Volkes und Staates, sondern ihre eigenen persönlichen Interessen oder die bestimmter, hinter ihnen stehenden Wirtschaftskreise im Auge haben, ist hinlänglich bekannt."[20]

Hitler argumentierte, das Fehlen ausreichender staatlicher Kontrollen in einer Demokratie erlaube es den vermögenden Gesellschaftsschichten, die Wirtschaft, die Presse und die gewählten Volksvertreter zu ihrem eigenen Nutzen zu manipulieren. Dies führe zu einer Verbreiterung der Kluft zwischen Armen und Reichen und treibe die Arbeiterklasse nach und nach in den Ruin. In einer im Dezember 1940 gehaltenen Rede vor Berliner Rüstungsarbeitern verfocht er die Auffassung, das angebliche Mitspracherecht des Volkes in demokratischen Systemen sei eine Illusion:

> "In diesen Ländern regiert tatsächlich das Kapital, das heißt, es ist eine Schar von einigen hundert Menschen letzten Endes, die im Besitz unermesslicher Vermögen sind und die infolge der eigenartigen Konstruktion des Staatslebens dort mehr oder weniger gänzlich unabhängig und frei sind… Unter freier Wirtschaft verstehen sie die Freiheit, Kapital nicht nur zu erwerben, sondern auch vor allem Kapital frei wieder zu verwenden, frei zu sein in der Erwerbung des Kapitals von jeder staatlichen, d. h. volklichen Aufsicht.
>
> Nun müsste man doch meinen, daß vor allem in diesen Ländern der Freiheit und des Reichtums ein unerhörtes Wohlleben für das Volk bestehen müsste… Im Gegenteil, in diesen Ländern ist der Klassenunterschied der krasseste, den man sich denken kann. Armut, unvorstellbare Armut auf der einen Seite und auf der anderen ebenso unvorstellbarer Reichtum. Das sind Länder, die über die Bodenschätze der Welt verfügen, und ihre Arbeiter, die hausen in erbärmlichen Löchern… In diesen Ländern der sogenannten Demokratie wird ja überhaupt gar nicht das Volk in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt. Was entscheidend ist, ist ausschließlich die Existenz dieser paar Macher der Demokratie, das heißt also die Existenz dieser paar hundert gigantischen Kapitalisten, die im Besitz ihrer Werte, ihrer ganzen Aktien sind und die letzten Endes damit diese Völker ausschließlich dirigieren. Die breite Masse interessiert sie nicht im geringsten."[21]

Die SA legte den Finger auf einen anderen, auch von Hitler nachdrücklich kritisierten Schwachpunkt des Parlamentarismus:

> "Es gibt in der Demokratie praktisch keine Verantwortlichkeit. Die Anonymität der jeweiligen Mehrheit entscheidet. Von ihr sind die Minister abhängig; es besteht aber keine Möglichkeit, diese

> jeweilige Mehrheit zur Verantwortung zu ziehen. Infolgedessen ist der politischen Leichtfertigkeit und Fahrlässigkeit, Korruption und Misswirtschaft in den Demokratien Tür und Tor geöffnet. Die Geschichte der Demokratien ist meistens zugleich eine Geschichte der Skandale."[22]

Der Autor von *Was will Roosevelt?* stellte die Korruption in den USA an den Pranger:

> "Kein amerikanischer Bürger regt sich mehr über die Erscheinungen der schamlosen Korruption im kommunalen Leben auf, weil er diese Misswirtschaft als eine selbstverständliche Begleiterscheinung der Verwaltung und als unabänderlich ansieht."[23]

Hitler berichtete einmal, in seiner Jugend habe ihm ein Besuch des österreichischen Parlaments "das ersichtliche Fehlen jeder Verantwortlichkeit einer einzelnen Person" vor Augen geführt.[24] Und für die Zeitschrift *Germanisches Leitheft* war "Flucht vor der Verantwortung" das "wohl schlagendste Anzeichen für den Mangel an Moral".[25]

Laut der Armeebroschüre *Wofür kämpfen wir?* war die Demokratie zum Scheitern verurteilt, weil sie ein Produkt des Liberalismus war: Die Folgen eines übersteigerten Individualismus seien

> "die Selbstvergötterung und Abkehr von der Gemeinschaft, die Auflösung der gesunden Lebensordnungen der Völker und somit aber auch der Verfall. Durch die Überbewertung des Materiellen vom wirtschaftlichen Standpunkt her kam es zur Klassenbildung und zur Sprengung der Volksgemeinschaft. Nicht der Charaktervolle genoss das größere Ansehen, sondern der Reiche… Die Arbeit dient nicht mehr als werteschaffendes Mittel der Volksgemeinschaft, sondern lediglich dem Eigennutz. Die Wirtschaft entwickelt sich unabhängig von Volk und Staat zu einem Eigenwesen, das nur die Anhäufung von Gold zum Zweck hat."[26]

"Freiheit kann nun einmal nicht identisch gemacht werden mit Willkür, Schrankenlosigkeit und egoistischer Rücksichtlosigkeit", resümierte die Zeitschrift NS-Briefe.[27]

Hitler sah in der liberalen Geringschätzung der Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft ein Hindernis für die nationale Einheit. In der Zeitschrift *NS-Briefe* hieß es:

> "Frei ist nach nationalsozialistischer Auffassung, wer die von der Lebensnotwendigkeit seines Volkes gesetzte Bindung und Beschränkung erkennt und freudig bejaht."[28]

Hitler kam in einer Gesellschaft an die Macht, in der ein liberales politisches Klima herrschte. Um das liberale Ideal, das für viele die Verkörperung der Freiheit war, zu überwinden, führte er eine alternative Staatsform ein, die dem Tüchtigen zahlreiche Möglichkeiten zur Entwicklung bot, die Deutschen jedoch zugleich zum Gehorsam erzog. Hierdurch schuf Hitler das von der deutschen intellektuellen Bewegung des 19. Jahrhunderts so lange ersehnte Gleichgewicht zwischen individueller Freiheit und staatlicher Autorität.

Der autoritäre Staat

Die Nationalsozialisten charakterisierten ihre Regierung als autoritären Staat. Hierunter war, vereinfachend ausgedrückt, ein Kompromiss zu verstehen zwischen dem liberalen Konzept, laut dem die Regierung existiert, um dem Volk zu dienen, und der Doktrin des Absolutismus, wonach das Staatsoberhaupt politische Entscheide ohne Einschränkungen selbst fällen kann.

Der nationalsozialistische autoritäre Staat verwehrte der Mehrheit ein Mitspracherecht in Regierungsangelegenheiten, kümmerte sich jedoch gleichermaßen um das Wohlergehen verschiedener gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Gruppen. Für die Zeitschrift *Die SA* lag die Macht im autoritären Staat

> "allein in der Hand des Führers, der seine Regierung bildet und leitet, die staatspolitischen Entscheidungen fällt, aber auch vor dem Volk voll und ganz die Verantwortung für sein Handeln trägt. Die verschiedenen Interessen der einzelnen Volksschichten werden durch die Arbeit berufsständischer Vertretungen, die aber keine politischen Befugnisse haben, miteinander in Einklang gebracht und nach dem Gesamtinteresse des Volks ausgeglichen. Dadurch werden macht- und wirtschaftspolitische Interessenten- und Klassenkämpfe genau so ausgeschaltet wie die einseitige Herrschaft irgendeiner wirtschaftlichen oder politischen Interessentengruppe."[29]

Anno 1936 betonte Hitler, dass

> "ein Regime unabhängig sein muss von solchen Interessen. Es muss vor und entgegen den Interessen einzelner das Interesse der Gesamtheit vor Augen halten."[30]

In Bezug auf den Handel bekräftigte er seine Absicht,

> "mit dem Trugschluss zu brechen, dass etwa die Wirtschaft im Staat ein ungebundenes, unkontrollierbares und unbeaufsichtigtes Eigenleben führen könne."[31]

Als Führer der Nation behielt er sich das Recht vor, jeden ihm angemessen erscheinenden Schritt zu ergreifen. In einer Rede der Kriegszeit hielt er sich vor Angehörigen der bewaffneten Streitkräfte nachdrücklich fest:

> "Wenn ich eine Auffassung als richtig erkenne, dann habe ich nicht nur die Pflicht, in einem Staate diese Auffassung meinen Mitbürgern zu vermitteln, sondern darüber hinaus auch noch die Pflicht, konträre Auffassungen zu beseitigen."[32]

Im Nationalsozialismus übte der Staatschef die oberste Macht aus. Dies bedingte, dass er bei der Durchführung seiner politischen Aufgaben keine Vetternwirtschaft dulden durfte und dass die ganze Last der Verantwortung auf ihm lag, denn, so die *NS-Briefe*:

> "Wer führen will, trägt bei höchster unumschränkter Autorität auch die letzte und schwerste Verantwortung."[33]

Den Unterschied zwischen der nationalsozialistischen Regierungsform und einer Diktatur erklärte Rehm in *Die SA* wie folgt:

> "Von der Diktatur aber unterscheidet sich dieses System dadurch, dass der verantwortliche Führer vor dem Volk die Verantwortung übernimmt und vom Vertrauen des Volkes getragen ist… Das Volk regiert sich selbst durch den von ihm auf den Schild gehobenen Führer, dessen Handeln darnach ausgerichtet ist, daß seine Staatsführung mit dem Gesamtinteresse der Nation und ihrer Auffassung übereinstimmt. Es liegt im Wesen dieses Systems, dass es die Überwindung der Parteigegensätze, die Bildung einer wirklichen Volksgemeinschaft und die überragende Größe eines Führers zur Voraussetzung hat, der sich das restlose Vertrauen des Volkes erworben hat und

dauernd erhält. Im Führer des autoritären Staates ist der Grundsatz Friedrichs des Großen verwirklicht: Ich bin der erste Diener des Staates."[34]

Hitlers Propagandaminister Dr. Josef Goebbels stellte im September 1933 in einer Ansprache vor ausländischen Journalisten in Genf die Demokratie dem autoritären Staat gegenüber:

> "Volk und Regierung in Deutschland sind eins. Der Wille des Volkes ist der Wille der Regierung und umgekehrt. Der moderne Staatsaufbau in Deutschland ist eine veredelte Art von Demokratie, in der kraft Mandates des Volkes autoritär regiert wird, ohne dass die Möglichkeit gegeben ist, durch parlamentarische Zwischenschaltungen den Willen des Volkes nach oben hin zu verwischen oder gar unfruchtbar zu machen… Vollkommen verkannt aber wird das Prinzip der Demokratie, wenn man daraus schließen zu müssen glaubt, die Völker wollten sich selbst regieren. Sie können das nicht und sie wollen das auch nicht. Ihr einziger Wunsch ist, dass gut regiert wird, und sie fühlen sich glücklich, wenn sie das Bewusstsein haben dürfen, dass ihre Regierungen nach bestem Wissen und Gewissen zum Segen und zum Wohle der ihnen anvertrauten Völker arbeiten."[35]

Die autoritäre Regierungsform setzte voraus, dass lediglich Personen mit natürlichen Führungsqualitäten in verantwortungsvolle Positionen aufrücken konnten. Im Februar 1933 betonte Hitler in einer Rede in Berlin, wie wichtig es sei, solche Menschen zu finden:

Propagandaminister Josef Goebbels gibt in Nürnberg Autogramme.

> "Wir wollen dem deutschen Geist die Möglichkeit seiner Entfaltung sichern, wollen den Wert der Persönlichkeit, die schöpferische Kraft des Einzelnen wieder einsetzen in ihre ewigen Vorrechte. Wir wollen damit brechen mit allen Erscheinungen einer faulen Demokratie und an ihre Stelle setzen die ewige Erkenntnis, dass alles, was groß ist, nur kommen kann aus der Kraft der Einzelpersönlichkeit und dass alles, was erhalten werden soll, wieder anvertraut werden muß der Fähigkeit der Einzelpersönlichkeit."[36]

Ebenso wie der Liberalismus bemühte sich der Nationalsozialismus um Aufstiegsmöglichkeiten für Angehörige des einfachen Volkes, stellte sich jedoch auf den Standpunkt, die Bevölkerung besitze nicht das Recht und auch gar nicht die Fähigkeit, ihre Führer zu wählen. Die Demokratie ermöglicht es den Wählern, ihre Repräsentanten auszusuchen. Das parlamentarische System begünstigt die Mäßigung und versperrt Tyrannen hierdurch den Weg zur Macht. Zumindest theoretisch hat es keinen

Bedarf an selbstbewussten Personen, die gewohnt sind, selbst die Initiative zu ergreifen. Für Hitler hatte diese Praxis "die Bewegungsfreiheit und schöpferische Möglichkeit der Persönlichkeit unterbunden; der Führergenialität werden Fesseln angelegt, die jedes freie Entfalten lähmen."[37] Später schrieb er, die Demokratie bewirke

> "eine Überschwemmung des gesamten politischen Lebens mit den minderwertigsten Erscheinungen unserer Tage. So sehr sich der wahrhaftige Führer von einer politischen Betätigung zurückziehen wird, die zu ihrem größten Teile nicht in schöpferischer Leistung und Arbeit bestehen kann, als vielmehr im Feilschen und Handeln um die Gunst einer Mehrheit, so sehr wird gerade dieser Tätigkeit dem kleinen Geiste entsprechen und diesen mithin auch anziehen."

Dementsprechend würden "Büttel blöder Nichtskönner und Schwätzer", insbesondere solche, die davor zurückschreckten, Entscheide zu fällen und für diese die Verantwortung zu übernehmen, öffentliche Ämter anstreben.[38] Hieraus folgerte er, "die Demokratie im üblichen Sinne" sei "der Todfeind aller Talente".[39]

Als Goebbels anlässlich der Berliner Funkausstellung von 1933 erklärte, Hitlers Revolution habe "den schrankenlosen Individualismus entthront", unterstrich er zugleich, dass dies keineswegs eine Beschneidung der individuellen Freiheit auf persönliche Entwicklung bedeute.[40] Hitler verdeutlichte die Position seiner Partei in einer Rede vom Januar 1941:

> "Vorerst waren wir einem Extrem schon verfallen, dem liberalen, individualistischen, das das Individuum in den Mittelpunkt nicht nur der Betrachtung, sondern auch des ganzen Handelns stellte. Auf der anderen Seite stand lockend vor unserem Volk die Theorie der Menschheit als universaler Begriff, die den einzelnen allein verpflichtet. Und zwischen diesen beiden Extremen stand nun unser Ideal; das Volk, in dem wir eine seelische und körperliche Gemeinschaft erblicken, die die Vorsehung gestaltet und damit gewollt hat, in die wir gesetzt sind und in der wir allein unser Dasein meistern können… So entstand die nationalsozialistische Gedankenwelt, die eine Überwindung des Individualismus darstellt, nicht etwa in dem Sinne, dass sie die individuelle Fähigkeit beschneidet oder die Initiative des einzelnen lähmt, sondern nur in dem Sinne, dass über der individuellen Freiheit und über jeder Initiative des einzelnen das gemeinsame Interesse steht."[41]

In den Augen der nationalsozialistischen Regierung sollten die deutschen Schulen zu Kaderschmieden werden, in denen die künftigen Führer des Landes ausgebildet wurden. Im *Schulungsbrief* hieß es hierzu:

> "Die Erziehung erhält die Doppelaufgabe, starke Persönlichkeiten zu bilden und sie im Gemeinschaftsdenken zu binden. Während die Schaffung eines starken Gemeinschaftsdenkens in erster Linie Aufgabe der weltanschaulichen Erziehung ist, verlangt die Bildung starker Persönlichkeiten von klein an einem ständigen Leistungswettbewerb, eine Leistungsauslese, innerhalb derer nur die Leistungserprobung, die eine Frage des Charakters, des Willens und der Fähigkeit ist, den Wertungsmaßstab bildet. Nur die Leistung berechtigt zum Aufstieg."[42]

Dass dem Individuum im autoritären Staat breiten Raum zur Selbstverwirklichung gewährt wurde, entsprach dem nationalsozialistischen Konzept der individuellen Freiheit:

> "Frei ist nicht, wer tun kann, was er will, sondern wer werden kann, was er soll."[43]

Der Kampf um die Gunst der Arbeiterschaft

Die industrielle Revolution verlief im 18. Jahrhundert parallel zum Paradigmenwechsel der westlichen Zivilisation. Die Konstruktion der Kondensator-Dampfmaschine durch James Watt anno 1769 sowie die Erfindung des mechanischen Webstuhls und der Wollkämmmaschine durch Edmund Cartwright einige Jahre später läuteten das Zeitalter der Webereien, der Kohlenbergwerke und der Fabriken ein. Der Bedarf nach Arbeitskräften für diese Fabriken hatte zur Folge, dass viele Landwirte (von denen manche aufgrund des Massenanbaus landwirtschaftlicher Produkte ihre Existenzgrundlage verloren hatten) in die Städte abwanderten, wo sich die Industrieanlagen befanden. In den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts erleichterte der Ausbau des Eisenbahnnetzes die Migration in die großen Bevölkerungszentren. Dadurch entstand eine neue gesellschaftliche Schicht – die Arbeiterklasse.

Die europäischen Industriearbeiter lebten in schmutzigen, überfüllten Wohnungen, und ihr Lebensstandard war niedrig. Männer, Frauen und Kinder schufteten für mageren Lohn unter ungesunden Verhältnissen; die Arbeitstage waren unmäßig lang, die Unfallgefahr oft sehr hoch. Diese Umstände sowie die soziale Isolierung der Arbeiter vom Rest der Bevölkerung führten allmählich zu ihrer Radikalisierung. In Deutschland führte Ministerpräsident Otto von Bismarck soziale Reformen ein, um die Not der Arbeiter zu lindern. Im Jahre 1863 befürwortete er die Einführung von Gesetzen, die aus dem Berufsleben ausgeschiedenen Arbeitern Pensionen garantierten, und begründete einen Schutzverband für schlesische Weber; letzteres Programm finanzierte er persönlich. Das preußische Kabinett und Parlament – liberale, klerikale und konservative Abgeordnete bildeten hier eine geschlossene Front – widersetzten sich solchen Reformen. Sie betrachteten derartige Programme als sozialistisch und als Verletzung der Grundsätze des freien Wettbewerbs.

Doch Bismarck ließ sich hierdurch nicht ins Bockshorn jagen. Im Mai 1863 erörterte er die Lage der Arbeiterschaft mit Ferdinand Lassalle, dem Begründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Zu den Punkten, welche die beiden Männer zur Sprache brachten, gehörten das Wahlrecht für Arbeiter, staatlich unterstützte Gewerkschaften und Unfallversicherung. Lassalle wandte sich schließlich enttäuscht von der parlamentarischen Opposition ab und ließ ein Jahr später die Bemerkung fallen: “Nur in der Revolution liegt das Heil.”[44] Sein früher Tod infolge von Verletzungen, die er in einem Duell davongetragen hatte, war nichtsdestoweniger ein Rückschlag für die konstruktiven Versuche, die Arbeiterschaft als staatstragendes Element in die Volksgemeinschaft einzuordnen. Die Geringschätzung, die ihr seitens anderer Gesellschaftsschichten entgegenschlug, schürte den Groll der Arbeiterschaft. 1875 erklärte *Volksstaat*, das Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei:

“Der Klassenhass bildet die moralische Basis der heutigen Gesellschaft.”[45]

Es gelang Bismarck zwar, eine Reihe von Reformen gesetzlich zu verankern, doch gingen sie seiner eigenen Auffassung nach nicht weit genug und vermochten die Erwartungen der Arbeiter keineswegs zu befriedigen. Die unerbittliche Radikalisierung der Arbeiterklasse hatte zur Folge, dass die Theorien von Karl Marx immer größeren Anklang fanden. Marx, der Deutschland im Revolutionsjahr 1848 verlassen musste, entwarf sein politisch-wirtschaftliches Programm im englischen Exil. Seine Schlussfolgerungen, die er in seinem Hauptwerk *Das Kapital* darlegte, beruhten in erster Linie auf den Berichten von Regierungskommissionen, welche die Arbeitsbedingungen in englischen Fabriken untersucht hatten. Unter den deutschen Arbeitern fanden seine Ideen zahlreiche Anhänger. Hatten frühere sozialistische Reformer wie Wilhelm Weitling für die Integration der Arbeiter in die deutsche Gesellschaft geworben, so propagierte Marx den

Klassenkampf. Die ausgebeutete Arbeiterklasse, predigte er, schulde ihrer Nation keine Loyalität, sondern müsse einen Schulterschluss mit den unterdrückten Arbeitern – dem Proletariat – anderer Länder vollziehen.

Eine neue Welle des Nationalismus erhob sich in Deutschland, als im August 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach. Angehörige des Bürgertums, einfache Arbeiter und Kaufleute fochten während des langen Kampfes Seite an Seite in der deutschen Armee. Die Kameradschaft an der Front ließ die Klassenschranken teilweise schwinden und bewirkte, dass individualistisches Denken in den Hintergrund trat. Doch innerhalb Deutschlands erzeugten die endlose Länge des Blutvergießens, die Lebensmittelknappheit und die ungenügenden Bemühungen der Regierung um die Aufrechterhaltung der Moral im Inneren eine wachsende Kriegsmüdigkeit. Als die Bolschewiken, eine revolutionäre marxistische Bewegung, die russische Regierung stürzten und im März 1918 einen Friedensvertrag mit Deutschland abschlossen, verlieh dies den deutschen Marxisten gewaltigen Auftrieb. Sie organisierten öffentliche Arbeiterdemonstrationen, Streiks und schließlich eine Revolte der Flotte. Dies trug zum Sturz des Kaisers bei. Eine demokratische Regierung kam an die Macht, und Deutschland unterzeichnete im November 1918 einen Waffenstillstand mit seinem Widersacher im Westen, der Entente.

Von den Bolschewiken in Russland unterstützt, riefen deutsche Marxisten im Reich mehrere Sowjetrepubliken aus. Der militärische Kommandant der Kommunistischen Partei Deutschlands, Hans Kippenberger, erklärte:

> “Der bewaffnete Aufstand ist die entschiedenste, schärfste und höchste Form des Klassenkampfes, die das Proletariat im geeigneten Moment in jedem Lande anwenden muss, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen und die Macht in die eigene Hand zu nehmen.”[46]

Einen Monat nach seiner Gründung zettelte der Spartakus-Bund im Januar 1919 in Berlin einen kommunistischen Aufstand an. Deutsche Armeeverbände schlugen diesen nieder, wobei zahlreiche Menschen ums Leben kamen. Auch die in Braunschweig und Baden ausgerufenen Sowjetrepubliken wurden vom Heer rasch zerschlagen. Zu schweren Auseinandersetzungen, die 927 Tote forderten, kam es im April desselben Jahres in München, nachdem sich Kommunisten dort an die Macht geputscht hatten. Die deutsche Armee sowie die als “Freikorps” bekannten patriotischen Freiwilligenverbände machten im Verlauf der folgenden drei Jahre auch den anderen Sowjetrepubliken den Garaus, die in verschiedenen Teilen Deutschlands begründet worden waren.

Obwohl der Weltkrieg das deutsche Volk zunächst zu einer Einheit zusammengeschweißt hatte, traten die Klassenunterschiede in den zwanziger Jahren wieder mit voller Schärfe zutage. Die weitgehend verarmte Mittelschicht schaute wie früher hochnäsig auf die Industriearbeiterschaft herab. Deshalb fand die kommunistische Propaganda über die Ausbeutung der arbeitenden Massen durch den Kapitalisten unter den Arbeitern immer noch viel Anklang. In den stürmischen Jahren der Weimarer Republik versammelten sich Millionen unter dem Banner der Rotfront. Nach 1923 versuchten die Kommunisten, die Macht auf dem Weg über Wahlen zu erringen.

Um die Arbeiterschaft für seine Ziele zu gewinnen, bemühte sich Hitler nach Kräften, die arbeitenden Männer und Frauen Deutschlands über die zerstörerische Natur des Marxismus aufzuklären. Der Nationalsozialismus stellte diesen als perverses Abfallprodukt der industriellen Revolution dar. Sein Erfolg ging ihnen zufolge auf die stiefmütterliche Behandlung der Arbeiterklasse durch die kaiserliche Regierung des 19. Jahrhunderts, auf die vom Liberalismus geschaffenen Klassenschranken sowie auf die abrupte Entwurzelung der Arbeiter zurück. Der ehemalige Bauer oder Handwerker, der gewohnt war, mit seinen Händen kreative, wertvolle Arbeit zu verrichten und sich der Scholle verbunden fühlte, wurde seiner vertrauten Umgebung jäh entrissen und musste in

einer öden städtischen Umgebung Fabrikmaschinen bedienen, die ihm zutiefst fremd waren. Ein für deutsche Rüstungsarbeiter veröffentlichte Handbuch resümierte die Entfremdung der Arbeiterschaft wie folgt:

Angehörige eines aus Freiwilligen bestehenden deutschen Freikorps liefern sich 1919 in Berlin erbitterte Kämpfe mit kommunistischen Aufständischen vom Spartakus-Bund.

> "Voll Hass betrachtete der Mensch die Maschine, an die er sich gebunden, gekettet fühlte. Sie ist ihm nicht Freund und Helfer; sie zwingt ihn nur zu einem sinnlosen Hetzen für die gewinnsüchtigen Interessen einzelner kapitalistischer Unternehmer. Sie bedeutet zugleich die Arbeitslosigkeit und den Hungertod für viele seiner Arbeitskameraden. Immer weiter entfernt sich der Mensch von der Natur, immer unnatürlicher wird seine Geisteshaltung, und die Folge ist eine beispiellose Entwertung auf allen Gebieten des menschlichen Schaffens."[47]

In dem 1938 erschienenen Buch *Der Bolschewismus* hieß es:

> "Solcher soziale Zustand des deutschen Arbeiters war ein Ergebnis des Liberalismus, der wie die Renaissance die freie Betätigung und Entwicklung des Einzelwesens verherrlicht, nichtsdestoweniger jedoch auf die rücksichtslose Vertretung eigenster Interessen bedacht ist."[48]

In ähnlichem Sinne äußerte sich Dr. Johannes von Leers 1935 in seinem Buch *Odal*:

> "So blind machte der Liberalismus mit seiner Lehre vom unbedingten Recht des wirtschaftlich Stärkeren selbst einen tüchtigen Beamten, daß er die Entartungserscheinung von Gebieten mit faktischer Sklavereiwirtschaft für fortschrittlich und empfehlenswert hielt!"[49]

Um zu erklären, warum sich so viele deutsche Arbeiter dermaßen leicht für die marxistische Lehre gewinnen ließen, versetzte sich von Leers in die Lage eines typischen deutschen Landarbeiters, der zum Industriearbeiter geworden war:

> "Er traf in der Stadt als besitzloser Arbeiter in den Jahren von 1830 ab überall das System der gnadenlosen kapitalistischen Wirtschaft, in der er nur als Verkäufer der 'Ware Arbeit' gewertet wurde… Kein Wunder, dass, von schlechtbezahlter Arbeit zur Arbeitslosigkeit und von dieser wieder in die schlechtbezahlte Arbeit gestoßen, verachtet von der gebildeten Schicht, von der Polizei argwöhnisch beobachtet, er sich innerlich empörte."[50]

Die Schrift *Der Bolschewismus* verwies noch auf eine andere Ursache der tiefen Unzufriedenheit

der Industriearbeiter, nämlich ihren niedrigen Lebensstandard, der in grellem Gegensatz zum Wohlstand der Menschen in reichen Stadtvierteln stand:

> "Es fiel ihnen auf, dass Börsenmänner und Fabrikanten in bestimmten, gutgelegenen Vierteln der anwachsenden Städte Villen bauten. Der Gegensatz zur eigenen kümmerlichen Behausung in Massenquartieren, nahe den rauchenden Schloten der Fabriken, wurde den Arbeitermassen immer deutlicher."[51]

In *Odal* legte von Leers dar, dass die Kommunisten die Arbeiter nur darum auf ihre Seite ziehen konnten, weil die deutsche Gesellschaft deren Not ignorierte:

> "Es war unser Unglück, dass die besitzende und gebildete Schicht des Landes – sehr im Gegenteil etwa zu der englischen Oberschicht, die hier viel verantwortungsvoller war – sich mit einer Herzlosigkeit und Hartgesottenheit sondergleichen, mit einem nur allzu selbstsüchtigen Glauben an die Gesetze der freien Wirtschaft gegen wirklich grundlegende soziale Reformen gesperrt hat."[52]

Die fehlende Bereitschaft der Gesellschaft, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse grundlegend zu verbessern und sie als vollwertigen Bestandteil des Volkes zu akzeptieren, ließ einen tiefen Riss durch Deutschland gehen und trug entscheidend zu den von Marxisten organisierten Streiks und Meutereien zu, die 1918 die deutschen Kriegsanstrengungen sabotierten. Dieser Umstand verlieh Hitlers These Auftrieb, wonach die verschiedenen Bevölkerungsgruppen innerhalb einer Nation zwar ihren eigenen Charakter und ihre gesellschaftliche Funktion bewahren, zugleich aber als solidarische Einheit für die gemeinsamen Ziele arbeiten müssen, wobei der Staat als unparteiischer Schlichter waltet. Eine Bevölkerungsgruppe mit Geringschätzung zu behandeln bedeutete die Nation als Ganzes aufs Spiel zu setzen. Nachdem Hitler 1920 in die Politik eingetreten war, bestand eine seiner Hauptaufgaben darin, den starken marxistischen Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft entgegenzuwirken. Damals bildeten in Deutschland zahlreiche gesellschaftliche und wirtschaftliche Gruppen ihre eigenen Parteien, die für ihre jeweiligen individuellen Interessen eintraten. Diese Entwicklung war besonders im Fall der Arbeiterklasse gefährlich, weil sich diese mit dem Kommunismus verbündete, einer internationalen revolutionären Bewegung, zu deren Kampfmitteln Subversion, Terror und bewaffneter Aufruhr gehörten.

Hitlers Partei, die den anspruchsvollen Namen Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei trug, erhob im Gegensatz zum damals vorherrschenden Trend den Anspruch, für *alle* Deutschen einzutreten. Obwohl er privat von den Intellektuellen, der Aristokratie und auch dem Bürgertum nicht sonderlich viel hielt, rekrutierte Hitler seine Anhänger aus allen gesellschaftlichen Schichten. Er stellte die Interessen Deutschlands über jene von Gruppen oder Individuen. Dies war die ideologische Grundlage, die seine bunt zusammengewürfelte Anhängerschaft zu einem mächtigen und kämpferischen politischen Block zusammenschweißte. Die NSDAP, hielt er 1928 fest, sei

> "keine Bewegung einer bestimmten Klasse oder eines bestimmten Standes oder Berufs, sondern sie ist im höchsten Sinne des Wortes eine deutsche Volkspartei. Alle Schichten der Nation will sie erfassen, alle Berufsgruppen dabei umschließen, will an jeden Deutschen herankommen, der nur guten Willens ist, seinem Volke zu dienen und der mit seinem Volke leben will und blutmäßig zu seinem Volke gehört."[53]

Die marxistischen Parteien Deutschlands – Sozialdemokraten und Kommunisten – stritten nicht für die Eingliederung der Arbeiterklasse in die deutsche Volksgemeinschaft, sondern für den Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung und die Errichtung einer internationalen "Diktatur des Proletariats". Sie verschmähten es, um die Gunst der gebildeten Klassen zu buhlen. Im

Parteiprogramm der NSDAP hieß es, die Marxisten würden

> durch Hass- und Neidgefühle und nicht durch irgendwelche konstruktiven Ziele gegen die andere Hälfte der Nation vereint".[54]

In *Der Schulungsbrief* schrieb Karl Ganzer:

> "Karl Marx kommt nicht von der Arbeiterbewegung her, sondern aus dem liberalen Raum… Wenn der Liberalismus als die verbürgerlichte Form der französischen Revolutionstendenzen angesprochen werden kann, dann ist der Marxismus eine radikalisierte, wieder stärker mit der Brutalität der französischen Revolution gewürzte Spielart des Liberalismus. Sein Grundgedanke, die Lehre vom Klassenkampf, ist aus der intellektuellen Umsetzung der französischen Schreckensherrschaft in einen soziologischen Begriff entstanden… Die frühen deutschen Arbeiterführer, die schlichten Gründer der kleinen Arbeitervereine, hatten die soziale Frage durch die Einfügung in die Gemeinschaft lösen wollen; Marx will sie mit seinem Klassenkampfgedanken durch die Chaotisierung der Gemeinschaft lösen."[55]

Laut Karl Ganzer hatte Marx gehofft, die arbeitenden Menschen auf einen Weg zu führen, der "von der einstmals ersehnten Gemeinschaft immer weiter hinwegführte."[56] Er wies ferner auf einen gewichtigen Unterschied zwischen dem nationalsozialistischen und dem marxistischen Konzept der Arbeit hin: Die NSDAP ehre diese. Hitler hatte öffentlich erklärt, dass ein Deutscher "sich dieses Namens nicht schämt, sondern stolz darauf ist, sich Arbeiter nennen zu dürfen."[57] Für Ganzer war die Herabwürdigung der physischen Arbeit

Kommunistische Aktivisten versammeln sich 1926 in Berlin, um den Tag der Rotfrontkämpfer zu feiern.

> "vielleicht das schwerste Verbrechen der Marxschen Lehre; dieses Klassenbewusstsein wurde von Marx nicht auf Wertgefühle begründet, sondern auf Unwertspsychosen. Als Marx den freien Bauern- und Handwerkersöhnen das Schandwort 'Proletarier' gab, das noch 40 Jahre zuvor nur für asoziales Gesindel gegolten hatte, verdüsterte er einen ganzen Stand in der Seele."[58]

Hitler bemühte sich, vor allem arbeitende Menschen für seine Bewegung zu gewinnen; der Adel sowie das Bürgertum krankten seiner Auffassung nach an Profitgier und Klassendünkel und waren politisch kaum zu gebrauchen, während die Industriearbeiter immer noch jene dynamischen Qualitäten besaßen, die er benötigte, um die Bewegung die Straße erobern zu lassen: Lebenskraft, Härte und Kampfesmut. Hätte er sich jedoch darauf beschränkt, um die Arbeiter, und nur die Arbeiter, zu werben, so hätte dies dem Anspruch der NSDAP widersprochen, alle Deutschen zu vertreten. So

prägte die Partei das Schlagwort “Arbeiter der Faust und der Stirn”, wobei mit ersteren natürlich Handarbeiter und nicht Randalierer und Schläger gemeint waren. In diesem Sinne tragen alle arbeitenden Menschen, unabhängig von ihrem Beruf, zum Wohlergehen der Gesellschaft bei. Hitler erkannte dem “Begriff des Arbeiters die größere Ehre vor dem Begriff des Bürgers” zu.[59]

1938 ging Hitler bei einer Rede in Nürnberg auf den Kampf um die Gunst der Arbeiterschaft ein, den die NSDAP vor ihrer Machtergreifung im Jahre 1933 geführt hatte:

> “Die Nationalsozialistische Partei war schon damals eine ausgesprochene Volksbewegung, d. h. die große Zahl ihrer Anhänger bestand aus den Söhnen der breiten Massen. Aus Arbeitern und Bauern, kleinen Handwerkern und Angestellten… Es waren daher viele unserer ‘Bürger’, nachdem sie schon durch den Namen ‘Deutsche Arbeiter-Partei’ bedenklich gestimmt wurden, auf das äußerste betroffen, sowie ihnen erst die rauen Gestalten zu Gesichte kamen, die sich um die Bewegung als Garde gestellt hatten... Für die Nationalsozialistische Partei war der Name ‘Arbeiter’ vom ersten Tag an die Ehrenkennzeichnung aller jener, die im redlichen Schaffen – sei es auf geistigem oder rein manuellem Gebiet – in der Gemeinschaft tätig waren. Allein da die Partei eine Volkspartei war, besaß sie damit zwangsläufig genau so wie im Volke selbst mehr Hand- als Geistesarbeiter in ihren Reihen… Der Marxismus allerdings sah in der neuen Bewegung vom ersten Tag an einen verhassten Konkurrenten und glaubte ihn am ehesten dadurch erledigen zu können, dass in der breiten Masse die im Nationalsozialismus erfolgte Fixierung des Begriffes ‘Arbeiter’ im Sinne einer Zusammenfassung aller Schaffenden als im Widerspruch zum Begriff ‘Proletariat’ stehend verschrien wurde. Freilich stimmte dies auch. Denn das Proletariat oder besser die proletarischen Parteien hatten den deutschen Kopf- und Geistesarbeiter soweit als möglich aus ihren Reihen ausgeschlossen.”[60]

Dass die NSDAP in ihren frühen Jahren als Volkspartei auftrat, stieß das Bürgertum, aus dem die Mehrzahl ihrer Anhänger stammte, keineswegs vor den Kopf. Zwischen 30 und 40% der NSDAP-Wähler und -Mitglieder gehörten der Arbeiterschaft an.[61] Durch ihre Unterstützung der Hitler-Bewegung fühlten sich Arbeiterinnen und Arbeiter als vollwertige Angehörige der Gesellschaft, deren Spiegelbild die NSDAP war. Diese Anerkennungen war ihnen während der Kaiserzeit versagt geblieben.

Der Sozialismus

Zwischen dem Sozialismus Hitlers und jenem der Marxisten bestand ein tiefgreifender Unterschied. Laut der Zeitschrift *Die SA* ist das Ziel eines sozialistischen Staates "nicht das größtmögliche Glück des einzelnen oder einer bestimmten Partei, sondern das Glück der Gesamtheit des Volkes."[62]

Der marxistische Sozialismus war rein wirtschaftlicher Natur und stand "dem Privateigentum ablehnend gegenüber"[63] Marx betrachtete den Sozialismus als internationale Bewegung, welche die in ihren eigenen Ländern wie Parias behandelten Arbeiter vereinigte. Deshalb hielt er den Nationalismus, der die Interessen und die Unabhängigkeit der jeweiligen eigenen Nation betont, für unvereinbar mit sozialistischen Idealen. Die Zeitschrift *Die SA*, für die "Sozialismus" ein Synonym für "Volkswohlfahrt" war, folgerte hieraus:

> "Der marxistische Sozialismus zerriss das Volk und untergrub damit alle Voraussetzungen, wirklich soziale Ziele zu erreichen."[64]

Hitler sah den Nationalismus als patriotische Kraft, welche die Menschen dazu bewog, dem Wohl ihres Landes Vorrang vor der Verwirklichung persönlicher Ziele einzuräumen. Der Sozialismus war für ihn ein politisches, gesellschaftliches und wirtschaftliches System, das ebenfalls die Unterordnung des Eigennutzes unter das Gemeinwohl erforderte. Im Jahre 1927 formulierte er es wie folgt:

> "Sie sind beide eins, Sozialismus und Nationalismus. Sie sind die größten Kämpfer für das eigene Volk, sind die größten Kämpfer im Daseinskampf auf Erden und damit sind sie nicht mehr Kampfgeschrei gegeneinander, sondern ein Schlachtruf, der sein Leben nach dieser Parole ausgestaltet."[65]

Die SA resümierte:

> "Während der Marxismus von der Unterscheidung 'Besitzende und Nichtbesitzende' ausgeht und die Vernichtung der ersteren fordert, um alles Eigentum in den Besitz der Allgemeinheit zu bringen, stellt der Nationalsozialismus den sittlichen Grundsatz der Volksgemeinschaft in den Vordergrund… Das Wohl eines Volkes wird nicht durch äußerliche, gleiche Verteilung aller Güter geschaffen, sondern durch die praktische Anerkennung des Grundsatzes, dass vor den Interessen des einzelnen das Gesamtinteresse des Volkes steht."[66]

Hier lohnt sich der Hinweis darauf, dass das Regime des ersten marxistischen Staates der Geschichte, der Sowjetunion, mit jenen Bevölkerungsschichten, die nicht dem Proletariat angehörten, weit härter umsprang als das kapitalistische System während der Industriellen Revolution im Westen mit der unterdrückten Arbeiterklasse. Der hochrangige sowjetische Politoffizier Martyn Latsis legte beispielsweise folgende Richtlinien für die Aburteilung von Dissidenten fest:

> "Sucht nicht nach Beweisen, ob er sich mit Waffe oder Wort gegen den Sowjet erhob. In erster Linie müsst ihr ihn fragen, zu welcher Klasse er gehört, welcher Abstammung er ist, welche Bildung und welchen Beruf er hat. Die Fragen sollen über das Schicksal des Angeklagten entscheiden."[67]

Laut dem russischen Historiker Dmitri Wolkogonow trafen die sowjetischen Säuberungen "die fleißigsten, fähigsten, sparsamsten und ideenreichsten" Angehörigen der Gesellschaft.[68] Systematisch herbeigeführte gewaltige Hungersnöte, Massenverhaftungen, Massendeportationen und Massenhinrichtungen dezimierten die russische Bevölkerung im Staat der marxistischen Utopie so drastisch, dass Sowjetdiktator Josef Stalin die Veröffentlichung der Ergebnisse der Volkszählung von 1937 untersagte.[69] *Der Schulungsbrief* hielt 1942 fest:

> “Die sinnlose Ausrottung aller Intelligenz und Begabung, der Ersatz jeder Persönlichkeitsregung durch stumpfes Massentum hat [in Russland] alle schöpferischen Anlagen zerstört und ausgerottet.”[70]

Nach Hitlers Auffassung war die marxistische Wirtschaftspolitik mit echtem Sozialismus ebenso unvereinbar wie das Konzept des Klassenkampfs. Marx hatte die Verstaatlichung sämtlicher Produktionsmittel sowie jeglichen Privateigentums gepredigt. Durch staatliche Kontrolle sollte nach seinem Rezept eine gleichmäßige Verteilung von Waren und Lebensmitteln gewährleistet und die Bevölkerung vor kapitalistischer Ausbeutung geschützt werden. Hitler hingegen befürwortete den Privatbesitz sowie das freie Unternehmertum. Er war der Überzeugung, dass Wettbewerb sowie Möglichkeiten zur persönlichen Entfaltung der individuellen Initiative förderlich sind. Dementsprechend sagte er anno 1934:

> “Auf der einen Seite muss man dem freien Spiel der Kräfte einen möglichst breiten Spielraum gewähren, auf der anderen aber betonen, dass dieses Spiel der Kräfte sich im Rahmen der den Menschen gegebenen Zweckgemeinschaft halten muss, die wir als Volk und Volksgemeinschaft bezeichnen. Nur auf diesem Weg können wir erreichen, was wir erreichen müssen, nämlich die höchste Steigerung der menschlichen Leistungen und damit der menschlichen Produktion.”[71]

Der Schulungsbrief fand scharfe Worte für die von Marx erhobene absurde Forderung nach gleichmäßiger Teilhabe aller am Volksvermögen und gleichem Lohn für alle; solche Maßnahmen, meinte die Zeitschrift, würden die persönliche Initiative lähmen:

> “Der Leistungsfähigere hatte keinerlei Interesse, seine Leistung voll zu entfalten, wenn er sah, dass der Faule neben ihm ebenso viel erhielt wie er selbst… Jegliche Leistungsinitiative und Verantwortungsfreudigkeit musste unter diesem System absterben.”[72]

Schon viele Jahre vor seiner Machtübernahme musste sich Hitler mit jenen Kräften innerhalb seiner eigenen Bewegung auseinandersetzen, die mit dem marxistischen Sozialismus liebäugelten. Im November 1925 regten Bezirksparteiführer in Hannover an, große Bauernhöfe aufzuteilen und den Boden unter den Landarbeitern zu verteilen. Der Staat, forderten sie, solle jeden in der Landwirtschaft Tätigen zum Beitritt zu einer Kooperative zwingen. Der freie Verkauf von Nahrungsmitteln solle verboten werden. “Lebenswichtige Industrien” wie Kraftwerke, Banken und Rüstungsbetriebe sollten 51% ihrer Anteile als “Eigentum der Nation” abtreten, d. h. staatlicher Kontrolle unterstellen. Demselben Programm zufolge sollte die Regierung 49% der Anteile anderer großer Geschäfte übernehmen. Im Mai 1930 traf sich Hitler mit dem prominenten Berliner Nationalsozialisten Otto Strasser, der ein ähnliches Programm vertrat. Hitler hielt ihm vor, seine Ideen seien “reiner Marxismus” und würden die ganze Wirtschaft in den Ruin treiben.[73] Im Juli desselben Jahres komplimentierte er Strasser aus der Partei heraus, was seine Gegnerschaft gegen den marxistischen Sozialismus ein weiteres Mal illustrierte. Für Hitler war die Möglichkeit zum Erwerb von Wohlstand die Triebfeder der schöpferischen persönlichen Initiative. Wer begabten Menschen die Chance bot, ihr Potential voll auszuschöpfen, trug zugleich zur Entwicklung der Gesellschaft bei, der diese Menschen angehörten und dienten.

Der Nationalismus

Ein markanter Zug des Nationalsozialismus war seine Ablehnung fremder Glaubenssysteme, Bräuche und Ideen innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft. Er bekannte sich zur Auffassung, dass eine Nation aus ihrem Blut und ihrem Boden besteht: Einem ethnisch homogenen Volk; dem Land, das es bebaut; dem Territorium, das ihm Obdach, Zuflucht und Nahrung aus dem Boden bietet, wo seine Ahnen begraben liegen. Durch Selbstentwicklung lernt ein Volk sein Potential kennen; durch das Bewusstsein ihrer Identität erfüllen Generationen die Rolle, die Natur und Vorsehung ihnen zugewiesen haben. Die NSDAP vertrat den Standpunkt, dass jede Nation eine kollektive Persönlichkeit darstellt. Sieht sich eine Nation dem Einfluss fremder Völkerschaften ausgesetzt, die sich aufgrund ihrer historischen Erfahrung, ihrer Umwelt und ihres Erbes merklich von ihr unterscheiden, so wird sie zwangsläufig Schaden nehmen. Deshalb ist eine solche Einflussnahme ihrem Wesen nach unmoralisch. Der bereits erwähnte nationalsozialistische Schriftsteller Leers betrachtete das Aufkommen des Liberalismus sowie des Marxismus im Deutschland des 19. Jahrhunderts als

> “gefährliche Zerstörung eigener Werte… Die Geschichte des deutschen Volkes ist ein tausendjähriger Kampf gegen geistige Überfremdung auf dem Gebiet des Staatslebens, des Rechtes, der Sittlichkeit, des Volkslebens, gegen rassische Zerstörung und seelische Verbiegung gewesen.”[74]

Die Tendenz zur unverfälschten Bewahrung deutschen Brauchtums und deutschen Geistes hatte sich bereits im 18. Jahrhundert verstärkt. Sie trug dazu bei, dass nach der Neubegründung des Deutschen Reichs im Jahre 1871 eine Welle des Nationalismus durch Deutschland ging. Die Veröffentlichung der anno 98 n. Chr. vom römischen Historiker Cornelius Tacitus verfassten, später in Vergessenheit geratenen und im 15. Jahrhundert wieder entdeckten Schrift *Germania* hatte den Deutschen viele Einsichten in das Leben ihrer Vorfahren ermöglicht. “Die Völker Germaniens”, schrieb Tacitus, “haben sich nie durch Mischehen mit Fremden verunreinigt und sind von reinem Blut, eigenständig und verschieden von jeder anderen Nation.”[75] Tacitus war voll des Lobes für Roms alten Widersacher; er rühmte die Kriegstüchtigkeit und den Mut seiner Männer, die Tugend seiner Frauen und seine festgefügten Familienstrukturen:

> “Gute Moral ist in Germanien wirksamer als gute Gesetze anderswo.”[76]

Tacitus sowie andere römische Historiker haben die erfolglosen Versuche des römischen Kaiserreichs zur Eroberung Germaniens geschildert. Es lohnt sich durchaus, kurz bei diesem Thema zu verweilen, hat es doch erheblich zum Aufstieg des deutschen Nationalismus im 19. Jahrhundert beigetragen und auch die nationalsozialistische Ideologie beeinflusst.

Während ihres langsamen Vordringens auf germanischem Gebiet schufen die Römer Handelswege, erbauten Städte und schlossen Bündnisse mit manchen einheimischen Stämmen ab. Viele Bewohner des Landes trieben Handel mit ihnen oder verdingten sich als Soldaten im römischen Heer. Rom errichtete auch militärische Stützpunkte, erließ Gesetze und trieb Steuern ein. Im Bewusstsein seiner militärischen Überlegenheit war das Römische Reich nicht zu Kompromissen bereit. Jahrzehnte zuvor hatten die keltischen Fürsten in Gallien bewaffneten Widerstand gegen die römische Herrschaft geleistet. Der römische Feldherr Julius Cäsar unterdrückte die Rebellion unbarmherzig, wobei ein Drittel der Bevölkerung Galliens den Tod fand oder in die Knechtschaft verschleppt wurde.[77]

Arminius (auch als Herrmann bekannt), Sohn eines cheruskischen Stammesführers, führte im Jahre 9 n. Chr. mehrere große germanische Stämme in den Kampf gegen die Römer. Einer Nation von drei

Millionen Bauern, die verschiedenen, nur lose miteinander verbundenen Stämmen angehörten, stand ein kriegserfahrenes, erstklassig bewaffnetes Heer gegenüber, das sich auf die Ressourcen eines Reichs mit 60 Millionen Einwohnern stützen konnte.[78]Arminius rief die germanischen Stämme auf, sich gegen die fremden Gesetze, Steuern, Garnisonen und Siedlungen zu erheben, die sich allmählich über das ganze Land verbreiteten. Gemeinsam mit ihren Verbündeten überfielen die Cherusker – vermutlich dort, wo heute die Gemeinde Horn liegt – das Sommerlager des römischen Gouverneurs Quintilius Varus und vernichteten drei römische Legionen.[79]

Unter der Führung von Arminius vernichteten germanische Stämme im Jahre 9 n. Chr. drei römische Legionen, die von Quintilius Varus kommandiert wurden.

Ein römischer Feldherr, Drusus Germanicus, sandte in den Jahren 15 und 16 n. Chr. Strafexpeditionen aus. Allein die Vernichtung des germanischen Volkes, schärfte er seinen mehr als 80.000 Mann starken Truppen ein, werde das Ende des Krieges bringen.[80] Von Rachsucht erfüllt, schlachteten die Legionen bei ihrem Vormarsch die Einwohnerschaft zahlreicher Dörfer ab, doch gelang es ihnen nicht, Arminius dingfest zu machen. Jeweils zu Beginn der beiden Feldzüge musste Drusus Germanicus seine Truppen nach erbitterten Scharmützeln mit den Germanen wieder zurückziehen – ein Umstand, der von Tacitus diskret heruntergespielt wird.[81]

Im Jahre 16 blies der römische Kaiser Tiberius die Invasion ab.

> "Der Angriffs- und Eroberungswille der Römer war durch die verlustreichen Gefechte der Jahre 15 und 16 gebrochen; sie hatten auf Eisen gebissen und hielten sich fortan in der Defensive."[82]

Dies hatte zur Folge, dass der lateinische Einfluss, der die Zivilisationen Italiens, Spaniens, Frankreichs, Großbritanniens, des Balkans sowie des Nahen Osten so stark geprägt hat, in Deutschland nicht Fuß fassen konnte. Für deutsche Nationalisten des 19. Jahrhunderts war Arminius "der erste Deutsche". Er betrachtete die Lage nicht aus der Froschperspektive der Stammesrivalitäten, die sein Land verwundbar machten und seine Chancen, sich gegen fremde Eroberer zu behaupten, zunichte machten. Sein Leben wurde zum Symbol der nationalen Solidarität und des Widerstands gegen fremde Werte. Laut dem nationalsozialistischen Geschichtsbild hätte eine römische Eroberung Germaniens das deutsche Volk für alle Zeiten korrumpiert.[83]

Johannes von Leers beschwor den "sittlich verwüstende[n] Einfluss des Römertums… die Verlogenheit, den Betrug, die kalte Grausamkeit, den Verrat, die Zweideutigkeit und innere Unwahrhaftigkeit des üblen Rassengemisches, über das diese Germanenvölker herrschen wollte."[84] Arminius, meinte die Zeitschrift *Germanisches Leitheft*, habe Deutschland vor dem Schicksal Galliens bewahrt:

> “Dass es dem auf der Höhe seiner Macht stehenden römischen Imperium nicht gelang, Ost- und Nordsee, das ‘Germanische Mittelmeer’, zu durchdringen, ist ein Verdienst der Taten des Cheruskerfürsten Hermann. Dadurch wurde das Herzland Germaniens davor bewahrt, in den rassenchaotischen Strudel des zusammenbrechenden römischen Weltreichs einbezogen zu werden.”[85]

Schon lange vor dem Anbruch des 20. Jahrhunderts hatte die Geschichte von Arminius die Deutschen mit einem Gefühl der nationalen Einheit und der Unabhängigkeit erfüllt. Sie blieb unter Hitlers Herrschaft populär, auch wenn sie propagandistisch nicht so massiv ausgeschlachtet wurde wie die Freiheitskriege gegen Napoleon. Diese beiden historischen Episoden wurden zu Eckpfeilern des nationalsozialistischen Kampfes gegen fremden Einfluss, gleichgültig ob dieser die Gestalt militärischer Aggression oder ideologischer Subversion annahm. Aufgrund seines internationalen Charakters stellte der französische Liberalismus immer noch eine Bedrohung dar.

> “Was die Französische Revolution auch für Deutschland bedeutsam macht”, hielt Ganzer in *Der Schulungsbrief* fest, “ist die Tatsache, daß sie als Missionsbewegung auftrat. Sie erhob den Anspruch, ihre Forderungen für die ganze Menschheit aufgestellt zu haben… Sie [die Anhänger dieser Ideologie] trieben die Phantasie in eine Erhitzung hinein, in der man die Wirklichkeiten, die natürlichen Bindungen, die Tatsache völkischer Zusammengehörigkeit und rassenmäßiger Geschiedenheit, endlich die Notwendigkeiten staatlicher Zusammenschlüsse nicht mehr als verbindlich anerkannte.”[86]

Ein gewisses Maß an internationaler Kooperation war aus nationalsozialistischer Warte durchaus annehmbar. Handel, sportliche Wettkämpfe wie die Olympischen Spiele sowie humanitäre Institutionen wie christliche Hilfswerke oder das Rote Kreuz dienten der Verständigung zwischen zivilisierten Nationen. Ganz anders verhielt es sich mit dem Internationalismus, sofern, um die Zeitschrift *Die SA* zu zitieren,

> “mit diesem Begriff bestimmte politische Ziele verbunden werden, die letzten Endes darauf hinauslaufen, die inneren Bindungen des Menschen an sein Volk zu lösen zugunsten des Glaubens an die allgemeine Menschheit und des Einsatzes für sogenannte allgemeine Menschheitsziele unter Hintansetzung des Einsatzes für das eigene Volk… Der Zweck des politischen Internationalismus ist keineswegs die Herstellung befriedeter Beziehungen unter den Völkern, sondern die Aushöhlung der nationalen Kraft und des inneren Zusammenhalts des Volks.”[87]

Die NSDAP nutzte die starke nationalistische Strömung, die im 19. Jahrhundert Gestalt angenommen hatte und damals allen Großmächten gemeinsam war, weidlich aus. Sie appellierte an den Stolz auf das deutsche Erbe und wies auf die positiven Auswirkungen der Tatsache hin, dass die natürliche historische Entwicklung des Landes über eine so lange Zeit ungestört verlaufen war. Diese Ideen mochten chauvinistisch sein, waren jedoch zugleich politisch zweckdienlich, denn der Marxismus stellte eine echte Bedrohung für die deutsche Freiheit dar. Die Förderung des Nationalismus war ein effizientes Gegengift gegen diese destruktive fremde Ideologie.

Rassenhygiene

Ein fundamentales Prinzip des Liberalismus wie des Marxismus ist der Glaube an die Gleichheit der Menschen. Dieser Glaube erschütterte den Absolutismus, dem zufolge eine privilegierte Oberschicht zur Herrschaft auserkoren war, bis in seine Grundfesten. Er schuf eine moralische und rechtliche Grundlage für individuelle Freiheit sowie für das System der parlamentarischen Demokratie. Der berühmte Ausspruch in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, dass "alle Menschen gleich geschaffen sind", untermauerte die politische Forderung nach repräsentativer Regierung. Die Französische Revolution deutete die allgemeine Gleichheit auch in biologischem Sinne. Sie postulierte, dass "alle, die eine menschliche Gestalt aufweisen", vergleichbare natürliche Gaben besitzen, unabhängig von ihrer physischen Unähnlichkeit, ihrem Geschlecht oder ihrer historischen Bilanz.

Schon lange vor Hitlers Zeit stellten Wissenschaftler und Historiker dieses Dogma in Frage. Der berühmte englische Naturforscher Charles Darwin, der im 19. Jahrhundert lebte, entwickelte, gestützt auf das Studium von Tieren und Fossilien, die Theorie von der natürlichen Selektion und der Evolution. Er gelangte zum Schluss, die Arten entwickelten sich ungleich und die Natur strebe nach Vervollkommnung, indem sie die Reproduktion der Stärksten begünstige und die Schwächsten ausmerze. Francis Galton untersuchte die menschliche Persönlichkeit und schlussfolgerte, dass intellektuelle Fähigkeiten und Moralität von den Eltern geerbt werden. Er warb für Eheschließungen zwischen Begabten, da geistig hochstehender Nachwuchs seiner Ansicht nach wichtig für den Fortschritt der Zivilisation war.

Die französischen Aristokraten Arthur de Gobineau und George Vacher führten historische Argumente gegen die These von der allgemeinen Gleichheit ins Feld. Gobineau wies auf die Korrelation der Blüte und Vitalität von Kulturen mit den Rassen hin, welche letztere geschaffen hatten. Beide Forscher vertraten die Auffassung, alte Zivilisationen wie die persische und die indische seien allmählich zugrunde gegangen, weil ihre weißen Schöpfer sich mit unterworfenen oder benachbarten nichtweißen Volksstämmen vermischt hätten. In seinem erstmals 1898 erschienenen Werk *Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts* führte Houston Stewart Chamberlain alle großen Kulturen auf die Kreativität nordischer Völker zurück.

In Deutschland schossen neue Institutionen aus dem Boden, welche die liberale Gleichheitsdoktrin mit naturwissenschaftlichen und historischen Argumenten bekämpften. Ähnliche Bewegungen entstanden in Skandinavien sowie in Italien, wo Paolo Mantegazza und Giuseppe Sergi Akademien für Anthropologie und Rassenstudien gründeten. Aus der Eugenik – diesen Begriff hatte Galton für die biologische Untersuchung erblicher Eigenschaften des Menschen geprägt – entwickelte sich in Deutschland die "Rassehygiene". An europäischen Universitäten wurden diese Fächer zwar nicht gelehrt, aber die Rassenhygiene erwarb im 20. Jahrhundert dennoch eine gewisse akademische Respektabilität. Unter Berufung auf die Theorien Darwins und Galtons bauten ihre Vertreter eine schlüssige Argumentationsstruktur auf, die auf Forschungen und Analysen beruhte und dem Anspruch der Rassenhygiene, eine vollwertige Wissenschaft zu sein, Legitimität verlieh.

In einer 1925 erschienenen Studie räumte Professor Hans F. K. Günther ein, dass das Bildungssystem im 19. Jahrhundert Angehörigen der Unterschicht den beruflichen und gesellschaftlichen Aufstieg erleichtert hatte, fügte jedoch hinzu:

> "Aber dieser Aufstieg hat eben die Besten aller Schichten den niedrigeren und niedrigsten Geburtenziffern entgegengeführt und so dauernd mehr Kräfte hinweggezehrt als geweckt und gefördert."[88]

Laut Günther widersprach dies den grundlegenden Erfordernissen einer gesunden Gesellschaft:

> "Ein Fortschritt ist nur durch eine Mehrung höherwertiger Erbanlagen, d. h. durch die höhere Kinderzahl der Erblich-Tüchtigsten und eine Hemmung der Fortpflanzung der Erblich-Minderwertigen überhaupt möglich."[89]

Das Studium der Rassenfrage wurde im nationalsozialistischen Deutschland staatlich finanziert. 1933 gründete die NSDAP das "Aufklärungsamt für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege", das ein Jahr später in "Rassenpolitisches Amt der NSDAP" umbenannt wurde und dessen Leiter, Dr. Walter Groß, in der Monatszeitschrift *Der Schulungsbrief* Artikel zu diesem Thema publizierte. Diese Zeitschrift, die in einer Auflage von mehreren Millionen erschien, war ein wichtiges Instrument der ideologischen Propaganda. Im April 1934 schrieb Groß:

> "Wer, wie es die wissenschaftliche Literatur der Demokratie versucht hat, ein Volk unter völliger Außerachtlassung der blutmäßigen Zusammenhänge nur als eine Sprach- und Kulturgemeinschaft auffasst, steht unserem organischen, das heißt blutmäßigen biologischen Volksbegriff weltenfern."[90]

Seine Erklärung des Aufstiegs und Untergangs von Nationen lässt erkennen, wie nahtlos die nationalsozialistische Doktrin an die Gedanken von Gobineau, Chamberlain und Günther anknüpfte:

> "Die alten Kulturstaaten verdanken ihre Entstehung dem arischen Menschen nordischen Blutes, der sie alle und ihre Kulturen geschaffen hat. Und wo er auf fremde Einwohner des Landes stieß, hat er sich nicht mit ihnen gemischt, sondern sie unterworfen und seine Stammesgenossen als Herrenschicht über sie gelegt. Aus dieser Schicht des nordischen Eroberers aber ist dann alles gekommen, was die alten Völker an Wert und Leistung hervorbrachten. Und nur so lange blieb ihre Größe bestehen, als das nordische Blut, das sie schuf, stark und einflussreich genug war. Sobald aber das Gefühl und die Reinheit des Blutes für die Gegensätze der Rassen verlorenging, sobald fremdes Blut einsickerte, begann der Verfall der Kulturen und Staaten, und wir können an der Geschichte aller Zeiten mit Erschütterung verfolgen, wie das Eindringen fremden Blutes mit der Zersetzung der Sitte, des Glaubens, der Werte des Charakters und der Moral einhergeht und damit unwiederbringlich die Grundlagen zerstört, auf denen einst das Gebäude der blühenden Kultur errichtet wurde."[91]

Das Rassenpolitische Amt der NSDAP wies auf drei biologische Faktoren hin, die den Niedergang von Kulturen bewirken. Der erste dieser Faktoren ist der Geburtenrückgang, die

> "rein zahlenmäßige Abnahme, der Rückgang der Zahl, der zunächst zu einer Schwächung der Volkskraft gegenüber etwa stärker wachsenden Nachbarn führt und damit also die natürlichen Stärkeverhältnisse der beiden Völker untereinander so verschiebt, daß das zahlenmäßig schwächer werdende trotz vielleicht innerer Überlegenheit schließlich zwangsläufig erdrückt wird von dem zahlenmäßig stärkeren Nachbarn."[92]

In einem 1937 im *Schulungsbrief* erschienenen Artikel hieß es zu dieser Frage:

> "Wir müssen leider heute sagen, daß die Geburtenziffer bei fast allen Völkern der weißen Rasse gefährlich schnell sinkt."[93]

Der zweite Faktor ist eine sinkende Geburtenrate bei den begabtesten Vertretern der Gesellschaft – ein Prozess, der Hand in Hand mit einer wachsenden Kinderzahl bei Familien von "nur durchschnittlichen oder gar der unterdurchschnittlichen Begabungen, Charakterveranlagungen, körperlicher und geistiger Fähigkeiten" geht.[94] Ein *Schulungsbrief*-Autor meinte, in vielen Demokratien werde eine Politik betrieben, die auf "die Erhaltung des Schwachen unter

Nichtbeachtung der Entfaltung des Starken" hinauslaufe und auf der liberalen Vorstellung fuße, dass jedes Menschenleben unbedingt erhaltenswert sei.[95] *Der Schulungsbrief* übte herbe Kritik an dem Ausbildungssystem in demokratischen Staaten; dieses

> "ließ Geistesschwache zu kleinen Klassengemeinschaften vereinigt in Sonderschulen durch besonders tüchtige Lehrkräfte unterrichten, während er zugleich hochbegabte und kräftige junge Menschen aus Sparsamkeitsgründen zu 50 bis 60 in viel zu engen Schulstuben zusammenpferchte und ihnen nur eben das Nötigste an Ausbildung zuteil werden ließ."[96]

Vor allem unter dem Einfluss der christlichen Religion wurde Mitleid mit den Schwachen und Hilflosen zu einem natürlichen menschlichen Gefühl. Gestützt auf wissenschaftliche Argumente hob Walter Groß die Schattenseiten dieser Entwicklung hervor:

> "Entscheidend für das geschichtliche Schicksal eines Volkes muss es werden, ob im Laufe der Jahrhunderte die Erblinien, die Träger der höchsten und tüchtigsten Werte sind, an Zahl zunehmen und damit das Volk heben, oder ob sie umgekehrt vernichtet und abgeschnitten werden und an ihrer Stelle jene Erbstämme überwiegen, die minderwertige und untaugliche Anlagen bergen... Die Folge ist, dass allmählich die überragende Begabung fehlt, dass auf der anderen Seite die minder Wertvollen an Gewicht gewinnen. Und das bedeutet früher oder später zwangsläufig den Niedergang von Staat und Kultur."[97]

Der dritte Faktor, der zum Untergang von Kulturen führt, ist die Vermischung mit fremden Rassen. Sie erzeugt ein Absinken der Geburtenrate unter dem Volk, das die betreffende Zivilisation erschaffen hat, und einen entsprechenden Anstieg des weniger kreativen gemischtrassigen Bevölkerungsanteils:

> "Dem daraus entstehenden Geschlecht der Mischlinge und Bastarde fehlte, was allein jeder einigermaßen reinrassigen und ungemischten völkischen Gemeinschaft Wert und Stärke auf die Dauer geben kann: Das ist die Harmonie des Leibes und der Seele, des Geistes und des Charakters in jedem einzelnen Menschen."[98]

Dr. Theodor Artz nannte "die Fortpflanzung des gesunden, wertvollen Teiles" der Bevölkerung "das A und O der ganzen praktischen Rassenpolitik [des Nationalsozialismus] überhaupt"; erforderlich sei parallel dazu die "Zurückdämmung der Fortpflanzung der nicht erwünschten fremdrassigen oder unterwertigen Teile".[99]

Was genau unter "fremdrassigen Teilen" zu verstehen sei, war innerhalb der NSDAP umstritten. Dem europäischen Kulturkreis gehören verschiedene ethnische Gruppen an: Die nordische, die gallische, die baskische, die slawische, die baltische, die mediterrane usw. Pioniere auf dem Gebiet der Rassenhygiene bekannten sich zur Auffassung, dass Mischehen zwischen verschiedenen weißen Volksgruppen zur Entstehung einer besonders hochwertigen Rasse führen. Der Psychiater und Philosoph Kurt Hildebrandt schrieb 1924:

> "Das höchste Leben entstand da, wo die nordische Rasse wohl die führende war, aber sich mit anderen mischte, von ihnen Kultur annahm."[100]

Hans F. K. Günther rief in Erinnerung, was der französische Anatom und Rassenforscher Quatresages bereits 1857 beobachtet hatte, nämlich dass "der Schwerpunkt des Geisteslebens nicht innerhalb reinrassiger, sondern innerhalb rassengemischter Bevölkerungen liegt."[101] Günther argumentierte wie folgt: So wie der Wettbewerb Menschen motiviert, erzeugt die Vermischung verschiedener Blutlinien einen Konflikt in der Psyche des betreffenden Individuums oder der betreffenden Volksgruppe und stimuliert hierdurch eine bisher nur latent vorhandene Lust zum Kampf: "Spannung, Auseinandersetzung, Überwindung erzeugen die großen geistigen Schöpfungen, und eben

beim rassisch gemischten Menschen ergeben sich mehr Möglichkeiten zu Spannungen und Auseinandersetzungen als beim reinrassigen Menschen. Der reinrassige Mensch hat öfters gegenüber dem Mischling – wenigstens für das Empfinden des Mischlings – zu wenig Unruhe in sich. Vielen Deutschen oder Engländern, überhaupt Nicht-Skandinaviern, mag an manchem rein nordischen Skandinavier ein 'allzu beruhigtes Wesen' auffallen."[102]

Foto Dr. Abel
Marokkanerbastard aus dem Rheinland

Foto Dr. Abel
Marokkanerbastard aus dem Rheinland

Ein Artikel von Wolfgang Abel im Schulungsbrief *behandelte die ethnische und rassische Zusammensetzung des deutschen Volkes. Er enthielt diese Bilder von Kindern, die während der Besetzung des Ruhrgebiets (1923-1925) aus Verbindungen zwischen marokkanischen Soldaten und deutschen Frauen hervorgegangen waren.*

Unter Walter Groß versuchte das Rassenpolitische Amt einen Mittelweg zwischen den von Günther sowie vielen seiner Zeitgenossen vertretenen positiven Einschätzung der Vermischung zwischen verschiedenen weißen Völkerschaften und jener "einseitigen Fixierung auf den blonden Menschentyp" zu beschreiten, vor der Günther und seine Gesinnungsgenossen warnten. 1934 veröffentlichte Groß' Kollege Wolfgang Abel eine Dokumentation über die ethnischen Gruppen in Deutschland, in der er zwischen der nordischen, der fälischen, der ostbaltischen, der dinarischen, der alpinen, der westnordischen und der westlichen Mittelmeer-Rasse unterschied. Er schilderte – veranschaulicht durch Fotografien- die körperlichen Eigenschaften sowie die kollektiven Merkmale der Persönlichkeit einer jeder von ihnen. Den nordischen Typ beschrieb er beispielsweise wie folgt:

> "Von allen am wenigsten dem Augenblick hingegeben, er übertrifft alle anderen Rassen an Willensstetigkeit und sorgender Voraussicht. Infolge der vordenkenden Sinnesart werden die sinnlichen Antriebe weiter gesteckten Zielen untergeordnet. Die Selbstbeherrschung ist vielleicht der bezeichnendste Wesenszug der nordischen Rasse; und auf ihr beruht zum guten Teil ihre Kulturbegabung. Rassen, die ihrer ermangeln, sind nicht befähigt, sachliche Ziele auf lange Sicht zu verfolgen und durchzusetzen."[103]

Deutsche, die der fälischen Rasse angehörten, waren laut Abel

> "mehr standhaft als beweglich, mehr gediegen als vielseitig, mehr nüchtern als kühn, mehr freiheitsliebend als herrschsüchtig, mehr gewichtig als schöpferisch."

Der deutsche Angehörige der westlichen Mittelmeer-Rasse

> "nimmt das Leben weniger ernst. Leere Höflichkeitsformen und nicht ernst gemeinte Gesten spielen eine große Rolle, zum Beispiel Anbieten von Geschenken und Einladungen, von denen

man erwartet, daß sie nicht angenommen werden. Der Sinn für Wahrheit und Ehrlichkeit ist geringer als beim nordischen Menschen."[104]

Frauen aus dem nordwestdeutschen Friesland. Diese Fotografie bildete Bestandteil eines Artikels im Schulungsbrief*, in dem verschiedene ethnische Gemeinschaften geschildert wurden.*

Hitler missbilligte solche Vergleiche. Hinweise auf physische Unterschiede zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen in Deutschland in Bezug auf Körpergröße, Haarfarbe oder Physiognomie lehnte er dezidiert ab. Gegenüber einem seiner Helfer begründete er dies anno 1930 wie folgt:

> "Das deutsche Volk würde durch die Aufführung der Rassenprobleme nur noch weiter zerspalten, gegeneinandergehetzt, atomisiert und damit außenpolitisch bedeutungslos gemacht."

Er wies die höheren Parteichargen an, das Thema der ethnischen Unterschiede zwischen Deutschen in ihren Reden und Artikeln zu meiden:

> "Alles, was die Schichten einigt und verbindet, muss hervorgeholt, gepflegt und gefördert werden, und alles, was sie trennt, was die alten Voreingenommenheiten wieder wach werden läßt, muss vermieden, bekämpft, beseitigt werden… Sie [die Hinweise auf rassische Unterschiede innerhalb des deutschen Volkes] sind das sicherste Mittel, um eine Volksgemeinschaft zu zerstören."

Die Wahl von Führerpersönlichkeiten, unterstrich er, dürfe "keineswegs nach äußeren Merkmalen", sondern "ausschließlich nach der Fähigkeit erfolgen."[105] Goebbels, ein kleinwüchsiger Mann, der leicht hinkte, vertraute seinem Tagebuch im Oktober 1937 Folgendes an:

> "Mit Dr. Groß Rassepolitik besprochen. Ich halte ihm unsere falschen Ausleseprinzipien vor. Danach würden fast alle heutigen Führer zurückgewiesen."[106]

Wie der Pionier der Rassenhygiene Hans F. K. Günther stellte sich auch Hitler auf den Standpunkt, die tüchtigsten und stärksten Deutschen sollten sich nicht über andere Gruppen erheben, um ihre eigene Blutlinie zu bewahren oder weiterzuführen. Ihre Pflicht, meinte er, sei es, einen Beitrag zur Hebung der deutschen Nation in ihrer Gesamtheit zu leisten. Laut seinem Chronisten Dr. Henry Picker war Hitler

> "fest entschlossen, in alle Gebiete, in denen das vorhandene Volkstum schlecht sei, rassisch

> hochwertige Militäreinheiten, wie zum Beispiel Formationen der Waffen-SS, hineinzulegen und durch sie eine Auffrischung des Blutes der Bevölkerung besorgen zu lassen”.[107]

Bekanntlich nahm die Waffen-SS lediglich Anwärter auf, die physisch höchsten Ansprüchen genügten.

Obgleich er an die Ungleichheit der Menschen glaubte, trat Hitler jeder Cliquenbildung und jeder Form elitärer Hochnäsigkeit unter besonders begabten Individuen oder ethnischen Gruppen entgegen. Er beurteilte die Menschen nicht nach den Gaben, welche die Natur ihnen verliehen hatte, sondern danach, wie sie ihre Talente – mochten diese nun spektakulär oder bescheiden sein – zur Förderung des Gemeinwohls nutzten. Dies war ein Kriterium, das jeder Deutsche, unabhängig von seinem gesellschaftlichen Status, erfüllen konnte. Seine persönliche Einstellung und Hingabe und nicht sein Stand oder seine angeborenen Fähigkeiten kennzeichneten den außergewöhnlich hochstehenden Menschen.

Als deutscher Reichskanzler schilderte Hitler die Entwicklung seines Landes zu einer sozialen, nationalen und geistigen Einheit in einer Rede wie folgt:

> “Das deutsche Volk ist nicht anders entstanden wie fast alle der uns bekannten wirklich schöpferischen Kulturvölker der Welt. Eine kleine organisationsfähige und kulturschöpferische, begabte Rasse hat im Laufe vieler Jahrhunderte andere Völker überlagert und zum Teil aufgesaugt, zum Teil sich angepasst. Alle unsere Bestandteile unseres Volkes haben selbstverständlich ihre besonderen Fähigkeiten in diesem Bund mitgebracht. Geschaffen aber wurde er nur von einem volks- und staatenbildenden Kern. Dieses Volk hat seine Sprache durchgesetzt, natürlich nicht ohne Entlehnung von den Unterworfenen, und es hat endlich alle einem gemeinsamen Schicksal so lange unterstellt, dass das Leben des Staatsvolkes sich unlöslich verbunden hat mit dem Leben der allmählich ein- und angeschmolzenen anderen Bestandteile. Aus Siegern und Besiegten ist unterdes längst eine Gemeinschaft geworden. Es ist unser heutiges deutsches Volk… Und wir sind so weit Gemeinschaft geworden, dass uns nur der eine Wunsch erfüllt, es möchten alle Bestandteile ihr Bestes beisteuern zum Reichtum unseres gesamten nationalen Lebens. Solange jeder Teil dort gibt, wo er zu geben hat, wird dies mithelfen, unserem Leben zu nützen.”[108]

Rassismus gegen Marxismus

Die NSDAP betrachtete die Rassenhygiene ebenfalls als politisch bedeutsam.

> "Die nationalsozialistische Weltanschauung", hob *Der Schulungsbrief* hervor, "hat als erste Weltanschauung in der Geschichte den Einbau der Naturgesetze bewusst aus ihrer Kenntnis und Wirksamkeit beim Menschen vorgenommen."[109]

Germanisches Leitheft schrieb, die Betonung des Rassegedankens sei

> "ein entscheidender Gegensatz zu der Auffassung des Westens, vor allem der des bisherigen Frankreich. Denn dort verkündete die Große Revolution die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt… und die Vermischung der Menschenarten war ein Hauptzug in der französischen Demokratie."

Die Revolution von 1789, meinte die Zeitschrift, habe dieses altruistische Ideal mit Füßen getreten:

> "Besonders in ihrem weiteren Verlauf wurde die Revolution zu einem Machtkampf ehrgeiziger Parteiführer, der nicht mehr in eine neue Ordnung mündete, sondern in der Beseitigung der noch verantwortungsbewussten Volksvertreter gipfelte… Unter ihrem Einfluss begann die sogenannte Schreckensherrschaft, die ganze Städte und Landschaften entvölkerte. 'Tod den Blonden!' lautete der Hassruf."[110]

Aus nationalsozialistischer Optik war der Marxismus ein politischer Spross des revolutionären Frankreich. Er degradierte die Menschheit zu einer wurzellosen Masse, wie sie die Geschichte zuvor noch nie gesehen hatte, indem er die begabtesten und produktivsten Elemente der Gesellschaft ausmerzte.[111] Zitieren wir ein weiteres Mal den *Schulungsbrief:*

> "Der Marxismus ist eine radikalisierte, wieder stärker mit der Brutalität der französischen Revolution gewürzte Spielart des Liberalismus."[112]

"Die bolschewistische Revolution betrachtet sich ja als legitime Nachfolgerin der französischen", sekundierte die Zeitschrift *Volk und Reich*.[113]

In der Tat war Brutalität ein zentraler Bestandteil der von den französischen Revolutionären errichteten Schreckensherrschaft und der bolschewistischen Revolution in Russland. Der erste sowjetische Diktator, Wladimir Lenin, starb als einziges Mitglied der ersten Politbüros eines natürlichen Todes. Im Dezember 1934 proklamierte Stalin einen "Krieg gegen den Terror" und entwarf persönlich ein neues Gesetz, das für "terroristische Akte" die Todesstrafe vorsah und eine jahrelange Hinrichtungswelle einläutete. 1937 wurden 353.074 Sowjetbürger exekutiert, im folgenden Jahr 328.618.[114] Houston Steward Chamberlain bezeichnete die bolschewistische Herrschaft in Russland als Regime, das

> "einzig und allein aus dem Einfluß der französischen Revolutionsideale hervorgegangen ist, welche im Laufe eines Jahrhunderts aus wackeren Menschen halbe Bestien an Neid und Gesinnungsniedertracht gemacht hat."[115]

Goebbels meinte, der Aufstieg der NSDAP sei "eine einzige fortdauernde Auseinandersetzung mit dem Problem des Marxismus" gewesen.[116] Bezüglich der Frage nach der Bedeutung der Rasse klaffte zwischen den beiden Parteien ein unüberbrückbarer Abgrund. In der Schrift *Der bolschewistische Weltbetrug* wurden die fundamentalen Unterschiede zwischen der nationalsozialistischen und der marxistischen Weltsicht prägnant hervorgehoben:

> "Zentralbegriff der nationalsozialistischen Weltanschauung ist das rassisch verstandene Volk, die

> Volksgemeinschaft auf Grund des schicksalhaften gemeinsamen geschichtlichen Blutserbes ihrer Menschen. Zentralbegriff der marxistischen Ideologie ist der vom Sachbesitz und Sachnichtbesitz her verstandene Begriff der Klasse. Dieser Klassenbegriff ist weder national noch rassisch gebunden. Er legt sich wie eine trennende Mauer zwischen die Menschen desselben Volkes und treibt zugleich die rassisch verschiedensten Arten Mensch zur Verbrüderung zusammen… 'Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat,' erklärte das *Kommunistische Manifest*… Der Schluss Adolf Hitlers lautete anders: er ist im Begriffe National-Sozialismus ausgedrückt und will die Neugeburt der Einheit des natürlichen Volkes, die Beseitigung der Klassenspaltung, das persönliche Empfinden jedes einzelnen für die Schicksalsgemeinschaft Volk, in die der Mensch hineingeboren wird."[117]

Ein zentrales liberales Argument gegen die Bedeutung der Rasse ist die Lehre von der entscheidenden Bedeutung der Umwelteinflüsse. Diese von Demokraten und Marxisten gemeinsam vertretene Doktrin besagt, dass nicht etwa seine Rassenzugehörigkeit, sondern Faktoren wie das Klima, die Fruchtbarkeit des Bodens, die Erziehung, der Zufall sowie schließlich die ihm offenstehenden gesellschaftlichen Möglichkeiten die Leistungsfähigkeit einer Gruppe oder eines Individuums bestimmen. *Der Schulungsbrief* resümierte dieses Kredo wie folgt:

> "Der Marxismus ist aufgebaut auf dem Lehrsatz: Alle Menschen sind von Geburt gleich. Die im Laufe des Lebens sich zeigenden Verschiedenheiten der Menschen sind Folge äußerer Einflüsse. Von der Gestaltung der Umwelt hängt also die Entwicklung des Menschen ab. Je günstigere Umweltbedingungen geschaffen werden, umso besser werden sich auch die Menschen entfalten. Eine Aufwärtsentwicklung der Menschen kann und muß auf dem Wege der Verbesserung von äußeren Bedingungen erreicht werden."[118]

Schärfer formulierte es die Zeitschrift *NS Briefe*:

> "Man erniedrigte den Menschen zu einem Sklaven seiner Verhältnisse und das Ergebnis: der Mensch war nicht mehr Subjekt, sondern Objekt. Das handelnde Prinzip lag in der Umwelt. Nicht der Mensch schuf die Zeit, sondern die Zeit schuf den Menschen."[119]

Für Groß bewiesen die Versuche, die Lehre von der entscheidenden Bedeutung der Umwelteinflüsse zum Grundpfeiler staatlicher Politik zu machen, wie impraktikabel diese Theorie ist:

> "Der geborene Verbrecher, der kaltschnäuzige Mörder, der von frühester Jugend an mit asozialen Instinkten als Schädling der Gesellschaft durchs Leben ging, war der Zeit von gestern auch nur ein 'Opfer seiner Umwelt', und nicht das brutale Vernichten solcher gemeingefährlichen Naturen, sondern ihre sorgsame Erziehung und Besserung durch die Überführung in eine 'bessere Umwelt' schien da am Platze. Die Ansätze einer 'modernen' Strafvollzugsordnung haben ja eine beredte Sprache gesprochen: das Zuchthaus mit Radio, mit Billard und Bücherei, in dem der Raubmörder ein hundertmal behaglicheres Leben führte als der fleißige Arbeiter im Lande. Das war die logische Folgerung des Glaubens, durch Einfluss von außen her die Natur des Menschen entscheidend bestimmen oder gar ändern zu können."[120]

Die *NS Briefe* umrissen die nationalsozialistische Position wie folgt:

> "Keine Erziehung kann die Menschen in ihrem inneren Wesen ändern, denn die Kräfte, die den Menschen bestimmen, kommen nicht von außen her, sondern liegen in ihm und werden ihm von seinen Eltern und Voreltern gegeben."[121]

Auch die Zeitschrift *Germanisches Leitheft* ließ keinen Zweifel an der überwältigenden Bedeutung der Erbfaktoren aufkommen:

> "Die wirkliche Größe einer Gemeinschaft, ihre kulturelle, soziale und politische Bestimmung hängen allein von jener Kraft ab, die den einzelnen und damit auch die Gesamtheit zum Herrn über Umwelt und äußere Verhältnisse macht und sie nach seinem Willen gestaltet. Diese Kraft und damit der Anlass für Aufstieg oder Niedergang einer Gemeinschaft ist das Blut oder besser gesagt, die Rasse."[122]

Die Nation als Einheit

Leitmotiv der nationalsozialistischen Ideologie und Staatsform war die Einheit der deutschen Nation. Hitler förderte, was zu diesem Ziel beitrug, und verwarf, was ihm abträglich war. Als belesener Mensch mit tiefschürfenden historischen Kenntnissen schuf er eine politische Philosophie, die Deutschlands Vergangenheit als steten Kampf um Unabhängigkeit und Vereinigung deutete. Die unter den Deutschen herrschende Zwietracht hatte sie ihre Freiheit und viele von ihnen ihr Leben gekostet. Das Römische Reich hatte den germanischen Stämmen einen unmoralischen fremden Einfluss aufgezwungen, bis Hermann der Cherusker sie einigte und die Eindringlinge vertrieb. Im 17. Jahrhundert wurde ein politisch zersplittertes Deutschland zum Schlachtfeld, auf dem sich fremde Heere im Dreißigjährigen Krieg befehdeten. In manchen Gebieten fand mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung den Tod. Der – auf Initiative Schwedens und Frankreichs abgeschlossene – Westfälische Frieden von 1648 teilte Deutschland in eine Vielzahl machtloser Herzogtümer und Fürstentümer auf. Gemäß den Bestimmungen dieses Friedensvertrags wurde in Regensburg ein Parlament gebildet, in dem all diese Kleinstaaten vertreten waren. “Unsere Diplomatie setzte das Räderwerk des Reichstages in Gang, mit der Absicht, jede ernsthafte Regierung in Deutschland unmöglich zu machen”, prahlte der französische Historiker Jacques Bainville im Jahre 1915.[123]

Im 18. Jahrhundert wurden Österreich und Preußen wieder zu Mächten, die diplomatisch und militärisch ein Wort mitzureden hatten. Doch da die Bevölkerung beider Staaten keine Bindungen an die herrschenden Königshäuser verspürte und nicht bereit war, für diese zu sterben, wurden sowohl Österreich als auch Preußen später von Napoleons Invasionstruppen überrannt. Preußen musste sich den Eroberern anno 1806 beugen, und nur der jäh erstarkende Nationalismus ermöglichte ihm die Wiedergewinnung seiner Freiheit. Unter Preußens Führung wurde Deutschland 1871 vereinigt und erfreute sich fortan eines ungeahnten Wohlstands und Fortschritts. Nichtsdestoweniger blieben die krassen sozialen Unterschiede bestehen. Damals verlieh der Philosoph Friedrich Nietzsche der Sehnsucht seines Volkes nach einer “größeren Einheit der Natur und der Seele” beredten Ausdruck:

> “Es gibt sehr viel schöne Fasern in der deutschen Seele, aber sie sind nicht in einen einzigen festen und kräftigen Knoten geschlungen – ein schmerzliches Schauspiel und eine heilige Not. Ihr muss abgeholfen werden, es muss eine größere Einheit in der Natur und der Seele unseres Volkes geschaffen, der Riss zwischen innen und außen muß beseitigt werden. In diesem höchsten Sinne müssen wir die deutsche Einheit erstreben und heißer noch erstreben als die bloße politische Wiedervereinigung: die Einheit des deutschen Geistes und Lebens nach der Vernichtung des Gegensatzes von Form und Inhalt, Innerlichkeit und Konvention. Schafft Euch den Begriff eines Volkes!”[124]

Hitler wuchs in jenem gesellschaftlichen Milieu auf, dessen Klassenschranken Nietzsche getadelt hatte. Der Erste Weltkrieg, in dem Hitler als Soldat in einem Infanterieregiment kämpfte, schweißte die verschiedenen sozialen Schichten zu einer Einheit zusammen: “An der Front wurde das Gefühl der schicksalhaften Zusammengehörigkeit, der Gemeinschaft im großen Ganzen wiedergeboren”, schrieb Walter Groß im *Schulungsbrief*.[125] Hitler und seine Kameraden erlebten in den Schützengräben die Solidarität der Angehörigen aller Schichten, doch im Zivilleben herrschte politische Zwietracht:

> “Der Feind stand nun nicht mehr allein als ehrlicher Kämpfer dem Frontsoldaten gegenüber, sondern wühlte auch im Rücken der Front, bediente sich bezahlter Subjekte, die nicht nur auf der Straße ihr übles Handwerk betrieben, sondern auch schon im Reichstag selbst frech ihr Haupt

erhoben und laut und deutlich genug den offenen Verrat predigten”,

charakterisierte die Militärzeitschrift *Offiziere des Führers* die damaligen Verhältnisse.[126] In der Nachkriegszeit litt das Volk unter wirtschaftlicher Not, politischer Zerrissenheit und fremder Ausbeutung. Wenn die Deutschen eine Einheit bildeten, seien sie eine Macht, erklärte Hitler später, doch:

“Wenn sie zersplittert sind, sind sie wehrlos und ohnmächtig.”[127]

Indem er das Schwergewicht auf die Einheit der Deutschen legte, trat der Nationalsozialismus in die Fußstapfen Hermanns des Cheruskers, der preußischen Reformer, die Napoleon den Fehdehandschuh hingeworfen hatten, des großen Staatsmanns Bismarck und des genialen Denkers Nietzsche. Die Sorge um die moralische, gesellschaftliche und politische Harmonie unter den Deutschen prägte die Politik der NSDAP in buchstäblich allen wichtigen Fragen. Die Monatszeitschrift *Der SA-Führer* schrieb:

“Der Nationalsozialismus erkannte, daß die Lösung der Arbeiterfrage das soziale Kernproblem des 19. und 20. Jahrhunderts war und beseitigte den Klassenkampf, den die französische Sozialordnung mit ihrem auf der Idee von Freiheit und Gleichheit aufgebauten Wirtschaftssystem mit sich gebracht hatte… [Der Nationalsozialismus] stellte der materialistisch verfälschten Freiheitsidee des Liberalismus, die zu Ausbeutung und der Herrschaft plutokratischer Minderheiten führte, eine neue Freiheit entgegen, die auf der Entfaltung des einzelnen Volksgenossen innerhalb der Volksgemeinschaft auf Grund der Leistung beruht. Im Gegensatz zu der durch den Liberalismus entstandenen Arbeiterentrechtung bezog der Nationalsozialismus den Arbeiter in die Volksgemeinschaft ein, die er zu einer Leistungsgemeinschaft der gesamten Nation erhob.”[128]

Der Grundsatz, jedermann nach seiner Leitung zu beurteilen, machte nach Hitlers Auffassung alle Debatten über ethnische Unterschiede innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft überflüssig. Obwohl sich viele Nationalsozialisten weltanschaulich auf wissenschaftliche Studien zur Rassenfrage stützten, erkannte Hitlers Regierung auch der Erziehung eine bedeutende Rolle bei der Erschließung des menschlichen Potentials zu. Im Juni 1936 hielt Goebbels in seinem Tagebuch fest:

“Der Führer missbilligt sehr scharf die Arbeit aller Rassenausschüsse.”[129]

Hitlers Einstellung lag die Einsicht zugrunde, dass solche Aktivitäten der nationalen Einheit zutiefst abträglich waren.

Der Nationalsozialismus war in erheblichem Umfang ein Produkt von Werten des 18. und 19. Jahrhunderts. Hitler hatte erkannt, dass der Sturz des Absolutismus mächtige Kräfte wachrief, die in der menschlichen Seele geschlummert hatten. Doch da das Wirken dieser Kräfte traditionelle Bindungen und Einschränkungen, die für die alte Ordnung kennzeichnend waren, zerstörte, gab es den Anstoß zur Entstehung von Doktrinen, die sich unabhängig voneinander entwickelten und zu denen es in der Geschichte zuvor keine Parallelen gegeben hatte. Der Liberalismus – die dominierende Philosophie – machte Konventionen und Institutionen zugleich den Garaus und schlug, in der unbeirrbaren Überzeugung, dass die individuelle Freiheit die Zukunft der Menschheit sei, vollkommen neue Wege ein. Goethes in der Geburtsphase des liberalen Zeitalters entstandenes Gedicht vom Zauberlehrling, der mutwillig Kräfte heraufbeschwört, die er dann nicht mehr zu kontrollieren vermag, erwies sich als prophetische Allegorie.

Für die Nationalsozialisten musste die Überhöhung des Individuums im liberaldemokratischen Sinne zur “Auflösung der gesunden Lebensordnungen der Völker” führen und somit auch deren Verfall heraufbeschwören.[130] Dennoch sprachen sie sich für den freien Wettbewerb und das freie

Unternehmertum aus und waren bemüht, dem Individuum breite Möglichkeiten zu seiner Entfaltung zu bieten. Die Aufgabe ihrer autoritären Regierung bestand darin, all dies zu fördern, zugleich aber darüber zu wachen, dass das kollektive Interesse der Bevölkerung stets den Vorrang genoss. So wie der Einzelmensch im Nationalsozialismus vom Fortschritt profitierte, profitierte auch die Nation davon. Hitler stimulierte die durch die Aufklärung wieder erweckten Kräfte der menschlichen Kreativität, legte ihnen jedoch zugleich Zügel an, indem er ihnen eine Form, einen Sinn und eine Richtung gab, die sich die Pioniere des Liberalismus und der Demokratie nicht hätten träumen lassen.

Kapitel 2:
Das neue Deutschland

Deutschland in Ketten

Am 10. Februar 1933 umriss Hitler als frischgebackener Kanzler bei einer Massenveranstaltung in Berlin sein Wirtschaftsprogramm: "Wir glauben niemals an fremde Hilfe, niemals an Hilfe, die außerhalb unserer eigenen Nation, unseres eigenen Volkes liegt", rief er seinen Zuhörern zu.[131] Für den Führer hatte Deutschland jenseits seiner Grenzen keine Freunde. Der Erste Weltkrieg war 1918 mit der Kapitulation des Deutschen Reichs sowie Österreich-Ungarns zu Ende gegangen. Die Alliierten hatten den Besiegten harte Bedingungen auferlegt, obwohl US-Präsident Woodrow Wilson letzteren einen gerechten Friedensvertrag versprochen hatte. Fortan war das Reich mehr oder weniger auf sich allein gestellt.

Im Januar 1919 hatten alliierte Delegierte die Friedenskonferenz im französischen Versailles eröffnet. Sie verlangten von Deutschland, die volle Verantwortung für den Kriegsausbruch zu übernehmen und den Siegern die erlittenen Schäden zu vergüten. Dies ermöglichte es ihnen, Reparationszahlungen in einer Höhe zu fordern, welche die Deutschen buchstäblich zu einem Sklavendasein verurteilte. Um das Reich zur Unterzeichnung des Vertrags zu zwingen, blockierte die britische Flotte für Deutschland bestimmte Lebensmittellieferungen. Diese Blockade war schon kurz nach Kriegsausbruch verhängt worden. Sie hatte zur Folge, dass über 750.000 deutsche Zivilisten, vorwiegend Kinder und ältere Menschen, an Unterernährung starben.[132]

Ungeachtet der deutschen Kapitulation setzten die Briten ihre Lebensmittelblockade bis Sommer 1919 fort. Am 3. März jenes Jahres erklärte Kriegsminister Winston Churchill vor dem Unterhaus:

> "Wir setzen alle unsere Druckmittel voll ein oder sorgen zumindest dafür, dass sie jederzeit eingesetzt werden können. Wir halten die Blockade in vollem Umfang aufrecht. Wir verfügen über starke militärische Verbände, die innerhalb kürzester Zeit vorrücken können. Deutschland steht am Rande einer Hungersnot. Die Berichte, die ich seitens der Offiziere erhalten habe, die vom Kriegsministerium in die verschiedensten Teile Deutschlands entsandt worden sind, beweisen erstens die schweren Entbehrungen, unter denen das deutsche Volk leidet, und zweitens die große Gefahr, dass die gesamte Struktur des gesellschaftlichen und nationalen Lebens in Deutschland unter dem Druck des Hungers und der Unterernährung zusammenbricht. Deshalb ist jetzt der Augenblick für ein Abkommen gekommen."[133]

Die alliierten Führer sagten den deutschen Delegierten in Versailles unverblümt, sie müssten entweder den Vertrag akzeptieren oder eine militärische Invasion sowie eine Fortsetzung der Blockade in Kauf nehmen. Am 28. Juni 1919 unterzeichneten die Deutschen das Versailler Abkommen.

Die von den Alliierten verhängten Bedingungen degradierten Deutschland zu einer zweitrangigen Macht. Die Sieger teilten 13% des deutschen Territoriums unter seinen Nachbarstaaten auf. Von diesen Gebietsabtretungen waren 7.325.000 Deutsche betroffen, die in ihren neuen "Heimatländern" zu Bürgern zweiter Klasse wurden.[134] Durch den Verlust dieser Territorien sowie der dort

befindlichen Industrie büßte Deutschland 67% seiner Zinkproduktion, 75% seiner Eisenproduktion, ein Drittel seiner Kohlenförderung sowie 7,7% seiner Bleiförderung ein. Die Alliierten beanspruchten 12% der deutschen Exporte, wobei sie sich die Option offenhielten, den Prozentsatz für die kommenden 42 Jahre auf 25% zu erhöhen.[135]

Doch nicht genug damit: Die darbende deutsche Nation musste auch einen Viehbestand von einer Million Tieren – darunter 149.000 Milchkühe – und 15% ihrer Ernte abtreten. Die Alliierten konfiszierten ein Viertel der deutschen Fischereiflotte. Neben großen Mengen Holz gingen 7.500 deutsche Lokomotiven und 200.000 Lastwagen in den Besitz der ehemaligen Feindmächte über.[136] Auch seine blühenden afrikanischen Kolonien musste Deutschland den Engländern und Franzosen abtreten. Sämtliche Transportschiffe mit einer Transportkapazität von über 1.600 Tonnen – was fast der ganzen deutschen Handelsflotte entsprach – fielen den Alliierten als Kriegsbeute anheim.[137] All ihre Investitionen im Ausland mussten die Deutschen abschreiben.

Vor dem britischen Unterhaus versuchte Premierminister David Lloyd George diese Friedensbedingungen moralisch zu rechtfertigen:

> "Ich hoffe, dass Deutschland begreifen wird, dass seine Niederlage zu seinem Heil geführt hat, indem sie es vom Militarismus, von den Junkern und von den Hohenzollern befreit hat."[138]

Bei anderen Anlass hielt er triumphierend fest:

> "Wir haben das meiste von dem, was wir wollten, erreicht. Die deutsche Marine ist uns ausgehändigt worden, die deutsche Handelsflotte ist uns ausgehändigt worden, und Deutschland musste seine Kolonien aufgeben. Einer unserer hauptsächlichen Konkurrenten auf dem Gebiet des Handels ist aufs schwerste verkrüppelt, und unsere Alliierten sind im Begriff, zu Deutschlands größten Gläubigern zu werden. Das ist kein schlechtes Ergebnis!"[139]

Zwischen 1880 und 1900 war Deutschlands Anteil am Welthandel von 10,7 auf 13,8% gestiegen Im selben Zeitraum war Großbritanniens Anteil von 22 auf 16% und derjenige Frankreichs von 13 auf 8% gesunken.[140] Im September 1919 bemerkte Woodrow Wilson:

> "Gibt es auch nur einen einzigen Mann oder eine einzige Frau – oder auch nur ein einziges Kind –, das nicht weiß, dass die Ursache des Krieges in der modernen Welt industrielle und kommerzielle Rivalität ist? Dieser Krieg wurde um industrieller und kommerzieller Interessen wegen geführt."[141]

Der Krieg verwandelte Deutschland von einer blühenden Industriemacht in einen heruntergewirtschafteten Staat. 1.808.545 Deutsche waren im Krieg gefallen,[142] 4.247.143 verwundet worden. Die exorbitant hohen Kriegsausgaben hatten das Land in den Bankrott geführt. Die marxistische Agitation provozierte Arbeitsniederlegungen. Im Jahre 1919 gab es 3.682 Streiks, an denen sich 2.750.000 Arbeiter beteiligten und die 32.825 Geschäfte in Mitleidenschaft zogen.[143] Der Rückgang der Industrieproduktion sowie die drückende Last der Reparationszahlungen führten zu hoher Arbeitslosigkeit. Ein erheblicher Teil der demobilisierten Soldaten fand keine Arbeit. Durch ein neues Gesetz wurden Geschäftsbesitzer zur Wiedereinstellung ehemaliger Angestellter verpflichtet, die während des Krieges Wehrdienst geleistet hatten, doch viele Geschäftseigentümer waren gefallen, und ihre Firmen existierten nicht mehr.

Außerdem befanden sich in Deutschland damals zahlreiche fremde Arbeiter, die während des Krieges die Stellen der zum Waffendienst einberufenen Fabrikarbeiter eingenommen hatten. Manche Soldaten entdeckten nach ihrer Rückkehr von der Front, dass ihre ehemaligen Arbeitsplätze nun von Fremden besetzt waren. Wer keine Arbeit hatte, konnte nichts kaufen. Dies verringerte die Nachfrage nach Konsumgütern und hatte Produktionsrückgänge und weitere Entlassungen zur Folge. Die

Arbeitslosigkeit schwoll besorgniserregend an. Ab Herbst 1927 nahm die Krise dramatische Ausmaße an. Allein im Jahre 1931 verloren jeden Monat durchschnittlich 107.000 Menschen ihren Arbeitsplatz. Mitte 1932 erhielten fast 23 Millionen Deutsche (36% der Bevölkerung) staatliche Unterstützung.[144]

Die Londoner Erklärung vom 5. Mai 1921 hatte die Gesamtschulden Deutschlands auf 132 Milliarden Reichsmark beziffert. Sie sah außerdem die "rückwirkende Bezahlung" von 12 Milliarden Goldmark plus einer weiteren Milliarde an Zins vor. Diesen Verpflichtungen konnte die Regierung der Weimarer Republik nicht nachkommen. Ohne Außenhandel besaß Deutschland nur geringe Einkünfte. Aus Furcht davor, die Regierung könnte zwecks Erfüllung der alliierten Forderungen die Steuern unmäßig erhöhen, investierten wohlhabende Deutsche ihr Kapital im Ausland. Kapitalflucht und Staatsdefizit heizten die Inflation zusätzlich an. Im November 1922 ersuchte Weimar um eine Stundung seiner Bargeldzahlungen. Die gesamtalliierte Reparationskommission erklärte Deutschland für zahlungsunfähig. Nun rückten französische Truppen ins Ruhrgebiet ein, aus dem fast 80% der deutschen Kohlen-, Stahl- und Roheisenproduktion stammte. In einem Akt des zivilen Widerstandes begannen die dortigen Arbeiter und Angestellten einen spontanen Streik. Dies ließ die Anzahl der auf staatliche Hilfe angewiesenen Deutschen weiter in die Höhe schnellen und die Produktion weiter absacken. Der französische Einmarsch ins Ruhrgebiet hatte zur Folge, dass die deutschen Banknoten praktisch zu wertlosem Papier wurden. Die Inflation zehrte die Ersparnisse des deutschen Bürgertums auf.

Eine Kommission unter Leitung des Amerikaners Charles Dawes unterbreitete Empfehlungen zur Ausgleichung des deutschen Staatshaushaltes sowie zur Stabilisierung des Geldsystems. Die Alliierten übernahmen die Kontrolle über die Reichsbank und verkauften deren Anteile an der nationalen Eisenbahn. Sie legten die jährlichen Zahlungen auf 250 Millionen Dollar fest. Im Februar 1929 trat ein Paris ein weiteres Komitee unter Vorsitze des amerikanischen Bankers Owen Young zusammen. Young entwarf einen neuen Plan, laut dem Deutschland bis zum Jahre 1988 zu Zahlungen verpflichtet sein sollte. Seit 1924 hatte Weimar von Wall-Street-Banken Geld ausgeliehen, um die Reparationen bezahlen zu können. Die weltweite Finanzkrise von 1929 brachte diese Kapitalquelle zum Versiegen. Trotz Steuererhöhungen vermochte die deutsche Regierung keine ausreichende finanzielle Basis zu schaffen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Im März 1933 beliefen sich die Staatsschulden Deutschlands auf 24,5 Milliarden Reichsmark.

Mitte 1931 gaben die Alliierten der deutschen Bitte nach einem einjährigen Zahlungsmoratorium widerwillig statt. Im Juli 1932 handelte Kanzler Franz von Papen einen zusätzlichen dreijährigen Zahlungsstop aus. Segensreich für Deutschland waren auch zwei aufeinanderfolgende milde Winter, was sich günstig auf die Landwirtschaft auswirkte und die Durchführung neuer Bauprojekte erleichterte. Von Januar bis Oktober 1932 fanden 560.000 Deutsche einen Arbeitsplatz. Allerdings lag die Zahl der Arbeitslosen immer noch bei über fünf Millionen.

Im Juli 1932 schilderte Hitler die verheerende Wirtschaftslage des Reichs in einer Rede, die während einer Wahlkampagne auf Schallplatte aufgenommen und verteilt wurde und in der er sich wie folgt äußerte:

> "Der deutsche Bauer verelendet, der Mittelstand ruiniert, die sozialen Hoffnungen vieler Millionen Menschen vernichtet, ein Drittel aller im Erwerbsleben stehenden deutschen Männer und Frauen ohne Arbeit und damit ohne Verdienst, das Reich, die Kommunen und die Länder überschuldet, sämtliche Finanzen in Unordnung und alle Kassen leer."[145]

Solcherart waren die Folgen der von den Alliierten durchgeführten Ausplünderung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg. Sie führte dem deutschen Volk schwere Wunden zu. Die ärztlichen

Statistiken über Unterernährung bei Kindern waren alarmierend, die Scheidungsraten abnorm hoch. In den dreizehn Jahren der Weimarer Republik schieden Zehntausende von Deutschen durch Selbstmord aus dem Leben; viele von ihnen hatten die Verzweiflung und Frustration über ihre erzwungene monatelange Untätigkeit nicht auszuhalten vermocht. Laut dem deutschen Schriftsteller Rudolf Binding betrug ihre Zahl 224.900.[146] Während dieser ganzen Zeit mussten die Deutschen Verletzungen ihrer Souveränität durch Länder dulden, die Deutschland keinesfalls militärisch in die Knie gezwungen, jedoch seine Führer 1918 mit dem lügenhaften Versprechen auf einen Versöhnungsfrieden zur Kapitulation verleitet hatten. Als Hitler im Januar 1933 sein Amt als Reichskanzler antrat, übernahm er damit die Verantwortung für das Schicksal einer zutiefst enttäuschten und verarmten Nation.

Der Weg zur Genesung

Zwei Tage nach seiner Ernennung zum Kanzler skizzierte Hitler sein Wirtschaftsprogramm in einer Rundfunkansprache:

> "Binnen vier Jahren muss der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein. Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein. Gleichlaufend damit ergeben sich die Voraussetzungen für das Aufblühen der übrigen Wirtschaft."[147]

Am 14. Juni 1938 weiht Hitler den Eckstein des Hauses des Reichsfremdenverkehrverbands in Berlin ein. Bei diesem handelte es sich um eines der zahlreichen öffentlichen Arbeitsprojekte, die seine Regierung lancierte, um den Handel zu fördern. Er wird von Tourismusdirektor Hermann Esser sowie Architekt Albert Speer begleitet.

Die von der nationalsozialistischen Regierung erlassenen Gesetze zur Ankurbelung der Wirtschaft fußten auf einer Strategie, die Fritz Reinhardt, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, entworfen hatte. Dieser bescheidene, pragmatische Volkswirtschaftler unterbreitete ein nationales Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen, das auf der Prämisse beruhte, dass es besser ist, den Menschen einen Lohn für geleistete Arbeit statt Arbeitslosenunterstützung zu zahlen.

In Übereinstimmung mit dem am 1. Juni 1933 erlassene "Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit" wurde eine Milliarde Reichsmark zur Finanzierung von landesweiten Bauprojekten zur Verfügung gestellt, welche die Reparatur von öffentlichen Gebäuden, Wohnhäusern und Bauernhäusern sowie die Begradigung von Wasserläufen und den Bau von Gas- und Kraftwerken vorsah. Langzeitarbeitslose sowie Väter kinderreicher Familien wurden bei der Einstellung bevorzugt behandelt. Die Arbeitswoche wurde auf maximal 40 Stunden begrenzt. Laut dem Gesetz musste deutsches Baumaterial verwendet werden.[148]

Im September 1933 wurde ein "Gebäudeinstandsetzungsgesetz" verabschiedet, das die Bereitstellung von zusätzlichen 500 Millionen Reichsmark für kleinere individuelle Projekte vorsah.

Hausbesitzer erhielten einen Zuschuss, der 20% der Kosten jedes Projekts deckte, einschließlich Reparaturen und Erweiterungen. Eigentümer von kommerziellen Einrichtungen konnten Zuschüsse für die Durchführung von Renovationen sowie für die Installierung von Fahrstühlen oder Lüftungssystemen, Mieter für die Verschönerung ihrer Wohnungen beantragen.

Gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes konnten sich Eigentümer, die staatliche Zuschüsse erhielten, den Rest der für die Bauarbeiten benötigten Summe von lokalen Banken oder Bausparkassen leihen. Die Regierung stelle den Darlehensnehmern Gutscheine zu Verfügung, um sie für die auf die Darlehen erhobenen Zinsen zu entschädigen. Am 15. Juli 1933 wurde ein "Gesetz über Steuererleichterungen" angenommen, das für die Durchführung von Reparaturarbeiten eine Reduzierung von Einkommens- und Körperschaftssteuern vorsah.

Den Bestimmungen des Gesetzes zufolge konnten Eigentümer, die Darlehen erhielten, den fehlenden Restbetrag der Neubaukosten von lokalen Banken oder Sparkassen ausleihen. Die Regierung stellte Kreditnehmern Gutscheine zur Verfügung, um sie für die Darlehenszinsen zu entschädigen. Das Gesetz über Steuererleichterungen vom 15. Juli 1933 sah für Besitzer, die Reparaturarbeiten ausführen ließen, eine Senkung ihrer Einkommens- und Körperschaftssteuern vor. Fast 40% der Kosten für jede Renovation wurden von der Regierung übernommen. Das Gemeindeumschuldungsgesetz vom 21. September 1933 wandelte kurzfristige Darlehen in langfristige mit niedrigerem Zinssatz um. Es setzte die Zinsrate von sieben auf nunmehr vier (und schließlich drei) Prozent herab. Dieser Schritt behinderte die Tätigkeit von Finanzunternehmen keineswegs, weil er Gewähr dafür bot, dass die Darlehensnehmer ihren Verpflichtungen nachkommen konnten. Das Gemeindeumschuldungsgesetz enthob Firmen ihrer Verpflichtung, ihren früheren Arbeitnehmern einen Teil ihrer Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Das dank dieser Maßnahme verfügbar gewordene Kapital ermöglichte es den betreffenden Unternehmen, ehemalige Angestellte wieder in ihre Dienste zu nehmen und ihre Produktion zu erhöhen.[149]

Das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit sah für Neuvermählte Darlehen von 1.000 Reichsmark mit einem monatlichen Zinsfuß von einem Prozent vor. Die Darlehen erfolgten in Form von Gutscheinen für den Erwerb von Möbeln, Haushaltgeräten und Kleidungsstücken. Um Anspruch auf ein solches Darlehen zu haben, musste die Braut in den beiden vorhergehenden Jahren wenigstens sechs Monate lang beschäftigt gewesen sein und sich bereit erklären, ihren Arbeitsplatz aufzugeben. Die Rückkehr von Frauen in den Haushalt schuf in Handel und Industrie neue Arbeitsstellen für männliche Arbeitslose. Für jedes neugeborene Kind erließ die Regierung dem Ehepaar 25% seiner Schulden und stundete die Rückzahlungsfrist um ein Jahr. Mit der Geburt des vierten Kindes entfielen sämtliche Rückzahlungsverpflichtungen. Finanziert wurde dieses Programm durch Sondersteuern für ledige Männer und Frauen. Bis zum Juni 1936 billigte die Regierung 750.000 Darlehen für Neuverheiratete.[150] Fritz Reinhardt bezeichnete diese Politik, die Frauen zur Rückkehr ins Haus ermunterte, als

> "eine dauernde arbeitsmarktpolitische und bevölkerungspolitische Umschichtung unserer deutschen Frauen. Allein diese Umschichtung, durch die im Laufe der Jahre fast alle weiblichen Arbeitskräfte in die Hauswirtschaften und die Ehen überführt werden, würde genügen, um im Laufe der Jahre die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und zu einem gewaltigen Aufschwung in allen Zweigen der deutschen Wirtschaft zu führern."[151]

Hitler und Goebbels warben bei ihren öffentlichen Auftritten für den Wiederaufbau Deutschlands, beispielsweise hier bei einer Autobahnbaustelle. Rechts von Dr. Goebbels steht Dr. Fritz Todt, der den Bau der Autobahnen überwachte. Ganz rechts Sepp Dietrich, Kommandant der "Leibstandarte".

Nach Verabschiedung des Gesetzes zur Förderung von Eheschließungen schieden ab November 1933 jeden Monat ungefähr 20.000 Frauen aus dem Berufsleben aus. Der rapide Anstieg der Zahl Neuvermählter schuf ein entsprechendes Bedürfnis nach zusätzlichem Wohnraum, mit dem Ergebnis, dass viele Arbeitswillige im Baugewerbe unterkamen. In der Möbelindustrie stieg die Produktion im Verlauf des Jahres 1933 um nicht weniger als 50%. Fabriken, in denen Öfen und andere Küchengeräte hergestellt wurden, konnten mit der Nachfrage nicht Schritt halten. Der Staat verzichtete darauf, frischgebackene Ehepaare, die kleine Einfamilienhäuser kauften, mit einer Eigentumssteuer zu belegen. Wie Fritz Reinhardt vorausgesagt hatte, wurden die enormen Kosten, die mit dem Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Wiederankurbelung der Wirtschaft verbunden waren, durch die kontinuierliche Verringerung der ausgezahlten Arbeitslosenunterstützung sowie die steigenden Einnahmen in Form von Körperschafts-, Einkommens- und Umsatzsteuern weitgehend gedeckt. Am 16. Oktober 1933 hielt Reinhardt in Bremen fest:

> "Ausgaben und Einnahmen des Reiches haben sich in den ersten fünf Monaten des laufenden Rechnungsjahres die Waage gehalten."[152]

Als Hitler die Macht übernahm, gehörten 46% der berufstätigen Deutschen und 82% der Unbeschäftigten der Arbeiterklasse an.[153] Die Regierung lancierte umfangreiche öffentliche Bauprojekte, um neue Stellen für Arbeiter zu schaffen. Besondere Aufmerksamkeit schenkte sie dabei der Verbesserung des nationalen Eisenbahnnetzes. Außerdem wurde im September 1933 mit dem Bau einer modernen Autobahn begonnen – eine Maßnahme, die jedes Jahr 100.000 neue Arbeitsplätze für

Männer schuf. Die Produktion und Lieferung von Baumaterial für Bürgersteige, Brücken und Raststätten erforderte parallel dazu die Schaffung von 100.000 weiteren Stellen. Das Reichsautobahnprojekt, das ursprünglich den Bau von mehr als 5.600 Kilometern neuer Autobahnen vorsah, wurde in erster Linie mittels manueller Arbeit verwirklicht. Der sparsame Einsatz moderner Straßenbaumaschinen erlaubte es der Autobahnkommission nicht nur, eine größere Zahl von Arbeitskräften einzustellen, sondern auch 79% ihres Budgets für die Entlohnung der Arbeiter zu verwenden. Die Autobahnen waren mautpflichtig, doch entschädigten die geringere Abnutzung jener Fahrzeuge, die von ihr Gebrauch machten, sowie die kürzere Reisezeit die Fahrer für die anfallenden Gebühren.

Das Reich tat sein Möglichstes, um die Not des deutschen Bauern zu lindern. Infolge der Weltwirtschaftskrise waren viele Bauernhöfe verschuldet. Jüngere Angehörige von Bauernfamilien kehrten ihren Höfen oft den Rücken, um in den Städten Arbeit zu suchen. Im September 1933 wurde ein Gesetz über die Gründung des "Reichsnährstands" erlassen, einer Organisation, welche die Interessen der Bauer, Fischer und Gärtner vertrat. Der Reichsnährstand, der 17 Millionen Mitglieder zählte, betrachtete es als seine vorrangigsten Ziele, dem Bauernhofsterben Einhalt zu gebieten und die Abwanderung der Landbevölkerung in größere Bevölkerungszentren sowie Industriegebiete zu verhindern. Dank ihrer Kontrolle über den Marktpreis der Lebensmittel konnte diese Organisation den Kaufpreis für diese bis zum Jahre 1938 um über zehn Prozent erhöhen. Diese Maßnahme war bei der Bevölkerung unpopulär, brachte den Landwirten jedoch großen Nutzen.

Der Reichsnährstand setzte nicht nur eine erhebliche Verringerung der Grundsteuern für Bauern durch, sondern sorgte auch dafür, dass diese von ihren Altschulden befreit wurden. Dadurch erhielten Bauernhöfe, auf denen eine hohe Hypothek lastete, die Chance auf einen Neubeginn. Eine andere Organisation, die Landhilfe, rekrutierte ungefähr 120.000 junge Arbeitslose als landwirtschaftliche Hilfskräfte. Die Regierung bezahlte ihre Löhne, ihre Ausbildung und ihre Unterbringung. Sie sorgte auch dafür, dass Schulabsolventen sowie Studenten während der Sommerferien temporär auf Bauernhöfen arbeiteten. Auch in Deutschland lebende Ausländer – insbesondere Polen – konnten am Programm der Landhilfe mitwirken. Hitler war lebhaft an der Erhaltung des deutschen Bauerntums interessiert. Während des Ersten Weltkriegs hatte sein Land aufs allerschwerste unter den Folgen der britischen Seeblockade gelitten, die es von Lebensmittelimporten abschnitt. Für Hitler war eine blühende Landwirtschaft unabdingbare Voraussetzung für ein autarkes, nicht von Lebensmitteleinfuhren abhängiges Deutschland. Indem sie die Wirksamkeit einer potentiellen neuen Seeblockade in der Zukunft verringerten, trugen die Landwirte und Gärtner indirekt zur Stärkung der nationalen Verteidigung bei.

Auf ideologischer Ebene betrachtete Hitler eine starke Bauernschaft als unentbehrlichen Bestandteil einer gesunden Bevölkerung. In den Turbulenzen des modernen Zeitalters hatten Industrialisierung und Fortschritt den Menschen immer weiter von seiner natürlichen Umgebung entfernt. Die seit vielen Generationen im Boden und am Heimatort ihrer Ahnen verwurzelte Bauernschaft gehörte zu den unerschütterlichsten Verteidigern traditioneller deutscher Bräuche und Werte. Sie zog ihre Kraft aus dem Land und stellte sie der Nation zur Verfügung. Während die Arbeiterschaft eine dynamische politische Kraft darstellte, blieb das Bauerntum der "Grundpfeiler jedes völkischen Lebens".[154] Der Führer betrachtete diese selbstversorgenden, rauen Menschen als unabdingbares Rückgrat der Nation. Im Oktober 1933 rief er in Bückeburg einer halben Million Bauern und Bäuerinnen zu:

> "So wie der Liberalismus und der demokratische Marxismus den Bauern verleugneten, so bekennt sich die nationalsozialistische Revolution bewusst zu ihm als dem sichersten Träger der

Gegenwart, dem einzigen Garanten der Zukunft."[155]

Hitler sorgte nicht nur dafür, dass die deutsche Bauernschaft ihren zahlenmäßigen Bestand halten konnte, sondern vergrößerte diesen sogar noch: Seine Wohnbauplaner errichteten zahlreiche aus Einfamilienhäusern bestehende neue Siedlungen in ländlichen Gebieten, deren Bewohner sich nun der Landwirtschaft zuwandten. Die Regierung stellte zinslose Darlehen für den Kauf landwirtschaftlicher Ausrüstungsgegenstände zur Verfügung und verlieh Neuvermählten spezielle Heiratsdarlehen. Wenn eine Familie ihren Bauernhof zehn Jahre lang betrieben hatte, wurden ihr die Restschulden erlassen.[156]

Den deutschen Wirtschaftsreformen wäre ohne eine gründliche Überholung des Steuersystems niemals ein so durchschlagender Erfolg beschieden gewesen. In der Weimarer Republik mussten Staats- und Lokalregierungen die Steuern ständig erhöhen, damit die Staatsausgaben finanziert, die Reparationszahlungen an die Entente geleistet und die Arbeitslosen und sonstigen Bedürftigen unterstützt werden konnten. Die zusehends drückendere Steuerlast verringerte die Kaufkraft arbeitender Familien, reduzierte die Nachfrage nach Konsumgütern und führte zu einem Absinken der Produktion sowie zu Entlassungen. Je mehr Menschen ihren Arbeitsplatz verloren, desto mehr Arbeitslosengeld musste ausgezahlt werden, was die Steuerlast für die noch Berufstätigen weiter erhöhte. Die Gemeinden trieben Steuern und Gebühren entsprechend ihren örtlichen Bedürfnissen ohne ein national koordiniertes Steuersystem ein. Kostspielige, ineffiziente und sich überschneidende Bürokratien belasteten Bürger und Wirtschaft gleichermaßen.

Die Steuerreform war ein grundlegendes Element von Fritz Reinhards Programm zur Wiederankurbelung der Wirtschaft. Die ersten in diesem Sinne getroffenen gesetzlichen Maßnahmen zeigen, wie sehr die chaotische Steuerpolitik der Weimarer Zeit den Handel gelähmt hatte. Der erste Wirtschaftszweig, der in den Genuss von Steuererleichterungen kam, war die deutsche Automobilindustrie. Das Kraftfahrzeugsteuergesetz vom April 1933 schaffte mit einem Federstrich sämtliche bestehenden Steuern und Gebühren für privat erworbene Autos und Motorräder ab, die nach dem 31. März desselben Jahres lizensiert worden waren. Die Reduktion der mit dem Besitz und Gebrauch eines Kraftwagens verbundenen Kosten war so fühlbar, dass sie zu einem erheblichen Anstieg der Verkäufe führte. Hatte die Industrie anno 1932 nur 43.430 Autos produziert, so schnellte diese Zahl in Hitlers erstem Amtsjahr auf 92.160 hoch und stieg fortan Jahr für Jahr. Die Zahl der in der Automobilindustrie Beschäftigten wuchs in einem Zeitraum von weniger als vier Jahren von 34.392 (die Ziffer für 1932) auf 110.148 an. Von 1933 bis 1935 entstanden 35 neue Autofabriken.[157]

Die Regierung machte den finanziellen Verlust, den sie durch die Abschaffung der Besteuerung von Kraftwagen erlitten hatte, durch die Verringerung der auszuzahlenden Arbeitslosenunterstützung, durch die Einkommenssteuern neu in der Autoindustrie Beschäftigter sowie die Eintreibung von Autobahnmautgebühren und Körperschaftssteuern wieder wett. Weitere 50 Millionen Reichsmark trieb der Staat ein, indem er den Besitzern alter Kraftwagen das Angebot machte, sich durch die Entrichtung einer einmaligen, verhältnismäßig niedrigen Gebühr permanent von der Pflicht zur Zahlung von Kraftfahrzeugsteuern zu befreien. Der gesamte hierdurch eingenommene Betrag wurde von der Regierung in die Verbesserung des Straßennetzes mittels Reparatur von Asphaltbelag und Brücken investiert, was wiederum neue Arbeitsplätze schuf. Andere Arbeitslose fanden eine Anstellung in der Maschinenindustrie. Das am 1. Juni 1933 ratifizierte Steuergesetz schaffte sämtliche Gebühren für den Ersatz und Erwerb von Werkzeugen und Maschinen ab, sofern sich die Käufer für in Deutschland hergestellte Produkte entschieden. Diese Maßnahme verlieh der Produktion von Industrieausrüstungsgütern neuen Auftrieb.[158]

Reinhardt forderte die Schaffung einer vereinfachten, zentral überwachten Steuerbehörde. Neue Steuergesetze und Anweisungen waren in einfachem, für die Steuerzähler leicht verständlichem Deutsch abgefasst. In seiner Bremener Rede von 1933 hob Reinhardt hervor:

> "Es wird nicht nur die Zahl der Steuern wesentlich kleiner sein, sondern es werden auch der Wortlaut der Steuergesetze und der neuen Abgabenordnung so gestaltet sein, daß dem Reichsfinanzhof nicht mehr ein so großer Spielraum wie bisher bei der Auslegung der Steuergesetze gegeben sein wird. Die Tatsache, dass der Spielraum für die Auslegung der Steuergesetze bisher so groß war, hat zu einer bedenklichen Erschütterung der Steuerrechtssicherheit geführt."[159]

Unter dem Reinhardt-System ersetzte die Regierung die Vielzahl von Gemeinde-, Provinz- und Staatssteuern schrittweise durch eine einzige nationale Steuer. Das Finanzministerium berechnete den Finanzhaushalt der lokalen sowie der Staatsregierungen, trieb sämtliche Steuern ein und verteilte sie dann an Institutionen und Gemeinden. Im Verlauf des Jahres erhielt jeder Bürger eine Steuerrechnung und bezahlte den anfallenden Betrag in zwölf Monatsraten. Weitere Steuern hatte er nicht zu entrichten. Diese Reform bedeutete eine ganz erhebliche Verringerung der Verwaltungskosten, die früher durch die Versendung lokaler Steuerrechnungen, die Eintreibung individueller Gebühren sowie die Verfolgung von Steuersündern entstanden waren. Sie vereinfachte auch die Buchhaltung privater Unternehmen, die nicht länger einen Teil der Löhne ihrer Angestellten zwecks Bezahlung von Steuern zurückhalten mussten.

Langfristig erhöhte die deutsche Politik der Senkung von Steuern zwecks Förderung des Handels die öffentlichen Einnahmen. In der ersten Hälfte 1939 vermeldete das Finanzamt Einkünfte in Höhe von mehr als 8,3 Milliarden RM, verglichen mit 6,6 Milliarden im Fiskaljahr 1932/1933.[160] Bei den Einnahmen des Jahres 1939 handelte es sich um die von einer vollbeschäftigten Bevölkerung nach einheitlichen Maßstäben entrichtete Steuern, nicht um eine ungerechte, überhöhte Steuerlast, die arbeitenden Menschen aufgezwungen wurde, damit ihre weniger glücklichen Landsleute ihr Arbeitslosengeld kassieren konnten.

In einer Rede in Nürnberg bezeichnete Reinhard im Jahre 1936 die Einkommenssteuer als "die steuerliche Hauptquelle. Die Einkommenssteuer bemisst sich nach dem tatsächlich erzielten Einkommen und ist demgemäß die sozial gerechteste Form der Erhebung von Steuern."[161] 1933 hatte eine schwedische Studie, in der die Steuerbelastung der Menschen in verschiedenen Ländern verglichen wurde, ermittelt, dass die Deutschen 23% ihres Einkommens an Steuern entrichteten. In den Vereinigten Staaten waren es 23,4%, in Norwegen 25,1%, in Großbritannien 25,2% und in Italien 30,6%.[162] (Die Ziffer für die USA schloss die zahlreichen verborgenen Steuern nicht ein, die es in Deutschland nicht gab.)

Kein Programm zur Überwindung der Armut in Deutschland konnte den Außenhandel unberücksichtigt lassen. Nach dem Verlust seiner Kolonien war das Reich auf die Erschließung ausländischer Märkte angewiesen, um Rohstoffe für seine Industrie sowie einen Teil der benötigten Lebensmittel einführen zu können. Angesichts der Tatsache, dass die deutschen Goldreserven erschöpft waren, sah sich die nationalsozialistische Regierung zur Entwicklung einer alternativen Quelle von Kaufkraft gezwungen. Trotz aller Einwände des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht schaffte Hitler den Goldstandard ab. Gold war damals das anerkannte Zahlungsmittel im Außenhandel. Im Verlauf der Jahrhunderte war es außerdem selbst zur Ware geworden. Finanzhaie kauften und verkauften Gold, spekulierten mit seinen Preisschwankungen und verliehen es zu hohen Zinsen an ausländische Gläubiger. An die Stelle dieses Systems setzte Hitler ein System des direkten Tauschhandels. Die deutsche Währung wurde als Maßeinheit der menschlichen Produktivität

definiert. Der britische General J. F. C. Fuller bemerkte im Jahre 1938:

> "Das gegenwärtige Finanzsystem gründet sich nicht auf die Produktionskraft, sondern das Mittel der Verteilung (Geld) wurde in eine Ware verwandelt, die man kaufen und verkaufen kann… Da Deutschland außerhalb dieses goldenen Ringes steht, ist es verdächtig. Deutschland beginnt bereits mehr mit den Begriffen der Arbeit zu operieren, als mit den Begriffen des Geldes."[163]

Im Januar 1938 schilderte der sowjetische Diplomat Christian Rakowski das deutsche Geldsystem. Rakowski war in London und Paris stationiert gewesen und kannte mehrere Wall-Street-Financiers persönlich. Hier ein Auszug aus seinen Darlegungen:

> "Hitler, dieser ungebildete Elementarmensch, aus natürlichen Intuitionen und sogar gegen die Opposition des Technikers Schacht, hat ein höchst gefährliches Wirtschaftssystem geschaffen. Als Analphabet jeder Wirtschaftstheorie, nur der Notwendigkeit gehorchend, hat er die internationale wie die private Finanz ausgeschaltet… Hitler besaß fast kein Gold, und so konnte er gar nicht in Versuchung geraten, es zu einer Währungsgrundlage zu machen. Da er als einzige Sicherheit für sein Geld nur über die technische Begabung und die machtvolle Arbeitskraft des deutschen Volkes verfügt, wurden Technik und Arbeit sein Goldschatz, etwas so wesenhaft Gegenrevolutionäres, dass es, wie Sie wissen, radikal wie durch Zauberkunst, jene Arbeitslosigkeit von mehr als 6 Millionen Technikern und Arbeitern beseitigte."[164]

Deutschlands Abkehr von dem auf dem Goldstandard basierenden, international vernetzten Finanzsystem zugunsten eines Tauschhandels, der auf der Produktivität der deutschen Wirtschaft fußte, spiegelte Hitlers Glauben an die Aufrechterhaltung der Souveränität der Nationen wider. In London, Paris und New York, wo kosmopolitische Investitions- und Bankeninstitute sich mit der Verleihung von Geld an fremde Länder eine goldene Nase verdienten, ließ diese Entwicklung die Alarmglocken läuten. Deutschland brauchte kein Geld mehr zu borgen, um auf den Weltmärkten Handel treiben zu können. Die ausländische Nachfrage nach deutschen Waren schuf im Reich neue Arbeitsplätze.

Nach seinem Amtsantritt hatte Hitler die Beseitigung der Arbeitslosigkeit als seine oberste Priorität bezeichnet. Während der ersten zwölf Monate seiner Regierung sank die Arbeitslosigkeit um annähernd 2,3 Millionen. 1934 belief sich die Zahl der Unbeschäftigten noch auf 2.973.544, aber bis November 1935 hatten weitere 1.750.000 Deutsche eine Vollzeitarbeit gefunden.[165]

In seiner Rede beim nationalsozialistischen Parteikongress am 12. September 1936 legte Fritz Reinhardt Statistiken vor, die erhärteten, dass die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland "überwunden" war:

> "In verschiedenen Berufszweigen besteht bereits ein erheblicher Mangel an Arbeitskräften."

Reinhard wies darauf hin, dass in anderen wichtigen Nationen von den 20 Millionen Menschen, die 1932 arbeitslos gewesen waren, im Verlauf der letzten vier Jahre lediglich zwei Millionen wieder eine Beschäftigung gefunden hatten. (Diese Statistik schloss die UdSSR nicht ein, da für diese keine Statistiken verfügbar waren.)[166] Während derselben Periode hatte die Wirtschaft in Deutschland Arbeitsplätze für mehr als fünf Millionen zuvor Stellenlose geschaffen. Außerdem war die Länge des durchschnittlichen Arbeitstages während des erwähnten Zeitraums von sechs Stunden 23 Minuten auf über sieben Stunden pro Schicht gestiegen.[167]

Im November 1938 waren laut einer offiziellen Statistik der deutschen Regierung 461.244 Bürger ohne Arbeit. Diese Zahl schloss freilich auch körperlich oder geistig Behinderte ein, die großenteils in Heimen lebten und deshalb nicht arbeitstauglich waren.[168] Sie umfasste ferner die Bevölkerung Österreichs und des Sudetenlandes. Deutschland hatte diese immer noch in einer wirtschaftlichen Talsohle steckenden Gebiete im selben Jahr angegliedert. In beiden hatte massive Arbeitslosigkeit

geherrscht, die Hitler in so kurzer Zeit noch nicht vollständig hatte beseitigen können.[169]

Von 1934 bis 1937 stieg die Zahl der arbeitstätigen Frauen von 4,5 auf 5,7 Millionen an. Ungeachtet ihrer Programme, die darauf abzielten, die Frauen zu einer Rückkehr zu den traditionellen Familienstrukturen zu ermutigen, legte die Regierung jenen Frauen, die eine berufliche Karriere vorzogen, keinerlei Steine in den Weg. Genau wie die Männer konnten auch sie in den Genuss von Steuererleichterungen für die Gründung kleiner Betriebe und Firmen gelangen.[170]

Ein interessanter Aspekt des deutschen Wirtschaftswunders bestand darin, dass Hitler gegen die Empfehlungen des führenden deutschen Finanzexperten Hjalmar Schacht die von Fritz Reinhardt entworfenen Wirtschaftsprogramme absegnete, obgleich letzterer ein Mann von verhältnismäßig geringem Einfluss war. Als Anhänger der liberalen Wirtschaftstheorie missbilligte Schacht die staatliche Einmischung in den Handel. Er wandte sich gegen staatlich unterstützte Programme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Otto Wagener, Chef der wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP, sagte gegenüber Hitler, Schacht sei "ein Exponent des Weltkapitalismus, des Weltwirtschaftsliberalismus" und ein Gegner der revolutionären wirtschaftspolitischen Maßnahmen des NS-Staates.[171]

Nichtsdestoweniger haben manche Historiker Schacht als "Genie der Improvisation" und "finanziellen Hexenmeister" gewürdigt. Ein britischer Autor behauptete, dieser in den USA ausgebildete internationale Banker habe "Programme zur Behebung der Arbeitslosigkeit durch forcierten Ausbau öffentlicher Arbeiten sowie Stimulierung des privaten Unternehmertums finanziert."[172] Schachts vor 1933 veröffentlichte Schriften sowie seine privaten Äußerungen lassen allerdings keine Verwandtschaft mit Reinhards Konzepten zur Wiederankurbelung der Wirtschaft und der Schaffung von Arbeitsplätzen erkennen. Bezüglich der Arbeitslosigkeit bestanden die von Schacht anvisierten "Lösungen" in der Herabsetzung der Löhne, der Ermutigung der Sparsamkeit sowie der Unterbringung Arbeitsloser in staatlich geleiteten Lagern.[173]

Die Kampagne zur Stabilisierung der deutschen Wirtschaft umfasste auch Maßnahmen, die lediglich in einem autoritären Staat möglich waren. Getreu der nationalsozialistischen Maxime "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" wurde eine effiziente und kompromisslose Politik betrieben. Zu den ersten, die das zu spüren bekamen, zählten die deutschen Gewerkschaften. Anno 1932 besaßen diese wesentlich weniger Einfluss als im vorhergehenden Jahrzehnt. Die wenigsten Arbeiter waren nämlich bereit, ihre Stelle durch Teilnahme an Streiks aufs Spiel zu setzen. Seitens der Gewerkschaftsvertreter wurde kein Protest laut, als Hitler fünf Wochen nach seiner Machtübernahme die Eiserne Front und das Reichsbanner verbot. Diese Organisationen hatten früher bei öffentlichen Kundgebungen der SPD, die eng mit den Gewerkschaften verflochten war, ihre Muskeln spielen lassen. Im April verabschiedeten die deutschen Gewerkschaften eine öffentliche Stellungnahme, in der sie ihren Wunsch bekundeten, mit der neuen Regierung zusammenzuarbeiten.[174]

Hitler war an einer Kooperation mit Gewerkschaften in keiner Weise interessiert. Am 2. Mai besetzten die Polizei und hierzu ermächtigte SA-Männer Gewerkschaftsbüros überall im Reich. An die Stelle der Gewerkschaftsführer rückten nun nationalsozialistische Beauftragte für Arbeitsfragen. Die Regierung konfiszierte das Vermögen der Gewerkschaften; sie verbot Streiks und Aussperrungen. Der neue Kanzler anerkannte zwar die Notwendigkeit einer Organisation, welche die Interessen der Arbeiterschaft vertrat, meinte jedoch, es müsse sich um eine staatliche Organisation handeln. 1918, als Hitler als Infanterist Kriegsdienst leistete, hatten von unabhängigen Gewerkschaften ausgerufene Streiks die Munitionslieferungen an die Front unterbunden. Bei einem Besuch in Berchtesgaden hatte Lloyd George dem Führer ins Gesicht gesagt:

Zu den heimlich von Moskaus Komintern finanzierten internationalen Organisationen gehörte dieser Gruppe britischer Kommunisten, die hier gegen die faschistische Machtübernahme in Spanien in den dreissiger Jahren protestieren.

> "Ihre Revolution war damals für uns die Hilfe in der letzten Minute."[175]

Die seiner Meinung nach marxistisch orientierten Gewerkschaftsführer waren für Hitler kaum mehr als Instrumente der sowjetrussischen Komintern. Diese Organisation war von Moskau zur Förderung kommunistischer Bewegungen in aller Welt aus der Taufe gehoben worden. 1935 definierte das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale deren Rolle neu: Das "künftige Programm der aktiven Arbeit der Komintern" sei "bis ins kleinste Detail mit den Zielen und Aufgaben der auswärtigen Politik der Sowjetunion in Einklang" zu bringen. Stalin selbst betonte:

> "Die Komintern kann und darf nicht jetzt eine selbstgefällige Rolle spielen, ihre Aufgaben bestehen zur Zeit lediglich aus Hilfsdiensten. Die Komintern verwandelt sich in einen Apparat der Außenpolitik der Sowjetunion, in ein mächtiges Instrument im Kampfe mit den Feinden der Sowjetunion."[176]

Den Fortbestand von Gewerkschaften zu dulden, die nicht der Kontrolle der Regierung unterstanden, beschwor nach Hitlers Auffassung die Gefahr herauf, dass die deutsche Arbeiterschaft unter den Einfluss einer fremden Macht geraten würde, die auf den internationalen Märkten eine Rivalin Deutschlands war. Im sowjetischen Export sah Hitler "eine gefährliche Dumping-Politik mit Sklavenlöhnen, um so die Wirtschaftssysteme anderer Länder zu untergraben".[177]

Wie die UdSSR die europäischen Gewerkschaften für ihre Interessen einspannte, dokumentierte ein ehemaliger Kommunist 1938 in einem Buch. Der Forstingenieur Karl Albrecht hatte von 1924 bis 1934 als Leiter verschiedener Projekte in der Holzindustrie in Sowjetrussland gearbeitet. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland schrieb er seine Erinnerungen, die Hitlers Befürchtungen bestätigten:

> "Es waren lediglich schwere wirtschaftliche Sorgen, welche die Kommunistische Parteileitung der Sowjetunion veranlasst hatten, gerade zu dem festgelegten Zeitpunkt Streiks etwa in der Waldwirtschaft Finnlands, Schwedens, Kanadas, Polens und anderer konkurrierender

> Holzexportländer anzuzetteln, um dort die Arbeiten in den Waldgebieten oder Holzbearbeitungsbetrieben lahmzulegen und so den Export unmöglich zu machen. Das Ziel dieser Aktionen war, Holzknappheit in den Holzimportländern, England, Frankreich, Amerika, Holland usw., zu erzeugen und so den Widerstand der Importeure gegen die Einführung des Sowjetholzes zu überwinden und die Eroberung dieser Märkte in die Wege zu leiten… Abertausende ausländischer Arbeiter führten in ehrlichem Glauben an ihre revolutionäre Mission einen vermeintlichen wirtschaftlichen Existenzkampf gegen ihre Unternehmer und gerieten in schwere Konflikte mit den Regierungen ihrer Länder… Die Streiks waren … absolut nicht im Interesse der Werktätigen dieser Wirtschaftszweige angeordnet worden."[178]

Nachdem Hitler die Gewerkschaften aufgelöst hatte, unterstanden die Arbeiter der neu gegründeten Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (RAA). Eine übliche Vorgehensweise der RAA bestand darin, Arbeitskräfte in Gebiete zu entsenden, in denen sie den nationalen Interessen besser dienen konnten. Das Institut war nicht nur befugt, Arbeiter in unterentwickelte Gegenden zu schicken, sondern auch anderen die Umsiedlung zu verwehren. Beispielsweise mussten jungen Bauern, die in den Städten eine "berufsfremde Beschäftigung" suchten, zuerst bei der RAA um eine schriftliche Genehmigung ersuchen, die jedoch nur in den seltensten Fällen erteilt wurde. Auf diese Weise trug die Reichsanstalt ihr Scherflein zur Erhaltung der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Bauernstands bei. Eine weitere gängige Praxis der RAA bestand darin, Arbeiter und Vorarbeiter, die früher auf Bauernhöfen gearbeitet hatten und dann in Industriezentren übergesiedelt waren, wieder in ländlichen Gegenden anzusiedeln, wo sie zu ihrer früheren Beschäftigung zurückkehrten. Zu guter Letzt ließ die RAA nicht zu, dass Arbeiter gleich welchen Berufs ihre bisherige Tätigkeit aufgaben und in einem Sektor überwechselten, in dem die Arbeitslosigkeit höher war.

Solche Restriktionen betrafen nur einen kleinen Teil der Bevölkerung. Nachdem mehr Deutsche eine Arbeit gefunden und der Zustand der Wirtschaft sich gebessert hatte, lockerte die RAA einige dieser Bestimmungen. Vom demokratischen Standpunkt aus stellten letztere eine Verletzung der persönlichen Freiheit dar. Die Praxis, Menschen zu einer Betätigung auf bestimmten Gebieten zu veranlassen, wo sie ihre Fertigkeiten optimal zur Geltung bringen konnten, erinnerte an Bismarcks Vorstellung von den Arbeitern als "Soldaten der Arbeit". Der Nationalsozialismus knüpfte nahtlos an dieses martialische Konzept an, indem er gute berufliche Leistungen als Beitrag zum Wohlergehen der Nation einstufte, als "willig dargebrachte Gabe an die Volksgemeinschaft", wie sich Hitler ausdrückte.

Als Opfer für Deutschland erhob harte Arbeit "den schaffenden Menschen zum ersten Bürger der Nation."[179] Nicht, wie in der traditionellen Gesellschaft, materieller Besitz, sondern der Arbeitsdienst für das Gemeinwohl bestimmte fortan den gesellschaftlichen Status eines Bürgers. Indem er seinem Volk eine "Pflicht zur Arbeit" auferlegte, ehrte Hitler dessen Leistungen dementsprechend in dem Geist, in dem ein Land den Opfern seiner Soldaten Ehrerbietung zollt. Dennoch bestand das alles überragende Ziel seiner verhältnismäßig straffen Politik nicht in der Militarisierung der nationalen Psyche, sondern in der Ausmerzung der Arbeitslosigkeit.

Diese Aufnahmen, die Hitler zusammen mit Angehörigen der Arbeiterklasse – in diesem Fall begrüßt er Autobahnarbeiter – zeigen, veranschaulichten die Maxime, dass ehrliche Arbeit die Bevölkerung vereint und zu einer Gemeinschaft gleichwertiger Bürger zusammenschweißt.

Getreu seiner Maxime, dass Kontrollen fair und gerecht sind, wenn sie unparteiisch und ohne unbillige Privilegien für irgendeine besondere Gruppe erfolgen, griff Hitler zu gleichermaßen undemokratischen Methoden, um die arbeitende Bevölkerung vor Ausbeutung zu schützen. Er verbot jede Spekulation mit für die Nation lebenswichtigen Gütern wie Ernte und Energie. Die Börse, die Reinhardt als "Großgaunergenossenschaft" betitelt hatte, musste immer empfindlichere Einschränkungen ihrer Handlungsfreiheit hinnehmen.[180] Nur selten, und dann unter erheblichen Schwierigkeiten, konnten Neulinge eine Lizenz als Börsenmakler erhalten.

Zum Schutz kleinerer und neuerer Firmen unterband die Regierung die seitens etablierter Unternehmen häufig praktizierte Unsitte, Konkurrenten auf dem Gebiet des Kleinhandels zu ruinieren, indem sie ihre eigenen Produkte zu Schleuderpreisen auf den Markt warfen.[181] Der Staat ernannte einen Reichskommissar für die Preisüberwachung, der zu verhindern hatte, dass Firmen die Produktion oder Auslieferung bestimmter Waren – insbesondere von Lebensmitteln – absichtlich einstellten oder verringerten, um eine künstliche Knappheit herbeizuführen und hierdurch die Preise in die Höhe zu treiben – mit den unvermeidlichen nachteiligen Folgen für die Konsumenten. Reichsminister Hermann Göring erklärte hierzu:

> "Es ist ein Verbrechen, wenn von einzelnen Seiten versucht wird, den privatkapitalistischen Profit über das allgemeine Volkswohl zu stellen."

Der Staat, warnte Göring, werde "unverzüglich und in schärfster Form eingreifen, und zwar auch bereits vorbeugend", sobald die Schuldigen ermittelt seien.[182] In einigen Städten wurden Firmen, die diese Warnung in den Wind geschlagen hatten, kurzerhand geschlossen.

Besonders unnachsichtig griff Hitler gegen Amtsmissbrauch seitens Beamter durch. Die staatliche

Förderung umfangreicher Bauprojekte zwecks Verbesserung der Wirtschaftslage machte es erforderlich, dass Beamte Ausschreibungen veranstalteten, Kontrakte abschlossen, Baugenehmigungen erteilten, Inspektionen durchführten, Bezirksgrenzen neu zogen, Arbeitskräfte anheuerten etc. Dabei bot sich ihnen natürlich immer wieder Gelegenheit, gewisse Privatfirmen als Gegenleistung gegen Geschenke zu begünstigen. Dies bereitete Hitler große Sorgen. Deshalb ließ er Gesetze verabschieden, die Staatsbeamten den Besitz von Aktienpaketen untersagten und es ihnen verboten, als Berater für private Betriebe tätig zu sein. Von diesem Gesetz waren auch Angehörige der bewaffneten Streitkräfte sowie der NSDAP betroffen, denen die Verleihung von Aufträgen oblag. Wer im Staatsdienst tätig gewesen war und dann in die Privatwirtschaft wechselte, durfte nicht bei einer Firma arbeiten, mit der er zuvor in seiner Eigenschaft als Beamter einen Kontrakt abgeschlossen hatte. Selbst als Privatpersonen wurde es ehemaligen Beamten verboten, ihren persönlichen Besitz in Aktien anzulegen.[183]

Als man das Jahr 1937 schrieb, herrschte in Deutschland Vollbeschäftigung. Der frühere amerikanische Präsident Herbert Hoover, in dessen Land die Arbeitslosenrate bei 11,2% lag, lobte die Effizienz und Sparsamkeit des deutschen Arbeitsbeschaffungsprogramms. Der zur gleichen Zeit in den USA betriebene “New Deal” war kostspieliger und brachte bedeutend weniger Erfolge. Im Juni 1938 beliefen sich die amerikanischen Staatschulden auf 37,2 Milliarden Dollar, eine Summe, die um das Dreifache höher war als in Deutschland. Selbst US-Finanzminister Henry Morgenthau vertraute seinem Tagebuch an, die Deutschen seien bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sehr erfolgreich.[184]

Mit der Ratifizierung des Ermächtigungsgesetzes am 21. März 1933 gab der Reichstag Hitler freie Hand. Er war fortan befugt, während eines vierjährigen Zeitraums selber Gesetze zu erlassen, die dann vom Reichstag automatisch gebilligt wurden, unabhängig davon, ob sie in Einklang mit der Verfassung standen oder nicht. Diese Maßnahme erlaubte es dem Führer, die erforderlichen energischen Schritte zur Behebung der Arbeitslosigkeit in die Wege zu leiten und den Staatsbankrott abzuwenden.

Die soziale Wiedergeburt

Deutschlands Sieg über die Arbeitslosigkeit, der ohne fremde Hilfe und vor dem Hintergrund einer weltweiten wirtschaftlichen Depression zustande gekommen war, war an sich schon eine Errungenschaft, auf die jede beliebige Regierung hätte stolz sein dürfen. Für Hitler stellte er einen Schritt in Richtung auf die Entwicklung umfangreicher sozialer Programme dar, die das Ziel verfolgten, den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen und sie zu einen. Wie andere Elemente des Nationalsozialismus stellten die anschließenden Reformen einfach eine Verwirklichung von Ideen dar, die in der deutschen Gesellschaft schon lange kursiert hatten. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts herum hatte der preußische König Friedrich der Große eine effiziente Staatsbürokratie aus dem Boden gestampft und das Steuersystem grundlegend reformiert. Ein von ihm erlassenes Gesetz, das Staatsbeamten und Offizieren den Bezug einer Rente zusicherte, rief Kritiker auf den Plan, die befürchteten, das Land könne deswegen finanziell ausbluten.

Friedrich der Große, König von Preußen, führte soziale Reformen ein und erwies sich im Siebenjährigen Krieg als fähiger Oberbefehlshaber. Diener und Herr seines Landes zugleich, verkörperte er jene Führungsqualitäten, welche die Nationalsozialisten hochhielten.

Das in der preußischen Beamtenschaft vorherrschende fortschrittliche Denken führte dazu, dass im folgenden Jahrhundert das erste Arbeitsgesetz des Landes verabschiedet wurde. Diese am 6. April 1839 ratifizierte Regulierung verbot den Einsatz von Kindern als Arbeitskräfte in Bergwerken. Kein Knabe durfte eine berufliche Betätigung ausüben, wenn er zuvor nicht zumindest drei Jahre lang eine Schule besucht hatte. Nachtarbeit oder Sonntagsarbeit für Kinder wurde ebenfalls untersagt. Weitere Gesetze zur Einschränkung der Kinderarbeit folgten anno 1853. An unseren heutigen Standards gemessen mögen diese Bestimmungen zwar lächerlich unzureichend erscheinen, doch für die damalige Zeit waren sie fortschrittlich. Das vom Norddeutschen Bund erlassene Berufsgesetz von 1869 sowie weitere Maßnahmen, die nach der Reichsgründung von 1871 zum Schutz der Arbeiter in die Wege geleitet wurden, machten Deutschland unter den Industriestaaten zum Spitzenreiter auf dem Gebiet der Sozialreform.

Die von Hitler eingeführten Sozialprogramme verfolgten zwei Ziele. Das erste bestand in der Erhöhung des Lebensstandards des Durchschnittsbürgers. Das andere war die Schaffung einer

klassenlosen Gesellschaft, in der Mittelstand, Arbeiterschaft, Bauernschaft und Adel denselben Status als Volksgenossen innehatten. Hitler war davon überzeugt, dass die Beseitigung der traditionellen Klassenschranken eine gesellschaftliche Mobilität zur Folge haben und begabten Menschen den Aufstieg ermöglichen werde. Von der ungehinderten Entfaltung seines wertvollen menschlichen Potentials werde ganz Deutschland profitieren.

Eine wichtige Organisation, die das nationalsozialistische Prinzip der Volksgemeinschaft förderte, war der Freiwillige Arbeitsdienst (FAD), der im August 1931 gegründet worden war und Arbeitslose für den Einsatz bei öffentlichen Arbeiten rekrutierte, wofür sie eine Bezahlung von zwei Reichsmark täglich erhielten. Ein primäres Ziel des FAD bestand darin, die körperliche und geistige Gesundheit arbeitsloser junger Deutschen zu verbessern. Nach seiner Machtergreifung erweiterte Hitler diese Organisation und erhöhte den Arbeitslohn. Mitte 1933 zählte der FAD bereits 263.000 Mitglieder. Der Führer sah in ihr "vor allem ein Instrument, das zur bewussten Erziehung zur Volksgemeinschaft hervorragend geeignet ist".[185] Mit dem Sinken der Arbeitslosenzahlen verringerte sich auch die Mitgliederzahl des FAD. Im Juni 1935 verabschiedete Hitler ein Gesetz, das einen sechsmonatigen Arbeitsdienst für Jugendliche im Anschluss an ihren Schulabschluss für obligatorisch erklärte. Da dieser Dienst nun nicht mehr freiwillig war, wurde aus dem FAD der RAD (Reichsarbeitsdienst). Seine Angehörigen halfen beim Bau von Autobahnen mit, entwässerten Sümpfe, pflanzten Bäume, bauten ärmere Bauernhöfe aus und begradigten Wasserwege.

Der Führer heißt Bezirksführer des Reichsarbeitsdienstes beim NSDAP-Kongress in Nürnberg im September 1938 willkommen.

Beim NSDAP-Kongress im September 1935 definierte Hitler vor 54.000 Zuhörern die *soziale* Aufgabe des RAD wie folgt:

> "Zu den Mitteln, diese Volksgemeinschaft zu verwirklichen, gehörte bei uns Nationalsozialisten auch die Idee, alle deutschen Menschen durch eine Schule der Arbeit gehen zu lassen, damit sie sich untereinander kennenlernen und damit die Vorurteile der bürgerlichen Tätigkeit ausgerottet werden, so gründlich, dass sie nicht mehr wiederkehren. Das Leben teilt uns zwangsläufig in viele Gruppen und Berufe. Aufgabe der politischen und seelischen Erziehung der Nation aber ist es, diese Teilung wieder zu überwinden. Diese Aufgabe ist in erster Linie dem Arbeitsdienst

> zugedacht. Er soll in der Arbeit alle Deutschen zusammenfassen und eine Gemeinschaft aus ihnen bilden."[186]

Bei einem früheren Kongress der NSDAP hatte Hitler den Arbeitsdienst als Angriff auf "ein entsetzliches Vorurteil, nämlich dass Handarbeit minderwertig sei", bezeichnet.[187]

Nach der Auflösung der Gewerkschaften im Jahre 1933 hielt Hitler die Zeit zur Gründung einer Dachorganisation für gekommen, welche zugleich die Interessen der Arbeitnehmer und jene der Arbeitgeber wahrnehmen müsse:

> "In ihr soll der Arbeiter neben dem Unternehmer stehen, nicht mehr getrennt durch Gruppen und Verbände, die der Wahrung besonderer wirtschaftlicher oder sozialer Schichtung und Interessen dienen."[188]

In seiner Erklärung, in der er die Ziele der Organisation definierte, hielt Hitler fest:

> "In ihr sind insbesondere die Angehörigen der ehemaligen Gewerkschaften, der ehemaligen Angestellten-Verbände und der ehemaligen Unternehmervereinigungen als gleichberechtigte Mitglieder zusammengeschlossen."[189]

Die neue Organisation verfolgte das Ziel, Arbeitskämpfe in der Industrie durch die Förderung von gegenseitigem Respekt, der nicht auf Position, sondern auf Leistung beruhte, zu verhindern. In einer Publikation hieß es dazu:

> "Es gibt weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer, sondern nur noch Arbeitsbeauftragte des ganzen Volkes… Jeder steht unter dem Arbeitsauftrag seines Volkes, und zwar völlig gleich, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um den sogenannten Arbeitgeber oder den sogenannten Arbeitnehmer der früheren bürgerlichen Arbeitsordnung handelt."[190]

Der Schulungsbrief ließ keinen Zweifel daran aufkommen, dass dies eine revolutionäre Abkehr vom liberaldemokratischen Konzept bedeutete:

> "In der kapitalistischen Ordnung der Vergangenheit war das Geld zum Arbeitsziel des Arbeitnehmers ebenso wie des Arbeitgebers geworden. Der individuelle Verdienst war es, weshalb die Arbeit sinnvoll zu sein schien. Der Arbeitnehmer sah im Unternehmer nur den, der eben 'mehr verdient'. Und der Unternehmer sah in den Schaffenden seines Betriebes nur Mittel und Werkzeuge zu solchem Mehrverdienst. Verhängnisvoll waren die Auswirkungen dieses Denkens. Sollte der Schaffende noch Lust zur Arbeit haben, wenn er sich sagte, 'meine Arbeit ist ja nur dazu da, daß der andere dort in der Direktion mehr verdient!' Kann ein Betrieb noch Qualitätsarbeit leisten, wenn jeder nur an sich denkt und alles andere gleichgültig geworden ist? … Die Arbeit, ihr Sinn, ihre Ehre, das schöpferische Werk, der deutsche Arbeiter als Könner, als stolzer, fähiger, schöpferischer Mann – das alles war zweitrangig geworden und ganz am Rande dieses Denkens, dessen Mitte das Geld war."[191]

Der erste Kongress der Deutschen Arbeitsfront (DAF), die an die Stelle der aufgelösten Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände getreten war, fand im Mai 1933 in Berlin statt.

> "Das Ziel der Deutschen Arbeitsfront", erklärte Hitler, "ist die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen. Sie hat dafür zu sorgen, dass jeder einzelne seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körperlichen Verfassung einnehmen kann, die ihn zur höchsten Leistung befähigt und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet."[192]

Somit trug die DAF zu Hitlers Ziel bei, die Deutschen zu einer Volksgemeinschaft zusammenzuschweißen. Sie verkörperte seiner Ansicht nach,

> “die lebendige Theorie der Volksgemeinschaft, in der Kopf und Faust vereinigt sind, in der zwar auch die ewigen Gegensätze im kleinen weiter bestehen werden, aber ein gemeinsames Fundament sein muss, das gemeinsame nationale Interesse, das weit hinauswächst über lächerliche kleinliche persönliche Kämpfe, Berufsgegensätze, Wirtschaftsstreitigkeiten usw.”[193]

Der Plan des Führers zur Eliminierung der Klassengegensätze lief grundsätzlich darauf hinaus, dass sich die Angehörigen verschiedener Gesellschaftsschichten als Gleichberechtigte begegneten. Durch nützliche Arbeit konnte jedermann den Respekt der Gemeinschaft erwerben:

> “Keiner hat das Recht, sich höher zu dünken als der andere, weil etwa Äußerlichkeiten ihn scheinbar höher stellen. Am höchsten unter den Einzelnen steht nicht der, der am meisten besitzt, sondern der, der am meisten für die Gesamtheit schafft… Der redliche Mann – selbst wenn er arm wäre – wird, da von der Redlichkeit grundsätzlich die Erhaltung des gesamten Volkskörpers abhängt, mehr zu gelten haben als ein Reicher, der weniger Tugenden besitzt, die der Erhaltung des Volkskörpers dienen.”[194]

Eine revolutionäre Maßnahme, die Anhängern der Laissez-faire-Ideologie wie dem Bankier Hjalmar Schacht ein Gräuel sein musste, war die staatliche Regulierung von Löhnen sowie die Beschneidung der Privilegien der Arbeitgeber. Als erstes wurde mit der im Privatsektor weitverbreiteten Praxis Schluss gemacht, den Büroangestellten auch im Fall ihrer Abwesenheit vom Arbeitsplatz ihren Monatslohn weiter zu bezahlen, nicht jedoch den Fabrikarbeitern. Diese Ungerechtigkeit gehörte nun der Vergangenheit an. Stattdessen beschloss die Regierung,

> “den Arbeitern Arbeitszeitversäumnisse bei wichtigen Familienereignissen bis zu einem gewissen Grade zu vergüten und auch im Krankheitsfall gewisse betriebliche Zuschüsse zu gewähren”.[195]

Die Reichslohnordnung führte Richtlinien zur Berechnung der Löhne ein. Sie beruhte auf dem Grundsatz, dass für Arbeiten, die ein gleich hohes Maß an Zeit und Anstrengung erforderten, vergleichbare Löhne gezahlt werden sollten. Ihr Ziel bestand darin, jedem hart Arbeitenden einen anständigen Lebensstandard zu gewährleisten.

> “Die Abstufung der Löhne”, besagte das neue Gesetz, “hat nach den tatsächlichen Arbeitsanforderungen zu erfolgen. Dabei ist es gleichgültig, an welcher Stelle der einzelne arbeitet, entscheidend ist allein sein tatsächlicher Einsatz. Dieser kann z. B. in der Textilindustrie nicht nach anderen Maßstäben gemessen werden als in der chemischen Industrie oder im Bergbau.”[196]

Des Weiteren sah die Reichslohnordnung eine Lohnanpassung für Angestellte mit unverschuldeten finanziellen Schwierigkeiten vor, um auch ihnen einen anständigen Lebensstandard zu sichern. Selbst aufgrund der Witterungsverhältnisse verlorene Arbeitszeit wurde berücksichtigt. Schließlich legte das Gesetz fest, dass Überstunden in jedem Fall vergütet werden mussten.

Das Lohngesetz sah keine Nivellierung der persönlichen Einkommen vor, gleichgültig in welcher Berufssparte. Bei der Festsetzung des Lohns wurden u. a. folgende Faktoren berücksichtigt: Die körperlichen oder geistigen Ansprüche, die eine Arbeit an den Betreffenden stellte; die bei der Ausführung der Arbeit erforderliche Präzision oder persönliche Initiative; die Ausbildung, die der Betreffende genossen hatte; Arbeitsrisiken und Erfahrung. Hierdurch sollte ein System geschaffen werden, das auf die meisten Berufe und Aktivitäten anwendbar war und zur Verringerung der sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede beitrug. Das Gesetz anerkannte den Wert ehrlicher Arbeit und die Notwendigkeit einer gerechten Entlohnung jener, die sie ausführten. Das zentrale Ziel der

Reichslohnordnung bestand nicht darin, den Lebensstandard der Gutverdienenden herabzudrücken, sondern darin, denjenigen der Schlechterverdienenden zu erhöhen.

Dieses Arrangement verminderte die Gewinne der Industrie. Bis zum Jahre 1938 waren die Lohnkosten um weitere 6,5% gestiegen.[197] Dazu gehörten bezahlte Ferien für Arbeitnehmer, eine Maßnahme, die Hitler persönlich eingeführt hatte. Das Lohngesetz legte einen Mindestlohn fest, der ausreichte, um eine sorgenfreie Existenz zu gewährleisten. Es betraf 96% aller Löhne in ganz Deutschland. Der Führer selbst schrieb hierzu:

> "Die Eingliederung eines Klasse gewordenen Standes in die Volksgemeinschaft oder auch nur in den Staat erfolgt nicht durch Herabsteigen höherer Klassen, sondern durch das Hinaufheben der unteren. Träger dieses Prozesses kann wieder niemals die höhere Klasse sein, sondern die für ihre Gleichberechtigung kämpfende untere."[198]

Seine Sorge um das Wohlergehen der ärmeren Arbeiter bewog Hitler bisweilen dazu, persönlich einzugreifen, um kleinere soziale Missstände zu beheben. Bei einem Interview klagte er einmal über den Unterschied zwischen den bequemen und luxuriösen Passagierkajüten und den Mannschaftsunterkünften auf Dampfern:

> "Auf der einen Seite jede Raffinesse und alles nur Begehrenswerte und auf der anderen Seite keine Annehmlichkeit oder Bequemlichkeit, sondern schwierige Daseinsbedingungen und ungesunde Verhältnisse."

Offenbar hatte Hitler bei einer Seefahrt die verhältnismäßig ärmlichen Kajüten der Besatzung gesehen. Er ordnete an, sie auf sämtlichen Passagierdampfern zu verbessern. Diese Kontroverse schilderte er später, im Mai 1937, ein einem Gespräch mit Abel Bonnard, einem Mitglied der Academie Française:

> "Als wir verlangten, dass die Besatzungsmitglieder besser untergebracht werden sollten, erhielten wir zur Antwort, dass der Platz auf den großen Dampfern zu teuer sei, als dass unserem Wunsche entsprochen werden könnte. Als wir verlangten, dass den Besatzungsmitgliedern ein besonderes Deck vorbehalten werden sollte, um frische Luft zu schöpfen, sagte man uns, das biete technische Schwierigkeiten, deren Lösung den Ingenieuren noch nicht gelungen sei."[199]

Wie man sich denken kann, vermochten diese Einwände Hitlers Entschlossenheit nicht zu erschüttern. Gegenüber seinem französischen Gast führte er weiter aus:

> "Heute hat die Besatzung auf den Schiffen anständige Kajüten. Sie hat ein Deck zu ihrer Verfügung, wo sie sich in guten Liegestühlen erholen kann, sie hat Radioapparate, um sich zu zerstreuen, sie hat einen Speisesaal, wo sie zusammen mit einem Deckoffizier ihre Mahlzeiten einnimmt, und alle diese Verbesserungen waren nicht so sehr teuer; man musste nur wollen."

Indem er dafür sorgte, dass die Matrosen im selben Speisesaal aßen wie die Deckoffiziere, blieb Hitler seinem Engagement treu, die Klassenschranken auf allen Sektoren der Gesellschaft niederzureißen. Er schaffte auch die bei der Marine bestehende Tradition ab, auf jedem Schiff täglich vier Mahlzeiten zu servieren, deren Qualität je nach Rang stark variierte.

"Schon im Weltkrieg war die Küche unvergleichlich viel besser, wenn die Offiziere aus ihr mitverpflegt werden mussten", erinnerte er sich einmal bei einem Abendessen. Er ordnete deshalb an, dass in den bewaffneten Streitkräften Soldaten aller Ränge dieselbe Verpflegung erhalten sollten:

> "Die Meinung, man habe eine Einbuße an Autorität zu befürchten, wenn hier Unterschiede nicht bestehen, ist unbegründet. Wer mehr als die anderen kann und weiß, hat immer die Autorität, die er braucht, während dem, der in Können und Wissen nicht überlegen ist, auch die Stellung nicht

hilft, in welche mit dem Amt er gesetzt ist."[200]

Steigende Löhne, größere Rechte und verbesserten Unterkünfte hoben nicht nur den Lebensstandard der Arbeiter, sondern trugen auch maßgeblich zu ihrer sozialen Integration ein. Vergünstigungen, die zuvor dem Bürgertum vorbehalten gewesen waren, wurden nun jedermann gewährt. Dies untergrub ein weiteres Statussymbol, das die selbstgefällige Kaste der Privilegierten früher von der nach Aufstieg strebenden Unterschicht getrennt hatte. Hitler war nicht gewillt, dem Bürgertum blindlings zu vertrauen, und machte es für die Klassenschranken in Deutschland verantwortlich. Er verabschiedete Gesetze, welche die Ausbeutung von Arbeitskräften zum kriminellen Delikt erklärten. Dies, meinte er, sei notwendig,

> "solange es unter den Unternehmern Menschen gibt, die von sich aus nicht nur kein Gefühl für soziale Pflichten, sondern nicht einmal für primitivste menschliche Rechte besitzen."[201]

Im Januar 1934 erließ die Regierung ein "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit", das 73 Abschnitte umfasste. Bei einer Pressekonferenz bezeichnete Reichsarbeitsminister Franz Seldte die Aufhebung der "unseligen" Klassenschranken, die früher zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft geführt hätten, als Zweck dieses Gesetzes; fortan, betonte er, gälten "die Hervorhebung des Begriffs der sozialen Ehre" sowie das Führerprinzip im Geschäftsleben.[202]

Unter der Aufsicht der nationalsozialistischen Regierung sorgten die Leiter der deutschen Fabriken dafür, dass ihren Arbeitskräften große, hygienische und angenehme Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt wurden; hier der Umkleideraum einer Fabrik.

In diesem Gesetz war nicht, wie früher, von "Unternehmen und Angestellten", sondern von "Betriebsführer und Gefolgschaft" die Rede. Deren jeweilige Rolle wurde wie folgt definiert:

> "Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden. Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten."[203]

Das Gesetz erlegte beiden Seiten moralische Verpflichtungen auf, die der deutsche Wirtschaftswissenschafter Dr. Hans Leistritz wie folgt charakterisierte:

> "Beide, der Betriebsführer ebenso wie die Gefolgschaft, stehen unter dem Arbeitsauftrag des Volkes. Jedem steht gleicherweise die stete Frage gegenüber, ob er seine Pflicht erfüllt oder ob er in egoistischen Lebenszielen befangen ist. Über beiden, über dem Betriebsführer ebenso wie über der Gefolgschaft steht die soziale Ehrengerichtsbarkeit, die den Verstoß gegen diese soziale

Ehre ahndet.”

Ein Verstoß gegen das Gesetz lag beispielsweise vor,

> “wenn Unternehmer, Führer des Betriebes oder sonstige Aufsichtspersonen unter Missbrauch ihrer Machtstellung im Betriebe böswillig die Arbeitskraft der Angehörigen der Gefolgschaft ausnutzen oder ihre Ehre kränken”, aber auch “wenn Angehörige der Gefolgschaft den Arbeitsfrieden im Betriebe durch böswillige Verhetzung der Gefolgschaft gefährden”.[204]

Das Gesetz räumte der Firmenleitung zwar ein erhebliches Maß an Entscheidungsfreiheit ein, sah aber auch drastische Einschränkungen vor. Geschäftsbesitzer und Direktoren waren nicht nur dafür verantwortlich, dass ihr Betrieb auf einer gesunden finanziellen Grundlage ruhte, sondern auch für den Schutz der Angestellten vor Ausbeutung oder erniedrigender Behandlung. Dies war kein wohlgemeinter Ratschlag seitens der Regierung, sondern ein Gesetz im wahrsten Sinne des Wortes. Einkünfte und Gewinn waren nicht länger die hauptsächlichen Ziele eines Betriebs; das Wohlergehen ihrer Mitarbeiter war genau so wichtig. Das Reichsarbeitsministerium veröffentlichte unter der Rubrik “Ausbeutung von Angestellten” eine Tabelle von Verstößen; hierzu zählten unter dem staatlich festgesetzten Minimum liegende Löhne ebenso wie die Weigerung, den Angestellten Überstunden zu vergüten, ihnen Urlaub zu gewähren oder die Zahl ihrer Arbeitsstunden zu verkürzen. Als Verstöße galten ferner schlechtes Essen, ungenügende Heizung des Arbeitsraums sowie unhygienische oder gefährliche Arbeitsbedingungen. Vorgesetzte, die ihre Belegschaft durch Einschüchterung zu härterer Arbeit zu veranlassen versuchten, mussten mit disziplinarischen Maßnahmen rechnen.[205]

Die Bestimmungen des Gesetzes erstreckten sich auch auf ländliche Regionen und boten landwirtschaftlichen Arbeitskräften denselben Rechtsschutz. 1938 berichtete die Zeitschrift *Soziale Praxis* von “erheblichen Strafen” für Grundbesitzer, die ihre Landarbeiter in ärmlichen Unterkünften einquartiert hatten. Landeigentümer wurden auch haftbar gemacht,

> “wenn der Betriebsführer von den ihm durch den Beauftragten für den Vierjahresplan eröffneten Möglichkeiten zur Finanzierung des Landarbeiterwohnungsbaus nicht Gebrauch machte”.[206]

Die Gerichtsunterlagen für 1939 belegen, dass das Arbeitsgesetz in erster Linie das Wohlergehen der Angestellten und nicht das ihrer Vorgesetzten schützte. In jenem Jahr leiteten die Gerichte 14 Verfahren gegen Arbeiter und 153 Verfahren gegen Betriebsdirektoren, Direktionsassistenten und Vorgesetzte ein. In sieben Fällen wurden die Direktoren ihrer Funktion enthoben. Besondres schwerwiegende Fälle überließ das Arbeitsministerium der Gestapo. Dies zog gewöhnlich die Festnahme und Inhaftierung “asozialer” Betriebsleiter nach sich; in den meisten Fällen handelte es sich um Personen, die ihre Angestellten bewusst riskanten oder unhygienischen Arbeitsbedingungen ausgesetzt und so ihre Gesundheit gefährdet hatten.[207]

Zu den unermüdlichsten Kämpfern für die Rechte der Arbeiter gehörte der Führer der DAF, Dr. Robert Ley. Ley, ein ehemaliger Chemiker, der im Ersten Weltkrieg als Kampfpilot gedient hatte, war der NSDAP im Jahre 1925 beigetreten. Er betonte, dass die Bestimmungen bezüglich der Behandlung von Arbeitskräften nicht toter Buchstabe bleiben dürften:

> “Der Unternehmer kann uns heute nicht mehr sagen: ‘Meine Fabrik ist meine Privatsache’. Das war einmal, das hat aufgehört. Von seiner Fabrik hängt die Zufriedenheit der Menschen ab, die da drinnen sind, und diese Menschen gehören uns. Das ist keine Privatsache mehr, das ist eine öffentliche Angelegenheit. Und er muß sein Denken und Tun auch danach einrichten und entsprechend verantworten.”[208]

Obgleich die DAF die Beachtung der Bestimmungen bisweilen mit Hilfe des Strafgesetzes erzwang, bestand ihr langfristiges Ziel darin, Praktiken, die zu sozialen Ungerechtigkeiten führten, *auf*

freiwilliger Basis zu ändern. Hitler selbst meinte, man solle den Menschen “nicht überall die Polizei auf den Nacken setzen”, sonst werde das Leben für die Menschen in der Heimat ja “zu einem reinen Zuchthausleben”. Aufgabe der Polizei sei es, “die ausgesprochen asozialen Elemente zu überwachen und rücksichtslos auszumerzen”.[209] Die Zeitschrift *Soziale Praxis* stellte 1937 klar:

> “Der Staat will nicht selbst Betriebe führen, er will nur ihre Führung im sozialen Sinne durchsetzen.”

Die DAF räumte ein, jedes beliebige Arbeitsgesetz werde

> “solange unwirksam bleiben, wie es nicht gelang, die in den Betrieben tätigen Betriebsführer und Gefolgsleute von der Richtigkeit und Notwendigkeit einer solchen Arbeitsverfassung zu überzeugen und sie zu einer entsprechenden Gesinnung und zu ebensolchem Handeln zu erziehen.”[210]

Im Oktober 1934 veröffentlichte Hitler ein Dekret, in dem der Charakter und die Aufgaben der DAF festgelegt wurden. Er schrieb:

> “Die Deutsche Arbeitsfront hat den Arbeitsfrieden dadurch zu sichern, daß bei den Betriebsführern das Verhältnis für die berechtigten Ansprüche ihrer Gefolgschaft, bei den Gefolgschaften das Verständnis für die Lage und die Möglichkeit ihres Betriebes geschaffen wird.”

In diesem Sinne wies er der DAF auch eine erzieherische Aufgabe zu; diese, betonte er, sei freilich nur ein einzelnes Element eines umfassenden, langwierigen Prozesses, der auf eine “völlige innere Umbildung der Menschen” abziele, welche eine Voraussetzung für die Errichtung eines “wahren Sozialismus” sei”.[211] Beim Parteikongress von 1935 gelobte Hitler, mit der “Erziehung der deutschen Menschen zu einer wirklichen Gemeinschaft” fortzufahren.[212]

Der Führer stand der Möglichkeit, seine eigene Generation für das Sozialprogramm der NSDAP zu gewinnen, persönlich skeptisch gegenüber. Dieser Sorge verlieh er 1930 gegenüber seinem Mitstreiter Wagener wie folgt Ausdruck:

> “Glauben Sie, dass ein eingefleischter Industrieunternehmer bereit ist, plötzlich zuzugeben, daß sein Besitz nicht Recht ist, sondern Pflicht? Dass das Kapital nicht mehr herrschen soll, sondern beherrscht wird? Dass es nicht auf das Leben des Einzelnen ankommt, sondern auf das der Gesamtheit?… Es ist eine so tiefgreifende und vollkommene Umstellung, dass der Erwachsene ihrer gar nicht mehr fähig ist. Nur die Jugend kann umgestellt werden, neu eingerichtet und ausgerichtet auf den sozialistischen Sinn der Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber.”[213]

1933 sagte Hitler in einer Ansprache vor Führern der Kampforganisationen seiner Partei, seit zweieinhalbtausend Jahren seien

> “mit ganz wenigen Ausnahmen nahezu sämtliche Revolutionen gescheitert, weil ihre Träger nicht erkannt hatten, dass das Wesentliche einer Revolution nicht die Machtübernahme, sondern die Erziehung des Menschen ist”.[214]

Bei einer Veranstaltung anlässlich des Beginns der Winterhilfe 1940 wies Hitler auf die Bedeutung der Erziehung hin:

> “Der Nationalsozialismus hat von vornherein die Auffassung vertreten, dass jede Einstellung nur das Produkt der Erziehung, der Gewöhnung, der Vererbung ist, also genau so wieder umerzogen werden kann. Denn das Kind, das heute in unserem Volke groß wird, wird nicht primär geboren mit irgendwelchen Vorurteilen standesmäßiger oder klassenmäßiger Herkunft. Die werden ihm erst anerzogen… Erst im Laufe des Lebens werden ihnen diese Unterschiede durch ihre

> Umgebung künstlich aufoktroyiert. Und das zu beseitigen ist unsere Aufgabe, wenn wir nicht verzweifeln wollen am Aufbau einer wirklich organischen und tragfähigen menschlichen Gesellschaft.”[215]

In einer Ansprache an junge Deutsche verlieh Hitler 1938 in Nürnberg seiner Überzeugung Ausdruck, dass die innere Umwandlung der Bevölkerung eine enorm schwierige Aufgabe sei; gelöst werden könne diese einzig und allein

> “durch einen geschlossenen Volkskörper, der nicht durch Wünsche und Hoffen entsteht, sondern nur durch die Erziehung. Nur durch sie allein können wir uns das Volk schaffen, das wir brauchen und das jene benötigen, die nach uns Geschichte gestalten wollen.”[216]

Somit strebte der Führer danach, das deutsche Volk mittels freiwilligen Gehorsams und nicht etwa mit grobschlächtigen polizeilichen Mitteln für das sozialistische Programm seiner Partei zu gewinnen. “Mit Polizei, Maschinengewehr und Gummiknüppel kann man auf die Dauer allein kein Regiment erhalten”, warnte er.[217] 1939 forderte er eine einschneidende Verringerung des Personalbestands der Polizei, um den Mangel an Arbeitskräften in der Industrie zu mildern.

Neue Gesetze, öffentliche Aufklärung und die DAF trugen gemeinsam dazu zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei. Zugleich tat Hitler sehr viel, um die Wohnbedingungen der Arbeiter zu verbessern. Die Wiederbelebung der Bauindustrie – der Schwerpunkt von Reinhardts Programm zur Verminderung der Arbeitslosigkeit – spielte auch im Sozialprogramm der Regierung eine entscheidend wichtige Rolle. Ohne anständige Unterkünfte konnten die Arbeiter die für ihre volle Integrierung in die Gesellschaft erforderliche Selbstachtung nicht wiederfinden und auch nicht erwarten, von den anderen Schichten als gleichwertig respektiert zu werden.

Seit dem Ersten Weltkrieg waren mangelhafte Wohnbedingungen der arbeitenden Menschen ein akutes Problem der deutschen Gesellschaft gewesen. Von den verfügbaren Wohnungen besaßen 47% nur ein oder zwei Zimmer plus eine Küche. Schätzungsweise 900.000 Wohnungen waren überfüllt. Es fehlten anderthalb Millionen Häuser. Im Spitzenjahr 1929 wurden immerhin 317.682 Häuser gebaut, doch bis 1932 sank die Zahl auf 141.265 ab. Fast die Hälfte davon enthielt lediglich kleine Wohnungen. Schätzungsweise vier bis sechs Millionen Häuser bedurften dringend der Modernisierung. In sehr vielen gab es keinen elektrischen Strom, keinen Anschluss an die städtische Wasserversorgung und keine Badezimmer oder Duschen.[218] In einer Studie der DAF hieß es hierzu:

> “Das deutsche Volk wohnt z.Zt. unter Verhältnissen, die eine ernste Gefahr bedeuten… Anderseits ballt sich im Innern des Reiches die Masse des Volkes in engsten und unzulänglichen Wohnungen zusammen. Dadurch werden nicht nur Sitte, Kultur, Gesundheit und sozialer Friede, sondern auch vor allem der Nachwuchs gefährdet. Rund 3000 000 Kinder werden z.Zt. jährlich nur deswegen nicht geboren, weil die elenden Wohnverhältnisse den Eltern den Mut dazu nehmen.”[219]

Bremen-Oslebshausen, eine der neuen Siedlungen, in denen Arbeiterfamilien in einer natürlichen Umgebung in preisgünstigen Wohnungen untergebracht wurden.

Wie es seiner Gewohnheit entsprach, packte Hitler den Stier bei den Hörnern und stufte die Wohnungsnot als soziales Problem ein, das die gesamte Nation betraf. Er verlangte, dass die Steuerzahler den Bau neuer Wohnhäuser subventionieren sollten. Im Arbeitsministerium regte sich Widerstand gegen diesen Plan. Sein Personal bestand großenteils aus konservativen Wirtschaftswissenschaftlern, die darauf bedacht waren, die Ausgaben möglichst niedrig zu halten und auf die Steuererhöhungen, die ein solches soziales Programm zwangsläufig erfordern musste, zu verzichten. Die Ideallösung bestand nach Auffassung des Ministeriums im Bau von Volkswohnungen mit zwei Schlafzimmern, einer Küche und einem Bad. Während der ersten Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft entsprachen 46% der Neubauten diesem unpopulären Konzept. Die DAF, die immer wieder in Konflikt mit dem Arbeitsministerium geriet, sprach sich für größere Schlafzimmer aus und forderte außerdem die Hinzufügung eines Wohnzimmers für die Freizeitaktivitäten der Familie. Dr. Paul Steinhauser, Direktor des Reichsheimstättenamtes, trug mit einem neuen Konzept zur Auftreibung der für den Bau größerer Häuser erforderlichen Mittel bei: Er ermunterte Firmen dazu, die Errichtung geräumigerer Wohnungen für ihre Angestellten mitzufinanzieren. Die DAF belohnte Unternehmen, die dies taten, mit Auszeichnungen und positiver Publizität. Diese Strategie erwies sich als höchst erfolgreich.[220]

Hitler engagierte sich persönlich für ein Projekt zum Bau von Vierzimmerwohnungen. Jede Wohnung sollte eine Zentralheizung, eine Küche mit kombinierter Kohlen- und elektrischer Heizung sowie eine Dusche mit Boiler aufweisen. Die Regierung lancierte die Entwicklung eines einfachen, preisgünstigen Kühlschranks, um eine Alternative zu den kommerziellen Modellen zu schaffen, die für die meisten Familien immer noch ein unerschwinglicher Luxus waren. Hitler entschied persönlich, dass in jeder neuen Wohnung anstatt eines Bads eine Dusche installiert wurde, und ordnete an, jede Duschkabine müsse eine niedrige Wand enthalten, damit die Eltern kleine Kinder baden könnten. Den Käufern bot sich die Option, gegen zusätzliche Kosten auch eine Badewanne installieren zu lassen.

Im Mai 1938 fand in Wolfsburg – einer neuen Stadt, die für die Familien von in der KdF-Autofabrik arbeitenden Männern erbaut worden war – die Gründungsfeier statt. Durch seine Unterstützung dieses Projektes gab Hitler stillschweigend zu verstehen, dass er den von vielen

Nationalsozialisten unterstützten Plan, Arbeiter wieder aufs Land umzusiedeln, für weltfremd hielt. Für ihn war das "Zurück aufs Land"-Programm "vergebliche Mühe und herausgeworfenes Geld". Wolfsburg bot bequemen, sinnvoll organisierten Wohnraum und vermied, was Hitler verächtlich als "monotone Anhäufung von Wohngeschossen in Hochhausformen amerikanischer Großstadtprägung" bezeichnet hatte.[221]

Bei der Planung der Wohngebiete hatte man sehr viel freien Raum vorgesehen. Hierzu gehörten bepflanzte Schneisen zur Abschirmung von Straßen für Motorfahrzeuge, außerdem Parks, Wanderpfade, Gehwege und Fahrradwege. Acht Prozent der Häuser waren Einfamilienhäuser für Menschen, die gerne im Garten und im Hof arbeiteten.

Hitler beteiligte sich bis ins Detail an der Stadtplanung. Er entschied darüber, wie viele Quadratmeter die Wohnungen messen sollten, und forderte die Einrichtung großer Küchen, wo die Familien gemeinsam ihre Mahlzeiten einnehmen konnten. Er besprach das Projekt mehrmals ausführlich mit seinem Hofarchitekten Albert Speer sowie Dr. Ley. Anhand von Hitlers Plan, in einer Fabrik Fertighäuser herstellen und dann an Ort und Stelle zusammensetzen zu lassen, berechnete Ley, dass dies die Baukosten um die Hälfte verringern werde.[222]

Als Hitler Ley im November 1940 zum Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau ernannte, ließ er ihm freie Hand bei der Verwirklichung seines Plans ohne Einmischung seitens des Arbeitsministeriums. Ley hatte mit dieser schwerfälligen bürokratischen Institution bereits einen hartnäckigen Grabenkampf ausgefochten, um Rentner, Witwen, Waisen und Behinderte – darunter behinderte Kinder – sozial besser abzusichern.[223] Die Gegner dieser Maßnahme erachteten sie als zu kostspielig. Ley hingegen argumentierte, unter dem alten Sozialhilfesystem, das von Seldtes Ministerium aufrechterhalten wurde, sei Altern gleichbedeutend mit Verarmen. Er forderte, die Renten müssten ausreichen, um den Betreffenden einen Lebensstandard zu gewährleisten, der annähernd demjenigen während ihres Arbeitslebens entspreche. Auch in diesem Punkt setzte Ley sich durch, aber erst nach jahrelangen beharrlichen Bemühungen.

Unzureichende Finanzierung verzögerte auch die gesetzliche Verankerung eines nationalen Gesundheitsprogramms. Als Hitler Kanzler wurde, hatten die meisten Arbeiter keine Krankenversicherung. Sie mussten sich auf Betriebsärzte verlassen, während kranke Familienangehörige zu Hause vom Rest der Familie betreut wurden. Unzureichende Beleuchtung, Lärm, Überarbeitung u. a. hatten zur Folge, dass an jedem beliebigen Tag durchschnittlich drei Prozent der Beschäftigten ihrem Arbeitsplatz wegen Krankheit fernbleiben mussten. Schlechte Unterkünfte und der Mangel an Erholungsmöglichkeiten verschlimmerten die Lage noch. Die meisten Menschen konnten sich einen Besuch beim Arzt kaum leisten, und der Beruf des Arztes glich dem des Feuerwehrmanns, der nur gerufen wird, wenn es tatsächlich irgendwo brennt. Die Ärzte errichteten ihre Praxis meist in Distrikten, deren Bewohner sie für ihre Dienste besser bezahlen konnten. Infolgedessen mangelte es in den ländlichen Gemeinden an ärztlichem Personal. In abgelegenen und dünn bevölkerten Gegenden gab es oft nicht nur keine Ärzte, sondern auch keine Kliniken. In einem der ärmsten Bezirke betrug die Sterblichkeit bei Neugeborenen und Kleinkindern nicht weniger als sechs Prozent.

Ley geriet wegen der von ihm angestrebten Reformen in Konflikt mit Reichsärzteführer Dr. Leonardo Conti. Dieser wandte sich gegen den Plan, Familienärzte notfalls gegen ihren Willen in unterprivilegierte Gemeinden zu versetzen oder in den dort errichteten Kliniken arbeiten zu lassen. Er begründete dies mit dem an den Haaren herbeigezogenen Argument, die Verlegung kranker Menschen aus ihrer häuslichen Umgebung in Krankenhäuser widerspreche dem nationalsozialistischen Konzept der Familie als Grundpfeiler der Gesellschaft. Ley konterte, es sei ein typischer Ausdruck liberalen

Denkens, wenn den Ärzten erlaubt werde, ausschließlich in Gebieten zu arbeiten, wo sie möglichst viel verdienen könnten; hierdurch erhalte der individuelle Profit nämlich Vorrang vor dem Gemeinwohl. Er bestand auf seiner Forderung, die privaten Krankenversicherungen aufzulösen und das Gesundheitswesen zu verstaatlichen. Jeder Deutsche solle eine lebenslang gültige Krankenversicherungskarte erhalten, die ihm das Recht auf staatlich finanzierte medizinische Behandlung in einer Arztpraxis oder Klinik verlieh. Nach Contis Auffassung stellten die Einrichtung, Ausstattung und Bemannung ländlicher Klinik sowie die Übernahme der Behandlungskosten durch die Regierung eine unzumutbare Belastung des Steuerzahlers dar.

Darüber hinaus wollte der DAF-Führer die Arbeitgeber dazu verpflichten, ihren Angestellten im Krankheitsfall 70% ihres Gehalts zu bezahlen. Dieselbe Entschädigung sollten auch Angestellte erhalten, die nicht zur Arbeit kommen konnten, weil sie sich um erkrankte Familienangehörige kümmern mussten. Auch in diesem Fall sprach sich Ley dafür aus, die Gewinne der Industrie zu beschneiden, um die Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten zu verbessern. Ley und Conti konnten sich schließlich auf einen Kompromiss einigen und unterzeichneten im Januar 1941 in Bad Saarow ein Abkommen über die Reform des nationalen Gesundheitswesens. Dieses autorisierte die Schaffung kostenloser örtlicher Kliniken, eine alljährliche kostenlose ärztliche Untersuchung aller Bürger sowie die Übernahme der Behandlungskosten für Kranke und Verletzte durch den Staat. Somit brauchte niemand mehr eine private Krankenversicherung abzuschließen. Zwecks Verringerung der hierdurch anfallenden Kosten sah der Plan umfassende "vorbeugende medizinische Maßnahmen" vor. Die DAF stellte Mittel für den Bau von mehr Kurbädern und Erholungsheimen bereit, wo die Arbeiter und ihre Familien an den Wochenenden Entspannung finden konnten. Das Ziel bestand natürlich darin, die Gesundheit des deutschen Volkes durch Ruhe und Erholung zu fördern.

Zu guter Letzt sah die Vereinbarung auch zusätzliche Aufklärungsprogramme vor, welche die Bevölkerung zu einem gesunden Lebenswandel anhalten sollten. Die Betriebsärzte erhielten die zusätzliche Aufgabe, die Angestellten über Methoden der Krankheitsverhütung aufzuklären. In öffentlichen Kampagnen wurden die Deutschen aufgefordert, gesundheitsschädliche Genüsse zu meiden, da es die Pflicht eines jeden Bürgers sei, seine Gesundheit zu wahren und der Gemeinschaft nicht zur Last zu fallen. Dieses umfassende Programm führte zu einer starken Verringerung der Zahl frühzeitiger Todesfälle und hatte auch zur Folge, dass die Zahl der aufgrund von Krankheit verlorenen Arbeitsstunden fast um die Hälfte sank. Somit gewährleistete die Regierung ihren Bürgern zwar kostenlose medizinische Versorgung, verlangte von ihnen im Gegenzug jedoch einen verantwortungsbewussten Lebenswandel.

Die kardinale Bedeutung, welche die Regierung sozialen Reformen beimaß, hinterließ im Bewusstsein der Öffentlichkeit einen nachhaltigen Eindruck. Jeder Deutsche, erklärte Hitler, sei verpflichtet, den Benachteiligten, den wirtschaftlich Ruinierten und den auf fremde Hilfe Angewiesenen seine Unterstützung angedeihen zu lassen. Die deutsche Gesellschaft, sagte er beim Parteikongress von 1935,

> "muss in Erscheinung treten und muss diesen einzelnen, die das wirtschaftliche Leben zu Fall gebracht hat, sofort wieder auf die Beine helfen, muss sie unterstützen und muss sie wieder eingliedern in einen neuen Prozess des Lebens der Gemeinschaft".[224]

Die alljährliche Kampagne zur "Winterhilfe" zeigt, dass Hitler solche Aktionen in doppelter Hinsicht für notwendig hielt: Sie brachten Notleidenden Hilfe und förderten zugleich die Solidarität der Menschen untereinander. Das – im Herbst 1933 erstmals durchgeführte – Programm der Winterhilfe ersuchte die Bevölkerung um Spenden zur Unterstützung der Arbeitslosen. Die Mitarbeiter an diesem Programm benutzten die Spenden zum Kauf von Lebensmitteln, Heizmaterial

und Gutscheinen für die Bedürftigen oder zur Gründung karitativer Institutionen. Im Winter 1935/1936 erhielten fast 13 Millionen Deutsche Unterstützung. Mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage wurde die Winterhilfe immer weniger notwendig, doch da er sie als "ein wesentliches Mittel ständiger Erziehung aller Volksgenossen zur deutschen Volksgemeinschaft" betrachtete, behielt Hitler sie während seiner ganzen Amtszeit bei.[225]

Kraft durch Freude

Gemeinsam mit der DAF finanzierte die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt Freizeitaktivitäten und Ausflüge für Kinder aus Arbeiterfamilien. Dieser Ausflug fand im Sommer 1937 statt.

Eine der populärsten Organisationen, die in Deutschland den Sozialismus und die Harmonie förderten, war die DAF-Sektion “Kraft durch Freude” (KdF). Ihre Rolle bestand darin, der arbeitenden Bevölkerung sinnvolle Möglichkeiten zur Verbringung ihrer Freizeit anzubieten. Anlässlich der Gründung dieser Organisation sagte Ley:

> “Wir dürfen nicht nur fragen, was tut der Mensch bei der Arbeit, sondern wir haben auch die Pflicht uns um ihn zu kümmern, wenn der Feierabend kommt. Wir müssen uns darüber klar sein, dass nicht die Langeweile erholt, sondern Unterhaltung in verschiedenster Form. Diese Unterhaltung, diese Ausspannung zu organisieren, wird eine unserer wichtigsten Aufgaben sein.”[226]

Hitler hielt das Reisen für ideal zur Regenerierung von Körper und Geist. Deshalb, erklärte Ley, solle

> “jeder Arbeiter und jeder Angestellte … nach dem Willen des Führers mindestens einmal im Jahr an einer preiswerten KdF-Reise teilnehmen können. Er soll dabei nicht nur die schönsten deutschen Urlaubsgebiete erleben können, sondern auch Seereisen ins Ausland.”[227]

Vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler hatten sich nur wenige Deutsche Reisen leisten können. 1933 unternahmen 18% der arbeitenden Personen eine Reise, und bei diesen handelte es sich durchwegs um Leute mit überdurchschnittlich hohem Einkommen. “Kraft durch Freude” begann 1934 mit der Durchführung preiswerter Reisen, die teils von der DAF subventioniert wurden, damit sich auch minderbegüterte Familie die Teilnahme daran leisten konnten. Pauschalangebote deckten sämtliche Kosten für Transport, Unterkunft, Essen und Ausflüge. Angeboten wurden unter anderem Fahrten zu Schwimmbädern, Berghütten, Kurorten, volkstümlichen Attraktionen in Städten und Provinzen, ferner Wanderungen und Kampieren. Im Jahre 1934 nahmen 2.120.751 Menschen an kurzen Reisen teil. Diese Zahl stieg kontinuierlich und wuchs bis 1938 auf 7.080.934 an. An KdF-

Wanderungen nahmen im ersten Jahr 60.000 Deutsche teil, 1938 bereits 1.223.362.[228] Der Zustrom von Besuchern sorgte in wirtschaftlich schwachen Städten mit Erholungsmöglichkeiten für einen Aufschwung.

Deutsche Arbeiter auf einem KdF-Schiff in einem norwegischen Fjord. Im Jahre 1938 nahmen mehr als 160.000 Deutsche an staatlich unterstützten Kreuzfahrten zur skandinavischen Küste und zurück teil.

Diese Aktivitäten waren nur möglich, weil Hitler nach der KdF-Gründung im November 1933 sämtliche deutschen Geschäfte und Industriezweige angewiesen hatte, ihren Angestellten und Arbeitern eine ausreichende Zahl bezahlter Ferientage zu gewähren. Vor 1933 hatte fast ein Drittel der Arbeiterschaft keine Arbeitsverträge und folglich auch keinen Anspruch auf bezahlte Ferien. 1931 standen nur 30% der Beschäftigten mit festen Arbeitsverträgen vier bis sechs bezahlte Feiertage pro Jahr zu; die meisten – 61% – hatten deren nur drei.[229] Die nationalsozialistische Regierung sorgte dafür, dass jedem, der sechs Monate lang bei einer Firma tätig gewesen war, von dieser wenigstens sechs bezahlte Feiertage pro Jahr zugestanden wurden. Mit zunehmendem Dienstalter stieg die Zahl der Feiertage auf zwölf an. Denselben Anspruch billigte der Staat auch den Heimarbeitern zu, die im Auftrag von Industriebetrieben gewisse Bestandteile zu Hause herstellten. Die Zahl der Heimarbeiter belief sich auf rund eine Million. Ihnen wurde der Urlaub von den Firmen bezahlt, für die sie tätig waren. Nach mehrjährigen Auseinandersetzungen mit dem Arbeitsministerium erreichte Ley, dass die arbeitenden Menschen Deutschlands Anspruch auf vier Wochen bezahlten Urlaub pro Jahr erhielten.

Viele von ihnen nutzten die Möglichkeit, während ihres Urlaubs an den billigen KdF-Kreuzfahrten teilzunehmen. Anfang 1934 charterte diese Organisation zunächst zwei Passagierschiffe. Am 3. Mai jenes Jahres brach die *Dresden* mit 969 Passagieren an Bord von Bremerhaven zu einer fünftägigen Fahrt auf. Am selben Tag stach die *Monte Olivia* mit 1.800 Fahrgästen von Hamburg aus in See. Beide Schiffe fuhren die Isle of Wight vor der englischen Südküste an und kehrten von dort aus zurück. Die wenigsten Passagiere hatten je an einer Kreuzfahrt teilgenommen, und nach ihrer Heimkehr schilderten sie die im Entstehen begriffene KdF-Flotte in weithin publizierten Interviews als "Traumschiffe für Arbeiter". Die breite Aufmerksamkeit, die diesen Reisen in den Nachrichten zuteil wurde, erweckte in der Öffentlichkeit lebhaftes Interesse. Während die KdF-Büros mit Anträgen von Reiselustigen förmlich überflutet wurden, begannen die Fahrzeuge eine ununterbrochene Reihe fünftägiger Kreuzfahrten nach Norwegen zu unternehmen, wobei die Gäste an Bord die majestätischen Fjorde an der norwegischen Küste bewundern konnten.

Die Seefahrten wurden enorm populär, was Ley dazu bewog, im Sommer desselben Jahres

weitere fünf Schiffe zu chartern. Als das Jahr 1934 zu Ende ging, hatte KdF für 80.000 deutsche Arbeiter und ihre Familien Kreuzfahrten organisiert, von denen die meisten nach Norwegen führten. Im folgenden Jahr wurden auch Reisen ins Mittelmeer ins Programm aufgenommen. Bei Italienreisen konnten die Fahrgäste in Genua, Neapel, Palermo und Bari von Bord gehen; Portugalfahrten führten nach Lissabon oder Madeira. Bei der ersten Mittelmeerfahrt stachen am 15. März 1935 fünf KdF-Schiffe in See, die 3.000 Passagiere – darunter Ley – nach Madeira brachten. Zum ersten Mal sahen die portugiesischen und italienischen Bewohner der angefahrenen Häfen deutsche Arbeiter; zuvor hatten sich nur Angehörige der oberen Schichten einen solchen Urlaub leisten können. Insgesamt nahmen 1935 mehr als 138.000 Deutsche an KdF-Kreuzfahrten teil.[230]

1936 beauftragte Ley die Hamburger Schiffswerft Blohm & Voss mit dem Bau des ersten KdF-Linienschiffs. Ley, der sich aufs lebhafteste für die Ausstattung des Schiffs interessierte, bestand darauf, dass alle drei Decks frei von Ventilatoren, Maschinen und Ausrüstungsgegenständen waren. Auf den Decks musste genug Platz vorhanden sein, damit sich alle Fahrgäste zur gleichen Zeit dort auf Liegestühlen entspannen konnten. Promenadendecks, Räume für Spiel und Leibesübungen, Konzert- und Tanzhallen, Auditorien und hell beleuchtete Salons mit bequemen Stühlen figurierten auch auf Leys Liste. Jede Passagierkabine musste eine Außenwand mit Bullauge aufweisen, und die Angehörigen der Besatzung wurden ebenfalls in Kabinen einquartiert. Es gab keine Kabinen erster und zweiter Klasse; sämtliche Fahrgäste wohnten in Kabinen von gleicher Größe und mit gleicher Ausstattung. Am 5. Mai 1937 war Hitler zugegen, als die 25.484 Tonnen schwere *Wilhelm Gustloff* in See stach. Bei diesem Anlass sagte Ley zu der versammelten Menschenmenge:

> “Es ist unerhört Großes, es ist einmalig und einmalig in der Welt, daß es ein Staat unternimmt, für seine Arbeiter ein so großes Schiff zu bauen. Nicht alte Kästen nehmen wir Deutsche für unsere Arbeiter, sondern das Beste ist gerade gut genug für unsere deutschen Arbeiter.”[231]

Der Speisesaal des neuen KdF-Schiffs Robert Ley.

Ihre erste Kreuzfahrt hatte die *Wilhelm Gustloff* am 15. März mit 1.465 Fahrgästen an Bord begonnen. Bei diesen handelte es sich um Arbeiter der Werft Blohm & Voss, die das Schiff gebaut hatten, deren Ehefrauen sowie Verkäuferinnen und Büroangestellte von Hamburger Geschäften. Für sie war es eine kostenfreie Reise. Bis zum August 1939 unternahm die *Wilhelm Gustloff* 50 KdF-Fahrten nach Norwegen, Spanien, Portugal, Italien und Tripolis. Durch freiwillige Beteiligung an den Reisekosten ermöglichten Unternehmer auch ärmeren Arbeitern und ihren Familien eine Teilnahme an diesen Reisen.[232] Einige Firmen finanzierten ihren Angestellten sowie deren Familien die gesamte Kreuzfahrt und stellten ihnen noch ein Taschengeld zur Verfügung. Die deutsche Eisenbahn gewährte Bürgern, die nach Hamburg oder Bremen fuhren, um dort ein KdF-Schiff zu besteigen, einen Preisnachlass. Im März 1939 stieß die funkelnagelneue *Robert Ley*, ein noch größeres Linienschiff, das für diese Fahrten gebaut worden war, als zehntes Fahrzeug zur KdF-Flotte.

Passagiere der KdF-Dampfer Sierra Morena *und* Der Deutsche *gehen in Palermo, Sizilien, von Bord, um die Sehenswürdigkeiten der Stadt zu bestaunen.*

Die Sportabteilung der DAF bot Arbeitern die Möglichkeit, auch “exklusive” Sportarten wie Tennis, Skifahren, Reiten und Segeln auszuüben. Sie bot billige Kurse in diesen Sportarten an und errichtete neue Anlagen. Das Interesse an solchen Programmen nahm derart rapid zu, dass die DAF zahlreiche zusätzliche Instruktoren ausbilden musste. 1934 nahmen 470.928 Deutsche an DAF-Sportkursen teil, und bis 1938 schwoll die Zahl auf 22.474.906 an.[233]

Die DAF ermunterte auch die Gründung von Sportklubs in Fabriken und Unternehmen. Innerhalb von zwei Jahren entstanden über 11.000 Firmenklubs, die Wettkämpfe gegen die Klubs anderer Betriebe oder Abteilungen austrugen.

Im Rahmen ihrer Bestrebungen zur vollständigen Integrierung der Arbeiterschaft in die deutsche Gesellschaft förderte KdF auch kulturelle Aktivitäten. Ihre 70 Musikschulen boten eine Grundausbildung im Spielen von Musikinstrumenten für Angehörige von Arbeiterfamilien. KdF inszenierte landesweit Theateraufführungen und klassische Konzerte für Arbeiter. Bei den Bayreuther Wagner-Festspielen von 1938 wurden “Tristan und Isolde” sowie “Parsival” für Arbeiter sowie deren Familien aufgeführt. Außerdem organisierte KdF Auftritte fahrender Bühnen sowie Konzerttouren in kleineren Städten, die in ländlicher Umgebung lagen und wo nur selten kulturelle Veranstaltungen stattfanden.

Das Freizeitprogramm von KdF brachte der Arbeiterschaft sehr viel Gutes. Für Ley bot es dem Arbeitsmann die Gelegenheit, “seinen Drang nach Erkenntnis auf allen Lebensgebieten in der Freizeit zu befriedigen und die in ihm ruhenden schöpferischen Kräfte freizumachen.”[234] Es ging nicht nur darum, die materiellen Verhältnisse dieser gesellschaftlichen Schicht zu verbessern, sondern auch darum, ihren Angehörigen durch die Verbindung von nützlicher Arbeit für die Nation und schöpferischer Erholung in der Freizeit zu innerer Harmonie zu helfen. Dies reihte sich nahtlos in Hitlers Plan zur Schaffung eines echt sozialistischen Staates ein, die er mit seiner Politik auf verschiedene Weise förderte. Beispielsweise hatten sich nur wenige Deutsche einen Kraftwagen leisten können, bis der Führer den Befehl erteilte, den KdF-Wagen, später als Volkswagen bekannt, zu entwerfen und massenhaft herzustellen. Da sich auch Familien mit mittlerem Einkommen dieses robuste, preiswerte Fahrzeug durchaus leisten konnten, war der Besitz eines eigenen Autos nun kein Statussymbol mehr. Die einschneidende Verbesserung des deutschen Straßennetzes machte das Reisen per Automobil möglich und populär.

Wenn Hitler veranlasste, dass Angehörige des Arbeitsdienstes, Mitglieder von Jugend- und Frauenorganisationen, Staats- und Parteifunktionäre, Angehörige von Veteranenvereinen etc. Uniformen trugen, so war dies ein weiterer Bestandteil seiner sozialistischen Agenda. Die Uniform sorgte dafür, dass alle Deutschen, ob reich oder arm, auf einer Stufe standen. Sie identifizierte ihren Träger lediglich als Angehörige einer bestimmten Gruppe, die einen wertvollen Beitrag zum Gedeihen der Nation leistete. Schon 1930 hatte Hitler gesagt:

> “Wir müssen es so weit bringen, dass Deutsche ohne Ansehung ihrer Lebensstellung Arm in Arm miteinander gehen können. Leider bilden heute manchmal die Bügelfalte und der blaue Monteurkittel ein Trennungsmittel.”[235]

Hitlers Ziele waren die Schaffung einer kooperativen, harmonischen Gesellschaft, eine gerechte und vernünftige Verteilung des Volksvermögens und eine Arbeiterschaft, die so frei von Sorgen und Not sein sollte, wie dies überhaupt möglich war. 1942 resümierte General Walther Scherff, ein Militärhistoriker der deutschen Wehrmacht, was das Volk damals über den Führer dachte:

> “Hitlers Lebenselement ist gleich Friedrich dem Großen, seinem Vorbild, nicht der Kampf, sondern die kulturschöpfende Tat, die dem deutschen Volke ein sinnvolles, lebensfreudiges und zukunftssicheres Dasein sowie Kunststätten, Sozialeinrichtungen, Verkehrswege und echte Volksgenossenschaft schafft.”[236]

Hitler meinte einmal, er lebe für die Zukunft seiner Nation, für “diese unzähligen Millionen Menschen, die schwer arbeiten und so wenig zum Leben besitzen”.[237]

Die Wiederbewaffnung des Reichs

Hitler konzentrierte sich so sehr auf die Programme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zum Wiederaufbau der Wirtschaft und zur gesellschaftlichen Einigung der Nation, dass er der Stärkung der nationalen Verteidigung sehr viel weniger Aufmerksamkeit einräumte. Die Bestimmungen des Versailler Vertrags gestanden Deutschland ein Heer von maximal 100.000 Berufssoldaten mit langfristigen Dienstverträgen zu. Deutschland besaß weder Panzer noch schwere Artillerie noch chemische Waffen, und auch der Besitz einer Luftwaffe war ihm durch den Vertrag untersagt. Nach dem Londoner Ultimatum verboten die Alliierten auch die Herstellung motorisierter Flugzeuge auf deutschem Boden. Dies zwang die führenden Flugzeugproduzenten des Landes, die Firmen Junkers, Dornier und Heinkel, ihre Programme zur Entwicklung neuer Flugzeugtypen in Schweden, der Schweiz oder der UdSSR durchzuführen. Nach dem Ersten Weltkrieg zwangen die Siegermächte die deutsche Flotte, ihre modernen Schiffe in einen britischen Hafen einfahren zu lassen. Die Flotte, deren Mannschaftsbestand auf 15.000 Matrosen verringert worden war, durfte nur noch sechs veraltete Linienschiffe, sechs kleine Kreuzer, zwölf Zerstörer und zwölf Torpedoboote unterhalten. Über Unterseeboote verfügte sie nicht.

Im Juni 1919 hatte der französische Premierminister Georges Clemenceau gesagt:

> “Die deutsche Abrüstung stellt gleichzeitig den ersten Schritt zu der allgemeinen Herabsetzung und Begrenzung der Rüstung dar… Nachdem Deutschland den Weg gezeigt haben wird, werden die alliierten und assoziierten Mächte in voller Sicherheit den gleichen Weg gehen.”[238]

Diese schönen Worte änderten allerdings nichts daran, dass Frankreich, Großbritannien, die USA, Italien, Japan und die Sowjetunion in den zwanziger Jahren wieder in eine Art Wettrüsten eintraten, wobei sie das Schwergewicht auf die Entwicklung der Marine sowie der Luftwaffe legten. Dieser Wortbruch bot Deutschland die moralische Rechtfertigung dafür, sich unter Verletzung des Versailler Vertrags wieder zu bewaffnen.

Aufgrund des geringen Personalbestands und der unzureichenden Bewaffnung seiner Armee besaß Deutschland 1933 so gut wie keine Rüstungsindustrie. Die experimentelle Entwicklung von gepanzerten Fahrzeugen, Artillerie und Kampfflugzeugen musste heimlich betrieben werden, da sie sich nicht mit den Bestimmungen des Versailler Diktatfriedens vereinbaren ließ. Obgleich Ingenieure einige Fabriken auf Waffenproduktion umstellten, unterbreitete Hitler während seiner beiden ersten Amtsjahre Vorschläge für eine internationale Abrüstung. 1933 und 1934 wendete das Reich weniger als vier Prozent seines Staatsaushalts für Verteidigungszwecke auf. Dies entsprach nicht einmal der Hälfte der Rüstungsausgaben Frankreichs, Japans und der UdSSR, die bereits über ein umfangreiches Waffenarsenal verfügten.[239]

Zu der veralteten deutschen Ausrüstung der deutschen Armee in Hitlers ersten Amtsjahren gehörten Stahlhelme des Modells 1918, Mauser-Karabiner mit langen Läufen aus dem Ersten Weltkrieg sowie wassergekühlte Maschinengewehre aus dem Jahre 1908.

Hätte Hitler dies gewollt, so hätte Deutschland bis 1936 ein umfassendes Programm zur Wiederbewaffnung in Gang setzen können. Immerhin waren die Fabriken mittlerweile bis an den Rand ihrer Kapazität ausgelastet, und das Reich besaß eine moderne, effiziente Werkzeugmaschinenindustrie. Auf diesem Sektor kontrollierten die USA und Deutschland zusammen 70% des internationalen Exportmarktes, während sie selbst fast keine Maschinenwerkzeuge importierten. Als man das Jahr 1938 schrieb, verfügte die deutsche Industrie über 1,3 Millionen Werkzeugmaschinen, doppelt so viel wie England.[240] Dem deutschen Heer brachte dies allerdings nur beschränkten Nutzen, weil Hitler der Herstellung von Rüstungsmaterial keine Priorität einräumte. Die deutsche Industrie konzentrierte sich auf die Anfertigung von Häusern, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, öffentliche Arbeiten sowie die Herstellung von Konsumgegenständen, KdF-Autos und Schiffen. Diese Programme erforderten riesige Mengen von Material wie Metallen, Gummi und Holz und konnten nicht ohne eine große Zahl von Facharbeitern verwirklicht werden. Qualifizierte Kaufleute, Ingenieure und Techniker konnten nicht in der Rüstungsindustrie eingesetzt werden. Ein deutscher Historiker folgerte hieraus:

Freiherr von Fritsch (links) und Ludwig Beck, zwei Armeekommandanten der Vorkriegszeit, die sich gegen die Entwicklung der Panzerwaffe wandten. Zu General Heinz Guderian, einem Befürworter der Panzerwaffe, sagte Beck: *"Ich will Euch nicht, Ihr seid mir zu schnell!"*

> "Die deutsche Wirtschaft hat in den sechseinhalb Jahren bis zum Ausbruch des Krieges Gewaltiges geleistet. Aber die Ergebnisse dieser großen Anstrengung für die Wehrmacht mussten relativ gering bleiben angesichts der an die Wirtschaft gestellten zivilen Forderungen. Neben diesen Forderungen auch noch ein Höchstmaß an Rüstung zu verlangen, hätte eine Überforderung der deutschen Wirtschaft bedeutet."[241]

Im Gegensatz zu volkstümlichen Vorstellungen besaß das berühmteste in den Friedensjahren des Deutschen Reichs entstandene Bauwerk, die Autobahn, keinerlei strategischen Wert. Der Generalstab war nämlich zum Schluss gelangt, motorisierte Einheiten, die sich auf der Autobahn fortbewegten, würden im Kriegsfall für feindliche Flieger allzu leicht zu entdecken sein und sich bei Beschuss nirgends in Deckung bringen können.[242] In der Vorkriegszeit gab es ohnehin nur wenige motorisierte Truppenverbände, und die Armee war weitgehend auf den Schienentransport angewiesen. Im Gegensatz zu seinen obersten Heereskommandanten Freiherr von Fritsch und Ludwig Beck begriff Hitler die taktische Bedeutung der Panzer in einem künftigen Krieg zwar voll und ganz, widmete der Entwicklung gepanzerter Kampfwagen jedoch nicht dieselbe Aufmerksamkeit wie den parallel dazu laufenden zivilen Projekten. Ein namhafter Militäranalytiker, Sir Basil Liddel-Hart, meinte:

> "Er [Hitler] hatte es zuletzt zu büßen, sie [die Panzerwaffe] nicht noch nachdrücklicher gefördert zu haben."[243]

Im November 1934 entschied sich das Heereswaffenamt für die Herstellung eines Kampfpanzers mit einer 75-mm-Kanone. Zunächst wurden zwei leicht gepanzerte, rudimentär bewaffnete Typen gefertigt, Panzer I und Panzer II, mit denen die Truppe übte, bis das Kampfmodell einsatzbereit war. In der Zwischenzeit führte die Armee auch den mittelschweren Panzer III ein, der sich als brauchbar

für den Einsatz an der Front erwies. Der hauptsächliche Kampfpanzer, Panzer IV, dessen Produktion 1934 in Auftrag gegeben wurde, hatte sich bereits vor Hitlers Machtübernahme in der Planungsphase befunden. Die ersten Exemplare rollten jedoch erst 1936 vom Fließband. In den Jahren 1936 und 1937 stellte die Fabrik in Magdeburg nur gerade 35 Panzer des Typs IV her. 1939 betrug die Zahl 45. [244]

Zum Vergleich: 1936 fertigte die deutsche Automobilindustrie 244.289 Kraftwagen an. In den letzten Friedensmonaten verstärkte die deutsche Wehrmacht ihre wenigen gepanzerten Divisionen mit tschechischen Panzern, die ihr bei der Besetzung von Böhmen und Mähren im März 1939 in die Hände gefallen waren.

Die Herstellung einer anderen entscheidend wichtigen Waffe wurde ebenso sträflich vernachlässigt. Im Sommer 1939 produzierten die deutschen Fabriken nur gerade 30 Feldhaubitzen pro Monat.[245] Munition wurde in so geringem Ausmaß hergestellt, dass die Vorräte der Armee bei Kriegsausbruch im September nur gerade für sechs Wochen ausreichten. Die Luftwaffe besaß einen für drei Monate ausreichenden Vorrat an leichten und mittelschweren und keinerlei Reserven an schweren Bomben. Ein ungenügender Vorrat an Munition beeinträchtigt die Kampfkraft einer jeden Truppe selbstverständlich aufs schwerste.

Hitler benutzte seine Streitkräfte zuerst als Instrument der Diplomatie. Im Jahre 1938 ließ er gegenüber General Erhard Milch folgende Bemerkung fallen:

> "Niemand fragt danach, ob ich Bomben habe, oder wieviel Munition ich habe. Es kommt nur auf die Zahl der Flugzeuge und Geschütze an."[246]

Im Verlauf des Jahres 1938 produzierte Deutschland weniger als ein Sechstel der Munition, die seine Fabriken im Kriegsjahr 1944 herstellten. General Georg Thomas, Chef des Heereswaffenamts, hielt fest:

> "Es muss festgestellt werden, dass Deutschland wirtschaftlich völlig ungenügend vorbereitet in den Krieg gegangen war… Die großen wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen, die für einen neuen Weltkrieg erforderlich gewesen wären, sind praktisch nicht erfolgt."[247]

Als Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, war seine Flotte weit kleiner als diejenige von Deutschlands Konkurrenten. Zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und 1931 verließen lediglich drei Kriegsschiffe die deutschen Werften, während Frankreich während desselben Zeitraums nicht weniger als 81 Kriegsschiffe baute.[248] Das im Juni 1935 abgeschlossene britisch-deutsche Flottenabkommen legte fest, dass die Stärke der deutschen Flotte (ausschließlich der Unterseeboote) nicht mehr als 35% der Royal Navy betragen durfte. Als etwas über vier Jahre später der Krieg ausbrach, betrug die Tonnage der deutschen Marine aber lediglich 17,5% jener der britischen, also genau die Hälfte des Erlaubten. Die imposanten Schlachtschiffe *Bismarck* und *Tirpitz* konnten wegen Stahlmangels erst nach Kriegsbeginn vom Stapel gelassen werden.[249] Der gleichzeitige Bau der KdF-Linienschiffe *Wilhelm Gustloff* und *Robert Ley*, der über 50 Millionen Reichsmark kostete, verlief hingegen ohne Verzögerungen.

Mit der Herstellung von Unterseebooten begannen die Werften um 1935. Obwohl diese Waffe potentiell die entscheidendste im deutschen Arsenal sein konnte, wurde ihr nur ein niedriger Prioritätsgrad beigemessen. Im Jahre 1937, in dem die Arbeit an der *Wilhelm Gustloff* begann, ließen die Werften nur ein einziges U-Boot vom Stapel. Im folgenden Jahr wurden dann immerhin schon neun und 1939 bereits 18 U-Boote fertiggestellt.[250]

Während der Friedenszeit führte die deutsche Armee immer wieder malerische Paraden sowie gelegentliche militärische Manöver für die Öffentlichkeit durch. Dies diente unter anderem dem Zweck, ausländischen Diplomaten den Eindruck zu vermitteln, dass Deutschland bereits über eine schlagkräftige Streitkraft verfügte.

Deutschland begann den Krieg mit 22 U-Booten, die fähig waren, in den Atlantik einzufahren, von denen aber jeweils nur ein Drittel die Zielgebiete patrouillieren konnte.

Im November 1938 trafen sich führende militärische Befehlshaber mit Hitler, um eine Koordinierung der Wiederbewaffnung zwischen den drei hauptsächlichen Waffengattungen abzusprechen. Ein deutscher Militärhistoriker fasst die Ergebnisse jener Besprechung wie folgt zusammen:

> “Rüstungsziele, nach denen sich die Wehrmachtteile zu richten hatten, gab Hitler … nicht vor. Er besaß keinen Plan, auf dessen Verwirklichung hin die Rüstung ausgerichtet werden konnte… Die vage Angabe, dass diese – erst noch festzulegenden – Rüstungsziele in mehreren Jahren verwirklicht werden sollten, lässt nicht darauf schließen, dass Hitler zu diesem Zeitpunkt damit rechnete, sich bereits ein dreiviertel Jahr später im Krieg zu befinden.”[251]

Zwischen September 1937 und Februar 1939 erfüllten deutsche Firmen, die Kontrakte für die Herstellung von Waffen erhielten, lediglich 58,6% ihrer Aufträge.[252] Anno 1938 produzierten knapp 9% der deutschen Industrie Rüstungsgüter.[253] In den letzten Vorkriegsmonaten sowie nach Kriegsbeginn stieg dieser Anteil an und betrug Ende 1939 rund 15%, nach manchen Schätzungen sogar 22%. (Zum Vergleich: Großbritannien wendete im Jahre 1935 bereits 15% und 1938 sogar 38% seines Staatshaushaltes für die Rüstung auf.[254]) Aus diesen Statistiken folgert die Wirtschaftswissenschaftlerin Dr. Anja Bagel-Bohlen:

> “Die Rüstung nahm in Wirklichkeit nicht die uneingeschränkte Vorrangstellung in der Wirtschaft ein, wie es den Anschein hatte… Noch im September 1939 hatte Deutschland nicht jene grundlegende Umgestaltung der Wirtschaft in Angriff genommen, die der Krieg möglicherweise

> notwendig machte, während sie in Großbritannien bereits durchgeführt war… Die deutsche Industrie war auf eine längere Auseinandersetzung mit dem gegnerischen industriellen Potential in keiner Weise vorbereitet… Deutschland begann 1939 einen Krieg, in dem es auf Grund seiner industriellen Voraussetzungen keine Aussicht auf Erfolg haben konnte."[255]

Auch hinsichtlich ihrer Mannschaftsstärke lag die deutsche Armee weit hinter den anderen Großmächten zurück. 1935 zählte das französische Heer 655.000 Mann, das polnische 298.000 und das tschechische 140.000. Die Sowjetunion hatte 885.000 Mann unter Waffen. Keines dieser Länder war Deutschland wohlgesinnt. Da das Reich seit 15 Jahren keine allgemeine Wehrpflicht mehr kannte, standen ihm auch keine Reservisten zur Verfügung. Unter Reservisten versteht man militärisch ausgebildete Männer, die ins Zivilleben zurückgekehrt sind, im Kriegsfall jedoch wieder zum Heeresdienst einberufen werden können und somit die zahlenmäßige Stärke der Armee über Nacht massiv erhöhen. Frankreich verfügte über 4,5 Millionen, Polen über 3,2 Millionen und die Tschechoslowakei über 1,3 Millionen Reservisten.[256]

Wie bereits erwähnt, setzte Hitler die menschlichen Ressourcen Deutschlands in allererster Linie zur Entwicklung sozialer Programme und nicht zur Behebung des militärischen Ungleichgewichts ein. Laut dem *Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches* von 1938 hatten am 31. Januar 1933 insgesamt 113.523 Mann im Heer und in der Marine gedient. Bis Ende desselben Jahres war diese Zahl lediglich auf 122.000 angewachsen. Am 21. März 1935 führte Hitler die allgemeine Wehrpflicht wieder ein, aber die Aushebungen begannen erst im Oktober. Hierdurch gewann die Armee 200.000, die Flotte 10.000 und die neue Luftwaffe 20.000 Rekruten. Bis Ende 1935 hatte die deutsche Wirtschaft 3,6 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Dies beweist, dass die Wiedereinführung der Wehrpflicht nur geringfügig zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beitrug.

Der erste Schritt zur Verstärkung der Truppe bestand in der Überstellung von 56.000 Polizisten zu den bewaffneten Streitkräften.

> "Die immer wieder vorgebrachte Argumentation, dass Hitler die Arbeitslosen letztendlich nur mittels massiver Aufrüstung der Wehrmacht in Lohn und Brot gebracht hat, ist wissenschaftlich betrachtet nicht haltbar",

urteilt der Historiker Ralf Wittrich. Er fährt fort:

> "Bei gewissenhafter Untersuchung wird man zu dem Urteil kommen, dass die Zahlen nichts über die Beseitigung der Arbeitslosigkeit aussagen. Sie sagen auch nicht aus, wie viele Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie zusätzlich geschaffen wurden."[257]

Diesen Sachverhalt bestätigte kein Geringerer als Hjalmar Schacht, der betonte, dass die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Deutschland ohne die Rüstung gelungen sei.[258]

In ähnlichem Sinne äußert sich der amerikanische Historiker David Schoenbaum, der darauf hinweist,

> "dass in mancher Hinsicht… die Nationalsozialisten vielmehr eine Friedenswirtschaft mit in den Krieg nahmen, als dass sie zu Friedenszeiten eine Kriegswirtschaft geschaffen hätten".[259]

In einer ungemein detaillierten Untersuchung halten die US-amerikanischen Professoren William Langer und Everett Gleason fest:

> "Auf nazistischen Unterlagen beruhende Nachkriegsstudien zeigen, dass die militärische Macht und die Rüstungsproduktion der Nazis im Jahre 1939 von den Demokratien stark überschätzt wurden. Es besteht heute kaum noch Zweifel daran, dass die Deutschen 1939 in keiner Hinsicht auf einen großen Krieg vorbereitet waren… Sie produzierten weniger Kriegsmaterial als

> Großbritannien und Frankreich zusammen und besaßen nur äußerst geringe Reserven.”[260]

Obwohl sie vergleichsweise schlecht auf den Krieg vorbereitet waren, besiegten die deutschen Streitkräfte in den ersten Kriegsjahren größere und besser ausgerüstete Armeen. Der beim deutschen Heer übliche Brauch, Offiziere niedrigeren Ranges, angefangen beim Zugführer, zur Entfaltung persönlicher Initiative im Kampf zu ermuntern, verlieh Hitlers Truppen gegenüber der französischen, der britischen und der sowjetischen Armee mit ihrer unflexiblen Kommandostruktur einen entscheidenden Vorteil.

Adjutant Julius Schaub schrieb später, der habe den Führer im Gespräch mit seinen engsten Vertrauten oft klagen hören:

> “Dieser verfluchte Krieg, der alles zerstört hat, der hat mir meine ganzen Pläne für den Aufbau über den Haufen geworfen.”[261]

Hitler hatte im Ersten Weltkrieg in der Infanterie gedient und war ernsthaft verwundet worden. Seinen militärischen Unterlagen zufolge hatte er an 84 Schlachten teilgenommen.[262] Es mutet recht unwahrscheinlich an, dass ein Mann, der die Verwüstungen, die Entbehrungen und die Sinnlosigkeit eines dermaßen mörderischen Krieges aus eigener Erfahrung kannte, die Nation, für die er gekämpft hatte, zielbewusst und kaltblütig auf ein ähnliches Blutbad vorbereitete, besonders wenn man sich vor Augen hält, wie wenig Aufmerksamkeit er der Wiederbewaffnung anfänglich geschenkt hatte.

Die Adolf-Hitler-Schulen

Für Hitler legte eine richtige Erziehung der Jugend die Grundlage dafür, dass der Aufstieg Deutschlands auch nach seinem Tod weitergehen würde. 1937 schrieb Otto Heidler im *Schulungsbrief*, die Schulen müssten nun Kinder und Jugendliche fördern, für die "nicht sozial-gesellschaftliche, bildungsmäßige, intellektuelle Wertungen im Vordergrund stehen, ja überhaupt in Betracht kommen, sondern Charakterwerte". Vom Standpunkt der NSDAP aus waren die Universitätsabsolventen großenteils unfähig, in Deutschland Führungspositionen einzunehmen; dies waren Menschen, die, während die Partei um die Macht kämpfte, aus selbstsüchtigen Motiven Wissenschaft betrieben und dabei nur ihre Karriere im Auge gehabt hatten. Sie waren, um es mit Heidler zu sagen,

> "unkämpferische, egoistische Elemente, die, während ein Kampf um Sein oder Nichtsein durch ein ganzes Volk gegangen war, ihrer privaten 'Bildung' gelebt hatten".[263]

Die NSDAP lehnte ein System ab, das Menschen, die ihre persönlichen Ambitionen um des Wohls ihrer Heimat willen hintanstellten und dabei oft ihr Leben aufs Spiel setzten, nicht in Führungspositionen aufrücken ließ. Vor 1933 hatten viele Universitäten SA-Männern, HJ-Führern und NSDAP-Mitglieder, von denen manche Veteranen des Ersten Weltkriegs waren, die Lehrbefugnis bzw. den Zugang zum Studium verwehrt.

> "Während sie alle sich für die Bewegung einsetzten, saßen die anderen in ihren Seminaren und Instituten, widmeten sich ihrem Fach und Berufe und lernten. Sie waren, vom Standpunkt einer anderen Moral die eigentlich 'Tüchtigen'… Sie wollen uns heute mit ihrem 'Können' imponieren, und wir halten ihnen entgegen: Euch fehlt die Voraussetzung jedes Könnens, der Charakter."[264]

Hitler selbst schrieb:

> "Unerträglich ist der Gedanke, dass alljährlich Hunderttausende vollständig talentloser Menschen einer höheren Ausbildung gewürdigt werden, während Hunderttausende von großer Begabung ohne jede höhere Ausbildung bleiben. Der Verlust, den die Nation dadurch erleidet, ist nicht abzusehen."[265]

Nach Ansicht des Führers war es mitnichten Aufgabe des Staates,

> "einer bestehenden Gesellschaftsklasse den maßgebenden Einfluß zu wahren, sondern es ist die Aufgabe, aus der Summe aller Volksgenossen die fähigsten Köpfe herauszuholen und in Amt und Würden zu bringen."

Die Vereinigten Staaten, meinte Hitler, seien auf dem Gebiet der Wissenschaft und der Technologie so erfolgreich,

> "weil dort wesentlich mehr Talente aus den untersten Schichten die Möglichkeit einer höheren Ausbildung finden, als dies in Europa der Fall ist".[266]

Dem nationalsozialistischen Konzept zufolge bestand eine primäre Aufgabe der Erziehung darin, jeden jungen Menschen in einem Beruf auszubilden. Die Schicht der ungelernten Arbeiter sollte verschwinden, weil Jugendliche, die kein Handwerk beherrschten und keinen Beruf hatten, zur Charakterlosigkeit neigten.

Ab 1934 führte die DAF alljährlich einen "Reichsberufswettkampf" durch. Eine halbe Million Jungen und Mädchen, von denen 80% bloß eine rudimentäre Schulausbildung besaßen, zeigten ihre Fertigkeiten in verschiedenen Berufen. Die Besten von ihnen erhielten Stipendien, die ihnen eine Fortbildung ermöglichten. In Berlin fand eine Preisverleihung statt, bei denen sich die Sieger stolz mit

Ley und Hitler ablichten ließen. Schacht, der sich gegen die Bereitstellung staatlicher Mittel für die Förderung der Unterschicht wandte, lehnte Hitlers Einladung zur Teilnahme an der Feierlichkeit demonstrativ ab. Lokale und regionale Wettbewerbe brachten weitere Sieger hervor und sorgten dafür, dass das Programm immer populärer wurde. Die Zahl der Kinder, die an diesen Wettkämpfen teilnahmen, wuchs von Jahr zu Jahr. Anno 1938 beteiligten sich 949.120 Mädchen und 1.537.373 Knaben daran. Der DAF gewährte in jenem Jahr Stipendien in Gesamthöhe von 527.000 Reichsmark. [267]

Um die beruflichen Fertigkeiten der jungen Generation weiter zu entwickeln, gründete die Regierung 1934 die sogenannten Langemarck-Schulen, an denen Jugendliche aus der Arbeiter- und Bauernschaft ausgebildet wurden. Anfangs fehlte es diesen Schulen an qualifizierten Lehrern. Nichtsdestoweniger stellten sie einen weiteren Schritt zur Verwirklichung von Hitlers ehrgeizigem Plan dar,

Hitler beglückwünscht Sieger beim Reichsberufswettkampf. Bei diesem beliebten, alljährlich durchgeführten Wettbewerb wurden Kindern aus dem Arbeiterstand Stipendien und Auszeichnungen verliehen.

> "dass wir in diesem Reich jedem einzelnen fähigen Kopf – er kann kommen, woher er will – den Weg zu allerhöchsten Stellen ebnen, wenn er nur fähig, tatkräftig und entschlossen ist".[268]

Schon Jahre vor seiner Machtergreifung hatte sich Hitler für die Schaffung eines Führungskaders ausgesprochen, dem die Gestaltung der Zukunft Deutschlands obliegen solle. Die vorbehaltlose Hingabe an die Nation war für ihn nicht minder wichtig als die Fähigkeit, zu kommandieren. Er wollte vermeiden, dass sich unter denjenigen, die zu den künftigen Führern der Nation ausgebildet wurden, Hochmut und Dünkel breitmachten. Die Aufgabe, ein Programm für die Auswahl und Schulung der Kandidaten zu erarbeiten, fiel Ley zu. Er regte zunächst an, in mehreren deutschen Städten Internate mit einem dreijährigen Lehrgang zu gründen. Nach Schulabschluss würden Absolventen, welche über die gewünschten Eigenschaften verfügten, in regionalen Internaten eine dreijährige Fortbildung erhalten. Anschließend würden "die Fähigsten und rassisch Besten und körperlich Gesündesten" zum Studium an den prestigeträchtigen NSDAP-Ordensburgen zugelassen werden.[269] Im Oktober 1936 unterzeichnete Ley mit Dr. Bernhard Rust, dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Bildung, eine Vereinbarung, welche die Partei dazu ermächtigte, direkt in das nationale Schulsystem einzugreifen. Sie erhielt auch die Befugnis zur Gründung von Internaten,

wobei sich Rusts Ministerium das Recht vorbehielt, den Lehrkörper auszusuchen.

Nach Beratungen mit Reichsjugendführer Baldur von Schirach entschied Ley über die Organisation der künftigen Internate. Unter Verletzung des mit Rust getroffenen Abkommens schloss Ley den hinter seiner Zeit zurückgebliebenen Minister von jedem künftigen Mitspracherecht aus. Als Chef der Deutschen Arbeitsfront verfügte er über genügend Einfluss – und über die umfangreichen Geldmittel der DAF –, um ein paralleles Schulsystem auf die Beine zu stellen, das mit der Zeit praktisch autonom wurde. Es entwickelte seinen eigenen Lehrplan, legte Abschlusskriterien fest, die nicht den staatlichen Standards entsprachen, und gründete eine eigene Akademie zur Ausbildung des Lehrkörpers. Mit Erlaubnis des Führers nannte Ley jene zehn Institute, die insgesamt vorgesehen waren, “Adolf-Hitler-Schulen”. Dank zusätzlicher Mittel aus der Staatskasse kamen später noch zwei weitere Schulen hinzu. Zur Aufnahmeprüfung wurden Zwölfjährige zugelassen, die von der NSDAP-Bezirksführung nominiert worden waren. Wer die Prüfung bestanden hatte, absolvierte einen sechsjährigen Lehrgang. Die Art und Weise, wie die Adolf-Hitler-Schulen geführt wurden, zeigt, welche persönlichen Eigenschaften der Nationalsozialismus bei seinen künftigen Führern heranzüchten wollte.

Im Dezember 1936 kündigte Schirach die Gründung der neuen Eliteschulen an. Er ernannte den erst 25-jährigen Kurt Petter zu deren Inspektor; für die Gestaltung der Lehrpläne war der gleichaltrige Max Klüver zuständig. Die Politik, junge HJ-Führer als Instruktoren zu rekrutieren, ließ sich nicht mit der gesetzlich verankerten Befugnis des Reichserziehungsministeriums zur Besetzung von Lehrerstellen vereinbaren. Klüver, der für die Ratschläge seiner Kollegen stets ein offenes Ohr hatte, entwickelte ein Lehrpensum, auf welches das Reichserziehungsministerium keinen Einfluss hatte. Die kurze Frist, die bis zur Eröffnung der ersten Adolf-Hitler-Schule am 15. April 1937 noch verblieb, verhinderte eine sorgfältige Selektion bei der Auswahl der Schüler.

Im Gegensatz zu den Gepflogenheiten an traditionellen Universitäten wurden die künftigen Absolventen dieser Schulen nicht primär nach ihren geistigen Fähigkeiten ausgesucht. Dies ging schon aus der Gestaltung der Aufnahmeprüfung hervor. Um Klüver zu zitieren:

> “Man wandte sich nicht gegen den Intellekt oder die Intelligenz, sondern gegen den einseitig intellektuellen Menschen, der Charakter und körperliche Leistungsfähigkeit vernachlässigt hatte, dem es an Willens- und Entschlusskraft und Verantwortungsfreudigkeit fehlte. Den blassen, entschluss- und kraftlosen, den bindungs- und verantwortungslosen Intellektuellen als Typ wollte man nicht. Gegen die Überbewertung des Intellekts setzte man die menschliche Ganzheit, von der der Intellekt allerdings ein unabdingbarer Teil war.”[270]

Bei der Ausarbeitung der Aufnahmeprüfung versuchte die Schule, folgende Fähigkeiten zu beurteilen: Unabhängiges Urteil; Erfindungsreichtum; Auffassungsgabe; Gedächtnis; Improvisation; Fähigkeit der Konzentration; Phantasie. Dies alles galt als ebenso wichtig wie reines Fachwissen. Die Schulen waren bestrebt, die talentiertesten jungen Menschen aus ganz Deutschland als Zöglinge unter ihre Fittiche zu nehmen, ohne dass Jugendlichen aus der Arbeiterschaft, wie es sich Hitler im Allgemeinen wünschte, eine besondere Präferenz zuteil wurde. In einer von der Adolf-Hitler-Schule Weimar herausgegeben Broschüre hieß es hierzu:

Zu den Mitgliedern von Organisationen, denen jeder deutsche Jugendliche angehören musste, zählten diese jungen Burschen aus Ostpreussen, welche die Härte, die Genügsamkeit sowie die latenten Führungsqualitäten der Landbevölkerung erkennen lassen.

> “Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß die Adolf-Hitler-Schulen Armenschulen wären – Schulen für die minderbemittelte Bevölkerung, die sonst ihre Söhne nicht auf höhere Schulen schicken könnte. Es muss besonders betont werden: Die Adolf-Hitler-Schulen sind nicht für eine bestimmte Gesellschaftsklasse geschaffen worden, sondern sie sind die Schulen für die besten, wertvollsten und fähigsten Jungen des ganzen deutschen Volkes.”[271]

Die Lehrer waren sich freilich durchaus bewusst, dass die Qualität des Unterrichts unter den ärmeren Segmenten der Bevölkerung manch junges Talent verkümmern ließ. Diesem Umstand trug die Eintrittsprüfung gebührend Rechnung. Infolgedessen konnte ein verhältnismäßig größerer Anteil an Handwerker-, Arbeiter- und Bauernsöhnen in die Eliteschulen aufgenommen werden, als dies in anderen Institutionen der Fall war.

Die Instruktoren ließen es nur selten zu, dass politische Erwägungen bei der Auswahl der Schüler eine Rolle spielten. Trotz erheblichen Drucks und einer heftigen Auseinandersetzung mit der Bezirksführung der NSDAP weigerte sich Klüver, den Sohn eines höheren Parteibeamten eine Adolf-Hitler-Schule besuchen zu lassen, weil der Knabe bei den Prüfungen zu schwach abgeschnitten hatte. Hingegen war der spätere DDR-Spitzenpolitiker Werner Lamberz, der in die Adolf-Hitler-Schule Weimar aufgenommen wurde, der Sohn des Kommunisten Peter Lamberz, der in einem Konzentrationslager saß.[272]

Der Lehrplan der AHS sah die Ausbildung von Führerqualitäten als zentrale Aufgabe. Beim Unterricht wurde sorgfältig darauf geachtet, dass sich die Schüler kein totes Wissen aneigneten, dessen Erwerb viel Zeit erforderte und bald wieder vergessen war. Dies entsprach Hitlers Konzept, junge Menschen zur Offenheit gegenüber neuen Ideen zu erziehen und Fähigkeiten wie Denken und Beobachten zu schulen.[273] Der Geschichtsunterricht legte das Schwergewicht auf das Studium bedeutsamer Geschehnisse, die den Gang der Weltgeschichte verändert hatten, und verzichtete auf eine detaillierte Chronologie der Vergangenheit.

Der Lehrplan sah vor, dass die Schüler in Gruppen arbeiteten. Zwecks Stimulierung der Diskussion wurde jeweils einem Schüler die Rolle des Advocatus Diaboli zugewiesen, der einen unpopulären Standpunkt verfechten musste. Die Lehrer gingen von einer Gruppe zur anderen und nahmen an den Debatten teil. Die Gruppennote beeinflusste auch die Zensuren der einzelnen Schüler.

Dieser Praxis war dem Teamgeist im höchsten Grade förderlich. Sie schob jeder Form von Wichtigtuerei und Hochmut einen Riegel vor und half den Schülern dabei, gegnerische Argumente zur Kenntnis zu nehmen, den Leistungen der Gruppe Vorrang vor persönlichen Lorbeeren einzuräumen und systematisch auf die Verwirklichung gemeinsamer Ziele hinzuarbeiten.

Obwohl sie den herkömmlichen Patriotismus durchaus guthießen, erzogen die AH-Schulen ihre Schützlinge keinesfalls im Geiste eines engstirnigen, dogmatischen Nationalismus. Mit Hilfe des Kurses "Blick in die Welt" erweiterten die Schüler ihre Kenntnis anderer Kulturen und lernten, sich ihnen gegenüber tolerant zu verhalten. Dieser Kurs zielte darauf ab, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in anderen Ländern, die sich gegenwärtig dort abspielenden Ereignisse sowie die Mentalität ihrer Menschen kennenzulernen. Fremdsprachenstudien sowie Klassenreisen ins Ausland rundeten die Ausbildung ab. Die Lehrer wiesen jedem Schüler ein Land zu, mit dem er sich eingehend vertraut machen musste, worauf er seine Kenntnisse bei den Klassendiskussionen an seine Kameraden weitergab.

Die vorurteilslose Einstellung der AHS-Schüler stand im Gegensatz zu dem Hurra-Patriotismus, der in einem großen Teil der NSDAP-Hierarchie den Ton angab. Nachdem sie eine Reihe von Aufsätzen der ersten AHS-Absolventen gelesen hatten, waren Schirach und Ley schockiert über deren Unkenntnis des nationalsozialistischen Parteiprogramms. Auch Rassenhygiene war kein Unterrichtsfach.[274] Dies widersprach Hitlers Befehl, wonach

> "kein Knabe und kein Mädchen die Schule verlassen [soll], ohne zur letzten Erkenntnis über die Notwendigkeit und das Wesen der Blutreinheit geführt worden zu sein".[275]

Schüler einer Adolf-Hitler-Schule in der Standardkleidung der deutschen Jugendorganisation. Besondere Uniformen für AHS-Schüler gab es nicht.

Die Lehranstalt, an der Pädagogen für ihre künftige Lehrertätigkeit an Adolf-Hitler-Schulen vorbereitet wurden, vertrat ebenfalls keine starr dogmatische Variante des Nationalsozialismus. Die Praxis, diese Stellen mit jungen Männern zu besetzen, sorgte dafür, dass älteren Lehrern, die nach jahrzehntelanger Routinearbeit keinen Zugang zu der Vitalität und dem Geist der jüngeren Generation mehr finden konnten, die Möglichkeit, an diesen Schulen zu unterrichten, verwehrt blieb. Die AHS-Richtlinien verlangten von den Lehrern, während der unterrichtsfreien Zeit gesellige Aktivitäten und

Freizeitbeschäftigungen für die ihnen anvertrauten Schüler zu organisieren.

> "Er [der Lehrer] muss sie [seine Schüler] energisch dazu anhalten, Fehler abzulegen und Schwächen überwinden zu lernen. Aber er muss auch immer fröhlich bereit sein, ihnen mit Rat und kameradschaftlicher Hilfe beizuspringen… Aber er muss auch ein vorbildlicher Kamerad sein, selbstlos, ehrlich und gerecht. Nur dann wird er die nötige Autorität sich erringen können, ohne die kein Führer bestehen kann."[276]

Einmal pro Woche halfen die Lehrer ihren Schülern bei der Bewältigung anspruchsvoller Hausarbeiten. An einem Nachmittag pro Woche nahmen Lehrer und Schüler zusammen an einem Sportwettkampf teil und sangen gemeinsam. Das Verhältnis zwischen Lehrkräften und Schülern war an den Adolf-Hitler-Schulen sehr viel unverkrampfter als an anderen Lehranstalten. Die Lehrer verließen sich auf das Beispiel, das sie gaben und nicht auf den erzwungenen Respekt der Schüler vor einer Autoritätsperson. Klüver schrieb hierzu später:

> "Es gab nicht viele Internatsschulen, in denen ein so enges kameradschaftliches, vertrauensvolles, nicht zuletzt auf dem Vorbild des Erziehers beruhendes Verhältnis zwischen Erziehern und Schülern bestand wie auf den AHS."[277]

In den Adolf-Hitler-Schulen wurde der Leibesertüchtigung große Bedeutung beigemessen. Hitler hatte immer wieder betont, wie wichtig körperliche Gesundheit für junge Menschen ist, die verantwortungsbewusste Entscheidungsträger werden wollen. Im AHS-Programm hieß es hierzu, dass

Körperliche Ertüchtigung spielte im deutschen Erziehungs- und Ausbildungssystem eine bedeutende Rolle. Der Staat förderte die von Hinrich Medau erfundene rhythmische Gymnastik, die das Ziel verfolgte, Gleichgewicht, Eleganz, Koordination und körperliche Stärke zu entwickeln.

> "Kampf- und Leistungssport… beim Skifahren oder Segelfliegen für die Willensbildung und

Erziehung zur Härte an vorderster Stelle stehen”.[278]

In den ersten Jahren wurden pro Woche ungefähr zehn Stunden auf Leibesertüchtigung und Sport aufgewandt, im fünften Schuljahr noch acht Stunden. Paramilitärische Schulung und Ausbildung an der Waffe spielten selbst während des Krieges im Unterricht nur eine marginale Rolle. Stattdessen waren die Schulen bestrebt, ihre Zöglinge zu einer soldatischen Einstellung zu erziehen, indem sie militärische Tugenden wie Selbstvertrauen, Ausdauer, Leidensfähigkeit und Mut förderten. Geborene Athleten erhielten nicht unbedingt die höchsten Noten; oft entsprachen Schüler, welche nach Ansicht der Lehrer das Beste aus ihren Möglichkeiten machten und somit einen höheren Grad an Selbstbeherrschung erreicht hatten, den Idealen der Schulen besser.

Die meisten AHS-Instruktoren identifizierten die nationalsozialistische Devise “ein Volk, ein Reich, ein Führer” mit der Person Hitlers. Keiner seiner potentiellen Nachfolger in der Partei- und Staatshierarchie verfügte über sein Charisma, seine Fähigkeit, die Menschen in seinen Bann zu ziehen. Nach Ansicht der AHS-Lehranstalt sollte die künftige politische Struktur Deutschlands folglich die einer Oligarchie sein: Regieren sollte eine ausgewählte Schicht, deren Mitglieder nicht aufgrund ihrer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder intellektuellen Prominenz in die höchsten Positionen aufgerückt waren, sondern dank ihrer persönlichen Führerqualitäten und ihrer Hingabe an ihr Land. Die Schulen wollten keine Roboter produzieren, die sich blind an die Parteilinie hielten. In einem Zeitschriftenartikel konnte man hierzu lesen:

> “Auf den Adolf-Hitler-Schulen ist eine menschenformende Kraft am Werke, wie sie unsere Zeit braucht. Sie unterdrückt jedoch nicht die Eigenart des einzelnen… sondern fördert und festigt sie und lässt den Jungen dadurch erst zur selbständig denkenden und zielklar handelnden Persönlichkeit heranreifen.”[279]

Die in den bayrischen Alpen gelegene Ordensburg Sontofen war vom Architekten Hermann Giesler als Akademie für die NSDAP-Führung entworfen worden. Bis 1945 befand sich dort auch die größte Adolf-Hitler-Schule.

Die Lehrpläne zielten selbstverständlich darauf ab, den Schülern bei der Stärkung ihres Selbstbewusstseins und der Erschließung ihres Potentials zu helfen, enthielten jedoch gleichzeitig Sicherheitsvorkehrungen, die verhinderten, dass tüchtige Schüler der Größenwahn überkam. Schwierige Hausaufgaben, die allwöchentlich pünktlich abzugeben waren, erforderten eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern jeder Schülergruppe und hatten zur Folge, dass der eine auf den anderen angewiesen war. Das AHL-Sportpensum legte den Schwerpunkt auf Mannschaftswettkämpfe, um den Knaben vor Augen zu führen, dass der einzelne niemals wichtiger ist als das Kollektiv. Sowohl auf dem Sportplatz als auch im Klassenzimmer übernahmen die Schüler abwechselnd die Position des Mannschaftskapitäns und des Gruppenleiters beim Studium. Wenn ihre Zeit abgelaufen war, wurden sie wieder zu gewöhnlichen Mitgliedern ihres Teams.

Ausflüge zu Bergwerken, Fabriken und Bauernhöfen sorgten dafür, dass sich die Schüler nicht isoliert oder über einfache Volksgenossen erhaben fühlten, und riefen ihnen in Erinnerung, dass ihr exquisiter Status als Zöglinge einer Eliteschule sie keineswegs vom deutschen Volk und von den Realitäten seines täglichen Lebens abhob. Im Gegensatz zu anderen Internaten stellten die Adolf-Hitler-Schulen ihren Schützlingen keine besonderen Uniformen zur Verfügung. Auch diese Maßnahme zielte darauf ab, jeden Anflug von Dünkel im Keim zu ersticken.

Einen markanten Unterschied zu den Gepflogenheiten anderer Eliteschulen stellte auch die

Bedeutung dar, die familiären Bindungen während des Schuljahrs beigemessen wurde. Eine AHS-Broschüre erläuterte hierzu, dass die Beziehungen zwischen den Schülern und deren Eltern vonseiten der Schule so eng wie möglich gestaltet wurden, "damit den Jungen auch die Werte vermittelt werden, die nur im Leben der Familie zur Auswirkung kommen".[280] Im Nachrichtenbulletin der AHS Tilsit wurden die Eltern als Schlüsselfiguren in einem weiten Kreis von Menschen bezeichnet, die zur Erziehung eines Kindes befugt waren:

> "Sie haben keineswegs ihren Jungen 'verloren', wenn er zur Dienstleistung an die Adolf-Hitler-Schule einberufen wird, sondern sie übertragen, im besten Vertrauen auf uns, nur einen Teil der Erziehung auf die Erzieher. Der Pimpf soll, das ist unser Wille, nach wie vor im Elternhaus und in der Heimat wurzeln. Ein Pimpf, der seine Heimat vergisst, wird wurzellos und ist auch für uns nicht geeignet. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Eltern und Erziehern ist außerordentlich wichtig und für die Erziehung und Beurteilung des einzelnen Pimpfes geradezu notwendig."[281]

Während der Ferien statteten die Lehrer den Familien ihrer Schüler oft einen Besuch ab.

Die AHS befürworteten einen dauerhaften Einfluss der Eltern als Bestandteil ihres Programms, das darauf abzielte, ihre Schüler zu ganzheitlichen, verantwortungsvollen jungen Erwachsenen zu erziehen. Der Lehrplan zielte darauf ab, die jungen Männer auf drei eng miteinander verbundenen Gebieten zu erziehen: Mentalität, Körper und Geist. Bezüglich der geistigen Fähigkeiten bestand die Politik der Schulen nicht darin, die Köpfe ihrer Schüler mit Wissen vollzustopfen, sondern sie an harte Arbeit und gewissenhafte Ausführung von Aufträgen zu gewöhnen und sie zum Gebrauch ihres gesunden Menschenverstandes zu ermutigen. Die kardinale Bedeutung, welche die AHS der Leibesertüchtigung und damit der Gesundheit und dem Wohlergehen ihrer Zöglinge beimaß, war deren Selbstvertrauen zuträglich und gewöhnte sie daran, ihre eigenen Interessen jenen der Gruppe unterzuordnen.

Sämtliche Elemente dieses Programms verfolgten den Zweck, unabhängige und selbständige Menschen auszubilden, die bereit waren, Autorität zu akzeptieren und selbst auszuüben und ihrem Volk sowie ihrem Land gegenüber die gebotene Demut an den Tag zu legen. All diese verschiedenen Elemente trugen in ihrer Gesamtheit zur Schaffung jenes Menschen bei, der Deutschlands künftige Führerkaste bilden sollte. Auch wenn die Verantwortlichen der Schulen hofften, dass die Absolventen eine Karriere im Staatsdienst einschlagen würden, wurde kein Druck auf sie ausgeübt, um sie zu einem diesbezüglichen Entschluss zu bewegen. Die Adolf-Hitler-Schulen strebten nicht danach, Herr über die vielversprechendsten jungen Menschen Deutschlands zu werden, sondern wollten ihnen beibringen, wie sie Herr ihrer selbst werden konnten.

Diese Erziehungsmethode stellte einen radikalen Bruch mit der liberalen Praxis dar. Um leistungsschwachen Schulkindern die gleichen Chancen wie talentierten zu bieten, investiert der demokratische Staat oft mehr Gelder in ihre Ausbildung als in diejenige der Begabten. Dieser Nivellierungsprozess spiegelt das liberale Prinzip wider, das eine natürliche, auf Talent und persönliche Initiative beruhende Hierarchie unter den Menschen ablehnt. Im nationalsozialistischen Deutschland hingegen wurde das Schwergewicht auf die Entwicklung des Potentials der Begabtesten gelegt. Gleichzeitig wurden diese zu verantwortungsvollen Angehörigen ihrer Gemeinschaft erzogen, um sicherzustellen, dass ihre Ausbildung zu Führerpersönlichkeiten für das Gemeinwohl von Nutzen sein würde.

Kapitel 3: Europäische Diplomatie

Afrika

Während seiner gesamten Amtszeit war Hitler auf außenpolitischem Gebiet ungemein aktiv. Eines seiner Hauptziele war die Aufhebung der Deutschland durch den Versailler Vertrag auferlegten Einschränkungen, und dieses Ziel ließ sich nicht ohne Verhandlungen mit den Mächten verhandeln, die dieses Abkommen unterzeichnet und ratifiziert hatten. Dies war eine außerordentlich schwierige Aufgabe, denn schließlich profitierten diese Mächte von den Bedingungen des Vertrags. Der Führer bemühte sich nach Kräften, sein Ziel ohne Gewaltanwendung zu erreichen. Immerhin hatte der letzte Krieg zum Ausbruch einer kommunistischen Revolution in Russland geführt. Deutschland selbst war einem ähnlichen Schicksal 1918 nur um Haaresbreite entgangen. Hitler war der Überzeugung, ein neuer europäischer Waffengang werde von den Sowjets zum Sturz der bestehenden Regierungen ausgenutzt werden:

> "Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne Ende aber müsste zum Zusammenbruch der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung führen. Ein im kommunistischen Chaos versinkendes Europa würde eine Krise von unabsehbaren Ausmaßen und nicht abzuschätzender Dauer heraufbeschwören."[282]

Bei der Gestaltung seiner Außenpolitik ließ sich der Reichskanzler ausschließlich von deutschen Interessen leiten. Im Gegensatz zu der kosmopolitischen Einstellung der heutigen demokratischen Staatsoberhäupter fällte er seine Entscheidungen ohne Rücksicht auf die kollektiven Interessen einer abstrakten "globalen Gemeinschaft". Er selbst formulierte es wie folgt:

> "Ich kann mich nicht für das Schicksal einer Welt verantwortlich fühlen, denn diese Welt hat am jammervollen Schicksal meines eigenen Volkes auch keinen Anteil genommen. Ich habe mich als von der Vorsehung berufen angesehen, nur meinem eigenen Volk zu dienen und es aus seiner furchtbaren Not zu erlösen."[283]

Großbritannien und Frankreich waren die energischsten Befürworter des Systems von Versailles. Obschon die Regierungen beider Länder sich der Ungerechtigkeiten dieses Systems voll bewusst waren, machten sie Deutschland zwischen 1920 und 1939 keine einzige freiwillige Konzession.

Das Ziel der nationalsozialistischen Außenpolitik bestand in der Sicherung von Lebensraum, um die Ernährung der wachsenden Bevölkerung Deutschlands sowie einen Absatzmarkt für seine industrielle Produktion zu sichern. Ein ernsthaftes Hindernis für den wirtschaftlichen Aufschwung des Deutschen Reichs war das Fehlen von Kolonien in Übersee. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte die Kontrolle über große Territorien in Afrika dem deutschen Kaiserreich Zugang zu Rohstoffen garantiert. Die fast 12 Millionen einheimischen Bewohner dieser Gebiete boten einen Markt für deutsche Industrieprodukte, und der blühende Außenhandel trug in erheblichem Ausmaß zu Industriewachstum und Wohlstand bei.

Die 14 Punkte, mit denen US-Präsident Woodrow Wilson die Reichsregierung anno 1918 zur Unterzeichnung eines Waffenstillstands verleitete, stellten "eine freie, weitherzige und absolut

unparteiische Regelung aller Kolonialansprüche” in Aussicht. Dieses Versprechen blieb allerdings toter Buchstabe. In Afrika wurde die ehemalige deutsche Kolonie Kamerun, die eine Fläche von 790.000 Quadratkilometern aufwies, Frankreich zugesprochen. Ruanda und Burundi fielen nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags an Belgien. Den Löwenanteil riss freilich Großbritannien an sich: Es erhielt Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika sowie Togo, wodurch das Britische Weltreich um eine Gesamtfläche von 1.632.000 Quadratkilometern wuchs. Italien bekam ungefähr 130.000 Quadratkilometer neues Territorium. Die deutschen Kolonien im Pazifik teilten sich Großbritannien und Japan.

Die Alliierten stuften die den Deutschen abgenommenen Kolonien als Mandatsgebiete ein, die England und Frankreich als Treuhandsmächte verwalteten. Damit vermieden sie eine direkte Annexion, denn in diesem Fall hätte sich zwangsläufig die Frage aufgedrängt, ob das riesige, wertvolle Territorium, das sie Deutschland entrissen hatten, bei der Berechnung der Reparationen nicht gebührend berücksichtigt werden musste. Laut der Charta des Völkerbundes war die Verwaltung von Kolonien,

> “welche von Völkern bewohnt werden, die noch nicht in der Lage sind, unter den harten Bedingungen der modernen Welt auf eigenen Füßen zu stehen, eine heilige Aufgabe der Zivilisation.”[284]

Somit bezeichnete der Völkerbund die britisch-französische Kolonialverwaltung als Segen für unterentwickelte Nationen und übersah geflissentlich, dass Syrien, Ägypten, Indien und mehrere andere von den Briten oder anderen Europäern unterworfene Länder bereits nach dem Ersten Weltkrieg ihre Unabhängigkeit gefordert hatten.

Der Friedensvertrag legte dem deutschen Handel noch andere Stolpersteine in den Weg. 1922 belegten die Alliierten alle deutschen Exporte mit einer 26%-igen Zollgebühr. Nichtsdestoweniger betrieb Deutschland auch weiterhin Außenhandel, um die Reparationen zu zahlen und Waren importieren zu können, die es früher aus seinen afrikanischen Kolonien bezogen hatte. Die deutsche Gewinnmarge war aber zu klein, um die katastrophale Lage, in der sich die Industrie des Landes befand, merklich verbessern zu können. Ein deutscher Delegierter in Versailles, Otto Landsberg, hielt fest:

> “Dieser Friede ist ein langsamer Mord des deutschen Volkes.”[285]

Zwischen 1930 und 1933 sanken die deutschen Exporte infolge der Weltwirtschaftskrise um zwei Drittel.

Im September 1935 brachte Hitler die Frage nach den Kolonien wieder öffentlich aufs Tapet. Bei einer Rede in Nürnberg verkündete er, Deutschland werde nicht von seiner Forderung nach Rückgabe der afrikanischen Kolonien abrücken. Schon wenige Tage später griff der britische Außenminister Sir Samuel Hoare das Thema vor dem Völkerbund in Genf auf. Er wandte sich gegen eine Rückgabe der deutschen Kolonien und vertrat die Ansicht, es sei völlig ausreichend, wenn Länder, die keine Territorien auf dem Schwarzen Kontinent besäßen, durch eine “Politik der offenen Türen” ungehinderten Zugang zu den Naturreichtümern Afrikas erhielten. Berlin konterte, die großen Kolonialmächte England, Frankreich und Belgien kämen durch dieses System unvermeidlich in den Genuss von Handelspräferenzen. Die Option, Rohstoffe aus Mandatsgebieten einzuführen, war Deutschland ohnehin verschlossen, weil es ihm – nicht zuletzt aufgrund des Verlusts seiner Kolonien – hierfür an Devisen fehlte. Es verstrichen fast anderthalb Jahre, bis der Völkerbund ein Komitee zur Untersuchung der Frage einberief. Seine Schlussfolgerungen stützen Hoares Position.[286]

Mehrere tausend deutsche Siedler kehrten nach dem Ersten Weltkrieg nach Südwestafrika zurück, obgleich dieses mittlerweile ein britisches "Mandatsgebiet" war. Diese Aufnahme zeigt deutsche Studenten bei einer Expedition mit einheimischen Dorfbewohnern im Jahre 1938.

1936 ermächtigte Hitler Schacht zur Aushandlung von Abkommen mit Frankreich und England zur Beilegung der hauptsächlichen Differenzen mit Deutschland. Schacht unterbreitete den Vorschlag, den Status des von Frankreich kontrollierten Kamerun sowie des unter britischer Mandatsherrschaft stehenden kleineren Togo neu auszuhandeln. Nach diesem Plan sollten die Deutschen die wirtschaftliche Verwaltung, nicht jedoch die Souveränität über diese beiden Mandatsgebiete übernehmen. Beide Territorien sollten – in Übereinstimmung mit Hoares Vorschlag – eine Handelspolitik der offenen Tür gegenüber anderen Staaten betreiben, während das Reich wirtschaftlich von dieser Regelung profitieren und somit zumindest teilweise für den Verlust seiner afrikanischen Kolonien entschädigt werden sollte. Dieser Kompromissvorschlag vermied es, den Eindruck zu erwecken, dass die Alliierten den Deutschen ihre Kolonien zurückerstatteten, denn dies wäre dem stillschweigenden Zugeständnis gleichgekommen, dass es ein Akt der Ungerechtigkeit gewesen war, sie Deutschland abzunehmen. In Anbetracht des mangelnden deutschen Zugangs zu Rohstoffen sowie des Schlags, den der Verlust der Kolonien für den deutschen Nationalstolz bedeutet hatte, war Schachts Vorschlag durchaus moderat. London und Paris lehnten ihn im folgenden Winter jedoch kategorisch ab.[287]

Die anschließenden persönlichen Unterredungen zwischen Hitler und britischen Staatsmännern blieben ebenfalls ergebnislos. Im November 1937 empfing der Führer den englischen Emissär Lord Halifax in Berchtesgaden. Er fragte seinen Gast, welche Vorschläge London hinsichtlich Afrikas zu unterbreiten gedenke. Halifax räumte ein, dass "die Fehler des Versailler Vertrages richtiggestellt werden" müssten,[288] machte jedoch geltend, England könne nicht ohne die anderen Kolonialmächte verhandeln, und eine Neuverteilung der Kolonien sei lediglich im Rahmen einer gesamteuropäischen Lösung möglich. Konkrete Vorschläge unterbreitete Halifax nicht.

Im März 1938 wies Nevile Henderson, der britische Botschafter in Berlin, Hitler warnend darauf hin, dass die öffentliche Meinung in Großbritannien in Bezug auf die afrikanische Frage "besonders empfindlich" sei. Er schlug vage vor, Deutschland könnte vielleicht die Verwaltung des Kongo übernehmen, der nicht einmal ein britisches Dominion war. Hitler äußerte Zweifel an der Weisheit eines solchen Arrangements und regte stattdessen an, das Kolonialproblem "auf die einfachste und

natürlichste Weise, nämlich durch die Rückgabe der deutschen Kolonien" zu lösen. Abermals versprach er, die Entscheidung über diese Frage nicht zu forcieren, und versicherte, er könne "ruhig vier, sechs, acht oder zehn Jahre warten", bis eine für Deutschland günstige Lösung erreicht sei. Aufschluss über die wirkliche Haltung der britischen Regierung vermittelte eine vertrauliche Aussage, die Premierminister Neville Chamberlains gegen Ende 1938 gegenüber seinem Kabinett abgab: Es sei "ganz unmöglich, mit Deutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Rückkehr seiner Kolonien zu erörtern."[289] Im März 1939 teilte der britische Handelsminister Robert Hudson dem deutschen Ökonomen Helmut Wohlthat mit, das englische Volk werde den Abtritt eines seiner Mandatsgebiete niemals hinnehmen. Was Hitler betraf, so hielt dieser das Versprechen, das er einmal gegenüber Chamberlain abgegeben hatte: Er werde Deutschlands Appell, ihm seine Kolonien zurückzuerstatten, nicht als "kriegerische Forderung" stellen.[290]

Genf

Während Deutschland erfolglos um die Rückgabe seiner überseeischen Besitztümer feilschte, konsolidierte Hitler die Position des deutschen Handels auf dem Kontinent, wobei er seine Aufmerksamkeit insbesondere dem südosteuropäischen Markt zuwandte. Diese Politik entsprach auch seiner Absicht, wenigstens einen Teil der Grenzgebiete mitsamt ihrer wertvollen Industrie zurückzugewinnen, welche die Siegermächte Deutschland in Versailles abgenommen und seinen Nachbarstaaten zugesprochen haben. Italien, Frankreich, Belgien, Dänemark, Litauen, Polen und die Tschechoslowakei herrschten seither über Gebiete, die von ethnischen Deutschen bewohnt wurden und deren Verlust einer Schwächung Deutschlands gleichkam.

Die außenpolitische Frage, der Hitler absolute Priorität einräumte, war die nationale Sicherheit. Artikel 160 des Versailler Vertrags legte fest, dass die Reichswehr "ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebietes und als Grenzpolizei" eingesetzt werden durfte.[291] Somit verwehrten die Alliierten Deutschland das Recht, seine Grenzen gegen fremde Aggressoren zu verteidigen.

Das Fehlen ausreichender Streitkräfte zur Selbstverteidigung hatte bereits negative Auswirkungen für das Reich gezeigt. Als die Deutschen mit der Zahlung der drückenden Reparationen an Frankreich um 1,6% zurückblieben, rückten französische und belgische Truppen im Januar 1923 im hochindustrialisierten Ruhrgebiet ein. In Essen erschossen französische Soldaten 14 Bergarbeiter, die sich gegen den Versuch der Eindringlinge zur Beschlagnahme von Kohle zur Wehr setzten. Andere wurden verhaftet und in die französischen Kolonien deportiert. Die Franzosen zwangen 80.000 Deutsche, ihre Heimatorte im Ruhrgebiet zu verlassen und sich anderswo in Deutschland niederzulassen.[292]

Clemenceau äußerte sich gegenüber seinem Sekretär wie folgt:

> "Wir bleiben länger als fünfzehn Jahre, wir bleiben hundert Jahre, wenn es sein muss, bis sie bezahlt haben, was sie uns schulden… und sollten die Boches, wenn wir geräumt haben werden, ihre Verpflichtungen verletzen, gut, dann werden wir wieder besetzen. Ist das nicht so gut, also ob wir den Rhein hätten?"[293]

Die französischen und belgischen Truppen blieben bis zum Sommer 1925.

Im Jahre 1931 vereinbarten die Regierungen Deutschlands und Österreichs die Bildung einer Zollunion. Die Aufhebung von Tarifen sollte den Handel zwischen den beiden Staaten fördern und die wirtschaftliche Not lindern, vor allem in Österreich. Frankreich deutete diesen "furchterregenden Block" seiner früheren Gegner als Verletzung des Vertrags von St. Germain, der einen Anschluss von Österreich an Deutschland untersagte. Paris drohte mit dem Boykott deutscher Waren sowie mit der Entfesselung eines Preiskriegs zwecks Störung des kontinentalen Handels.

Da Frankreich über die größte Armee Europas verfügte, war es in der Lage, seine Bedingungen zu diktieren, ohne auf Schlichtung angewiesen zu sein. Im September 1931 gab der österreichische Kanzler Johannes Schober bekannt, dass seine Regierung die Pläne für ein Handelsabkommen mit Deutschland schubladisieren werde. US-Präsident Herbert Hoover bemerkte hierzu:

Französische Offiziere führen nordafrikanische Kolonialkavalleristen. Während der Besetzung der Ruhr im Jahre 1923 verlangte Marschall Ferdinand Foch Bordelle für seine marokkanischen Soldaten. "Deutsche Frauen sind dafür gut genug", bemerkte er.

> "Eine Zollunion zwischen einem kleinen Staat von sechs Millionen Menschen mit einem großen von 50 Millionen Menschen war kaum als eine ernsthafte Bedrohung aufzufassen. Aber Frankreich und Großbritannien erklärten sofort, sie würden dies nicht zulassen. Nach außen hin war dies nichts weiter als ein neues eklatantes Beispiel europäischer Machtpolitik."[294]

Diese Episode ließ klar erkennen, dass Deutschland und Österreich ohne bewaffnete Streitkräfte nicht imstande sein würden, eine unabhängige Außenpolitik zu treiben.

Der Völkerbund hatte seit mehreren Jahren Vorverhandlungen über eine allgemeine Abrüstungskonferenz geführt, die im Jahre 1932 stattfinden sollte. Im Februar 1927 meinte der belgische Außenminister Emile Vandervelde:

> "Entweder müssen die anderen Mächte ihre Armeen im Verhältnis zur deutschen Reichswehr vermindern, oder der Friedensvertrag wird hinfällig, und Deutschland nimmt für sich das Recht in Anspruch, Streitkräfte zu besitzen, die in der Lage sind, die Unverletzbarkeit seines Gebietes zu verteidigen."[295]

Die Abrüstungskonferenz wurde im Februar 1932 in Genf eröffnet. Deutschland, das dem Völkerbund seit 1927 angehörte, verlangte militärische Parität mit den anderen europäischen Mächten. Die Abgeordneten debattierten mehr als vier Monate lang über diese Frage, ohne dass nennenswerte Fortschritte erzielt worden wären. Im Juni regte US-Präsident Hoover die Verringerung sämtlicher Boden- und Seestreitkräfte um zwei Drittel an. Er empfahl die Verschrottung der Bomber und das Verbot strategischer Bombardierungen aus der Luft. Italien und die UdSSR stellten sich hinter diesen Plan, aber Frankreich lehnte ihn ab.

"Die riesenhafte militärische Überlegenheit unserer Nachbarn", eine Illustration aus dem Jahre 1933, ließ erkennen, wie turmhoch die bewaffneten Streitkräfte seiner Nachbarstaaten den Truppen Deutschlands überlegen waren.

Berlin sah in den französisch-deutschen Meinungsverschiedenheiten das Haupthindernis für einen Erfolg der Konferenz. Am 23. August ersuchten die Reichswehr und das Reichsaußenministerium den französischen Botschafter André François-Poncet deshalb um eine Privataudienz. Bei dem Treffen unterbreitete der Reichskanzler, General Kurt von Schleicher, dem Botschafter moderate Vorschläge. Deutschland wünschte Prototypen von Kampfflugzeugen, Panzern und schweren Artilleriegeschützen zu entwickeln, versprach jedoch, von deren Massenproduktion Abstand zu nehmen. Schleichers Plan sah eine zahlenmäßige Verstärkung der deutschen Streitkräfte um 30.000 Soldaten pro Jahr vor. In Anbetracht der Tatsache, dass die französische Armee 655.000 Mann zählte, hätte das Reich in diesem Tempo mehr als 18 Jahre gebraucht, um eine Parität zu erreichen. Am 11. September 1932 ließ Paris Berlin eine Note überreichen, in der diese gemäßigten Vorschläge abgelehnt wurden. Die Franzosen erinnerten die Deutschen schroff an ihre Verpflichtung, die ihnen durch den Versailler Vertrag auferlegten Rüstungsbeschränkungen zu beachten.

Innerhalb von zwei Tagen teilten die Deutschen dem Vorsitzenden der Genfer Abrüstungskonferenz mit, dass sich Deutschland von den Gesprächen zurückziehen werde. Drei Monate später räumten England, Frankreich und Italien ein, "dass Deutschland bei der Fortführung der Abrüstungskonferenz die gleichen Rechte in einem für alle Nationen gültigen Sicherheitssystem erhalten muss" und dass dieser Punkt Bestandteil der Agenda sein werde.[296] Hierauf kehrte die deutsche Delegation nach Genf zurück. So sah die Lage an der europäischen Abrüstungsfront aus, als Hitler im Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde. Er übernahm ein Heer, dessen Waffenamt unlängst die Schätzung aufgestellt hatte, die Munitionsvorräte würden im Falle eines bewaffneten Konflikts nur gerade für eine Stunde ausreichen.

Der britische Premierminister Ramsay MacDonald legte am 16. März 1933 einen umfassenden Plan zur Rüstungskontrolle vor. Dieser sah vor, dass Deutschland die Mannschaftsstärke der Reichswehr auf 200.000 Mann verdoppeln durfte und Frankreich die seinen auf dieselbe Anzahl verringern musste, gestand den Franzosen aber zusätzliche 200.000 Mann zur Aufrechterhaltung der

Ordnung in ihren Kolonien zu. Auch Italien sollte 200.000 Soldaten unter Waffen halten dürfen, plus weitere 50.000 in seinen überseeischen Besitztümern. Die UdSSR durfte diesem Plan zufolge eine Armee von 500.000 Mann, Polen eine von 200.000 und die Tschechoslowakei eine von 100.000 Mann besitzen. Sämtlichen Ländern mit Ausnahme Deutschlands wurde das Recht auf eine Luftwaffe zuerkannt. Fast alle der betreffenden Nationen reagierten positiv, doch Frankreich verwarf den Plan kategorisch.

Der deutsche Diplomat Bernd Freiherr von Freytag-Loringhoven umriss die Auswirkungen, die eine Verwirklichung dieses Plans aus Hitlers Sicht nach sich gezogen hätte, wie folgt:

> “ Der Plan war für Deutschland alles andere als günstig… Die Stärken, die er Deutschland bewilligte, gewährleisteten ihm keineswegs die Gleichheit mit den anderen Großmächten und entsprachen durchaus nicht seiner Bevölkerungszahl und seinen natürlichen Hilfsquellen… Deutschland sollte ein Landheer von 200.000 Mann halten dürfen. Frankreich hingegen wurden 200.000 Mann für das Mutterland und ebensoviel für die Kolonien zugesprochen. Da diese Kolonialtruppen im Kriegsfalle unverzüglich nach Europa transportiert worden wären, hätte Frankreich, selbst abgesehen von seinen Reserven, von vornherein über ein doppelt so starkes ständiges Heer verfügt. Für Polen wiederum, dessen Bevölkerung nur die Hälfte der deutschen zählte, waren gleichfalls 200.000 Mann vorgesehen. Berücksichtigte man aber das gesamte französische Bündnissystem, das im Jahre 1933 neben Polen noch Belgien und die Kleine Entente umfasste, so ergab sich auf französischer Seite eine Streitmacht von 1.025.000 Mann, der Deutschland nur ein um das Fünffache schwächeres Heer hätte entgegenstellen können.”[297]

Am 17. Mai 1933 äußerte sich Hitler im Reichstag wie folgt über MacDonalds Plan:

> “Deutschland wäre ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun würden. Wenn aber die anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von Versailles auch sie verpflichtenden Abrüstungsbestimmungen durchzuführen, dann muß Deutschland zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen. Die deutsche Regierung sieht in dem englischen Plan eine mögliche Grundlage für die Lösung dieser Fragen…
>
> Dabei erklärt sich Deutschland im wesentlichen damit einverstanden, eine Übergangsperiode von fünf Jahren für die Herstellung seiner nationalen Sicherheit anzunehmen, in der Erwartung, daß nach dieser Zeit die wirkliche Gleichstellung Deutschlands mit den anderen Staaten erfolgt.”[298]

Der einzige Einwand, den Hitler gegen MacDonalds Vorschlag erhob, war, dass seinem Land der Aufbau einer Luftwaffe erlaubt werden müsse. Da der Reichswehrplan von 1932 bis 1938 eine Maximalanzahl von nur 200 Flugzeugen vorsah, war dieser Einwand ohnehin zweitrangiger Natur. Dass der Führer MacDonalds Konzept akzeptierte, bedeutete, dass Deutschland für einen Zeitraum von fast fünf Jahren annähernd wehrlos sein und seine nationale Sicherheit einzig und allein vom guten Willen seiner Nachbarstaaten und ihrer Bereitschaft zur Einhaltung des Abkommens abhängen würde. An dieser Bereitschaft hatten sie es bisher fehlen lassen. Auch nach Ablauf der fünfjährigen Frist wäre die Reichswehr in Bezug auf Mannschaftsstärke und Bewaffnung immer noch hoffnungslos unterlegen gewesen. In der erwähnten Rede hielt Hitler fest:

> “Die einzige Nation, die mit Recht eine Invasion fürchten muss, ist die deutsche, der man nicht nur die Angriffswaffen verbot, sondern sogar das Recht auf Verteidigungswaffen beschnitt und auch die Anlage von Grenzbefestigungen untersagte.”[299]

Hitlers Ja zu MacDonalds Plan rief unterschiedliche Reaktionen hervor. Der Vorsitzende der Konferenz, Arthur Henderson, meinte am 19. Mai, Hitlers Rede beweise klar, dass Deutschland seinen Wunsch nach Herstellung eines militärischen Gleichgewichts nicht mittels einer Expansion der Reichswehr, sondern via multilaterale Abrüstung verwirklichen wolle. Anthony Eden, britischer Vertreter in Genf, nannte die Rede "ermutigend". Der US-Delegierte Norman Davis bekundete die Bereitschaft seines Landes zur Annahme des MacDonald-Plans. Einzig und allein Frankreich reagierte negativ. Bei einer Sitzung in Genf beharrte der französische Abgeordnete Paul Boncour darauf, dass politische Organisationen wie der Stahlhelm, die SA und die SS militärische Kampfverbände seien, welche die Stärke des deutschen Heeres um annähernd eine Million erhöhten.

In seiner Rede vom 17. Mai hatte Hitler den Stahlhelm als Veteranenverband verteidigt, der sich die Aufgabe gesetzt habe, die in den Schützengräben des Weltkriegs geborene Kameradschaft zu erhalten. Seine Mitglieder hätten von 1919 bis 1923 an der Niederschlagung kommunistischer Aufstände im Reich mitgewirkt. Hitler fügte hinzu:

> "SA und SS hatten zufolge kommunistischer Mordüberfalle und Terrorakte in wenigen Jahren über 350 Tote und gegen 40 000 Verletze zu beklagen. Wenn heute in Genf versucht wird, diese ausschließlich innerpolitischen Zwecken dienenden Organisationen auf die Wehrstärken anzurechnen, dann könnte man genau so gut die Feuerwehr, die Turnvereine, die Wach- und Schließgesellschaften, die Ruderklubs und andere Sportverbände als Wehrmacht anrechnen."[300]

Hitler war tatsächlich nicht an der Militarisierung der Parteiorganisationen interessiert. Der Stahlhelm wurde 1935 aufgelöst, und SA-Chef Ernst Röhm sorgte mit seiner Forderung, seine Sturmtruppen sollten anstellte der Reichswehr die Verantwortung für die Landesverteidigung übernehmen, für so viel Unruhe, dass Hitler ihn ein Jahr später erschießen ließ.

Die SA schützte die NSDAP vor 1933 vor gewalttätigen Übergriffen ihrer Gegner.

Während einer Sitzungspause führten französische Diplomaten in Genf mit englischen und amerikanischen Kollegen vertrauliche Gespräche über den MacDonald-Plan. Mit Rückendeckung der französischen Presse verlangte Paris, man müsse wenigstens vier Jahre abwarten, ehe mit einer multilateralen Abrüstung auch *begonnen werden könne*. Die deutschen Streitkräfte, meinten die Franzosen, müssten umstrukturiert werden: An die Stelle des gegenwärtigen Systems der langjährigen

Verpflichtung müsse ein neues treten, das für jeden Soldaten einen aktiven Wehrdienst von acht Monaten Dauer vorsehe. Eine Verwirklichung dieses Arrangements hätte bedeutet, dass die Reichswehr innerhalb kaum eines Jahres ihren gesamten Bestand an Berufsoffizieren sowie von Instruktoren mit Unteroffiziersrang eingebüßt hätte. Am 7. Oktober 1933 gab die deutsche Regierung ihr Einverständnis zu diesem Vorschlag bekannt. Sie erklärte sich ferner bereit, auf die Entwicklung von Angriffswaffen wie schwerer Artillerie, schweren Panzern und Bomben zu verzichten. Hitler hielt zwar an seine Forderung zur Entwicklung moderner *defensiver* Waffensysteme fest, erteilte jedoch freiwillig sein Einverständnis zu einer Restrukturierung der bewaffneten Streitkräfte seines Landes durch eine fremde Macht.

Eine Woche später verkündete ein britischer Delegierter, Sir John Simon, der MacDonald-Plan sei nach Konsultationen mit anderen Nationen in einigen Punkten abgeändert worden war. Die ursprünglich vorgesehene fünfjährige Abrüstungsperiode – die Hitler bereits akzeptiert hatte – sollte nun auf acht Jahre verlängert werden. Der revidierte Plan untersagte sämtlichen Unterzeichnern die Herstellung neuer Waffen ausdrücklich. Dies bedeutete, dass die Deutschen kein Recht besaßen, die zusätzlichen 100.000 Soldaten, die ihnen der Plan zugestand, angemessen zu bewaffnen. Deutschland zog sich noch am selben Tag von der Konferenz zurück und verließ gleichzeitig den Völkerbund.

Ungeachtet der von ihm gemachten Zugeständnisse erntete Hitler seitens der internationalen Presse herbe Kritik, die Freytag-Loringhoven wie folgt zusammenfasste:

> “Die Masse ihrer Leser mußte den Eindruck empfangen, dass Deutschland das große gemeinsame Werk der Abrüstung frevelhaft zunichte gemacht und durch den Austritt aus der Genfer Liga sich selbst von der Gemeinschaft der zivilisierten Staaten geschieden habe.”[301]

Amerikas neuer Präsident Franklin Roosevelt hatte einem deutschen Emissär bereits deutlich gemacht, dass er “Deutschland als das einzige denkbare Hindernis für einen Abrüstungsvertrag” betrachtete.[302] Der militärische Berater der britischen Delegation an der Abrüstungskonferenz charakterisierte Hitler in einem Bericht an das Außenministerium wie folgt:

> “Draußen läuft wieder ein tollwütiger Hund herum. Wir müssen entschlossen zusammenhalten und ihn entweder vernichten oder einsperren, bis die Krankheit vorbei ist.”[303]

Robert Vansittart, ständiger Untersekretär im britischen Außenministerium, brachte an dieser Analyse eine beifällige Notiz an und verteilte Kopien davon an das Personal. Französische Zeitungen hausierten mit frei erfundenen Berichten über geheime deutsche Kriegspläne. So beschrieb das Pariser Blatt *Le Journal*, wie Stahlhelm-, SS- und SA-Angehörige von der Reichswehr eine intensive Kampfausbildung erhielten.[304]

Um Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund sowie seinen Rückzug von der Genfer Abrüstungskonferenz zu begründen, erinnerte Hitler seine Landsleute am 14. Oktober daran, dass die Alliierten in ihrem eigenen Friedensvertrag versprochen hatten, ihre Heere zahlenmäßig zu verringern. Doch dann, fuhr er fort,

> “wurde nunmehr durch die offiziellen Vertreter der anderen Staaten in öffentlichen Reden und direkten Erklärungen an den Reichsaußenminister und unsere Delegierten mitgeteilt, dass dem derzeitigen Deutschland diese Gleichberechtigung zur Zeit nicht mehr zugebilligt werden könnte”.

Am 10. November 1933 trifft Hitler in der Siemens-Fabrik in Berlin ein, wo er eine Ansprache zu außenpolitischen Themen halten wird.

Der Führer stellte sich auf den Standpunkt, dass das deutsche Volk und seine Regierungen während der Verhandlung "immer wieder auf das schwerste gedemütigt" worden seien; er schloss:

> "Als Kanzler des deutschen Volkes und Führer der nationalsozialistischen Bewegung bin ich überzeugt… dass die für alle so notwendige endliche Weltbefriedung nur erreicht werden kann, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der edleren Auffassung der gleichen Lebensrechte aller."[305]

Hitler, der sich der Tragweite dieses außenpolitischen Entscheids voll und ganz bewusst war, beschloss, das deutsche Volk um seine Zustimmung zu bitten. Er ersuchte Reichspräsident Paul von Hindenburg, neue Parlamentswahlen zu genehmigen; Hand in Hand damit sollte ein Referendum über den Entscheid der deutschen Regierung zum Verlassen des Völkerbundes sowie seinen Rückzug von der Abrüstungskonferenz erfolgen. In einer am 10. November gehaltenen Ansprache vor Angestellten der Siemens-Fabrik in Berlin wiederholte Hitler seine Position gegenüber dem Völkerbund; die Rede wurde vom Rundfunk übertragen. Bei dem zwei Tage später durchgeführten Referendum billigten 95% der deutschen Wähler den Bruch ihres Kanzlers mit Genf.

Auch nach dem in jenem Oktober erfolgten Austritt aus dem Völkerbund strebte Hitler weiterhin eine Annäherung an die ehemaligen Feinde Deutschlands an. Im Januar 1934 bat er Genf, den Aufbau einer 300.000 Mann starken deutschen Armee abzusegnen. Die britische Regierung ersuchte ihn, sich mit einer etwas geringeren Zahl – irgendwo zwischen 200.000 und 300.000 – zufriedenzugeben. Hitler stimmte diesem Vorschlag zu. Der französische Außenminister

Jean-Louis Barthou bestand darauf, dass die SA als Teil der deutschen Armee betrachtet und entsprechend berücksichtigt werden müsse, worauf der Führer bekanntgab, er sei bereit, die paramilitärische Struktur der SA abzuschaffen. Er beharrte auf seiner Forderung nach einer Luftwaffe,

versprach aber, dass deren Größe nicht mehr als 50% der französischen betragen werde. Auf die Entwicklung von Bombern verzichtete er vollständig. Im Falle einer französischen Annahme dieser Vorschläge erklärte sich Hitler bereit, den Großmächten eine fünfjährige Frist bis zum *Beginn* ihrer Abrüstungsmaßnahmen einzuräumen.

Prominente Franzosen begrüßten diesen Kompromiss. Der Romanschriftsteller Alphonse de Châteaubriant bemerkte:

> "Deutschland sucht weder den Krieg mit Frankreich, noch denkt es daran."

Henri Pichot, Präsident des Bundes der Frontkämpfer, erklärte:

> "Die Jugend, die den Krieg nicht erlebt hat, weiß nicht, was Krieg ist. Uns steht es an, es ihnen zu sagen. Uns anderen, die wir gekämpft haben, obliegt es, Brücken zu schlagen über den Graben, der uns noch trennt."

In einem Leitartikel der Zeitung *La Victoire* las man:

> "Mit politischem Verstand und einem klaren Patriotismus, den wir unseren führenden Klassen wünschten, unterstützen die Deutschen jenen Mann des Volkes, der aus dem Innern der Nation aufstieg, um sein Volk wieder aufzurichten. Der erste Gedanke Hitlers, als die deutsche Nation ihm die Diktatur über das Staatswohl anvertraut hatte, war der Wille, von den Versailler Siegern die Gleichberechtigung in den Militärfragen zu erhalten oder sie ihnen zu entreißen. Es war dies für ihn keine Prestigefrage, selbst nicht eine bloße nationale Ehrenfrage, es war vielmehr eine Frage der Sicherheit. Ein entwaffnetes Volk ist kein freies Volk, es ist ein geknechtetes Volk."[306]

Der französische Botschafter in Berlin, François-Poncet, befürwortete den Kompromiss mit Deutschland, doch André Tardinieu, der in den dreißiger Jahren mehrere Ministerposten innehatte, hielt ihm entgegen:

> "Sie vergeuden Ihre Zeit! Das Übereinkommen, das Sie befürworten, wird nicht abgeschlossen. Niemals werden wir es unterzeichnen; Hitler wird nicht mehr lange am Ruder bleiben… Wenn der Krieg ausbricht, vergeht keine Woche, bis er abgesetzt und durch den Kronprinzen ersetzt ist."[307]

Am 17. April 1934 lehnte Barthou den britischen Vermittlungsplan und Hitlers Angebot schroff ab:

> "Die französische Regierung weigert sich feierlich, einer deutschen Wiederbewaffnung zuzustimmen… Frankreich wird von nun an seine Sicherheit mit eigenen Mitteln gewährleisten."[308] Dies führte zum Zusammenbruch der Genfer Abrüstungskonferenz.

Frankreich

Das unmittelbar südlich von Luxemburg gelegene Saarland ist ein 2.570 Quadratkilometer großes, kohlenreiches Gebiet. Bei der Friedenskonferenz von 1919 versuchte Frankreich die Saar zu annektieren. Diesen Anspruch begründete Clemenceau mit der fälschlichen Behauptung, dort lebten 150.000 ethnische Franzosen, und eine deutsche Nachkriegsverwaltung werde die Saarländer der Chance berauben, “sich der Freiheit zu erfreuen, die ihnen die französische Regierung geben will.”[309] Woodrow Wilson und Lloyd George machten den Franzosen allerdings einen Strich durch die Rechnung und sorgten dafür, dass die Saar für 15 Jahre vom Völkerbund verwaltet wurde. Nach Ablauf dieser Zeit sollte die Bevölkerung darüber abstimmen dürfen, ob sie zu Deutschland zurückkehren, sich Frankreich anschließen oder den Status quo beibehalten wolle.

Von 1920 bis 1935 wurde die Region von einer fünfköpfigen Saar-Kommission regiert. Französisch wurde in den öffentlichen Schulen zur Unterrichtssprache erklärt. Die deutschen Bergarbeiter optierten für ihre eigenen, deutschen Schulen. Deutsche Vereine sorgten mittels fahrender Bibliotheken dafür, dass den Schulkindern Lesestoff in ihrer Muttersprache zur Verfügung stand; selbst die abgelegensten Dörfer wurden mit deutschen Schulbüchern beliefert. Hermann Röchling, ein Publizist und Sponsor dieses Programms, wurde von den Franzosen verhaftet.[310] Unter Verletzung des Versailler Abkommens entsandte Paris 5.000 Soldaten ins Saarland. Die Franzosen vertrieben den größten Teil der deutschen Beamten und ersetzten sie durch französische. Frankreich übernahm die Kontrolle über den Kohlenbergbau.

Sowohl deutsche als auch französische politische Analytiker sagten voraus, dass die überwältigende Mehrheit der Saarländer bei der Volksbefragung von 1935 für Deutschland stimmen werde. Paris ermunterte die Bevölkerung, sich für den Status quo zu entscheiden. Dies hätte Hitler einer strategischen Pufferzone zwischen den beiden Ländern beraubt. Die Franzosen warben deutsche Kommunisten, ehemalige Gewerkschaftsführer und andere Gegner der Hitler-Regierung an, um für den Status quo zu werben. In ihrer Abstimmungspropaganda ritten sie scharfe Attacken auf den Nationalsozialismus.

Diese Medienkampagne trübte das französisch-deutsche Verhältnis. In einem vielbeachteten Gespräch mit dem Vorsitzenden des französischen Frontkämpferverbandes, Jean Goy, verlieh Hitler am 24. November 1934 seinen Befürchtungen beredten Ausdruck:

> “Die französische Presse will die Annahme aufkommen lassen, daß wir Deutschen einen Putsch vorbereiteten. Es ist eine reine Torheit, zu glauben, daß Deutschland durch Gewaltanwendung die kommende Volksbefragung zu stören suchen will. Ich erkläre formell, daß wir uns vor dem Ergebnis der Volksabstimmung, gleichviel, wie sie ausfällt, beugen werden.”

Hitler fügte hinzu, er habe Barthou einmal vorgeschlagen, ein gemeinsames Protokoll zur Behebung “aller eventuellen Schwierigkeiten”, die sich ergeben könnten, zu entwerfen, “aber ich habe keine Antwort bekommen.”[311]

Die französische Einstellung gegenüber Deutschland in den 1930er Jahren sabotierte die Versöhnung. Eine französische Zeitschrift in Elsass-Lothringen stellte den Deutschen als primitiven Wilden dar, der Mord und Totschlag begehen würde, wenn man ihn aus dem Käfig von Versailles freiließe.

Hitler regte an, die Volksabstimmung abzusagen, und bot Frankreich eine für dieses günstigere Lösung an: Das Saarland solle zu Deutschland zurückkehren, und im Gegenzug könne die französische Industrie die Kontrolle über die reichen Kohlenvorräte der Region weiter ausüben. Dies war eine großzügige Geste, wenn man bedenkt, dass Hitler fest mit seinem Abstimmungssieg rechnete: Im August des Vorjahres hatten Zehntausende von Saarländern in Sonderzügen und motorisierten Kolonnen die Grenze zu Deutschland überquert, um Hitlers Wahlrede in Koblenz zu hören. Paris wollte jedoch nichts von einer solchen Lösung wissen. Unter Aufsicht des Völkerbundes fand das Plebiszit am 13. Juni 1935 statt. Die überwältigende Mehrheit der Saarländer – 90,8% – optierten für die Rückkehr zu Deutschland; 8,8% sprachen sich für die Beibehaltung des Status quo aus, und lediglich 2.214 der 526.857 Stimmberechtigten befürworteten einen Anschluss an Frankreich.

Nach diesem eindeutigen Abstimmungsresultat hoffte Hitler auf eine Verbesserung der Beziehungen zu Frankreich. Er hatte bereits klargestellt, dass er weder in naher noch in ferner Zukunft irgendwelche Ansprüche auf Elsass-Lothringen erheben werde, jene beide Territorien im Grenzgebiet, deren Bevölkerung teils deutscher, teils französischer Abstammung war und die Deutschland den Franzosen 1871 abgenommen hatte. 1918 gewann Clemenceau Elsass-Lothringen für Frankreich zurück. 1934 sagte Hitler zu Jean Goy:

> “Ich habe ein für allemal erklärt, daß es keine Lösung wäre, alle 20 oder 30 Jahre Krieg zu führen, um Provinzen wieder zu nehmen, die Frankreich stets Schwierigkeiten verursachten, wenn sie französisch waren, und Deutschland, wenn sie deutsch waren.”[312]

In seiner offiziellen Erklärung, in der er die Wiederkehr der Saar zu Deutschland bekanntgab, hielt Hitler fest:

> "Wir alle wollen in diesem Akte des 13. Januar einen ersten und entscheidenden Schritt sehen auf dem Wege einer allmählichen Aussöhnung jener, die vor zwanzig Jahren durch Verhängnisse und menschliche Unzulänglichkeiten in den furchtbarsten und unfruchtbarsten Kampf aller Zeiten getaumelt sind."

Am 5. März reagierte Frankreich auf den Volksentscheid im Saarland, indem es den obligatorischen Wehrdienst auf zwei Jahre verlängerte. Soldaten, die glaubten, vor ihrer Entlassung zu stehen, mussten weiterhin Militärdienst leisten, wodurch die zahlenmäßige Stärke der französischen Streitkräfte erheblich zunahm. Als nächstes gab Paris seine Absicht bekannt, mit der Sowjetunion einen Vertrag über gegenseitige Hilfeleistung abzuschließen: Wenn einer der beiden Unterzeichnerstaaten "einer Drohung oder Angriffsgefahr durch einen europäischen Staat ausgesetzt" war, musste ihm der andere militärische Hilfe leisten.[313] Angesichts der Tatsache, dass bereits 45 französische Divisionen an der deutschen Grenze standen, verkündete Hitler am 16. März, seine Regierung fühle sich nicht länger durch die Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrags gebunden. Ab sofort gelte in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht mit einjähriger Ausbildungsdauer.

Hitler ließ Dr. Friedrich Grimm, eine Autorität in Fragen des internationalen Rechts, in die Reichskanzlei kommen. Der Führer bereitete damals seine Reichstagsrede vor, in der er die Einführung der Wehrpflicht zu rechtfertigen gedachte. "Wie würden Sie, wenn Sie an meiner Stelle wären, die Rechtsfrage darstellen?", fragte er seinen Gast. "Wir sind im Recht", erwiderte Grimm.

> "Nach dem Versailler Vertrag ist die Abrüstungsverpflichtung eine gegenseitige Rechtsverpflichtung. Wir haben vorgeleistet. Wir haben abgerüstet. Das haben die Gegner offiziell anerkannt. Aber sie sind mit ihrer Abrüstung nicht gefolgt. Sie sind im Schuldnerverzug. Damit hat Deutschland die Handlungsfreiheit wiedererlangt. Das Erstaunliche ist, daß die Reichsregierung so langmütig war und über fünfzehn Jahre diesen Zustand ertrug."[314]

In seiner Reichstagsrede vom 21. März 1935 verkündete Hitler, er plane ein Heer aufzubauen, das "kein Instrument kriegerischen Angriffs als vielmehr ausschließlich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens" sei.[315] Seine Darlegungen enthielten einen erneuten, fruchtlosen Aufruf an alle Industrienationen zur Ächtung von Flächenbombardierungen sowie zur zahlenmäßigen Begrenzung der jeweiligen Flotte, schweren Artillerie und Panzerwaffe. Der deutsche Diplomat (und künftige Außenminister) Joachim von Ribbentrop traf sich im Berliner Kaiserhof Hotel mit Grimm. Hitler hoffte mittels der 1934 gegründeten Deutsch-französischen Gesellschaft sowie deren Schwesterorganisation in Frankreich, dem *Comité France-Allemagne*, die Beziehungen zum westlichen Nachbarland zu verbessern. Die deutsche Regierung unterstützte die Deutsch-französische Gesellschaft finanziell, während ihr französisches Gegenstück auf private Spenden angewiesen war.

Die französisch-sowjetische Vereinbarung belastete die Beziehungen zwischen Paris und Berlin. Am 25. Mai protestierten die Deutschen, dieses Abkommen stelle eine Verletzung des 1925 abgeschlossenen Vertrags von Locarno dar. Damals hatten sich Frankreich, Belgien und Deutschland verpflichtet, "in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Kriege gegeneinander zu schreiten."[316] Die deutsche Regierung argumentierte, das französisch-sowjetische Abkommen sei gegen das Reich gerichtet. Im Januar 1936 versuchte Hitler abermals, Frankreich zu einem Kurswechsel zu bewegen, indem er ihm einen Nichtangriffspakt anbot, stieß jedoch in Paris auf taube Ohren. Nach französischer Darstellung war das Arrangement mit der UdSSR keine militärische Allianz, sondern rein politischer Art und daher auch kein Verstoß gegen den Geist von Locarno. Doch im Februar traf sich der sowjetische Marschall Michail Tuchatschewski in Paris mit General Maurice

Gamelin, dem Oberkommandanten der französischen Armee. Die Abwehr – d. h. der deutsche Nachrichtendienst – erfuhr, dass der französische Generalstab einen Plan für koordinierte Operationen mit der Roten Armee ausarbeitete. Dieser sah einen französischen Vorstoß in das entmilitarisierte Rheinland vor; danach sollten die französischen Streitkräfte weiter nach Süden vormarschiere und sich mit den von Osten her in Deutschland einfallenden sowjetischen Truppen vereinigen.[317]

Mitte Februar 1935 gewährte Hitler dem französischen Journalisten Bertrand de Jouvenel in Berchtesgaden ein Interview, in dem er einen sehr versöhnlichen Ton anschlug. Die deutschen Zeitungen publizierten den Text des Gesprächs auf der Titelseite. Bei seinen Ausführungen rückte Hitler von den antifranzösischen Aussagen in seinem Buch *Mein Kampf* ab. Der deutsche Diplomat Otto Abetz, der das Gespräch mit Jouvenel in die Wege geleitet hatte, stellte Paris eine Kopie zu, doch die französische Presse veröffentlichte den Text erst, nachdem die Abgeordnetenkammer am 27. Februar den französisch-sowjetischen Pakt ratifiziert hatte. Am folgenden Morgen erschien das Jouvenel-Interview im *Paris Midi*. Hätte die französische Öffentlichkeit schon früher Zugang zu Hitlers konzilianten Kommentaren erhalten, so hätte dies womöglich Zweifel an der Notwendigkeit eines Abkommens über gegenseitige Hilfeleistung mit der UdSSR aufkeimen lassen.

Dass das Interview in Frankreich erst nach der Ratifizierung des Vertrags mit Moskau publiziert wurde, erweckte den Eindruck, Furcht und nicht guter Wille habe Hitler zu seinem Freundschaftsangebot bewogen. Die Zeitung *Oeuvre* behauptete sogar, der Führer habe sich erst nach der Ratifizierung mit Jouvenel getroffen. Die betrügerischen Manöver der französischen Presse verärgerten Hitler maßlos. Nachdem er von den Gesprächen zwischen Vertretern des französischen und des sowjetischen Generalstabs Wind bekommen hatte, befürchtete der Führer, das demilitarisierte Rheinland stelle für Frankreich buchstäblich eine Einladung zum Einmarsch ein. Er reagierte mit der Verlegung von 19 Infanteriebataillonen nach Aachen, Saarbrücken, Trier und anderen Städten im Rheinland und erklärte, Deutschland fühle sich nicht länger an den Vertrag von Locarno gebunden, durch den sich das Reich verpflichtet hatte, in jenem Gebiet keine Truppen zu stationieren. Das deutsche Außenministerium wies darauf hin, dass Frankreich bereits militärische Allianzen mit Belgien, Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossen und an der deutschen Grenze "eine ungeheure Truppenmassierung" konzentriert hatte. Außerdem sei "der gewaltigste Festungsschutz aller Zeiten" gebaut worden. Die militärischen Autoritäten aller Staaten seien

> "sich einig, daß ein Angriff gegen dieses Festungssystem nach menschlichem Ermessen aussichtslos ist… Zu dieser geschichtlich noch nie dagewesenen Garantie für die Unversehrtheit eines Staates glaubt Frankreich sich noch außerdem der Unterstützung des sowjetischen Riesenreichs mit 195 Millionen Einwohnern versichern zu müssen." Abwegig sei auch die Vorstellung, dass "die nunmehr dort [im Rheinland] eingerückten 19 Bataillone eine Bedrohung der von fast der halben Welt garantierten französischen Sicherheit darstellen."[318]

Hitler schlug vor, sowohl Frankreich als auch Deutschland sollten ihre Truppen aus den grenznahen Zonen abziehen; ferner regte er an, Belgien, Deutschland und Frankreich sollten einen für 25 Jahre gültigen Nichtangriffspakt abschließen und ein internationales Schlichtungsgericht ins Leben rufen, dessen Entscheidungen für alle Parteien verbindlich sein sollten. Das Reich bot an, in den Völkerbund zurückzukehren und an einer neuen multilateralen Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Dem deutschen Vorschlag gemäß sollten sich Deutschland und Frankreich zur Ergreifung von Maßnahmen verpflichten, um sicherzustellen, dass im Erziehungswesen, der Presse und den Publikationen beider Nationen alles vermieden werde, was darauf abzielen könne, die Beziehungen zwischen den beiden Völkern zu vergiften.[319]

Die französische Regierung reagierte auf dieses Angebot, indem sie ihre Streitkräfte in Alarmbereitschaft versetzte und mehrere Divisionen aus Nordafrika an die deutsche Grenze verlegte. Frankreich ersuchte Großbritannien, seine Armee zu mobilisieren, doch die Briten lehnten dieses Ansinnen ab. Der englische Delegierte beim Völkerbund hielt fest:

> "Der Einmarsch der deutschen Truppen in das Rheinland… stellt keine Bedrohung des Friedens dar und erfordert nicht den unmittelbaren Gegenschlag, der in gewissen Fällen im Vertrag von Locarno vorgesehen ist. Zweifellos schwächt die Wiederbesetzung des Rheinlandes die Macht Frankreichs, aber sie schwächt in keiner Weise seine Sicherheit."[320]

In Paris resümierte Friedrich Grimm die unter seinen Gastgebern vorherrschende Einstellung wie folgt:

> "Man kann es dem französischen Volk schlecht beibringen, was die Remilitarisierung der Rheinlande mit dem Russenpakt zu tun hat. Man schließt daraus, daß es sich um einen bloßen Vorwand handelt und die Ausführung eines längst erwogenen Planes. Das französische Volk glaubt, daß Hitler Frankreich angreifen will."[321]

In einem Gespräch mit dem französischen Staatsmann Camille Chautemps klagte Grimm über die von der französischen Presse geschürte Kriegshysterie und warnte:

> "Wenn es so weitergeht, wird die Presse es sein, die die Völker mit Sicherheit eines Tages wieder in den Krieg führt."

"Was wollen Sie", erwiderte Chautemps achselzuckend, "wir sind eine Demokratie, wir haben Pressefreiheit".[322]

Von 1932 bis 1936 unterbreitete die deutsche Regierung sieben Vorschläge zur Einschränkung des Weltrüstens. In keinem einzigen Fall forderte das Reich dabei Parität; Hitler bot an, die zahlenmäßige Stärke seiner Luftwaffe auf die Hälfte der französischen zu begrenzen, und war bereit zu akzeptieren, dass die Streitkräfte Deutschlands weitaus schwächer blieben als diejenigen der miteinander verbündeten Armeen seiner Nachbarstaaten. Er appellierte an die Großmächte, Angriffswaffen abzuschaffen und Flächenbombardierungen zu verbieten. Hitler war das einzige europäische Staatsoberhaupt, das sich bereit erklärte, die Sicherheit seiner Nation vom guten Willen ihrer Nachbarn abhängig zu machen. Für eine Industriemacht war dies eine wahrhaft erstaunliche Konzession. Doch erweckte keiner der deutschen Vorschläge bei der früheren Koalition der Feindmächte irgendwelches Interesse. Die betreffenden Staaten intensivierten das Wettrüsten und prangerten Hitler unverdrossen als Kriegstreiber an.

Österreich

Im Ersten Weltkrieg war das von der Dynastie der Habsburger regierte Österreich Deutschlands Verbündeter gewesen. 1919 zerstückelten die Siegermächte diesen riesigen Vielvölkerstaat. Ungarn und die Tschechoslowakei wurden unabhängige Staaten; die übrigen Bestandteile der Habsburger Monarchie fielen an Polen, Rumänien, Jugoslawien und Italien. In all diesen Ländern lebten Völkerschaften verschiedener Kulturen. Folglich gerieten manche davon nach der Zerschlagung der Habsburger Monarchie unter die Herrschaft der Mehrheitsvölker jener Länder, an die ihre Heimatgebiete gefallen waren. Österreich, eben noch der Kern des Habsburger Imperiums, war plötzlich nicht mehr Herr über 52 Millionen Menschen, sondern nur noch ein kleiner Binnenstaat mit 6,5 Millionen Einwohnern.

Die kleineren Nationen Süd- und Osteuropas hatten traditionell zu größeren Reichen gehört. Der Entscheid zur Gründung unabhängiger Staaten entsprach Wilsons lautstark proklamiertem Ideal des Selbstbestimmungsrechts aller Völker. Der damalige US-Außenminister Robert Lansing interpretierte Wilsons Experiment folgendermaßen:

> “Wäre das Recht auf Selbstbestimmung prinzipiell legitim und bei der Schaffung von politischer Zugehörigkeit und territorialer Souveränität allgemein anwendbar, so wäre das Bestreben der Südstaaten, 1861 aus der Amerikanischen Union auszuscheiden, vollkommen gerechtfertigt gewesen.”[323]

Am 12. November 1918 erklärte die provisorische Nationalversammlung Österreichs ihr Land zu “einem Teil der deutschen Republik” und entschied sich offiziell für den Namen “Deutsch-Österreich”. Dies widersprach dem alliierten Ziel, die ehemaligen Zentralmächte als künftige Rivalen auszuschalten. Ein Ja zu der österreichisch-deutschen Union hätte zu einer Wiederherstellung des deutschen Reichs in seiner Vorkriegsherrlichkeit beigetragen und außerdem den wirtschaftlichen Einfluss Deutschlands auf dem Balkan sowie im Donaugebiet gefördert. Bei der Friedenskonferenz wurde Österreich von alliierten Delegierten darüber in Kenntnis gesetzt, dass es sich jeder Handlung zu enthalten habe, die Österreichs Unabhängigkeit “direkt oder indirekt oder auf welche Weise auch immer gefährden könnte”.[324] Auch gegen die Verwendung des Namens “Deutsch-Österreich” legten die Siegermächte ihr Veto ein. Als Kanzler Karl Renner protestierte, dies verletzte das Recht der Österreicher auf Selbstbestimmung, konterten die Alliierten, dieses Recht erstrecke sich nicht auf besiegte Feindnationen. Durch die Drohung mit einer Wiederaufnahme der Lebensmittelblockade zwang Großbritannien Wien zum Einlenken.

Österreich war der einzige Nachfolgestaat der ehemaligen Habsburger Monarchie, von dem die Entente Reparationen verlangte. Für das kleine Land, das seine industrielle Basis an die Tschechoslowakei und einen Großteil seiner Landwirtschaft an Ungarn verloren hatte und außerdem seines Absatzmarktes auf dem Balkan verlustig gegangen war, kam diese Forderung einer Katastrophe gleich. Ausgemusterte Soldaten und deutschsprachige Beamte aus den verlorenen Provinzen kehrten ins Mutterland zurück, wo sie keine Arbeit fanden. Die Zahl der Unbeschäftigten stieg auf 557.000 an.[325]

Die meisten Österreicher waren für die Vereinigung mit Deutschland, und der in Linz aufgewachsene Hitler machte da wahrhaftig keine Ausnahme. Im April 1934 gab er beim Reichsaußenministerium einen Bericht in Auftrag, in dem die Grundzüge der deutschen Politik gegenüber Österreich umrissen werden sollten. Zur Frage, ob ein Anschluss Österreichs an Deutschland möglich sei, hieß es in diesem Bericht:

> "Alle deutschen Versuche in dieser Richtung werden an dem geschlossenen Widerstand aller europäischen Großmächte und der kleinen Entente scheitern."[326]

Im Mai desselben Jahres hielt Hitler im Reichstag fest:

> "Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben aber aus dem einfachen Solidaritätsgefühl gemeinsamer nationaler Herkunft den begreiflichen Wunsch, daß nicht nur fremden Völkern, sondern auch dem deutschen Volke überall das Selbstbestimmungsrecht gewährleistet wird."[327]

In Österreich herrschte mittlerweile eine Diktatur. Der 1932 zum Bundeskanzler gewählte Engelbert Dollfuss hatte 1933 das Parlament aufgelöst, eine "Vaterländische Front" gegründet und die Kommunistische sowie die Nationalsozialistische Partei in Acht und Bann getan. Im September 1933 hatte er sogenannte "Anhaltelager" – sprich Konzentrationslager – errichten lassen, in denen Kommunisten und Nationalsozialisten interniert wurden. Dollfuss führte die Todesstrafe wieder ein. Im Februar 1934 befahl er der Polizei, den Republikanischen Schutzbund – die Miliz der Sozialdemokraten – zu entwaffnen. Dies führte in Wien und Linz zu bewaffnetem Widerstand, worauf Dollfuss die Armee einsetzte, welche mehrere Arbeiterwohnviertel in der österreichischen Hauptstadt mit Artillerie beschießen ließ. Mehr als 300 Menschen fanden bei den blutigen Auseinandersetzungen den Tod. Nach der Niederschlagung der Revolte verbot Schuschnigg auch die Sozialdemokratische Partei, erklärte die Gewerkschaften für aufgelöst und ließ elf Schutzbund-Mitglieder hängen.

Bei einem gescheiterten Putsch des nationalsozialistischen Untergrunds in Wien wurde der Duodez-Diktator durch Schüsse tödlich verletzt. An seine Stelle trat sein Justizminister Kurt Schuschnigg. Unter diesem wurden 13 der Verschwörer zum Tode verurteilt; als Grundlage hierfür diente ein Gesetzesentwurf, der erst am Tage nach der Exekution der Verurteilten ratifiziert wurde. Der Hauptverteidiger der Hingerichteten wurde drei Tage nach dem Prozess festgenommen und verbrachte die nächsten sechs Monate im Konzentrationslager Wöllersdorf, ohne auch nur ein einziges Mal verhört worden zu sein.[328]

Angehörige der Vaterländischen Front schützen die austrofaschistische Diktatur, indem sie handgreiflich gegen Nationalsozialisten vorgehen, die für die Vereinigung Österreichs und Deutschlands demonstrieren.

Nachdem er, ohne je gewählt worden zu sein, zur Macht gekommen war, stützte sich Schuschnigg auf die Vaterländische Front, um die Diktatur weiterzuführen. Politische Dissidenten, die sich zu einer

"Nationalen Opposition" zusammengeschlossen hatten, lernten die Konzentrationslager von innen kennen. Zu den dokumentierten Fällen von Machtmissbrauch gehörten Inhaftierung ohne Prozess, Hausarrest für Verwandte politischer Gefangener, zwei oder mehr Prozesse und Urteile für ein und dasselbe Delikt, Verurteilungen und Bussen ohne Beweise, Aufhebung der Unschuldsvermutung, Verweigerung ärztlicher Hilfe für kranke Häftlinge – was zuweilen deren Tod zur Folge hatte – sowie erzwungene Geständnisse.[329] Wen das Regime der "mangelnden staatsbürgerlichen Verlässlichkeit" verdächtigte, der wurde mit Berufsverbot belegt. Schuschnigg ließ österreichische Bürger, die für eine Vereinigung mit dem Reich eintraten, gerichtlich verfolgen, wobei es auch Mitglieder von Sängergruppen und Sportklubs, die kulturelle Verbindungen zu Deutschland unterhielten, erwischen konnte. Allein schon der Verdacht deutschfreundlicher Gesinnung konnte einen Beamten seine Stelle kosten, was gleichzeitig den Verlust jedes Anspruchs auf Pension oder Arbeitslosenunterstützung nach sich zog.

Sowohl Dollfuss als auch Schuschnigg strebten zwecks Sicherung der österreichischen Unabhängigkeit einen Schulterschluss mit Italien an. Benito Mussolini befürchtete, dass eine Vereinigung Österreichs und Deutschlands die italienische Herrschaft über Südtirol in Gefahr bringen könne. Die Entente hatte dieses von 250.000 ethnischen Deutschen bewohnte Gebiet nach dem Ersten Weltkrieg Italien zugesprochen. Während der Amtszeit von Dollfuss hatte Mussolini Österreich unterstützt, doch unter seinem Nachfolger kühlten sich die Beziehungen zu Rom merklich ab. Der lebhafte Mussolini brachte dem kühlen, unpersönlichen Schuschnigg starke Abneigung entgegen. Wegen seiner diktatorischen Herrschaftsmethoden erntete Schuschnigg aus Frankreich und der Tschechoslowakei Kritik. Die Spannungen zwischen Italien und Deutschland, welche die österreichische Regierung auszuschlachten versuchte, verminderten sich im Jahre 1936 drastisch: Als Italien wegen seiner Invasion Abessiniens vom Völkerbund mit Sanktionen belegt wurde, weigerte sich Deutschland, diese mitzutragen, so dass sich der Schaden für die Italiener in Grenzen hielt.

Hitler, den man unzutreffenderweise verdächtigte, beim Mord an Dollfuss die Finger im Spiel gehabt zu haben, versuchte einen Ausweg aus der diplomatischen Sackgasse zu finden. Er ernannte Franz von Papen, einen konservativen Aristokraten und frommen Katholiken, der dem Nationalsozialismus sehr distanziert gegenüberstand, zum Sonderbotschafter in Wien. Papen legte dem österreichischen Außenminister Egon Berger den Entwurf eines österreichisch-deutschen "Gentleman's Agreement" vor. Dieses war im Rahmen der von Hitler verfolgten Strategie zur schrittweisen Eingliederung Österreichs durch die Förderung wirtschaftlicher und kultureller Verbindungen zwischen den beiden Ländern zu sehen.[330]

In der Präambel zu dem Vertragsentwurf hieß es:

> "Die Deutsche Reichsregierung anerkennt die volle Souveränität des Bundesstaates Österreich."

Berlin verpflichtete sich, von jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs abzusehen. Im Gegenzug wurde von Wien folgendes Zugeständnis verlangt:

> "Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik im allgemeinen, wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reich, stets auf jener grundsätzlichen Linie halten, die der Tatsache, daß Österreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht."[331]

Laut dem Dokument sollten

> "sämtliche für die Bildung der öffentlichen Meinung maßgeblichen Faktoren beider Länder … der Aufgabe dienen, die gegenseitigen Beziehungen wieder normal und freundschaftlich zu gestalten". [332]

Das Abkommen sah allgemeine Richtlinien für die Förderung des Handels wie etwa die

Aufhebung der bestehenden Beschränkungen der Reisefreiheit sowie des Handels über die Grenze vor. Schuschnigg erklärte sich bereit, Angehörige der "Nationalen Opposition" in die Regierung aufzunehmen. Er ließ 15.583 politische Gefangene frei, darunter viele Nationalsozialisten, die nach Absprache mit Hitler nach Deutschland übersiedelten. Auf dringlichen Wunsch des Führers lockerte Schuschnigg die Pressezensur. Ein wichtiger Punkt des Abkommens lautete wie folgt:

> "Es besteht Einverständnis, dass beide Regierungen über die gemeinsamen betreffenden Fragen der Außenpolitik jeweils in einen Meinungsaustausch eintreten werden."[333]

Von Papen und Schuschnigg unterzeichneten das Abkommen am 11. Juli 1936 in Wien. Deutschlands Zusicherung, die österreichische Unabhängigkeit zu respektieren, trug ihm Beifall seitens der internationalen Presse, selbst der französischen, ein. Hitler ließ Josef Leopold, den Führer der österreichischen Nationalsozialisten, zu sich kommen und schärfte ihm ein, den neuen Vertrag "sehr ernst zu nehmen". Er, Hitler, wünsche keine Wiederholung des Putschversuchs von 1934:

> "Die österreichischen Nationalsozialisten müssen eine mustergültige Disziplin bewahren und den Anschluss als eine innerdeutsche Angelegenheit betrachten, deren Lösung nur im Rahmen von Verhandlungen zwischen Berlin und Wien gefunden werden kann."[334]

Schuschniggs ermutigende Bemerkung, die österreichisch-deutsche Vereinigung sei "ein in Zukunft erreichbares politisches Ziel", stimmte Hitler hoffnungsvoll. Es erwies sich jedoch schon bald, dass der Bundeskanzler nicht die Absicht hatte, das Abkommen zu respektieren. Er übte öffentliche Kritik an Hitler, weil dieser die Mission des Reichs falsch auffasse:

> "Mit seiner Behauptung, die Einheit des Reiches beruhe auf der Einheit der Rasse und der Sprache der in ihm lebenden Bevölkerungsteile, hat Hitler den Geist des Reiches verfälscht und verraten. Das Reich ist nicht rassisch bedingt und heidnisch; es ist christlich und universell."[335]

Schuschnigg rühmte Österreich öffentlich als "das letzte Bollwerk der Kultur in Mitteleuropa", was auf eine gezielte Brüskierung des nördlichen Nachbarstaats hinauslief. Im Jahre 1937 bat Schuschnigg die britische Regierung mehrmals, die Souveränität Österreichs zu garantieren. Diese heimlichen diplomatischen Manöver sowie die unfreundlichen öffentlichen Stellungnahmen gegenüber Deutschland stellten eine direkte Verletzung des im Juli 1936 unterschriebenen Abkommens dar.[336]

Europa war in das Zeitalter des Nationalismus eingetreten; der durchschnittliche Österreicher konnte mit Schuschniggs liberalem Konzept von Österreich als einem universalen Reich, dessen Bewohner unterschiedliche ethnische Wurzeln und Bräuche besaßen, herzlich wenig anfangen. Während sich die österreichische Wirtschaft in einer Dauerkrise befand, war das Reich in eine Periode wirtschaftlicher Blüte eingetreten. Eine Vereinigung mit Deutschland versprach Arbeit und Wohlstand. Da Schuschnigg selbst ein Diktator war, konnte er nicht mit dem Argument aufwarten, die Angliederung Österreich an einen autoritär regierten Staat werde seine Bewohner ihre Freiheit kosten. England und Frankreich waren nicht daran interessiert, einem Staat, der demokratische Prinzipien mit Füßen trat, eine Garantie zu geben. In dieser Atmosphäre innenpolitischer Unruhe und außenpolitischer Isolierung suchte Schuschnigg abermals eine Annäherung an Deutschland.

Hitler lud den österreichischen Bundeskanzler am 12. Februar 1938 zu einem Treffen auf den Berghof ein. Er hoffte, die deutsch-österreichischen Beziehungen abermals verbessern und die Vereinigung der beiden Staaten auf evolutionärem Wege ein gutes Stück vorwärts zu bringen. Der österreichische Nationalsozialist Arthur Seyss-Inquart erstellte eine Liste von Vorschlägen an die Adresse Schuschniggs, die als Grundlage der geplanten Verhandlungen in Berchtesgaden dienen sollten. Dazu gehörte der Einbezug oppositioneller Kräfte in die Regierung. Nachdem Hitler von

diesen Vorschlägen erfahren hatte, reagierte er mit einer eigenen Liste, die zehn Punkte umfasste. Dazu gehörten gemeinsame Konsultationen in außenpolitischen Fragen, die beide Staaten betrafen, eine Amnestie für politische Häftlinge, Pensionen für entlassene Staatsbeamte sowie die Legalisierung der NSDAP in Österreich, ferner Pressefreiheit sowie die Ergreifung vorbereitender Maßnahmen zur Verschmelzung der wirtschaftlichen Systeme beider Staaten. Letzterer Punkt wäre für die österreichische Bevölkerung besonders vorteilhaft gewesen. Als Kabinettminister wurden mehrere Kandidaten einschließlich Seyss-Inquarts vorgeschlagen, von denen keiner dem radikalen Flügel der NSDAP angehörte.[337]

Schuschnigg traf in Begleitung seines Außenministers Guido Schmidt sowie seines persönlichen Adjutanten Oberstleutnant Georg Bartl in Berchtesgaden ein. Bei der ersten Unterredung, die er unter vier Augen mit Hitler führte, entschied er sich für eine defensive Taktik und machte geltend, er und nicht Hitler vertrete Österreich. Der als österreichischer Bürger geborene Hitler konterte:

> “Ich könnte mit dem gleichen und mit noch viel mehr Recht mich als Österreicher bezeichnen als Sie, Herr Schuschnigg. Versuchen Sie es doch einmal und machen Sie eine freie Volksabstimmung in Österreich, in der Sie und ich gegeneinander kandidieren, dann werden Sie sehen!”[338]

Bei den parallelen Verhandlungen zwischen Guido Schmidt und dem frischgebackenen deutschen Außenminister Joachim von Ribbentrop ertrotzte die österreichische Seite erhebliche Konzessionen. Sie erreichte es, dass die im Vertragsentwurf vorgesehene Verpflichtung zur gegenseitigen Konsultation in außenpolitischen Fragen von beiderseitigem Interesse durch die unverbindliche Formulierung “Gedankenaustausch” ersetzt wurde, und begrenzte die politische Handlungsfreiheit der Nationalsozialisten in Österreich. Hitler erklärte sich bereit, illegale Akte seiner österreichischen Gefolgsleute wie beispielsweise Sabotage zu verurteilen, und hieß die Forderung Wiens nach der Abschiebung radikaler Nationalsozialisten nach Deutschland gut. Die Deutschen strichen jene Kandidaten, die Schuschnigg missfielen, von ihrer Liste der künftigen österreichischen Minister. Des Weiteren ließ Berlin seinen Plan zur Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftssystems fallen und reduzierte das Ausmaß der künftigen militärischen Zusammenarbeit.

“Glauben Sie mir, Herr Schuschnigg, es ist am besten so”, versicherte Hitler seinem Gesprächspartner am Ende der Konferenz. “Jetzt ist die Frage Österreich für die nächsten fünf Jahre bereinigt.”[339]

In französischen, britischen und amerikanischen Zeitungen wurde behauptet, Hitler habe seine Forderungen in ultimativer Form gestellt, Schuschnigg durch die Einladung dreier deutscher Generäle zu den Besprechungen eingeschüchtert und dem Bundeskanzler mit dem Einmarsch gedroht, falls er das ihm vorgelegte Dokument nicht unterzeichne. Allerdings beweist die Tatsache, dass die Österreicher Hitler etliche Konzessionen abzutrotzen vermochten, dass die deutschen Vorschläge in keiner Weise auf ein Ultimatum hinausliefen. Die Anwesenheit der deutschen Generäle ließ sich zwanglos damit erklären, dass ihr Rat in Fragen der geplanten Integrierung der Streitkräfte beider Staaten gefragt war. Immerhin hatte Schuschnigg ja mit Oberstleutnant Bartl selbst einen hochkarätigen Militärexperten zu den Unterredungen mitgenommen. Außenminister Schmid bezeugte später, er könne sich nicht an eine deutsche Drohung mit einem Einmarsch in Österreich erinnern.[340]

Franz von Papen gab später an, seinem Eindruck nach habe Schuschnigg während der gesamten Besprechungen volle Entscheidungsfreiheit genossen. Der Bundeskanzler selbst räumte ein, dass er unter erheblichem psychischem Druck stand, weiter nichts. Sir Charles Palairet, britischer Botschafter in Wien, erwähnte in seinem Bericht an London eine Reihe ursprünglicher Forderungen Hitlers, von denen dieser dann aber abgerückt sei. Er bestätigte, dass Schmidt ihm gegenüber nichts

von deutschen Drohungen gesagt, sondern betont habe, Hitler hoffe seine Ziele in Bezug auf Österreich "durch evolutionäre Methoden zu erreichen".[341]

Schuschnigg ernannte Hitlers Wunschkandidaten Arthur Seyss-Inquart am 15. Februar zum Innenminister und nationalen Polizeichef. Am folgenden Tag erklärte Seyss-Inquart gegenüber Hitler, er beabsichtige "strikt auf dem Boden eines selbständigen und unabhängigen Österreichs zu stehen. Das bedeutet, daß ich im Rahmen der Verfassung zu bleiben… gedenke."[342] Hitler erhob hiergegen keine Einwände. In einer Ansprache vor dem Reichstag dankte er Schuschnigg am 20. Februar für sein "großes Verständnis" und seine "warmherzige Bereitwilligkeit" und prophezeite eine freundliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern auf allen Gebieten. Am folgenden Tag empfing er den Chef der im Untergrund operierenden österreichischen Nationalsozialisten, Josef Leopold. Er rügte dessen Aktivitäten als "irrsinnig" und wies Leopold und dessen vier wichtigste Vertraute barsch an, ihre Siebensachen zu packen und sich in Deutschland niederzulassen.[343]

Kurt Schuschnigg, der unpopuläre österreichische Diktator, unternimmt einen letzten Versuch zur Rettung der österreichischen Unabhängigkeit, indem er 1938 ein nationales Plebiszit ankündigt.

Hitler war der Überzeugung, das Abkommen mit Österreich werde beiden Staaten eine Periode der Harmonie bescheren und dazu führen, dass sich Österreich schließlich auf demokratischem Wege an Deutschland anschließen werde. Schuschnigg teilte diese Auffassung nicht. Theodor Hornbostel, Chef der österreichischen Bundeskanzlei, ließ im selben Monat gegenüber dem britischen Botschafter die Bemerkung fallen, die vage formulierten Punkte des mit Hitler unterschriebenen Abkommens würden sich leicht umgehen lassen. Hornbostel vertraute dem Diplomaten an, seine Regierung denke nicht ernsthaft daran, den Vertrag in die Praxis umzusetzen.[344]

Mittlerweile wurde die Lage in Österreich immer instabiler. Die internationale Börse erwartete mit ihrer üblichen feinen Spürnase eine plötzliche Flucht aus dem österreichischen Schilling. Österreichische Regierungsaktien verloren rapid an Wert, besonders in London und Zürich. In der Vaterländischen Front und den österreichischen Jugendorganisationen agitierten nationalsozialistische Sympathisanten und veränderten die in diesen Gruppierungen vorherrschende Stimmung mehr und mehr. Spontane Massenkundgebungen von Nationalsozialisten stießen bei der Bevölkerung auf Beifall. Die Stadt Graz geriet praktisch unter nationalsozialistische Kontrolle. In vielen Gebieten wagten Schuschnigg-Anhänger kaum noch, sich öffentlich zu ihren Ansichten zu bekennen.

Mit dem für ihn kennzeichnenden Mangel an politischem Gespür unternahm Schuschnigg einen halsbrecherischen Versuch zur Rettung seiner Karriere. Am 9. März kündigte er in Innsbruck eine

nationale Volksbefragung an, die bereits in vier Tagen stattfinden solle. Hierdurch sollte die Bevölkerung Gelegenheit erhalten, ihr Vertrauen in die Regierung zu bekunden und ein Bekenntnis zur Unabhängigkeit ihres Landes abzulegen. Eine solche Abstimmung konnte die Spaltung zwischen Deutschland und Österreich nur vertiefen. Sie verstieß gegen den Geist des von Schuschnigg unterzeichneten Abkommens, das eine stete Annäherung der beiden Staaten auf evolutionärem Wege vorsah.

Da seit 1932 keine Wahlen mehr stattgefunden hatten, gab es keine auf den neusten Stand gebrachten Listen registrierter Wähler, und um solche zu erstellen, reichte die Zeit nicht aus. Nur Bürger von über 24 Jahren waren wahlberechtigt. Somit blieb jungen Erwachsenen, unter denen es einen unverhältnismäßig hohen Anteil an NS-Anhängern gab, die Teilnahme an der Abstimmung verwehrt. Der Generalsekretär der Vaterländischen Front, Guido Zernatto, erstellte Richtlinien für die Durchführung des Plebiszits, denen zufolge die Abstimmungslokale ausschließlich mit Mitgliedern dieser Partei besetzt werden sollten. Bei den Abstimmungszetteln war auf der einen Seite das Wort JA abgedruckt, während die andere Seite leer blieb; wer "nein" stimmen wollte, musste dieses Wort in gleicher Größe wie das JA auf der Rückseite eintragen. Dies würde es den Stimmenzählern, die ja alle der Vaterländischen Front angehörten, erleichtern, Dissidenten zu identifizieren. Während die Vorbereitungen auf den Urnengang auf Hochtouren liefen, verkündete die Regierungspresse, jeder, der mit "nein" stimme, mache sich des Hochverrats schuldig.[345]

Diese eklatanten Unregelmäßigkeiten führten natürlich zu Protesten seitens der Nationalen Opposition. Aus Furcht vor einer deutschen Intervention bat Schuschnigg Frankreich und Großbritannien um Hilfe. Da in Paris wieder einmal eine Kabinettskrise herrschte, konnten die Franzosen nicht auf diesen Hilferuf reagieren, und die Briten erkannten in dem geplanten Plebiszit eine dreiste Herausforderung Hitlers. Chamberlain bezeichnete die vorgesehene Volksabstimmung als "groben Fehler", und Außenminister Lord Halifax nannte Schuschniggs Vorgehen "töricht und provokativ".[346] Er ließ den österreichischen Diktator ohne Umschweife wissen, dass ihm England weder mit gutem Rat behilflich sein noch Schutz gewähren könne, und streute noch Salz in Schuschniggs Wunden, indem er bemerkte, dieser habe es versäumt, Großbritannien zu Rate zu ziehen, ehe er das Plebiszit ankündigte, "das so viel Ärger verursacht hat".[347]

Hitler war entsetzt darüber, dass Schuschnigg das Abkommen schon wenige Wochen nach seiner Unterzeichnung verletzte. Zunächst weigerte er sich schlicht und einfach, den Nachrichten aus Wien Glaube zu schenken, doch nachdem er sich vergewissert hatte, dass sie sehr wohl den Tatsachen entsprachen, fiel seine Reaktion gemäßigt aus. Er entsandte seinen Experten für schwierige Fälle, Wilhelm Keppler, nach Wien, nachdem er ihn angewiesen hatte, entweder eine Absage des Plebiszits "ohne militärische Drohung" zu erreichen oder, falls dies nicht möglich sei, wenigstens durchzusetzen, dass der Anschluss an Deutschland bei der Abstimmung als Option vorgesehen wurde.[348] Seyss-Inquart sowie General Edmund von Glase-Horstenau, die beide der deutschfreundlichen Minderheit im österreichischen Kabinett angehörten, führten in ihrer Unterredung mit Schuschnigg aus, die von der Vaterländischen Front inszenierte Form der Volksabstimmung sei verfassungswidrig. Sie verlangten eine Verschiebung des Plebiszits, damit eine faire Beteiligung aller Parteien an diesem gewährleistet werden konnte.

Schuschnigg ließ seinen Verteidigungsminister General Wilhelm Zehner, Sicherheitschef Oberst Michael Skubl sowie den Leiter der Miliz der Vaterländischen Front, Ludwig Hülgerth, zu sich kommen und fragte sie, ob bewaffneter Widerstand gegen einen deutschen Einmarsch Aussichten auf Erfolg habe. Die – durch den Vertrag von 1919 auf 30.000 Mann reduzierte – österreichische Armee war nicht mobilisiert worden. Die Polizei war nach Skubls Ansicht zu stark von Nationalsozialisten

unterwandert, um zuverlässig zu sein. Die Miliz jedoch, versicherte Hülgerth, sei kampfbereit. Da Schuschnigg sich bewusst war, dass mit dieser Truppe allein kein effizienter Widerstand möglich war, bat er Mussolini erfolglos um militärische Hilfe.[349] Da ihm keine weiteren Optionen offenstanden, erklärte er seinen Rücktritt als Kanzler. Somit endete die Ära eines Politikers, der Österreichs Kriegsgegner Frankreich, Großbritannien und Italien sowie seine eigenen Gefolgsleute als Bundesgenossen in einem Kampf zu gewinnen versucht hatte, in dem sein Land zu einem Schlachtfeld gegen seine deutschen Brüder und ehemaligen Waffenkameraden des Weltkriegs geworden wäre.

Gemeinsam mit Schuschnigg trat sein ganzes Kabinett zurück, und Österreich stand über Nacht ohne Regierung da. Im ganzen Land begannen Mitglieder der SA sowie ihrer kleineren, elitären Schwesterorganisation, der SS, administrative Funktionen zu übernehmen. Am folgenden Tag, dem 12. März 1938, rückten deutsche Truppen in Österreich ein. Schuschnigg wies das österreichische Heer an, auf Widerstand zu verzichten.

Hitlers Beschluss, Österreich militärisch zu besetzen, war nicht im Voraus geplant gewesen und entsprach durchaus nicht seinem Wunsch. Er hatte sich in der Hoffnung gewiegt, beim Anschluss Österreichs zumindest einen Anschein von Legalität wahren zu können. Mit Seyss-Inquart als Bundeskanzler sowie einem neuen Kabinett hätten die beiden Regierungen in Wien und Berlin den politischen Übergang rasch und ohne Truppeneinsatz bewerkstelligen können. In der Tat besaß der deutsche Generalstab keinerlei operativen Plan für einen Einmarsch in Österreich, und das Unternehmen musste vollständig improvisiert werden. Der Führer war sich der ungünstigen Publizität bewusst, die ein solcher scheinbarer Gewaltakt im Ausland zwangsläufig erzeugen musste, befürchtete aber, die österreichischen Marxisten könnten das kurzfristige politische Vakuum im Land ausnutzen und einen Aufstand anzetteln. Göring warnte zudem vor der Gefahr, dass die Nachbarstaaten der Alpenrepublik sich deren momentane Schwäche ebenfalls zunutze machen könnten: Italien könnte Osttirol besetzen, Jugoslawien in Kärnten oder Ungarn im Burgenland einrücken. Schon 1919 hatten die Jugoslawen dem hilflosen Nachkriegsösterreich einen Teil Kärntens abgezwackt.[350]

Der in der ausländischen Presse als Aggression geschilderte Vormarsch der deutschen Armee wurde in Österreich mit Jubel quittiert. Ein Feldwebel des SS Nachrichtensturmbann, der gemeinsam mit einem Kameraden beauftragt worden war, die Route nach Wien zu erkunden, schilderte seine Eindrücke wie folgt:

> "Nach zwei Tagen Fahrt, ohne zu übernachten, war das mehr als notwendig. Doch in dem Moment, als wir durch die große Glastür das Lokal betraten, es war ein Sonntagnachmittag, erhoben sich fast alle Anwesenden und begrüßten uns mit Heilrufen. Ehe wir uns versahen, wurden wir an einen Tisch gedrängt, die Bedienung eilte herbei, es gab Kaffee und Kuchen, und wir hatten viel zu tun, den Leuten die Hände zu schütteln, Fragen zu beantworten und uns zu bedanken für all die Aufmerksamkeiten… Noch schwerer war es, das Lokal zu verlassen. Die Gäste waren aufgestanden, klatschten, riefen uns gute Wünsche zu und steckten uns noch einige Schachteln Zigaretten in die Taschen unserer Mäntel."[351]

Ein anderer Angehöriger desselben Bataillons berichtete:

> "Je mehr sich die Kolonne der Hauptstadt Wien näherte, um so größer wurde der Jubel der die Straßen säumenden Menschen. Sie gaben, oft tränenden Auges, ihrer Freude Ausdruck, drückten den Soldaten auf den Fahrzeugen die Hände, warfen Blumen und Zigarettenpackungen hinauf. Ein Rausch schien alle erfasst zu haben."[352]

Während der gesamten Besetzung Österreichs – sofern dieser Ausdruck hier überhaupt am Platz ist – wurde kein einziger Schuss abgefeuert und keine einzige Person verletzt.

Am 10. April 1938 ließ Hitler in Österreich und Deutschland gleichzeitig Volksabstimmungen über die Vereinigung beider Staaten durchführen. In Österreich entschieden sich 99,73%, in Deutschland 99,08% für den Zusammenschluss. Noch Anfang März hatte Schuschnigg behauptet, 70% der Österreicher seien mit seiner Regierung für die fortgesetzte Unabhängigkeit ihres Staates – ein Beweis dafür, dass der Bundeskanzler jeglichen Kontakt mit den Realitäten seines Landes verloren hatte.[353]

Am 18. März 1938 setzte die deutsche Regierung den Völkerbund darüber in Kenntnis, dass Österreich dieser Organisation ab sofort nicht mehr angehöre. Der Völkerbund, der nie besonderes Mitgefühl für dieses kleine, leidgeprüfte Land an den Tag gelegt hatte, debattierte nun darüber, ob Deutschland dazu verpflichtet sei, den von Österreich geschuldeten Mitgliedsbeitrag von 50.000 Schweizer Franken für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 13. März zu entrichten.[354]

Unter diesen Umständen verlief also die Vereinigung von Hitlers Heimatland mit dem Deutschen Reich, die von den Hofhistorikern bisweilen als “Vergewaltigung Österreichs” bezeichnet wird.

Tschechoslowakei

Schon wenige Monate nach dem Anschluss Österreichs annektierte Deutschland das Sudentenland, ein von ethnischen Deutschen besiedeltes Territorium im Westen des tschechoslowakischen Staates, und zwar unter Umständen, die geradezu panische Furcht vor einem neuen Krieg auslösten. Die Ursprünge der Sudetenkrise wurzelten im Versailler System von 1919.

Während des Ersten Weltkriegs kämpften die Tschechen in der österreich-ungarischen Armee. Am 14. November 1915 gründeten tschechische Emigranten in London und Paris jedoch das Tschechische Komitee. Zwei Exiltschechen, Tomas Masaryk und Eduard Benesch, gewannen die Unterstützung der Entente für einen künftigen tschechoslowakischen Staat, der aus der Konkursmasse des Habsburgerreichs hervorgehen sollte. Am 18. Oktober 1918 forderten Exiltschechen in Paris und den USA die tschechoslowakische Unabhängigkeit.

Der aus der Taufe gehobene neue Staat bestand aus drei Teilen. Im Osten lag Ruthenien, dessen Bevölkerung der Regierung in Prag gegenüber loyal eingestellt war. In der Mitte befand sich die Slowakei, deren Bewohner großenteils Unabhängigkeit oder wenigstens ein hohes Ausmaß an Autonomie verlangten. Der westliche Teil umfasste Böhmen und Mähren; neben ethnischen Tschechen lebten dort auch drei Millionen Deutschösterreicher, die bei Österreich bleiben wollten.

Masaryk und Benesch spielten bei der Gestaltung der politischen Struktur des neuen Staatswesens eine maßgebliche Rolle. Es gelang Masaryk, den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson zu einer Abänderung seiner berühmten 14 Punkte zu bewegen, die allen Nationen der ehemaligen Habsburger Monarchie die Möglichkeit einer autonomen Entwicklung in Aussicht stellten: Den Deutschösterreichern sollte dieses Recht verwehrt werden. Benesch untertrieb die Zahl der Sudetendeutschen absichtlich um fast eine Million. Er behauptete wahrheitswidrig, sie besäßen kein eigenes Siedlungsgebiet, sondern lebten gemeinsam mit den Tschechen in integrierten Siedlungen. “Die Deutschen Böhmens sind nur Kolonisten”, beteuerte er.[355]

Abgesehen von seinem Reichtum an Rohstoffen und seiner gut entwickelten Industrie diente das Grenzgebiet dem tschechoslowakischen Staat als topographisches Bollwerk gegen Deutschland. Benesch ließ sich bei seiner Politik ausschließlich von wirtschaftlichen und strategischen Erwägungen leiten und kümmerte sich nicht im Geringsten um die legitimen Rechte der Bevölkerung. Die Volkszählung von 1910 ermöglichte einen Vergleich zwischen der Anzahl der “Kolonisten” (d. h. Deutschen) und jener der Tschechen in den vier umstrittenen Gebieten Deutsch-Böhmen, Sudetenland, Böhmerwald und Südmähren. (Später wurden die Deutschen dieser vier Regionen pauschal als “Sudetendeutsche” bezeichnet):

– Deutsch-Böhmen: 2.070.438 Deutsche; 116.275 Tschechen.
– Sudetenland (im engeren Sinn): 643.80 Deutsche; 25.028 Tschechen.
– Böhmerwald: 176.237 Deutsche; 6.131 Tschechen.
– Südmähren: 180.449 Deutsche; 12.477 Tschechen.[356]

Da die Pariser Friedenskonferenz bis Mitte 1919 weiterging, waren die von ethnischen Deutschen besiedelten Gebiete technisch gesehen immer noch ein Bestandteil Österreichs, als die neue österreichische Republik am 16. Februar 1919 ihre ersten demokratischen Wahlen durchführte. Die Sudetendeutschen bereiteten Wahlzettel vor, um sich am Urnengang beteiligen zu können, aber die tschechische Armee griff gewaltsam ein. Am 4. März führten Tausende von Sudetendeutschen in ihren Städten und Dörfern friedliche Protestkundgebungen durch. Tschechische Soldaten eröffneten das Feuer auf die unbewaffnete Menge und töteten 54 Demonstranten, darunter 20 Frauen.[357]

Die Alliierten schlossen “in Anbetracht der Tatsache, dass die Völker Böhmens, Mährens und

eines Teiles von Schlesien sowie das Volk der Slowakei aus eigenem Willen ihre Vereinigung zu einem dauerndem Bund behufs eines einheitlichen, souveränen und selbständigen Staates" beschlossen hätten, mit der Regierung in Prag einen Vertrag ab, in dem sie die Unabhängigkeit des tschechoslowakischen Staates formell anerkannten. Benesch versprach den Alliierten, er werde "den Deutschen alle Rechte geben, die ihnen zukommen… Es wird dies im Ganzen ein sehr liberales Regime sein, welches sich erheblich dem schweizerischen Regime annähern wird."[358]

Die tschechoslowakische – de facto fast rein tschechische – Regierung, welche die ethnischen Deutschen fälschlich als "Siedler" bezeichnete, betrieb in Böhmen sowie im Sudetenland eine Politik der raschen Entgermanisierung. Prag überstellte Angehörige der Armee, Bahnarbeiter, Beamte, Gefangene und sogar Krankenhauspatienten in großer Zahl in die deutschen Regionen, um die Bevölkerungsstatistik zu manipulieren. Tschechen, die sich nur vorübergehend in diesen Gebieten aufhielten, wurden als "Ansässige" registriert, auch wenn ihr Aufenthalt selten länger als einige Tage dauerte. Im nordböhmischen Trauten wurde ein 600 Mann starkes tschechisches Infanteriebataillon in einer halbfertigen Kaserne einquartiert, um die Zahl der ethnischen Tschechen bei der Volkszählung in die Höhe zu treiben. Dementsprechend fielen auch deren Ergebnisse aus, und den deutschen Distrikten blieb eine angemessene Vertretung im Parlament versagt. Bisweilen griff Prag auch zu weniger subtilen Methoden, um seine ethnischen Minderheiten zu drangsalieren. Als der Hauptredner Karl Frank 1938 bei einer Wahlveranstaltung der Sudetendeutschen Partei in Teplitz-Schönau Kritik an Benesch übte, trieb die tschechische Polizei die Menge auseinander. 53 Deutsche fanden den Tod; Hunderte trugen Verletzungen davon.[359]

Die Prager Behörden schlossen überall im Sudetenland kleinere deutsche Schulen und ersetzten sie durch tschechische, die deutsche Kinder dann wohl oder übel besuchen mussten. Neun von 19 deutschsprachigen Universitäten in Böhmen wurden geschlossen. Nur 4,7% der staatlichen Stipendien gingen an deutsche Studenten, obgleich die Deutschen annähernd ein Viertel der tschechoslowakischen Bevölkerung ausmachten. Alle öffentlichen Formulare und Bewerbungsunterlagen wurden auch im Sudetenland ausschließlich in tschechischer Sprache abgefasst. Die Hälfte der deutschen Beamten in den Kleinstädten und auf dem Land verlor ihren Arbeitsplatz, desgleichen 41% der deutschen Briefträger und 48,5% des deutschen Eisenbahnpersonals.[360]

Das tschechoslowakische Landreformgesetz sah eine Neuverteilung des Landes vor, die gewährleisten sollte, dass alle in der Landwirtschaft tätigen Familien genügend Grund und Boden erhielten, um wirtschaftlich überleben zu können. Der Leiter des Programms, Karel Viskovsky, schilderte die Ergebnisse der Reform folgendermaßen:

"Der Boden gelangte aus den Händen der Fremden in die Hand des tschechischen Volkes."[361]

Der Löwenanteil ging an ehemalige Mitglieder der tschechischen Legion und deren Familien. Was übrig blieb, wurde auf Viskovskys Anweisung an reiche Tschechen und Slowaken versteigert. Sie zahlten für das betreffende Stück Land eine Summe, die unter dem Marktwert lag und erlaubten den ehemaligen Besitzern dann, den Boden, der einst ihnen gehört hatte, als Pächter zu bestellen. Die Deutschen Böhmens und Mährens verloren durch die Bodenreform

25% ihres Grundbesitzes an die Tschechen.

Ein rundes Drittel des Sudetenlandes bestand aus Waldgebieten, die der Staat unter seine Kontrolle nahm. Die Behörden entließen ungefähr 40.000 deutsche Waldarbeiter und ersetzten sie durch tschechische. Als man das Jahr 1931 schrieb, war die Zahl der arbeitslos gewordenen deutschen Kaufleute dreimal höher als die der tschechischen. Hilfsaktionen für Notleidende konzentrierten sich auf Gegenden mit überwiegend tschechischer Bevölkerung. Laut einer 1936 vom

britischen Außenministerium in Auftrag gegebenen Studie waren etwa 60% der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei Angehörige der deutschen Volksgruppe, die ca. 22% der Gesamtbevölkerung ausmachte.[362]

Zu den ärmsten Gebieten des Landes gehörte Reichenberg, wo einst eine blühende Glas- und Textilindustrie bestanden hatte. Im Zeitraum von 1922 bis 1936 wurden dort 153 Fabriken geschlossen. Aufträge für Bauprojekte und andere öffentliche Arbeiten wurden von der Regierung in Prag an ausländische Firmen vergeben, die ihre eigenen Arbeitskräfte mitbrachten.[363]

Benesch bezeichnete die Tschechen als "Todfeinde der Deutschen."[364] Im Mai 1919 brachen einige Tschechen während der Feierlichkeiten zum Amtsantritt Präsident Tomas Masaryks in Pilsen in eine Wohnung ein, deren Fenster nicht mit einer tschechoslowakischen Flagge geschmückt war. Die Bewohnerin, eine deutsche Witwe und Mutter von vier Kindern, lag krank im Bett. Die Eindringlinge warfen sie zuerst die Treppe hinunter, wobei ihr Kopf wiederholt auf die Stufen aufprallte, und dann auf die Straße. Die Frau erlag ihren Verletzungen.[365]

1921 verlegte Masaryk tschechische Truppen in deutsche Siedlungen, ohne dass diesem Schritt irgendwelche Provokationen vorausgegangen wären. In Grasslitz, sechs Kilometer von der deutschen Grenze, stießen Demonstranten mit den einrückenden tschechischen Soldaten zusammen; diese eröffneten das Feuer und erschossen 15 Deutsche. Unter dem "Gesetz zum Schutz der Republik" wurden Sudetendeutsche, die Selbstbestimmung forderten, als Verräter oder Spione festgenommen. Es kam mehrmals vor, dass Touristen aus Deutschland, welche die Tschechoslowakei besuchten, um an Sportwettkämpfen oder Volksfesten teilzunehmen, wegen "Spionage" im Gefängnis landeten.

Zwischen 1923 und 1932 führte der Staat 8.972 Prozesse gegen dissidente Angehörige ethnischer Minderheiten. Zu den wegen "Aufruhrs" Angeklagten zählten viele sudetendeutsche Mitglieder von Sportvereinen, Jugendklubs, Gesangvereinen oder Wandergruppen.[366]

Tschechische Soldaten rücken in eine volksdeutsche Gemeinde ein, um in der ausgedehnten "Grenzzone" des tschechoslowakischen Staates dem Kriegsrecht Nachdruck zu verleihen.

Prag schuf eine riesige "Grenzzone", in der 85% aller Sudetendeutschen, die gesamte polnische und ruthenische Minderheit sowie 95% der ungarischen Bevölkerungsgruppe lebten. In dieser "Grenzzone" herrschte permanentes Kriegsrecht. Die Armee überwachte die Verwaltung der Fabriken, größere Bauprojekte, öffentliche Arbeiten, den Telefondienst sowie die Forstwirtschaft.

Die Militärbehörden begrenzten die Freiheit der Bürger, die in der “Grenzzone” – welche 56% des gesamten Staatsgebiets ausmachte – lebten. Dies hinderte Benesch freilich nicht daran die Tschechoslowakei als “Leuchtturm der Demokratie” in den Himmel zu heben.[367]

Obwohl sich während der ersten Jahre von Hitlers Kanzlerschaft nur wenige Deutsche sonderlich Gedanken über die Tschechoslowakei machten, symbolisierte das Schicksal der Sudetendeutschen für Hitler selbst die Tragödie jener Deutschen, die unter fremder Herrschaft leben mussten. Die Sudetendeutschen kämpften völlig isoliert, aber dennoch mit großer Hartnäckigkeit für die Bewahrung ihrer deutschen Identität. Hitler betrachtete es als seine persönliche Mission, das Sudetenland zu einem Bestandteil des Deutschen Reiches zu machen. Am 20. Februar 1938 brachte er die Sudetenfrage im Reichstag zur Sprache.

> “Es soll nicht bestritten werden, daß, solange Deutschland selbst ohnmächtig und wehrlos war, es viele dieser fortgesetzten Verfolgungen der deutschen Menschen an unseren Grenzen einfach hinnehmen musste”,

konstatierte er nüchtern, fügte aber dann hinzu:

> “Zu den Interessen des Deutschen Reiches gehört auch der Schutz jener deutschen Volksgenossen, die aus eigenem nicht in der Lage sind, sich an unseren Grenzen das Recht einer allgemeinen menschlichen, politischen und weltanschaulichen Freiheit zu sichern.”[368]

Dass Hitler seine Aufmerksamkeit der Tschechoslowakei zuwandte, hatte noch einen ganz anderen Grund. Geographisch erinnerte dieses Land fatal an eine Speerspitze, die tief in das Territorium des Reichs eindrang. Dies bedeutete ein potentielles nationales Sicherheitsrisiko, das kein verantwortungsbewusstes Staatsoberhaupt einfach ignorieren konnte. Im Januar 1924 hatten Paris und Prag einen “Freundschaftsvertrag” unterzeichnet, der auch eine militärische Klausel enthielt und Gespräche zwischen dem Generalstab beider Staaten zur Vorbereitung einer gemeinsamen Verteidigungsstrategie im Falle eines Angriffs seitens einer feindlichen Macht vorsah. Im Oktober 1925 folgte dann ein formeller militärischer Pakt zwischen den beiden Staaten.

Im Dezember 1935 löste Benesch den mittlerweile 85-jährigen Masaryk als Präsident der tschechoslowakischen Republik ab. Wenige Monate zuvor hatte Benesch in seiner Eigenschaft als Außenminister einen Militärpakt mit der UdSSR abgeschlossen, der die Grundlage für eine umfangreiche tschechisch-sowjetische Zusammenarbeit bildete. Anfang 1936 hatten die Tschechen in der Nähe der deutschen Grenze bereits 32 Flugplätze errichtet, die als Basis für die stürmisch waschsende Rote Luftwaffe dienen sollten.[369] Auch Magazine für die Speicherung von Flugzeugtreibstoff, Bomben und anderem Kriegsmaterial wurden angelegt. Die Rote Armee entsandte Truppen nach Böhmen und Mähren, wo sie als Fallschirmspringer ausgebildet wurden, die bei einer möglichen Luftlandung auf deutschem Boden zum Einsatz gelangen sollten.[370] Sowjetische Offiziere wurden dem tschechoslowakischen Kriegsministerium in Prag sowie lokalen Kommandozentren als Berater zugeteilt. Am 12. Februar 1937 berichtete die Londoner Tageszeitung *Daily Mail*, unmittelbar nach der Ratifizierung des tschechisch-russischen Paktes hätten sowjetische Luftwaffenoffiziere die tschechischen Luftstützpunkte und Benzindepots inspiziert, da sie diese für ihre eigenen Luftstreitkräfte zu nutzen gedächten.[371]

Prag war ein Dorado für kommunistische Emigranten, die 1933 aus Deutschland und nach dem Anschluss aus Österreich geflüchtet waren. Sir Orme Sargent vom britischen Außenministerium nannte die Tschechoslowakei eine “Verteilerzentrale” für die antideutsche Propaganda der Komintern.[372] In Anbetracht der Tatsache, dass Frankreich, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion seit 1936 durch militärische Allianzen verbunden waren, fühlte sich der Führer

eingekreist. Als er seine Truppen am 7. März jenes Jahres ins zuvor entmilitarisierte Rheinland einrücken ließ, schlug Benesch Paris eine gemeinsame französisch-tschechoslowakische Invasion Deutschlands vor. In den folgenden Monaten schwoll die Stärke der tschechoslowakischen Streitkräfte auf 1.453.000 Mann an.[373]

Offiziere der tschechoslowakischen Streitkräfte sowie der Roten Armee inspizieren 1938 gemeinsam tschechoslowakische Verteidigungsanlagen. Prag erlaubte den Sowjets, Truppen auf tschechoslowakischem Territorium auszubilden, was die Deutschen als Provokation auffassten.

Die Reichsregierung war sich unsicher, wie sie es anstellen sollte, das Sudetenland für sich zu gewinnen. 1938 hielt Sir Basil Newton, der britische Botschafter in Prag, in einem Schreiben an das Außenministerium in London fest:

> "Es ist unmöglich zu prophezeien, in welcher Weise die Deutschen bei der Lösung der tschechoslowakischen Frage vorgehen werden. Aber die Anzeichen sprechen dafür, dass sie zuerst versuchen werden, ihre Ziele durch eine friedliche Diplomatie und nicht durch Gewalt oder wirtschaftlichen Terror zu erreichen."[374]

In einem Leitartikel in der *Daily Mail* pries der britische Zeitungsmagnat Lord Harold Rothermere die Deutsche als

> "ein sehr geduldiges Volk. Ich kann mir auch nicht einen Augenblick lang vorstellen, dass Großbritannien zwanzig Jahre lang ruhig zugesehen hätte, wie drei und eine halbe Million Briten unter der Knute eines durch und durch verabscheuten Volkes lebten, das eine fremde Sprache spricht und eine völlig verschiedene nationale Weltanschauung hat."[375]

Der Anschluss Österreichs verlieh der Sudetendeutschen Partei (SDP) mächtig Auftrieb. Unter der Führung ihres Gründers Konrad Henlein errang sie bei den Wahlen vom Mai 1935 in der tschechoslowakischen Abgeordnetenkammer 44 und im Senat 23 Sitze. Beim Kongress der Sudetendeutschen Partei in Karlsbad verlangte Henlein am 25. April 1938 Autonomie für die von ethnischen Deutschen bewohnte Region. Da er 90% der sudetendeutschen Wähler hinter sich wusste, besaß er genügend großen Einfluss, um die Tschechen zur Aufnahme von Verhandlungen zu zwingen.

Henlein und Karl Frank waren am 28. März von Hitler empfangen worden, vermochten aber den Führer nicht zur Ausübung von Druck auf die Tschechen zu bewegen. Ribbentrop teilte den beiden Gästen mit, es sei nicht Deutschlands Aufgabe, "im einzelnen Anregungen zu geben, welche

Forderungen gegenüber der tschechoslowakischen Regierung zu stellen sind". Berlin wies die deutsche Botschaft in Prag an, sich bei ihrer Unterstützung für SDP-Politiker bei deren Verhandlungen mit tschechoslowakischen Staatsmännern Zurückhaltung aufzuerlegen.[376] Die von Nachkriegshistorikern geäußerte Unterstellung, Hitler habe Henlein befohlen, unmögliche Bedingungen zu stellen, um die Tschechen zu provozieren, entbehrt jeglicher Grundlage.

Die britische Regierung verfolgte die Eskalation der Spannungen mit Argusaugen. "Es ist eine nackte Tatsache, dass die Sudetendeutschen von den Tschechen unterdrückt werden", hielt Vansittart in einer Notiz fest.[377] Am 15. März stellte Botschafter Newton seinen Vorgesetzten in London eine detaillierte Analyse zu, in der er prophezeite, solange die Tschechen im Fall eines bewaffneten Zusammenstoßes mit Deutschland auf englisch-französische Unterstützung zählen könnten, würden sie an ihrer unversöhnlichen Politik festhalten. Andererseits werde es unmöglich sein, die Deutschen von einer Aggression abzuhalten, wenn sie eine solche für unumgänglich hielten. Wenn Paris und London Prag in seiner starren Haltung bestätigten, sei der Krieg unvermeidbar.

England und Frankreich, fuhr Newton fort, könnten die Tschechoslowakei nicht vor einer Niederlage bewahren. Sie könnten sich höchstens in einen Krieg verstricken lassen, um einen Status quo wiederherzustellen, der sich bereits als untauglich herausgestellt habe. Selbst wenn das Reich nicht mehr von den Nazis beherrscht werde, schloss der Diplomat, werde sich Deutschland niemals mit einer feindlichen Tschechoslowakei in seiner Flanke abfinden.

Nachdem er Newtons Bericht gelesen hatte, stellte der britische Botschafter in Berlin, Henderson, dem Außenministerium am 17. März ein Telegramm zu, in der er festhielt:

> "Ich teile vorbehaltlos und in jeder Beziehung die von Newton geäußerten Ansichten."[378]

Das außenpolitische Komitee des britischen Kabinetts erörterte Newtons Analyse am nächsten Tag. Im Sitzungsprotokoll hieß es, der Minister für die Koordinierung der Verteidigung sei

> "besonders beunruhigt durch Newtons Ansicht, dass die gegenwärtige Lage der Tschechoslowakei auf die Dauer nicht haltbar sei und dass sie tatsächlich einen instabilen Faktor in Mitteleuropa darstelle. Wenn dies die wahre Lage sei, könne er keinen Grund erkennen, warum die Briten Schritte unternehmen sollten, eine solche Einheit, die er einen höchst künstlichen Staat nannte, aufrechtzuerhalten."[379]

Nach der Krise vom Mai 1938 befahl Hitler den Bau von Festungsanlagen zum Schutz der deutsch-französischen Grenze. Bei dieser Inspektion des Westwalls waren (von links nach rechts) Erhard

Milch, Heinrich Himmler, Wilhelm Keitel, Himmlers Adjutant Karl Wolff, der Führer selbst sowie die Generäle Karl Bodenschatz und Erich von Witzleben zugegen. (Bundesarchiv)

Am 21. März stellten die Stabschefs dem außenpolitischen Komitee einen Bericht ein, in dem sie erklärten, sofern sich die tschechoslowakische Krise zu einem Krieg gegen Deutschland, Italien und Japan ausweite, seien die Armeen Großbritanniens und Frankreichs für einen solchen zu schwach. Chamberlain und Halifax betrachteten diese Einschätzung der militärischen Lage als "außerordentlich melancholisches Dokument". "Weder wir noch Frankreich sind für einen Krieg mit Deutschland gerüstet", resümierte Halifax am 27. April.[380]

Der neue französische Premierminister Édouard Daladier reiste am 28. April nach London, um Chamberlain zu einer öffentlichen Garantie für die Sicherheit der Tschechoslowakei zu bewegen. Sein britischer Amtskollege konterte, Benesch habe die deutschen Minderheiten in den annektierten Gebieten nie so liberal behandelt, wie er es in Aussicht gestellt habe. Das britische Volk, fügte Chamberlain hinzu, werde nie einen Krieg beginnen, um zu verhindern, dass die Nationalitäten Mitteleuropas ihrem Recht auf Selbstbestimmung mittels eines Plebiszits Nachdruck verliehen.

Im selben Monat beauftragte Hitler General Wilhelm Keitel, den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), mit der Ausarbeitung einer Studie über einen möglichen Einmarsch in die Tschechoslowakei, ließ Keitel jedoch zugleich wissen, im Moment habe er keine diesbezüglichen Pläne.[381] "Strategischer Überfall aus heiterem Himmel ohne jeden Anlass oder Rechtfertigungsmöglichkeit wird abgelehnt", hieß es in den Richtlinien, die Hitler dem OKW zustellte. Der Führer beschrieb die "für uns unhaltbare Lage, wenn einmal die große Auseinandersetzung im Osten… vor allem mit dem Bolschewismus" kommen werde. Die Tschechoslowakei, warnte er, werde dann "das Sprungbrett für die Rote Armee und Landeplatz für deren Luftwaffe sein."[382]

Am 20. Mai berief Benesch über 150.000 Reservisten ein und begründete diese Maßnahme mit einer angeblichen geheimen Mobilmachung der deutschen Streitkräfte. Das tschechische Verteidigungsministerium behauptete, acht bis zehn deutsche Divisionen bewegten sich auf die Grenze zu. Der französische Militärattaché in Berlin meldete seiner Regierung, ihm lägen keine Beweise für größere Truppenverschiebungen vor. Henderson entsandte zwei bei seiner Botschaft in Berlin akkreditierte Armeeoffiziere in die deutschen Grenzprovinzen Sachsen und Schlesien, damit sie sich dort ein Bild von der Lage machen konnten.

> "Sie konnten keinerlei Anzeichen ungewöhnlicher oder umfangreicher militärischer Aktivitäten von deutscher Seite erkennen; zum selben Ergebnis kamen auch die anderen Militärattachés ausländischer Missionen in Berlin, die das Land ebenfalls durchstreift hatten", schrieb Henderson später.[383]

Hitler bemühte sich, Beneschs Provokation zu ignorieren und ergriff keine militärischen oder sonstigen Maßnahmen. Journalisten in Paris, Prag, London und New York nahmen Beneschs falsche Behauptungen über deutsche Truppenbewegungen für bare Münze und berichteten in großer Aufmachung, der Führer habe seine Divisionen aufmarschieren lassen, um die Tschechen zum Eingehen auf seine Forderungen zu zwingen. Als Benesch trotzig mit einer Teilmobilisierung reagierte, sah sich Hitler, immer diesen Journalisten zufolge, "zum Nachgeben gezwungen" und rief seine Truppen zurück – eine "tiefe Demütigung für einen Diktator", der "nicht fähig war, seine Drohungen in die Tat umzusetzen".[384] Seine Erklärungen bezüglich des Sudetenlandes, folgerten die Journalisten, seien also "nichts als Wind" gewesen.

Halifax warnte den deutschen Botschafter in London Herbert von Dirksen, ein tschechisch-

deutscher Krieg werde Frankreich und Großbritannien keine andere Wahl lassen, als militärisch gegen das Reich vorzugehen. Anschließend stellte der Außenminister seinem deutschen Amtskollegen Ribbentrop einen persönlichen Brief zu, indem er ihn vor den Gefahren warnte, die eine "voreilige Aktion" für die europäische Zivilisation bedeuten würde.[385] Später erinnerte sich Henderson:

> "Was Hitler nicht ertragen konnte, waren die hetzerischen Pressekommentare… Jede Zeitung in Europa und Amerika stimmte in den Chor ein: Das Wort 'Nein' war gefallen, und Hitler hatte die Segel streichen müssen. Die demokratischen Mächte hatten den totalitären Staaten gezeigt, wo der Bartel den Most holt, usw."[386]

Die britische Regierung ordnete eine Teilmobilisierung ihrer Flotte an, und die Franzosen bemannten ihre Befestigungsanlagen längs der deutschen Grenze, obwohl beide Staaten genau wussten, dass ihr tschechischer Verbündeter die Krise vom Zaun gebrochen hatte. Für Hitler waren Drohungen und Beschuldigungen dieser Art die Belohnung für die Nachsicht, die er an den Tag gelegt hatte.

Die Krise vom Mai 1938 führte Hitler drastisch vor Augen, wie groß die Feindseligkeit der westlichen Demokratien sowie der Tschechoslowakei gegen Deutschland war. Auch die UdSSR hatte öffentlich an ihre Bündnispflicht gegenüber Prag erinnert. Hitler schloss hieraus, dass eine friedliche Regelung der Sudetenkrise unwahrscheinlich sei. Am 30. Mai überarbeitete er seine ehemaligen Direktiven an die bewaffneten Streitkräfte, in denen die Möglichkeit eines Krieges mit der Tschechoslowakei erwähnt wurde; in der neuen Fassung lautete der erste Satz wie folgt:

> "Es ist mein unabänderlicher Entschluß die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen."

Des Weiteren ordnete er an, dass "Vorbereitungen unverzüglich zu treffen" seien.[387]

Die traditionelle Geschichtsschreibung interpretiert diese Aussage als Beweis für Hitlers kriegerische Absichten, doch genau 18 Tage später revidierte er die geheime Direktive abermals. Die "Lösung der tschechischen Frage" wurde nun "als Nahziel" definiert. Diese Formulierung taugt nicht zum Beweis dafür, dass Hitler einen Krieg plante. Dieser Ansicht war offenbar auch Henderson, der in einem Brief an Halifax meinte:

> "Es ist jedem vernünftig denkenden Menschen klar, dass Hitler selbst auf alle Eventualitäten in gleicher Weise vorbereitet sein muss. Aber daraus zu schließen, dass er sich bereits für eine Aktion gegen die Tschechoslowakei in diesem Herbst entschieden hat, wäre, wie ich meine, irrig."[388]

Im August doppelte der britische Botschafter nach: "… ich glaube nicht, dass er Krieg will." In seinen eigenen Memoiren schrieb Henderson über die Krise vom Mai 1938:

> "Während wir ständig dachten, Deutschland werde jeden Moment gegen die Tschechen losschlagen, befürchteten die Deutschen, die Tschechen beabsichtigten einen europäischen Krieg provozieren, bevor Deutschland für einen solchen bereit war."[389]

Hitler besaß immer noch einen diplomatischen Trumpf – das demokratische Standardargument von den "Menschenrechten".

> "Was die Deutschen fordern, ist das Selbstbestimmungsrecht, das jedes andere Volk auch besitzt, und keine Phrase", erklärte der Führer und fuhr fort. "Herr Benesch hat diesen Sudetendeutschen keine Geschenke zu geben, sie haben das Recht, ein eigenes Leben zu beanspruchen, genau wie jedes andere Volk… Ich stelle die Forderung, daß die Unterdrückung der 3 ½ Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei aufhört und an dessen Stelle das freie Recht der

> Selbstbestimmung tritt."[390]

Dies war die Achillesferse seiner Gegner.

> "Aus rein moralischen Gründen war es schwierig, den 2.750.000 in geschlossenen Siedlungen direkt jenseits der deutschen Grenze lebenden Sudetendeutschen das Recht auf Selbstbestimmung abzusprechen", räumte Henderson unumwunden ein. "Ihnen dieses Recht schlicht und einfach zu verweigern, hätte einem Prinzip widersprochen, auf dem das Britische Empire selbst gründete, und deshalb wäre eine solche Politik vom britischen Volk oder vom Empire nie vorbehaltlos unterstützt worden."[391]

Alexander Cadogan, permanenter Untersekretär im Außenministerium, folgerte hieraus, dass das Sudentenproblem "keine Frage war, die uns dazu legitimiert hätte, Europa in einen Krieg zu treiben". [392]

Chamberlain schätzte die Position Englands wie folgt ein: Die Wiederaufrüstung seines Landes war noch nicht weit genug gediehen, als dass es in der Lage gewesen wäre, seiner Verpflichtung zur Unterstützung Frankreichs im Kriegsfall nachzukommen. Ließ es andererseits Hitler freie Hand und erlaubte es ihm, mit Benesch abzurechnen, so musste dies seinem Ansehen im Ausland zwangsläufig sehr abträglich sein. "Man wird uns für immer verachten", meinte Halifax' Sekretär Sir Oliver Harvey.[393] Eine Volksbefragung im Sudetenland hatte ebenfalls ihre Tücken. Prag wandte sich gegen diese Idee, weil dieser Präzedenzfall die Slowaken, Ungarn, Polen und Ruthenen ermutigt hätte, ebenfalls Forderungen zu stellen. Da diese Minderheiten in der Regierung untervertreten und allerlei Diskriminierungen ausgesetzt waren, hätte dieser Prozess mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Auflösung des tschechoslowakischen Staates geführt.

Daladier schlug einen Kompromiss vor: Die Tschechoslowakei solle Deutschland das Sudetenland ohne Plebiszit abtreten, um hierdurch ihr übriggebliebenes Territorium zusammenhalten zu können. Weshalb dies von französischem Standpunkt aus sehr wichtig war, erläuterte Daladier gegenüber Chamberlain wie folgt:

> "Bei jeder militärischen Operation, gibt es großartige Möglichkeiten, Deutschland von tschechoslowakischem Territorium aus anzugreifen."[394]

Der französische Luftwaffenminister Pierre Cot stieß ins gleiche Horn: Laut der Londoner Zeitung *News Chronicle* vom 14. Juli 1938 stellte er sich auf den Standpunkt, Frankreich und England brauchten die Tschechoslowakei,

> "weil von diesem Staat aus die deutsche Wirtschaft und die deutsche Industrie am leichtesten mit Bomben zu zerstören sind".[395]

Im August erklärte sich Chamberlain bereit, nach Deutschland zu reisen, um die Sudetenfrage gemeinsam mit Hitler zu lösen. Die Deutschen verpflichteten sich, während der Verhandlungen keinerlei militärischen Aktionen in die Wege zu leiten. Der tschechische Außenminister Kamil Kraft ließ die Regierungen in London und Paris wissen, dass sein Land nicht daran dachte, das Sudetenland an Deutschland abzutreten, doch London konterte trocken:

> "Der französisch-britische Plan ist das einzige Mittel, den drohenden deutschen Angriff zu verhindern."

Wenn Prag diesen Plan verwerfe, würden England und Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs auf die Tschechoslowakei nicht intervenieren, warnte die britische Regierung.[396] Am 21. September erklärte sich Benesch bereit, einen englisch-französischen Schiedsspruch bedingungslos zu akzeptieren.

Im September besuchte Chamberlain Deutschland dreimal. Seine erste Begegnung mit Hitler fand am 15. jenes Monats in Berchtesgaden statt. Das Gespräch verlief herzlich und konstruktiv. Chamberlain billigte Hitlers Plan zur Angliederung des Sudetenlandes. In einem Schreiben an seine Botschafter bemerkte Halifax, der deutsche Plan entspreche "recht genau den von uns vorgesehenen Richtlinien".[397] In der folgenden Woche traf sich Chamberlain mit Daladier und der tschechischen Führungsspitze, um ihre Einwilligung einzuholen. In Berlin hörte der Abwehrdienst des Reichsluftfahrtministeriums ein Telefongespräch zwischen Benesch und dem französischen Kolonialminister Georges Mandel ab. Mandel fiel Daladier in den Rücken:

Junge Anhänger begrüssen Hitler bei seinem Triumphzug durch das Sudetenland im Oktober 1938.

> "Weder Paris noch London haben das Recht, Ihnen Ihre Haltung zu diktieren", sagte er. "Wenn Ihr Gebiet verletzt wird, sollten sie keine Sekunde zögern, den Befehl an Ihre Armee zu geben, die Heimat zu verteidigen… Wenn Sie in der Notwehr den ersten Schuss abgeben, wird der Widerhall in der Welt gewaltig sein. Die Kanonen Frankreichs, Großbritanniens und auch Sowjetrusslands werden wie von selbst zu schießen beginnen."[398]

Die Deutschen fingen auch Funksprüche zwischen Prag und seinen Botschaften in London und Paris ab. Die Benesch-Regierung hatte ihre Diplomaten angewiesen, auf Zeitgewinn zu spielen, bis die "Kriegsparteien" in England und Frankreich Chamberlain und Daladier stürzten.

Am 22. September traf sich Hitler im Hotel Dreesen in Bad Godesberg zu einer weiteren Unterredung mit Chamberlain. Berichte über zunehmende Unruhen im Sudetenland belasteten die Atmosphäre in hohem Grad. Henlein hatte eine aus fast 40.000 ethnischen Deutschen bestehende Miliz aufgestellt, und es war zu Zusammenstößen mit tschechischen Soldaten und Polizisten gekommen.[399] Die tschechische Regierung reagierte mit verschärfter Repression. Innerhalb von nur 14 Tagen hatten 120.000 Sudetendeutsche die Grenze zum Reich überquert, um den Gewalttätigkeiten zu entrinnen. Henlein bat Hitler, die deutsche Armee zu entsenden, "um dem weiteren Morden des tschechischen Fanatismus ein Ende zu setzen".[400]

In Bad Godesberg verlangte der Führer angesichts der wachsenden Unruhen im Sudetenland das Recht, innerhalb von vier Tagen dort einzumarschieren und das Territorium Deutschland einzuverleiben. Chamberlain war schockiert. Es folgte ein erbittertes Tauziehen. Die Verhandlungen des folgenden Tages fanden in einer äußerst gespannten Atmosphäre statt, bis eine Büroordonnanz mit

der Nachricht hereinplatzte, dass Benesch soeben eine Generalmobilmachung ausgerufen hatte. Nicht weniger als 1,2 Millionen tschechische Reservisten wurden zu den Waffen gerufen. Hierauf versicherte Hitler seinem englischen Gast, er werde "trotz dieser unerhörten Provokation" von einer militärischen Antwort Abstand nehmen.[401] Dies entspannte die Atmosphäre, und die Diskussionen wurden in freundlicherem Ton weitergeführt.

Während der folgenden Tage verhandelte Chamberlain mit den Tschechen. Es gelang den britischen sowie den französischen Diplomaten schließlich, Hitler zu einer Mäßigung seiner Forderungen zu bewegen. Göring zeigte Henderson das Transkript der Telefongespräche zwischen Benesch und Jan Masaryk, dem Sohn des 1937 verstorbenen Staatsgründers Tomas Masaryk, der seit 1925 als tschechoslowakischer Botschafter in London tätig war. Diese Gespräche warfen ein grelles Licht auf die tschechischen Intrigen. Weder die Briten noch die Franzosen bezweifelten die Authentizität der Texte.[402] Am 28. September trafen Chamberlain, Hitler, Daladier und Mussolini in München zusammen, um die Einzelheiten des Anschlusses des Sudetenlands, den Prag am 21. desselben Monats akzeptiert hatte, abzusprechen.

Jan Masaryk empfand maßlosen Zorn auf Chamberlain. "Es ist ein Unglück, dass dieser dumme, schlecht informierte Mensch englischer Premier ist", klagte er.[403] Der französische Außenminister Georges Bonnet fand anerkennende Worte für Hitler, weil dieser seine in Godesberg erhobenen Forderungen herabgeschraubt hatte. Auch die Londoner *Times* vom 2. Oktober geizte nicht mit Lob für den Führer, der erhebliche Konzessionen gemacht und dafür gesorgt habe, dass die militärischen Begleitmaßnahmen des Anschlusses lediglich auf eine "symbolische Teilbesetzung" hinausgelaufen seien.[404] Benesch, der sich nach England abgesetzt hatte, äußerte sich später in seinem Exil gegenüber einem Assistenten recht freimütig:

"Wir brauchten den Krieg, und ich tat in diesem Sinne alles, damit es ja zum Krieg kommt."[405]

Nach Beneschs Flucht versuchte Deutschland, die Beziehungen zur Tschechoslowakei zu verbessern. In nicht vom Reich annektierten Gebieten Böhmens und Mährens lebten noch 378.000 ethnische Deutsche. Am 3. Oktober wies Hitler diese Minderheit an, zwar ihr kulturelles Erbe weiter zu pflegen, jedoch auf jegliche politischen Aktivitäten zwecks Erlangung von Autonomie oder im Hinblick auf einen Anschluss an Deutschland zu verzichten. Zwölf Tage später traf sich der Reichskanzler mit dem neuen tschechischen Außenminister Frantisek Chvalkovsky und ersuchte diesen, bei der Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern mitzuhelfen.[406]

Im November skizzierte die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin einen Entwurf für einen deutsch-tschechoslowakischen Freundschaftsvertrag. Obgleich Hitler die Angelegenheit dann auf Januar 1939 verschob, veranschaulichte diese Initiative sein Interesse an einer Zusammenarbeit mit Prag. Seine erste Geste gegenüber der neuen tschechischen Regierung bestand in einer großzügigen Politik gegenüber den tschechischen Bewohnern des angegliederten Sudentenlandes, deren Zahl sich ursprünglich auf 743.000 belaufen hatte. 260.000 tschechische Soldaten, Beamte sowie deren Familienangehörige kehrten auf Geheiß ihrer Regierung ins Mutterland zurück. Weitere 160.000 Tschechen, die nicht unter deutscher Herrschaft zu leben wünschten, verließen das Reich auf eigenen Wunsch.

Am 20. November ratifizierten die beiden Staaten einen Vertrag, der im Sudetenland gebliebenen Tschechen und Slowaken erlaubte, ihre Staatsbürgerschaft selbst zu wählen. Männer von mindestens 28 Jahren erhielten auf Wunsch gemeinsam mit ihren Frauen und Kinder die deutsche Nationalität. Wer sich als Tscheche oder Slowake bekannte, durfte als Gast bleiben. Jene, die dem Sudetenland

den Rücken kehrten, konnten allfälliges Grundeigentum entweder verkaufen oder vermieten. Den Bestimmungen des Vertrags gemäß waren sowohl die deutsche als auch die tschechische Regierung befugt, Bürger des jeweils anderen Staates, die sie als politisches Sicherheitsrisiko einstuften, auszuweisen. Von den mehr als 300.000 Tschechen, die sich für den Verbleib im Sudetenland entschieden hatten, wurden lediglich 140 als “missliebige Personen” abgeschoben. Im Reich verbliebene Tschechen und Slowaken waren nicht verpflichtet, in den deutschen Streitkräften zu dienen.[407]

An jenen Angehörigen der deutschen Minderheit, die in den von Prag kontrollierten Teilen Böhmens und Mährens blieben, kühlten die verbitterten Tschechen nach ihrer Niederlage in München ihr Mütchen. Tausende von Deutschen verloren ihren Arbeitsplatz. Viele wurden ohne jeden vernünftigen Grund von der Polizei observiert. Die Regierung weigerte sich, ihnen und ihren Familienangehörigen im Falle von Arbeitslosigkeit Unterstützung zu gewähren. Am 21. Januar legte Hitler Chvalkovsky einen Beschwerdenkatalog vor und prangerte den immer noch in der Tschechoslowakei herrschenden “Benesch-Geist” an. Unter Hinweis auf den feindseligen Ton der tschechischen Presse warnte der Führer, keine Großmacht könne ruhig zusehen, wie ein kleinerer Nachbarstaat eine ständige Bedrohung an seiner Flanke darstelle. Einmal mehr betonte er die Notwendigkeit einer Verbesserung der Beziehungen.[408]

Ribbentrop las Chvalkovsky einige Auszüge aus prominenten tschechischen Zeitungen davor. “Vier Monate nach München ist bereits klar, dass ein Krieg unausbleiblich ist”, hatte eines dieser Blätter prophezeit, und in einem anderen hieß es:

> “Die augenblickliche politische Lage wird nicht als unabänderlich und ewiger Zustand betrachtet.”[409]

Henderson riet dem tschechischen Botschafter in Berlin, Voytech Mastny, bei seiner Regierung vorstellig zu werden, um ein Ende der Schikanen gegen die Deutschen in der Tschechoslowakei zu erreichen. In seinem Londoner Exil versuchte Benesch seinen politischen Einfluss mittels seiner Anhänger in Prag zu wahren. Sie lancierten eine Pressekampagne, in der sie der amtierenden Regierung Unterwürfigkeit gegenüber Berlin vorwarfen.[410]

Diese politischen Ränke dauerten nicht lange an. Ironischerweise erwies sich das Münchner Abkommen, das die westlichen Demokratien eingefädelt hatten, um die Tschechoslowakei zu retten, als deren Todesurteil. Nachdem die Sudetendeutschen ihr Recht auf Selbstbestimmung erhalten hatten, ermunterte dieser Präzedenzfall die anderen benachteiligten Minderheiten, ihrem Beispiel zu folgen. Die zahlenmäßig stärkste davon waren die Slowaken, deren Land 1919 von der tschechischen Armee und Miliz besetzt worden war. Tomas Masaryk hatte den Slowaken damals Autonomie versprochen, sein Wort jedoch nicht gehalten. Auch waren die Slowaken in der Verwaltung krass untervertreten: Von den 8.000 tschechischen Regierungsbeamten waren ganze 200 Slowaken.[411]

Hitler wünschte nicht in den Konflikt zwischen den Tschechen und den Slowaken hineingezogen zu werden. Am 19. November 1938 hatte das Außenministerium in Berlin seine Diplomaten in Prag angewiesen, die Entwicklung mit der erforderlichen Distanz zu beobachten. Die deutsche Presse wurde ebenfalls instruiert, bei ihrer Berichterstattung über die Spannungen in der Slowakei eine neutrale Position einzunehmen. “Zur Zeit sind keine politischen Verhandlungen mit den Slowaken opportun”, beschloss Hitler.[412]

Die Kontrolle über die unzufriedenen Minderheiten entglitt Prag mehr und mehr. Im Oktober 1938 hatten Slowaken und Ruthenen regionale Parlamente gegründet; dieses Recht hatte ihnen die Zentralregierung schließlich als Schritt in Richtung Autonomie zugestanden. Die Abgeordneten nutzten ihren Einfluss und ihre Autorität, um in ihren Heimatregionen einen immer unabhängigeren

Kurs einzuschlagen.

Der neue tschechische Präsident, Dr. Emil Hacha, griff zu den bewährten Holzhammermethoden. Am 6. März ließ er in der Karpatho-Ukraine Truppen aufmarschieren und ernannte Armeegeneral Lev Prchala zum Innen- und Finanzminister. In der Slowakei löste Hacha das regionale Parlament auf, rief in der Hauptstadt Pressburg (slowakisch: Bratislava) das Kriegsrecht aus und ließ 60 slowakische Politiker einsperren. Zahlreiche tschechische Soldaten und Polizisten wurden nach Pressburg entsandt. Hacha sah sich wachsendem Chaos und der Gefahr offener Rebellion gegenüber. Er bat Dr. Josef Tiso, den die Slowaken zu ihrem Premierminister gewählt hatten, um Hilfe bei der Wiederherstellung der Ordnung.

Der tschechoslowakische Premierminister Hacha trifft sich am 14. März 1939 mit Hitler in Berlin. Zur Rechten des Führers Göring, Ribbentrop, Keitel und Weizsäcker.

Am 13. März fuhr Tiso nach Berlin und fragte Hitler, wie dieser auf eine slowakische Unabhängigkeitserklärung reagieren werde. Der Führer begnügte sich mit der Bemerkung, er habe kein Interesse an einer Besetzung der Slowakei, weil diese niemals zum Deutschen Reich gehört habe. Nach seiner Rückkehr nach Pressburg rief Tiso am folgenden Tag im Parlament die Unabhängigkeit der Slowakei aus und setzte Hitler per Telegramm über diesen Schritt in Kenntnis. In seiner Antwort versprach Hitler, die Sicherheit des slowakischen Staates zu gewährleisten. Für die tschechoslowakische Republik bedeutete dies das Todesurteil. Ungarn, das auf eine Rückgewinnung der Slowakei gehofft hatte (in der Habsburger Monarchie war diese Bestandteil Ungarns gewesen), war angesichts dieser Entwicklung sehr ungehalten, doch der deutsche Kanzler beschwichtigte die Magyaren, indem er ihnen die Karpatho-Ukraine zusprach.

Hacha ersuchte um eine Audienz bei Hitler. Am späten Abend traf er, begleitet von Chvalkovsky, per Zug in Berlin ein. Seit ihrem Amtsantritt hatten sich diese beiden Männer um eine Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland bemüht, aber die Machenschaften der im Land verbliebenen Benesch-Anhänger, die antideutsche Presse sowie die Öffentlichkeit, die unter Benesch annähernd zwei Jahrzehnte lang auf Deutschfeindlichkeit getrimmt worden war, sabotierten die Bemühungen ihrer Regierung. Vor seinem Treffen mit Hitler sagte Hacha zu Ribbentrop, er sei gekommen, “um das Schicksal der Tschechei in die Hände des Führers zu legen”.[413]

Bei der anschließenden Unterredung zwischen Hitler und Hacha erklärte der Reichskanzler, er werde seiner Armee am folgenden Tag den Befehl zur Überschreitung der tschechischen Grenze

erteilen. Bereits drei Tage zuvor hatte er das OKW angewiesen, diese Operation vorzubereiten. Der Führer legte seinem Gast nahe, der tschechischen Armee jeden Widerstand zu verbieten:

> "In diesem Falle hat Ihr Volk noch gute Aussichten für die Zukunft. Ich werde ihm eine Autonomie gewähren, die weit über alles hinausgeht, wovon es zu Zeiten Österreichs hätte träumen können."[414]

Hacha gab nach und befahl seinem Armeechef, General Jan Syrovy, Gewehr bei Fuß zu stehen. Entsprechend wurde auch den deutschen Soldaten, welche am folgenden Tag um sechs Uhr früh tschechisches Territorium betraten, der Gebrauch ihrer Waffen untersagt.

Eine deutsche Vorhut besetzte die hochindustrialisierte Zone von Mährisch-Ostrau unweit der polnischen Grenze, ohne auf Widerstand seitens der Tschechen zu stoßen.[415] Die polnische Regierung, die gehofft hatte, das Chaos in der Tschechei für ihre eigenen Zwecke ausnutzen, um dieses Industriegebiet annektieren zu können, war äußerst erbost darüber, dass Hitler ihr einen Strich durch die Rechnung gemacht hatte.

Die Deutschen vermochten die anfängliche Feindseligkeit der tschechischen Bevölkerung zu dämpfen, und zwar vor allem dank der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). In den ersten zehn Tagen der Besetzung verteilte diese Organisation Lebensmittel im Wert von sieben Millionen sowie Kleidung im Wert von fünf Millionen Reichsmark an die notleidende Bevölkerung, wobei sie sich auf Städte und Industrieregionen konzentrierte, wo es öfter zu Versorgungsengpässen kam als auf dem Land. Des Weiteren sorgten die deutschen Militärbehörden dafür, dass Lebensmittelgeschäfte und Kaufhäuser rasch wieder aufgestockt wurden. Von dieser raschen Hilfe profitierte vor allem die Tschechen und nicht die noch im Land ansässigen Deutschen. Spontane Versuche der lokalen Volksdeutschen Partei, die Kontrolle über die Verwaltung zu erlangen, wurden von der Wehrmacht im Keim erstickt.[416]

Zum Zeitpunkt des deutschen Einmarsches gab es in der Tschechei 148.000 Arbeitslose, doch die Demobilisierung der tschechischen Armee ließ diese Zahl anschwellen. Das Reichsarbeitsministerium reagierte auf diesen Zustand mit der Einrichtung von Arbeitsämtern im "Protektorat", wie Böhmen und Mähren fortan genannt wurden. Innerhalb eines Monats fanden 15.000 Arbeitslose Beschäftigung in der deutschen Industrie. Im Verlauf der folgenden Monate sank die Zahl der Unbeschäftigten kontinuierlich, und im Juni schloss die – im Amt verbliebene – tschechische Regierung Handelsabkommen mit Norwegen, Holland und mehreren anderen Ländern ab, um den wirtschaftlichen Aufschwung zu beschleunigen.[417]

Hitler befahl, die Stärke der tschechischen Armee, die in Friedenszeiten 150.000 Mann betragen hatte, auf 7.000 Mann einschließlich 280 Offizieren zu verringern, wobei nur Bürger tschechischer Nationalität bei den Streitkräften dienen konnten. Um die aus dem Heeresdienst entlassenen Offiziere ruhigzustellen, sorgte er dafür, dass sie unabhängig von der Länge ihrer Dienstzeit eine volle militärische Pension erhielten.[418]

Die deutsche Militärverwaltung dauerte nur einen Monat. Walther von Brauchitsch, Oberkommandant des Heeres, versetzte die permanenten Besatzungsstreitkräfte in ethnisch deutsche Gemeinden, um die Tschechen nicht unnötig zu provozieren. Während der gesamten deutschen Herrschaft über das Protektorat wurde kein einziger Tscheche zur deutschen Armee eingezogen. Das Land blieb während des gesamten mörderischen Kriegs buchstäblich unversehrt.

Hacha und sein neues Kabinett übernahmen am 27. April 1939 wieder die Regierung. Tschechisch blieb die offizielle Sprache. Für innere Sicherheit, Erziehung und Bildung, Justiz, Verkehr, Kultur, Soziales und öffentliche Arbeiten war auch weiterhin die tschechische Regierung zuständig, die jedoch alle außen- und finanzpolitischen Befugnisse an Deutschland – vertreten durch den von Hitler

zum Reichsprotektor ernannten Konstantin von Neurath – abtreten musste. Im Verlauf seiner langen Karriere hatte Neurath oft Sympathie und Bewunderung für die Tschechen bekundet.

Laut einer Schätzung der Kommandogruppe 3 der deutschen Armee befanden sich im Sudetenland sowie in Böhmen und Mähren rund 140.000 antinationalsozialistische deutsche Emigranten. Die deutsche Polizei nahm 2.500 Kommunisten fest, wobei ihre Aufgabe durch die Mitarbeit der tschechischen Polizei erleichtert wurde. Am 7. Juni verkündete Hitler eine Generalamnestie für alle tschechischen politischen Häftlinge im Sudentenland sowie im Protektorat.[419] In letzterem wurden permanent 5.000 deutsche Polizisten stationiert, um Sabotage und kommunistische Subversion zu bekämpfen. Unter der deutschen Herrschaft genoss die tschechische Bevölkerung ein höheres Ausmaß an Autonomie und Bürgerrechten und wurde weniger diskriminiert als die Sudetendeutschen, Slowaken und Ungarn unter Tomas Masaryk und Benesch.

Die Deutschen beschlagnahmten die Ausrüstung der tschechischen Armee größtenteils und benutzten sie für ihre eigenen Streitkräfte. Deutsche Truppen drangen für kurze Zeit auf slowakisches Gebiet vor, um die grenznahen tschechischen Waffendepots auszuräumen. Die riesige Menge an konfisziertem Kriegsmaterial verlieh Hitlers Behauptung, wonach die Tschechoslowakei, die ja mit anderen europäischen Mächten verbündet gewesen war, eine Bedrohung für Deutschland dargestellt habe, eine gewisse Glaubwürdigkeit. Während der ersten Woche der Besetzung gingen 24 mit Kriegsmaterial beladene Güterzüge nach Deutschland ab, doch die Deutschen schätzten, dass sie 500 Züge benötigen würden, um den Transfer zu vervollständigen.

Am 30. März 1939 schrieb Generalquartiermeister Eduard Wagner an seine Frau, die Menge an Kriegsgeräten, die in diesem kleinen Land vorgefunden worden war, sei “einfach erschütternd”[420] Unter anderem waren den Deutschen 1.582 Flugzeuge, 2.175 Feldgeschütze, 468 Panzer, 501 Fliegerabwehrkanonen, 785 Mörser, 43.856 Maschinengewehre, über eine Million Gewehre, drei Millionen Artilleriegeschosse, eine erhebliche Anzahl spezialisierten Militärgeräts wie Maschinen zum Brückenbau oder Scheinwerfer sowie schließlich über eine Milliarde Gewehrpatronen für die Infanterie in die Hände gefallen. Moderne Rüstungsbetriebe wie die Skoda-Werke waren produktiv genug, um neben ihren anderen Aufgaben noch Aufträge für die UdSSR zu erfüllen.

Ribbentrop sandte den Völkerrechtler Dr. Friedrich Berber mit einem speziellen Ermittlerteam nach Prag, um die in den tschechischen diplomatischen Archiven befindlichen Dokumente aus der Zeit von März 1938 bis März 1939 zu untersuchen, und zwar “besonders in Hinsicht auf die englische und französische Einstellung zur tschechischen Frage”. Anhand einer überwältigenden Zahl aussagekräftiger Dokumente, die er in Prag – sowie einige Monate zuvor in Wien – gesichtet hatte, kam Berber zum Schluss, London habe sich ständig in die Politik Österreichs und der Tschechoslowakei eingemischt, “in der klaren Absicht, Deutschland zu schwächen”. In Bezug auf Polen, hieß es in Berbers Bericht warnend, würden die Briten ähnlich vorgehen. “England will den Krieg”, folgerte Hitler aus diesen Erkenntnissen.[421]

Polen

Nach dem Zusammenbruch Russlands und der Niederlage der Mittelmächte erklärte Polen im Jahre 1918 seine Unabhängigkeit. Frankreich unterstützte die polnischen Forderungen nach zusätzlichen Territorien, um den frisch aus der Taufe gehobenen Staat zu stärken.

> "Das einzige wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es kein Anreicht besitzt",

kommentierte US-Präsident Woodrow Wilson die französische Polenpolitik.[422] Der französische Historiker und politische Analytiker Jacques Bainville bemerkte:

> "Es scheint, dass die Schöpfer des Vertrages geglaubt haben, dass ihnen die Versöhnung des Nationalitätenprinzips mit dem Gleichgewichtsprinzip gelungen sei, da die befreiten Völker des Ostens mit der Aufgabe betraut worden sind, als Gegengewicht gegen die deutsche Masse zu dienen."[423]

Zum damaligen Zeitpunkt konsolidierten die Bolschewiken unter Lenin ihre Kontrolle über Russland. Die Rote Armee drang in Litauen ein, das sich im Januar 1919 für unabhängig erklärt hatte, aber die polnische Armee trieb die bolschewistischen Streitkräfte zurück. Der populäre polnische Feldherr Marschall Jozef Pilsudski wurde zum Staatsoberhaupt ernannt. Da er sein Heil in der Offensive sah, ließ er sein Heer im April 1920 in die UdSSR einmarschieren, um eine sowjetische Truppenkonzentration in der Nähe der Grenze zu vernichten. Getreu seinem Grundsatz, wonach Polen "eine Macht werden muss, die den großen Weltmächten ebenbürtig ist", eroberte Pilsudski Gebiete, in denen weniger als fünf Prozent der Bevölkerung aus Polen bestand.[424] Mit dem Vertrag von Riga fand der hin- und herwogende Krieg zwischen Polen und der Sowjetunion am 18. März 1921 ein Ende, und Galizien wurde Polen zugeschlagen.

Im Dezember 1918 riss die militärische Untergrundorganisation POW (Polska Organizacya Wojskowa, Polnische Militärische Organisation) in Posen, das unmittelbar westlich der Grenze lag und wo Polen und Deutsche harmonisch nebeneinander lebten, die Macht an sich, doch deutsche Freikorps lancierten einen erfolgreichen Gegenangriff. Der französische Feldmarschall Ferdinand Foch verlangte von der Reichsregierung, diese Truppen müssten sich aus Posen zurückziehen. Da Deutschland zu schwach war, um dem französischen Ultimatum zu trotzen, gab der deutsche Premierminister Friedrich Ebert diesem Ansinnen statt. Währenddessen griffen polnische Freischärler fortlaufend deutsche Dörfer in der Gegend um Posen an.[425]

Präsident Wilson schlug eine Volksabstimmung in Oberschlesien vor, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu bieten, selbst zu entscheiden, welchem Staat sie angehören wollte. Im August 1919 zettelten 22.000 POW-Kämpfer einen Aufstand an, um die gesamte Region mit Gewalt unter ihre Herrschaft zu bringen.[426] Das Freikorps schlug die Revolte innerhalb weniger als einer Woche nieder. Im Februar 1920 übernahm die interalliierte Kontrollkommission die Verwaltung Oberschlesiens. Mehr als 11.000 französische Soldaten, unterstützt von kleineren italienischen und britischen Kontingenten, trafen in Oberschlesien ein, um die kommende Volksabstimmung zu überwachen. Diese fand im Frühling 1921 statt. 706.820 Schlesier stimmten für Deutschland, 479.414 für Polen, darunter viele Menschen polnischer Abstammung.[427]

Während die alliierte Kommission noch über die Festlegung der definitiven Grenzen beriet, entfesselte die POW im Mai 1921 abermals einen Aufstand. Mit französischen Waffen ausgerüstet, hoben die von Wojciech Korfanty geleiteten Rebellen eine Armee von 30.000 Mann aus. Obwohl die polnische Regierung jede Unterstützung für Korfanty bestritt, vermeldete der Korrespondent der

Londoner *Times*, mit Munition beladene Züge aus Polen träfen regelmäßig in Oberschlesien ein. "Die Grenze zwischen Polen und Oberschlesien ist so frei passierbar wie unsere London Bridge", schrieb er am 10. Mai.[428]

Am 21. Mai leiteten die 25.000 Freikorps-Kämpfer eine Gegenoffensive gegen die zahlenmäßig überlegenden polnischen Truppen ein und drängten diese in die Defensive. Nach dem Beginn des deutschen Vormarsches intervenierten die Franzosen und die Briten, um die Ordnung wiederherzustellen Im Oktober sprach der Völkerbund fast ein Drittel des umstrittenen Gebiets den Polen zu, obwohl Deutschland im Licht des Abstimmungsergebnisses Anspruch auf die gesamte Region erheben konnte. Rund 40% der oberschlesischen Bevölkerung lebten in den Gegenden, die an Polen gingen. Dort befanden sich sechs Siebtel der Zink- und Bleivorräte, die gesamten Eisenerzvorkommen sowie 91% der Kohlenvorräte.[429]

Zu den Gebieten, die Deutschland eingebüßt hatte, gehörte ein 16.000 Quadratkilometer großer vertikaler Landstreifen in Westpreußen, der sich von der Ostseeküste bis hinab nach Oberschlesien erstreckte. Polen verlangte diesen Korridor, um uneingeschränkten Zugang zum Meer zu erhalten, und die Alliierten hielten diese Forderung für billig. Auf dem Territorium des Korridors befand sich die deutsche Hafenstadt Danzig, in der von 400.000 Einwohnern lediglich 15.000 polnischer Volkszugehörigkeit waren. Die Bewohner der Stadt bekannten sich in ihrer überwältigenden Mehrheit zu Deutschland, doch die Friedenskommission sprach sich für die Angliederung Danzigs an Polen aus. Lloyd George wehrte sich hartnäckig gegen diesen Schritt und erzwang einen Kompromiss: Danzig wurde zur "Freistadt" unter Verwaltung des Völkerbundes, wobei die Polen die Kontrolle über das Zollwesen erhielten.

Oberst Beck (zweiter von links) und andere polnische Offiziere bei einer Militärparade in Krakau vor dem Zweiten Weltkrieg. Deutsche Analytiker argwöhnten, die Ernennung eines Berufsoffiziers zum polnischen Außenminister werde eine aggressivere antideutsche Politik einläuten.

Während der Weimarer Republik hatten sich sämtliche deutschen Regierungen und die meisten größeren Parteien für die Zerstörung des polnischen Staates ausgesprochen. Auch im Reichsaußenministerium sowie in der Reichswehr herrschte diese Einstellung vor. Im September 1922 schrieb General Hans von Seeckt, Chef der Heeresleitung der Reichswehr, an Kanzler Joseph Wirth, die Existenz Polens sei unerträglich und mit Deutschlands lebenswichtigen Interessen unvereinbar. Dieser Staat, forderte Seeckt, müsse verschwinden und werde es auch, teils aufgrund seiner eigenen Schwäche, teils durch russisches Zutun, wobei Deutschland den Russen helfen werde.

[430]

Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Polen rief in anderen europäischen Ländern starken Unmut hervor. Juden, Ukrainer und Deutsche litten unter den Versuchen der Regierung in Warschau, sie mit juristischen Mitteln ihrer Rechte zu berauben, ihren politischen Einfluss zu zerstören und sie zum Verlassen Polens zu bewegen. Deutsche Beamte wurden reihenweise aus dem Staatsdienst entlassen. Deutsche Bauernhöfe wurden beschlagnahmt, deutsche Schulen geschlossen und ihre Schüler zwangsweise in polnische Schulen überstellt. Diese Maßnahmen veranlassten viele deutsche Bewohner Westpreußens und Schlesiens zur Abwanderung ins Reich. Schon 1926 hatte ein Viertel der ethnischen Deutschen Polen verlassen.

Heinrich Brüning, der von 1930 bis 1932 deutscher Kanzler war, betrieb eine Handelspolitik, die von den Polen als schädlich für ihren eigenen Handel betrachtet wurde. Der polnische Staatschef Pilsudski reagierte mit Militärmanövern und Truppenaufmärschen nahe der deutschen Grenze. Die polnische Armee umzingelte Ostpreußen, das durch den Korridor vom Reich getrennt war, mit Truppenkonzentrationen. Die Zeitung *Mocarstwowiec*, Sprachrohr der “Großmachtliga”, die ideologisch auf der Linie von Marschall Pilsudski lag, sprach in einem Leitartikel Klartext:

> “Wir sind uns bewusst, dass Krieg zwischen Polen und Deutschland nicht vermieden werden kann. Wir müssen uns systematisch und energisch für diesen Krieg vorbereiten… Unser Ideal ist, Polen im Westen mit den Grenzen an der Oder und der Neiße in der Lausitz abzurunden und Preußen vom Pregel bis zur Spree einzuverleiben. In diesem Krieg werden keine Gefangenen genommen. Es wird kein Platz für humanitäre Gefühle sein.”[431]

Der polnische Generalstab hatte seit 1921 Pläne für eine Invasion des Reichs geschmiedet.[432] Dass Oberst Jozef Beck, ein Vertrauter Pilsudskis, im November 1932 zum Außenminister ernannt wurde, galt deutschen Diplomaten als Beweis für eine Verschärfung der polnischen Einstellung gegenüber Deutschland.[433]

Das polnische Säbelrasseln erweckte in Deutschland erhebliche Verstimmung, mit dem Ergebnis, dass das Reichsaußenministerium selbst relativ unbedeutende Verträge mit Warschau nicht verlängerte, sondern auslaufen ließ. Als Hitler im Januar 1933 zur Macht kam, waren die Beziehungen zwischen Deutschland und seinem östlichen Nachbarstaat bis zum Zerreißen gespannt. Die polnische Presse entfachte eine wüste Hetzkampagne gegen den neuen Kanzler; Pilsudski ließ Kampfdivisionen in die Gegend um Danzig verlegen und verstärkte die aus 82 Mann bestehende Garnison, welche die Westerplatte – ein Armeemagazin auf einer Halbinsel unweit von Danzig – bewachte. Ein Untergebener Pilsudskis schrieb in der halbamtlichen Zeitung *Gazeta Polska*:

> “Bezüglich der westlichen Territorien kann und wird Polen nur mit der Stimme seiner Kanonen sprechen.”[434]

Im April 1933 ersuchte Pilsudski Paris zum zweiten Mal innerhalb von kaum zwei Monaten um Mitwirkung bei einem “präventiven” Angriffskrieg gegen das Reich, holte sich bei den Franzosen jedoch eine Abfuhr. Der deutsche Botschafter in Warschau, Hans Adolf von Moltke, erfuhr von diesem Plan und setzte Hitler davon in Kenntnis.[435] Dem Führer war sehr daran gelegen, eine Konfrontation mit Warschau zu vermeiden. Bei seinem ersten Treffen mit dem polnischen Gesandten am 2. Mai 1933 verhielt er sich freundlich und konziliant und erklärte sich bereit, öffentlich zu verkünden, dass seine Regierung sämtliche bestehenden deutsch-polnischen Verträge beachten werde. In einer außenpolitischen Rede verlieh der deutsche Kanzler am 17. Mai 1933 im Reichstag seiner Hoffnung Ausdruck, “eine Lösung finden zu können, die den verständlichen Ansprüchen Polens genau so wie den natürlichen Rechten Deutschlands entgegenkommen” werde.[436]

Im November 1933 bot Hitler Pilsudski einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt an. Nachdem der polnische Staatschef ein weiteres Mal ebenso diskret wie erfolglos versucht hatte, Frankreich für eine Teilnahme an dem von ihm geplanten “Präventivkrieg” zu gewinnen, willigte er in den deutschen Vorschlag ein. Im Januar 1934 unterzeichneten Warschau und Berlin einen Zehnjahresvertrag. Neue Handelsabkommen verschafften der krisengeschüttelten polnischen Wirtschaft Zugang zu einem neuen Markt. Hitler verbot der deutschen Presse die Publizierung von Artikeln, in denen deutsche Gebietsansprüche im Osten geltend gemacht wurden. Im Gegenzug dämpfte Warschau die antideutsche Tonart seiner eigenen Presse. Des Weiteren wies der Führer den nationalsozialistischen Senat Danzigs an, sich nicht länger beim Völkerbund über die polnische Verletzung geltender Verträge zu beschweren.

In der deutschen Öffentlichkeit fand Hitlers Entspannungspolitik gegenüber Polen keine Unterstützung. Der amerikanische Botschafter in Berlin, William Dodd, vermerkte, selbst überzeugte Nationalsozialisten seien schwer enttäuscht über den Pakt ihres Führers mit Warschau.[437]

Antipolnisch gesinnte preußische Adlige im Generalstab sowie im Außenministerium lehnten den politischen Kurswechsel ebenfalls schroff ab. “Heute hat die deutsche Minderheit in Polen das Gefühl, vom Deutschen Reich im Stich gelassen zu werden”, telegrafierte Moltke im Oktober 1937 aus Warschau.[438] Hitler blieb seinem Kurs jedoch treu. Der neue polnische Botschafter in Berlin, Jozef Lipski, wurde von seinen Gastgebern mit einer Zuvorkommenheit und Herzlichkeit behandelt, die für einen polnischen Diplomaten zuvor undenkbar gewesen wäre.

Nach Pilsudskis Tod im Mai 1935 konnten Außenminister Jozef Beck und Armeekommandant Marschall Edward Rydz-Smigly in ihren jeweiligen Positionen schalten und walten, wie es ihnen beliebte. Beide waren Verfechter einer expansionistischen Außenpolitik. Der Freundschaftsvertrag mit Deutschland wurde polnischerseits nicht mehr ernstgenommen. In einem Bericht an seine Vorgesetzten in Berlin hielt Botschafter Moltke fest:

> “Die Polen glauben, sich in ihrem Vorgehen gegen die deutsche Minderheit kaum noch Beschränkungen mehr auferlegen zu brauchen, da sie mangels jeglicher Reaktion in der deutschen Presse den Eindruck erhalten müssen, dass alle Übergriffe von der deutschen öffentlichen Meinung widerspruchlos hingenommen werden.”[439]

Im Februar 1936 stellte der deutsche Generalkonsul in Thorn, Ernst von Küchler, Berlin einen Bericht zu, in dem er darauf hinwies, dass im Zug der von der polnischen Regierung eingeleiteten Landreform unverhältnismäßig oft deutsches Land an Polen verteilt wurde:

> “Es soll eben bis zum Ablauf des 10jährigen Verständigungsabkommen soviel wie nur möglich deutscher Grundbesitz zerschlagen werden.”[440]

Aus Kattowitz meldete Konsul Wilhelm Nöldeke am 15. März, in Königshütte sei

> “eine Versammlung des dortigen deutschen Bauernvereins von einer mit Stöcken und Knüppeln bewaffneten Menge gesprengt worden, wobei auch einige völlig unbeteiligte deutsche Angestellte des oberschlesischen Landestheaters angegriffen und misshandelt worden sind”.[441]

Für eine Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen sorgte auch ein Anfang 1936 ausgebrochener Tarifstreit. Um das durch den Korridor vom Rest des Reichs abgeschnittene Ostpreußen mit Kohle versorgen zu können, mussten deutsche Frachtzüge polnisches Gebiet durchqueren und hierfür Durchfahrtsrechte bezahlen. Da die Höhe der Zahlungen in Warschau als unzureichend erachtet wurde, kündigte dieses im Januar 1936 an, es werde den deutschen Zugverkehr um 50 bis 80% verringern. Das polnische Verkehrsministerium drohte sogar, deutschen Zügen während der Verhandlungen die Durchfahrt gänzlich zu verbieten.[442] Im März teilte Beck den

Franzosen mit, Polen sei bereit, Frankreich in einem Krieg gegen Deutschland zu unterstützen.[443] Im September fuhr Marschall Rydz-Smigly nach Paris und überredete die französische Regierung dazu, Polen mit einem massiven Darlehen sowie mittels Lieferung von Kriegsmaterial unter die Arme zu greifen. Warschau gab bereits mehr als ein Drittel seines Budgets für die Armee aus, obwohl die Analphabetenrate in Polen zu den höchsten in Europa gehörte und ein erheblicher Teil der polnischen Bevölkerung in Armut lebte.[444] Rydz-Smigly wies General Tadeusz Kutrzeba an, einen Kriegsplan gegen Deutschland zu entwerfen. Dieser Plan lag im Januar 1938 vor. Ihm zufolge war 1939 mit dem Ausbruch eines Kriegs zwischen Polen und Deutschland zu rechnen. Bis zum damaligen Zeitpunkt hatte Hitler niemals irgendwelche Drohungen an die Adresse Polens verlauten lassen.

Nach dem Ersten Weltkrieg waren dem Reich zahlreiche Gebiete geraubt worden, doch kein Verlust wurde vom deutschen Volk so schmerzlich empfunden wie derjenige Danzigs und der von Polen annektierten Regionen. Um sein eigenes Volk zu beschwichtigen und ein weiteres Hindernis auf dem Weg zur Normalisierung der Beziehungen zu Polen zu beseitigen, verlangte Hitler eine zumindest nominelle Korrektur der Versailler Vereinbarungen, wobei er sich auf zwei Revisionen beschränkte. Erstens ersuchte er um die Erlaubnis zum Bau einer Autobahn sowie einer Eisenbahnlinie durch den Korridor, um Ostpreußen mit dem Rest des Reichs zu verbinden. Diese Bitte hatte Julius Schnurre, Leiter der Abteilung Osteuropa im wirtschaftspolitischen Sektor des Auswärtigen Amts, dem polnischen Außenminister Beck bereits 1935 unterbreitet, ohne von diesem einer Antwort gewürdigt zu werden.[445] Zweitens erstrebte Hitler die Wiederherstellung der deutschen Souveränität über Danzig. Als Gegenleistung war er bereit, die von der Alliierten Friedenskommission festgelegte deutsche Ostgrenze als endgültig anzuerkennen – was zur Zeit der Weimarer Republik keine Regierung getan hatte – und Polen einen für 25 Jahre gültigen Nichtangriffspakt anzubieten.

Dieser Plan lief darauf hinaus, dass Hitler bereit war, eine ganze Provinz gegen einen Landstreifen einzutauschen, der gerade breit genug war, um einer Autobahn und einer Eisenbahnlinie Platz zu bieten. Das Projekt wäre vom Reich finanziert worden, doch wären dabei polnische Arbeiter eingesetzt und polnisches Baumaterial verwendet worden, was zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in Polen beigetragen hätte. Die Rückkehr des 262 Quadratkilometer großen Danzigs zum Reich hätte für Polen keinen Verlust bedeutet, weil diese Stadt vom Völkerbund und nicht von Warschau regiert wurde. Auch der Hafen von Danzig war für die Polen nicht mehr von allzu großer Bedeutung, denn weiter nördlich hatten sie in Gdynia (deutsch: Gdingen) einen Hafen erbaut, der anno 1926 in Betrieb genommen worden war. Da den Reedern dort sehr günstige Bedingungen angeboten wurden, verlagerte sich bereits 1930 mehr als die Hälfte des Handels, der früher in Danzig abgewickelt worden war, nach Gdynia.

Hitlers Angebot umfasste den Verzicht des Reichs auf Oberschlesien mit seiner blühenden Industrie sowie Posen und Westpreußen. Diese Provinzen waren viele Jahrhunderte lang von Deutschen bewohnt gewesen und hatten noch vor weniger als zwei Jahrzehnten zu Deutschland gehört. Dennoch erklärte sich Hitler bereit, fast eine Million noch dort ansässige Deutsche der Herrschaft eines fremden Staates zu überlassen – und dies, obgleich das Reichsaußenministerium 15.000 Fälle von Gewalttaten gegen ethnische Deutsche in Polen dokumentiert hatte.[446] Der Führer war außerdem gewillt, öffentlich zu erklären, dass es zwischen Deutschland und seinem östlichen Nachbarstaat keine territorialen Probleme mehr gab. Keine Weimarer Regierung hätte ein solches Angebot überlebt.

Am 24. Oktober 1938 traf sich Ribbentrop in Berchtesgaden mit dem polnischen Botschafter Lipski und unterbreitete diesem die deutschen Vorschläge, wobei er den Status von Danzig als "Produkt von Versailles" bezeichnete. Lipski widersprach dieser Darstellung vehement und

behauptete, erst der Aufstieg Polens habe der zuvor “unbedeutenden” Stadt zum Aufschwung verholfen. Die öffentliche Meinung seines Landes, warnte er Ribbentrop, werde die Übergabe der Stadt an Deutschland niemals hinnehmen.[447] Am 31. Oktober bekräftigte die polnische Regierung Lipskis Position in brieflicher Form, erklärte sich jedoch immerhin bereit, das Recht der “deutschen Minderheit” in Danzig auf Bewahrung ihrer nationalen und kulturellen Identität zu gewährleisten.[448] Angesichts der Tatsache, dass 96% der Einwohner Danzigs Deutsche waren, kam diese Formulierung einer bewussten Provokation gleich, die Hitler zu übersehen beschloss. Die polnische Pressekampagne gegen Deutschland nahm ihren Fortgang.

Am 5. Januar 1939 fuhr Beck zu Verhandlungen mit Hitler nach Deutschland. Der Führer beharrte darauf, dass die Rückkehr Danzigs zum Reich Voraussetzung für eine endgültige Lösung des Konflikts mit Polen sein müsse. Zugleich versicherte er Beck, Berlin werde sich die Stadt unter keinen Umständen eigenmächtig einverleiben und Warschau hierdurch vor ein Fait accompli stellen. Desgleichen sicherte er Polen für alle Zukunft freien Zugang zum Meer zu. Beck bat um Zeit, um die deutschen Vorschläge sorgfältig überdenken zu können.

Mitte Januar setzte Beck Rydz-Smigly darüber in Kenntnis, dass er beschlossen hatte, das deutsche Angebot abzulehnen, behauptete jedoch zwei Wochen später gegenüber Ribbentrop lügenhaft, die Frage werde weiterhin geprüft. Eine Welle neuer Verfolgungen suchte die deutsche Minderheit in Polen heim. Am 25. Februar berichtete der britische Botschafter in Warschau, Sir Howard Kennard, Außenminister Halifax von einer Unterredung mit Moltke, bei der es um die Lage der deutschen Land- und Industriearbeiter in Polen ging:

> “Das Land, das den großen deutschen Landbesitzern gehört hatte, war durch die Agrarreform praktisch konfisziert worden, deutsche Beschäftigte aller Art in der Industrie und in der Landwirtschaft würden entlassen, nur weil sie zufällig Deutsche waren.”

Deutsche Schulen würden zwangsweise geschlossen, und es sei für einen in Polen lebenden Deutschen mittlerweile praktisch unmöglich, genügend Geld zur Bestreitung seines Lebensunterhalts zu verdienen. Kennard schloss, es bestehe

> “nur geringe Wahrscheinlichkeit, dass die polnischen Behörden etwas Ernsthaftes tun würden, um die Verhältnisse zu verbessern.”[449]

Weiter verschärft wurde die Situation dadurch, dass sich Deutschland am 22. März das von Litauen besetzte Memelland zurückholte. Bei diesem handelte es sich um einen schmalen, 2.800 Quadratkilometer großen Landstreifen in Nordostpreußen, den die Litauer 1923 gewaltsam an sich gerissen hatten. Der Völkerbund hatte damals verlangt, das Territorium demokratisch zu regieren. 1925 fanden in der Tat Wahlen statt, bei denen 94% der Bevölkerung, darunter viele Litauer, ihre Stimme deutschen Parteien gaben. Die litauische Regierung in Kaunas erkannte das Wahlergebnis jedoch nicht an. Im folgenden Jahr wurde Litauen zur Diktatur, und manche Deutsche fanden sich wegen “Aufrechterhaltung des Deutschtums” hinter Gittern wieder.[450]

Nach dem Anschluss Österreichs führten die Memel-Deutschen öffentliche Demonstrationen durch. Im November 1938 bot Kaunas Berlin Verhandlungen über die Zukunft des Gebiets an. Bei einem international überwachten Referendum sprachen sich im Dezember 87% der Wähler für den Anschluss an Deutschland aus. Ribbentrop stellte dem litauischen Außenminister Juozas Urbsys wirtschaftliche Anreize für sein Land in Aussicht. Nach der Abtretung Memels an Deutschland setzten die Litauer am dortigen Hafen, der in ihrem Besitz geblieben war, weiterhin ihre eigenen Dockarbeiter und ihr eigenes Verwaltungspersonal ein. Außerdem betrieben sie eine Eisenbahnlinie, die durch den an Deutschland gefallenen Landstreifen führte und den Hafen direkt mit Litauen

verband. Genau dieselbe Lösung schlug Hitler den Polen in Bezug auf Danzig und den Korridor vor.

In den Wochen vor der Übereinkunft mit Kaunas versetzte Berlin die drei in Ostpreußen stationierten Armeedivisionen an die Grenze zum Memelland. Rydz-Smigly erklärte dies zum Beweis dafür, dass Berlin drauf und dran war, Danzig zu annektieren.[451] Am 23. März 1939 mobilisierte er einen großen Teil der polnischen Reserven. Da Memel und Danzig an den beiden entgegengesetzten Enden Ostpreußens lagen, *entfernten* sich die deutschen Divisionen in Wirklichkeit von der Stadt, die sie laut Rydz-Smigly übernehmen wollten. Die Memel-Episode fand nur eine Woche nach der deutschen Besetzung des tschechischen Rumpfstaates statt. Beck nutzte die Lage aus, um mit London Verhandlungen über die Bildung einer antideutschen Allianz aufzunehmen. Am 24. März ließ Beck in einer Unterredung mit Lipski und anderen hochrangigen Regierungsbeamten die Bemerkung fallen, Hitler gehe der Fähigkeit des logischen Denkens und Handelns zusehends verlustig, aber "entschlossener Widerstand" von polnischer Seite werde ihn vielleicht zur Vernunft bringen. Ansonsten, versprach Beck, "werden wir kämpfen".[452]

Hitler blieb gesprächsbereit. Der Oberbefehlshaber des deutschen Heeres, General Brauchitsch, vermerkte in einer Notiz: "Führer will die Danzigfrage … nicht gewaltsam lösen." Eine Direktive, die Ernst von Weizsäcker, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, als Richtlinie für die bevorstehenden Verhandlungen entworfen worden war, wurde von Hitler blockiert, da sie zu scharf formuliert sei und "die Polen sozusagen vor die Option Freund oder Feind stellt".[453]

Nach seiner Rückkehr nach Berlin übergab Lipski Ribbentrop am 26. März einen Brief, in dem der Vorschlag zum Bau einer Autobahn durch den Korridor formell zurückgewiesen wurde. Lipski sagte dem Außenminister unumwunden, dass "jegliche weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere soweit sie die Rückkehr Danzigs zum Reich beträfen, den Krieg mit Polen bedeuten."[454] Diese Drohung verstieß ebenso wie Rydz-Smiglys Teilmobilisierung gegen den Geist des Nichtangriffs- und Freundschaftspakts von 1934, in dem es hieß, die Unterzeichnerstaaten würden "unter keinen Umständen… zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten."[455]

Bei den Briten fiel das polnische Bündnisangebot auf fruchtbaren Boden. Die westlichen Demokratien hatten eben erst die Tschechoslowakei als Alliierten verloren; ihre militärischen und industriellen Ressourcen standen jetzt den Deutschen zur Verfügung. Der Stabschef der britischen Armee meinte gegenüber Chamberlain, im Falle eines Krieges gegen Deutschland wäre es für London ein immenser Vorteil, Polen als Bündnispartner an seiner Seite zu wissen. Am 30. März erhielt Kennard aus London die Anweisung, Polen eine britische Garantie anzubieten. Beck nahm diese Offerte ohne zu zögern an. Am nächsten Tag ging Chamberlain im Unterhaus auf die Details der geplanten Garantie ein: Die britische Regierung werde sich

> "für den Fall irgendeiner Aktion, die klarerweise die polnische Unabhängigkeit bedroht und die die polnische Regierung daher für so lebenswichtig hält, daß sie ihr mit ihren nationalen Streitkräften Widerstand leistet", verpflichtet fühlen, "der polnischen Regierung alle in ihrer Macht stehende Hilfe sofort zu gewähren."[456]

Am 3. April begab sich Beck nach London, um die Einzelheiten des geplanten Bündnisvertrags zu besprechen. Am 23. desselben Monats rief Warschau weitere 334.0000 Reservisten zu den Waffen, obgleich wiederum keine konkrete Bedrohung seitens Deutschlands vorlag.[457]

Am 28. April trat Hitler vor dem Reichstag auf. Er erklärte, dass das britisch-polnische Abkommen die Polen verpflichte, gegen das Reich zu den Waffen zu greifen, wenn dieses in Konflikt mit irgendeinem Staat gerate, dem England eine Garantie abgegeben habe.

Ausländische Journalisten befragen Volksdeutsche, die im Sommer 1939 aus ihren Heimatorten in Westpolen ins Reich geflüchtet sind.

> "Diese Verpflichtung", fuhr er fort, "widerspricht der Abmachung, die ich seinerzeit mit dem Marschall Pilsudski getroffen habe. Denn in dieser Abmachung ist ausschließlich Bezug genommen auf bereits, also damals bestehende Verpflichtungen, und zwar auf die uns bekannten Verpflichtungen Polens Frankreich gegenüber. Diese Verpflichtung nachträglich zu erweitern steht im Widerspruch zur deutsch-polnischen Nichtangriffspakt-Erklärung. Ich hätte unter diesen Umständen damals diesen Pakt nicht abgeschlossen. Denn was haben Nichtangriffspakte überhaupt für einen Sinn, wenn sich der eine Partner praktisch eine Unmenge von Ausnahmefällen offenlässt?"[458]

Hitler kündigte den Pakt, fügte jedoch in seiner Rede hinzu, er würde eine polnische Initiative zur Aushandlung eines neuen Vertrags zur Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen begrüßen.

Der Abschluss des Abkommens mit London löste in der polnischen Presse eine Flut von Kriegsdrohungen und antideutschen Leitartikeln aus. Am 31. März stellte der deutsche Generalkonsul in Posen seiner Regierung in Berlin einen Bericht zu, in dem er feststellte:

> "Seit Monaten arbeitet die polnische Presse in den Westgebieten auf eine Vergiftung der öffentlichen Meinung gegen die Deutschen hin… Die Presse äußert hemmungslos ihre deutschfeindlichen Gefühle, und es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die Posener Blätter irgendeinen mehr oder weniger aggressiven Artikel oder ausfallende Bemerkungen gegen das Deutschtum bringen."[459]

Obwohl Hitler sein Außenministerium persönlich angewiesen hatte, jedes "Gerede über einen Krieg" zu unterlassen, berichtete der französische Botschafter in Warschau, Leon Noel, nach Paris:

> "Die patriotischen Gefühle der Polen wurden durch die deutschen Drohungen, deren sich das Land plötzlich bewusst geworden ist, bei allen Parteien und in allen Klassen aufs höchste gesteigert, Arbeiter und Bauern sind sich der Gefahr bewusst und sind zu den größten Opfern bereit… Die militärischen Maßnahmen sowie die Requisitionen werden mit Begeisterung aufgenommen."[460]

Die Volksdeutschen Polens bekamen nun die volle Wucht des polnischen Chauvinismus zu spüren, der von den Medien nachhaltig geschürt wurde. Am 13. April telegrafierte der deutsche Konsul in Danzig nach Berlin:

> "Die deutsche Bevölkerung ist hierdurch zum Teil derartig verängstigt, dass sie bereits den wertvolleren Teil ihrer Habe vergraben hat, sich tagsüber nicht mehr auf die Straßen und Felder wagt und die Nächte aus Angst vor Überfällen außerhalb der Gehöfte in irgendwelchen Verstecken verbringt. Die polnische bodenständige Bevölkerung behauptet, im Besitz von Waffen zu sein."[461]

In ihrer Ausgabe vom 11. Mai veröffentlichte die Zeitung *Dziennik Bydgoski* (*Bromberger Tagblatt*) einen Leitartikel, in dem es hieß, die Deutschen in Polen seien

> "intelligent genug, um sich darüber klar zu sein, daß im Kriegsfall kein einheimischer Feind lebendig entrinnen wird… Der Führer ist weit, aber der polnische Soldat ist nahe, und in den Wäldern fehlt es nicht an Ästen."

Im Vormonat hatte der polnische Bürgermeister von Bromberg, eine Stadt mit einem verhältnismäßig großen deutschen Bevölkerungsanteil, gegenüber Journalisten verlauten lassen, im Fall eines deutschen Einmarsches werde Hitler "nur über die Leichen der Bromberger Deutschen hier einziehen".[462]

Am 5. Mai legte Beck vor dem polnischen Parlament die Grundzüge seiner Politik dar. Danzig, machte er geltend, sei keine deutsche Stadt, sondern habe seit Jahrhunderten zu Polen gehört. Den Wohlstand der Stadt schrieb Beck dem Handel mit polnischen Waren zu, die auf der Weichsel nach Danzig exportiert würden; dabei übersah er geflissentlich, dass dieser Fluss nach 19 Jahren unprofessioneller Wartung unter polnischer Verwaltung nicht mehr schiffbar war. Beck verwarf Hitlers Angebot, die polnische Souveränität über den Korridor, Posen und Oberschlesien als Gegenleistung für die Abtretung Danzigs als Bestandteile Polens anzuerkennen, mit der Begründung, da diese Provinzen bereits polnisch seien, biete Hitler gar keine Gegenleistung an. "Eine Nation, die sich selbst achtet, macht keine einseitigen Zugeständnisse", donnerte er.[463]

Die orthodoxen Historiker loben Beck, weil dieser sein Land trotzig dagegen verteidigt habe, zu einem deutschen Satelliten zu werden. Da Hitlers Vorschlag das Angebot umfasste, Polen als Mitglied des Antikominternpaktes aufzunehmen, argumentieren diese Historiker, wären die Polen über kurz oder lang in Hitlers geplanten militärischen Kreuzzug gegen Russland verwickelt worden. Doch abgesehen davon, dass kein deutsches Dokument diese These stützt, übersieht letztere den eigentlichen Zweck des Antikominternpaktes. Dieser verfolgte das Ziel, die Zusammenarbeit zivilisierter Nationen gegen kommunistische Subversion im Inneren zu fördern. Die Unterzeichnerstaaten verpflichteten sich zum Austausch von Informationen über kommunistische Unterwanderungsbestrebungen, so wie Interpol heute den Informationsaustausch über die Gefahr des globalen Terrorismus fördert. Außerdem hatte Hitler seine oft zitierten Gedanken über die Gewinnung von Lebensraum in Russland anderthalb Jahrzehnte zuvor in *Mein Kampf* dargelegt. Nachdem die Bolschewiken ihre Macht über das frühere Zarenreich konsolidiert hatten, äußerte er sich nicht mehr in diesem Sinne.

Aufgrund persönlicher Beobachtungen sowie seiner Unterredungen mit Diplomaten in Berlin war Henderson in der Lage, seinen Vorgesetzten in London ein realistisches Bild der öffentlichen Meinung in Deutschland zu vermitteln. Im Mai 1939 schrieb er an Halifax:

> "Es muss daran erinnert werden, daß Danzig und der Korridor die große Frage vor 1933 war. Eine der unpopulärsten Entscheidungen, die Hitler jemals traf, war sein 1934 mit Pilsudski

> abgeschlossener Vertrag. Er hatte seine ganze Partei gegen sich. Heute stehen die gemäßigtsten Deutschen, die gegen einen Weltkrieg sind, hinter seinem Angebot an Polen."

Henderson fügte hinzu, auch ausländische Diplomaten in Berlin erachteten Hitlers Vorschläge als gerechtfertigt:

> "Nach Meinung meines belgischen Kollegen betrachten alle hiesigen diplomatischen Vertreter das deutsche Angebot für sich als überraschend günstig. Der holländische Gesandte, der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten und mein südafrikanischer Kollege haben sich in diesem Sinne mir gegenüber geäußert."[464]

Da Henderson begriff, dass Hitler mit seinem Angebot keinesfalls Anspruch auf polnisches Gebiet erhob, sondern auf große, ehemals deutsche Gebiete verzichtete, um den Polen goldene Brücken zu bauen, schrieb er am 17. Mai in einem Telegramm an Halifax, man habe "die 25jährige Garantie der bestehenden polnischen Grenzen im Austausch für eine befriedigende Regelung des Danziger- und Korridorproblems" als großzügiges Angebot angesehen. Dass diese Offerte von den Polen sofort und ohne jede Prüfung zurückgewiesen worden sei, habe "nicht nur Hitler persönlich erregt, sondern tiefen Eindruck auf das ganze Land gemacht".[465] Der Botschafter erwähnte auch den "in Deutschland, besonders in der Armee, vorhandene Polenhass und die polnische Undankbarkeit gegenüber früheren deutschen Diensten".

Am 16. Mai fasste Henderson eine Unterredung mit Weizsäcker in einem Brief an Sir Alexander Cadogan, Unterstaatssekretär im Außenministerium, wie folgt zusammen.

> "Weizsäcker hat sich bitter über das Verhalten der Polen geäußert. Sie haben nach 'Wien' und 'München' genommen, was sie konnten und dann die Hand gebissen, die sie gefüttert hat. Es gibt keinen Deutschen, der nicht Hitlers Angebot als äußerst großzügig und weitherzig ansieht."[466]

Hitler war sich darüber im Klaren, dass ohne eine Regelung des Konflikts um Danzig nicht an eine Normalisierung der Beziehungen zu Polen zu denken war. Die britische Garantie für Polen hatte Hitler der Möglichkeit beraubt, seine Forderungen ohne schweren Gesichtsverlust zurückzuziehen. Am 3. April 1939 wies er das OKW an, eine Studie über mögliche militärische Operationen gegen Polen zu erstellen, fügte jedoch einschränkend hinzu:

> "Das deutsche Verhältnis zu Polen bleibt weiterhin von dem Grundsatz bestimmt, Störungen zu vermeiden. Sollte Polen seine bisher auf dem gleichen Grundsatz beruhende Politik gegenüber Deutschland umstellen und eine das Reich bedrohende Haltung einnehme, so kann eine endgültige Abrechnung erforderlich werden."[467]

In Berlin trafen auch weiterhin Berichte aus den deutschen Konsulaten in Polen ein, in der von schweren Ausschreitungen gegen die volksdeutsche Minderheit die Rede war. Im Auftrag Hitlers erteilte Pressechef Otto Dietrich den Zeitungsherausgebern die Anweisung,

> "hinsichtlich der zahlreichen Meldungen aus Polen etwas Zurückhaltung üben… Es ergeht die Anweisung, daß über Zwischenfälle in Polen bis auf weiteres nur DNB (Deutsches Nachrichtenbureau)-Meldungen gebracht werden sollen und nur auf der Seite 2. Jede sensationelle Aufmachung soll vermieden werden."[468]

Unter Hinweis auf die polnischen Medien bemerkte Henderson:

> "Die phantastische Forderung unverantwortlicher polnischer Elemente auf Ostpreußen und anderes deutsches Gebiet hat billiges Öl in die Flammen gegossen."[469]

Im Juni trafen Hubert Gladwyn Jebb und Sir William Strang vom britischen Außenministerium in Warschau ein. In seinem Bericht resümierte Jebb am 9. Juni die von ihm und seinem Kollegen

geführten Unterredungen mit polnischen Regierungsministern und hochkarätigen Offizieren. Er zitierte einen Wirtschaftswissenschaftler im polnischen Außenministerium, laut dem polnische Bauern nach dem erwarteten Krieg mit Deutschland auf die großzügige Zuteilung deutschen Bodens hofften.[470] Der polnische Generalstab, urteilte Jebb, sei "überoptimistisch", und die Regierungsfunktionäre in Warschau seien seit der britischen Garantie "schrecklich anmaßend" geworden. Er erwähnte in seinem Bericht Einzelheiten einer Unterredung mit Graf Lubienski, Becks Kabinettschef, und charakterisierte dessen Einstellung folgendermaßen:

> "Im großen und ganzen schien er unserer Politik bezüglich Danzigs gegenüber misstrauisch zu sein und ließ durchblicken, daß Polen sich, bevor es sich uns zuwandte, gut und gern mit Deutschland hätte arrangieren können."[471]

Als der britische General Sir Edmund Ironside im Juli zu Gesprächen nach Polen fuhr, ließ Rydz-Smigly ihm gegenüber die Bemerkung fallen, ein Krieg mit Deutschland sei unvermeidlich.[472] Kein einziger dieser britischen Emissäre versuchte die Polen von ihrer kriegerischen Haltung abzubringen.

Wie Moltke aus Warschau berichtete, waren im Juni 70% der Deutschen in Oberschlesien arbeitslos, im Vergleich zu 16% in Gesamtpolen. Zu jenem Zeitpunkt hatte die Reichsregierung 70.000 volksdeutsche Flüchtlinge registriert, die in den zurückliegenden Monaten aus Polen geflohen waren. Weitere 15.000 hatten sich nach Danzig abgesetzt. Zu den Gräueltaten, die an den zurückgebliebenen Volksdeutschen begangen worden waren, gehörten fünf dokumentierte Fälle von Kastration. Auf Anweisung seiner Regierung legte Kennard in Warschau Protest gegen die Verfolgung der deutschen Minderheit ein. "Die Polen reagierten recht vernünftig auf die Proteste, doch scheinen diese keine definitiven Ergebnisse gebracht zu haben", meldete er seinen Vorgesetzten.[473]

In Danzig, das immer noch vom Völkerbund und seinem hohen Kommissar Carl Burckhardt verwaltet wurde, spitzte sich die Krise ebenfalls zu. Die Stadt unterstand polnischer Zollkontrolle, und der Senat übte immer wieder heftige Kritik am Verhalten der polnischen Zollinspektoren, deren Zahl ursprünglich nur sechs betragen hatte, bis 1939 aber auf über 100 angewachsen war. Diese polnischen Beamten trieben sich auch in Gebieten herum, in denen sie keinerlei Befugnisse besaßen, da ihr primäres Interesse Objekten von potentieller militärischer Bedeutung galt.[474] Sie trafen sich jeweils am Danziger Bahnhof, der sich unter polnischer Kontrolle befand, und ein Funker meldete die von ihnen gesammelten Informationen dann nach Warschau. Im Kriegsfall bestand die Aufgabe der Inspektoren darin, irreguläre Truppenformationen zu führen, ihnen Zugang zu den in der Stadt verborgenen geheimen Waffenlagern zu verschaffen und in Danzig strategisch wichtige Punkte zu besetzen, bis die polnische Armee eintraf.[475]

Der Danziger Senatsvorsitzende Arthur Greiser beschwerte sich am 3. Juni 1939 beim polnischen Kommissar in Danzig, Marian Chodacki, über die Umtriebe der polnischen Zollinspektoren. Chodacki konterte, deren Zahl der Inspektoren sei immer noch unzureichend, weil die deutschen Inspektoren ihre Pflicht nicht täten, und drohte Danzig mit Wirtschaftssanktionen. Am 4. August stellte er dem Senat eine weitere Note zu, in der er ankündigte, fortan würden die polnischen Inspektoren bewaffnet, und jede Behinderung ihrer Aktivitäten werde unverzügliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Danzig in Form einer Blockierung der Lebensmittelzufuhr nach sich ziehen. Beck ließ Kennard wissen, die Polen würden militärisch intervenieren, falls der Danziger Senat die polnischen Bedingungen ablehne.[476]

Am 9. August traf sich Weizsäcker mit dem polnischen Geschäftsträger in Berlin, Michal Lubomirski, um sich gegen das polnische Ultimatum vom 4. August zu verwahren. Sanktionen gegen die Freie Stadt Danzig, warnte er, würden diese dazu zwingen, engere wirtschaftliche Verbindungen

mit dem Reich anzustreben. Am nächsten Tag teilte ein Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium dem deutschen Geschäftsträger mit, jegliche Einmischung der Reichsregierung in den Konflikt zwischen Warschau und Danzig werde von Polen als Kriegsakt aufgefasst werden.[477] In einer Rede goss Rydz-Smigly noch kräftig Öl ins Feuer:

> "Wir werden bald gegen den deutschen Erbfeind marschieren, um ihm endgültig die Giftzähne auszubrechen. Die erste Etappe auf diesem Marsch wird Danzig sein… Haltet Euch bereit für den Tag der Abrechnung mit dem arroganten Germanenblut. Die Stunde der Rache ist nahe!"[478]

Burckhardt bezeichnete die polnische Politik als "übermäßig kriegerisch".[479]

In einer offiziellen Pressemittelung schilderte Warschau, wie Greiser seine Forderungen nach einem Notenaustausch mit Chodacki zurückgezogen hatte. Laut der polnischen Presse hatte eine einzige, in relativ schroffem Ton formulierte Note "Hitler in die Knie gezwungen"[480] Die britischen und französischen Medien stießen ins selbe Horn: Der Führer habe die Segel streichen müssen. Am 11. August äußerte sich Hitler gegenüber Burckhardt wie folgt:

> "Die Presse sagte, dass ich die Nerven verloren hätte, dass Drohungen die richtige Behandlung für mich seien, dass wir nachgegeben hätten, als die Polen festblieben, dass ich voriges Jahr nur geblufft hätte und daß mein Bluff durch den polnischen Mut, den die Tschechen nicht besessen hätten, geplatzt sei. Ich habe idiotische Erklärungen in der französischen Presse gelesen, daß ich meine Nerven verloren hätte, die Polen aber die ihren behalten hätten."[481]

"Können Sie selbst nach London fliegen?" wollte Hitler von Burckhardt wissen. "Die Angelegenheit ist ziemlich dringend, wenn wir Katastrophen vermeiden wollen."[482] Halifax, gewiss kein Freund Deutschlands, telegraphierte am 15. August an Kennard:

> "Ich habe den Eindruck, dass Hitler immer noch unentschlossen ist und einen Krieg unbedingt vermeiden möchte."[483]

Am Tag zuvor hatte Roger Makins, ein Beamter des britischen Außenministeriums, in einem Schreiben an Englands Delegierten in Genf, Frank Walter, seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, dass der Führer Verhandlungen aufnehmen wolle, um einen bewaffneten Zusammenstoß zu vermeiden.

Die orthodoxen Historiker beharren darauf, dass Hitler entschlossen gewesen sei, in Polen einzufallen. Wäre dies wirklich seine Absicht gewesen, so hätte er den Danziger Senat zur Verabschiedung einer Resolution veranlassen können, laut der die Stadt die Oberhoheit des Völkerbundes nicht länger anerkannte und zum Reich zurückkehrte. Ein solcher Schritt hätte unweigerlich jene militärische Reaktion Polens nach sich gezogen, vor der Beck gewarnt hatte, und Deutschland hätte dann seinerseits intervenieren können, um dem Recht der Danziger Bevölkerung auf Selbstbestimmung Nachdruck zu verschaffen. Angesichts der Tatsache, dass Großbritannien sich nachdrücklich zu demokratischen Prinzipien bekannte und Polen die Feindseligkeiten eröffnet hatte, wäre es angesichts eines solchen Szenariums für London höchst schwierig gewesen, ein militärisches Eingreifen auf polnischer Seite mit seiner Garantie gegenüber Warschau zu begründen.

Die polnische Regierung ließ Razzien gegen "illoyale" Volksdeutsche durchführen und die Festgenommenen in Konzentrationslager verschleppen. Das deutsche Konsulat meldete nach Berlin, allein in Oberschlesien seien weit über tausend Deutsche verhaftet worden, "mit dem offensichtlichen Zweck, Geiseln in die Hände zu bekommen".[484] Die polnischen Behörden legten den Grenzverkehr zwischen Oberschlesien und dem Reich lahm, so dass Tausende von Grenzgängern ihre Arbeitsplätze in Deutschland nicht mehr erreichen konnten. An der polnischen Küste stationierte Fliegerabwehrbatterien beschossen Lufthansa-Flugzeuge, die über die Ostsee nach Ostpreußen flogen[485] – mit dem Ergebnis, dass die Luftwaffe die Passagierflugzeuge von Jägern eskortieren

ließ. In Danzig stellte der Polizeichef aus seinen Polizisten zwei mit Gewehren bewaffnete Regimenter zusammen, was auf eine im Widerspruch zu den Beschlüssen des Völkerbundes stehende Remilitarisierung der Stadt herauslief. Die Deutschen verlegten ein Bataillon der SS-Totenkopfstandarte 4 nach Danzig. Am 18. August führte die 1.500 Mann starke “SS Heimwehr Danzig” auf dem Maifeld eine öffentliche Parade durch. Die Polen evakuierten die Familien ihrer Staatsbeamten, verwandelten öffentliche Gebäude und Installationen mit Panzerplatten oder Stacheldraht in öffentliche Festungen und richteten an den Brücken MG-Nester ein.[486]

Zwei Wochen vor Kriegsbeginn zieht die “SS-Heimwehr Danzig” in der Freistadt bei einer Parade vor Gauleiter Albert Forster vorbei.

In seiner Direktive an die bewaffneten Streitkräfte hatte Hitler im April die Isolierung Polens als Vorbedingung für die erwogene militärische Operation gegen dieses Land bezeichnet. Am 23. August schloss das Deutsche Reich einen Nichtangriffsvertrag mit der UdSSR ab. Der in Moskau unterzeichnete Vertrag enthielt eine geheime Zusatzklausel, in der die jeweiligen Interessensphären festgelegt wurden und in der es unter anderem hieß:

> “Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weitern politischen Entwicklung geklärt werden.”

Als Gegenleistung dafür, dass ihm rund die Hälfte des polnischen Territoriums abgetreten wurde, gab der Sowjetdiktator Deutschland Rückendeckung für einen Einmarsch. In Berlin hoffte man, die deutsch-sowjetische Annäherung werde Beck vor Augen führen, wie prekär die Position seines Landes mittlerweile geworden war, und ihn zur Rückkehr an den Konferenztisch zwingen,[487] aber der polnische Außenminister wiegte sich in der Illusion, der Pakt zwischen Berlin und Moskau werde aufgrund der unüberbrückbaren ideologischen Differenzen zwischen den beiden Staaten toter Buchstabe bleiben. In einer Meldung aus Warschau hieß es:

> “Die Ankündigung des bevorstehenden Abschlusses des Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion hat in den polnischen Kreisen Warschaus keinen großen Eindruck gemacht, denn im Grunde genommen bringt dieser Abschluss keine tatsächliche Änderung des Gleichgewichts der Streitkräfte in Europa… Der Abschluss des Nichtangriffspaktes wird keinen Einfluss auf die Lage und die Haltung Polens ausüben.”[488]

Am 23. August erteilte Hitler seinen Streitkräften den Befehl, sich auf einen Einmarsch in Polen am Morgen des 26. vorzubereiten, doch dann verschob der Führer den Angriff, da er, wie er gegenüber Generalleutnant Wilhelm Keitel erklärte, “Zeit zum Verhandeln” benötige und immer noch

eine “Lösung ohne Blutvergießen” anstrebe.[489] Ohne vorherige Provokation von deutscher Seite schlossen die Polen die Grenzen zu Danzig, was angesichts der Abhängigkeit der Stadt von Lebensmittelimportanten eine kritische Situation für deren Einwohner heraufbeschwor. Hitler und Göring ersuchten die Briten um Vermittlung und baten sie, in Warschau vorstellig zu werden, um es zur Wiederaufnahme der Gespräche zu bewegen. Aus der polnischen Hauptstadt telegrafierte Kennard am 25. August nach London:

> “Ich bezweifle ausgesprochen, daß es irgendeinen Nutzen bringt, wenn der polnische Botschafter ein Gespräch mit Hitler sucht. Obwohl ich die Dinge von hieraus natürlich nicht beurteilen kann, scheint es mir doch so zu sein, daß… jedes solches Vorgehen al sein Zeichen von Schwäche angesehen würde und ein Ultimatum provozieren würde.”[490]

Überall an der deutsch-polnischen Grenze feuerten polnische Grenzwachen auf Volksdeutsche, die ins Reich zu fliehen versuchen. Deutsche Infanteriepatrouillen drangen auf polnisches Territorium vor, um den Flüchtlingen das Überschreiten der Grenze zu ermöglichen. Am 26. August trabte eine polnische Kavallerieeinheit keck durch deutsche Dörfer in der Umgebung der ostpreußischen Stadt Neidenburg, worauf das Artillerieregiment 57 der Wehrmacht die Kavalleristen angriff. Die Polen mussten zum Rückzug blasen und ließen 47 Tote zurück.[491] “Wie ich Herrn Henderson schon gesagt habe, glaube ich gern, dass Beck und Lipski voll guter Absichten sind”, meinte Hitler gegenüber seinem Außenminister Ribbentrop.

> “Aber sie sind nicht mehr Herr der Lage. Sie sind Gefangene einer öffentlichen Meinung, die durch Übersteigerung ihrer eigenen Propaganda und die Prahlereien der Militärs zur Weißglut gebracht worden ist. Selbst wenn sie verhandeln wollten, waren sie nicht in der Lage dazu. Das ist der eigentliche Kern der Tragödie.”

Ribbentrop überreichte Hitler ein Telegramm, laut dem polnische Luftabwehrkanonen in drei Fällen wiederum deutsche Passagierflugzeuge beschossen hatten. “Das ist reine Anarchie”, empörte sich der Führer. “Was soll man da machen?”[492]

Am 29. August erhielt Hitler ein halbherziges Versprechen aus London, man werde die Polen zur Aufnahme von Verhandlungen drängen, doch wann diese beginnen sollten, darüber schwiegen sich die Briten aus. Dieser Verschleppungstaktik überdrüssig, erwiderte Hitler, er erwarte am folgenden Tag einen polnischen Diplomaten, der die Vollmacht zur Führung von Verhandlungen besitze. “Das klingt wie ein Ultimatum”, protestierte Henderson, nachdem er diese Note am selben Abend in Anwesenheit Hitlers gelesen hatte. “Aber keineswegs”, versetzte der Führer.

> “Dieser Satz unterstreicht nur die Dringlichkeit des Augenblicks. Bedenken Sie, dass es jederzeit zu einem schweren Zwischenfall kommen kann, wenn sich zwei mobilisierte Armeen gegenüberliegen.”

Die den Polen gewährte Frist sei viel zu kurz, wandte Henderson ein, worauf Hitler erwiderte:

> “Es ist jetzt eine Woche, daß wir immer dasselbe wiederholen. Wir tauschen unablässig Noten und Antworten aus. Dieses unsinnige Spiel kann nicht ewig weitergehen… Denken Sie daran, daß mein Volk Tag um Tag blutet.”[493]

In Warschau trafen sich Beck, Rydz-Smigly und Verteidigungsminister Tadeusz Kasprzycki zur gleichen Stunde zu einer Besprechung. Sie beschlossen, am nächsten Morgen eine Generalmobilmachung auszurufen.

Deutsche Diplomaten und Juristen entwarfen am Morgen des 30. August den Sechzehnpunkteplan von Marienwerder, der als Grundlage für Verhandlungen mit den Polen dienen sollte. Die wichtigsten

Punkte waren der sofortige Rückkehr Danzigs zum Reich, ein deutscher Transitweg, der Ostpreußen mit dem Rest des Reiches verband, der Verbleib Gdynias unter polnischer Oberhoheit, ein Vertrag zum Schutz von Minderheiten sowie eine Volksabstimmung unter den Bewohnern des Korridors. Göring unterstrich, dass der Führer bestrebt war, eine Verletzung der lebenswichtigen Interessen Polens zu vermeiden.[494]

Chamberlains Kabinett kam zum Schluss, die Vorschläge bedrohten weder die Interessen noch die Unabhängigkeit Polens. Selbst das vorgesehene Plebiszit im Korridor brauche Warschau keine Sorgen zu bereiten, da ja nach offiziellen polnischen Angaben 90% seiner Bewohner Polen seien.[495] Die französische Regierung riet den Polen zu Verhandlungen. Aus London ging ein Telegramm an Kennard ab, in dem dieser angewiesen wurde, formell Protest dagegen einzulegen, dass an der polnischen Grenze seit kurzem regelmäßig auf volksdeutsche Flüchtlinge geschossen wurde.

Im Warschauer Außenministerium ging man davon aus, dass Hitler jede Verhandlungsbereitschaft polnischerseits als Zeichen der Schwäche deuten werde. In Wahrheit hätte eine Entgegennahme des Sechzehnpunkteplans für Polen keine Gefahr bedeutet, sondern im Gegenteil einen Dialog ermöglicht und den Ausbruch des Krieges zumindest hinausgeschoben. Im Falle eines Ultimatums aus Berlin hätten die Polen die Verhandlungen ja abbrechen und dabei auf vorbehaltlose Rückendeckung seitens der Westmächte rechnen können. Doch Beck war nicht im Geringsten an Verhandlungen interessiert. Am 31. August wies er Lipski in einem Telegramm an, Ribbentrop mitzuteilen, dass Warschau den Vorschlag der britischen Regierung, Berlin und Warschau sollten sich an den Verhandlungstisch setzen, “in günstigem Sinn erwägen und der britischen Regierung in einigen Stunden eine formelle Antwort zu dieser Frage geben” werde.[496] Im selben Fernschreiben erteilte Beck seinen Botschaftern die Anweisung, sich auf keinerlei Diskussionen mit deutschen Diplomaten einzulassen und ihnen keinerlei Verhandlungsangebote zuzustellen. Am Morgen desselben Tages versuchte Sir George Ogilvie-Forbes, ein britischer Diplomat in Berlin, Lipski in der polnischen Botschaft eine Kopie von Hitlers Sechzehnpunkteprogramm zu überreichen, doch Lipski weigerte sich, das Dokument entgegenzunehmen, und behauptete, dass “im Falle eines Krieges Unruhen in diesem Land [Deutschland] ausbrechen und die polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden”.[497]

In seiner Ansprache vor dem

Reichstag macht Hitler am 1. September 1939 die polnische Mobilmachung sowie den wachsenden Terror und den zunehmenden Druck auf die Volksdeutschen für den Ausbruch der Feindseligkeiten verantwortlich.

Das Reichsluftfahrtministerium hörte Becks Telefongespräch mit Lipski ab, in dem der Außenminister seinen Botschafter in Berlin instruierte, die Annahme einer Kopie von Hitlers Sechzehnpunkteplan zu verweigern. Hitler wusste nun, dass Polen hinsichtlich Danzigs und des Korridors keinerlei Kompromisse eingehen würde. Nichtsdestoweniger schob er den militärischen Schlag gegen Polen abermals auf, nachdem ihn Göring gebeten hatte, ein Treffen zwischen ihm und Henderson sowie dem schwedischen Vermittler Birger Dahlerus zu genehmigen.[498] Die Begegnung zwischen den drei Männern fand am Nachmittag desselben Tages statt. Göring legte Henderson ein Transkript von Becks Anweisungen an Lipski vor. "Der außerordentlich effiziente deutsche Nachrichtendienst hat an diesem Nachmittag in Berlin ganze Arbeit geleistet", schrieb Henderson anschließend an Halifax.

> "Becks Telefongespräch einschließlich der Geheimbotschaft wurde sofort entziffert. Somit lag den Deutschen der Beweis für die polnische Verzögerungstaktik und die Weigerung Warschaus vor, ernsthaft zu verhandeln."[499]

Das Gespräch zwischen Henderson und Göring verlief in herzlichem Ton, doch vermochten die beiden Männer keinen Ausweg aus der Krise zu finden. Ebenso ergebnislos blieb eine Unterredung zwischen Lipski und Ribbentrop, die am selben Nachmittag stattfand. Um 21 Uhr ließ Hitler Keitel zu sich kommen und erteilte ihm eine Direktive, die wie folgt begann:

> "Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen."[500]

Weniger als acht Stunden später marschierten deutsche Truppen in Polen ein.

Bürger der Stadt Danzig, die es laut Chamberlain vor Deutschland zu schützen gilt, heißen nach Ausbruch des Kriegs mit Polen die ersten einrückenden deutschen Soldaten willkommen.

Die Dokumente jener Zeit vermitteln Aufschluss darüber, dass die Invasion Polens mitnichten Bestandteil eines langfristig geplanten Programms zur Erweiterung des deutschen Lebensraums war. Hitlers Angriffsbefehl war die Konsequenz des Scheiterns einer Verhandlungslösung. Ihm ging es vor allem um das Wohlergehen der Deutschen, die außerhalb der Grenzen des Reichs lebten. Dass ein Staat in den Krieg zieht, um Menschen, die nicht seine Bürger, wohl aber mit diesen blutsmäßig verwandt sind, aus einer Notlage zu retten, mag nach heutigen Maßstäben ungerechtfertigt erscheinen. Das heutzutage modische Konzept von der "globalen Gemeinschaft" definiert die Menschen nicht nach ihrer ethnischen Abstammung, sondern nach ihrer Staatszugehörigkeit. Doch in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts war der Stolz auf ihr ethnisches Erbe ein Faktor, der das Bewusstsein der europäischen Völker entscheidend prägte.

Das Münchner Abkommen von 1938, welches Deutschland das von ethnischen Deutschen bewohnte, aber von einem fremden Staat verwaltete Sudetenland zusprach, galt dem Reichsaußenministerium als völkerrechtlicher Präzedenzfall:

> "Damit … war das Schutzrecht der Mutterstaaten durch einen internationalen Akt, an dem die vier Großmächte und drei weitere Staaten beteiligt waren, grundsätzlich ein für allemal anerkannt und zu einem Bestandteil des Völkerrechts erhoben."[501]

Im August 1939 befanden sich Danzig sowie die volksdeutsche Minderheit in Polen in einer verzweifelten Lage. Infolge der am 24. jenes Monats von den Polen verhängten Blockade drohte der Bevölkerung der Freistadt der wirtschaftliche Zusammenbruch, ja eine Hungersnot. In den letzten Augusttagen ermordeten polnische Fanatiker über 200 volksdeutsche Bewohner Westpolens.[502]

> "Die deutsche Intervention war vollkommen rechtmäßig, da sie sich einerseits auf das Schutzrecht des Mutterstaates über seine unter fremder Herrschaft lebenden Volksgruppen, andererseits auf das diesen zustehende Selbstbestimmungsrecht stützte",

urteilte ein deutscher Diplomat.[503] Am 27. August schrieb Hitler an Daladier:

> "Ich würde aber an einer ehrenvollen Zukunft meines Volkes verzweifeln, wenn wir unter solchen Umständen nicht entschlossen wären, die Frage so oder so zu lösen."[504]

Neben moralischen und völkerrechtlichen Fragen spielte auch das Problem der nationalen Sicherheit eine entscheidende Rolle. Wie bereits erwähnt, hatten die Deutschen im Vorjahr in Wien und Prag Dokumente entdeckt, die Aufschluss über geheime Pläne des britischen Außenministeriums zur Schwächung Deutschlands vermittelten. Chamberlains Schlichtung in der Sudetenkrise hatte Hitlers Forderungen Genüge getan und den tschechoslowakischen Staat (vorderhand) gerettet; zum damaligen Zeitpunkt waren Großbritannien und Frankreich militärisch nicht in der Lage, diesen kleinen, aber nützlichen Verbündeten zu verteidigen. Mit dem Zusammenbruch des tschechoslowakischen Staates im März 1939 verloren Briten und Franzosen einen wesentlichen Bestandteil ihres "kollektiven Sicherheitssystems". Unmittelbar anschließend folgte Londons öffentliche Garantie für Polen, die Hitler zur Ansicht bewog, mit dieser Erklärung wolle Chamberlain die Polen gegen Deutschland aufhetzen, um einen feindlichen Nachbarstaat des Reichs durch einen anderen zu ersetzen. Gegenüber seinem Architekten Hermann Giesler äußerte sich der Führer wie folgt:

> "Ich kann diesen Konflikt, dessen Konturen sich für mich ganz klar abzeichnen, nur vermeiden, indem ich mich unterwerfe und damit auf die Lebensrechte des deutschen Volkes verzichte. Aber selbst das würde die Auseinandersetzung nur hinausschieben… Was ich anstreben muss, das ist, die Einkreisung Deutschlands zu verhindern oder zu durchbrechen, gleichgültig in welcher Richtung."[505]

Am 9. August 1939 schrieb Henderson in einem Brief an Unterstaatssekretär Cadogan in London, sowohl die Deutschen als auch die Italiener seien der Ansicht, Polen werde versuchen, den Streit mit dem Reich noch in diesem Jahr gewaltsam zu entscheiden, bevor die britische Bereitschaft zur Unterstützung Warschaus schwinde.[506] In

Warschau drängte die Armeespitze sowie manche Politiker auf eine Beschleunigung der bevorstehenden Auseinandersetzung mit Deutschland, da es eine unannehmbare Belastung des Staatshaushaltes bedeute, so viele Soldaten auf unbestimmte Zeit permanent unter Waffen zu halten.[507] Die am 30. August verkündete polnische Generalmobilmachung war für Hitler ein weiteres Zeichen an der Wand. Da er sich sowohl vom Osten als auch vom Westen her bedroht fühlte, beschloss er, als erster zuzuschlagen. Dieser Entscheid ist vielleicht im Lichte eines Ausspruchs zu sehen, den Friedrich der Große von Preußen im 18. Jahrhundert getan hatte:

“Der Angreifer ist derjenige, der seinen Gegner zwingt, zu den Waffen zu greifen.”[508]

Kapitel 4:
Europa im Würgegriff

Das Kräftegleichgewicht

Es entbehrt nicht der Ironie, dass Großbritannien – die einzige Großmacht, die Deutschland anfangs wenigstens notdürftig vor den verheerenden Auswirkungen des Versailler Vertrags zu schützen versuchte – Hitlers Bemühungen zur Revision dieses Vertrags besonders heftigen Widerstand entgegensetzte. Diese Kehrtwendung entsprach der traditionellen britischen Politik, die auf die Schaffung und Erhaltung eines kontinentalen Kräftegleichgewichts abzielte. England unterstützte traditionell die schwächeren europäischen Staaten, um zu verhindern, dass ein Land auf dem Kontinent allzu mächtig wurde und seinen Nachbarstaaten seinen Willen aufzwang. Als das Reich nach dem Ersten Weltkrieg ausgeblutet war, war den Briten daran gelegen, dass es sich wieder einigermaßen erholte, doch als Deutschland unter Hitler immer stärker und wohlhabender wurde, war es mit der britischen Unterstützung aus und vorbei.

In einer 1941 von der NSDAP herausgegebenen Sammlung von Aufsätzen mit dem Titel *Das ist England* hieß es, England betrachte sich nicht "als ein Glied der europäischen Schicksalsgemeinschaft, sondern als Mutterland eines überseeischen Kolonialreichs."[509] In einer anderen Schrift wurde das Ziel der britischen Diplomatie wie folgt beschrieben:

> "Wohl sollte diese englische Methode auf dem europäischen Festlande einen Ausgleich der Kräfte unter den Völkern und Staaten herbeiführen, aber nicht aus sittlichen Motiven heraus, um Ruhe, Sicherheit, Lebensraum und Frieden zu schaffen, sondern im Gegenteil einzig und allein, um sie gegeneinanderzustellen und einen möglichst ausgeglichenen Kampf zu haben, der lang und anhaltend sein musste, damit die von England gewünschte Schwächung der europäischen Festlandsstaaten herbeigeführt wurde… Bei den europäischen Staaten wäre ohne die großen Kriege der letzten Jahrhunderte und ohne die dauernden Einmischungen Englands fraglos eine schnellere innere Konsolidierung eingetreten, und England hätte sein Weltreich nicht so ungestört aufbauen können."[510]

In dem Sammelband *Das ist England* wurde die Politik der Briten folgendermaßen gekennzeichnet:

> "Es kam ihnen nie auf den Schutz der Schwachen an, sondern immer nur auf die Sicherung ihrer eigenen Macht… Wie kein anderes Volk beherrscht das britische die Kunst, das nackte Machtinteresse als Altruismus, als Idealismus, als moralisches Interesse zu plakatieren."[511]

Die Briten wandten sich 1919 gegen die Abtretung deutschen Gebiets an Polen. 1923 missbilligten sie die militärische Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen und legten ein Veto gegen den von Pilsudski vorgeschlagenen gemeinsamen Angriff Polens und Frankreichs auf Deutschland ein. Viele prominente Engländer, darunter die Herausgeber der Londoner *Times*, befürworteten das Recht des Reichs auf Wiederbewaffnung. "Deutschland will Gleichberechtigung, Frankreich will seine Überlegenheit", meinte der *Daily Express*."[512]

Nach seiner Ernennung zum Reichskanzler hoffte Hitler auf gute Beziehungen zu England. Im

Januar 1934 erteilte er dem Heer die Anweisung, den Briten die Kesselpauken der Gordon Highlanders zurückzugeben, welche die Deutschen anno 1914 auf dem Schlachtfeld erbeutet hatten. Bei einer Zeremonie im Berliner Kriegsministerium überreichten die Deutschen die Trophäen Sir Ian Hamilton, damit er sie ihrem Regiment in Schottland zurückgeben konnte. Im Juni 1935 schloss Hitler mit den Briten ein Flottenabkommen, das der deutschen, nicht aber der englischen Wiederbewaffnung Beschränkungen auferlegte.[513]

In einem Gespräch mit Ward Price, dem Europakorrespondenten der Tageszeitung *Daily Mail*, gab sich Hitler gegenüber Großbritannien sehr versöhnlich:

> "Ich war einst am 4. August 1914 tief unglücklich darüber, dass nunmehr die beiden großen germanischen Völker, die durch alle Irrungen und Wirrungen der menschlichen Geschichte so viele Jahrhunderte friedlich nebeneinander lebten, in den Krieg gerissen wurden. Ich würde glücklich sein, wenn endlich diese unselige Atmosphäre ihr Ende fände und die beiden verwandten Nationen wieder zur alten Freundschaft zurückfinden könnten. Die Behauptung, dass das deutsche Volk sich mit Begeisterung auf den Krieg vorbereite, ist eine uns einfach unfassbare Verkennung des Sinnes der deutschen Revolution. Wir Führer der deutschen Nation sind fast ohne Ausnahme Frontsoldaten gewesen. Ich möchte den Frontsoldaten sehen, der mit Begeisterung sich für einen neuen Krieg vorbereitet."[514]

Der wirtschaftliche Aufschwung des Reichs sowie die Erschließung ausländischer Märkte für seine Industrieprodukte bildeten für England eine ernsthafte Konkurrenz außerhalb seiner Landesgrenzen. Hitlers Bemühungen zur Sicherung der deutschen Autarkie sowie seine Gegnerschaft gegenüber dem Freihandel, dem von Großbritannien nachdrücklich befürworteten System des unbegrenzten internationalen Warenaustauschs, vertieften die Rivalität zwischen den beiden Staaten. Die beharrlichen Friedensangebote des Führers sowie seine Anstrengungen zur Verbesserung der Beziehungen zu Deutschlands Nachbarstaaten schufen die Grundlage für eine kontinentale Einigung, die der englischen Politik des Kräftegleichgewichts flagrant widersprach.

Ebenso unannehmbar waren aus britischer Sicht die Staatsform und die Gesellschaftsstruktur, die sich in Deutschland herauskristallisierten. Der Sturz der Hohenzollern und der Habsburger im Jahre 1918 hatten den Einfluss der deutschen Aristokratie erheblich vermindert. An deren Stelle setzten die Nationalsozialisten ein Führungskader, dessen Angehörige aufgrund ihrer Begabung und Tatkraft und nicht aufgrund ihres Reichtums oder ihrer gesellschaftlichen Position ausgewählt wurden. Mit sicherem Instinkt erkannte die britische Führungsschicht, welche Gefahr der Erfolg einer solchen Revolution für ihre eigene privilegierte Stellung heraufbeschwören musste. Zu den deutschen Programmen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Massen gab es im britischen Commonwealth keine Parallelen. Das deutsche Vorbild konnte die britischen Arbeiter nur allzu leicht dazu verführen, Sozialhilfe für Behinderte, einen besseren Schutz vor Unfällen am Arbeitsplatz, staatlich bezahlte Ferien für ihre Familien sowie bessere Wohnbedingungen zu fordern.

Ein deutscher Journalist berichtete hierzu:

> "Gleich zu Anfang, als die Urlauberreisen beginnen sollten, erschien bei dem stellvertretenden Gauwart der Hamburger Dienststelle des KdF ein Beamter des britischen Generalkonsulats und fragte, ob die Absicht bestände, die deutschen Arbeitererholungsschiffe englische Häfen anlaufen zu lassen. Schon jetzt sei er beauftragt mitzuteilen, dass die britische Regierung das Anlaufen englischer Häfen oder auch nur das Fahren in Sichtweite der englischen Küste als unerwünscht betrachte."[515]

Als Leuchtturm der liberalen Demokratie missbilligte England das deutsche sozialistische Prinzip

der Unterordnung privater Interessen unter die Interessen der Gemeinschaft. Die englischen Sozialisten protestierten gegen die von den Medien ausgiebig ausgeschlachtete Auflösung der deutschen Gewerkschaften, da sie nicht wussten, dass der Schutz der arbeitenden Bevölkerung ein Eckstein der nationalsozialistischen Politik war. Deutsche Emigranten in England beeinflussten die öffentliche Meinung ihres Gastlandes mit Gruselgeschichten über den Terror unter nationalsozialistischer Herrschaft. Die britischen Medien räumten diesen Geschichten viel Platz ein.

1936 entwickelten sich die Spannungen zwischen den beiden Ländern zu einem offenen Antagonismus. Das Aufblühen der Wirtschaft sicherte Deutschland eine zunehmend wichtigere Position im europäischen Handel. Die Wiederbewaffnung hatte Hitlers außenpolitischen Spielraum vergrößert, und die Remilitarisierung des Rheinlands hatte bewiesen, dass Frankreich nicht in der Lage war, Deutschland an die Kandare zu nehmen. Außerdem hatte der Führer Italien bei seiner Eroberung Abessiniens unterstützt, obgleich diese vom Völkerbund verurteilt worden war. Großbritanniens Außenminister Anthony Eden goss noch Öl ins Feuer, indem er im März einen Fragebogen nach Berlin schickte, der dort als gezielter Affront aufgefasst wurde:

> “Eden fragte unter anderem an, ob Deutschland bereit sei, ‘echte’ Verträge abzuschließen, die auch von ihm eingehalten würden.”[516]

Zum neuen Botschafter in Großbritannien ernannte Hitler im August 1936 Joachim von Ribbentrop. Seine Hauptaufgabe bestand darin, die Engländer für einen Beitritt zum Antikominternpakt zu gewinnen. Nach seiner Ankunft in London im Oktober erklärte Ribbentrop, er sei gekommen, um sein Gastland vor den Gefahren des Bolschewismus zu warnen und Verhandlungen über den Abschluss eines Bündnisses gegen die Sowjetunion einzuleiten. Eden winkte gleich ab. Am 20. November verkündete er in einer Rede in Leamington, ein dauerhaftes Arrangement mit Deutschland sei lediglich im Rahmen einer von Großbritannien überwachten “allgemeinen Regelung” in Europa möglich. Diese “allgemeine Regelung” interpretierte Hitler als “leicht überarbeitete Neuauflage des ursprünglichen Versailler Diktats”.[517]

Winston Churchill, ein Karrierepolitiker, der im Verlauf der vorhergehenden Jahrzehnte diverse Regierungsposten bekleidet hatte, machte sich nun zum Sprachrohr der antideutschen Gefühle, die ihm und seinen Getreuen in Hitlers Vokabular den Spitznamen “Kriegspartei” eingebracht hatten. Unter dezentem Hinweis auf Deutschlands “furchterregende Kriegsmaschinerie” – die damals freilich noch gar nicht existierte – prophezeite er, die Deutschen würden freie Hand in Ost- und Südosteuropa sowie die Rückgabe ihrer Kolonien fordern, und dies könne nur allzu leicht zu einem Krieg führen. Ein anschauliches Bild der Sackgasse, in die sich die englisch-deutschen Beziehungen verrannt hatte, vermittelte ein Leitartikel in der Zeitschrift *Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz*, in dem es hieß:

> “Die Argumentation des Churchill-Kreises läuft… geradezu darauf hinaus, jede Ausräumung eines neuralgischen Punktes, die Deutschland gelingt oder anstrebt, als Vorbereitung für die Betätigung unfriedlicher Absichten an anderer Stelle umzufälschen und geradezu als Bestätigung der ‘deutschen Gefahr’ anzuprangern. Würde diese Methode allgemein angewendet, so müsste jedes Vertrauen verschwinden und der Anreiz zu jeder internationalen Zusammenarbeit genommen werden.”[518]

Die Schlammschlacht zwischen deutschen und britischen Zeitungen nahm 1937 ihren Fortgang. Aus London warnte Ribbentrop seinen Führer:

> “Der Wort- und Tintenkrieg verdirbt alle Friedenshoffnungen und ruft in beiden Ländern Hass hervor.”[519]

Da Hitler jedoch nicht gewillt war, die “bodenlosen Frechheiten” der britischen Medien unbeantwortet zu lassen, wies er die deutschen Journalisten an, die Rückkehr der geraubten deutschen Kolonien, die zuvor ein Tabuthema gewesen war, aufs Tapet zu bringen. Bei den Engländern, die sich nach dem Ersten Weltkrieg drei Viertel der früheren deutschen Besitztümer in Afrika unter die Nägel gerissen hatten, ließ diese Forderung natürlich die Alarmglocken läuten.[520] Anfang1937 begann Großbritannien mit einem massiven Aufrüstungsprogramm, das seine militärische Schlagkraft verdreifachen sollte. Hitler reagierte hierauf mit dem Kommentar, er habe “nichts anderes” erwartet.[521]

Im November 1937 wies er die deutsche Presse an, die antibritische Kampagne vorerst zu stoppen, um die Atmosphäre vor dem geplanten Besuch des britischen Staatsmanns Lord Halifax in Deutschland zu entspannen. Auf dem Berghof sagte Halifax zu Hitler, er sei gekommen, um die hauptsächlichen Meinungsunterschiede zwischen London und Berlin zu erörtern. Von solchen Meinungsunterschieden wisse er nichts, konterte Hitler. Als nächstes brachte der Besucher die angebliche Feindseligkeit des Nationalsozialismus gegenüber der Kirche zur Sprache, worauf Hitler erwiderte, England habe nie ein Wort über die sehr viel härteren Maßnahmen gegen kirchliche Institutionen in der UdSSR fallen lassen. Halifax wechselte das Gesprächsthema und mahnte seinen Gastgeber, jede allfällige Änderung des Status von Österreich, der Tschechoslowakei und Danzig müsse auf friedlichem Wege erfolgen. Diese Fragen beträfen London nicht, entgegnete Hitler. Nun brachte der Brite die Frage nach dem Wunsch Deutschlands nach Kolonien aufs Tapet und deutete die Bereitschaft seines Landes an, den Deutschen die eine oder andere portugiesische Kolonie in Afrika auf dem Silbertablett zu servieren. Hitler erinnerte seinen Gast taktvoll daran, dass Deutschland einzig und allein an den Kolonien interessiert war, die ihm in Versailles abgenommen worden waren. Außerdem legte er England nahe, hinsichtlich territorialer Revisionen in Europa eine neutrale Haltung einzunehmen, anstatt “ohne jeden Grund und aus reiner Böswilligkeit Schwierigkeiten zu bereiten”.[522] Der britische Gesandte kehrte unverrichteter Dinge nach London zurück.

Lord Halifax (links) mit Kriegsminister

Leslie Hore-Belisha. Halifax sagte gegenüber dem Kabinett, Polen besitze ein größeres militärisches Potential als die Sowjetunion und wäre für England ein besserer Verbündeter.

Im März 1937 war Neville Chamberlain Premierminister Großbritanniens geworden. Er befürwortete eine Wiederaufrüstung seines Landes und war ein Anhänger der traditionellen Politik des kontinentalen Gleichgewichts. Für ihn war Deutschland "die Hauptursache der bestehenden Kriegsfurcht in Europa".[523] Zum damaligen Zeitpunkt beeinflussten die Nationen des Commonwealth die britische Politik bereits in nennenswertem Ausmaß. Die Regierung in London konnte keine selbstherrlichen Entscheidungen mehr treffen, welche das Empire betrafen, ohne sich mit den Commonwealth-Staaten abzusprechen. Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika sahen in den Seemächten Japan und Italien eine größere Gefahr als in Deutschland. Bei der Empire-Konferenz vom Juli 1937 ersuchten die Dominions London, Hitler bei der Revision des Versailler Systems zu helfen, und warnten England davor, im Falle eines bewaffneten Konflikts in Europa automatisch auf ihre Unterstützung zu bauen. Der südafrikanische Premierminister Jan Smuts hatte der britischen Regierung bereits nahegelegt, Deutschland nicht länger wie "einen Paria in Europa" zu behandeln.[524]

Chamberlain befand sich in einem Dilemma: Jeder Versuch, die Bestimmungen des Versailler Vertrags, den England selbst durch den Abschluss des britisch-deutschen Flottenabkommens von 1935 unterminiert hatte, durchsetzen, konnte einen schweren Konflikt zwischen London und Berlin heraufbeschwören. Eine solche Politik würde den mäßigenden Einfluss der Dominions missachten und ihre Loyalität gegenüber dem Commonwealth schwächen. Entschied sich Großbritannien jedoch dafür, Hitler freie Hand zu lassen, so würde dies zu einer deutschen Hegemonie in Europa führen und das kontinentale Gleichgewicht aus den Fugen bringen.

Die Formel zur Durchkreuzung der ehrgeizigen deutschen Pläne bei gleichzeitiger Sicherung der Unterstützung seitens der Commonwealth-Staaten – und übrigens auch der britischen Öffentlichkeit – sah wie folgt aus: Die wirklich zentralen Revisionen, die Deutschland anstrebte, sollten blockiert, doch sollten den Deutschen kleinere Konzessionen gemacht werden, die Chamberlains Friedenswillen unter Beweis stellen und hierdurch der deutschen Propaganda Wind aus den Segeln nehmen würden. Indem er Halifax 1937 nach Deutschland schickte, führte er den Dominions seine Kompromissbereitschaft vor Augen. Gegenüber dem Amerikaner Henry Morgenthau ließ er in einer vertraulichen Unterredung durchblicken, dass er Zeit benötige, um die "militärische Überlegenheit" zu erringen.[525]

Während der Sudetenkrise von 1938 dachten viele Briten, Hitler sei bereit, Krieg zu führen, um seinen Streit mit Prag zu entscheiden. Im April hatte Chamberlain gegenüber Daladier gesagt, Großbritannien habe seine Rüstung von 1925 bis 1935 zwar vernachlässigt, aber jetzt werde sie schon bald wieder auf Hochtouren laufen. Erst nach Abschluss dieses Rüstungsprogramms, erklärte er, werde England wieder kriegsbereit sein.[526] Im Juli fragte Chamberlain Arthur Robinson vom Komitee für Nachschub, wann Großbritannien in der Lage sein werde, den Kampf gegen die Deutschen aufzunehmen. "In einem Jahr", lautete Robinsons Antwort.[527] Als ehemaliger Schatzminister wusste Chamberlain sehr gut, dass eine allzu starke Forcierung der Aufrüstung sich negativ auf die englischen Exporte auswirken und die Wirtschaft einer Zerreißprobe aussetzen würde.[528] An einen Krieg um der Tschechoslowakei willen war also nicht zu denken.

Chamberlain betrieb auf dem Kontinent auch weiterhin eine sehr aktive Diplomatie. Am 3. August entsandte er Viscount Walter Runciman nach Prag, um als Vermittler bei der Beilegung der Krise zu

helfen. Französische und tschechische Beobachter waren skeptisch. Der französische Diplomat René Massigili meinte gegenüber dem tschechoslowakischen Botschafter in Paris, Stefaan Osuskz, die Engländer wüssten,

> "dass es zum Kriege kommen wird, und dass sie sich mit allen Mitteln bemühen, ihn hinauszuzögern… Sir Arthur Street, der mit einer leitenden Aufgabe im Luftfahrtministerium beauftragt wurde… sagte, dass er in sechs Monaten die englische Luftfahrt in Ordnung haben wird."[529]

Nachdem Chamberlain im September 1938 bei seinen Gesprächen mit Hitler die Übergabe des Sudetenlandes an Deutschland ausgehandelt hatte, geriet er unter Beschuss seitens seiner politischen Rivalen im eigenen Land. Seine schärfsten Kritiker, Churchill und Eden, wussten im Gegensatz zu ihm selbst nicht, wie unvorbereitet England auf den Krieg war. In Wirklichkeit hatte Chamberlain einfach einen Krieg verschoben, für den sein Land noch nicht ausreichend gerüstet war. Die britische Öffentlichkeit, die Dominions und auch das deutsche Volk zollten ihm hohes Lob für seine Bemühungen zur Bewahrung des Friedens. Außerdem hatte er mit seinem Vorgehen die propagandistischen Vorwürfe Deutschlands entkräftet, Großbritannien versuche Deutschland mit Feinden zu umzingeln.[530]

Zu jenen, die begriffen, wie stark die mangelnden britischen Kriegsvorbereitungen zu der kompromissbereiten Politik Chamberlains gegenüber Deutschland beigetragen hatte, gehörte Charles Corbin, französischer Botschafter in London. In einem Schreiben an seine Regierung betonte er, die britische Regierung wünsche

> "unter keinen Umständen, dass man ihr für den Fall, dass ein Konflikt ausbricht und England gezwungen würde, sich gegen Deutschland zu erklären, vorwirft, nicht alles getan zu haben, um die Einkreisungsfurcht zu beschwichtigen, die Hitler im Laufe der letzten Monate so oft zum Ausdruck gebracht hat. Nur auf diese Weise glaubt sie, die einmütige Zustimmung der britischen Öffentlichkeit erhalten zu können, die für sie unerlässlich wäre, wenn sie alle Kräfte des Landes mobilisieren müsste."[531]

Nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens gab Chamberlain bekannt, dass die Rüstungsausgaben von jährlich 400 auf 800 Millionen Pfund erhöht, im Verlauf der kommenden 14 Monate 11.000 neue Kampfflugzeuge gebaut und 19 weitere Armeedivisionen aufgestellt werden sollten.[532] Für Außenminister Halifax müssen das gute Nachrichten gewesen sein. Laut dem Sitzungsprotokoll vom 25. September 1938 empfand Lord Halifax "eine gewisse Unsicherheit über das Fernziel, das er verwirklicht sehen wollte, nämlich die Vernichtung des Nazismus". Falls man Hitler zum Krieg zwingen werde, spekulierte er, könne der Ausgang eines solchen "zur Zerschlagung des Naziregimes beitragen."[533]

Der antideutsche Tenor der britischen Presse flaute keinesfalls ab. Die Kriegspartei im Parlament übte wachsenden Druck auf Chamberlain aus, was von den deutschen Medien gebührend zur Kenntnis genommen wurde. Unter Berufung auf die *New York Times* vom 9. Mai 1938 resümierte sie eine Churchill-Rede in Manchester wie folgt: "Churchill schlägt Einkreisung Deutschlands vor."[534] Laut dem deutschen Journalisten Dr. Otto Kriegk glaubten die Briten, ohne einen Zweifrontenkrieg gegen Deutschland sei "ein Krieg für England nicht zu gewinnen."[535]

Englische und französische Blätter warfen Hitler wiederholt vor, Kriegsangst zu schüren. Dies taten freilich auch die Briten selbst. Am 6. Dezember 1938 warnte der stellvertretende Botschafter in Berlin, Sir Ivone Kirkpatrick, das Außenministerium in London, die deutsche Luftwaffe bereite sich auf die Bombardierung der britischen Hauptstadt vor. Ein deutscher Stabsoffizier habe Hitlers

diesbezüglichen Geheimplan nachts in einem Berliner Parkt einem Angehörigen der britischen Mission verraten.[536] (Tatsache war allerdings, dass keine solche Operation auch nur in Erwägung gezogen wurde; die Luftwaffe war zu einer solchen auch gar nicht bereit.) Der Luftschlag, spekulierten die Briten weiter, würde das Vorspiel zu einem deutschen Einmarsch in Holland darstellen. Obgleich keine greifbaren Beweise dafür vorlagen, dass ein solcher Angriff auch nur geplant wurde, berieten das Außenpolitische Komitee sowie die britischen Stabschefs ernsthaft über Gegenmaßnahmen. Halifax teilte britischen Botschaften im Ausland mit, sein Außenministerium verfüge über "zuverlässige Informationen", welche Kirkpatricks Behauptungen erhärteten.[537]

Am 1. Februar 1939 trat das Kabinett zu einer Sitzung zusammen. Chamberlain brachte auch noch die Schweiz ins Spiel: Ein deutscher Angriff auf dieses Land, bemerkte er, würde "ein klarer Beweis für einen deutschen Versuch sein, Europa durch Gewalt zu beherrschen."[538] Das Kabinett diskutierte über die Planung eines Krieges gegen Deutschland *und* Italien, obwohl diese beiden Länder damals noch keine formellen Verbündeten waren. Zu den Themen, die zur Sprache kamen, gehörte auch die Einladung des niederländischen sowie des belgischen Generalstabs zu Gesprächen über eine gemeinsame Verteidigung. Im Sitzungsprotokoll schrieb Cadogan:

> "Ich stimme der Auffassung zu, dass wir im Falle einer deutschen Invasion Hollands, der die Niederlande Widerstand leisten, den Krieg mit Deutschland beginnen sollten. Zweifel scheinen über unsere Haltung zu bestehen für den Fall, dass die Holländer keinen Widerstand leisten. Ich würde sagen, dass wir auch in diesem Fall mit Deutschland Krieg beginnen sollten."[539]

Die Haltung der "bedrohten" Nation selbst scheint bei diesen Erwägungen keine Rolle gespielt zu haben – wichtig war nur, dass das Außenpolitische Komitee eine militärische Kontrolle Deutschlands über Holland als Gefahr für die Sicherheit Englands ansah.

Kirkpatricks Panikmache, seine Warnung vor einem deutschen Überfall auf Holland, scheint die niederländische sowie die belgische Regierung nicht übermäßig beeindruckt zu haben. Der holländische Außenminister hielt nüchtern fest, dass keinerlei Hinweise auf deutsche Truppenbewegungen in Grenznähe vorlägen, und sein belgischer Amtskollege lehnte Londons Angebot zu Gesprächen über eine gemeinsame militärische Verteidigung mit dem Argument ab, er könne nicht glauben, dass die Deutschen einen Angriff auf Holland planten.[540] Chamberlain schlachtete die Gerüche über einen bevorstehenden deutschen Einmarsch aus, um die Rüstungsproduktion zu beschleunigen. Die Engländer verstärkten ihre Fliegerabwehr massiv. Dass die britische Regierung sowie das normalerweise gut informierte Außenministerium ihre Unterstellung, Deutschland beabsichtige Holland und Belgien anzugreifen, auf die von Kirkpatrick verbreiteten haltlosen Gerüchte stützte, deutet darauf hin, dass Hitler keine echten Kriegsvorbereitungen unternahm, die man hätte ausschlachten können, um die erwähnten Maßnahmen gegenüber der Öffentlichkeit zu rechtfertigen.

Im März unterzeichnete Berlin ein Handelsabkommen mit Bukarest. Als Gegenleistung für das Angebot, Deutschland Getreide und Öl zu günstigen Preisen zu liefern, erklärte Berlin sich bereit, Ingenieure nach Rumänien zu schicken, welche die Landwirtschaft reorganisieren und zwecks Steigerung der Erdölproduktion moderne Raffinerien bauen sollten. Dieses Abkommen war für beide Seiten nutzbringend. Es entsprach Hitlers Programm zur Verringerung der deutschen Abhängigkeit von überseeischen Märkten, das er wie folgt begründete:

> "Ich will das nicht, Freihandel, offene Grenzen, das ist alles prächtig. Wir haben es gehabt, aber wenn alles von der Herrin der Meere abhängt, wenn wir einer Blockade unterworfen werden, dann ist es meine Pflicht, eine Situation zu schaffen, in der mein Volk von seinem eigenen Fett

leben kann. Das ist die einzige Frage."[541]

Chamberlains Kabinett erörterte die Entwicklung in Bukarest bei seiner Sitzung vom 18. März 1939. Der Premierminister bezeichnete die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Rumänen und Deutschen als "Bedrohung der rumänischen Unabhängigkeit".[542] In Anwesenheit von Militärberatern verlieh das Kabinett seiner Befürchtung Ausdruck, eine deutsche Kontrolle über den rumänischen Handel werde den Einfluss des Reichs auf dem Balkan vergrößern; von dort aus könne sich dieser auf Griechenland und die Türkei ausdehnen und Großbritanniens Position im östlichen Mittelmeerraum sowie dem Nahen Osten gefährden. Unter diesen Umständen müsse das Kabinett entscheiden, ob die wirtschaftlichen Vorteile, die sich aus dem Handelsabkommen mit Bukarest für Deutschland ergäben, Großbritannien zum "Handeln" zwängen.[543] Der Minister für Koordination und Verteidigung erstellte für die Sitzungsteilnehmer einen Merkzettel, in dem es hieß, der einzige Ausweg für England bestehe in der Entfesselung eines Kriegs im Westen. Das Kabinett zog also eine bewaffnete Aggression in Erwägung, um eine harmlose wirtschaftliche Kooperation zwischen zwei europäischen Staaten zu verhindern!

Die Londoner Tageszeitungen *Times* und *Daily Telegraph* berichteten allerdings über eine bevorstehende *deutsche* Aggression. Dies stimmte mit den Angaben eines rumänischen Diplomaten in London namens Virgil Tilea überein, der behauptete, die Deutschen drohten mit einer Invasion seines Landes, falls man ihnen nicht die vollständige Kontrolle über seine Landwirtschaft und seine Industrie zugestehe.[544] Allerdings forderte der britische Botschafter in Bukarest, Reginald Hoare, Halifax auf, den sensationskrämerischen Wirbel um Hitlers angebliches Ultimatum einzustellen: "Kein Wort daran stimmte." Hoare fügte hinzu, der rumänische Außenminister Grigore Gafencu habe ihm versichert, die Verhandlungen mit Deutschland verliefen "in absolut normalem Rahmen, zwischen Gleichberechtigten."[545] Chamberlain las Hoares Telegramm bei der Kabinettssitzung vom 18. März vor, doch hinderte ihn dies ebenso wenig wie die Tatsache, dass Rumänien keine gemeinsame Grenze mit Deutschland hatte, daran, dem Außenpolitischen Komitee weiszumachen, Rumänien sei "höchstwahrscheinlich das nächste Opfer einer deutschen Aggression."[546] Der US-Botschafter in Bukarest, Franklin Gunther, tat Tilea als "Anglophilen" ab, und Cadogan meinte in seinem Tagebuch, Tilea arbeite wahrscheinlich mit Beratern im britischen Außenministerium zusammen, um sicherzustellen, dass "künstlich Panik geschürt" werde.[547]

In derselben Woche brach der tschechoslowakische Staat auseinander, und die deutsche Armee rückte in den tschechischen Teil ein. Die Briten reagierten anfänglich mit Gleichgültigkeit – Botschafter Newton in Prag hatte sie bereits über die unüberbrückbaren Meinungsunterschiede zwischen Tschechen und Slowaken ins Bild gesetzt.[548] Auch das Außenministerium hatte eine "vollständige deutsche Herrschaft in Prag" als früher oder später unvermeidlich dargestellt."[549] Am 15. März hatte Halifax Ribbentrop folgendes mitgeteilt:

> "Die Regierung seiner Majestät empfindet nicht den Wunsch, sich in eine Angelegenheit einzumischen, durch die andere Regierungen unmittelbar betroffen sein könnten."[550]

Bei der am gleichen Tag in London einberufenen Kabinettssitzung einigten sich die Minister auf die Erklärung, dieser "neuerliche Riss zwischen Tschechen und Slowaken" zeige, dass "wir letzten Herbst um ein Haar um eines nicht lebensfähigen Staates willen in den Krieg gezogen wären".[551]

Ribbentrop wies zu Recht darauf hin, dass die militärische Intervention Deutschlands in Prag England ein glaubwürdiges Alibi für seine Kriegsvorbereitungen lieferte. Schon zwei Tage später fragte Chamberlain nämlich bei einer Rede in Birmingham:

> "Ist dies etwa ein Schritt in Richtung auf einen Versuch, die Welt mit Gewalt zu

beherrschen?"[552]

Obgleich Halifax bestens über die wirklichen Gründe für den Zerfall der Tschechoslowakei unterrichtet war, schrieb er ihn ausschließlich der "militärischen Aktion Deutschlands" zu.[553] Und obwohl die Bank of England der deutschen Verwaltung in Prag anstandslos sechs Millionen Pfund in tschechischen Goldreserven aushändigte,[554] verurteilte Halifax die neue Regierung als "bar jeder Legitimität" – ein Hinweis darauf, dass englische Politiker das Versailler System immer noch für legitim hielten.[555]

Chamberlain zieh Hitler des "Vertrauensbruchs". Der Premierminister zitierte das Dokument, das die beiden Staatsmänner am 30. September 1938 in München unterschrieben und in dem sie sich verpflichtet hatten, Fragen von gegenseitigem Interesse zu erörtern, ehe sie konkrete Maßnahmen ergriffen; der Führer hatte damals gesagt, das Sudetenland sei seine letzte territoriale Forderung in Europa. Nach Chamberlains Auffassung hatte er jetzt sein Wort gebrochen, weil er in einer Rede in Berlin vom 26. September des Vorjahres gesagt habe, nach München habe er kein Interesse mehr an dem tschechischen Staat. Das Dokument vom 30. September 1938, auf das sich Chamberlain berief, enthielt folgenden Satz:

> "Wir sind entschlossen, dass die Methode der Konsultationen jene Methode sein wird, die bei jeder anderen Frage, die unsere beiden Länder betreffen mag, zur Anwendung kommen wird."[556]

Von Hitlers Standpunkt aus betraf sein Arrangement mit Hacha England nicht, so dass auch keinerlei Konsultationen erforderlich waren.

Bei seiner Rede in Berlin hatte Hitler folgendes gesagt:

> "Ich habe [Chamberlain] weiter versichert, dass in dem Augenblick, in dem die Tschecho-Slowakei ihre Probleme löst, das heißt, in dem die Tschechen mit ihren anderen Minderheiten sich auseinandergesetzt haben, und zwar friedlich und nicht durch Unterdrückung, dass ich dann am tschechischen Staat nicht mehr interessiert bin. Und das wird ihm garantiert!"[557]

Hitler machte sein Desinteresse an den Tschechen und seine Garantie ihrer Souveränität also von der friedlichen Lösung ihres Minderheitenproblems abhängig. Insofern hatte er sein Wort gegenüber Chamberlain keinesfalls gebrochen. Aufschluss über die wirkliche – und naturgemäß nicht an die große Glocke gehängte – Reaktion der Briten auf die Ereignisse in Prag vermittelte folgende Aussage von Halifax vor dem Kabinett:

> "Sie haben den ausgleichenden Vorteil gebracht, dass sie der lästigen Garantie, in die beide, England und Frankreich, verwickelt waren, ein natürliches Ende bereitet hat."[558]

Bei der Kabinettssitzung vom 18. März waren sich Chamberlains Minister darüber einig, dass es nicht möglich sein werde, Rumänien ohne einen Verbündeten im Osten zu schützen. Nun, wo die Tschechen neutralisiert waren, sah er Premierminister Polen als "Schlüssel zu der Lage."[559] Er schlug vor, bei den Polen anzufragen, ob sie bereit seien, sich mit "durch deutsche Aggression bedrohten Ländern" zusammenzuschließen.[560] Die Protokolle der zwei Tage darauf einberufene Sitzung lassen deutlich erkennen, wie gleichgültig die Unabhängigkeit Polens Chamberlain war:

> "Auf den genauen Grund für den casus belli kommt es gar nicht an. Das wirkliche Problem ist, Deutschland durch Angriff an zwei Fronten zu stoppen, wenn es Anzeichen gibt, dass es auf seinem Marsch zur Weltherrschaft fortschreiten wird. Die Briten werden Deutschland angreifen, nicht um ein bestimmtes Opfer zu retten, sondern um den Tyrannen zu vernichten ('pull down the bully')."[561]

Am 24. März – dem Tag, an dem die Deutschen das Handelsabkommen mit Rumänien unterzeichneten – traf sich Halifax mit US-Botschafter Joseph Kennedy. Dieser meldete anschließend an das amerikanische Außenministerium, Halifax sei der Meinung, dass “die Unausweichlichkeit des Krieges früher oder später schon jetzt akzeptiert werden sollte”.[562]

Am 30. März stellte Halifax vor dem Kabinett die völlig aus der Luft gegriffene Behauptung auf, Deutschland habe “Pläne für eine Anzahl von Abenteuern einschließlich eines Angriffs auf Polen ausgearbeitet”.[563] Zum damaligen Zeitpunkt erstrebte Hitler eine friedliche Lösung und bot den Polen als Gegenleistung für die Rückkehr Danzigs zum Reich sowie die Erlaubnis zum Bau einer Autobahn durch den Korridor großzügige Zugeständnisse an. Seiner eigenen Aussage zufolge war Chamberlain

> “beunruhigt über die Tatsache, dass der britische Botschafter in Warschau keine Informationen über den Fortgang der deutsch-polnischen Verhandlungen erhalten konnte. Eine mögliche, aber sehr widerwärtige Erklärung (‘very distasteful explanation’) für das Schweigen könnte ein Nachgeben der Polen gegenüber den deutschen Forderungen sein.”[564]

Die Möglichkeit eines polnischen Kompromisses mit Berlin, der den Weg zu einer friedlichen Verhandlungslösung der Danziger Frage gebahnt hätte, war Chamberlain augenscheinlich zutiefst zuwider.

Der Premierminister meinte, wenn die Polen die Frage Danzig als “Bedrohung für ihre Unabhängigkeit” betrachteten und gewillt seien, gewaltsamen Widerstand zu leisten, “dann sollten wir ihnen zur Hilfe kommen”. Auf die Frage des Finanzministers, ob “ein Unterschied zwischen der Besetzung Danzigs durch Deutschland und einem deutschen Angriff auf den Rest Polens” gemacht werde, antwortete Halifax, darüber müssten die Polen entscheiden.[565] Nach Konsultationen mit dem polnischen Außenminister Beck gab Chamberlain am folgenden Tag im Parlament Englands Sicherheitsgarantie für Polen ab. Londons Garantie der polnischen Souveränität, die praktisch auf ein Bündnis hinauslief, brachte Warschau ins britische Lager, und zwar ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem die deutsch-polnischen Verhandlungen in eine kritische Phase eintraten. Die britische Regierung machte geltend, der Sinn dieser Garantie bestehe darin, Polen vor einer möglichen deutschen Aggression zu schützen. Allerdings hielt das Außenministerium am 1. April in einer Depesche an seinen Botschafter in Paris fest, es gebe “keinerlei Hinweise auf einen geplanten deutschen Angriff auf Polen, und deshalb sollten sie nicht als zutreffend akzeptiert werden”.[566] Die Engländer luden Beck zu Unterredungen nach London ein.

Am 3. April verteilte das britische Außenministerium seine “vertraulichen Aufzeichnungen zur Vorbereitung für den Beck-Besuch” und umriss die Ziele der Unterredungen, die am nächsten Tag stattfinden würden. Danzig wurde in dem Text als “künstliches Gebilde” bezeichnet, dessen Aufrechterhaltung “ein schlechter Kriegsgrund” sei. “Es ist unwahrscheinlich, dass die Deutschen weniger als eine totale Lösung der Danzig-Frage annehmen werden”, hieß es in den “vertraulichen Aufzeichnungen” weiter, ehe das wirkliche Ziel des Außenministeriums beim Namen genannt wurde:

> “Ein solches schlechtes Geschäft (‘corrupt bargain’) hätte aber viele Nachteile für England. Es würde die polnische Moral erschüttern, ihre Verwundbarkeit gegenüber deutscher Einflussnahme vergrößern und die Politik, einen Block gegen die deutsche Ausbreitung zu bilden, zerstören. Es liegt deshalb nicht in unserem Interesse, den Polen vorzuschlagen, ihre Rechte in Danzig aufzugeben, weil sie nicht zu verteidigen sind.”[567]

Beck schluckte diesen Köder. Wie William Strang vom Außenministerium festhielt, stimmten “beide Seiten in der Feststellung überein, dass die Besetzung Danzigs durch unbewaffnete deutsche

Streitkräfte eine eindeutige Bedrohung der polnischen Unabhängigkeit darstellen und unsere Zusicherung in Kraft setzen würde."[568] Am 17. April resümierte Sir George Ogilvie-Forbes von Berlin aus den Inhalt eines Gesprächs mit einem polnischen Journalisten, der den polnischen Botschafter Lipski gut kannte. Der Journalist sagte dem britischen Diplomaten, vor dem 31. März hätten laut Lipski gute Aussichten für eine Lösung der Danziger Frage bestanden. Doch angesichts der britischen Garantie habe Beck beschlossen, Berlins Angebot abzulehnen, selbst wenn es sich auf Danzig beschränken sollte. Ogilvie-Forbes fügte hinzu, Informationen seitens anderer Emissäre in Berlin bestätigten die Angaben des Journalisten.[569]

Vertreter des französischen und des britischen Generalstabs trafen sich am 24. April in London zu einer zehntägigen Konferenz. Auf der Tagesordnung standen die englisch-französische Kooperation in den nordafrikanischen sowie den fernöstlichen Kolonien, entlang der Seerouten und in Gibraltar, Singapur sowie anderen wichtigen Stützpunkten gegen Deutschland, Italien und Japan. Das öffentlich proklamierte Ziel der Konferenz, die Verteidigung Polens, kam überhaupt nicht zur Sprache.[570] Für die Engländer ging es um die Vorbereitung einer globalen Konfrontation mit ihren Rivalen auf dem Gebiet des Handels.

All diese Monate hindurch hatte sich Hitler redlich bemüht, die Beziehungen zu London zu verbessern. Am 30. Januar hielt er eine Rede, die im Rundfunk übertragen wurde.

> "Welche Interessengegensätze bestehen zwischen England und Deutschland?" frage er. "Ich habe mehr als oft genug erklärt, dass es keinen Deutschen und vor allem keinen Nationalsozialisten gibt, der auch nur in Gedanken die Absicht besäße, dem englischen Weltreich Schwierigkeiten bereiten zu wollen… Es würde ein Glück sein für die ganze Welt, wenn die beiden Völker zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gelangen könnten."[571]

Nachdem Chamberlain den Polen seine Garantie abgegeben hatte, begriff Hitler, dass hinter der hartnäckigen Weigerung Warschaus, sich auf einen Kompromiss einzulassen, der englische Einfluss stand. Deshalb appellierte er direkt an die Briten und forderte sie zur Aufnahme von Verhandlungen auf.

Am 31. März stellte der Unterhausabgeordnete Frederick Bellenger Chamberlain die Frage, wie die Regierung denn auf Hitlers Appell zu antworten gedenke. "Verhandlungen mit der deutschen Regierung sind nicht beabsichtigt", entgegnete der Premierminister. Nachdem der Abgeordnete Pilkington ihn mit der Frage nach der Aufnahme von Gesprächen mit Deutschland bedrängt hatte, wiederholte er, dass keine Verhandlungen vorgesehen seien, und schloss: "Ich habe nichts hinzuzufügen."[572]

Am 23. April erhielt Halifax von seiner Botschaft in Berlin die Meldung, Hitler würde gerne "eine wirklich prominente britische Persönlichkeit mit fließenden Deutschkenntnissen" treffen, mit der er sich "von Mann zu Mann" unterhalten könne, um zu einem Verständnis mit England zu gelangen. Zwei Wochen später schlug Sir Francis Freemantle, ein namhafter Arzt und konservativer Abgeordneter des Oberhauses, der nichts von Hitlers Wunsch wusste, die Entsendung des ehemaligen Premierministers Stanley Baldwin zu einem Treffen mit dem Führer an, worauf ihm Halifax antwortete:

> "Unglücklicherweise zeigt Hitler… zur Zeit keine Neigung, einen Engländer zu empfangen oder sogar offene Fragen mit Engländern zu erörtern."[573]

Dies war eine grobe Lüge.

Am 19. Mai schlossen Paris und London mit Warschau einen militärischen Bündnisvertrag ab. Die Franzosen versprachen, im Falle einer deutschen Invasion Polens oder einer "Bedrohung" Danzigs

(das immer noch eine deutsche Stadt war) werde ihre Luftwaffe sofort zuschlagen, und ihr Heer werde innerhalb von drei Tagen nach der Mobilmachung einen begrenzten Vorstoß unternehmen, auf den zwölf Tage später eine umfassende Offensive folgen werde. General Gamelin warnte das französische Verteidigungskomitee diskret, es werde noch wenigstens zwei Jahre dauern, bis die Armee in der Lage sein werde, auf breiter Front anzugreifen.[574] Der britische General Edmund Ironside vertraute seinem Tagebuch an:

Nevile Henderson (links) empfand einerseits tiefe Abneigung gegen den Nationalsozialismus, andererseits wünschte er aufrichtig, die britisch-deutschen Differenzen ohne Blutvergießen beizulegen. Hier besteigt er im August 1939 in London ein Flugzeug, das ihn ein weiteres Mal nach Berlin bringen wird.

> "Die Franzosen haben die Polen angelogen, indem sie ihnen versicherten, sie würden angreifen. Nichts daran ist wahr."

In der Tat hatten sich der britische und der französische Generalstab bereits darauf geeinigt, dass die zu verfolgende Strategie weitgehend defensiven Charakter tragen werde.[575]

Nevile Henderson warnte das Außenministerium im Mai, der "Freibrief, den die Regierung Seiner Majestät Polen ausgestellt hat", behindere eine Kompromisslösung im Streit um Danzig.[576] William Strang hielt in einer Aktennotiz fest:

> "Es ist wahrscheinlich für keinen britischen Minister möglich, einen Schritt zu unternehmen, der eine Befriedigung deutschen Ehrgeizes auf polnische Kosten zu sein schien. Andererseits wäre ein solcher Schritt das einzige, was einen Krieg verhindern könnte. Das ist unser schreckliches Dilemma."[577]

Die Engländer entschieden sich dafür, "die Polen in dieser Sache nach freiem Ermessen schalten und walten zu lassen",[578] mussten jedoch zähneknirschend einzuräumen, dass dies wahrscheinlich zu einem Krieg zwischen Polen und Deutschland führen werde, obschon das Kabinett in seiner Sitzung vom 25. Mai zugab, dass "die deutschen Forderungen in Danzig nicht über das hinausgehen, was wir selbst vor drei Jahren als vernünftige Einigung betrachtet haben".[579]

Im Juni kehrte Cadogans Sekretär Jebb von einem offiziellen Besuch in Warschau zurück und schilderte seine Eindrücke in einem Bericht an das Außenministerium wie folgt:

> "Es ist meine persönliche Ansicht, dass, wenn wir versuchen, uns um unsere Garantie herumzudrücken, die Polen ernsthaft in Erwägung ziehen werden, ihre gegenwärtige Haltung zu Deutschland zu revidieren."[580]

Dies lief auf das stillschweigende Eingeständnis hinaus, dass die britische Garantie

verantwortlich für die Weigerung der Polen war, mit Deutschland zu verhandeln. Am 16. Mai wies das Außenministerium Botschafter Kennard in Warschau an, "bei geeigneter Gelegenheit Oberst Beck zu informieren, dass die beabsichtigten vorbereiteten Maßnahmen, Mobilmachung der drei Wehrmachtsteile, gute Fortschritte machten."[581] Der Entscheid, Beck über die "guten Fortschritte" der britischen Kriegsvorbereitungen zu unterrichten, konnte seine Entschlossenheit, gegenüber Deutschland eine starre Haltung einzunehmen, nur verstärken.

Der stellvertretende Untersekretär im Außenministerium, Sargent, spekulierte am 4. Juli 1939:

> "Wie die Dinge heute stehen, können wir von Hitler nicht erwarten, mit uns zu verhandeln, außer wenn wir ihm im Voraus eines oder zwei der Dinge verbindlich in Aussicht stellen, die er von uns verlangt, d. h. entweder die Rückgabe aller Kolonien oder ihres Äquivalents an Deutschland, oder aber das Ende der Einkreisungspolitik durch Zurücknahme unserer Garantien für Polen, Rumänien und die Türkei sowie die Kündigung unseres Vertrags mit Russland."[582]

Strang schloss resigniert:

> "In Wahrheit gibt es eine grundlegende Unvereinbarkeit zwischen deutscher und englischer Politik"[583]
>
> "Unser Ziel sollte es sein, wenn es sein muss, einen Krieg zu führen, in dem die deutsche Aggressivität aller Welt, einschließlich der Deutschen selbst, offenkundig ist."[584]

Diese Worte, die in einem Telegramm Hendersons ans Außenministerium vom 12. Mai 1939 standen, legten die Strategie der britischen Propaganda für den sich immer deutlicher abzeichnenden Waffengang fest. Indem sie Hitler als Kriegstreiber anprangerten und Chamberlain als Friedensengel priesen, hofften die Verantwortlichen in London, einen Keil zwischen das deutsche Volk und seine Führung treiben zu können. Ein deutscher Journalist charakterisierte diese Taktik so:

> "Es ist die alte Politik Englands gegenüber Deutschland, die kein Mittel scheut, das Reich wieder in jenen Zustand der Ohnmacht und internationalen Hörigkeit zu bringen, den man in England heute wieder als das Ideal einer europäischen Kräfteverteilung ansieht."[585]

Für Henderson war die Art und Weise, wie der britische Standpunkt präsentiert wurde, von entscheidender Bedeutung, "wenn wir es je erreichen sollen, dass sich die deutsche Armee und Nation gegen die unerträgliche Regierung Herrn Hitlers erheben".[586]

Die Briten versuchten auch weiterhin, direkten Gesprächen mit Deutschland aus dem Weg zu gehen. Mitte August vermerkte das Außenministerium ein weiteres Mal:

> "Herr Hitler würde gerne eine Unterredung vermutlich allgemeinen Inhalts mit einem deutschsprechenden Engländer führen."[587]

Am 14. jenes Monats schrieb Halifax an Chamberlain:

> "Wir erwägen die Idee, jemanden aufzutreiben, der Deutsch spricht, damit er sich mit Hitler treffen und mit ihm sprechen kann, doch abgesehen von der Schwierigkeit, so einen Mann ausfindig zu machen, kann ich mir nur schwer vorstellen, was er sagen sollte. Da Hitlers ganze Gedankenwelt nur um das herrenlose Land im Osten zu kreisen scheint, auf dem er Deutsche ansiedeln kann, die dort Weizen anbauen, gestehe ich, dass ich keine Möglichkeit sehe, ihm entgegenzukommen."[588]

Selbst bei einem mit so mittelmäßigen Geistesgaben gesegneten Menschen wie Lord Halifax mutet es eher unwahrscheinlich an, dass er im Lauf von vier Monaten im Außenministerium keine geeignete Person gefunden hatte, die der deutschen Sprache mächtig war, oder dass der Außenminister nicht kapierte, dass es in diesem Fall mitnichten um den Anbau von Weizen ging. Der hochrangige

Diplomat Leslie Burgin sowie General Edmund Ironside sprachen beide fließend deutsch. Zudem berichteten Henderson und Kennard schon seit Monaten, dass die Ausschreitungen gegen die volksdeutsche Minderheit in Polen die größte Sorge des Reichs waren.

Henderson gehörte zu den wenigen Kriegsgegnern im Außenministerium. Am 18. August sprach er sich dafür aus, General Ironside mit einem persönlichen Brief zu Hitler zu schicken, um den britischen Standpunkt zu Danzig und Polen zu erörtern. Das Außenministerium wollte hiervon freilich nichts wissen und reagierte schroff ablehnend:

> "Es ist nahezu unvorstellbar, dass wir ein solches Versprechen an Deutschland geben können. Die Wirkung eines solchen Versprechens auf unsere Verhandlungen mit unseren derzeitigen und künftigen Verbündeten wäre katastrophal."[589]

Am 24. August warnte Henderson seine Vorgesetzten in London, es bestehe "keine Hoffnung mehr, den Krieg zu vermeiden, wenn man den polnischen Botschafter nicht anweist…, um ein persönliches Gespräch mit Hitler zu ersuchen".[590] Bei der am selben Tag anberaumten Kabinettssitzung einigten sich die Minister darauf, keinerlei Druck auf Polen auszuüben, um es zu Verhandlungen mit Deutschland zu bewegen.[591] Schon wenige Stunden später sicherte sich Chamberlain die Unterstützung des Parlaments, indem er fälschlicherweise behauptete, dass man "man in Polen bereit war und allzeit bereit ist, die Differenzen mit Deutschland zu diskutieren"[592] Halifax setzte dem Lügengespinst seines Premierministers zwei Tage später noch ein Sahnehäubchen auf, indem er dem polnischen Botschafter in London, Edward Raczynski, versicherte:

> "Hitler hat nicht die geringste Andeutung gemacht, was er als die Lösung der deutsch-polnischen Probleme ansieht."[593]

Hitler, der auch weiterhin auf einen Kompromiss mit Großbritannien hoffte, traf sich am 25. August im Berghof mit Henderson. Am selben Nachmittag ratifizierte London seinen Vertrag mit Polen formell. Folgt man Dahlerus, jenem schwedischen Geschäftsmann, der bei der Schlichtung der Krise mitzuhelfen versuchte, betrachteten die Deutschen Englands Pakt mit Warschau

> "als eine Herausforderung und eine ausdrückliche Erklärung der britischen Regierung, dass sie eine friedliche Lösung nicht wünsche."[594]

Öffentlich erklärte Halifax, sein Ministerium sei bereit, bei der Vermittlung direkter Kontakte zwischen Berlin und Warschau mitzuhelfen. Am 28. August wies er Kennard an, sich bei Beck zu erkundigen, ob dieser zu Verhandlungen mit Deutschland bereit sei. Er schärfte dem Diplomaten ein, Beck zu beruhigen: Die Briten rieten ihm nicht notwendigerweise zu einem Kompromiss und stünden auch weiterhin hinter Polen.[595] Somit erweckte Halifax öffentlich den Eindruck, London und Warschau seien zur Aufnahme von Unterredungen mit den Deutschen bereit, um eine bewaffnete Konfrontation zu verhüten. Zuvor hatte Lipski aus Berlin ein Telegramm folgenden Inhalts an Beck geschickt:

> "Henderson vertrat den Standpunkt, wir sollten von jeglichen Gesprächen mit dem Reich Abstand nehmen."[596]

Ohne sich vorher mit den Engländern zu beraten, rief die polnische Regierung am 30. August die Generalmobilmachung aus. Die Briten warnten Warschau, dieser Schritt werde von der internationalen Öffentlichkeit als Beweis dafür gewertet werden, dass sich Polen auf Kriegskurs befinde.[597] Als im *Daily Telegraph* ein Kommentar erschien, dem zufolge die Polen ihre Zusage, mit Deutschland zu verhandeln, nicht eingelöst, sondern statt dessen ihre Reserven mobilisiert hätten, wurde die gesamte Auflage sofort auf Befehl der Regierung beschlagnahmt, und in der bereinigten

Ausgabe, die dann an den Zeitungskiosken erschien, war jeder Hinweis auf die polnische Mobilmachung verschwunden.[598]

Da Hitler immer noch glaubte, die Briten würden ihr Versprechen einlösen und zwischen den Konfliktparteien vermitteln, las er Henderson seinen Sechzehnpunktevorschlag von Marienwerder vor, und Göring stellte dem Botschafter eine Kopie des Dokuments zwecks Weiterleitung nach London zu. Halifax ersuchte seinen Mann in Warschau, Kennard, Beck mitzuteilen, dass Deutschland einen englischen Vorschlag akzeptiert habe, wonach eine Fünfmächtegarantie als Grundlage für direkte polnisch-deutsche Beziehungen dienen solle. Statt London über Hitlers Marienwerder-Vorschläge ins Bild zu setzen, schrieb Halifax, es sehe so aus, “als würde die deutsche Regierung an neuen Vorschlägen arbeiten”.[599]

Die Marienwerder-Punkte waren so maßvoll, dass Halifax fürchtete, im Falle eines Kriegsausbruchs werde es recht schwierig sein, der britischen, französischen und amerikanischen Öffentlichkeit weiszumachen, Hitler habe die Polen mit unvernünftigen Vorschlägen an die Wand gedrängt. Henderson riet London, dafür zu sorgen, dass die britische Presse das Dokument totschwieg.[600] Lady Diane Duff-Cooper, Gattin des ehemaligen Oberbefehlshabers der britischen Flotte, berichtete später, ihr Mann sei “entsetzt” gewesen, als er erfahren habe, wie gemäßigt die deutschen Vorschläge waren. Er setzte sich telefonisch mit den Herausgebern des *Daily Telegraph* und der *Daily Mail* in Verbindung und ersuchte sie, den Marienwerder-Plan so negativ wie nur möglich zu kommentieren.[601] “Das sind überhaupt keine Vorschläge und das ist das unverschämteste Dokument, das ich je gesehen habe”, schäumte Cadogan in seinem Tagebuch.[602]

Am 30. August beharrte Hitler gegenüber den Engländern darauf, dass Polen einen Emissär nach Berlin senden müsse, der befugt sei zu verhandeln. In einem Telegramm an Henderson kommentierte Halifax diese Forderung wie folgt:

> “Wir können der polnischen Regierung nicht raten, diesem vollkommen unvernünftigen Ansinnen stattzugeben.”[603]

Frank Roberts vom Außenminister stieß ins selbe Horn:

> “Es ist natürlich unvernünftig, zu erwarten, dass wir heute die Entsendung eines polnischen Emissärs nach Berlin durchsetzen können… Hitlers Forderung war dermaßen empörend, dass wir sie erst 24 Stunden später nach Warschau weitergeleitet haben.”[604]

Am folgenden Tag schickte Henderson Ogilvie-Forbes in die polnische Botschaft, um Lipski die Marienwerder-Vorschläge zu unterbreiten. Ogilivie-Forbes wurde von dem schwedischen Geschäftsmann Birger Dahlerus begleitet, der Lipski die 16 Punkte vorlas und sie als vernünftige Verhandlungsgrundlage bezeichnete. Doch Lipski blieb unbeeindruckt; eine Annahme der deutschen Bedingungen, sagte er, komme “überhaupt nicht in Frage”.[605]

Nachdem er mit Ogilive-Forbes in die britische Botschaft zurückgekehrt war, erhielt Dahlerus von Henderson die Erlaubnis, sich telefonisch mit der Downing Street Nr. 10 in Verbindung zu setzen, wo sich das Büro des Premierministers befand. Wie Cadogan in einer Aktennotiz festhielt, sagte Dahlerus, die Marienwerder-Vorschläge seien unterbreitet worden, “um zu zeigen, wie sehr dem Führer daran gelegen war, ein Abkommen mit Großbritannien zu erreichen”.[606] Der Schwede warf den Polen vor, Verhandlungsmöglichkeiten zu blockieren. Während Europa nur noch einige Stunden von einem Krieg entfernt war, erteilte Halifax Henderson eine Mohrenwäsche und schärfte ihm ein, “er möge in Zukunft bitte Personen, die nicht zur englischen Botschaft gehörten, daran hindern, seine Telefonleitung zu benutzen”.[607]

Den ganzen August hindurch unterließen es die Engländer konsequent, ihren sehr erheblichen

Einfluss auf Polen zu nutzen, um Warschau an den Verhandlungstisch zu bringen. Beck machte in einem Gespräch mit US-Botschafter Anthony Biddle kein Hehl daraus, dass er sich bei der Gestaltung der polnischen Außenpolitik an den Westmächten orientiere.[608] Die uneingeschränkte Unterstützung seitens der Engländer ermunterte Beck in seiner Haltung, Berlin zu trotzen und zu provozieren. Halifax und Chamberlain waren sich ihrerseits bewusst, welche Auswirkungen die Existenz eines potentiellen militärischen Gegners an Deutschlands Ostflanke für Hitler haben würde. Laut einer Aktennotiz des Außenministeriums wurde Halifax "regelmäßig mit Informationen versorgt, die Hendersons Ansicht bestätigten, wonach Hitler sein Lebenswerk wohl kaum durch das mutwillige Anzetteln eines Krieges aufs Spiel setzen" werde – "außer wenn er sich umzingelt fühlt".[609]

Diese Karikatur erschien am 28. Oktober 1939 in einer deutschen Zeitung. Sie zeigt Chamberlain inmitten der Ruinen Polens. Die ironische Unterschrift lautet: "Ist da noch jemand, der englische Hilfe wünscht?"

Duff-Coopers Bemerkung "in München verloren wir 35 großartig ausgerüstete Divisionen" (eine Anspielung auf die tschechische Armee) galt den Deutschen als Beweis für die feindlichen Absichten Englands.[610] Hätte Chamberlain die Polen gezwungen, den Streit um Danzig und die volksdeutsche Minderheit friedlich beizulegen, so hätte England Polen als Verbündeten verloren. Der polnische Diplomat Graf Lubienski räumte ein, dass sein Land ohne Chamberlains Garantie "sehr leicht eine Regelung mit Deutschland hätte treffen können".[611]

Am 1. September 1939 begann der deutsche Einmarsch in Polen. Bereits am zweiten Kriegstag richtete Hitler via seinen Außenminister einen abermaligen Appell an England. Er bot an, seine Truppen aus Polen zurückzuziehen und die Polen für die entstandenen Schäden zu kompensieren, falls sich London bereit erkläre, in Sachen Danzig und Korridor zu vermitteln.[612] Chamberlain erklärte Deutschland stattdessen den Krieg und meinte, Hitler habe anscheinend allen Ernstes geglaubt, sich noch mit England arrangieren zu können. Frankreich folgte dem Beispiel seines britischen Verbündeten. Im Unterhaus erklärte Halifax:

"Jetzt haben wir Hitler zum Krieg gezwungen, so dass er nicht mehr auf friedlichem Wege ein

Stück des Versailler Vertrags nach dem anderen aufheben kann."[613]

Am 4. September einigten sich französische und britische Armeeführer, darunter Gamelin und Ironside, privat darauf, keine Offensive gegen das Reich zu lancieren, und schlossen aus Furcht vor deutschen Vergeltungsschlägen auch Luftangriffe aus. Eine Woche später spekulierten dieselben Generäle bei einer Sitzung des Interalliierten Obersten Kriegskommandos darüber, dass jeder ernsthafte militärische Druck auf die Deutschen diese dazu veranlassen könne, einen Teil ihrer Truppen aus Polen an die Westfront zu werfen und dort in die Kämpfe eingreifen zu lassen. "Die Zeit arbeitet für uns", resümierte Chamberlain, dem daran gelegen war, ein solches Szenarium möglichst zu vermeiden.[614]

Norwid Neugebauer, Chef der polnischen Militärmission in London, suchte Ironside in derselben Woche auf, um Hilfe für seine bedrängte Nation zu erbitten. Der britische General brach das Gespräch "aus Zeitmangel" schon bald ab.[615] Die deutsche Armee überrannte Polen in drei Wochen. Nachdem er sich ins rumänische Exil abgesetzt hatte, erklärte Marschall Rydz-Smigly, er hätte den Beteuerungen der Alliierten nie und nimmer vertrauen dürfen. Der polnische Präsident Ignacy Moscicki gab zu, dass Polen gut beraten gewesen wäre, das deutsche Angebot anzunehmen.[616]

Hitler sah über den Tellerrand hinaus und betrachtete den Konflikt mit Großbritannien nicht nur in dem engen gegenwärtigen Rahmen. In einer privaten Unterredung bemerkte er:

> England will nicht erkennen, dass sich die Machtverhältnisse der Welt verändert haben, Europa bedeutet nicht mehr die Welt. Machtblöcke haben sich gebildet, räumlich klar erkennbar und außerhalb der europäischen Einzelstaaten und aller nur möglichen 'Balance'-Bündnisse. Nur ein geeintes Europa kann sich in dieser Welt der Blöcke behaupten."[617]

Hitlers Überzeugung zufolge spielten die europäischen Mächte im Weltmaßstab längst nicht mehr dieselbe Rolle wie früher. Der ehemalige deutsche Offizier Heinrich Jordis von Lohausen formulierte es so:

> "1900 hat auf der Welt nichts gegen die englische Flotte entschieden werden können, auf dem europäischen Kontinent nichts gegen das deutsche Heer. Europas unbestrittene Vormacht auf der Welt setzte voraus, dass sich die beiden nie gegeneinander kehrten. Die Gegnerschaft von Europas größtem Heer und Europas stärkster Flotte musste daher tödlich sein."[618]

Während der ganzen Vorkriegsjahre hatte Hitler die deutsch-englische Freundschaft als unerlässlich für die Bewahrung der europäischen Vorherrschaft auf der Weltbühne betrachtet. Dass sich die von ihm angestrebte Politik nicht durchsetzen ließ, hatte zur Folge, dass der Alte Kontinent als Vorreiter und Leuchtturm der Zivilisation abdanken musste, nachdem er diese Rolle viele Jahrhunderte lang mit Umsicht, Autorität und Majestät gespielt hatte.

Das unwillkommene Bündnis

Im Jahre 1989 gruben russische Archäologen in der trostlosen Einöde der Bergkette im südlichen Ural ein verlassenes Goldbergwerk bei Tscheljabinsk aus. Allerdings suchten sie im Gegensatz zu ihren Berufskollegen in anderen Ländern nicht nach prähistorischen Fossilien oder nach Spuren alter Siedlungen. Die rund 300.000 Leichen, die schließlich zu Tage gefördert wurden, waren die sterblichen Überreste von Opfern sowjetischer Säuberungen. In der Nähe von Minsk wurden ebenfalls Massengräber entdeckt, in denen 102.000 Terroropfer verscharrt worden waren, darunter viele Frauen.[619] In einer Zone mit Massengräbern zwischen Tschabarowsk und Wladiwostok wurden fast 50.000 Leichen geborgen; weitere 46.000 fand man in der Nähe von Gorno-Altaisk, Bykovyna und St. Petersburg.

Stalin und sein Politbüro griffen zu Massenhinrichtungen, um den Widerstand der Bevölkerung gegen ihr Programm zur raschen Umwandlung Russlands von einem Agrarstaat in einen Industriestaat zu brechen. Die Industrialisierung war die Voraussetzung dafür, dass die Rote Armee zu einer modernen, mechanisierten Streitkraft umgeformt werden konnte, die in der Lage sein würde, kommunistische Revolutionen jenseits der sowjetischen Landesgrenzen durch direktes Eingreifen zu unterstützen.

Den Kauf der erforderlichen Technologie und der Maschinen aus den USA und dem Deutschland der Weimarer Republik finanzierte Moskau durch den Verkauf von Bauholz und Getreide. Es exportierte riesige Getreidemengen. Flankiert von der Staatspolizei, dem NKWD, nahmen sowjetische Funktionäre der Landbevölkerung ihre Ernte einfach ab. Heutigen Forschungsergebnissen zufolge forderte die hieraus resultierende Hungersnot in Südrussland und dem Nordkaukasus rund eine Million Tote, in Kasachstan ebenfalls eine Million und in der Ukraine vier Millionen. 1932, als dieses staatlich gelenkte Massensterben durch Hunger seinen Höhepunkt erreichte, bat Stanislaw Kossior, Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine, das Politbüro dringend um Lebensmittel für die leidende Bevölkerung. Im Juni jenes Jahres schrieb Stalin an den hohen Parteifunktionär Lasar Kaganowitsch:

“Nach meiner Meinung hat die Ukraine mehr bekommen, als ihr zusteht.”[620]

Das NKVD bekämpfte lokalen Widerstand gegen den sowjetischen Kollektivismus durch Terror und Massenverhaftungen. Beispielsweise wurden zwischen Mai und September 1931 1.243.860 Bauern und ihre Familienangehörigen in den Gulag deportiert, jenes riesige Netz von Arbeitslagern, von denen viele in abgelegenen und unwirtlichen Gebieten wie Nordsibirien errichtet worden waren. Mehr als 40% der Verschleppten waren Kinder. Im Mai 1935 vermeldeten die sowjetischen Unterlagen 1.222.675 in den Gulag Deportierte, die fast durchwegs dem Bauernstand angehörten. [621] Ein hoher Prozentsatz von ihnen starb dann an Krankheiten, Hunger und Kälte. Mit denen, die Widerstand leisteten und in kommunistischem Jargon “Saboteure” oder “Konterrevolutionäre” hießen, sprang das rote Regime nicht zimperlich um. Im Zeitraum von 1935 bis 1941 wurden 20 Millionen Menschen verhaftet, von denen sieben Millionen summarisch hingerichtet wurde. Im Oktober und November 1937 erschoss der stellvertretende NKWD-Chef von Leningrad, Matwejew, zeitweise von einem anderen Funktionär unterstützt, persönlich 1.100 Gefangene innerhalb von nur fünf Nächten. [622]

Wie die Demokratie war auch der Kommunismus ein Exportartikel. Schon 1919 hatte der sowjetische Wirtschaftswissenschaftler Josef Dawidow prophezeit:

“Nicht der Frieden, sondern das Schwert wird der Welt die Diktatur des Proletariats bringen.”

1920 schrieb der spätere Marschall Michail Tuchatschewski:

> "Der Krieg kann erst mit der Errichtung einer weltweiten Diktatur des Proletariats zu Ende gehen."

Parade der Roten Armee vor dem Kreml, ca. 1936. Stalin räumte dem Ausbau sowie der Modernisierung der bewaffneten Streitkräfte Priorität ein.

Geheimdienstchef Felix Dscherschinski verkündete:

> "Wir schicken uns an, die ganze Welt zu erobern, ohne Rücksicht auf alle Opfer, die wir noch werden bringen müssen."

Der hochrangige Sowjetfunktionär Karl Radek äußere sich in gleichem Sinne:

> "Wir waren stets für den revolutionären Krieg… Ein Bajonett ist ein sehr wichtiges Ding und für die Einführung des Kommunismus unentbehrlich."

Und Stalin selbst sagte vor Absolventen einer Kadettenschule der Roten Armee:

> "Die Sowjetunion kann man beispielsweise mit einem wilden Raubtier vergleichen, das sich in einem Hinterhalt verborgen hat, um seiner Beute aufzulauern und sie dann mit einem einzigen Satz zu erreichen."[623]

Hitler gab sich keinen Illusionen über die sowjetische Bedrohung hin. Zu seinen Parteigenossen gehörten Armeeveteranen, die während des Ersten Weltkriegs an der Ostfront gefochten und 1917 die bolschewistische Revolution miterlebt hatten. Berichte von Flüchtlingen sowie Meldungen aus diplomatischen Missionen innerhalb Russlands ließen kaum Zweifel an den sowjetischen Absichten und Methoden offen. Lenin hatte öffentlich erklärt, der Schlüssel zur Herrschaft über Europa liege in der Kontrolle über Deutschland. Die Komintern, die von Moskau gelenkt wurde und für Revolution und Subversion zuständig war, räumte dem deutschen Reich sowie China Priorität ein. Beim kommunistischen Parteikongress vom Januar 1934 sagte Stalin voraus, der Krieg werde sich "nicht nur an den Fronten, sondern auch im feindlichen Hinterland abspielen".[624] In Anbetracht dieser Bedrohung machte Hitler den Schutz Deutschlands vor sowjetischer Aggression zum Eckstein seiner Außenpolitik. Hierbei stieß er ironischerweise auf Widerstand seitens der deutschen Aristokratie, die ganz oben auf der schwarzen Liste der Marxisten stand.

Der deutsche Adel, weniger reich als sein englisches Gegenstück, nahm in der Heeresführung

sowie im Außenministerium eine dominierende Stellung ein. Beide Institutionen trugen maßgeblich zum Beginn einer Ära der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit bei, die mit der Unterzeichnung des Vertrags von Rapallo im Jahre 1922 begann. Kriegsminister Otto Gessler handelte ein Abkommen mit Russland aus, das es den Deutschen ermöglichte, innerhalb der UdSSR Fabriken zu errichten, in denen Waffen, deren Besitz dem Reich nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags untersagt war, entworfen und produziert wurden, wonach sie – ebenfalls auf sowjetischem Territorium – getestet wurden.

Die Flugzeugherstellerfirma Junkers entwickelte in Sowjetrussland neue Kampfflugzeuge, ohne dass die westlichen Demokratien davon Wind bekamen, und vermied hierdurch die Sanktionen, die der Firma sonst gedroht hätten. Ein 1923 abgeschlossener militärischer Geheimpakt ermöglichte es deutschen Piloten, sich an sechsmonatigen Ausbildungskursen in den sowjetischen Luftwaffenakademien zu beteiligen. Russische Ingenieure lernten von Junkers, wie man Fließbänder zur Flugzeugproduktion herstellt.[625] Deutsche Generalstabsoffiziere wurden in die Sowjetunion geschickt, wo sie dabei mithalfen, die Rote Armee zu modernisieren und ihre Kommandanten in strategischen Operationen sowie in Logistik zu schulen.

In den zwanziger Jahren verstärkte der prominente deutsche Industrielle Arnold Rechberg die Beziehungen zur französischen und belgischen Schwerindustrie, um bei der Bildung eines antisowjetischen Wirtschaftsblocks mitzuhelfen, doch die deutsche Armee schob diesen Bestrebungen einen Riegel vor. 1926 erweiterten die Regierungen in Moskau und Berlin den Vertrag von Rapallo durch das Berliner Abkommen. Dieser Schritt war in erster Linie gegen Polen gerichtet und spiegelte die antipolnischen Stimmungen sowohl im Reichsaußenministerium als auch im sowjetischen Außenministerium wider. Viele deutsche Berufsdiplomaten warben für eine Rückkehr zu der weiland von Bismarck verfolgten Politik der guten Beziehungen zu Russland.

1933 legte der deutsche Botschafter in Moskau, Rudolf Nadolny, dem eben zum Reichskanzler ernannten Hitler ein Memorandum vor, in dem die Vorzüge einer Ostorientierung gegenüber einer prowestlichen Politik geschildert wurden. In einem persönlichen Gespräch mit dem Führer verteidigte er diese Einschätzung. Doch hatte die Komintern während der gesamten Weimarer Periode, die durch eine deutsch-sowjetische Kooperation auf manchen Gebieten gekennzeichnet war, gemeinsam mit der KPD energisch auf eine Revolution in Deutschland hingearbeitet. Hitler wies Nadolnys Konzept zurück: "Ich will mit den Leuten nichts zu tun haben."[626] Der Reichskanzler befürwortete die Bildung eines mitteleuropäischen Blocks, der eine sowjetische Expansion verhindern sollte, wobei England und Frankreich die Aufgabe zufallen sollte, ihm den Rücken freizuhalten. In Hitlers erstem Amtsjahr wurde die geheime militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion eingestellt. Deutschland trieb zwar weiterhin Handel mit der UdSSR und gewährte dieser im März 1935 sogar einen Kredit in Höhe von 200 Millionen Reichsmark, damit sie deutsche Industriemaschinen kaufen konnte, doch verbot der Führer den Verkauf von Rüstungsgütern an Stalins Reich.

Weder Frankreich noch England zeigten auch nur das leiseste Interesse an Hitlers Konzept eines Bündnissystems zur Eindämmung sowjetischer Expansion – im Gegenteil: Im Mai 1935 schloss Paris einen Pakt mit Moskau. Nach ihrem Pyrrhussieg im Ersten Weltkrieg begriffen die Engländer, dass sie zu schwach waren, um eine deutsche Hegemonie auf dem europäischen Kontinent aus eigener Kraft zu verhindern. Ein Zweifrontenkrieg, der nicht ohne Beteiligung der Sowjetunion geführt werden konnte, bot weit bessere Chancen zur Ausschaltung des Handelsrivalen im Herzen Europas. 1935 unterstrich Vansittart, permanenter Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, die "große Bedeutung" einer Koordinierung britischer und sowjetischer Interessen. "Für uns Engländer ist Russland in jeder

Hinsicht ein weit weniger gefährliches Mitglied der internationalen Gemeinschaft als Deutschland", argumentierte er gegenüber seinen Kollegen.[627] Londons Werben um die Gunst des Kremls bewog Stalin dazu, die subversive Propaganda der Komintern in den britischen Kolonien zu verringern. Das Außenministerium in London folgerte hieraus, dass eine Zusammenarbeit mit Stalin die britischen Interessen am zuverlässigsten schützen werde.[628] "Ich stieß bei Eden auf völlige Verständnislosigkeit", klagte Ribbentrop. "Man wollte in England die kommunistische Gefahr nicht sehen."[629]

Inzwischen erkannte Hitler, wie sich in Südwesteuropa eine sowjetische Bedrohung abzeichnete. Seit dem Sturz der Monarchie anno 1931 hatte die spanische Republik gegen hausgemachte Extremisten um ihr Überleben kämpfen müssen. Im November 1934 erhielt Hitler einen Bericht vom deutschen Botschafter in Madrid, Graf Johannes von Welczek, in dem es hieß, dass

> "die seit dem Fall der Monarchie von kommunistisch-anarchistischer Seite systematisch betriebene Bolschewisierung Spaniens eine europäische Gefahr darstellt, denn mit der Eroberung der Flankenstellung wäre eine wichtige Etappe auf dem Wege zur kommunistischen Weltrevolution erreicht und Zentral-Europa von zwei Seiten bedroht."[630]

Gemeinsam mit der faschistischen Falange unternahm die spanische Armee im Juli 1936 einen Putschversuch gegen die Republik; die Rebellen hielten die Regierung für zu schwach, um eine kommunistische Machtübernahme zu verhindern. Allerdings brachten sie nur einen geringen Teil des spanischen Territoriums unter Kontrolle, und es entflammte ein Bürgerkrieg.

Die Reichsregierung begnügte sich zuerst damit, die rund 10.000 in Spanien lebenden deutschen Staatsangehörigen auf dem See- und dem Luftweg zu evakuieren. Rebellenführer General Francisco Franco bat Berlin um Hilfe: Es fehlte ihm an Flugzeugen, um die von ihm kontrollierte spanische Afrika-Armee, bestehend aus knapp 18.000 spanischen Legionären und 15.000 Marokkanern, ins Mutterland einzufliegen.[631]Die spanische Flotte war der Republik nämlich treu geblieben und ließ keine Bereitschaft erkennen, diese gut ausgebildeten Berufssoldaten über das Mittelmeer zu transportieren, um die Rebellen im Mutterland zu verstärken.

Obwohl die republikanische Regierung Deutschland gegenüber eine freundliche Haltung eingenommen hatte, beschloss Hitler, Franco zu unterstützen. Gegenüber Ribbentrop begründete er diesen Entscheid wie folgt:

> "Gelingt es wirklich, ein kommunistisches Spanien zu schaffen, so ist bei der derzeitigen Lage in Frankreich die Bolschewisierung auch dieses Landes nur eine Frage kurzer Zeit, und dann kann Deutschland einpacken. Eingekeilt zwischen dem gewaltigen Sowjetblock im Osten und einem starken kommunistischen französisch-spanischen Block im Westen könnten wir kaum noch etwas ausrichten, falls es Moskau gefällt, gegen Deutschland vorzugehen."[632]

Im August 1936 hielt Hitler in einem Memorandum für höhere Regierungsfunktionäre fest:

> "Seit der Marxismus durch seinen Sieg in Russland eines der größten Reiche der Welt als Ausgangsbasis für seine weiteren Operationen geschaffen hat, ist diese Frage zu einer bedrohlichen geworden. Einer in sich selbst weltanschaulich zerrissenen demokratischen Welt tritt ein geschlossener, autoritärer, weltanschaulich fundierter Angriffswille gegenüber."[633]

Die Sowjetunion schickte Waffen und Soldaten nach Spanien, um die republikanischen Truppen zu verstärken.

> "Es ist in Friedenszeiten unmöglich, in Europa eine kommunistische Bewegung zu haben, die so stark ist, dass seine bolschewistische Partei die Macht ergreifen kann", meinte Stalin. "Eine Diktatur dieser Partei wird nur durch einen großen Krieg möglich."[634]

Der sowjetische Verteidigungsminister Kliment Woroschilow erklärte, die Sowjetunion engagiere sich in Spanien, um Hitler im Westen zu binden und Deutschland militärisch zu schwächen.[635] Im Verlauf der nächsten drei Jahre wurden 18.000 deutsche Soldaten, vor allem Angehörige der Luftwaffe, auf das spanische Schlachtfeld entsandt. Außenminister Konstantin von Neurath argumentierte, die deutsche Intervention in Spanien sei defensiver Natur und verfolge das Ziel, zu verhindern, dass Spanien "unter bolschewistische Herrschaft gerät und den Rest Westeuropas infiziert". Erhard Milch erklärte später:

> "Zu Anfang handelte es sich lediglich um die Transportaufgabe, die durch wenige Jagd-Flugzeuge vom Typ Henkel 51 und einige Flak-Batterien geschützt werden sollte. Von einer Waffenerprobung wurde damals weder gesprochen, noch wurde an sie gedacht."[636]

Im April 1938 wollte Hitler seine Truppen eigentlich aus Spanien abziehen, um in Österreich neue Luftwaffe-Einheiten auszubilden, verzichtete aber dann schweren Herzens auf einen solchen Schritt, weil sie weiterhin im Kampf gegen die von den Sowjets unterstützten Republikaner gebraucht wurden.

Ein Kampfflugzeug des Typs Messerschmitt Bf 109, das als Bestandteil des Lufwaffekontingents während des Spanischen Bürgerkriegs im Einsatz war. Die Deutschen bemalten ihre Flugzeuge mit spanischen faschistischen Insignien, weil Berlin offiziell bestritt, Franco militärische Hilfe zu leisten.

Ungeachtet der indirekten Konfrontation mit Deutschland auf den Schlachtfeldern Spaniens nahm die UdSSR im Jahre 1937 eine behutsame Neuorientierung ihrer Außenpolitik vor; sie orientierte sich jetzt immer weniger an den westlichen Demokratien und bemühte sich um eine Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland. Der sowjetische Handelsvertreter Kandelaki führte mit den Deutschen Wirtschaftsverhandlungen, bei denen schließlich Schacht und Göring das Reich vertraten. Auch der sowjetische Handelskommissar Anastas Mikojan nahm an den Gesprächen teil. Der Kreml instruierte Walter Krivizki, den Chef der Geheimdienstsektion Westeuropa, jegliche Spionagetätigkeit in Deutschland vorderhand einzustellen, um während der Diskussionen eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen.[637]

Die Rote Armee blieb eine mächtige Kraft an der deutschen Ostflanke. Im Jahre 1936 wuchsen die sowjetischen Verteidigungsausgaben von 6,5 auf 14,8 Milliarden Rubel.[638] Stalins Politik brachte London und Paris allmählich vom Gedanken an ein militärisches Bündnis mit Moskau ab, da sie Zweifel an der Schlagkraft der Roten Armee aufkommen ließ. Im Februar 1937 erhielt Stalin Listen

mit den Namen führender Offiziere und Beamten, die der Illoyalität verdächtigt wurden. Von den 44.477 Verdächtigen ließ Stalin 38.955 ohne Prozess hinrichten.[639]An einem einzigen Tag fällte er 3.167 Todesurteile und sah sich nach getaner Arbeit am Abend einen Film an.

Die Opfer hatten keineswegs an einer Verschwörung gegen das Regime mitgewirkt, sondern mussten als Sündenböcke für den viel zu langsamen Verlauf von Stalins Programm zur Modernisierung der Roten Armee herhalten. Die Säuberung des Offizierskorps kostete die Sowjetarmee drei ihrer fünf Feldmarschälle, 12 von ursprünglich 14 Armeekommandanten, 60 von 67 Korpskommandanten sowie 136 von 199 Divisionskommandanten. Alle acht Admirale verloren ihr Leben. Von den 108 Angehörigen des Militärrats überlebten nur gerade 10. Von den Offizieren, die das entstandene Vakuum in der Führerschicht ausfüllen mussten, waren 85% jünger als 35 Jahre.[640]

Vor der Säuberung hatte der sowjetische Außenminister Maxim Litwinow in westlichen Kreisen einen gesunden Respekt vor der Roten Armee festgestellt, doch mit der Dezimierung des Offizierskorps sank bei den alliierten Staatsmännern die Achtung vor den russischen Streitkräften. Die "kollektive Sicherheit", der Eckstein von Litwinows Politik zur Zähmung Deutschlands, lag in Trümmern.[641]Hitler nutzte das schwindende Vertrauen des Westens in die militärische Stärke der Sowjetunion 1938 zur Angliederung Österreichs und des Sudetenlandes. Allerdings zeigte er sich der UdSSR gegenüber weiterhin unversöhnlich. Am 20. Februar 1938 sagte er im Reichstag:

> "Zu einem Staat haben wir kein Verhältnis gesucht und wünschen auch, zu ihm in kein engeres Verhältnis zu treten: Sowjetrussland. Wir sehen im Bolschewismus mehr noch als früher die Inkarnation des menschlichen Zerstörungstriebs."[642]

Gegen das Ende des Jahres begann der Führer seine Politik jedoch zu revidieren. Fünf Jahre lang hatten England und Frankreich sein Werben um ihre Freundschaft mit eisiger Ablehnung quittiert. Die USA unterstützen Briten und Franzosen bei ihren Bemühungen, das Reich zu isolieren. Douglas Miller, Attaché bei der US-Botschaft in Berlin, gab bekannt, Handelsbeziehungen mit Deutschland seien "in naher Zukunft" unwahrscheinlich. Und das amerikanische Außenministerium verkündete, seine offizielle Politik laute: Kein Handel mit den Deutschen![643]

Das Reich musste 80% seines Gummis, 60% seines Erdöls, 65% seines Eisenerzes sowie 100% seines Chroms importieren. Letzteres Metall war zur Herstellung von Stahl für gepanzerte Fahrzeuge unentbehrlich und wurde hauptsächlich aus der Türkei und Südafrika eingeführt. Im Kriegsfall würde eine britische Seeblockade die Lieferungen unterbinden. Ende 1938 drängten deutsche Ökonomen bei Hitler auf eine Wiederaufnahme des Handels mit den Sowjets. Das OKW machte geltend, nur enge wirtschaftliche Kooperation mit der UdSSR könne die katastrophalen Auswirkungen einer Blockade verhüten.[644]

Ribbentrop sagte zu seinem Stab:

> "Nun müssen wir mit den Russen sprechen, wenn wir nicht endgültig eingekreist werden wollen."[645]

Die Umwälzungen innerhalb der UdSSR beeinflussten Hitlers Überlegungen. Stalins Säuberung hatte sich nicht nur gegen das Militär, sondern auch gegen die Altbolschewiken gerichtet. Die Sowjetpropaganda verherrlichte jetzt auch traditionelle russische Nationalhelden wie Zar Peter den Großen, Alexander Newski und Alexander Suworow, der gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Türken besiegt hatte. Dies interpretierten die Deutschen als Kursänderung der sowjetischen Politik, als Übergang vom kommunistischen Internationalismus zum Patriotismus. Ein nationalistisches Russland war für Hitler ein annehmbarer Partner. Mit ihren Bemühungen zur Isolierung Deutschlands trieben die Demokratien das Land in Stalins Arme.

Am 10. März 1939 hielt Stalin beim Kongress der Kommunistischen Partei eine Rede zur Außenpolitik, bei der er Großbritannien, Frankreich und die USA attackierte und sagte, diese Länder wollten Deutschland durch ihre Pressekampagnen in einen Krieg gegen die Sowjetunion hetzen. Es gelte,

> "Vorsicht zu beobachten und den Kriegsprovokateuren, die es gewohnt sind, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, nicht die Möglichkeit zu geben, unser Land in Konflikte hineinzuziehen".[646]

Ribbentrop zog hieraus folgenden Schluss:

> "Diese Erklärung Stalins zeigte, dass er den Weg für eine deutsch-sowjetische Verständigung im Auge behielt."[647]

Als die Deutschen wenige Tage später in Prag einmarschierten, kooperierten die Russen mit Hitlers diplomatischer Umstrukturierung von Böhmen und Mähren. Im April stellte die deutsche Presse ihre Kritik an der Sowjetunion ein.

Für Hitler war die am 3. Mai erfolgte Entlassung Litwinows der entscheidende Schritt auf dem Weg zur Annäherung zwischen den beiden Staaten. In seiner Eigenschaft als Außenminister hatte Litwinow diplomatische Beziehungen zu den USA aufgenommen, die Sowjetunion in den Völkerbund geführt und Abkommen über gegenseitige Hilfeleistung mit der Tschechoslowakei und Frankreich abgeschlossen. Obwohl Stalin den außenpolitischen Kurs seines Landes selbst bestimmte, war die Entlassung eines Außenministers, der für ein System der "kollektiven Sicherheit" geworben hatte, eine Geste, die Hitler beeindruckte.

Am 10. Mai erörterte der Führer die Frage nach der Gestaltung der Beziehungen zu Sowjetrussland mit zwei außenpolitischen Beratern, Gustav Hilger und Julius Schnurre. Hilger erstattete Hitler ausführlich Bericht über die Anstrengungen, die Moskau im Verlauf der letzten drei Jahre zwecks Verbesserung des russisch-deutschen Verhältnisses unternommen hatte. Weniger als einen Monat zuvor hatte Sowjetbotschafter Alexei Merekalow beispielsweise zu Weizsäcker gesagt, es gebe keinen Grund, der gegen eine Normalisierung und fortlaufende Festigung der sowjetisch-deutschen Beziehungen spreche. Am 9. Mai hatte der sowjetische Diplomat gegenüber Schnurre durchblicken lassen, dass Stalin zum Abschluss eines Nichtangriffspakts mit Deutschland bereit sei; ferner hatte er dem Reichsaußenministerium für die seit kurzem verfolgte "korrekte" Berichterstattung über die UdSSR gedankt.[648]

Am 6. Juni fand in Berlin eine Parade deutscher Soldaten statt, die im Spanischen Bürgerkrieg gekämpft hatten. In seiner Willkommensansprache vermied Hitler jeglichen Hinweis auf die "bolschewistische Gefahr", die Spanien gedroht hatte. Stattdessen ritt er eine heftige Attacke gegen die westlichen Demokratien, deren Presse dreiste Lügen verbreitet habe:

> "Jahrelang logen britische und französische Zeitungen ihren Lesern vor, dass Deutschland und Italien die Absicht hätten, Spanien zu erobern, es aufzuteilen und ihm vor allem seine Kolonien zu rauben. Gedankengänge, die allerdings bei den Vertretern dieser Länder weniger unnatürlich erscheinen als bei uns, da der Raub fremder Kolonien ja von jeher schon zu den erlaubten und erprobten Methoden dieser Demokratien gehörte."[649]

Ungefähr zur selben Zeit führte Stalin mit britischen und französischen Abgesandten Verhandlungen über den Ausbau der Handelsbeziehungen; diese verliefen sehr schleppend und verfolgten auf sowjetischer Seite vor allem das Ziel, Druck auf Deutschland auszuüben, um es zum Abschluss eines Vertrags mit der Sowjetunion zu bewegen. Hitler begriff, dass eine Kooperation mit den Russen ihm beste Chancen bot, das Kräftegleichgewicht zugunsten Deutschlands zu verschieben.

Tat sich Moskau nämlich mit den Westmächten zusammen, so bedeutete dies die wirtschaftliche und militärische Umzingelung des Reichs.

Im August traf eine englisch-französische Militärdelegation im Kreml ein. Bei den Besprechungen bot Woroschilow an, im Kriegsfall 120 Infanteriedivisionen, 16 Kavalleriedivisionen und 10.000 Panzer für eine Invasion Deutschlands bereitzustellen. Der französische General Joseph Doumence und der britische Admiral Reginald Drax – die beide nur wenig Erfahrung im Führen von Verhandlungen besaßen und nur über begrenzte Vollmachten verfügten – sprachen sich für eine mehr oder weniger defensive Strategie aus; die Mittel, die sie einzusetzen vorschlugen, waren nicht im entferntesten mit der massiven Hilfe vergleichbar, welche die Sowjets den Engländern und Franzosen für den Ernstfall in Aussicht stellten.[650] Woroschilow beharrte darauf, dass ein Durchmarschrecht durch Polen und Rumänien eine Vorbedingung für den Abschluss eines Bündnisses sei, weil die Rote Armee sonst nicht zu den deutschen Grenzen vorstoßen könne. Da diese beiden Pufferstaaten in Besitz von Territorien waren, die sie den Russen im Jahre 1919 abgenommen hatten, befürchteten ihre Regierungen verständlicherweise, bei einer Gewährung des Durchmarschrechts würden die Sowjets die betreffenden Gebiete permanent besetzen. Sowohl Bukarest als auch Warschau lehnten den Vorschlag ab, und die Gespräche endeten mit einem Fehlschlag. Moskau unternahm keinen Versuch, direkt mit den Polen zu verhandeln und ihre Zustimmung zu gewinnen – ein Hinweis darauf, dass Stalin einen Pakt mit den Westmächten nicht als reale Option erachtete.

Im selben Monat unterzeichnete die UdSSR ein umfangreiches Handelsabkommen mit dem Deutschen Reich. Am 19. August äußerte sich der neue Außenminister Wjatscheslaw Molotow gegenüber dem deutschen Botschafter Graf Friedrich von der Schulenburg wie folgt:

> “Wir sind zu dem Schluss gelangt, dass für den Erfolg der wirtschaftlichen Verhandlungen eine entsprechende politische Grundlage geschaffen werden muss.”[651]

Er schlug einen Nichtangriffspakt vor und wiederholte damit ein Angebot, dass die Russen den Deutschen schon im Juli 1936 gemacht hatten. Hitler hütete sich, den Fehler seiner westlichen Widersacher zu wiederholen, welche die Sowjets brüskiert hatten, indem sie zweitrangige Verhandlungspartner zu den Gesprächen über eine militärische Zusammenarbeit nach Moskau schickten; er schlug Stalin telegraphisch vor, Außenminister Ribbentrop persönlich zu entsenden, und stellte gleich klar:

> “Der Reichsaußenminister hat umfassendste Generalvollmacht zur Abfassung und Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes sowie des Protokolls.”[652]

Stalin antwortete am 21. August und lud Ribbentrop für den 23. zu Gesprächen nach Moskau ein.

Nach seiner Ankunft auf dem Moskauer Flugplatz unterhält sich Ribbentrop (links) am 23. August 1939 mit dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Wladimir Potemkin.

Stalin nahm persönlich an der Besprechung teil. Er forderte von Deutschland, die baltischen Staaten, Finnland und Bessarabien als Bestandteile der sowjetischen Interessensphäre anzuerkennen, versprach Ribbentrop aber zugleich, die UdSSR gedenke, die innenpolitischen Strukturen dieser Länder nicht anzutasten. Bezüglich Polens schlug er vor, die Vertragspartner sollten im Kriegsfall eine Demarkationslinie festlegen, um bei einer Teilung des Landes Zusammenstöße zwischen deutschen und sowjetischen Truppen zu verhüten. Ribbentrop versicherte seinem Gastgeber, dass die prosowjetische Umorientierung des Reichs einen grundlegenden außenpolitischen Kurswechsel bedeute und nicht bloß ein taktisches Manöver sei, um Polen zu isolieren und zu zerschmettern. Er fügte hinzu, dass "deutscherseits alles versucht würde, die Dinge in diplomatisch-friedlicher Form zu lösen".[653] Am 24. August flog die deutsche Delegation mit den unterzeichneten Dokumenten nach Berlin zurück. Hitler betrachtete den Pakt keineswegs als Vollmacht zum Einmarsch in Polen, sondern unternahm noch eine volle Woche lang weitere fruchtlose Versuche, Verhandlungen in die Wege zu leiten.[654]

Anfang September, als die deutschen Truppen bereits in Polen einmarschiert waren, stellte Ribbentrop der deutschen Botschaft in Moskau ein Telegramm zu, in dem er die Sowjets aufforderte, die östliche Hälfte Polens in Übereinstimmung mit dem geheimen Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt zu besetzen. Auf diese Weise hoffte er die UdSSR in den Krieg gegen England und Frankreich zu verwickeln. Erst zwei Wochen später, am 17. September, erteilte Stalin der Roten Armee schließlich den Befehl zum Einmarsch in Polen. Zum damaligen Standpunkt standen die deutschen Truppen bereits 180 Kilometer östlich der Demarkationslinie. Stalin befürchtete, Hitlers Heere könnten dieses zusätzliche Territorium für sich behalten, statt es den Russen abzutreten. Nach Polens Niederlage führten die deutschen und die sowjetischen Truppen in Brest-Litowsk eine gemeinsame Militärparade durch.

Nachdem Polen als militärische Bedrohung ausgefallen war, hoffte Hitler auf einen Kompromiss mit England und Frankreich. Als Gegenleistung wollte er dem tschechischen Staat und dem von Deutschland überrannten westliche Teil Polens eine Wiederherstellung ihrer Souveränität offerieren. Am 15. September hatte Ribbentrop die Sowjetregierung über die diesbezüglichen Pläne ins Bild gesetzt. Bei einer Besprechung mit dem OKW sagte Hitler am 17. Oktober:

"Polen soll selbstständig gemacht werden. Es wird kein Teil des Deutschen Reiches und auch

kein Verwaltungsbezirk des Reiches."[655]

Zwei Wochen später umriss Molotow Moskaus Haltung gegenüber Polen wie folgt:

"Nichts blieb übrig von dieser Missgeburt des Versailler Vertrages, die ihre Existenz der Unterdrückung nichtpolnischer Nationalitäten verdankt hatte."

Stalin stellte Ribbentrop am 27. Dezember ein Telegramm zu, indem er ihm in Erinnerung rief, dass "die Freundschaft der Völker Deutschlands und der Sowjetunion" auf dem Schlachtfeld "durch Blut gefestigt worden" sei.[656] Deshalb widerspreche jeder Versuch zur Wiederherstellung des polnischen Staates dem Geiste dieser Freundschaft. Da sich Hitler bewusst war, dass sein Land auf den Import sowjetischer Produkte angewiesen war, ließ er seinen Plan zur Gründung eines neuen polnischen Staates fallen. Stalins Taktik bestand darin, jegliche Initiative, die Deutschland und die Westmächte an den Verhandlungstisch bringen konnte, im Keim zu ersticken.

Am 30. November 1939 fiel die Rote Armee in Finnland ein. Die Finnen hatten diesen Angriff in keiner Hinsicht provoziert – es sei denn, man fasse die Tatsache, dass sie Moskaus Forderung nach Abtretung Teile ihres Gebiets an der sowjetischen Grenze sowie einiger Inseln im Golf von Finnland abgelehnt hatten, als Provokation auf. Die Sowjets bezeichneten ihren "Gegenschlag" als Antwort auf eine "Provokation der finnischen Militaristen".[657] In dem dreieinhalbmonatigen Winterkrieg verloren die Finnen 27.000 Mann an Toten und hatten außerdem 55.000 Verwundete zu beklagen. Die Verluste der Roten Armee beliefen sich auf 126.875 Gefallene und 264.908 Verwundete. Obgleich die deutsche Öffentlichkeit in ihrer überwältigenden Mehrheit hinter Finnland stand, blockierte Hitler die Versuche der Westmächte, via Norwegen Kriegsmaterial an die Finnen zu liefern.

Dieses sowjetische Plakat verherrlicht die Invasion Kareliens im Jahre 1939. Der Text bedeutet: "Für ein rotes Petrograd! Für ein rotes Finnland!"

Der Führer verfasste höchst persönlich einen nicht unterzeichneten Leitartikel, in dem die Position seiner Regierung hinsichtlich Skandinaviens definiert wurde. Der Artikel erschien Anfang Dezember 1939 in der deutschen Presse. Hitler erinnerte seine Landsleute daran, dass die Staaten Nordeuropas

seit der Gründung des Völkerbundes das von diesem verkörperte System, das einen Wiederaufstieg Deutschlands zu verhindern trachtete, diskussionslos unterstützt hatten. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland, fuhr Hitler fort, sei kaum ein Tag vergangen, ohne dass zahlreiche Zeitungen der skandinavischen Länder die deutsche Politik "arrogant und auf beleidigende Weise kritisiert" hätten. Deshalb, schloss er, wäre es naiv und ein Zeichen unangebrachter Sentimentalität, vom deutschen Volk eine Solidarisierung mit Ländern zu verlangen, die es zuvor verleumdet hätten.[658]

Aus Furcht vor einer englisch-französischen Operation stoppte Stalin im März den Vormarsch seiner Truppen, die kurz zuvor die Oberhand gewonnen hatten, und verlangte kaum mehr als die Territorien, die er schon während der Verhandlungen mit Helsinki im Oktober des Vorjahrs beansprucht hatte. Allerdings korrigierten die Sowjets diese milden Friedensbedingungen schon eine Woche nach dem Abschluss des Waffenstillstands mit Finnland in Moskau, nachdem sie sich gewahr geworden waren, dass die Stadt Enso gerade noch auf finnischem Gebiet lag. Dort befand sich eine der weltweit größten Fabriken zur Herstellung von Papier und Zellulose. Letzteres ist ein zur Produktion von hochgradigen Explosivstoffen notwendiges Polymer. Die Rote Armee drang einfach in Finnland ein und nahm ihm Enso ab.[659]

Am 2. Juni 1940 verlangten die Sowjets eine "Entschädigung" für wertvolle Objekte, welche die Finnen während der Kämpfe in den Gebieten, die sich mittlerweile unter russischer Kontrolle befanden, angeblich abtransportiert hatten. Der in Moskau abgeschlossene Vertrag enthielt keinen Hinweis auf eine solche "Entschädigung". Finnland musste seinem östlichen Nachbarn 75 Lokomotiven und 2.000 Güterwagen abtreten. Am 14. Juni schossen sowjetische Jäger ein finnisches Passagierflugzeug ab, das französische und amerikanische Diplomaten nach Helsinki bringen sollte. Die gesamte Bevölkerung der an die UdSSR gefallenen finnischen Territorien wurde aus ihrer Heimat vertrieben.[660]

Der sowjetische Druck auf Finnland wurde für Deutschland immer mehr zum Problem. Im April 1940 hatte Schnurre ein Handelsabkommen mit Helsinki vereinbart, das es dem Reich ermöglichte, 60% des finnischen Nickels – eines zur Herstellung von Stahl benötigten Metalls – zu kaufen. Die einheimische Nickelförderung deckte lediglich 5% des deutschen Bedarfs. Im Juni nahm die Sowjetunion für sich die Option in Anspruch, einen großen Teil des in Finnland geförderten Nickels zu kaufen. Da sie jedoch selbst über beträchtliche Vorkommen dieses Metalls verfügte, betrachteten die Deutschen diese Forderung Moskaus als Schachzug, um das Reich stärker von russischen Rohmaterialien abhängig zu machen. Admiral Nikolai Neswitski von der sowjetischen Ostseeflotte reichte bei seiner Regierung einen vertraulichen Bericht ein, in dem erörtert wurde, wie "die Frage nach der selbständigen Existenz Schwedens und Finnlands zugunsten der UdSSR zu lösen" sei.[661] Die Sowjets arbeiteten Pläne für eine erneute Invasion Finnlands aus, die im September stattfinden sollte.

Das am 24. Juni 1940 unterzeichnete deutsch-finnische Handelsabkommen machte den skandinavischen Staat zur wichtigen Quelle von Rohstoffen für die Kriegsindustrie des Reichs. Im August 1940 gingen beim OKW Geheimdienstberichte über sowjetische Truppenkonzentrationen unweit der finnischen Grenze ein. Auf Hitlers Befehl verstärkten die Deutschen ihre Bodentruppen sowie ihre Luftwaffeneinheiten in Nordnorwegen und übergaben den Finnen das in norwegischen Häfen beschlagnahmte englische und französische Kriegsmaterial. Gleichzeitig begann Finnland diskret, auch deutsche Ausrüstungsgegenstände zu kaufen. Im Winter 1940/1941 stellten die Sowjets unter Verletzung eines mit Helsinki abgeschlossenen Handelsabkommens ihre Getreidelieferungen an Finnland ein. Um die Ausfälle zu kompensieren, wandten sich die Finnen an Deutschland, was die

Beziehungen zwischen den beiden Ländern stärkte.

Die UdSSR richtete ihre Aufmerksamkeit jetzt den anderen Ländern zu, die laut dem deutsch-sowjetischen Pakt von 1939 Bestandteil ihrer Interessensphäre waren. Gegen Ende 1939 war es Moskau bereits gelungen, diese Länder durch Druck zur Unterzeichnung von Verträgen zu veranlassen, die es der Roten Flotte erlaubten, in den baltischen Häfen Stützpunkte zu errichten. Im Juni 1940 beklagte sich Molotow über den unzureichenden Schutz des dort stationierten sowjetischen Personals. Es folgt ein Ultimatum, das die Regierung der drei Baltenstaaten zwang, den Sowjets eine Verstärkung ihrer Garnisonen zuzugestehen. Die Rote Armee schickte gleich 18 bis 20 Divisionen.[662] Diese überwältigende militärische Präsenz ermöglichte es den lokalen Kommunisten, die drei baltischen Länder am 21. Juli 1940 zu "Sowjetrepubliken" zu erklären. Es folgten getürkte Wahlen und eine "Volkserhebung".

Bei den sowjetischen Scheinwahlen, die im Januar 1941 im Baltikum stattfinden, hilft ein politischer Kommissar bei der Überprüfung der Identität registrierter Wähler. Auf dem Plakat sind Stalin und Molotow abgebildet.

Stalin entsandte zwei Vertreter, Schdanow und Wyschinski, um die neuen Sowjetrepubliken von unerwünschten Elementen zu reinigen. Die Sowjets deportierten über 140.000 Esten, 155.000 Letten und 300.000 Litauer in sibirische Arbeitslager. Es gab darunter kaum Rückkehrer.[663]

Im September 1940 bezeichnete Stalin die Besetzung der Balkenstaaten sowie die parallel dazu erfolgte Annexion des bis dahin rumänischen Bessarabiens vor dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei als

> "Segen für die Menschheit, denn die Litauer, Westweißrussen und Bessarabier, die wir von der Unterdrückung durch Grundbesitzer, Kapitalisten, Polizisten und ähnliches Geschmeiß befreit haben, schätzen sich glücklich. Dies ist der Standpunkt der Völker."[664]

Während die Sowjetunion fremdes Land an sich riss, blickte die Welt atemlos nach Westeuropa.

Im April 1940 besetzten die deutschen Streitkräfte Dänemark und Norwegen; im Mai rückten sie in Holland, Belgien und Frankreich ein. Als letztes dieser Länder kapitulierte Frankreich nach sechswöchigem Kampf. Das britische Expeditionskorps zog sich nach England zurück. Deutschland hatte alle seine Gegner auf dem Kontinent so mühelos niedergeworfen, dass Großbritannien zur Defensive überging. Der lange Stellungskrieg, den Stalin vorausgesagt hatte und der die "kapitalistischen" Staaten in den Ruin treiben sollte, fand nicht statt. Die wachsende Kontrolle des Reichs über die europäische Wirtschaft verringerte seine Abhängigkeit vom Handel mit der Sowjetunion. Stalin geriet angesichts der deutschen Blitzkriege außer Fassung und meinte, der Krieg mit Deutschland lasse sich jetzt nicht mehr vermeiden.[665]

Junge Letten marschieren bei der sowjetischen 1. Mai-Parade 1941 mit. Ihr Gesichtsausdruck lässt darauf schließen, dass ihre Beteiligung an dieser Feier der "proletarischen Einheit" nicht gerade freiwillig zustande kam.

Die sowjetische Expansion war für Hitler Grund zur lebhafter Besorgnis, und die Bemühungen der Russen um eine Verbesserung der Beziehungen mit England, das sich immer noch im Kriegszustand mit Deutschland befand, bestärkte ihn in seinen Befürchtungen. Am 23. April 1940 meldete Weizsäcker in einem Telegramm an Karl von Ritter, einen Sekretär der deutschen Botschaft in Moskau:

> "Gestern schrieben fast alle Londoner Blätter über sowjetisch-englische Wirtschaftsbesprechungen, die auf sowjetische Initiative aufgenommen werden sollten."

Weizsäcker wies die deutschen Diplomaten in der sowjetischen Hauptstadt an, Molotow darüber in Kenntnis zu setzen, dass die Reichsregierung nach dem bisherigen Verlauf mit der Durchführung der sowjetischen Rohstofflieferungen

> "nicht so zufrieden ist, wie es dem Gedanken der gegenseitigen Hilfeleistungen entsprechen sollte. Sie bittet die Sowjetregierung dringend, in den transportmäßig günstigen Monaten des Jahres verstärkt und fortlaufend zu liefern und insbesondere die Erdöl- und Getreidelieferungen sofort und verstärkt in Gang zu setzen."[666]

Moskau verhandelte mit Großbritannien über ein Handelsabkommen und vernachlässigte gleichzeitig seine Verpflichtungen gegenüber Deutschland. Der britische Botschafter Sir Stafford Cripps traf sich im Juli 1940 mit Stalin zu einer Besprechung. Um den Kreml-Herrscher für ein

antideutsches Bündnis zu gewinnen, versprach Cripps, England werde eine sowjetische Kontrolle über die Dardanellen, den Balkan und Ostpolen akzeptieren und auch auf praktisch alle anderen Wünsche Stalins bezüglich einer Neuordnung der politischen Lage im Europa der Nachkriegszeit eingehen.[667] In Anbetracht der traditionellen britischen Außenpolitik waren dies enorm weitgehende Konzessionen. Der Sowjetdiktator vertraute seinem britischen Gesprächspartner an, er betrachte Deutschland als einzige Bedrohung für sein Land, und ließ die Tür mehr oder weniger für ein Bündnis mit London offen.

Da er sich bewusst war, dass seine Unterredung mit Cripps in Berlin Misstrauen erwecken musste, wies Stalin Molotow an, dem deutschen Botschafter eine schriftliche Zusammenfassung der Gespräche zu überreichen. Molotows Bericht, den Schulenburg seiner Regierung zustellte, vermittelte den Eindruck, dass Stalin seinen Bündnisverpflichtungen gegenüber Deutschland treu geblieben war und die Vorschläge des englischen Botschafters zurückgewiesen hatte. Allerdings wurden Hitler aus Rom zuverlässigere Informationen zugespielt, denn italienische Agenten hörten heimlich die Meldungen des jugoslawischen Botschafters in Moskau, Milan Gavrilovic, an Belgrad ab und setzten Berlin dann darüber in Kenntnis. Aus diesen Berichten ging hervor, dass Moskau am Abschluss eines Paktes mit England interessiert war. Auf diese Weise erfuhr Hitler von Stalins Doppelzüngigkeit.[668]

Immer noch im Juli 1940 begannen Hitler und Ribbentrop bei Grenzstreitigkeiten zwischen Bulgarien, Rumänien und Ungarn zu vermitteln. Die Rote Armee hatte an der sowjetisch-rumänischen Grenze Truppen aufmarschieren lassen und war bereit, im Falle eines bewaffneten Konflikts zwischen den Balkanstaaten einzugreifen und “die Ordnung wiederherzustellen”.[669] Die Meldungen über sowjetische Truppenkonzentrationen in Bessarabien veranlassten Hitler dazu, zwei deutsche Panzerdivisionen sowie zehn Infanteriedivisionen in Südwestpolen zu stationieren, um die rumänischen Ölfelder bei Ploiesti rasch besetzen zu können, wenn die Region allzu instabil wurde.

Am 24. August 1940 wurden die Verhandlungen zwischen Ungarn und Rumänien abgebrochen, aber Hitler holte die Diplomaten der beiden Länder an den Konferenztisch zurück. Der starke wirtschaftliche Einfluss Deutschlands sowie die gerechtfertigte Furcht vor einer sowjetischen Intervention brachte diese Länder dazu, den Schiedsspruch des Führers anzunehmen. Bei einer Verhandlungssitzung, die am 30. August 1940 unter der Leitung Ribbentrops und des italienischen Außenministers Galeazzo Ciaono in Wien stattfand, erklärte sich Rumänien am 30. August 1940 bereit, Nordsiebenbürgen an Ungarn abzutreten. Im Gegenzug garantierten Deutschland und Italien Rumäniens Souveränität gegen jede ausländische Aggression. Auf Begehren Bukarests entsandten die Deutschen im Oktober eine Militärmission, der auch mechanisierte Truppen und Einheiten der Luftwaffe angehörten, nach Rumänien, um dessen Streitkräfte auszubilden und ihre Qualität zu verbessern.[670]

Moskau hatte die Krise noch verschärft, indem es versuchte, Ungarn und Bulgarien gegen Rumänien aufzuhetzen. Nun protestierte der Kreml, der Wiener Schiedsspruch verstoße gegen Artikel 2 des sowjetisch-deutschen Pakts. Dieser sah bei Fragen von beidseitigem Interesse nämlich Konsultationen vor, doch die Russen waren nicht zu den Verhandlungen in Wien eingeladen worden. Ribbentrop konterte, die sowjetischen Interessen auf dem Balkan seien mit der Annexion Bessarabiens im Juni bereits hinreichend berücksichtigt worden. Er rief Molotow dezent in Erinnerung, dass die UdSSR ganz Litauen besetzt hatte, einschließlich einer Region, die als Bestandteil der deutschen Interessensphäre eingestuft worden war, ohne Berlin vorher darüber in Kenntnis zu setzen. Die diplomatische Intervention Deutschlands auf dem Balkan, fügte der Außenminister hinzu, habe in einer Gegend, die an die Sowjetunion grenze, die Stabilität

wiederhergestellt, was nur in Moskaus Interesse liegen können.

Am 21. September 1940 antwortete Molotow in einem Memorandum. Er ließ Ribbentrops Argumente nicht gelten: Die deutsch-italienische Garantie für Rumänien, behauptete er, sei gegen die UdSSR gerichtet. (In Wahrheit diente sie dazu, Rumänien vor weiteren Forderungen Ungarns zu schützen, dessen Regent Horthy noch mehr Gebiete verlangt hatte.) Obgleich die Deutschen gegenüber Molotow einen Ton anschlugen, den der rumänische Außenminister Mihail Manoilescu als "wohlwollend und ganz auf Versöhnlichkeit gestimmt" bezeichnet hatte, verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin in jenem Sommer merklich.[671] Unter Bezugnahme auf die sowjetische Besetzung der baltischen Staaten im Juni 1940 schrieb der deutsche Botschafter in Riga an seine Vorgesetzten:

> "Pro-russisch eingestellte Kreise verbreiten augenblicklich mit großer Intensität die Behauptung, dass die ganze Aktion sich ausschließlich gegen Deutschland richtet und binnen kurzem in eine Offensive auf deutsches Gebiet übergehen wird."[672]

In Bessarabien rieten die sowjetischen Behörden den dort lebenden Volksdeutschen davon ab, von ihrem Recht auf Auswanderung nach Deutschland Gebrauch zu machen: Die Rote Armee, erklärten sie, werde schon bald im Reich einmarschieren, so dass es sinnlos sei, zu emigrieren.[673] Im Oktober fiel den Deutschen das Original eines sowjetischen Militärdokuments in die Hände, in dem ein Plan zum Angriff auf Rumänien und zur Einnahme von Ploiesti skizziert wurde.[674] Der sowjetische Stabschef Georgi Schukow verlegte die 5., 9. und 12. Armee nach Bessarabien und ließ sie nur 170 Kilometer von den Ölfeldern von Ploiesti entfernt in Stellung gehen. Die 9. Armee allein verfügte über mehr Panzer als die gesamte Wehrmacht.[675]

Am 13. Oktober 1940 schrieb Ribbentrop an Stalin und regte einen Besuch Molotows in Berlin an. Stalin ging auf das Angebot ein und schickte seinen Außenminister am 12. November in die deutsche Hauptstadt. Während der Verhandlungen erinnerte der Führer seinen Gast daran, dass Deutschland die UdSSR während des Kriegs gegen Finnland durch seine wohlwollende Neutralität unterstützt und die Besetzung der Baltenstaaten sowie Bessarabiens anstandslos hingenommen hatte. Von einer Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland, argumentierte er, hätten stets beide Länder profitiert, doch wenn sie einander feindlich gegenübergestanden seien, habe dies nur fremden Mächten genützt. Hitler teilte Molotow mit, Deutschland habe in Finnland keine politischen Interessen, sei aber dringend auf den Handel mit diesem Land angewiesen, weil es von dort Nickel und Holz benötige. Die einzigen deutschen Truppen, die sich auf finnischem Territorium befänden, seien unterwegs nach Nordnorwegen, und diese Überstellung werde schon bald abgeschlossen sein. Deutschland, betonte Hitler, brauche Frieden in der Ostseeregion, um den Krieg gegen England fortsetzen zu können.

Baron von Weizsäcker steht hinter den Stühlen, auf dem Hitler sowie der italienische Außenminister Ciano während der Zeremonie zur Ratifizierung des Dreimächtepaktes zwischen Deutschland, Italien und Japan im September 1940 stehen. Berlins Versuch, auch manche Balkanstaaten zum Beitritt zu diesem Pakt zu gewinnen, ließ bei Stalin die Alarmglocken läuten. Er befürchtete, dass sich diese Allianz gegen Russland richtete, obwohl ihm Ribbentrop versicherte, sie diene lediglich der Eindämmung des anglo-amerikanischen Einflusses.

Während der gesamten Verhandlungen bedienten sich Hitler und Ribbentrop eines herzlichen Tons und legten große Geduld an den Tag. Sie forderten die Sowjets auf, ihr Augenmerk auf Persien und Indien zu richten und sich nach Süden auszudehnen, doch Molotow zeigte kein Interesse an diesem Vorschlag, sondern wiederholte immer wieder seine Forderungen nach freier Hand in Finnland und auf dem Balkan, insbesondere in Bulgarien. Die Besprechungen, die am 14. November mit Molotows Abreise endeten, hatten zu keinem lebensfähigen Kompromiss geführt. Die Entwicklung zwang Hitler, nach und nach immer mehr Truppen an die Ostgrenze des Reichs zu verlegen, um einer möglichen sowjetischen Expansion entgegentreten zu können. Infolgedessen fehlten ihm im Westen die zu einer Niederringung Englands notwendigen militärischen Ressourcen. Indem er Deutschland schwächte und die Briten indirekt zur Fortführung des Widerstandes ermunterte, verhinderte Stalin ein Ende der Kämpfe im Westen.[676]

Ein Ereignis, auf das Hitler keinen Einfluss hatte, trug zu einer weiteren Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen bei. Am 28. Oktober fiel Italien, das im Juni auf Deutschlands Seite in den Krieg eingetreten war, von Albanien aus ohne jede Provokation in Griechenland ein. Mussolinis Truppen erlitten schwere Verluste und erzielten keine Geländegewinne. Die Hartnäckigkeit der griechischen Krieger, das gebirgige Terrain, schlechtes Wetter sowie die inkompetente Führung und die unzureichende Bewaffnung der italienischen Armee sorgten dafür, dass die Offensive versandete. Die italienischen Niederlagen in Griechenland und Libyen fügten dem Prestige Italiens in den neutralen Ländern Europas schweren Schaden zu.[677] Zu allem Überfluss gab die italienische Presse gleichzeitig Mussolinis Anspruch auf gewisse Territorien in Jugoslawien bekannt. Schon im August hatte der jugoslawische Kronprinz Paul dem deutschen Vertreter in Belgrad, Viktor von Heeren, gesagt

> “Für die Stimmung gegenüber Deutschland wird die Haltung Deutschlands gegenüber dieser aggressiven Politik Italiens von größter Bedeutung sein. Deutschland achtet man in der Bevölkerung, Italien missachtet man.”[678]

Ein jugoslawischer Diplomat, der im Solde der Deutschen stand, unterrichtete diese über Moskaus Bemühungen, die Balkanstaaten für eine antideutsche Koalition zu gewinnen.

Im Dezember 1940 wies Hitler das OKW an, einen Feldzug gegen Griechenland zu planen. Athen hatte nämlich inzwischen begonnen, britische Hilfe zu akzeptieren; wenn es der Royal Air Force erlaubt wurde, Bombergeschwader nach Griechenland zu verlegen, lag Ploiesti in ihrer Reichweite. Die Deutschen mussten unter allen Umständen verhindern, dass England in Südosteuropa eine zweite Front gegen sie eröffnete; sie mussten die Ölfelder von Ploiesti schützen und ihren italienischen Bundesgenossen, die in Griechenland nicht weiterkamen, aus der Patsche helfen. Hitler hoffte, eine starke militärische Präsenz in Griechenlands Nachbarländern werde Athen davon überzeugen, dass ein Kompromiss und ein Friedensvertrag mit Italien in seinem Interesse lagen. Diese Hoffnung zerrann jäh zu nichts, als die Briten am 10. März 1941 Truppen nach Griechenland schickten, um dessen Streitkräfte zu unterstützen.

Zwei Monate früher, im Januar, hatten deutsche Truppenkonzentrationen in Südrumänien zu Protesten seitens der Sowjetunion geführt. Den deutschen Planungen zufolge sollte die 12. Armee Anfang März in Bulgarien einrücken und längs der bulgarisch-griechischen Grenze Stellung beziehen. Am 13. Januar meldete die sowjetische Nachrichtenagentur Tass, die Verlegung deutscher Truppen nach Bulgarien erfolge “ohne Kenntnis oder Zustimmung der UdSSR”.[679] Berlin antwortete, diese Operation sei erforderlich, um die britischen Streitkräfte vom Kontinent fernzuhalten. Am 12. Februar bezifferte Ribbentrop die Stärke der 12. Armee öffentlich auf 680.000 Mann (was eine Übertreibung darstellte); hierzu gehöre “ein besonders hoher Prozentsatz technischer Truppen mit modernstem Kriegsgerät, besonders Panzertruppen”. Diese prahlerischen Behauptungen sollten die Russen vor einer militärischen Konfrontation abschrecken. In einem Memorandum an das Außenministerium in Berlin legte Moskau Protest ein:

> “Unter Berücksichtigung all dieser Umstände hält es die Sowjetregierung für ihre Pflicht, warnend darauf hinzuweisen, dass sie das Erscheinen irgendwelcher bewaffneter Streitkräfte auf dem Gebiet Bulgariens und an den Meerengen als eine Bedrohung der Sicherheitsinteressen der UdSSR ansehen wird.”[680]

Am 25. März schloss sich Jugoslawien dem “Dreimächtepakt” genannten Bündnis zwischen Deutschland, Italien und Japan an. Ungeachtet der deutschen Getreidekäufe gab es im Land eine starke panslawistische Stimmung, und die Armeespitze war deutschfeindlich eingestellt. Schon zwei Tage später putschte sich die Armee an die Macht und nahm prominente Mitglieder der der gestürzten Regierung fest. Der neue Staatschef, General Dusan Simovic, ließ die Briten wissen, er benötige Zeit zur Verstärkung seiner Streitkräfte, werde aber in Zukunft gemeinsam mit den USA, England und Russland gegen Deutschland kämpfen.[681]

Hitler schenkte Simovics Lippenbekenntnissen zum Dreimächtepakt keinen Glauben. Schon am Tag des Staatsstreichs hielt er gegenüber dem OWK fest:

> “Der Militärputsch in Jugoslawien hat die politische Lage auf dem Balkan geändert. Jugoslawien muss auch dann, wenn es zunächst Loyalitätserklärungen abgibt, als Feind betrachtet und daher so rasch als möglich zerschlagen werden.”[682]

In einem Glückwunschtelegramm an das neue Regime in Belgrad erklärte Moskau:

> “Das jugoslawische Volk hat sich wieder seiner glorreichen Vergangenheit würdig erwiesen.”

Ungarns Regent Nikolaus von Horthy wies Hitler warnend darauf hin, dass “Jugoslawien sich zu diesem Schritt ohne gewisse sowjetische Einflüsse kaum hätte verleiten lassen”.[683]

Am 6. April 1941 marschierten die Deutschen in Jugoslawien und Griechenland ein. Während

amerikanische Zeitungen die Stärke des britischen Expeditionskorps in Griechenland auf 240.000 Mann schätzten, gingen die Deutschen von einer realistischeren Zahl von ungefähr 60.000 aus.[684] Die durch ethnische Zwistigkeiten paralysierte, unvorbereitete und schlecht geführte jugoslawische Armee vermochte den Deutschen keinen ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen. Auch die griechischen Streitkräfte erwiesen sich nicht als ebenbürtiger Gegner, obwohl sie die Deutschen durch ihre Tapferkeit sehr beeindruckten. Die britischen Soldaten – "Tagsüber betranken sie sich und nachts machten sie Jagd auf Frauen" (so ein deutscher Kriegskorrespondent[685]) – schickten sich schon bald an, Griechenland, und mit ihm den europäischen Kontinent, zu verlassen. Die deutschen Truppen eroberten die beiden Länder unter minimalen Verlusten.

Der deutsche Triumph auf dem Balkan strapazierte die Beziehungen zu Moskau in höchstem Grade. Am 5. April hatte die UdSSR einen Nichtangriffspakt mit der Simovic-Regierung unterzeichnet, was Hitler verständlicherweise als unfreundliche Geste auffasste. Dieses Urteil wurde durch Dokumente bekräftigt, welche deutsche Soldaten in Belgrad sichergestellt hatten. In einem Schriftstück, das in der verlassenen Sowjetbotschaft vorgefunden worden war, hieß es:

Deutsche Gebirgsinfanteristen, die sogenannten Gebirgsjäger, durchqueren während des Balkanfeldzugs vom April 1941 das malerische, zerklüftete griechische Gelände.

> "Die UdSSR wird erst im gegebenen Moment reagieren. Die Achsenmächte haben ihre Streitkräfte weitgehend verzettelt, und deshalb wird die UdSSR plötzlich gegen Deutschland losschlagen."[686]

Der deutsche diplomatische Analytiker Ernst Woermann erstellte eine Zusammenfassung der Korrespondenz des ehemaligen jugoslawischen Außenministers und folgerte daraus, die Sowjets hätten "Jugoslawien zu einer eventuellen Opposition gegen die Deutschen" ermutigt und "eilige Vorbereitungen" für ein Eingreifen getroffen. Viktor Prinz zu Wied, der deutsche Botschafter in Stockholm, telegraphierte am 16. Mai 1941 nach Berlin:

> "Hiesige sowjetrussische Gesandtin, Frau Kollontai, äußerte dieser Tage, wie ich erfahre, zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte seien an der Westgrenze Russlands stärkere Truppenkontingente zusammengezogen worden als jetzt."[687]

Bei Hitler trafen auch aus anderen Quellen ominöse Signale ein, die auf sowjetische Kriegsvorbereitungen hindeuteten. Aus Helsinki flatterte ihm ein Telegramm auf den Schreibtisch, in

dem berichtet wurde, der dortige sowjetische Flottenattaché Smirnow habe seinem amerikanischen Kollegen Huthsteiner mitgeteilt, dass Russland “höchstwahrscheinlich in den Krieg auf Seiten der anderen großen Demokratien eintreten müsse.”[688] SD-Chef Walter Schellenberg vermeldete einen dramatischen Anstieg von Fällen sowjetischer Spionage, Subversion und Sabotage. In verschiedenen europäischen Häfen hatte die Polizei Hafenarbeiter festgenommen, die auf deutschen, italienischen oder japanischen Schiffen Sprengkörper angebracht hatten. Bei den Tätern handelte es sich meist um kommunistische Agenten. Die dänische Kriminalpolizei zerschlug einen besonders aktiven Ring kommunistischer Saboteure unter der Leitung von Ernst Wollweber, dessen Mitglieder seit 1938 fast 70 aus skandinavischen Häfen nach Deutschland fahrende Schiffe mittels Sprengstoff versenkt oder beschädigt hatten.[689] Das OKW registrierte Tag für Tag sowjetische Aufklärungsflugzeuge über deutschem Gebiet und belieferte Hitler mit einem steten Strom von Informationen über die unaufhörliche Zunahme der in der Grenzregion massierten sowjetischen Truppen. In einer dieser Meldungen, die auf den 11. Juni 1941 datiert war, hieß es:

> “Der Bedrohung, die aus dem Aufmarsch der sowjetrussischen Armee für Deutschland erwächst, entspricht der in ihr hochgezüchtete deutschfeindliche Geist, der dauernd geschürt und wachgehalten wird durch eine feindselige Propaganda.”[690]

Fünf Wochen nach den ergebnislosen Unterredungen mit Molotow im November 1940 erteilte Hitler dem OKW die Anweisung, Pläne für eine Offensive gegen die Sowjetunion auszuarbeiten. Anschließend überlegte er mehrere Monate lang, ob er sich zu dieser Entscheidung durchringen solle. Nach dem Fall Frankreich war der Führer zu dem Schluss gelangt, eine Landung auf den Britischen Inseln sei allzu riskant. Die alternative Strategie, die englische Seemacht im Mittelmeer herauszufordern, hing weitgehend davon ab, ob es gelingen würde, Gibraltar einzunehmen. Eine Operation gegen diesen ungeheuer wichtigen britischen Stützpunkt war jedoch einzig und allein mit spanischer Unterstützung möglich, aber Franco hatte beschlossen, neutral zu bleiben. Angesichts der zunehmenden amerikanischen Unterstützung für Großbritannien sah Hitler keine Möglichkeit zur Beendigung des Krieges. Die sich immer stärker abzeichnende Anlehnung der UdSSR an den Westen beschwor das Gespenst einer englisch-amerikanisch-sowjetischen Allianz herauf. Die Russen konnten jederzeit ohne Vorwarnung gegen Finnland und Rumänien zuschlagen und die für das Reich lebenswichtigen Nickel- und Erdöllieferungen unterbinden.

Der Führer spürte, wie die strategische Initiative in die Hände seiner Feinde überging. Nur ein gewaltiger Paukenschlag konnte die Situation noch retten: Es galt Russland auszuschalten, ehe es sich mit den USA zusammentat, denn dann würde sich Deutschland einer militärischen Koalition von überwältigender Macht gegenübersehen. Gelang es dem Reich, die sowjetische Gefahr mit einem raschen Feldzug zu beseitigen, so würde es in der Lage sein, seine Position in Europa zu konsolidieren und sich auf den Krieg gegen England zu konzentrieren. Ein Sieg über die UdSSR würde auch Japans Einfluss im Fernen Osten stärken. Hitler war der Überzeugung, dass eine Ausschaltung Russlands London zum Abschluss eines Friedensabkommens mit Deutschland bewegen und die Amerikaner von einem Eingreifen in den Krieg abhalten werde.

Im April 1941 erlaubte die Sowjetregierung einer Delegation von Ingenieuren, die für deutsche Rüstungsunternehmen wie Mauser, Henschel und Daimler-Benz arbeiteten, eine Reihe sowjetischer Fabriken zu besichtigen, in denen Flugzeuge entworfen und gebaut wurden. Die Organisation, Größe und Qualität der Installationen hinterließ auf die Besucher einen nachhaltigen Eindruck. In einem ausführlichen Bericht für das Luftwaffenministerium schilderten die deutschen Ingenieure unter anderem eine sowjetische Fabrik für Flugzeugmotoren, die größer war als sechs entsprechende deutsche Betriebe zusammen. Göring und der Luftwaffenstab taten den Bericht als übertrieben und

seine Verfasser als Defätisten ab, die der hinterlistigen sowjetischen Propaganda auf den Leim gekrochen seien. Hitler hingegen nahm den Bericht sehr ernst und kommentierte ihn mit den Worten: "Da sieht man's ja, wie weit die Leute schon sind. Wir müssen gleich anfangen."[691] Seit 1939 war die Produktion moderner Kampfflugzeuge in der Sowjetunion in der Tat um 70% gestiegen. Obschon Hitler die Russen nicht unbedingt als direkte militärische Bedrohung ansah, bereitete ihm die Gefahr, die ihre rapid wachsende Rüstungsindustrie heraufbeschwor, größte Sorgen.

Die deutschen Armeekommandanten mochten zwar Vorbehalte dagegen haben, dass sich Deutschland auf einen Zweifrontenkrieg einließ, doch die meisten von ihnen beurteilten die Chancen auf einen raschen Sieg über die UdSSR optimistisch.[692] Der deutsche Generalstab prophezeite, der Feldzug werde zwei bis vier Monate dauern. Generalstabschef Franz Halder unterschätzte die Stärke der Roten Armee um die Hälfte,[693] und "Fremde Heere Ost", ein Zweig des Armeegeheimdienstes, verschätzte sich noch mehr. Ihre Analytiker gingen davon aus, dass die Sowjets nicht mehr als zehn gepanzerte Divisionen besaßen. In Wirklichkeit verfügten sie über 100 mechanisierte Divisionen, alle mit Panzern.[694]

Auch aus Japan erhielten die Deutschen einen Bericht, der sich geringschätzig über die militärische Macht der Russen äußerte. 1938 war der Chef der sowjetischen Geheimpolizei in der Mandschurei, General Ljuschkow, zu den Japanern übergelaufen, welche der deutschen Botschaft in Tokio Kopien seiner Befragungsprotokolle zur Verfügung stellten. Ljuschkow stellte die Führung der Roten Armee als schlecht organisiert und inkompetent dar und behauptete anhand von Fallbeispielen, die politische Struktur der UdSSR sei so instabil, dass im Falle eines großen Krieges das ganze System zusammenbrechen werde.[695]

Getreu der Tradition des Außenministeriums warb Ribbentrop hartnäckig für einen Kompromiss mit Moskau. Am 10. Januar 1941 hatte der Ökonom Schnurre ein umfassendes Handelsabkommen mit der UdSSR unterzeichnet, das sämtliche vorherigen Verträge dieser Art weit in den Schatten stellte und die stets drohenden Lücken in der deutschen Rohstoffversorgung dauerhaft zu schließen versprach.[696] Die Sowjets versorgten das Reich nicht nur mit Öl, Baumwolle, Viehfutter, Phosphaten, Eisenerz, Metallschrott, Chrom und Platin, sondern kauften für die Deutschen auch noch im Fernen Osten Gummi, den sie dann per Eisenbahn lieferten.

Im Gegenzug erhielt Russland vom Reich Industriemaschinen und Rüstungsgüter. Schnurre und Ribbentrop legten Hitler das Handelsabkommen am 26. Januar auf dem Berghof zur Begutachtung vor. Bei seinen Darlegungen unterstrich Schnurre, dass es die Auswirkungen der englischen Kontinentalblockade zunichtemachen werde, auf der Londons Siegeshoffnungen fast ausschließlich beruhten. Schnurre schloss mit der Bemerkung, dass der Vertrag mit den Russen jetzt die Grundlage sei, "einen für Deutschland erfolgreichen Frieden zu schließen".[697] Hitler erwiderte, er könne den für Deutschland notwendigen Lieferungen nicht jene Priorität einräumen, die das neue Handelsabkommen erfordern würde. Die militärische Lage im Mittelmeerraum einschließlich Nordafrikas zwinge ihn, den Bedürfnissen der deutschen sowie der italienischen Streitkräfte Vorrang einzuräumen. Schnurre schrieb später, dass Ribbentrop "jedenfalls zu diesem Zeitpunkt, ein Gegner des russischen Krieges war".[698]

Dank ihrer Beharrlichkeit gelang es gelang den beiden Diplomaten schließlich, Hitler umzustimmen und zur Billigung des Abkommens zu bewegen. Trotz des Krieges gegen Großbritannien konnten die Deutschen im Januar 1941 mit der Sowjetunion aus einer Position der Stärke verhandeln. Sie dominierten die europäische Wirtschaft weitgehend, und die Erfolge ihrer Streitkräfte gegen Polen und Frankreich hatten die Sowjetführer beeindruckt. Der russische General Boris Schaposchnikow überschätzte die Zahl der den Deutschen zur Verfügung stehenden Panzer und

Flugzeuge um mehr als das Doppelte.[699] Das deutsche Militär war unvergleichlich stärker als das finnische, das der Roten Armee trotz seiner krassen numerischen Unterlegenheit dermaßen schwere Verluste zugefügt hatte. Außerdem misstraute Stalin den Briten: Während des Frankreichfeldzugs hatten die Deutschen alliierte Pläne erbeutet und veröffentlicht, von den Luftstützpunkten in der Türkei aus die sowjetischen Ölfelder in Baku zu bombardieren, obwohl die Sowjetunion keine kriegsführende Macht war.[700] Das Ziel dieser Operation hätte darin bestanden, Deutschlands Treibstoffnachschub indirekt zu unterbrechen. “Ich werde niemals dulden, dass Deutschland schwach wird”, sagte Stalin 1939 zu Ribbentrop.[701]

Die russische Historikern Irina Pawlowa drückt es so aus:

> “Für Stalin war das Erstarken des Nationalsozialismus ein positiver Faktor in der Entwicklung der internationalen Beziehungen, weil er seiner Ansicht nach zu einer Verschärfung der Gegensätze zwischen den hauptsächlich kapitalistischen Mächten führte und sich in erster Linie gegen Großbritannien und Frankreich richtete.”[702]

Ein Waffengang zwischen Deutschland und Russland hätte in der Tat bedeutet, dass Stalin für die Westmächte “die Kastanien aus dem Feuer geholt” hätte. Genau hiervor hatte er jedoch 1939 gewarnt.

Das Reichsaußenministerium wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen den Plan zum Einmarsch in die UdSSR. Entnervt nannte Hitler den hartnäckigen Ribbentrop seinen “schwierigsten Untergebenen”.[703] Schnurre versuchte sogar die Generäle Wilhelm Keitel und Alfred Jodl vom OKW als Bundesgenossen in seinem Kampf um Verständigung mit dem Kreml zu rekrutieren:

> “Ich schilderte das Ergebnis der Moskauer Verhandlungen und die großen Vorteile, die sich für Deutschland daraus ergäben: Sicherung der Rohstoffversorgung und Nahrungsmittelreserve und weitgehende wirtschaftliche Handlungsfreiheit im Osten.”

Er griff dabei Argumente auf, die schon der Marquis de Caulaincourt ins Feld geführt hatte, als er Napoleon anno 1812 vor einem Angriff auf das Zarenreich warnte: Die unendlichen Weiten Russlands, sein unerschöpfliches Menschenpotential, sein Klima. Doch biss Schnurre auf Granit:

> “Meine Darlegungen fanden leider taube Ohren. Jodl erwiderte, das sei alles in den Planungen berücksichtigt. Es würde sich aber nach aller Voraussicht nur um einen kurzen Krieg handeln.”[704]

Die deutschen Diplomaten ließen nie von ihrer Überzeugung ab, dass der Pakt mit Moskau gerettet werden könne, weil das Reich ihrer Meinung nach stark genug war, um Stalin zur Einhaltung seiner Verpflichtungen zu zwingen.

Die sowjetische Militärführung bereitete zwei Operationspläne für eine Invasion Mitteleuropas vor, von denen der erste vom 11. März und der zweite vom 15. Mai 1941 stammte. Im späteren der beiden Pläne hieß es, die Rote Armee müsse

> “dem Gegner beim Aufmarsch zuvorkommen und die deutsche Wehrmacht in jenem Moment angreifen, da sie sich noch im Aufmarschstadium befindet und die Front sowie das Zusammenwirken der einzelnen Waffengattungen noch nicht zu organisieren vermag.”

In einer sowjetische Propagandadirektive für Journalisten hieß es:

> “Die bisherigen kriegerischen Auseinandersetzungen haben gezeigt, dass eine defensive Strategie gegen überlegene motorisierte Truppenteile keinen Erfolg gebracht und mit einer Niederlage geendet hat. Folglich ist gegen Deutschland eine offensive Strategie angezeigt, die sich auf eine mächtige Technologie stützt.”[705]

Ob Stalin sich bereits definitiv für einen Angriff auf Deutschland entschieden oder gar bereits ein

genaues Datum festgelegt hatte, ist immer noch Gegenstand hitziger Debatten. Von deutschen Verrätern hatte er den Text von Hitlers Befehl an das OKW zur Vorbereitung einer Invasion Russlands erhalten. Deutschlands Unterstützung für Finnland sowie die Entsendung deutscher Truppen nach Rumänien, Bulgarien, Griechenland und Jugoslawien riefen beim Sowjetdiktator ebenfalls Unmut hervor. Die Deutschen waren mit ihren Lieferungen von Maschinen und Rüstungsgütern in Rückstand geraten. Als der Juni 1941 anbrach, hatte die Rote Armee 81,5% ihrer Streitkräfte in Gebieten konzentriert, die von dem Deutschen kontrolliertem Territorium gegenüberlagen.[706] Am 22. Juni griff Hitler an, nachdem ihn Keitel mehrmals warnend auf die Konzentration sowjetischer Divisionen in Grenznähe hingewiesen hatte.

Gegenüber seinem Außenminister rechtfertigte Hitler seinen Entscheid zur Eröffnung eines Feldzugs gegen Russland wie folgt:

> "Früher oder später wird Deutschland vom Osten und vom Westen her in die Zange genommen werden."[707]

Ribbentrop erinnerte sich nach dem Krieg:

> "Gegenüber der Gefahr eines Angriffes von zwei Seiten sah der Führer den einzigen Ausweg in einer vorherigen Erledigung der Sowjetunion. Er hat vor allem angegriffen, um nicht selbst gleichzeitig von West und Ost angepackt zu werden, wie es dann später doch eingetreten ist."[708]

Dieser Ausschnitt aus der deutschen Wochenschau zeigt Infanteriesoldaten, die zu Beginn des Russlandfeldzugs an sowjetischen Kriegsgefangenen vorbeimarschieren. Die Konzentration der Roten Armee in Grenznähe ließ die Behauptung der deutschen Propaganda, wonach Stalin seine Truppen im Hinblick auf einen Einmarsch in Mitteleuropa massiert hatte, glaubhaft erscheinen.

Der Führer hatte es sich bei seinem Entscheid nicht leicht gemacht und ihn keinesfalls übereilt getroffen. Sein Assistent Walter Hewel erinnerte sich, dass die quälende Frage, ob er die UdSSR angreifen sollte oder nicht, Hitler dermaßen zu schaffen machte, dass er ohne Beruhigungsmittel nicht mehr schlafen konnte.[709]

Die heutigen Hofhistoriker, insbesondere die deutschen, erklären den Russlandfeldzug mit Hitlers ehrgeizigem Plan zur Gewinnung von Lebensraum im Osten. Diese Theorie steht freilich auf schwachen Füßen. Sie geht nämlich davon aus, dass Hitler, der immer noch in einen Krieg gegen Großbritannien verstrickt war und sich praktisch bereits im Kriegszustand mit den USA befand, ein

koloniales Abenteuer gegen einen der mächtigsten Staaten des Erdballs begann, der dazu noch Deutschlands Hauptlieferant für lebenswichtige Rohstoffe war, um Land für künftige deutsche Siedler zu erobern. Die Realitäten sahen allerdings anders aus. Anno 1939 fehlten dem Reich eine Million Arbeitskräfte, und die Regierung versuchte ausländische Arbeiter, besonders tschechische, mit allerlei Anreizen für einen Arbeitseinsatz in Deutschland zu gewinnen, damit die freien Stellen in der Industrie besetzt werden konnten.[710] Wo wollte Hitler da Siedler zur Kolonisierung Russlands hernehmen?

Dazu kommt, dass das deutsche Rasse- und Siedlungshauptamt ein Programm mit dem Namen "Heim ins Reich" betrieb, welches die in Polen, im Baltikum und auf dem Balkan lebenden Volksdeutschen zur Übersiedlung ins Reich ermunterte. Mit dieser Maßnahme erhoffte der Staat den katastrophalen Arbeitskräftemangel wenigstens teilweise beheben zu können. Hätte Hitler damals eine Kolonisierung Russlands vorgeschwebt, hätte er ein Programm zur Repatriierung der Volksdeutschen ins Reich nie und nimmer abgesegnet. Die Frage des Lebensraums hat bei Hitlers Überlegungen darüber, ob er Russland angreifen sollte oder nicht, zu keinem Zeitpunkt eine Rolle gespielt.

Der “Feind Nummer eins”

Bewaffnete Konflikte zwischen Nationen gehen oft auf wirtschaftliche Rivalitäten zurück. Dabei versteht es sich von selbst, dass diejenigen Kräfte, die von dem Blutvergießen profitieren, stets von “Verteidigungskriegen” sprechen oder ihre aggressive Politik mit humanitären Phrasen rechtfertigen. Der ehemalige US-Präsident William Taft gab dies mit anerkennenswerter Ehrlichkeit zu:

> “Moderne Diplomatie ist grundsätzlich kommerziell und wird mit idealistischen Gefühlen der Humanität und mit moralischen Verpflichtungen lediglich bemäntelt.”[711]

Bei der antideutschen Politik der USA, die Hitler während seiner gesamten Amtszeit so zu schaffen machte, fielen wirtschaftliche Erwägungen entscheidend ins Gewicht.

Da sein Land fast keine Goldreserven mehr besaß, schuf Hitler ein neues Geldsystem, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Diesem System zufolge lag das Kapital in der menschlichen Produktivität; die Arbeit wurde selbst zum Geld. Dieses war nicht länger ein Schachergut, mit dem man spekulieren, das zu hohen Zinsen ausgeliehen oder zur Manipulierung des Wirtschaftslebens eingesetzt werden konnte, sondern nur noch ein Hilfsmittel zur Erleichterung von Austausch. Auch im internationalen Handel setzte Deutschland neue Maßstäbe. Hitler war, wie sich der kanadische Historiker Helmut Gordon ausdrückt,

> “der festen Überzeugung, solange das internationale Währungssystem auf den Wert des Goldes gestützt bleibe, zwinge die Nation, die das meiste Gold zu horten fähig sei, jenen Nationen ihren Willen auf, denen es an Gold mangele. Das ließ sich leicht machen, indem die an Gold reiche Nation die Devisenquellen austrocknete und andere dadurch zwang, Anleihen zu hohen Zinssätzen aufzunehmen, um ihren Reichtum zu zersplittern.”[712]

Nach Hitlers Überzeugung sollte die Produktionskraft eines Landes seine wirtschaftliche Stärke bestimmen und nicht die Goldmenge, die in den Schatullen seines Finanzministeriums lag.

Deutschland schloss Handelsverträge mit 25 finanziell schwachen Ländern in Südosteuropa, dem Nahen Osten und Lateinamerika ab. Diese Abkommen beruhten auf dem Prinzip, dass die Transaktionen mittels Warenaustausch und nicht mittels Bezahlung vorgenommen wurden. Als Gegenleistung für Lebensmittel und Rohstoffe lieferte Deutschland ärmeren Nationen Landwirtschaftsmaschinen, Lokomotiven und Fertigwaren.[713] Es war dies ein Tauschsystem, das die Handelspartner der Notwendigkeit enthob, zur Finanzierung ihrer Käufe Anleihen bei ausländischen Banken vorzunehmen. Für Länder, die während der weltweiten Depression bereits schwer verschuldet waren, bedeutete dies eine immense Erleichterung.

Dieses für beide Seiten vorteilhafte Arrangement beraubte die USA, Großbritannien und Frankreich einer wachsenden Zahl von Märkten, die sie zuvor dominiert hatten. Finanzinstitutionen in London und New York, die gewohnt waren, durch die Verleihung von Krediten an kleinere Nationen fette Gewinne einzuheimsen, verloren hierdurch einen erheblichen Teil des Profits, den sie aus dem internationalen Handel zogen. Hitlers Politik des direkten Tauschhandels und der subventionierten Exporte, schrieb der britische Generalmajor John Fuller, “versetzten dem britischen sowie dem amerikanischen Handel einen tödlichen Schlag”.[714] Lord Forbes sagte in seiner Eigenschaft als Mitglied einer englischen Handelskommission bei einem Besuch in Südamerika:

> “Wir wünschen nicht, dass die Deutschen ihr System des Warenaustausches und andere unanständige Handelsmethoden direkt unter unserer Nase weiterführen.”[715]

1941 stellte Präsident Roosevelt die rhetorische Frage:

> “Will jemand ernstlich behaupten, Deutschlands Versuch, den Handel in Zentraleuropa zu

dominieren, sei kein wesentlicher Faktor beim Kriegsausbruch gewesen?"[716]

Churchill sprach 1938 Klartext:

> "Was wir wollen ist die restlose Vernichtung der deutschen Wirtschaft."[717]

Gegenüber Lord Robert Boothby äußerte er sich wie folgt:

> "Das unverzeihlichste Verbrechen Deutschlands vor dem Zweiten Weltkrieg war der Versuch, seine Wirtschaftskraft aus dem Welthandelssystem herauszulösen und ein eigenes Austauschsystem zu schaffen, bei dem die Weltfinanz nicht mehr mitverdienen konnte."[718]

In einer Ansprache vor frischgebackenen Wehrmachtoffizieren erklärte Hitler im Mai 1942, was für eine Herausforderung Deutschlands Außenhandelsverträge für die USA dargestellt hatten. Er wies darauf hin, dass Amerika mit einer Überfülle an Getreide und natürlichen Ressourcen gesegnet war und eine hochentwickelte verarbeitende Industrie besaß. Aus diesen Gründen, legte er dar, hätten Länder, die mit den Vereinigten Staaten Handel zu treiben wünschten, diesen im Austausch recht wenig anzubieten:

> "So begann also die amerikanische Union für ihre Arbeit Gold zu nehmen und dieses Gold in ungezählten Milliarden aufzuhorten, ein Element, das in dem Augenblick natürlich gänzlich wertlos zu werden drohte, in dem man bemerkte, dass sich eine neue Welt aufbaut, die den Begriff Gold nicht mehr kennt, sondern an seine Stelle den Begriff Arbeit und Arbeitsleistung setzt und die von vornherein ohne Gold die Arbeitsleistungen auszutauschen beginnt."[719]

Die deutschen Medien veröffentlichten dieses Bild von Präsident Roosevelt mit einem Freimaurerring und rückten damit seine Zugehörigkeit zur Freimaurerei, eine weltweite Brüderschaft, die großen politischen und wirtschaftlichen Einfluss ausübt, ins Rampenlicht. Dies verstärkte die Glaubwürdigkeit der von der deutschen Propaganda sowie von amerikanischen Isolationisten erhobenen Beschuldigung, Roosevelt sei ein Internationalist.

Das Münchner Büro des Völkischen Beobachters*, der wichtigsten NSDAP-Tageszeitung von 1923 bis 1945. Das Blatt erreichte eine tägliche Auflage von bis zu anderthalb Millionen Exemplaren und propagierte den Standpunkt der Partei in politischen und diplomatischen Fragen.*

Vom deutschen Standpunkt aus betrachtet zogen die US-Regierung und das US-Großkapital am selben Strang. Giselher Wirsing meinte:

> "Praktisch gab es… überhaupt keine Macht mehr in den Vereinigten Staaten, die gegen die unbeschränkte Vorherrschaft des Großkapitals hätte Widerstand leisten können. Zwischen den Interessen der Hochfinanz und denen des Staates schien kein Unterschied mehr zu bestehen."[720]

Mit Roosevelt hatten die Amerikaner einen Präsidenten gewählt, der sich auf außenpolitischem Gebiet aufs stärkste engagierte: "Roosevelt war ein in der Wolle gefärbter Internationalist und Interventionist", bemerkte der Kongressabgeordnete Hamilton Fish.[721] Arthur Krock,

Korrespondent der New York Times, schilderte Roosevelt als einen Mann, der “sich selbst für absolut unersetzlich für die Menschheit hält”.[722] Als Vorkämpfer für einen liberalen, demokratischen Globalismus glaubte dieser Präsident felsenfest an das System von Versailles. Hitlers schrittweise Liquidierung der Nachkriegsordnung, der deutsche Zugriff auf europäische und lateinamerikanische Märkte sowie die Haltung des Reichs in der Frage nach der Souveränität der Nationen machten Roosevelt zum unversöhnlichen Feind Deutschlands.

Während der Friedensjahre widersetzte sich Washington Hitlers Bemühungen zur Revision der Versailler Friedensbestimmungen. Im April 1933 sagte Roosevelt zum französischen Botschafter André Lefebvre de Laboulaye:

> “Die Lage ist alarmierend. Hitler ist ein Wahnsinniger, und seine Berater, von denen ich einige persönlich kenne, sind noch verrückter als er.”

Allerdings war der neue deutsche Botschafter Hans Luther der einzige nationalsozialistische Diplomat, den Roosevelt bis dahin getroffen hatte.

“Frankreich kann nicht abrüsten, und niemand wird es von ihm verlangen”, belehrte der Präsident seinen französischen Gast.[723] Einen Monat später forderte derselbe Roosevelt 54 Staatsoberhäupter brieflich zur Abrüstung auf.

Im Oktober 1937 ging der Präsident bei einer Ansprache in Chicago auf außenpolitische Fragen ein. Zu Deutschland und Italien bemerkte er:

> “Die gegenwärtige Terror- und Willkürherrschaft begann vor einigen Jahren.”

Die “Angreiferstaaten” häuften angeblich “Waffen auf Waffen… Ihr nationales Einkommen wird direkt für die Aufrüstung verwendet. In den meisten Fällen verschlingt diese zwischen 30 und 50 Prozent des Staatshaushalts.” Diese räudigen Staaten, schlug er vor, sollten einer Quarantäne unterzogen – in anderen Worten wirtschaftlich boykottiert – werden. Nachdem diese Ansprache veröffentlicht worden war, stellte das Reichskriegsministerium führenden deutschen Offizieren ein Rundschreiben folgenden Inhalts zu:

> “Roosevelts Rede ist als Amerikas offizielle Entscheidung zu betrachten, sich der Front der Demokratien gegen die faschistischen Staaten anzuschließen, und als Aufgabe der isolationistischen Politik.”[724]

Die deutsche Presse charakterisierte die Ansprache des amerikanischen Präsidenten als “Auftakt zu einer demnächst geplanten großen Rüstungsanleihe” seitens der Roosevelt-Regierung.[725]

Auf Anweisung des Weißen Hauses begab sich der amerikanische Admiral Royal Ingersoll im Dezember 1937 nach London, um Kooperationsmöglichkeiten zwischen der britischen und der amerikanischen Flotte zu erörtern. Die Aussicht auf Unterstützung seitens der US-Marine gegen Japan, Italien und Deutschland stärkte Englands Hand bei seinen Verhandlungen mit Hitler.

Der Anschluss Österreichs vom 12. März 1938 löste in der amerikanischen Presse sowie seitens des US-Außenministers Cordell Hull zunächst nur zurückhaltende Reaktionen aus, doch dies änderte sich schon nach 24 Stunden abrupt. Wie der deutsche Botschafter Hans-Heinrich Dieckhoff in einem Bericht an Berlin festhielt, wurde der Anschluss nun

> “als Vertragsbruch, als Militarismus, als Vergewaltigung des wehrlosen kleinen Österreichs durch den in Waffen starrenden Nachbarn und als Ausfluss der Politik des ‘Macht vor Recht’ gebrandmarkt”.

Den jähen Wandel der amerikanischen Haltung begründete der Botschafter damit, dass “wahrscheinlich der Präsident persönlich eingegriffen und sowohl dem State Department wie der

Presse eine entsprechende Sprachregelung gegeben" habe.[726] Dieckhoff wies das Reichsaußenministerium warnend darauf hin, dass,

> "wenn es… zu einem großen Konflikt kommen sollte, in den England hineingezogen wird, die Vereinigten Staaten auf die Dauer nicht beiseite stehen, sondern gegen uns in den Konflikt eingreifen werden".[727]

Während der Sudetenkrise vom September 1938 überschritt Roosevelt seine Befugnisse: Um eine entscheidende Revision des Versailler Systems zu verhindern, schlug er dem britischen Botschafter Sir Ronald Lindsay vor, die amerikanische und die britische Flotte sollten gemeinsam die gesamte europäische Atlantik- und Mittelmeerküste blockieren, um Deutschland von Importen aus Übersee abzuschneiden.[728] Seeblockaden stellen nach internationalem Recht eine Kriegshandlung dar. Um dem Anspruch der Tschechoslowakei auf das Sudetenland Nachdruck zu verleihen, war Roosevelt also bereit, die Neutralität seines Landes aufzugeben und in einen Krieg einzutreten. Chamberlain, in dem Roosevelts Bestrebungen zur Ausdehnung des amerikanischen Einflusses in Europa ungute Gefühle erweckten, erteilte dem US-Präsidenten einen Korb. Nun "begann in Washington ein wildes Geschimpfe gegen die 'Appeasers', die 'Beschwichtiger', die wieder einmal vor den Diktatoren zurückgewichen seien", kommentierte der Herausgeber des *Völkischen Beobachters* und fügte hinzu:

> "Chamberlain und Daladier wurden von der USA-Presse geradezu als Verräter an der demokratischen Weltsache gebrandmarkt."[729]

Washingtons Intrigen verhinderten im Jahre 1939 eine diplomatische Lösung des Streits um Danzig. Am 2. Dezember 1938 traf sich der US-Botschafter in Polen, Anthony Biddle, mit dem Völkerbundkommissar für Danzig, Carl Jakob Burckhardt. Der Schweizer erinnerte sich:

> "Er erklärte mir mit merkwürdiger Genugtuung, die Polen seien bereit, wegen Danzig Krieg zu führen… Niemals seit der Torpedierung der Lusitania bestand in Amerika ein solch religiöser Hass gegen Deutschland wie heute. Chamberlain und Daladier werden durch die öffentliche Meinung weggeblasen werden. Es handelt sich um einen heiligen Krieg."[730]

Im Februar 1939 torpedierte Roosevelt Verhandlungen über ein britisch-deutsches Handelsabkommen, bei denen Berlin zwecks Verbesserung der diplomatischen Beziehungen zu London weitreichende Konzessionen anbot, indem er den Engländer eine wesentlich bessere Offerte machte.[731] Somit machte er einen weiteren Versuch zur Versöhnung zwischen Großbritannien und dem Reich zunichte. Im folgenden Monat warnte Hans Thomsen, Ribbentrops Geschäftsträger in Washington:

> "Roosevelt ist in seinem Inneren überzeugt, dass Deutschland der Feind ist, der vernichtet werden muss, weil es das Gleichgewicht der Kräfte und den Status quo derart empfindlich stört."[732]

Am 24. März versprach Roosevelt den Briten, mehr amerikanische Kriegsschiffe in Hawaii zu stationieren, damit die englische Pazifikflotte in den Atlantik und ins Mittelmeer verlegt werden könne. Er instruierte den US-Botschafter in London, Joseph Kennedy, Chamberlain in seiner Entschlossenheit zur Garantie der polnischen Souveränität zu bestärken. Auf Roosevelts Anweisung versprach der amerikanische Militärattaché in Paris den Franzosen, die amerikanische Marine werde die französische Kolonie Indochina vor den Japanern schützen. Auf diese Weise verstärkte der Präsident die Abhängigkeit Englands und Frankreich von seinem eigenen Land zusehends und erhöhte damit indirekt auch dessen Einfluss auf die beiden Länder bei ihren Verhandlungen mit Hitler. Am 14. April 1939 berichtete der *Washington Times Herald*, Roosevelt habe die Briten in ultimativer Form

vor Konzessionen gegenüber Deutschland gewarnt.[733]

William Bullitt, US-Botschafter in Paris, ließ die französische Regierung im Sommer 1939 wissen, wenn Frankreich und England den Polen bei einem deutschen Angriff nicht zur Hilfe eilten, dürften sie im Falle eines gesamteuropäischen Krieges nicht mit amerikanischem Beistand rechnen. Andererseits könnten sie auf “jede Unterstützung” seitens der USA zählen, wenn sie um Polens willen Deutschland den Krieg erklärten.[734] Der ehemalige französische Außenminister Georges Bonnet schrieb später, Bullitt habe

> “Frankreich gedrängt, eine entschlossene Haltung gegen Hitler einzunehmen. Meiner Überzeugung nach hat er auch Daladier versichert, Roosevelt werde eingreifen, wenn er sehe, dass sich Frankreich und England in Gefahr befänden… Bullitt tat im Jahre 1939 alles, was er konnte, um Frankreich zum Kriegseintritt zu bewegen.”[735]

Der Kongressabgeordnete Fish folgerte hieraus:

> “Hätte Roosevelt sich nicht ständig in europäische Angelegenheiten eingemischt, indem er England und Frankreich einredete, wir würden ihre Schlachten ausfechten, hätten sie mit friedlichen Mitteln eine Lösung des Streits um Danzig ausgehandelt… und den katastrophalen Krieg vermieden.”[736]

Am 17. August 1939 spielte Hans Herwarth von Bittenfeld, ein Verräter unter den Angestellten der deutschen Botschaft in Moskau, dem amerikanischen Diplomaten Charles Bohlen Informationen über die deutsch-sowjetischen Verhandlungen zu. Die deutsche Regierung hatte dem Kreml versichert, es gebe “keinen Interessenkonflikt zwischen den Ländern von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer”, und sie sei bereit, mit Stalin über “jede territoriale Frage in Osteuropa” zu reden. Sumner Wells vom US-Außenministerium leitete die Nachricht von der bevorstehenden deutsch-sowjetischen Verständigung, die für Polen natürlich ein verheerender Schlag war, an den britischen Botschafter Lindsay weiter, der sie seinerseits dem Außenministerium in London zustellte. Ein Sowjetspion namens Herbert King, der sich dort eingenistet hatte, setzte Stalin über das Leck ins Bild. Der sowjetische Diktator nahm höchstwahrscheinlich an, die Briten würden Beck vor den dunklen Wolken warnen, die sich über seinem Land zusammenbrauten, und ihn hierdurch zu einem Kompromiss mit Deutschland bewegen, doch Stalin “überschätzte die britische und amerikanische Fairness”, um den Ausdruck eines deutschen Historikers aufzugreifen.[737] Keine der beiden demokratischen Regierungen leitete diese ganz entscheidende Information nach Warschau weiter.

Herwarth verriet seinem amerikanischen Kontaktmann auch den vollständigen Text des Abkommens, das Ribbentrop am 23. August in Moskau über die Teilung Polens unterzeichnet hatte, einschließlich des geheimen Zusatzprotokolls.[738] Auch diese Information machte Bohlen seiner Regierung in Washington zugänglich. Bullitt, der den Text des Zusatzprotokolls genau kannte und sich über seine Tragweite im Klaren sein musste, machte einem polnischen Diplomaten in Paris, Graf Lukasiewicz, weis, das Dokument beziehe sich lediglich auf den Status der baltischen Staaten und nicht auf jenen Polens.[739] Infolgedessen glaubte Beck bis zuletzt nicht an eine ernsthafte Zusammenarbeit zwischen Moskau und Berlin.

Als Ergebnis des raschen deutschen Sieges über Polen im September 1939, der passiven Verteidigungsstrategie Frankreichs sowie der Tatsache, dass England entgegen seinen lautstarken Verkündigungen wenig Bereitschaft zeigte, sich auf einen Krieg auf dem europäischen Kontinent einzulassen, ergab sich eine Pattsituation. Am 6. Oktober forderte Hitler vor dem Reichstrag eine Friedenskonferenz. Chamberlain gab in einem Tagebucheintrag zu, dass der Führer einige “sehr attraktive Vorschläge” gemacht habe. Doch Roosevelt beschwor die Briten, kein “zweites München”

zuzulassen.[740] Hermann Göring, nach Hitler der zweitmächtigste Mann in Deutschland, traf sich am 9. Oktober in Berlin mit dem amerikanischen Generalkonsul und forderte nachdrücklich, Roosevelt möge bei Friedensverhandlungen als Schlichter auftreten. Er bot an, persönlich nach Washington zu reisen, um Deutschland bei Verhandlungen zu vertreten, und erklärte, Deutschland sei bereit, Polen seine Unabhängigkeit zu lassen und den Tschechen die ihre zurückzuerstatten.[741] Roosevelt lehnte es formell ab, als Schlichter bei der Aushandlung eines Waffenstillstands aufzutreten. Bei einer Pressekonferenz, die im selben Monat stattfand, behauptete er, das deutsche Angebot komme von ungenannten subalternen Figuren im Propagandaministerium und sei völlig substanzlos.[742]

Immer noch im Oktober besuchten zwei amerikanische Magnaten Deutschland, um Verhandlungen anzubahnen. Am 19. sagte Göring zu James Mooney, einem führenden Manager von General Motors:

> "Können wir heute mit den Engländern ein Abkommen schließen, werfen wir morgen Russland und Japan über Bord."[743]

Göring wiederholte sein Angebot zur Bewahrung des polnischen und zur Wiederherstellung des tschechischen States in einem Gespräch mit William Davis, einem Ölmagnaten aus Texas, der Berlin einen halboffiziellen Besuch abstattete. Selbst amerikanische Zeitungen räumten ein, dass es angesichts der unverhüllten Feindseligkeit Roosevelts gegenüber Deutschland eine sehr großzügige Konzession seitens der Deutschen war, ihn als Schlichter bei einer Friedenskonferenz vorzuschlagen und sich zur Annahme seines Schiedsspruchs bereit zu erklären.[744] Nach seiner Rückkehr in die USA bat Davis um eine Audienz beim Präsidenten, die ihm jedoch verweigert wurde. Hull entzog ihm seinen Reisepass, um zu verhindern, dass er ein weiteres Mal nach Europa fuhr, um den Krieg zu stoppen.[745]

In Warschau sichtete Ribbentrops Stab inzwischen die Vorkriegskorrespondenz zwischen Warschau und seinen Botschaften in Washington, London und Paris. Der *Völkische Beobachter* publizierte am 27. Oktober die wichtigsten Dokumente. Der Herausgeber des Blatts resümierte deren Bedeutung wie folgt:

> "Die Polen-Dokumente beweisen, dass Roosevelts Diplomatie ein riesiges, wenn nicht das größte Maß von Schuld am Ausbruch des englischen Krieges trug. Die Polen-Dokumente widerlegen ferner die Behauptung der angelsächsischen Propaganda, dass die 'große Wendung' der demokratischen Politik zur Einkreisung und zum Kriege erst Mitte März 1939, d. h. nach dem deutschen Einmarsch in Prag, erfolgt sei. Die Botschafterberichte über Bullitts Umtriebe liegen ausnahmslos vor diesem angeblichen Stichtag; sie folgen zeitlich dicht auf den Pakt von München, der nicht nur von den Völkern Europas, sondern auch von seinen demokratischen Unterzeichnern selbst als ein Instrument des Friedens und nicht etwa als ein Beispiel der 'Aggression' empfunden und gepriesen worden ist."[746]

Zu den zitierten Dokumenten gehörte beispielsweise ein Brief des polnischen Generalstabs an Beck, in dem es hieß, der amerikanische Militärattaché Gade habe Polen 1.000 Flugzeuge in Aussicht gestellt, "sobald der Krieg anfängt". Der betreffende polnische Generalstabsoffizier bezeichnete Gade als

> "Mann, der das Vertrauen Präsident Roosevelts genießt und dessen persönlicher Freund ist… Er ist Deutschland gegenüber äußerst unfreundlich eingestellt. Persönlich ist er sehr wohlhabend."[747]

Ein weiteres Schriftstück, das die Deutschen zutage förderten, war ein Bericht des ehemaligen polnischen Botschafters in Washington, Graf Jerzy Potocki, in dem dieser Bezug auf eine Unterredung nahm, die er im November 1938 mit Bullitt geführt hatte:

> “Über Deutschland und Kanzler Hitler äußerte er [Bullitt] sehr heftig und mit großem Hass… Die USA, Frankreich und England müssten enorm aufrüsten, um der deutschen Macht Einhalt gebieten zu können. Erst dann, wenn der Augenblick reif sei, erklärte Bullitt weiter, werde man bereit für die endgültige Entscheidung sein… Auf meine Frage, ob die USA an einem solchen Krieg teilnehmen würden, erwiderte er; ‘Zweifellos ja, aber erst nachdem Großbritannien und Frankreich den ersten Schritt getan haben!”[748]

Ribbentrop präsentierte die polnischen Originaldokumente der internationalen Presse, damit sie sich von seiner Echtheit überzeugen konnte. Der Herausgeber der amerikanischen Übersetzung des deutschen Weißbuchs, in dem 16 der Briefe veröffentlicht wurden, folgerte:

> “Es ist wahrscheinlich, dass es sich um authentische Dokumente handelt. Dieser Ansicht sind viele Korrespondenten in Washington, darunter Sir Willmott Lewis von der Londoner *Times*, von dem man in dieser Frage eine skeptische Haltung hätte erwarten können.”[749]

Roosevelt und Hull behaupteten öffentlich, die polnischen Dokumente seien Fälschungen.

Zur selben Zeit bemühte sich das Weiße Haus emsig, den Kongress zu einer Änderung des Neutralitätsgesetzes von 1937 zu bewegen, das den Verkauf von Kriegsmaterial an kriegsführende Parteien in Europa untersagte. Bereits im September hatte es der Präsident erreicht, dass die Einschränkungen teilweise gemildert wurden. Als Ergebnis dieser Entscheidung verkauften amerikanische Rüstungsfirmen den Franzosen noch im selben Monat Rüstungsgüter im Wert von 4.429.323 und den Engländern solches im Wert von 1.422.800 Dollar.[750] Laut dem Bulletin des Außenministeriums vom 28. Oktober 1939 erwarb Deutschland während desselben Zeitraums in den USA militärisches Material im Wert von 49 Dollar.[751]

Bis Ende 1940 hatte Großbritannien von den USA Waffen im Gesamtwert von 2,7 Milliarden Dollar gekauft. “Wir haben die britische Finanzkuh gemolken, die einst sehr viel Milch hatte, inzwischen aber fast ausgetrocknet ist”, meinte Roosevelt gegenüber einem Kabinettsmitglied.[752] Ein britischer Historiker schrieb, der Präsident denke darüber nach, “mit welchem Methoden er die Briten so lange im Krieg gefesselt halten konnte, bis ihnen die Dollarvorräte ausgingen”.[753]

Giselher Wirsing, Herausgeber der populären deutschen Zeitschrift *Signal*, äußerte sich zum Arsenal der Demokratie folgendermaßen:

> “Die Erkenntnis begann sich zu verbreiten, dass sich das Rüstungsgeschäft zum schlimmsten Racket der amerikanischen Geschichte auswuchs und dass abermals Millionengewinne durch ‘Geschäfte mit dem Tod’ eingestrichen wurden. Das Jahr 1940 hatte eine außerordentliche Steigerung der Gewinne gebracht. Nach einer Aufstellung der ‘National City Bank’ in New York betrug der Reingewinn von rund 2.600 Aktiengesellschaften im Jahr 1940 4.253 Millionen Dollar im Vergleich zu 3.565 Millionen Dollar im Jahr 1939… Wenn man bedenkt, dass in das Jahr 1940 erst der Beginn des eigentlichen Aufrüstungsgeschäftes fällt, kann man annehmen, dass die Gewinnspanne voraussichtlich 1941 schon etwa 40 v. H. über dem Stand von 1939 liegen dürfte.”[754]

Der Kongressabgeordnete Fish erinnerte sich:

Im März 1941 publizierte Theodore Kaufmann, ein Geschäftsmann aus New York, eine Schrift mit dem Titel Germany Must Perish *(Deutschland muss untergehen), in der er für die Sterilisierung der deutschen Bevölkerung warb. Die Zeitschrift* Time *bezeichnete dies als "sensationelle Idee". Dieses in Berlin erschienene Traktat, das Kaufmann an seiner Schreibmaschine zeigt, weist auf die zunehmende antideutsche Stimmung in den USA hin.*

> "Roosevelts Kriegskabinett erhielt sehr viel Unterstützung von der mächtigen Ostküstenpresse, die fast durchgehend für den Krieg eintrat… Die Kriegspropaganda wurde von den internationalen Bankern, den Rüstungsproduzenten und dem Big Business großzügig finanziert; diese Geldgeber waren zwar wenig zahlreich, dafür aber steinreich und kontrollierten ein gewaltiges Arsenal der Werbung und Propaganda."[755]

John McNicholas, der Erzbischof von Cincinnati, sagte im Januar 1941:

> "Zehn Prozent unseres Volkes zwingen die Vereinigten Staaten klug und geschickt in den Weltkonflikt, während die Mehrheit von neunzig Prozent, die für den Frieden ist, schweigend und hilflos danebensteht."[756]

Nachdem der Kongress die Restriktionen für den Verkauf von Waffen an kriegsführende Staaten gelockert hatte, gewährte Amerika England logistische Unterstützung bei der Fortsetzung des Krieges. Unter Washingtons Führung erklärten die Länder der westlichen Hemisphäre einen 300 bis 1.000 Seemeilen breiten Meeresstreifen südlich von Kanada zur gemeinsamen Sicherheitszone, zu der den Kriegsgegnern Englands der Zugang versperrt war. Hitler befahl seiner Flotte, sämtliche Angriffe auf britische Schiffe innerhalb dieses Gebiets zu unterlassen. Die Schaffung einer solchen Zone führte zu einer erheblichen Verkürzung der Seerouten, welche die britische Flotte überwachen musste, um Frachtschiffe auf dem Weg nach England zu schützen. Mit der Zeit halfen amerikanische Kriegsschiffe beim Schutz von Schiffskonvois, indem sie die Bewegungen deutscher U-Boote verfolgten und ihre Ergebnisse der Royal Navy mitteilten.[757]

Im September 1941 beschloss Roosevelt, die Dosis seiner Provokationen drastisch zu erhöhen; falls dies den Deutschen nicht passe, erklärte er, sollten sie die amerikanischen Streitkräfte doch ruhig angreifen. Er wies die amerikanischen Kriegsschiffe an, "jedes U-Boot zu attackieren, das sich blicken lässt, auch wenn es 200 oder 300 Meilen von dem betreffenden Konvoi entfernt ist."[758] Bei drei separaten Zwischenfällen im September und Oktober kam es zu Zusammenstößen zwischen amerikanischen Zerstörern oder mit der Bekämpfung von U-Booten beauftragten Patrouillen und deutschen Unterseebooten. Bei einem dieser Gefechte unterstützte die *USS Greer* einen britischen Bomber bei einem Tiefflugangriff auf das U-652. Nachdem es vier Stunden lang beschossen worden war, feuerte das U-Boot schließlich zwei Torpedos auf den Angreifer ab.[759] Die *Greer* brach den Kampf schließlich ab. Am 11. September sagte Roosevelt in einer Rundfunkansprache an die amerikanische Nation:

> "Ich setze euch über die nackte Tatsache in Kenntnis, dass das deutsche Unterseeboot zuerst auf den amerikanischen Zerstörer schoss, ohne Warnung und in der klaren Absicht, ihn zu versenken… Wir haben keinen Schießkrieg mit Hitler gewollt."[760]

Das Flottenministerium weigerte sich, dem Senat das Logbuch der *Greer* vorzulegen.[761]

Hitler erteilte seinen U-Boot-Kommandanten strikte Anweisung, jede Konfrontation mit der US-Marine zu vermeiden und nur in Notwehr zu schießen. Laut einer Gallup-Meinungsumfrage waren 87% der amerikanischen Bevölkerung gegen einen Eintritt ihres Landes in einen europäischen Krieg, und in jenen längst vergangenen Zeiten gab es im Kongress noch viele Abgeordnete, die begriffen, dass es ihre Pflicht war, die Wünsche der Mehrheit zu respektieren.[762] Roosevelt konnte nicht einfach aus einer Laune heraus einen Krieg gegen Deutschland vom Zaun brechen. Solange der Feind nicht den ersten Schuss abgab und Hitler Zwischenfälle tunlichst vermied, würden die USA den Krieg als Zuschauer verfolgen und sich damit begnügen müssen, ihren britischen Vettern diskret zu helfen. Deshalb suchte der Präsident nach dem, was ein US-Historiker "die Hintertür zum Krieg" genannt hat: Er wollte einen Konflikt mit Deutschlands Bündnispartner Japan provozieren.

Die amerikanische Atlantikflotte war für Deutschland ein übermächtiger Gegner. Diese Aufnahme einer Zeremonie auf einem US-Schlachtschiff erschien in einer deutschen Publikation, in der die amerikanischen Streitkräfte als "Roosevelts Trumpf" bezeichnet wurden.

Wie Deutschland ist auch Japan stark von Importen abhängig. Der Krieg in Europa fügte seinem Handel empfindlichen Schaden zu. Infolgedessen waren die Japaner auf verstärkten Handel mit den USA angewiesen. Roosevelt, der China in seinem Krieg gegen Japan unterstützte, verhängte mehrere Embargos gegen das Reich der aufgehenden Sonne. Am 10. Oktober 1940 setzte Flottenminister Frank Knox den Oberkommandanten der Marine, Admiral James Richardson, darüber in Kenntnis, dass dem Wunsch des Präsidenten zufolge amerikanische Kriegsschiffe "über den Westpazifik verteilt werden, und zwar so, dass es für die Japaner unmöglich ist, irgendeine ihrer Versorgungslinien zu erreichen". [763] Richardson wandte ein, vom militärischen Standpunkt aus ergebe es keinen Sinn, die Marine angesichts der furchterregenden Seemacht des Gegners über einen riesigen Raum zu zerstreuen, da sie dann allzu verwundbar sein werde. Roosevelt gab seinen Plan auf.

Da Tokio die UdSSR für eine größere Bedrohung hielt als die Vereinigten Staaten von Amerika, bemühte es sich um eine Verständigung mit Washington. Im November 1940 bat der japanische Außenminister Yosuke Matsuoka Bischof James Walsh sowie Pater Drought von der Katholischen Missionsgesellschaft von Maryknoll, New York, einen Friedensvorschlag nach Washington weiterzuleiten. Am 23. Januar wurden die beiden Emissäre vom Präsident Roosevelt und Außenminister Hull zu einer Audienz empfangen. Sie legten dar, Japan sei bereit, seinen Pakt mit Deutschland zu kündigen, seine Armee aus China abzuziehen und die Souveränität des Reichs der Mitte zu respektieren.[764] Am Ende des zweistündigen Treffens versprachen Roosevelt und Hull, die Vorschläge zu prüfen. Walsh und Drought warteten fortan vergeblich auf ein Signal aus dem Weißen Haus.

Im Februar 1941 ernannte Tokio Admiral Kichisaburo Nomura, der Roosevelt vom Ersten Weltkrieg her kannte, zum Botschafter in Washington. Am 14. jenes Monats wurde er vom Präsidenten empfangen, und in den folgenden paar Monaten traf er sich über vierzig Mal mit Hull zu Gesprächen, ohne dass dabei ein Kompromiss in greifbare Nähe gerückt wäre. Viel mehr als an einem solchen war Washington nämlich an dem Aktionsplan interessiert, den Lieutenant Commander (etwa: Korvettenkapitän) Arthur McCollum am 7. Oktober 1940 eingereicht hatte. In diesem Memorandum hieß es:

"Eine schnelle und entschlossene Aktion der amerikanischen Flotte gegen Japan würde letzteres

unfähig machen, Deutschland und Italien irgendwelche Hilfe für ihren Angriff auf England zu leisten… Es liegt im Interesse der Vereinigten Staaten, die japanische Bedrohung im Pazifik bei der ersten sich ergebenden Möglichkeit zu eliminieren."[765]

McCollum regte unter anderem an, Amerika solle "jeglichen Handel mit Japan mit einem totalen Embargo belegen, parallel zu einem ähnlichen Embargo seitens des britischen Empire", und die Holländer unter Druck setzen, damit sie sich weigerten, "auf japanische Forderungen nach unzulässigen wirtschaftlichen Konzessionen, insbesondere in Bezug auf Öl, einzugehen". Der Marineoffizier warnte allerdings:

> "Es herrscht nicht die Ansicht vor, dass die Regierung der USA angesichts des gegenwärtigen Standes der öffentlichen Meinung in der Lage ist, Japan einfach so den Krieg zu erklären."

Es folgte ein aus acht Punkten bestehendes Programm zur Provozierung der Japaner:

> "Falls Japan mit diesen Mitteln verleitet werden kann, einen offenen Kriegsakt zu begehen, dann um so besser. Jedenfalls müssen wir voll darauf vorbereitet sein, die Drohung eines Krieges zu akzeptieren."[766]

Im November 1941 machte sich Kriegsminister Henry Stimson in seinem Tagebuch darüber Gedanken, wie man die Japaner bloß dazu bringen könne, "den ersten Schuss abzufeuern, ohne uns allzu großen Gefahren auszusetzen."[767]

Deutsche Marinesoldaten werden für den U-Boot-Krieg geschult. Sie werden zu den ersten unter ihren Landsleuten gehören, die den Kampf gegen die amerikanischen Streitkräfte aufnehmen werden.

Ohne den Kongress darüber zu unterrichten, stellte er seinen japanischen Verhandlungspartnern am 26. November ein unannehmbares Ultimatum. "Wir glaubten nicht ernsthaft daran, dass Japan unseren Vorschlag annehmen werde", gab er selbst unumwunden zu.[768] Für die Japaner waren die amerikanischen Bedingungen in der Tat unannehmbar, weil sie Japans Position im Fernen Osten, vor allem gegenüber China und Russland, entscheidend geschwächt hätten.[769] Die Japaner reagierten mit einem Überfall auf amerikanische und britische Stützpunkte im Pazifik. Der spektakuläre Luftangriff auf Pearl Harbor, durchgeführt mit 350 Kampfflugzeugen, die von Flugzeugträgern aus operierten, bewirkte einen radikalen Stimmungsumschwung in der amerikanischen Bevölkerung und

im Kongress und führte zum Kriegseintritt der USA.

Der Dreimächtepakt, den Japan, Deutschland und Italien im September 1940 unterzeichnet hatten, war defensiver Natur. Er verpflichtete das Reich nicht dazu, den Vereinigten Staaten den Krieg zu erklären, denn Japan hatte den ersten Schuss abgefeuert. Die Japaner waren den Deutschen ja auch nicht zur Hilfe geeilt, als diese sechs Monate zuvor in die Sowjetunion einmarschiert waren. Andererseits beteiligten sich amerikanische Kriegsschiffe bereits offen an den Seeschlachten im Atlantik. Als Roosevelt im September 1940 den Briten als Gegenleistung für Basen in der Karibik und in Neufundland 50 Zerstörer zur Verfügung stellte, hielten US-Staatsanwälte fest, dass er hiermit nicht nur die Verfassung seines Landes verletzt, sondern dieses nach internationalem Recht technisch in den Kriegszustand mit Deutschland versetzt hatte.[770]

Hitler orientierte sich bei seinen Überlegungen vor allem an der Lage im Osten. Im Sommer 1941 waren die deutschen Heere tief in Russland eingedrungen und hatten imposante Siege über die Rote Armee erfochten. Doch dann zwangen der hartnäckige sowjetische Widerstand, die überdehnten deutschen Nachschublinien und ein strenger Winter die Angreifer in die Defensive. Dass die Initiative mehr und mehr auf die russische Seite überging, lag auch an der logistischen Unterstützung, welche diese von den USA bekam. Weniger als fünf Wochen nach dem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion hatte Roosevelts Emissär Harry Hopkins sich nach Moskau begeben und Stalin Hilfe angeboten:

> “Der Präsident betrachtet Hitler als den Feind der Menschheit und wünscht daher, der Sowjetunion in ihrem Kampf gegen Deutschland zu helfen.”[771]

Ohne auch nur die geringste Bezahlung zu verlangen, und ohne sich um die Proteste seiner Armee zu scheren, begann Roosevelt, den Russen auf dem Seewege enorme Mengen an Kriegsmaterial zu liefern. Stalin räumte 1943 ein, dass sein Land den Krieg “ohne Amerika schon verloren hätte.”[772]

Hitler glaubte, dass es nur möglich sein werde, im Kampf gegen diesen militärischen Goliath die Initiative wiederzugewinnen, wenn der Strom von Nachschub aus den USA gestoppt wurde. Ein totaler U-Boot-Krieg konnte die Seelinien, auf denen die sowjetischen Streitkräfte mit lebenswichtigem Kriegsmaterial beliefert wurden, durchschneiden. Seine U-Boot-Kommandanten hatten immer noch den Befehl, keine amerikanischen Schiffe zu torpedieren und die breite Sicherheitszone im Westatlantik zu meiden. Diese Einschränkungen hinderten die deutsche Flotte nicht nur an der Unterbindung des Kriegsmaterialnachschubs für England und Russland, sondern wirkten sich auch höchst nachteilig auf die Moral der U-Boot-Besatzungen aus. Eine Kriegserklärung an Amerika würde der deutschen Marine erlauben, den Kampf im Atlantik ohne jegliche Einschränkungen zu führen, was den Landstreitkräften die Chance eröffnen würde, sich in Ruhe auf einen entscheidenden Vorstoß gegen Russland im Jahre 1942 vorzubereiten.[773] Gegen den Rat Ribbentrops erklärte Hitler den USA am 11. Dezember den Krieg, was Deutschland einen zeitweiligen taktischen Vorteil einbrachte.

An jenem 11. Dezember trat der Reichstag zusammen, um die Erklärung des Führers zu hören. Dieser rekapitulierte die Geschichte der gespannten Beziehungen seines Landes zu Washington, wobei er mit Roosevelts Quarantänerede von 1937 begann, anschließend die Versprechungen des US-Präsidenten an Polen im Jahre 1939 streifte und schließlich auf die Operationen der amerikanischen Flotte zur Unterstützung Englands einging. Er unterließ es auch nicht, seine eigenen Erfahrungen als Frontsoldat im Ersten Weltkrieg mit denjenigen Roosevelts zu vergleichen, der damals Staatssekretär im Marineministerium gewesen war:

> “Roosevelt stammt aus einer steinreichen Familie, gehörte von vornherein zu jener Klasse von

> Menschen, denen Geburt und Herkunft in den Demokratien den Weg des Lebens ebnen und damit den Aufstieg sichern. Ich selbst war nur das Kind einer kleinen und armen Familie und musste mir unter unsäglichen Mühen durch Arbeit und Fleiß meinen Weg erkämpfen. Als der Weltkrieg kam, hatte Roosevelt in einer unter dem Schatten Wilsons befindlichen Stellung den Krieg aus der Sphäre des Verdienenenden miterlebt. Er kennt daher nur die angenehmen Folgen der Auseinandersetzung von Völkern und Staaten, die sich für den ergeben, der dort Geschäfte macht, wo andere verbluten… Ich gehörte nicht zu denen, die Geschichte oder gar Geschäfte machten, sondern nur zu denen, die Befehle ausführten. Als gewöhnlicher Soldat habe ich mich bemüht, in diesen vier Jahren vor dem Feinde meine Pflicht zu erfüllen und kehrte aus dem Kriege natürlich gerade so arm zurück, wie ich im Herbst 1914 in ihn gezogen war. Ich habe also mein Schicksal mit dem von Millionen geteilt, Herr Franklin Roosevelt das seine mit dem der sogenannten oberen Zehntausend. Während Herr Roosevelt nach dem Kriege schon seine Fähigkeiten in Finanzspekulationen erprobte… lag ich noch, ebenso wie viele andere Hunderttausend, im Lazarett."[774]

Am 13. Januar lancierte die deutsche U-Boot-Flotte ihre erste koordinieret Operation, "Paukenschlag", gegen die amerikanische Schifffahrt. Bis zum Monatsende hatten die Deutschen im Atlantik und der Nordsee 49 Handelsschiffe versenkt. Bei einer zweiten Offensive im März zerstörten sie 84 Dampfer. Bis Ende 1942 hatten die U-Boote fünf große Operationen durchgeführt und dabei 1.160 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 6.266.215 auf den Meeresgrund geschickt.[775] Zu ihren Zielen gehörten sowohl Konvois, die englische Häfen ansteuerten, als auch solche, deren Ziel der sowjetische Hafen in Murmansk war. Den an der Ostfront kämpfenden deutschen Armeen brachte dies in der Tat eine gewisse Entlastung. Doch langfristig gesehen bauten die amerikanischen Werften mehr Schiffe, als die deutschen U-Boote torpedieren konnten. Und als die Sommeroffensive gegen Russland von 1942 ins Stocken kam, geriet Deutschland vom Westen und vom Osten her allmählich in jenen Zangengriff, den Hitler befürchtet hatte.

Kapitel 5:
Die Mission des Reichs

Die Waffen-SS

Die Geschichte kennt viele Beispiele von Staaten, die als Ergänzung zu ihren regulären Armeen Elitetruppen unterhielten. Diese dienten als persönliche Leibwache für den Herrscher, führten zeremonielle Handlungen durch und wurden im Krieg dorthin geschickt, wo die Kämpfe am heftigsten tobten. Von den persischen Unsterblichen und den römischen Prätorianern in der Antike bis hin in die Gegenwart verkörperten und verkörpern solche Eliteeinheiten Traditionen wie Kampfgeist und Loyalität. Im Zweiten Weltkrieg gehörten die französischen Chasseurs Alpins, die britischen Royal Marines, die sowjetischen Gardedivisionen und das amerikanische Marine Corps zu jenen Einheiten, denen dieser privilegierte Status zukam.

Neben den prestigeträchtigen Armeedivisionen “Brandenburg”, “Feldherrnhalle” und “Großdeutschland” sowie den Luftlandetruppen besaß das nationalsozialistische Deutschland eine selbständige militärische Organisation aus Elitebodentruppen – die Waffen-SS. Diese entwickelte sich aus den Schutzabteilungen der Vorkriegszeit zu einer unerschrockenen und geachteten Truppe von Frontkämpfern. Sie setzte sich immer wieder über die offizielle deutsche Politik und ihre Dogmen hinweg und trug maßgeblich dazu bei, die Schlagkraft der deutschen Streitkräfte zu erhöhen. In Anbetracht der Tatsache, dass Gehorsam gegenüber der staatlichen Autorität ein fundamentaler Bestandteil eines jeden militärischen Establishments ist, war dies sehr ungewöhnlich, doch erwies sich die Waffen-SS als Motor nicht nur militärischer, sondern auch politischer und sozialer Reformen. Ihre Entwicklung zeigt anschaulich, wie die Bedeutung, die der Nationalsozialismus der persönlichen Initiative beimaß, der Gesellschaft eine bisher unbekannte Flexibilität verlieh und ein ungeahntes Maß an Kreativität freisetzte.

Der Ursprung der SS geht auf die ersten Jahre der NSDAP zurück. 1923 wurde in München der “Stoßtrupp Adolf Hitler” gegründet, dem weniger als hundert Mann angehörten. Es handelte sich um eine persönliche Leibwache, rekrutiert aus SA-Männern, die sich durch ausgeprägte Loyalität gegenüber dem Führer auszeichneten und die politischen Ziele der Bewegung im allgemeinen stärker verinnerlicht hatten als die gewöhnlichen SA-Angehörigen. Ihren endgültigen Namen “Schutzstaffel” erhielt diese Truppe im April 1925. Sie achtete auf straffe Disziplin und eine kleine, erlesene Mitgliedschaft.

Im Januar 1929 wurde Heinrich Himmler zum Chef der SS ernannt. Er erwies sich als fähiger Organisator und brauchte sich vor seinen politischen Rivalen innerhalb der Partei nicht zu verstecken. Nach Hitlers Machtübernahme im Jahre 1933 bemühte sich Himmler, wohlhabende Personen – erfolgreiche Geschäftsleute und Aristokraten – für sich zu gewinnen, um das Prestige seiner Organisation zu erhöhen. Durch eine öffentliche Werbekampagne wurden private Sponsoren rekrutiert, die mithalfen, den Verwaltungsapparat der SS zu finanzieren. Die Zahl der SS-Angehörigen wuchs von 280 im Jahre 1929 auf 52.000 im Jahre 1933 an.[776]

Den Anstoß zur Gründung eines militärischen Zweigs der SS gaben Sicherheitserwägungen. Als Hitler Kanzler wurde, waren die Kommunisten in Deutschland immer noch eine starke politische

Kraft. Sie raubten 150 Tonnen Sprengstoff, von denen die Polizei bis Mitte März nur 15 Tonnen sicherzustellen vermochte.[777] Von seinem Exil aus rief Kommunistenführer Wilhelm Pieck im September zu einem Generalstreik und zu einer "gewaltsamen Erhebung der Mehrheit des deutschen Proletariats" auf, um die "Hitlerdiktatur" zu stürzen.[778] Die Polizei besaß weder die erforderliche Ausrüstung noch die notwendige Ausbildung zur Niederschlagung eines möglichen Aufstands, und das deutsche Heer wäre psychologisch nicht in der Lage gewesen, in den Städten einen Krieg gegen rebellierende Teile der eigenen Bevölkerung zu führen.

Ein Berliner Polizeioffizier beauftragt mit einem Handschlag Mitglieder der SS, der Prätorianergarde der NSDAP, der Polizei bei ihren Vorkehrungen gegen eine mögliche marxistische Revolte unmittelbar nach Hitlers Ernennung zum Kanzler beizustehen.

Nach Unterredungen mit Kriegsminister Werner von Blomberg beschloss Hitler, mit der Bekämpfung eventuellen bewaffneten Widerstandes gegen seine Regierung eine Parteiformation zu beauftragen. Am 24. September 1934 erließ Blomberg ein Dekret, dem zufolge eine solche Einheit zur Erfüllung "besonderer innenpolitischer Aufgaben, die der SS vom Führer gestellt werden können", bestimmt sein würde.[779] Dies war die Geburtsstunde der Waffen-SS, die von 1935 bis 1940 offiziell "SS-Verfügungstruppe" (VT) hieß. Hitler selbst hielt fest:

> "Die SS-Verfügungstruppe ist weder ein Teil der Wehrmacht noch der Polizei. Sie ist eine stehende bewaffnete Truppe zu meiner ausschließlichen Verfügung."[780]

Die VT bestand aus folgenden Einheiten:

– Die in Berlin stationierte "Leibstandarte", deren Aufgabe in der Bewachung von öffentlichen Gebäuden und Flugplätzen sowie in der Durchführung von zeremoniellen Handlungen bestand;
– Das Regiment "Deutschland" mit Hauptquartier in München;
– Das Regiment "Germania" in Hamburg;
– Ein Pionierbataillon in Dresden;
– Ein Nachrichtenbataillon in Berlin.

1938 wurde in Wien ein viertes motorisiertes Infanterieregiment, "Der Führer", gebildet. – Schon 1934 hatte die SS mit Billigung der Armee in Bad Tölz eine Militärakademie gegründet, wo VT-Offiziere ausgebildet wurden. General Paul Hausser, der 1932 aus der Armee ausgeschieden war, erhielt den Auftrag, in Braunschweig den Grundstein zu einer zweiten solchen Schule zu legen. In

beiden Akademien dauerte die Ausbildung der Offiziere zehn Monate. Die Angehörigen der VT erhielten einen gleich hohen Sold wie jene der regulären Armee. Nachdem sie durch ein Artillerieregiment, eine Fliegerabwehr-, eine Panzerjäger- sowie eine Aufklärungsabteilung verstärkt worden war, zählte die VT im Mai 1939 18.000 Mann.[781]

Obwohl die Armee bei der Ausbildung der VT-Soldaten mithalf, unterschied sich diese Ausbildung deutlich von der herkömmlichen. Die Kommandanten der neuen Truppe waren im Ersten Weltkrieg Offiziere niedrigen Ranges gewesen und hatten als solche miterlebt, wie gewaltige Materialschlachten das alte, aus gut ausgebildeten Berufsoffizieren, Unteroffizieren und Reservisten bestehende Kader dezimiert hatten. Da die Soldaten, die an die Stelle der Gefallenen und der Verkrüppelten rückten, nur eine rudimentäre Ausbildung genossen hatten, nahm die Qualität der Truppe zwangsläufig ab. Es gelang dem Generalstab nicht, einen Ausweg aus der Sackgasse des Grabenkriegs zu finden. Die Frontregimenter begannen kleine, unabhängige Einheiten auszuheben, die sogenannten Stoßtrupps. Diese erhielten hinter den Linien eine Spezialausbildung im Gebrauch von Flammenwerfern, Rauchkanistern, Maschinengewehren, Pistolen und Granaten. Die Offiziere dieser Stoßtrupps stachen durch ihre Kühnheit und ihre Initiative hervor und führten ihre Männer persönlich in den Kampf.

Der Befehlshaber des Regiments "Deutschland", Felix Steiner, zeichnete folgendes Bild der Stoßtrupps:

> "In ihnen versammelte sich der beste und erfahrenste Soldat, den die Front erübrigen konnte… Sie verwirklichten die in den Stoßtrupps geformte Idee der Spontanität, des schnellen Angriffs, des automatischen Hand-in-Handarbeitens der kleinen Stoßtrupps nunmehr im Rahmen ganzer Verbände. Sie waren aus einem anderen Geist heraus entstanden als dem der mobilisierten Massen… In der Welt des normierten Soldatentums hatte er den Beweis dafür erbracht, dass bestausgebildete und ausgesuchte Soldaten im Bunde mit der von ihnen beherrschten Technik einer zahlenmäßig weit überlegenen Masse von Soldatenkollektiven nicht nur gewachsen, sondern überlegen war."[782]

Wir schreiben das Jahr 1936. Diese Angehörigen des SS-Pionier-Sturmbanns besteigen einen Zug nach Nürnberg, um am NSDAP-Kongress teilnehmen zu können. Ihre Gewehre und ihre Ausrüstung stammen noch aus der Zeit des Ersten Weltkriegs.

Nach dem Ersten Weltkrieg kehrte der deutsche Generalstab zu dem Vorkriegskonzept einer

disziplinierten Berufsarmee zurück, bei der das Schwergewicht nicht auf der Fähigkeit zu improvisieren lag. Wohl wurden Armeeoffiziere der niedrigeren Ränge auch weiterhin so geschult, dass sie in im Kampf eigenständige Beschlüsse fassen und hierdurch den Ausgang der Schlacht womöglich entscheidend beeinflussen konnten, doch war die Bildung von Sturmtrupps nicht vorgesehen. Steiner nutzte die relative Unabhängigkeit der VT, um eine moderne Streitkraft zu schmieden, die nicht durch die Fesseln militärischer Konventionen gehemmt war. “Nicht der Drill preußischer Prägung, wie zum Teil noch in der Reichswehr gehandhabt, sondern die Ausbildung und Erziehung zum modernen Einzelkämpfer war das Ziel”, schrieb der ehemalige SS-Hauptmann Fritz Schütter.[783] Obschon Steiner durchaus anerkannte, dass Massenarmeen unter den Bedingungen des totalen Krieges unverzichtbar sind, hielt er hochmobile Eliteformationen, die über die gesamte Armee verteilt sind, für den entscheidenden Faktor, um “den Gegner in blitzschnellen Schlägen aufspalten und seine zusammenhanglosen Teile zerschlagen” zu können. Nach Ansicht eines deutschen Historikers brach das von Steiner im Regiment “Deutschland” erprobte Ausbildungsprogramm “die Vorherrschaft des mechanischen Kasernenhofdrills”.[784]

SS-General Felix Steiner (links) sprach sich dafür aus, die Völker Osteuropas als gleichberechtigt anzuerkennen. Hier unterhält er sich im Frühling 1943 mit einem jungen Hauptmann der Wehrmacht.

Eine wesentliche Rolle spielte in der VT auch die körperliche Ausbildung. Als Ideal galt dort der “soldatische Athlet”. An die Stelle von Freiübungen und Gewaltmärschen traten Sportwettkämpfe, bei denen gewöhnliche Soldaten sich mit ihren Offizieren und Unteroffizieren maßen. Hierdurch sollten zunächst Führer und Geführte zu einer geschlossenen Kampfeinheit zusammengeschweißt werden; darüber hinaus verfolgte diese Ausbildung jedoch auch das Ziel, die Führungsqualitäten und den Charakter der Offiziere zu stärken, so dass sie das Vertrauen und den Respekt ihrer Untergebenen gewinnen konnten. Die traditionelle Kluft zwischen Offizieren und Soldaten sowie der stumpfsinnige militärische Drill gehörten nun der Vergangenheit an. Dementsprechend wurden diese Offiziere jetzt nicht mehr mit “Herr” angeredet. Dank diesen Schritten gestaltete sich “das Verhältnis des Führerkorps zu den Mannschaften wesentlich persönlicher und letztlich verbindlicher.”[785] Offiziere und Soldaten nahmen ihre Mahlzeiten in derselben Kantine ein.[786]

Pastor Karl Ossenkop, ein ehemaliger Armeehauptmann, der zur Waffen-SS versetzt worden war, erinnerte sich:

> "Die Rangunterschiede waren im Gegensatz zu Heeresverbänden keine Grenzen von Mensch zu Mensch. Es gab keine pedantischen Formen, die ängstlich eingehalten wurden. Das führte nicht zur Zuchtlosigkeit, sondern zu einer freiwilligen Disziplin, wie ich sie selten erlebt habe. Es gab keinen Zwang und erst recht keinen Terror. Die bekannte hohe Einsatzbereitschaft entstammte nicht einem blinden Gehorsam gegenüber den Befehlen der Führung… Man fühlte sich gerade bei diesem Korps völlig frei."[787]

Ein ehemaliger Leiter der Akademie in Tölz meinte:

Das Regiment "Deutschland" der SS-VT marschiert in Nürnberg bei einem Vorkriegskongress der NSDAP auf.

> "Die Autorität der altersmäßig so wenig überlegenen Führer beruhte weit eher auf Anerkennung der Persönlichkeit, der Leistung und der sehr ernst genommenen Fürsorge-Pflicht, die keinerlei Vorrechte kannte."[788]

Heinrich Springer, der 1937 als Soldat im Regiment "Germania" gedient hatte und später zum Offizier befördert wurde, stellte seinem ersten Zugführer Hans Köller folgendes Zeugnis aus:

> "Er war nicht nur Ausbilder, er war ebenso Erzieher zu einer sauberen inneren und äußeren Haltung. Während der ganzen Rekrutenzeit habe ich ihn nicht einmal laut oder schimpfend erlebt."[789]

Der vormalige Generalstabsoffizier Hausser lehnte die Ausbildung an der Braunschweiger Militärakademie am Vorbild entsprechender Institutionen des Heeres an. Die beiden SS-Junkerschulen legten den Schwerpunkt auf die Ausbildung von Kandidaten für Feldoperationen und taktische Kampfführung. Die Instrukteure maßen der persönlichen Entwicklung ihrer Schützlinge große Bedeutung bei. Oberstleutnant Richard Schulze schrieb:

> "Die Junkerschulen hatten das Ziel, zu einem vornehmen, furchtlosen Charakter, zu Ritterlichkeit, sauberer Ehrauffassung und Gehorsam, zu Hilfsbereitschaft, Kameradschaft und Verantwortungsfreudigkeit zu erziehen. Tadelloses Verhalten in der Öffentlichkeit, Entwicklung des Familiensinns waren weitere Forderungen."[790]

Der Stab ermunterte die Kadetten dazu, sich gegenüber ihren Vorgesetzten respektvoll, aber nie unterwürfig zu verhalten. Die VT legte Wert darauf, dass ihre Feldoffiziere sowohl Unerschrockenheit als auch Initiative an den Tag legten.

Ihre Kandidaten rekrutierten die Junker-Schulen nicht aus der allgemeinen SS, sondern aus Mitgliedern der VT. Nur Männer, die bereits dort gedient hatten, konnten in Bad Tölz oder Braunschweig aufgenommen werden. In der deutschen Armee war ein Universitätsdiplom ausreichend für die Aufnahme in eine Kriegsakademie, während die VT nicht nach Diplomen fragte. Viele Kadetten der Junkerschulen besaßen keinen Hochschulabschluss.[791] Nichtsdestoweniger brachten diese Institutionen außerordentlich fähige Offiziere hervor. Um das Urteil des englischen Historikers Gerald Reitlinger zu zitieren:

> "Unter dem Einfluss von Haussers Kadettenschulen entwickelte die Waffen-SS das wirksamste aller militärischen Ausbildungssysteme des Zweiten Weltkrieges."[792]

Georg Jestadt, der im Jahre 1944 der Zwölften SS-Panzerdivision angehörte, war voll des Lobes für die Männer, unter denen er gedient hatte:

> "Es gab phantastische Vorgesetzte, von den Zugführern bis zu den Bataillonskommandeuren aufwärts, die für ihre Männer wirkliche Vorbilder waren. Im Rückblick kann ich objektiv behaupten, dass ich im Normandie-Einsatz bei allem Inferno und Schrecken keinen Vorgesetzten erlebt habe, welcher durchdrehte oder die Nerven verlor. Es kam häufig vor, dass sie, auch wenn es noch so hoffnungslos und kritisch aussah, die Lage mit Ruhe und Besonnenheit meisterten."[793]

Als Deutschland im September 1939 in Polen einmarschierte, wurde die VT dem Kommando der bewaffneten Streitkräfte unterstellt. Das OKW verteilte die meisten VT-Formationen auf die Armeedivisionen, die am Feldzug teilnahmen. Nachdem sich die SS-Soldaten ihre Feuerprobe bestanden hatten, wurde die VT erweitert und reorganisiert. Hausser verband die Regimenter "Deutschland", "Germania", "Der Führer" und ihre Unterstützungstruppen im Oktober 1939 zu einer einzigen Division. Im selben Monat wurde die SS-Polizeidivision gegründet, der 15.000 Polizisten angehörten. Eine weitere Division, "Totenkopf", rekrutierte ihre Angehörigen weitgehend aus den Wachmannschaften der Konzentrationslager; ihr wurde auch die "SS Heimwehr Danzig" eingegliedert. Zusammen mit der "Leibstandarte" zählte der bewaffnete Zweig der SS nun 100.000 Mann.[794] Die gesamte Waffen-SS war 1940 beim Feldzug gegen Holland, Belgien und Frankreich im Einsatz und kämpfte Seite an Seite mit der regulären Armee.

Die SS hatte die Erweiterung der VT, die 1940 in "Waffen-SS" umbenannt wurde, dadurch erreicht, dass sie ihr Männer aus anderen von Himmler befehligten Kontingenten zuwies. Diese Maßnahme war notwendig, weil das OKW, das über die Verteilung der neu ausgehobenen Soldaten entschied, die Zahl der Rekruten, die zur SS stoßen konnten, begrenzt hatte. Um die Anzahl der SS-

Divisionen zu vergrößern, warb SS-Brigadeführer Gottlob Berger, dessen Aufgabe in der Rekrutierung von Freiwilligen bestand, unter den zahlenmäßig starken volksdeutschen Gemeinschaften Südeuropas um Beitrittswillige. Bereits im Mai 1939 waren 1.080 Volksdeutsche aus Rumänien nach Deutschland umgesiedelt und hatten sich der VT angeschlossen, weil sie nicht in der rumänischen Armee dienen wollten, deren Offiziere volksdeutsche Rekruten diskriminierten. Während des Krieges schwoll die Zahl der Volksdeutschen, die sich zur Waffen-SS meldeten, stark an; allein aus Rumänien kamen mehr als 60.000.[795] Mit der Zeit veränderte Bergers Konzept zur Anwerbung immer neuer SS-Männer den Charakter der Waffen-SS in erheblichem Maße.

Germanische Freiwillige

Zu den wichtigsten Faktoren, die über die Überlebensfähigkeit einer Spezies bestimmen, gehört die Fähigkeit, sich an eine veränderte Umwelt anzupassen. Dieses Naturgesetz gilt auch für Nationen. Ein Krieg zieht jähe Veränderungen nach sich, die Beharrlichkeit und geistige Flexibilität erfordern, damit sich die Betroffenen rasch an die neuen Bedingungen gewöhnen können. Zu Hitlers Zeiten war der Nationalismus eine dominierende Kraft. Er bewog die Menschen dazu, für ihr Land große Opfer zu bringen, trug aber gleichzeitig zur Aufrechterhaltung der Schranken zwischen den Nationen bei. Vor dem Zweiten Weltkrieg stand Europa im Schatten außereuropäischer Supermächte, die sich anschickten, ihm die Führungsrolle auf der Weltbühne streitig zu machen. Wollte Europa seine wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit verteidigen und seine kulturelle Identität wahren, mussten seine Völker zusammenarbeiten und sich als Schicksalsgemeinschaft empfinden. Alberto De Stefani, der von 1922 bis 1925 italienischer Wirtschaftsminister gewesen war, hielt fest:

> "Wir sind alle überzeugt, dass die Fortführung des unversöhnlichen Nationalismus, die den Erfordernissen einer kontinentalen Politik verständnislos gegenüberstehen, sich zuletzt gegen Europa selbst wendete."[796]

Im Sommer 1940 herrschte auf dem europäischen Kontinent eine brüchige Waffenruhe, nachdem Deutschland eine Reihe anderer Länder in raschen Feldzügen niedergerungen hatte. Die westliche Hälfte Polens, Dänemark, Norwegen, Luxemburg, Holland, Belgien und die nördliche Hälfte Frankreichs waren von deutschen Truppen besetzt. Das Reich war mit Italien verbündet, unterhielt freundschaftliche Beziehungen zu Spanien und verfügte auf dem Balkan über großen wirtschaftlichen Einfluss. Ohne Zusammenarbeit mit Deutschland war ein starker, vereinigter Kontinent nicht möglich.

Dünkirchen, Juni 1940: Personal des deutschen Versorgungszugs "Bayern" versorgt französische Flüchtlinge mit Mahlzeiten.

Die Fortsetzung des Kriegs gegen Großbritannien erforderte die Stationierung deutscher Truppen an der Atlantikküste zum Schutz vor potentiellen britischen Landungen. Bei der Bevölkerung der betreffenden Gebiete war die militärische Präsenz der Deutschen nicht populär. Die Engländer unterstützte auch kommunistische Widerstandsbewegungen in den besetzten Gebieten und ermunterten sie zu Sabotageakten. Sie bildeten Agenten aus und schleusten sie, mit Waffen und Sprengstoff ausgerüstet, in ihre Heimatländer ein, während der Rundfunksender BBC antideutsche Propaganda in alle westeuropäischen Länder ausstrahlte.

Andererseits betrachteten viele Europäer die Siege des Reichs als Beweis für die Überlegenheit der autoritären Staatsform. Die Demokratie hatte sich nicht nur seit zwei Jahrzehnten als unfähig erwiesen, Arbeitslosigkeit und Depression zu überwinden, sondern es auch nicht fertiggebracht, eine effiziente nationale Verteidigung aufzubauen. Die vom Geist der Solidarität beseelte, martialische Gesellschaft Deutschlands hinterließ auf seine Nachbarstaaten einen starken Eindruck und erweckte in gewissem Umfang sogar Bewunderung. Im Vergleich dazu erschienen die parlamentarischen Debatten, die Skandale, die Stagnation und die farblosen Führungspersönlichkeiten, die man allgemein mit der Demokratie assoziierte, alles andere als attraktiv. Auch der Marxismus hatte herzlich wenig an Leistungen vorzuweisen. Léon Degrelle, Führer der belgischen Rex-Bewegung und späterer Angehöriger der Waffen-SS, meinte, der Marxismus könne

> “das versprochene Ziel, den Wohlstand für alle, nirgends erreichen, nicht einmal in der Sowjetunion… Sein totales Versagen überzeugte in den dreißiger Jahren die breiten Massen und ließ diese das Heil in anderen Volksbewegungen suchen, die das angestrebte soziale Ziel im Rahmen von Ordnung, Autorität, fester Führung und hingebungsvoller Vaterlandsliebe zu erreichen versuchten.”[797]

Ein Schandfleck der westeuropäischen Regierungen war vom Standpunkt der von ihnen vertretenen Völker aus betrachtet ihr erbärmliches militärisches Versagen im Kampf gegen Deutschland anno 1940. Beispielsweise hatte der norwegische Staat die Verteidigungsausgaben zwischen den beiden Weltkriegen mehrfach massiv zusammengestrichen. Die norwegische Armee konnte keine Manöver im Feld durchführen; Offiziere und Soldaten waren unzureichend ausgebildet, und der Infanterie fehlte es an Panzerabwehrwaffen.[798]

Am 9. April 1940 drangen die Deutschen in Norwegen ein. Die deutsche Marine hatte Hitler zu diesem Schritt gedrängt, um einer geplanten amphibischen Operation seitens der Briten zuvorzukommen, die in Norwegen landen wollten, um die Transportroute für militärisch wichtige Mineralien abzuschneiden, die von Schweden und Finnland via Norwegen nach Deutschland führte. Die Zahl der deutschen Soldaten, die von Schiffen und Flugzeugen aus auf norwegischem Boden landeten, belief sich auf 100.000. Die unschlüssige Reaktion der norwegischen Regierung und widersprüchliche Befehle der norwegischen Armee bewirkten, dass die Mobilisierung der Streitkräfte äußerst chaotisch ablief.

Die norwegischen Truppeneinheiten, die sich vor dem Feind zurückzogen, unterließen es, Tunnels, Brücken oder Verbindungslinien zu zerstören, obwohl diese Maßnahme den deutschen Vormarsch stark verzögert hätte. Die motorisierten deutschen Verbände tankten ihre Fahrzeuge an Tankstellen auf, welche die Verteidiger intakt zurückgelassen hatten. Manche norwegischen Soldaten ergaben sich, sobald sie die Invasoren zu Gesicht bekommen hatten.[799] Die Hauptstadt Oslo kapitulierte, ohne dass auch nur ein einziger Schuss abgefeuert worden wäre. Das 324. deutsche Infanterie-Regiment landete auf einem Flugplatz in der Nähe und zog unter Führung ihrer Blaskappelle in Oslo ein.

Zur gleichen Zeit besetzten die deutschen Streitkräfte auch Dänemark. Dieser Schritt war unerlässlich, um die Verbindungslinien zu sichern und den Nachschub für die Truppen in Norwegen zu gewährleisten. Drei Monate zuvor, im Januar, hatte Thorvald Stauning, Chef der sozialliberalen Regierung in Kopenhagen, öffentlich praktisch zugegeben, dass Dänemark nicht in der Lage sein würde seine Neutralität zu verteidigen.[800] Irgendwelche Maßnahmen zur Stärkung der Landesverteidigung traf er nicht.

In den frühen Morgenstunden des 9. April liefen der deutsche Eisbrecher *Stettin* und das Truppentransportschiff *Hansestadt Danzig* mit 1.000 Mann von der 198. Infanteriedivision im Hafen von Kopenhagen ein. Im Licht der dänischen Scheinwerfer war deutlich zu erkennen, dass beide

Schiffe unter deutscher Fahne segelten und dass sich deutsche Soldaten an Bord befanden. Nichtsdestoweniger gaben die Küstenbatterien keinen einzigen Schuss ab. Nach dem Krieg erklärte ein dänischer Leutnant vor einer parlamentarischen Kommission:

> "Die Wache hatte an der Kanone herumprobiert, aber besaß keinerlei Begriff davon, was wirklich zu tun war. Der Mechanismus war nicht in Ordnung, so dass der Verschluss nicht funktionierte. Während dieses ablief, hatten die Schiffe das Fort langsam in Richtung Kopenhagener Hafen passiert."[801]

Ein Angehöriger einer anderen Küstenbatterie bezeugte:

> "Wir hatten nicht einen einzigen Mann, der in der Lage gewesen wäre, eine Kanone zu bedienen."

Die deutschen Truppen landeten unbehelligt und rückten in der Hauptstadt ein. Am Vortag hatte die Regierung einen Bericht erhalten, dem zufolge sich in der Grenzstadt Flensburg deutsche Truppen massierten. Nachdem die Invasion begonnen hatte, erließ die Stauning-Regierung folgenden Aufruf:

> "Die deutschen Truppen, die sich hier im Lande befinden, haben Einvernehmen mit der dänischen Wehrmacht hergestellt. Pflicht des Volkes ist es, sich jedes Widerstandes gegen diese Truppen zu enthalten."[802]

Die dänische Armee wurde angewiesen, Gewehr bei Fuß zu verharren. Dies rief bei Soldaten und Zivilisten Verbitterung hervor. Die Öffentlichkeit argwöhnte, die Regierung habe in Zusammenarbeit mit den Deutschen die nationale Verteidigung sabotiert. Ein Däne erinnerte sich:

> "Viele junge Leute waren … schon längst über die politische Entwicklung in Dänemark enttäuscht… Damit hatte das von der Regierung repräsentierte politische System unser Vertrauen verloren."[803]

Einen Monat später marschierten die Deutschen in Holland ein, das wie Dänemark und Norwegen eine konstitutionelle Monarchie war. Auch hier hatte das Parlament für die bewaffneten Streitkräfte völlig unzureichende Mittel zur Verfügung gestellt. Der Mangel an Uniformen und Handfeuerwaffen zwang die Rekruten, eine absonderliche Kombination von Waffenröcken und zivilen Mützen zu tragen und statt mit Gewehren oft mit Holzstöcken Wache zu stehen. Ein Holländer erinnerte sich:

> "Aufgrund des allgemeinen Desinteresses an der Armee, auch seitens der politischen Führung, meldete sich 1935 und 1936 kein einziger Kadett für die Königliche Militärische Akademie in Breda."[804]

Deutsche Soldaten landen am 9. April 1940 im Hafen von Kopenhagen, ohne auf Widerstand zu stoßen.

Niederländische Pazifisten warben für die Auflösung der Armee. Unter diesen Umständen brauchten die deutschen Truppen nur fünf Tage, um den Widerstand der Holländer zu brechen.

Frankreich, ein Leuchtturm der Demokratie, offenbarte Schwächen, die sich ohne weiteres damit erklären ließen, dass der Liberalismus den Schwerpunkt auf das Individuum und nicht auf das Kollektiv legt. Leutnant Pierre Mendès-France, der wenige Tage vor dem Beginn der am 10. Mai 1940 einsetzenden deutschen Offensive aus Syrien nach Frankreich zurückgekehrt war, berichtete:

> "Jedermann, Zivilist wie Militär, dachte einzig daran, sein persönliches Leben so gut wie möglich zu organisieren, um ohne allzu viel Risiko, Verluste oder Unbehagen über diese anscheinend endlose Periode hinwegzukommen."

Am 18. Mai, als die französische Armee von den rasch vorrückenden deutschen Truppen bereits in die Defensive gedrängt worden war, schrieb General Gamelin an den Premierminister:

> "Der deutsche Erfolg ist das Ergebnis körperlicher Ausbildung und einer moralischen Hochstimmung der Volksmassen. Der französische Soldat, der Staatsbürger von gestern, glaubte

nicht, dass es Krieg geben könne. Sein Interesse ging oft nicht über seine Werkstatt, sein Büro oder seinen Acker hinaus. Geneigt, unaufhörlich jeden zu kritisieren, der über etwas Autorität verfügt, und angereizt, unter dem Vorwand der Zivilisation von einem Tag zum anderen ein bequemes Leben zu führen, hatte der Wehrpflichtige zwischen den beiden Kriegen nicht die moralische und vaterländische Erziehung erhalten, die ihn auf das Drama vorbereitet hätte, in dem es um das Schicksal des Landes gehen würde."[805]

Ungenügende Verteidigungsanstrengungen, eine mutlose Führung und moralisches Versagen waren nicht die einzigen Gründe dafür, dass die Westeuropäer das Vertrauen in das parlamentarische System oder die Demokratie immer mehr verloren. Das Verhalten der englischen Truppen während der Kämpfe hinterließ einen denkbar schlechten Eindruck. Während des Rückzugs der englischen Truppen durch Belgien und Nordfrankreich in Richtung Dünkirchen zerstörten ihre Sprengeinheiten Brücken, Warenhäuser, Raffinerien, Treibstofflager, Hafenanlagen und alles andere, was den vormarschierenden deutschen Heeren eventuell von Nutzen hätte sein können. Hier der Augenzeugenbericht eines belgischen Sergeanten, der am 27. Mai erlebte, wie britische Truppen in Lebensmittelgeschäfte hausten:

"Das Schlimmste war, dass auch noch Flüchtlinge dabei standen, die seit Tagen nichts mehr gegessen hatten und nun zusehen mussten, wie englische Soldaten Eier an die Häuserwände warfen, Kekse zerstampften, Konserven mit der Axt zerschlugen und ins Feuer warfen."[806]

Am 22. Juni schlossen Deutschland und Frankreich einen Waffenstillstand ab. In dem Abkommen wurde unter anderem festgehalten:

"Die deutsche Regierung erklärt der französischen Regierung feierlich, dass sie nicht die Absicht habe, die unter deutscher Kontrolle in den französischen Häfen internierte Flotte im Kriege für ihre Zwecke zu verwenden." Deutschland anerkannte, dass die Franzosen die Kriegsschiffe benötigten, "um ihre Interessen in ihrem Kolonialbereich zu wahren".[807]

Am 3. Juli fuhr ein Geschwader der British Royal Navy von Gibraltar zum französischen Hafen von Mers-el-Kébir (Oran) in Algerien. Die Engländer verlangten, die dort vor Anker liegenden französischen Schlachtschiffe sollten sich ihnen anschließen, um den Kampf gegen Deutschland weiterzuführen; ansonsten sollten die Franzosen die Schiffe versenken. Als der französische Admiral Marcel Gensoul das Ultimatum ablehnte, bombardierten die Briten seine Flotte. Das Schlachtschiff *Bretagne* wurde versenkt, die *Provence* und die *Dunkerque* schwer beschädigt, und 1.147 französische Matrosen kamen ums Leben.[808] Am 6. Juli führten Torpedoflugzeuge der Royal Navy einen erneuten Angriff auf den Haften durch und töteten weitere 150 Matrosen. Zwei Tage später griff die britische Marine Dakar an und beschädigte das Schlachtschiff *Richelieu*. Dies heizte die antibritische Stimmung in Frankreich mächtig an.

Großbritannien dehnte seine Lebensmittelblockade auf alle europäischen Staaten aus, die von der deutschen Armee besetzt waren, was für die betreffenden Völker große Härten heraufbeschwor. All diese Staaten hatten sogenannte "Exilregierungen" mit Sitz in London. Sie bestanden aus demokratischen Politikern, Offizieren und Aristokraten, die aus ihren Ländern nach England geflüchtet waren, und zwar meist als die Kämpfe noch in vollem Gang waren. Diese den Engländern auf Gedeih und Verderben ausgelieferten "Exilregierungen" spielten sich als die wahren Interessenvertreter Europas auf.

Auch die USA versuchten die Entwicklung in Europa indirekt zu beeinflussen. Am 9. Februar 1940 veröffentlichte das Außenministerium in Washington einen Wirtschaftsplan für Europa nach dem Krieg. Laut Außenminister Hull würde Amerika die wichtigsten europäischen Währungen mittels

Anleihen unterstützen, die durch Gold gedeckt sein würden. Hierdurch würde nach dem Friedensschluss der Handel wieder angekurbelt werden. Es lag auf der Hand, dass Washington darauf abzielte, das von Deutschland eingeführte, sehr erfolgreiche internationale System des Tauschhandels abzuschaffen und an seine Stelle wieder ein Wirtschaftssystem einzuführen, bei dem Gold als Grundlage für den Warenaustausch dienen würde.

Bei der Ausarbeitung dieses Plans hatte sich das US-Außenministerium von amerikanischen Bankern beraten lassen, es jedoch unterlassen, Vertreter des europäischen Kontinents, für den der Plan ja bestimmt war, zu Rate zu ziehen. Es folgten noch weitere Resolutionen und Vorschläge für die Neuordnung der Wirtschaft in der Nachkriegszeit: Die Atlantik-Charta, der Keynes-Plan, der Morgenthau-Plan sowie die Wirtschaftskonferenzen in Hot Springs anno 1943 sowie in Bretton Woods, New Hampshire, im Juli 1944. In Bretton Woods wurde der Internationale Währungsfonds aus der Taufe gehoben, dessen Aufgabe darin bestehen sollte, nach dem Krieg die Wirtschaft fremder Länder zu beeinflussen und wenn möglich zu regulieren; dies sollte die Welt der Rooseveltschen Vision einer Weltregierung einen Schritt näherbringen.

Am 7. Juli 1944 wandte sich Reichswirtschaftsminister Walter Funk in einer Rede in Königsberg an europäische Ökonomen:

> “Wenn heute die Amerikaner die Rückkehr zur Goldwährung propagieren, so bedeutet dies, insbesondere mit Rücksicht auf den beherrschenden Goldbesitz dieses Staates, nichts anderes als die Erhebung der Dollarwährung zur Weltwährung und den Anspruch auf die absolute Herrschaft in der Weltwirtschaft.”[809]

Ein deutscher Diplomat bemerkte:

> “Die Diskussion in den neutralen und selbst in den mit uns verbündeten und befreundeten Ländern findet auf einer völlig falschen Grundlage statt. Es wird dabei meistens übersehen, dass die Voraussetzung für die praktische Durchführung solcher Pläne die Besiegung Europas durch die Gegenseite ist.”[810]

Die deutsche Propaganda schlachtete den subjektiven Charakter dieser Programme weidlich aus: In der Januarausgabe von *Germanisches Leitheft*, einer Zeitschrift, die sich an eine breite europäische Leserschaft wandte, wurde die Frage aufgeworfen:

> “Sollten raumfremde Mächte und rassenfremde Kräfte für alle Zukunft Europas Schicksal bestimmen, oder sollte Europa aus eigener Kraft und in eigener Verantwortung seine Zukunft gestalten?”[811]

In einer anderen deutschen Publikation las man:

> “Es gehört zu einem der Hauptmängel der Mentalität des Amerikaners, dass er andere Völker nicht begreift und über ihre Rechte und Lebensansprüche schon deswegen mit einer Handbewegung hinweggeht, weil er aus einem Überheblichkeitsgefühl ohnegleichen heraus, das in Wirklichkeit nichts anderes ist als ein geradezu grotesker Minderwertigkeitskomplex, für sich in Anspruch nehmen zu können glaubt, der übrigen Welt seine durchweg sehr handfesten Wünsche zu diktieren.”[812]

Die deutschen Führer begriffen, dass sie, um die Unterstützung anderer europäischer Völker zu gewinnen, der anglo-amerikanischen Agenda ein realistisches Gegenkonzept entgegenstellen mussten. Die dringlichste Aufgabe bestand in einer Regulierung der kontinentalen Wirtschaft, um diese möglichst autark und kooperativ zu machen. Die Briten verfolgten die Strategie, in den von Deutschland besetzten Staaten eine Hungersnot oder doch wenigstens eine allgemeine Verarmung

hervorzurufen, um den Widerstandsbewegungen hierdurch Auftrieb zu verleihen. Werner Daitz, Wirtschaftsberater in der Auslandabteilung der NSDAP, reichte im Mai 1940 ein Memorandum ein, in dem er die Bildung einer Handelskommission anregte, deren Aufgabe darin bestehen sollte, die deutschen Optionen zu erwägen:

> "Die gegenwärtige Blockade hat die zwangsläufige Bildung einer kontinentaleuropäischen Großraumwirtschaft unter deutscher Führung als wirtschaftliche Selbsthilfemaßnahme des europäischen Festlandes erzwungen. Die Neuordnung des europäischen Kontinents, dieses ewigen Kernraums der weißen Rasse, findet hierin den Ausdruck ihrer notwendigen wirtschaftlichen Widererstarkung und Unabhängigkeit… Wenn wir den europäischen Kontinent wirtschaftlich führen wollen, wie dies aus Gründen der wirtschaftlichen Stärkung des europäischen Kontinents als Kernraum der weißen Rasse unbedingt erforderlich ist und eintreten wird, so dürfen wir aus verständlichen Gründen diese nicht als eine deutsche Großraumwirtschaft öffentlich deklarieren. Wir müssen grundsätzlich immer nur von Europa sprechen."[813]

Als industrielle Großmacht war einzig und allein Deutschland in der Lage, eine blühende und autarke Kontinentalwirtschaft zu schaffen. In ihrer Ausgabe vom September 1940 hielten die *Nationalsozialistischen Monatshefte* fest:

> "Eine europäische Völkergemeinschaft wird ohne das Reich niemals errichtet werden können… Das Reich ist die große politische Aufgabe des deutschen Volkes. Das Reich vertritt einen europäischen Ordnungsgedanken, der unter Ausschaltung raumfremder Einflüsse und europafeindlicher Mächte eine festlandeuropäische Zusammenarbeit auf den Prinzipien des Volkstums und der Anerkennung der Arbeit als dem Inbegriff und der Grundlage allen Lebens erstrebt."[814]

Zu den klügsten deutschen Propagandisten gehörte Major Walther Gehl, der in beiden Weltkriegen in der Infanterie seines Landes gedient hatte. Gehl war sich bewusst, dass militärische Eroberungen nicht ausreichten, um den Einfluss Deutschlands zu sichern – hierzu bedurfte es auch der Unterstützung durch die Völker der Nachbarstaaten. In *Die Sendung des Reiches* vertrat er den Standpunkt, wenn Deutschland Erfolg haben wollte, müsse es sich um das Wohlergehen des Kontinents kümmern und nicht umgekehrt:

> "In heiliger Verantwortung für die Zukunft Europas nimmt Deutschland das Lebensrecht der andern Völker in seinen eigenen politischen Willen auf, hält seine schirmende, nicht seine herrschende Hand über sie. Und sein mächtiger militärischer Schutz ist ein besserer Bürge für die Dauer ihrer eigenständigen Kultur, als es die deutschfeindlichen Bündnisse sein konnten, die die mitteleuropäischen Völker in Sorge um ihre 'Libertät' mit raumfremden Völkern geschlossen haben."[815]

Das *Germanische Leitheft* definierte den Begriff "Reich" wie folgt:

> "Reich bedeutet nicht Beherrschung, sondern Aufgabe und Sendung; nicht Hegemonie, sondern einende Beseelung seiner Stämme, Volksteile und Blutsverwandten. Nicht Machtsucht, sondern Zucht, Ordnungskraft, Führung und Verantwortung."[816]

Weitsichtige Deutsche betonten also die Notwendigkeit des Übergangs vom Deutschen Reich zu einem Europäischen Reich. Franz Six, Leiter der Kulturpolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt, schrieb:

> "Europa ist der aus der Gestaltungskraft der arischen Rasse geschaffene Lebensraum der

europäischen Rassen und Völker. Die gemeinsame rassische Herkunft über alle trennenden politischen, staatlichen und weltanschaulichen Unterschiede ist das verbindende Element der europäischen Völker."[817]

Ein Däne erinnerte sich:

"Die jungen Leute, die für diese neue biologisch begründete Auffassung empfänglich waren, änderten dementsprechend ihre Einstellung zu fremden Völkern und Nationen. Das führte zu einer regelrechten Ausweitung des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls und war der Ausgangspunkt für eine Erneuerung der 1.100 Jahre alten Idee eines vereinten Europa, die bisher Mal für Mal gescheitert war. Es war also kein Wunder, dass sich idealistische und tatkräftige Männer mit Begeisterung und Opferbereitschaft einreihten, als sich die Möglichkeit bot, mit großem persönlichen Einsatz am Aufbau eines – wie sie meinten – neuen und besseren, stärkeren und reicheren Europa mitzuwirken und zugleich sich und ihr Volk von der nationalen Schmach einer defätistischen Politik zu befreien."[818]

Walter Gehl, Infanteriebataillonskommandant und Propagandist beim Heer, warb für europäische Einigkeit und für die Überwindung der schwelenden nationalen Rivalitäten unter den europäischen Nationen.

Mit Hitlers Billigung richtete die SS im April und Mai 1940 in Oslo, Kopenhagen und Den Haag Rekrutierungsbüros ein. Mehrere hundert norwegische, dänische und holländische Freiwillige meldeten sich zu einem vormilitärischen Ausbildungskurs. Dieser fand in Kärnten statt; er dauerte einige Monate und umfasste Ausbildung an der Schusswaffe, Sport, Deutschunterricht sowie ideologische Vorlesungen. Während der Ausbildung kamen die Freiwilligen auch in Berührung mit der deutschen Zivilbevölkerung. Nach Kursabschluss forderten Offiziere die jungen Europäer auf, sich als Germanische Freiwillige zur Waffen-SS zu melden.

Abgesehen von der Verlockung eines vereinigten Kontinents und der Enttäuschung über die früheren demokratischen Regierungen trugen auch wirtschaftliche Faktoren dazu bei, dass sich die Beziehungen zwischen der Bevölkerung der besetzten Länder und den Deutschen merklich

entspannten. Viele arbeitslose Skandinavier und Westeuropäer suchten im Reich nach Arbeit. Deutschen Statistiken zufolge fanden 100.000 Holländer eine Beschäftigung in Deutschland.[819] In Dänemark waren im Sommer 1940 147.000 Männer arbeitslos, was einer Rate von 18% entsprach.[820]

In Belgien und den Niederlanden trug Deutschland zur wirtschaftlichen Wiederbelebung bei, indem es dortigen Industriebetrieben Aufträge zur Herstellung von Waffen erteilte. Die kooperative Haltung der Arbeiter, deren Vorgesetzte oft nach England geflüchtet waren, veranlassten die Deutschen zur Ergreifung von Maßnahmen, welche die soziale Lage der Arbeiterschaft verbesserten.[821] In Frankreich sank die Arbeitslosigkeit bis 1943 praktisch auf null, nicht zuletzt, weil das Land der größte Waffenlieferant Deutschlands war. Nachdem sie vor dem Krieg einen ständigen Grabenkrieg gegen die kommunistischen Gewerkschaften hatten ausfechten müssen, traten die meisten französischen Industriellen für eine Zusammenarbeit mit den Deutschen ein. Sie begriffen auch, dass Frankreich und seine Kolonien ein zu kleiner Markt für die moderne, rasch expandierende Industrie des Landes war, und hielten nach Kunden in anderen europäischen Ländern Ausschau.[822]

Alfred Rosenberg, der maßgeblich an der Gestaltung der Außenpolitik der NSDAP beteiligt war, vertrat in einer Rede die Auffassung, dass die Europäer die deutsche Führung in kontinentalen Angelegenheiten anerkennen müssten:

> “Wir sind der Überzeugung, dass sich eine kleine Nation nichts in ihrer Ehre vergibt, wenn sie sich unter den Schutz eines ganz großen Volkes und eines großen Reiches stellt. Man muss in diesem Leben auch die Gesetze dieses Lebens anerkennen, und die Tatsachen des Lebens zeigen, dass es eben zahlenmäßig, geographisch und machtpolitisch große und kleine Völker gibt. Die Größe eines Reiches wie des deutschen anzuerkennen, das nach tausend Jahren schwerster Prüfungen nunmehr in alter Kraft wieder vor aller Augen steht, ist nicht etwa ein Zeichen schwächlicher Gesinnung oder gar ehrenrühriger Haltung, sondern ist das Anerkennen eines Gesetzes des Lebens, eines Gesetzes des Raumes, kurz eines Schicksalsgebotes des europäischen Daseins.”[823]

Die deutsche Armee wies ihre in den eroberten Ländern stationierten Soldaten an, eine feste, aber freundschaftliche Haltung gegenüber der einheimischen Bevölkerung einzunehmen. In den Richtlinien für deutsche Soldaten in Dänemark hieß es:

> “Jeder Deutsche in Dänemark muss sich jederzeit klar bewusst sein, dass auch er das Deutsche Reich vertritt und nach seiner Haltung Deutschland bewertet wird. Beim Zusammentreffen mit Dänen ist alles zu unterlassen, was die nationale Ehre des Dänen kränken kann. Der dänischen Frau ist mit Achtung zu begegnen. Politische Auseinandersetzungen sind zu vermeiden.”[824]

Diese Einstellung zahlte sich für die Deutschen aus. Laut einer Gallup-Umfrage aus dem Jahre 1947 hatten 40% der befragten Dänen hatten den Deutschen gegenüber eine ausgesprochen positive und nur 32% eine feindselige Haltung eingenommen.[825]

Gegen Ende 1940 stellte die Waffen-SS ihre erste Division auf, der germanische Freiwillige angehörten. Flamen und Holländer schlossen sich dem Regiment “Westland”, Norweger und Dänen dem Regiment “Nordland” an. Gemeinsam mit dem altbewährten VT-Regiment “Germania” bildeten diese Formationen die fünfte Division der Waffen-SS, die den Namen “Wiking” erhielt. Ihr gehörten auch 400 Finnen sowie kleinere Kontingente aus der Schweiz und Schweden an.[826]

“Sie haben über die Grenzen ihrer Nationalstaaten hinaus an etwas Größeres, an ein Zusammengehen gedacht”,[827] schrieb Hausser später über die Beweggründe dieser Männer. Die Verfasser einer Nachkriegsstudie, die auf der Befragung überlebender niederländischer SS-

Angehöriger fußte, kamen zu folgendem Schluss:

Eine Kompanie des SS-Regiments "Westland" in Marschordnung. Diese Aufnahme wurde der Presse im April 1941 zur Verfügung gestellt. Rund 20.000 Holländer traten der Waffen-SS bei. Die meisten von ihnen gelangten an der Ostfront zum Einsatz. Manche halfen den Deutschen, im September 1944 eine alliierte Luftlandung in Arnheim zurückzuschlagen.

> "Für viele war das Militärische mit den Idealen Disziplin und Ordnung, Befehl und Gehorsam nach einer Periode des Werteverfalls in den dreißiger Jahren anziehend… Die Gebildeten waren fasziniert von der Reichsidee, die den Zusammenschluss aller germanischen Völker vorzeichnete… Im Kampf gegen den Kapitalismus und später gegen den Bolschewismus zur Errichtung eines sozialen Staatenbundes rassischer Prägung konnte man sogar eine Verpflichtung sehen."[828]

Der israelische Historiker Zeev Sternhell interpretierte das Engagement dieser Kämpfer als Beweis dafür,

> "dass es eine Kultur geben konnte, die sich nicht auf Geburts- oder Geldprivilegien stützte, sondern auf Gemeinschaftsgeist… Diese Suche nach neuen Werten, die den Zusammenhalt des Staates gewährleisten konnten, diese Ablehnung des Materialismus erregten, erfüllten und beeindruckten den Geist vieler Europäer – und nicht der geringsten."[829]

Die deutsche Sache, die unter den Völkern Europas nach Anerkennung strebte, gewann mit dem Ausbruch des Krieges gegen die UdSSR im Juni 1941 jäh an Popularität. Hitler genehmigte die Aufstellung einer Waffen-SS, die Freiwillige aus fremden Staaten an der Ostfront einsetzte. Die Rekrutierungsbüros wurden am 27. Juni eröffnet und registrierten schon in den ersten Tagen viele tausend Bewerber. Der Sicherheitsdienst (SD) stellte führenden Vertretern der Reichsregierung und der NSDAP einen vertraulichen Bericht über die Reaktionen der Bevölkerung in den besetzten

Ländern zu, in dem es hieß:

> "Schon bevor die deutschen Sondermeldungen vom Sonntag sich auswirkten, konnte für Dänemark in den letzten Tagen ein ausgesprochener Stimmungsumschwung zugunsten Deutschlands beobachtet werden. Mehr und mehr häufen sich die Äußerungen von Persönlichkeiten der dänischen Wirtschaft und des dänischen Geisteslebens, die bisher Deutschland reserviert oder sogar feindlich gegenüberstanden, ihre bisherige Haltung zu Deutschland ändern zu müssen, nachdem es nunmehr gegen Sowjetrussland den Kampf für die europäische Kultur aufgenommen hat… Nachdem die gesamte dänische Presse einen Aufruf zur Kriegsteilnahme in der Waffen-SS verbreitet hat, sind die Meldungen zur Waffen-SS stark angestiegen."[830]

Ein Rekrut, der sich als einer von 6.000 Dänen zur Waffen-SS gemeldet hatte, erinnerte sich an die Befürchtungen, die viele seiner Landsleute für den Fall einer deutschen Niederlage hegten:

> "Dänemark könnte dasselbe Schicksal wie die kleinen baltischen Staaten erleiden; es könnte zu einem russischen Militärdistrikt degradiert und politisch neutralisiert werden; das bürokratische kommunistische Wirtschaftssystem könnte zwangsweise eingeführt werden; es könnte eine allmähliche Russifizierung und die Deportation der politischen und kulturellen Elite erfolgen, mit verheerenden Folgen für die biologische Substanz des dänischen Volkes."[831]

Die dänische Regierung gründete am 3. Juli 1941 das "Freikorps Danmark" und erließ eine Bestimmung, wonach Angehörige der dänischen Armee, die sich der neuen Formation anschlossen, unbegrenzten Urlaub ohne Verlust ihres Ranges oder ihrer Pension gewährte.[832] Der erste befehlshabende Offizier des Regiments, Christian Kryssing, erklärte im Juli in einer am nationalen Rundfunk übertragenen Ansprache:

> "Gleichgültig welche Einstellung wir sonst haben, wünschen wir alle zusammen, dass der Bolschewismus und dessen Bedrohung des Nordens zerstört werden muss… Der Krieg gegen den Bolschewismus ist ein Kreuzzug, Europas Kreuzzug gegen das Vaterland der Gottlosigkeit, gegen die moderne asiatische Gefahr… Ich fordere alle waffenführenden dänischen Männer auf, an diesem Kreuzzug teilzunehmen… so dass wir in einer gemeinsamen Tat zusammenstehen und dadurch unserem Vaterland den Platz sichern, der ihm beim europäischen Wiederaufbau zusteht."[833]

In Amsterdam nahmen 50.000 Menschen an einer antikommunistischen Kundgebung teil und bekundeten ihre Unterstützung für die deutschen Kriegsanstrengungen. Bezüglich Norwegens berichtete der SD:

> "Der deutsch-russische Konflikt hat die Stimmung in Norwegen weiterhin zu Gunsten Deutschlands aufgelockert… Aus Kreisen der 'Nasjonal Samling' erfolgen zahlreiche Meldungen zur SS Standarte Nordland. Neben der Standarte Nordland wird eine besondere norwegische Freiwilligenlegion unter norwegischer Führung und in norwegischer Uniform aufgestellt, zum Kampf an der deutsch-finnischen Front."

In Bezug auf Norwegens vermeldete dieselbe Quelle:

> "Die flämisch-nationalistischen Kreise stellen sich im Kampf gegen den Bolschewismus bedingungslos an die Seite Deutschlands."[834]

Im Verlauf des Krieges dienten über 20.000 Flamen in der Waffen-SS, um "den Erzfeind des christlichen Abendlandes" im Osten zu bekämpfen.[835] Der schweizerische Journalist Armin Mohler schrieb:

> “Sie waren gekommen, weil sie vom Deutschen Reich die Schaffung eines geeinten Europas freier Nationen erhofften, und sie wollten weder einen Kommissarstaat noch eine Gesellschaft des ‘Kampfes aller gegen alle’. Da war sehr viel Idealismus aufsmal, wie es wohl nur unter Jugend möglich ist.”[836]

Germanische Freiwillige winken ihren Angehörigen und Freunden zum Abschied zu, bevor sie ihre Heimat verlassen, um in Deutschland eine militärische Grundausbildung zu absolvieren.

In Paris trafen sich französische Politiker am 7. Juli, um die Bildung einer “Legion des Volontaires Français” (LVF) vorzubereiten. Nach ihrer Gründung brach diese Truppe im August 1941 an die Ostfront auf, um gegen die Sowjets zu kämpfen. Innerhalb eines Monats gewann eine Sponsorenorganisation, die sich “Amis de la Légion” nannte, 1,5 Millionen Unterstützer.[837] Für den Rektor der Katholischen Universität Paris, Alfred Cardinal Baudrillart, zählten die Freiwilligen “zu den besten Söhnen Frankreichs”. Er bekannte sich zur Ansicht, dass diese Franzosen nicht nur für die Ehre ihres Landes, sondern auch

> “für die christliche Zivilisation des Abendlandes kämpfen, die seit langem von der kommunistischen Barbarei bedroht wird… Tatsächlich ist diese Legion in ihrer Art und Weise ein neues Rittertum. Diese Legionäre sind die Kreuzritter des 20. Jahrhunderts.”[838]

Jacques Benoist-Méchin, ein Kabinettminister im unbesetzten Teil Frankreichs, sah einen gesamteuropäischen Krieg gegen die UdSSR als Vehikel zur Einigung Europas:

> “Ich nahm an, dass Hitler nach dem Vorbild Alexander des Großen, der die hellenischen Städte verbündete, um sie zur Eroberung des Perserreiches zu führen, alle Staaten des Kontinents zusammenschließen würde, um sie zum Sturm auf Stalins Imperium antreten zu lassen. War der Kampf gegen den Bolschewismus nicht das gemeinsame Prinzip, aus dem das Gefühl der Einheit des Kontinents erwachsen konnte?… Dies war der Hebel, mit dem sich der Nationalismus unter Brechung seiner inneren Widersprüche in einem europäischen ‘Supernationalismus’ verwandeln und erweitern konnte.”[839]

Die Drohung einer sowjetischen Expansion bereitete Europäern, die besser über die Folgen der früheren kommunistischen Revolutionen in Russland, Deutschland, Ungarn und Spanien Bescheid wussten als die Völker Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, echte Sorge. Deutsche Korrespondenten, die den Vormarsch der deutschen und verbündeten Streitkräfte auf sowjetischem

Territorium verfolgten, belieferten die Medien mit einem steten Strom von Berichten über die ärmlichen Lebensbedingungen der Menschen unter Hammer und Sichel sowie über die erbarmungslose Behandlung politisch Andersdenkender.

Ein im August 1941 im *Völkischen Beobachter* erschienener Artikel spiegelte die Meinung der Öffentlichkeit über die sowjetische Bedrohung recht genau wider:

> “Heute weiß ganz Europa, dass der Krieg gegen den Bolschewismus Europas ureigenster Entscheidungskampf ist, der gemeinsame Krieg der europäischen Kulturvölker gegen die Mächte der Zerstörung und des gestaltlosen Chaos. Welche ungeheure Gefahr das Blutgespenst des Bolschewismus bedeutete, haben die Völker Europas, eines neuen, erneuerten Europas inzwischen zu begreifen gelernt, und es ist von symbolhafter Bedeutung, dass im Kampf gegen den Bolschewismus sich die neue Einheit Europas zu verwirklichen und zu beweisen beginnt. Wir wissen zur Genüge, worum es in diesem Kriege geht. Aber erst, wenn man im Osten die unmittelbare Wirklichkeit des bolschewistischen Regimes sieht, die Auswirkung dieses Systems auf den einzelnen Menschen und sein Leben, erst dann begreift man das ganze Grauen, die ganze Furchtbarkeit dieses Systems, das alle Mächte der Zerstörung und absoluten Vernichtung aller menschlichen Werte und der Menschen selber in sich vereinigt. Der Bolschewismus ist gar kein politisches System, mit dem man sich etwa geistig auseinandersetzen kann, sondern er ist der organisierte Mord an allem Lebendigen, die Schändung der Erde und ihrer Menschen, die Zerstörung und Vernichtung um ihrer selbst willen!”[840]

Unabhängig von ihrer persönlichen Einstellung gegenüber Deutschland war der Krieg gegen die Sowjetunion für sehr viele Europäer ein einigender Faktor. Französische, wallonische und spanische Freiwillige dienten in der deutschen Armee in ethnischen Regimentern, die von Offizieren ihrer eigenen Nationalität befehligt wurden. Später wurden die französischen und die wallonischen Kämpfer zur Waffen-SS versetzt. Berger sorgte dafür, dass deutsche Ausbilder, die mit der Schulung dieser ausländischen Soldaten beauftragt waren, Sonderkurse besuchten, in denen sie mit den nationalen und religiösen Bräuchen der Auszubildenden vertraut gemacht wurden. SS-Oberst Richard Schulze erinnerte sich:

> “Die Ausbilder brauchten Einfühlungsvermögen und ausgewogenes Eingehen auf die Mentalitäten der verschiedenen Nationen.”[841]

Im September 1941 beschrieb ein SS-Kriegskorrespondent die Odyssee ausländischer Freiwilliger, die in der Division “Wiking” dienten:

> “Sie kamen zu uns, bedingungslos als Soldaten des deutschen Führers für das neue, große Germanien zu kämpfen… Sie kamen damals zu uns, von ihren Landsleuten missverstanden, nicht in stolzen Kolonnen, sondern einzeln, entschlossen und klar, oft gegen Vater, Mutter und Familie. Sie sind nicht in die Fremde gezogen; mit Blut und Tat haben sie in ihren Regimentern Ehre, Anrecht und Heimat gefunden.”[842]

Negativer Nationalismus

Die germanischen Freiwilligen sahen sich oft von ihren eigenen Landsleuten isoliert. Der Grund hierfür lag in der schwelenden Ambivalenz der Einstellung, welche die Völker der besetzten Staaten gegenüber Deutschland an den Tag legten. Traditionelle internationale Rivalitäten, die massive antideutsche Propaganda in der demokratischen Presse der Vorkriegsjahre, Argwohn gegenüber Hitlers Motiven sowie der deutsche Einmarsch von 1940 – all dies sorgte dafür, dass die zahlreichen Aufrufe zur europäischen Einigung nur beschränkte Wirkung zeigten. Ein weiteres Hindernis für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern entsprang ironischerweise der Politik des Reichs selbst. Angesichts ihrer Macht und ihrer großen Zahl lag es in der Natur der Dinge, dass die Deutschen in europäischen Angelegenheiten die erste Geige spielten. Für namhafte deutsche Nationalisten verlieh dies ihrem Land das Recht, die Interessen seiner Nachbarstaaten seinen eigenen zu unterordnen.

Im Juni 1940 unterbreitete die deutsche Regierung Vorschläge zur Restrukturierung des europäischen Handels. In einer Ansprache vor Mitgliedern des Planungskomitees erklärte Funk:

> “Deutschland besitzt in Europa jetzt politisch die Macht, eine Neuordnung der Wirtschaft entsprechend seinen Bedürfnissen durchzusetzen. Der politische Wille, diese Macht zu gebrauchen, ist vorhanden. Daraus ergibt sich, dass die Länder sich nach uns ausrichten müssen. Die Wirtschaft der übrigen europäischen Länder muss sich unseren Bedürfnissen anpassen.”

Im Juli 1940 sagte Funk in einer Rundfunkansprache Dinge, die ausländischen Beobachtern nicht entgehen konnten:

> “Die kommende Friedenswirtschaft muss dem Großdeutschen Raum ein Maximum an wirtschaftlicher Sicherheit garantieren und dem deutschen Volke ein Maximum an Güterverbrauch zur Erhöhung der Volkswirtschaft. Auf dieses Ziel ist die europäische Wirtschaft auszurichten.”[843]

Unter Berufung auf eine Schrift des preußischen Juristen Carl Schmitt aus dem Jahre 1939 erkannten die Nationalsozialisten das Recht auf Souveränität nur Ländern zu, die von “ethnisch würdigen Völkern” besiedelt waren. Diesen Standpunkt machte sich auch der deutsche Reichskommissar für die besetzten Niederlande, Arthur Seyss-Inquart, zu eigen, weshalb dogmatische Parteimitglieder ihn als Außenminister dem pragmatischeren und konstruktiveren Ribbentrop vorgezogen hätten. In seiner Schrift *Die europäische Ordnung* propagierte Seyss-Inquart

Der deutsche Wirtschaftsminister Walter Funk mit Hitler. Die von Funk anfangs betriebene, einseitig auf die deutschen Interessen ausgerichtete Wirtschaftspolitik stieß die Europäer in den besetzten Ländern vor den Kopf. Links grüßt Heinz Guderian. Zur Rechten Wilhelm Keitel.

> "eine natürliche Rangordnung, in welcher jede Nation den Platz in der Gemeinschaft einnimmt, der ihr auf Grund ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, ihrer biologischen Vitalität, ihrer kriegerischen Stärke und ihres kulturellen Vermögens zukommt. All das sind Eigenschaften, die in der rassischen Kraft eines Volkes, in seinem Reichtum an gesunder Substanz begründet sind und auf deren Summe die echte Macht beruht… Im Bewusstsein europäischer Zusammengehörigkeit finden die Völker Europas den Weg zur Gemeinschaft und anerkennen sie das Reich als jene Vormacht, durch die auch die eigene Macht erst zur besten Wirkung kommt."

Für Deutschland, meinte Seyss-Inquart, bedeute dies

> "nichts anderes als die Stellung der Vor-Macht, der Macht also, die durch die Erfüllung höherer Leistung höhere Verantwortung für das Ganze zugeteilt erhält."[844]

Auf solch einseitige Konzepte reagierte Ribbentrop schroff ablehnend. In einem Memorandum wies er warnend auf die Befürchtung von Deutschlands Verbündeten hin, nach dem Krieg werde das Reich in jedem dieser Länder einen Gouverneur einsetzen. Die neutralen Staaten, fügte er hinzu, befürchteten, Deutschland plane sie zu annektieren.[845] Die Vorstellung, man könne die Völker Europas nach ihrem Wert hierarchisch gliedern, wobei ihre rassische oder ethnische Herkunft ein entscheidendes Kriterium zu ihrer Beurteilung darstellen sollten, beschwor unvermeidlich jene Spaltungen hervor, die Hitler früher in Deutschland selbst zu vermeiden versucht hatte, wobei er in Konflikt mit den Rassentheoretikern seiner Partei geriet.

In den besetzten Ländern zeigte deutscher Überlegenheitsdünkel vor allem auf der niedrigeren Verwaltungsebene oft sein hässliches Gesicht. Ein Beispiel hierfür war Lemberg (polnisch Lwow, ukrainisch Lwiw), eine zu Polen gehörende, aber mehrheitlich von Ukrainern bewohnte Stadt, die Ende Juni 1941 von den Deutschen erobert und anschließend unter deutsche Verwaltung gestellt wurde. Ein dort ansässiger Reichsdeutscher erinnerte sich:

> "Eine hässliche Einrichtung wurde bald eingeführt, die man als peinlich empfunden hatte. Die vorderen Wagen der Straßenbahnen waren in der Mitte der Fahrgasträume mit einem dicken Lederschlauch abgetrennt. An den vorne angebrachten Tafeln stand: 'Nur für Deutsche und

Verbündete – Italiener, Ungarn, Slowaken und Rumänen'. Es war beschämend zu erleben, wie sich die Menschen im Hinterteil des Wagens quetschten, während vorne vielleicht nur zwei Personen saßen und auf der Plattform beim Wagenführer ein oder zwei Schupos standen."[846]

Obwohl Hitler die stufenweise Freilassung aller polnischen Kriegsgefangenen beschlossen hatte, wandten sich die deutschen Besatzungsbehörden gegen eine Verbrüderung zwischen Deutschen und Polen. 1939 rügte der SD Angehörige der bewaffneten Streitkräfte wegen ihrer "großen Weitherzigkeit und Menschenfreundlichkeit" gegenüber den Polen und bemäkelte insbesondere an ehemaligen österreichischen Offizieren deren "achtungsvolle Einstellung zum Polentum". Damals erließ die deutsche Militärführung einen Befehl, dem zufolge Polen, die auf dem Bürgersteig gingen, diesen zu räumen hatten, wenn ihnen deutsche Soldaten entgegenkamen, und dass sie ihre Hüte abnehmen mussten, wenn sie deutschen Offizieren begegneten; allerdings verliehen nur wenige Besatzungssoldaten dieser taktlosen Vorschrift Nachdruck.[847] Im Westen lehnte Hitler, nachdem er alle flämischen Kriegsgefangenen nach Hause geschickt hatte, es ab, auch die 65.000 wallonischen Kriegsgefangenen freizulassen.

Die Sachzwänge des Krieges erforderten die Aufgabe dieser kontraproduktiven Politik. Die schlecht organisierte Rüstungsindustrie des Reichs stellte 1941 weniger Waffen her als im Vorjahr. Die Produktion von Haubitzen, Artilleriegeschossen und Gewehrmunition nahm zwischen Februar und Dezember merklich ab, und die Fabriken vermochten den Ausfall von Kriegsmaterial während des Russlandfeldzugs nicht wettzumachen. Während die Rote Armee immer weiter nach Osten zurückwich, demontierten und evakuierten die Sowjets 1.360 Industrieanlagen. Ihre Abbruchkommandos zerstörten zurückgebliebene Anlagen, darunter 95% der ukrainischen Kraftwerke, ferner zahllose Getreidesilos, Warenhäuser, Raffinerien, Brücken und Maschinen. Es gelang den Deutschen, die Wirtschaft unter immensen Kosten teilweise wiederherzustellen, wobei sie weit mehr für deren Wiederaufbau ausgaben, als sie an Rohmaterialien und Getreidevorräten erbeuteten. Dies strapazierte die deutschen Ressourcen aufs äußerste.[848]

Im September 1944 befanden sich siebeneinhalb Millionen Fremdarbeiter auf dem Gebiet des Reichs. Hierzu gehörten Kriegsgefangene, Freiwillige und Zwangsmobilisierte. Nord- und Westeuropäer erhielten dieselbe Bezahlung, gleich lange Ferien und dieselbe medizinische Behandlung wie deutsche Arbeiter, während Osteuropäer vor allem anfänglich sehr viel schlechter behandelt wurden. Fritz Sauckel, dessen Aufgabe in der Rekrutierung fremder Arbeitskräfte bestand, meinte im Dezember 1942, "verprügelte, unterernährte, halb verzweifelte Ostarbeiter" würden "die deutsche Wirtschaft mehr belasten, als sie nützen." Im selben Monat erließ Hitler ein Gesetz, dem zufolge die Misshandlung fremder Arbeiter durch Deutsche als strafbares Vergehen eingestuft wurde. Erst mit der Verschlechterung der militärischen Lage verbesserten sich die Bedingungen der russischen und ukrainischen Arbeiter.[849]

Polnische Arbeitsmigranten in Deutschland fanden eine Beschäftigung in der Landwirtschaft, später auch in der Rüstungsindustrie. Die Ernährung und Unterbringung der Ostarbeiter war meist schlechter als diejenige der Arbeiter aus Westeuropa.

Den Polen erging es wesentlich besser, hauptsächlich wegen der Bedeutung der polnischen Industrie für die deutschen Kriegsanstrengungen. Die anständige Behandlung der Fremdarbeiter sowie die Reorganisation der gesamten Rüstungsindustrie durch zivile Beamte führten zu einer dramatischen Steigerung der Produktion. Von Dezember 1941 bis Juni 1944 wuchs die Waffenproduktion um 230%, obschon die Anzahl der Rüstungsarbeiter während desselben Zeitraums nur um 28% gestiegen war. Allein im Jahre 1944 stellte die deutsche Industrie genügend Material her, um 225 Infanterie- und 45 Panzerdivisionen vollumfänglich auszustatten. 88% der Waffen des Reichs wurden in Deutschland selbst hergestellt, die restlichen 12% im Ausland gekauft.[850] Ein vereintes Europa, das auf der vertrauensvollen Zusammenarbeit gleichberechtigter Staaten beruhte, war nun eine pure Notwendigkeit.

Hitler hegte starke Vorbehalte gegen eine europäische Neuordnung, die auf der Gleichberechtigung sämtlicher europäischen Staaten beruhte. Er misstraute seinen Verbündeten. Deutschen Geheimdienstberichten zufolge hatten Finnland, Ungarn, Rumänien und Bulgarien nach den deutschen Niederlagen des Jahres 1943 diskret Kontakte mit London und Washington aufgenommen und sich nach der Möglichkeit eines Separatfriedens erkundigt. Nachdem Briten und Amerikaner geantwortet hatten, an diesbezüglichen Verhandlungen müsse auch die UdSSR teilnehmen, verzichteten Deutschlands Verbündete auf weitere Vorstöße in dieser Sache. Nicht minder argwöhnisch verhielt sich der Führer gegenüber Marschall Philippe Pétain, dem Chef der Vichy-Regierung im unbesetzten Frankreich, der wenig Sympathie für die deutsche Sache aufbrachte.

Hitler begrenzte die Mitgliederzahl der französischen Freiwilligen-Legion auf 15.000, obgleich sich eine um das Vierfache höhere Zahl an Beitrittswilligen gemeldet hatte. “Hitler fürchtete, die Entscheidungsfreiheit zur Regelung des Nachkriegseuropas zu verlieren, wenn er fremde Hilfe annahm”, erklärt der Zeithistoriker Franz Seidler diesen Entscheid.[851] Als Léon Degrelle, Offizier der Wallonischen Legion, im Januar 1943 im Berliner Sportpalast eine Rede vor belgischen Arbeitern hielt, bedachten ihn diese mit Applaus, während die deutschen Medien seinen Auftritt totschwiegen. Pierre Laval, Ministerpräsident der Vichy-Regierung, der die deutsche Obstruktionspolitik als Haupthindernis für die von vielen seiner Landsleute befürwortete französisch-deutsche Annäherung betrachtete, sagte zu Hitler:

> “Sie wollen den Krieg gewinnen, um Europa zu schaffen. Sie müssen Europa schaffen, um den Krieg zu gewinnen!”[852]

Als Degrelle in Berlin seine Rede hielt, verloren die deutschen Streitkräfte und ihre Verbündeten im Abnützungskrieg gegen Russland, Großbritannien und die USA bereits an Boden. Immer mehr Deutsche begriffen, wie unentbehrlich ausländische Hilfe in dieser Situation war. Dies erforderte eine grundlegende Neuorientierung der deutschen Europa-Politik. Im Februar 1943 unterbreitete der außenpolitische Berater Dr. Kolb Vorschläge für eine multilaterale Zusammenarbeit und empfahl den Abschluss von Verträgen auf der Grundlage der absoluten Gleichberechtigung der Signaturstaaten. Jede Nation sollte ungeachtet ihrer Regierungsform als gleichberechtigtes Mitglied der europäischen Gemeinschaft anerkannt werden. Kolbs Plan verlangte von Deutschland, seine Hegemonie über den Kontinent aufzugeben.[853]

Im September 1943 hielt Arnold Köster, Chef der Planungskommission im Rüstungsministerium, in einer Denkschrift ohne Umschweife fest, dass das Reich in den besetzten Gebieten eine improvisierte Ausbeutung betrieb, deren Ergebnis “Verstimmung gutwilliger Elemente, zunehmenden Hass feindlicher Volksschichten, passive Resistenz und Sabotage” sei.[854] Der deutsche Diplomat Cecil von Renthe-Fink schrieb am 9. September an Ribbentrop:

> “Dass sich die Stimmung in Europa seit einiger Zeit erheblich verschlechtert hat und dass die Widerstandsbewegung im raschen Wachsen begriffen ist, ist unverkennbar. Dieser Entwicklung, die für die Bereitwilligkeit der europäischen Völker, ihre Kräfte für unseren Sieg anzuspannen, verhängnisvolle Folgen haben kann, muss entgegengewirkt werden. Dazu ist der Einsatz politischer Mittel notwendig.”

In seiner Denkschrift legte Renthe-Fink den Finger auf eines der folgenschwersten Versäumnisse der deutschen Politik:

> “Deutschland tritt in dem Ringen Europas als Vorkämpfer einer neuen, besseren Ordnung auf, in der alle europäischen Völker einen gerechten und würdigen Platz finden werden. Wir haben es aber, abgesehen von dem, was gelegentlich auf wirtschaftlichem Gebiet gesagt worden ist, bisher vermieden, uns konkreter über unsere Absichten auszusprechen. Es ist dadurch der Eindruck entstanden, dass wir uns die Hände freihalten wollen, um je nach Ausgang des Krieges unsere machtpolitischen Pläne durchsetzen zu können. Wie immer wieder aus den Berichten unserer Missionen hervorgeht, zeigen die Regierungen und Völker gerade auch der uns freundschaftlich gesinnten und verbündeten Nationen größtes Interesse zu erfahren, welche Rolle sie im neuen Europa spielen werden.”[855]

Bei einem Vortrag über die Gefahr des Kommunismus machte sich Degrelle zum Sprecher besorgter Europäer verschiedener Nationen, als er dem Redner ins Gesicht sagte, die Freiwilligen wüssten zwar, *wogegen* sie kämpften, nicht aber *wofür*.

Die deutsche Politik in den besetzten sowjetischen Ostgebieten war konterproduktiv. Eingedenk der Bedrohung, die östliche Völker wie die Mongolen einst für Europa darstellt hatten, wollte Hitler ihnen jede politische Mitbestimmung verweigern. Bei einer militärischen Besprechung sage er im Juni 1943:

> “Ich kann keine Zukunftszielsetzung machen, die mir hier unabhängige Staaten, autonome Staaten aufbaut.”[856]

Im April 1942 hatte er in einer privaten Unterhaltung gesagt, für die Beherrschung der Ostvölker müsse es

"oberster Grundsatz sein, den Wünschen nach individueller Freiheit weitgehendst zu entsprechen, jede staatliche Organisation zu vermeiden und die Angehörigen dieser Völkerschaften dadurch auf einem möglichst niedrigen Kulturniveau zu halten".[857]

Ein am 15. Juli 1942 im *Völkischen Beobachter* erschienener Artikel, in dem eine Gruppe sowjetischer Kriegsgefangener beschrieben wurde, spiegelte diese Geringschätzung der Russen wider:

"Wir alle kennen ihn aus den Wochenschauen und den Frontbildern unserer PK-Männer: dieses erdfarbene lederne Gesicht mit dem stumpfen, gehetzten Tierauge, und den müden, ganz unpersönlichen Bewegungen. Diese graue, eintönige, namenlose Masse, diese Herde im engen Sinne des Wortes, die sich in endloser Gleichförmigkeit mühselig auf der Straße der Niederlagen nach hinten wälzt. Wir haben von vielen Osturlaubern, unseren Söhnen, Gatten, Brüdern und Freunden, die ihn persönlich erbebt hatten, vernommen, dass er wirklich und genau so ist, wie das Bild ihn zeigt."[858]

Tausende von Russen liefen zu den Invasoren über und begründeten dies oft damit, dass Stalin einen ihrer Familienangehörigen hingerichtet habe.[859] Im Juli 1941 wechselten von 12.000 Soldaten der 229. sowjetischen Schützendivision nicht weniger als 8000 die Fronten. Im September taten es ihnen 11.000 Mitglieder der 255., 270. und 275. Schützendivision gleich.[860] Die hohe Zahl der Fahnenflüchtigen machte der Roten Armee auch später arg zu schaffen. Im Mai 1942 gingen 10.962 sowjetische Soldaten zu den Deutschen über; im Juni betrug die Zahl der Deserteure 9.136, im Juli 5.433 und im August gar 15.011.[861]

Soldaten der Roten Armee, die sich den Deutschen ergeben haben. Diese Männer, die Stalin als Deserteure galten, sahen keine Alternative zur Zusammenarbeit mit den Deutschen. Mehr als eine Million Sowjetbürger traten während des Krieges in deutsche Dienste.

Im Mai 1943 dienten 90 russische Bataillone, 140 unabhängige Schützenbataillone, 90 aus nichtrussischen Soldaten wie Georgiern und Tataren bestehende Bataillone sowie mehr als 400.000 unbewaffnete Hilfsfreiwillige in den deutschen Streitkräften.[862] Eine Kosakendivision sowie mehrere Regimenter vervollständigten dieses Aufgebot. Im Jahre 1943 kämpften mindestens 500.000 ehemalige sowjetische Soldaten auf deutscher Seite,[863] und die Kosaken erwiesen sich

insbesondere bei der Bekämpfung kommunistischer Partisanen als sehr effizient. Hitler war anfangs über die Zahl der in deutschen Diensten stehenden russischen Einheiten schockiert gewesen und hatte im Februar 1942 die Aufstellung zusätzlicher solcher Einheiten untersagt. Er gab seinen Widerstand allerdings bald auf, nachdem sich diese Truppen im Kampf bewährt hatten.

Seit dem Beginn des sowjetisch-deutschen Krieges hatten in Gefangenschaft geratene russische Offiziere die Deutschen immer wieder darauf hingewiesen, dass ohne die Errichtung und formelle Anerkennung eines nationalen russischen Staates mit einer eigenen Befreiungsarmee unabdingbare Voraussetzung für den Sturz des Stalin-Regimes war. Zu den Offizieren, die sich in diesem Sinne äußerten, gehörten die ehemaligen Kommandanten der 3. Garde-Armee, der 5., 12., 19. und 22. Armee sowie mehr als ein Dutzend anderer Generäle. Der deutsche Diplomat Gustav Hilger, der Hitler oft als Russisch-Dolmetscher diente, verhörte im August 1942 drei prominente russische Kriegsgefangene: General Andrei Wlassow, Oberst Wladimir Sojerski und Regimentskommissar Josef Kerness. Hilger resümierte Wlassows Aussagen wie folgt:

> "Die von der Sowjetregierung ausgeübte Propaganda habe es fertiggebracht, jeden Russen davon zu überzeugen, dass Deutschland die Eigenexistenz Russlands vernichten und es zu einer Kolonie degradieren wolle. Die Widerstandskraft des russischen Volkes könne nach seiner Ansicht nur gebrochen werden, wenn man ihm nachweise, dass Deutschland keine solchen Absichten verfolgt, vielmehr gewillt ist, Russland und der Ukraine etwa in Form von Protektoraten eine Eigenexistenz zu gewährleisten. Auf dieser Grundlage würden sehr viele russische Kriegsgefangene unter deutscher Führung begeistert in den Kampf gegen das verhasste Stalin-Regime eintreten."[864]

Die Erklärungen Sojerskis gab Hilger in seinen Bericht ebenfalls wieder:

> "Auch er hält an der Auffassung fest, dass die Rote Armee und das russische Volk sich von der Nutzlosigkeit der Fortsetzung des Krieges erst dann überzeugen lassen werden, wenn ihnen die Befürchtung genommen wird, dass Deutschland Russland in eine Kolonie verwandeln wolle. Stalin habe infolge der dauernden Niederlagen, für die er verantwortlich gemacht würde, jede Popularität in der Armee verloren. In den breiten Volksmassen wäre das Sowjetregime stets verhasst gewesen. Die Widerstandskraft der Roten Armee und des russischen Volkes würde daher unweigerlich sofort zusammenbrechen, wenn sie aus der Fixierung der deutschen Kriegsziele und aus dem Einsatz russischer Formationen an der Front erkennen würden, dass ihre Befürchtungen unbegründet sind."

Zu diesem Zeitpunkt war Hitler, unterstützt von seinem Kanzleichef Martin Bormann und dem Reichskommissar für die Ukraine Erich Koch, gegen eine Autonomie Russlands nach dem Krieg. Der italienische Marschall Giovanni Messer kommentierte diese Politik wie folgt:

> "Deutschland strebt nicht danach, das bolschewistische Regime durch irgendein anderes zu ersetzen, sondern will sich ganz Osteuropa als wirtschaftliche Einflusszone unmittelbar sichern… Die Behandlung der Bevölkerung und der Gefangenen sowie die Ausbeutung der örtlichen Bodenschätze verraten oft Mangel an Voraussicht, Widersprüche in den Richtlinien, Zusammenhanglosigkeit und Unstabilität bei den höheren militärischen, politischen und wirtschaftlichen Organen, die mit der Verwaltung der besetzten Gebiete beauftragt sind… Deutschland hat es nicht verstanden, bei der Bevölkerung der besetzten Gebiete Sympathie und Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu erwecken."[865]

Hitlers Misstrauen gegen seine Vertragspartner und die Völker des Ostens verhinderten eine rationale Politik in den besetzten Sowjetgebieten.

Während des Krieges verfolgte die deutsche Propaganda im allgemeinen die Taktik, die Regierungen der Feindstaaten in den schwärzesten Farben zu malen, deren Zivilbevölkerung und Militär hingegen als anständige, aber von skrupellosen Führern irregeführte Menschen darzustellen. In Bezug auf den Krieg im Osten hielten sich die Medien des Reichs nicht an diese kluge Politik. Nach dem deutschen Einmarsch liquidierte die sowjetische Geheimpolizei GPU in Ostpolen und dem Baltikum politische Gefangene. In Lemberg fanden die Deutschen über 4.000 Opfer vor, in Luzk 1.500, in Dubno 500. Gestützt auf die offiziellen deutschen Ermittlungen schrieb Dr. Philipp Schneider:

Ein erbeuteter russischer KV-2-Panzer wird am 8. Mai 1942 bei einer Parade durch Berlin geführt, um die Eröffnung einer Ausstellung mit dem Titel "Das Sowjetparadies" im Lustgarten zu markieren. Diese Ausstellung, die mehr als eine Million Besucher anzog, zeigte das soziale Elend und die kommunistische Unterdrückung in der UdSSR.

> "Es ist mir zur Gewissheit geworden, dass die in Russland kurz vor der Räumung der Städte durch die GPU vorgenommenen Greueltaten an Ukrainern, Litauern, Letten und leider auch an gefangenen Wehrmachtsangehörigen alles bisher… Bekanntgewordene an Grausamkeit und Scheußlichkeit weit in den Schatten stellen… Die Ermordeten wurden ohne jeden Zweifel vor ihrem Tode noch in sadistischer Weise gefoltert, wobei eigens dazu hergerichtete Folterkammern verwendet wurden."[866]

Während ihres Rückzugs ließen GPU und Rote Armee am Straßenrand die Leichen erschossener oder zu Tode gequälter deutscher Kriegsgefangener zurück. Damit sollten die Invasionstruppen zu Repressalien gegen Deserteure verleitet und die Rotarmisten von einem Überlaufen zum Feind abgeschreckt werden. Im Gefängnis von Tarnopol fanden die deutschen Soldaten die Besatzung eines abgeschossenen deutschen Bombers mit ausgestochenen Augen, abgeschnittenen Zungen und Nasen und enthäuteten Händen und Füßen vor. Letzteres war eine beliebte Foltermethode bei der GPU, bei der die Extremitäten zuerst in siedendes Wasser getaucht wurden.

Im Januar 1942 setzte die sowjetische Schwarzmeerflotte Landetruppen an der Küste des besetzten Teils der Krim unweit von Odessa ab. Ein deutscher Soldat, der als Angehöriger der Ingenieurtruppen einer dortigen Infanteriedivision zugewiesen worden war, berichtete:

> "Viele Häuser am Strand hatten als Lazarette und Verwundetensammelstellen gedient. Die Russen waren darin eingedrungen, hatten die Sanitäter und Ärzte umgebracht und die Schwestern und

> Helferinnen vergewaltigt. Danach hatte man sie aus den Fenstern ins eisig kalte Wasser des Hafenbeckens geworfen. Die Verwundeten und kranken Soldaten waren erschossen oder auf die Straße gezerrt und mit eiskaltem Wasser übergossen worden, damit sie bei den extrem niedrigen Temperaturen erfrieren sollten."[867]

Die deutsche Presse bezeichnete die GPU-Agenten und sowjetischen Soldaten, welche solche Gräueltaten begingen, als "Untermenschen". Die Historiker deuten diesen Ausdruck oft als abwertende Bezeichnung für angeblich minderwertige Rassen, doch galt als "Untermensch" ein seelisch und geistig entarteter Mensch, dem die Raffinesse des zivilisierten Menschen vollkommen abging und bei dem die niedrigen Instinkte auf der ganzen Linie triumphiert hatten. Doch wurde der Begriff mit der Zeit nicht nur auf die Rotarmisten, die Büttel Stalins und die gewöhnlichen russischen Kommunisten angewendet, sondern auch pauschal auf die östlichen Völker.

Melitta Wiedemann, Herausgeberin der diplomatischen Zeitschrift *Die Aktion*, schilderte die Ernüchterung vieler namhafter Bürger über die die deutsche Propaganda und Außenpolitik. 1943 wandte sie sich brieflich an mehrere SS-Führer, bei denen sie für die paneuropäische Idee und eine Revision der deutschen Praktiken im Osten warb. Via Himmlers Mitarbeiter Dr. Richard Korherr stellte sie dem Reichsführer-SS am 5. Oktober jenes Jahres einen Brief zu, in dem sie festhielt:

> "Unser Schweigen über die zukünftige Gestalt des neuen Europa wird überall in den besetzten Gebieten, auch bei jenen, die offiziell unsere Freunde sind, als absoluter Beweis unseres bösen Willens gewertet. Die Leute sagen: Wenn Deutschland die Absicht hat, die Eigenständigkeit der europäischen Völker zu achten, so hat es das brennende Interesse, dies bekanntzugeben, um die feindliche Stimmung gegen das Reich, die wie eine Lawine wächst, einzudämmen. Wenn es trotzdem schweigt, wie bösartig müssen seine Absichten sein! Die alliierte Propaganda hat recht, Deutschland will die europäischen Nationen auslöschen, ein Völkergefängnis unter deutscher Knute errichten."

Sie fügte hinzu:

> "Zuerst waren die Juden Untermenschen und standen außerhalb des Rechts, dann gesellten sich die Polen dazu, dann die Russen, um ein Haar wären es die Norweger auch geworden. Wer sichert irgendein Volk vor dem Schicksal, von Deutschland zum Untermenschenbereich proklamiert und vernichtet zu werden?"

Melitta Wiedemann schloss mit den folgenden Worten:

> "Unsere Untermenschen-Parole hat Stalin zum nationalen Krieg verholfen. Der Hass gegen uns ist furchtbar… Die ganze russische Bauernschaft, der größte Teil der Intelligenz und das gesamte mittlere, höhere und höchste Führerkorps der Roten Armee sind Feinde des Bolschewismus und speziell Stalins. Aber diese Menschen haben wir durch unsere Politik in die tragische Entscheidung hineingezwungen: Entweder für Stalin zu kämpfen oder ihr eigenes Volk und damit sich selbst dem Schicksal eines auszurottenden, auszuplündernden Kolonialbereich auszuliefern, dessen Einwohner, in Wahrheit eines der begabtesten Völker der weißen Rasse, zu Untermenschen proklamiert und zu generationenlanger Sklavenarbeit mit dreiklassiger Schulbildung deklassiert werden sollen. Dass unter solchen Umständen auch die Todfeinde Stalins mit letzter Entschlossenheit gegen uns kämpfen, versteht sich von selbst."[868]

Ein Beispiel der kontraproduktiven Untermenschenpropaganda, erschienen im September 1941 in der Luftwaffe-Zeitschrift Die Seeflieger*: "Gefangene Sowjet-Juden, deren Physiognomie den Hang zu Schand- und Greueltaten auf den ersten Blick verrät… Die Gier, das Leben in den Todeszuckungen der Opfer sinnlich zu genießen, ist die raffinierteste Schlussfolgerung der bolschewistisch-atheistischen Weltanschauung."*

In der sechsmonatigen Schlacht um Stalingrad, die im Februar 1943 endete, erlitt die deutsche Armee eine verheerende Niederlage. Dies bewog viele Deutsche zu dem Schluss, dass der Krieg ohne aktive Hilfe seitens fremder Völker verloren gehen werde. Diese Einsicht erforderte eine grundlegende Neuorientierung in der deutschen Europa-Politik. Um ein solches Umdenken, gegen das sich die oberste Führung des Staates mit Händen und Füßen wehrte, zu ermöglichen, bedurften seine Befürworter eines Vehikels, eines organisierten Blocks. Sie fanden ihn in der Waffen-SS.

Die europäische Mission

In der Anfangsphase des Russlandfeldzugs betonte Hitler, dass es für die Europäer notwendig sei, jeder Form von engstirnigem Nationalismus eine Abfuhr zu erteilen:

> "Allein schon die Bedrohung aus dem Osten mit der Gefahr einer bolschewistisch-asiatischen Nivellierung, die eine Vernichtung aller Grundlagen der abendländischen Kultur bedeuten würde, zwingt zur Einheit. Aber bislang denkt jede Nation nur an sich selbst und nicht im europäischen Zusammenhang. Das muss unser Ziel sein, die germanische soziale Revolution, mit der wir den Marxismus überwinden!"[869]

Ein prominenter Journalist und ehemaliger Leutnant der Waffen-SS, Hans Schwarz van Berk, schrieb später:

> "Erst die Durchdringung der Ausländerverbände mit einem prägnanten europäischen Willen, verankert in einer die SS als europäische Kampfelite verbindenden Vorstellungswelt, hatte das geändert; die deutsche SS hatte dementsprechend ihre Auffassung ebenfalls erweitern müssen, und nun war zugleich durch diese Erfahrung bewiesen worden, dass die alten Ausgangspunkte der deutschen Politik selbst zu provinziell waren, um von ihnen aus zu einer gerade von den aktivistischsten und optimistischsten jungen Kräften der einzelnen Völker leidenschaftlich angestrebten freiwilligen und freiheitlichen europäischen Erneuerung zu gelangen… die Wucht dieses Krieges forderte mehr als käufliches Söldnertum; sie forderte eine konstruktive Vorstellung gemeinsamer Ziele und verbindende ideelle Motive der Kämpfenden."[870]

Die germanischen Freiwilligen, die sich in den Dienst des Reichs gestellt hatten, gedachten nicht, sich mit der Rolle von Hilfsfreiwilligen zufrieden zu geben: "Wir kämpften nicht für Deutschland oder Hitler, sondern für eine viel größere Idee, die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa", schrieb Léon Degrelle.[871]

> "Ein gleicher Wille einte uns alle: Ruhmvoll unser Volk inmitten der dreißig Völkerschaften zu vertreten, die zum Kampf herbeigeströmt waren. Unsere Pflicht dadurch zu erfüllen, dass wir für Europa kämpften. Für unser Vaterland einen ehrenvollen Platz in der Gemeinschaft des Kontinents, die aus dem Kriege hervorgehen musste, zu erringen und schließlich Kampftruppen zu schaffen, deren Gewicht für die Schaffung sozialer Gerechtigkeit bürgte, wenn wir nach dem Ende der Feindseligkeiten endgültig in unser Land zurückkehren würden."[872]

Der schweizer SS-Mann Heinrich Büeler erinnerte sich:

> "Insbesondere gab es hinsichtlich des Neubaus Europas nach dem Kriege kein Programm. Diese Frage wurde allerdings innerhalb der Waffen-SS öfters diskutiert… Man war überzeugt, dass die gleiche Kameradschaft, welche die Germanen und Europäer in der Waffen-SS im Kampfe gegen den asiatischen Bolschewismus verband, auch zum Neubau Europas in diesem Sinne führen würde."

Der schweizer Journalist François Lobsiger lobte diese Männer als "politische Soldaten im höchsten Sinne", die für die Schaffung eines "starken, einigen und brüderlichen Europa" kämpften."[873] Der österreichische Publizist und Historiker Lothar Greil urteilte:

Der offenherzige belgische SS-Mann Léon Degrelle entbietet bei einem Besuch in Paris den Gruß. Er wurde zum berühmtesten der nichtdeutschen Freiwilligen, die gegen die UdSSR kämpften. Ganz rechts Carl Oberg, Chef des SD und der Gestapo in Frankreich.

> "Mit dem Beginn des Russlandfeldzuges vollzog sich innerhalb der Waffen-SS eine entscheidende geistige Bewusstseinsbildung: der Freiheitskampf des Reiches aller Deutschen wurde zum Ringen um die Freiheit der europäischen Völkerfamilie. Die Gemeinsamkeit mit den Freiwilligen aus ganz Europa verstärkte die Basis der Ideale, für die es lohnte, Opfer zu bringen."[874]

Der französische Historiker Henri Landemer äußerte sich wie folgt:

> "Während des Winters 1943/44 vollendet die Waffen-SS ihre große Wandlung. Ihre Soldaten kommen aus mehr als dreißig Nationen, und der alte nationale Hochmut ist im Begriff, zugunsten des neuen Reiches vom Erdboden zu verschwinden. Das Reich ist nicht mehr Deutschland, sondern Europa."[875]

Dem Reichsführer-SS Heinrich Himmler, dessen Aufgaben ursprünglich die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, die Sammlung nachrichtendienstlicher Informationen sowie Spionagebekämpfung gewesen waren, hatte anfänglich ein von Deutschland dominiertes Nachkriegseuropa vorgeschwebt. Gegenüber den Völkerschaften des Ostens hegte er eine kolonialistische Einstellung. Nicht nur aufgrund der sich fortwährend verschlechternden militärischen Lage, sondern auch unter dem Eindruck der vielen Briefe, die er von Soldaten der Waffen-SS erhielt, rückte er allmählich von dieser imperialistischen Haltung ab. In einer Rede vor NSDAP-Mitgliedern in Posen schilderte er die Waffenbrüderschaft in der Division "Wiking", in der Deutsche und Nichtdeutsche Seite an Seite für das künftige Großgermanische Reich fochten.

Als ein lokaler Parteifunktionär sich weigerte, eine Heirat zwischen einem germanischen

Freiwilligen und einer deutschen Frau zu genehmigen, reagierte Himmler scharf. Am 4. Oktober 1943 schrieb er an Martin Bormann:

> "Wünscht man einesteils, dass der Reichsführer-SS Flamen, Niederländer und andere Germanen zum Kämpfen und Sterben für das Großgermanische Reich heranbringt und sie für diesen Fall als gleichberechtigt erklärt, dann kann man die Ehe von Deutschen mit den Schwestern und Töchtern dieser Germanen bzw. von deutschen Mädchen mit Angehörigen dieser germanischen Völker nicht verbieten."

Himmler forderte, dem Rassenpolitischen Amt der NSDAP die Befugnis zur Genehmigung von Eheschließungen zu entziehen, und fuhr fort:

> "Es kann doch keinen Sinn haben, dass auf der einen Seite ich mich durch Jahre hindurch unter schwierigsten Verhältnissen bemühe, einem germanischen Gedanken Leben zu geben und Menschen dafür zu gewinnen, während andere Stellen in Deutschland dann befugt sind, dies alles ebenso leichtfertig wie doktrinär zunichte zu machen."[876]

Trotz der Autorität, die ihm sein Amt verlieh, betrat Himmler vermintes Gelände, als er das offizielle "Deutschland über alles"-Programm sowie die Dogmen der NSDAP in Frage stellte. "Er wurde damit zum demonstrativsten Kritiker dieser Politik und stillschweigend zum bedeutendsten Gegner aller Träger und Verfechter dieser Politik", urteilte Schwarz van Berk.[877] Anfang 1943 gewann Himmler allmählich die Oberhand. Im Februar jenes Jahres sprach ihm die Reichskanzlei Entscheidungsbefugnis in allen "gemeinsamen germanisch-völkischen Belangen" in den besetzten Ländern zu. Deutsche Beamte konnten in solchen Fragen fortan nur noch "in Einvernehmen mit dem Reichsführer-SS" handeln. Der Historiker Franz Seidler bemerkte hierzu:

> "Für die Neuordnung Europas nach dem Krieg hatte die SS eine optimale Ausgangsposition in Konkurrenz zu den Organen der NSDAP."[878]

Ziel der SS war nun die Schaffung einer europäischen Union, gekennzeichnet durch eine enge Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und einer Einheitswährung und ohne deutsche Vorherrschaft.

> "Die Loyalität der ausländischen SS-Männer gab ihren kritischen Einwendungen bei Himmler gegen die deutsche amtliche Politik starkes Gewicht. Diese Männer waren nur zum allergeringsten Teil Landsknechtsnaturen",

schrieb Schwarz van Berk.[879] Mit der Zeit machten Nichtdeutsche in der Hälfte der aktiv kämpfenden SS-Divisionen die Mehrheit der Soldaten aus.[880]

1944 übernahm die Waffen-SS die Kontrolle über sämtliche in der deutschen Armee dienenden fremden Legionen mit Ausnahme der Kosaken. Dies war ein Meilenstein bei der Verwirklichung des Konzepts zur Umwandlung nationaler Armeen in eine multinationale Streitkraft, die für gemeinsame Interessen focht – eine Streitkraft, deren Veteranen nach dem Krieg eine Kameradschaft weiterpflegen würden, die alle traditionellen europäischen Zwistigkeiten überwand. Die Waffen-SS setzte sich energisch für den Aufbau einer russischen Befreiungsarmee ein. Nach einem Treffen mit Wlassow genehmigte Hitler nicht nur die Bildung einer unter dessen Kommando stehenden Armee, sondern auch die Schaffung einer russischen "Exilregierung". Wlassow selbst hielt fest, dass er bei seinen Gesprächspartnern von der SS mehr Verständnis für seine Vorschläge gefunden habe als bei der Wehrmacht.[881] Er erhielt schließlich grünes Licht zur Aufstellung der "Russischen Befreiungsarmee", die allerdings erst in der letzten Kriegsphase zum Einsatz gelangte.

Unter den Kämpfern der Waffen-SS, die aus den besetzten Ostgebieten stammten, bildeten Esten und Letten die Vorhut. Nicht ohne Bedenken gab Himmler schließlich dem Drängen Bergers statt und

genehmigte die Anwerbung von Ukrainern. Gemeinsam mit Kontingenten aus dem ehemaligen Jugoslawien trugen die ukrainischen Formationen der 14. SS-Grenadierdivision dazu bei, dass die Abneigung gegenüber Slawen, die der Reichsführer-SS mit den dogmatischen Elementen in der NSDAP gemeinsam hatte, schließlich abbröckelte. Der Diplomat Renthe-Fink schrieb, das estnische SS-Kontingent habe sich "im Kampf gegen den Bolschewismus bewährt", und diese Entwicklung vollziehe sich anscheinend "unter Billigung des Führers".[882] Der ehemalige Leiter der Offiziersakademie in Bad Tölz bemerkte:

> "Dogmatische Kernstücke begannen in zweifelhaftem Licht zu erscheinen. Zu ihnen gehörte der Rassengedanke. Der NS-Begriff der Rasse, nach dem Aufstellen slawischer Divisionen zunehmend unglaubwürdiger geworden, wich dem verbindenden Element des Anti-Kommunismus, der insbesondere die östliche und westliche SS zusammenschweißte."[883]

Das Beispiel der Waffen-SS wirkte sich ermutigend auf andere deutsche Gegner der selbstmörderischen Politik der deutschen Staatsführung aus. Im Februar 1944 stellte der Generalkommissar der Krim, Alfred Frauenfeld, Berlin ein 37-seitiges Memorandum zu, in dem er die Besatzungspolitik der Nationalsozialisten als "Meisterstück falscher Behandlung" anprangerte.[884] Im Juni desselben Jahres unterbreitete der Ökonom Walter Labs Vorschläge für Verwaltungsreformen im besetzten Russland. Er fragte:

> "Sind die Ostgebiete und die in ihnen lebenden Völker als lebendige Glieder in den europäischen Großraum aufzunehmen, oder sind sie wie Kolonien und Kolonialvölker nur Ausbeutungsobjekte der Großraummacht?"

Soldaten der SS-Division "Wiking" entspannen sich nach einer Mission gegen die Rote Armee. Sie tragen Tarnanzüge, eine Neuheit im Krieg.

Labs forderte, den Menschen in den Ostgebieten das Recht auf Privatbesitz, Hochschulbildung und die Möglichkeit zum Erwerb von Wohlstand zuzugestehen, und nahm bei seiner Kritik an der deutschen Politik kein Blatt vor den Mund:

> "Völker, die im Kriege solche Leistungen vollbringen, wie sie von der Roten Armee demonstriert werden, sind in der Entwicklung zu weit fortgeschritten, als dass sie sich auf den Standard eines Kolonialvolkes hinabdrücken ließen".[885]

Die Wehrmacht hatte 1943 Richtlinien über die Behandlung russischer Arbeiter erstellt, die unter anderem folgende Ermahnungen enthielten:

> "Sei gerecht. Jeder Untergebene kann streng, muss aber gerecht behandelt werden. In Russland haben die Deutschen immer einen sehr guten Ruf für ihre Gerechtigkeit gehabt. Nichts hasst der Russe mehr als Ungerechtigkeit. Der Russe ist ein besonders guter Arbeiter; wird er anständig behandelt, dann arbeitet und schuftet er. Er ist intelligent und lernt leicht."[886]

Fast zwei Jahre früher hatte die Waffen-SS ihre Angehörigen in ähnlichem Sinne instruiert: Voraussetzung für einen fruchtbaren Umgang mit dem russischen Menschen sei,

> "dass wir uns ehrlich um eine gründliche Kenntnis der heutigen russischen Psyche bemühen… Es müsste also theoretisch jeder Soldat dahin geschult werden, dass er in diesem Kampfe nicht nur Soldat, sondern auch selbst ein Stück Politiker sein muss."

Damit, hieß es in einer Direktive für Mitglieder der "Leibstandarte", trete

> "eine der größten Aufgaben an den deutschen Menschen, nämlich jene diese Völker für die europäische Völkerfamilie zu gewinnen".[887]

Die "Leibstandarte" verteidigte die längs des Flusses Mius verlaufende deutsche Stellung bis April 1942, als sie verlegt wurde. Ein Grenadier erinnerte sich:

> "Bei unserem Abzug aus Taganrog standen Tausende von Taganrogern an der Straße und winkten den abfahrenden Einheiten zu. Ein Beispiel, wie gut das Verhältnis zwischen einer SS-Division und der russischen Zivilbevölkerung sein konnte."[888]

Auch wenn die Waffen-SS in erster Linie als schlagkräftige Elitetruppe von sich reden machte, setzte sie sich kaum minder energisch für jene sozialen und politischen Reformen ein, deren Europa dringend bedurfte, um seine Führungsposition und seinen alten Glanz auf der internationalen Bühne wiederzugewinnen. Bei ihrem Kampf gegen den immer noch starken Nationalismus, der sich an Mustern des 19. Jahrhunderts orientierte und den Kontinent spaltete, sowie gegen die sterilen Dogmen des Rassenpolitischen Amts der NSDAP blieb die Waffen-SS auf sich allein gestellt; von den hohen Würdenträgern in der Reichshierarchie wagten die wenigsten Kritik am zum Gesetz erhobenen Programm der Nationalsozialistischen Partei zu üben. Albert Frey, Regimentskommandant in der "Leibstandarte", meinte hierzu:

> "Ich bin sicher, dass während des Krieges in keinem anderen Bereich im NS-Staat die politischen und militärischen Fehlentscheidungen der höchsten Führung so in aller Offenheit diskutiert und kritisiert wurden wie innerhalb der Waffen-SS."[889]

Die Eingliederung nichtdeutscher Freiwilliger in die Waffen-SS zwang die Reichsregierung dazu, den Beitrag fremder Völker zu den Kriegsanstrengungen zu würdigen. Die germanischen Freiwilligen forderten für die Nachkriegszeit eine europäische Föderation, die an die Stelle der deutschen Hegemonie treten solle. Als Vehikel zur Äußerung dieser Forderung diente ihnen die SS, der es gelang, die deutsche Regierung nach und nach zu einer ausgewogeneren Haltung zu bewegen. Dies stärkte den Einfluss der politisch unterrepräsentierten Schichten, die im Kampf ihre Knochen

hinhielten, genau wie die Befreiungskriege von 1813 mit einer Verlagerung der Macht von der imperialen Dynastie zur preußischen Bauernmiliz begonnen hatte.

Russische Freiwillige in den Reihen der deutschen Streitkräfte. Die Nachrichtenmedien des Reichs berichteten ausführlich über den Einsatz dieser Männer, obwohl Hitler starke Vorbehalte gegen die Bewaffnung dieser wilden Krieger angemeldet hatte.

Tausende von Ukrainern meldeten sich zum Dienst in der Waffen-SS.[890] Die ukrainische 14. Grenadierdivision, zu deren Bildung sich die Deutschen im April 1943 durchgerungen hatten, gelangte im folgenden Jahr zum Einsatz. Als Hitler von ihrer Gründung erfahren hatte, äußerte er Zweifel an ihrer Verlässlichkeit und meinte, es wäre besser gewesen, ihre Waffen einer neuen deutschen Division zur Verfügung zu stellen. Nachdem ihm General Wlassows Wunsch, eine russische Befreiungsarmee führen zu dürfen, zu Ohren gekommen war, wehrte Hitler unwirsch ab:

> “Ich baue nie eine russische Armee auf. Das ist ein Phantom ersten Ranges.”[891]

Als SS-Oberst Gunter d’Alquen die offizielle herablassende Einstellung gegenüber den Russen kritisierte, warnte Himmler die SS ausdrücklich vor Schritten, die den Wünschen des Führers zuwiderliefen. Dennoch setzte sich die Waffen-SS hier durch. Lassen wir nochmals Schwarz van Berk zu Wort kommen:

> “So kam es zu der Merkwürdigkeit, dass gerade bei Himmler jene Kräfte am stärksten zu Wort kamen, die eine Durchbrechung der engen rassenpolitischen Definierungen zugunsten einer umfassenderen und vernünftigeren Deutung forderten. Und gerade Himmler, der in seinem Bereich die engsten Definitionen eines rassepolitischen Kodex festgelegt hatte, war es nun, der zum Verfechter einer großzügigen Auffassung von Nationalitätenrecht und Rassenrecht wurde.”[892]

Ironischerweise hatte Hitler, der die von der Waffen-SS konsequent betriebenen Reformen missbilligte, selbst das System geschaffen, das selbständig denkenden Menschen den Aufstieg ermöglichte. 1937 hatte er bei einer Ansprache in Vogelsang gesagt:

Offiziere der Waffen-SS kommandierten ihre Untergebenen durch vorbildliches Verhalten, hier beim Kampf in vorderster Front bei Operationen im Sektor Belgorod, Juli 1943.

> "Aus unseren Reihen kann der Fähigste ohne Rücksicht auf Herkunft und Geburt oder irgend etwas anderes bis zur höchsten Stelle kommen. Er muss nur die Fähigkeit dazu haben. Wir bemühen uns, die fähigen Menschen zu suchen. Was sie gewesen sind, was ihre Eltern waren, was ihre Mütterchen gewesen sind, das ist gänzlich gleichgültig. Wenn sie fähig sind, steht ihnen jeder Weg offen. Sie müssen nur auch dann verantwortungsfreudig sein, d.h. sie müssen dann wirklich das Zeug in sich haben zur Führung."[893]

Hitlers Politik erinnerte in diesem Punkt an den Liberalismus des 18. Jahrhunderts in Frankreich, wo talentierte Menschen aus dem einfachen Volk ihr Potential verwirklichen und in Führungspositionen aufrücken konnten.

Seit seiner Gründung im Jahre 1934 hatte die VT, aus der später die Waffen-SS hervorging, Menschen aus dem verborgenen Reservoir von Talenten angezogen, das schon Gneisenau zu erschließen bemüht gewesen war. Frey, der zu den ersten Mitgliedern der Waffen-SS zählte, erinnerte sich an seine Mitrekruten, die in der Kaserne von Ellwangen ihre Ausbildung erhielten:

> "Die meisten waren Bauernburschen und kamen vom Dorf."[894]

Bei der Wehrmacht stammten 49% der Offiziere aus Militärfamilien. Bei der VT betrug der Prozentsatz lediglich 5%. Nur gerade 2% der Wehrmachtsoffiziere waren bäuerlichen Ursprungs, während ein erheblicher Teil der VT-Offiziere auf dem Lande aufgewachsen war.[895] Ungeachtet ihres verhältnismäßig niedrigen Bildungsniveaus gehörten SS-Offiziere bei Schulungskursen des Generalstabs regelmäßig zu den besten 10% Prozent der Absolventen.[896] In manchen deutschen Provinzen bewarb sich fast ein Drittel der Bauernknechte um Aufnahme in die VT.

Wie die deutsche Wehrmacht ermunterte diese neue Kampftruppe eine Initiative auf dem Schlachtfeld bei den niedrigeren Kommandopositionen. Sie baute jedoch auch die gesellschaftlichen Schranken zwischen Offizieren und Untergebenen ab; bei ihr beruhte Autorität mehr auf der Fähigkeit, den Respekt der Untergebenen zu gewinnen, als auf dem militärischen Grad. Hierdurch wurde eine entspannte Atmosphäre geschaffen, die es Deutschen und anderen Europäern erleichterte, brüderlich Seite an Seite zu fechten. Innerhalb weniger Jahre trug die Waffen-SS zu politischen und militärischen

Entwicklungen bei, die ansonsten womöglich Jahrzehnte erfordert hätten. Dies schaffte sie ganz ohne Unterstützung seitens der jeweiligen Regierung oder Bevölkerung.

In ihrer endgültigen Form wies die Waffen-SS nur noch geringe Ähnlichkeit mit der ehemaligen Paradetruppe der Partei auf, welche die Elite der jungen deutschen Männer personifiziert hatte und von Hitler ursprünglich für innenpolitische Einsätze unter seinem Kommando vorgesehen worden war. Himmler kam schließlich nicht umhin zuzugeben, dass die Waffen-SS "ein eigenes Leben zu führen beginnt".[897] Frei vom Zwang etablierter militärischer Konventionen übten die Männer der Waffen-SS ihr Handwerk in einem Geist der Unabhängigkeit und Innovation aus. Ihre selbstlose Hingabe und ihre Opfer auf dem Schlachtfeld verliehen ihr die erforderliche Autorität, um für politische Reformen zu werben und sich damit auf ein Terrain vorzuwagen, das Angehörigen bewaffneter Streitkräfte üblicherweise verboten ist. Dies war umso bemerkenswerter, als ihre Mitglieder mehrheitlich einer Schicht entstammten, die historisch gesehen keinen politischen Einfluss besessen hatte. Trotz der Dynamik, der Tapferkeit und des Wagemuts der Waffen-SS hätte sie ohne ein staatliches System, das die Entdeckung verborgener Fähigkeiten zu einem seiner Hauptanliegen erklärt hatte, niemals einen solchen Einfluss zu erringen vermocht. Trotz ihrer Widerborstigkeit billigte der Führer den Ausbau der Waffen-SS. Er war ein Mann, der sein Volk nicht kontrollieren, sondern leiten und ihm dabei helfen wolle, sein Potential zu entdecken, zu erforschen und zu entfalten, auch wenn die Änderungen, die sie dann einführten, seinen persönlichen Überzeugungen widersprachen.

Kapitel 6:
Revolution gegen Reaktion

Fatale Diplomatie

Welchen Erfolg die Bestrebungen der Waffen-SS zur Errichtung einer europäischen Konföderation gehabt hätten, von welcher Qualität die von den Adolf-Hitler-Schulen geschulten Kader gewesen wären, in welchem Umfang die Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, die der Nationalsozialismus den Angehörigen der sozial benachteiligten Klassen bot, das Gesicht der deutschen Nation verändert hätten – all dies sind Fragen, die für immer unbeantwortet bleiben müssen. Die militärische Niederlage des Jahres 1945 setzten der Ära der deutschen Selbstbestimmung ein Ende und beendeten eine Revolution historischen Ausmaßes, zu der es vielleicht nie wieder eine Parallele geben wird. Die Niederlage Deutschlands wird allgemein mit dem größeren Menschenreservoir und der höheren industriellen Produktion der Alliierten erklärt, doch trug auch ein Faktor, der weitgehend im Verborgenen blieb und von dem man folglich nur selten spricht, zum Ausgang des Krieges bei – die systematische Sabotage, die von unzufriedenen, böswilligen Elementen innerhalb des Reichs betrieben wurde. Vor dem Krieg setzten diese Elemente Himmel und Erde in Bewegung, um alle Versuche der Reichsregierung zur friedlichen Beilegung von Konflikten auf diplomatischem Wege zu durchkreuzen; nach Kriegsbeginn ließen sie nichts unversucht, um die militärischen Operationen Deutschlands zu torpedieren.

Im Gegensatz zum bolschewistischen Russland ging die Förderung der Arbeiter unter Hitler keineswegs Hand in Hand mit einer Verfolgung der Aristokratie. Persönlich war Hitler der Ansicht, der Adel habe seine Rolle "ausgespielt"; er werde sich, um sein früheres Prestige wiederzugewinnen, bewähren müssen, aber in fairem Wettstreit mit anderen Gesellschaftsklassen. In einer für Offiziere bestimmten Schrift hieß es:

> "Der neue Adel deutscher Nation, zu dem jeder Deutsche berufen ist, ist ein Leistungsadel und somit der alten Idee des Schwertadels verwandt."[898]

Viele adlige Familien des Landes nahmen die Herausforderung an. Sie traten der NSDAP oder der SS bei und zeichneten sich während des Krieges durch ihren Mut auf dem Schlachtfeld aus. Ein kleiner Teil der Adligen, der jedoch im Generalstab der Wehrmacht und im diplomatischen Korps stark vertreten war, wollte sich nicht mit der Beschneidung seiner angeborenen Vorrechte abfinden. Anstatt zum Aufbau des neuen Deutschlands beizutragen, verschwor er sich gegen dieses. Gemeinsam mit einer selbstgefälligen Minderheit von fehlgeleiteten Intellektuellen, Klerikern, Financiers und Marxisten schmiedeten diese Adligen allerlei Ränke, um nicht nur die nationalsozialistische Regierung zu stürzen, sondern das ganze Land in den Abgrund zu führen.

Was diese subversive Widerstandsbewegung besonders gefährlich machte, war die Tatsache, dass ihre Führer wichtige Positionen im öffentlichen Dienst sowie beim Militär bekleideten. Zu ihren Galionsfiguren gehörten der Leipziger Bürgermeister Carl Goerdeler, Außenminister Ribbentrops Untergebene Baron Ernst von Weizsäcker, Ewald von Kleist Schmenzin und Erich Kordt sowie der Chef der Abwehr, Wilhelm Canaris. Sie und ihre Mitverschwörer waren sich bewusst, dass jeder

Versuch, eine Revolte gegen Hitler anzuzetteln, angesichts seiner Popularität zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. Sie suchten jenseits der deutschen Landesgrenzen nach Unterstützung – in England. Im Juni 1937 knüpften diese subversiven Elemente Beziehungen zu britischen Politikern an. Von Canaris gedeckt, reiste Goerdeler heimlich nach London, wobei ihm die benötigten Devisen vom Banker Hjalmar Schacht zur Verfügung gestellt wurden. Er traf sich mit Halifax, Churchill, Eden, Vansittart sowie mit Montagu Norman von der Bank of England. Goerdeler berichtete seinen Gastgebern von einem bevorstehenden "unausweichlichen Zusammenstoß zwischen Hitler und den Verschwörern", wodurch er den Eindruck erweckte, die Pläne für einen Putsch seien schon weit fortgeschritten.[899]

Im Dezember desselben Jahres unterbreitete Ribbentrop Hitler eine vertrauliche Analyse der Einstellung, die in Großbritannien gegenüber dem Reich herrschte. Er warnte vor der Illusion, die Engländer seien schwach und dekadent, und betonte, dass sie ohne zu zögern in den Krieg ziehen würden, wenn sie die deutschen Bestrebungen als Bedrohung ihres Weltreichs betrachteten. In geheimen Gesprächen mit Vansittart, Churchill und britischen Diplomaten behauptete Weizsäcker wahrheitswidrig genau das Gegenteil: Ribbentrop rede dem Führer ein, London besitze zu wenig Rückgrat, um dem Reich ernsthaften Widerstand zu leisten.[900]

Während der Sudentenkrise im Spätsommer 1938 versuchte der deutsche Widerstand die Briten zur Ablehnung von Hitlers Gebietsforderungen zu bewegen. Sein Abgesandter Ewald von Kleist-Schmenzin war ein adliger Großgrundbesitzer und Monarchist. Bei seinen Standesgenossen erfreute er sich einer gewissen Achtung, weil er sich in den zwanziger Jahren dafür eingesetzt hatte, die Löhne der Bauern in Pommern zu senken. Von ihm stammte folgender Ausspruch:

> "Der Adel muss beharren auf der durch Jahrhunderte ausgebildeten Herrenart, dem Herrengefühl, dem unbedingten Gefühl, oben zu sein."[901]

Am 19. August versuchte Kleist-Schmenzin Churchill weiszumachen, im Kriegsfall würden die deutschen Generäle einen Aufstand zum Sturz der Regierung in Berlin "innerhalb von 48 Stunden" unterstützen. Kleist-Schmenzin übergab dem britischen Geheimdienst geheime Informationen über die militärische Stärke des Reichs. Wie Goerdeler ein Jahr zuvor in London die deutsche Wiederbewaffnung als "kolossalen Bluff" bezeichnet hatte, behauptete Kleist-Schmenzin gegenüber den Engländern, die deutsche Armee sei nicht für einen Krieg bereit. "Jeder einzelne kurze Satz, den Kleist sagte, hätte genügt, ihn sofort zum Tode verurteilen zu lassen", schrieb der britische Agent Jan Horace Colvin später.[902]

Während der Besetzung des Sudetenlandes im Oktober 1938 betreten Hitlers Truppen eine volksdeutsche Stadt. Einige deutsche Diplomaten, die genau wussten, dass der Führer gewillt war, dieses Gebiet notfalls gewaltsam an Deutschland anzugliedern, versuchten den Engländern nichtsdestoweniger einzureden, dass er angesichts von britischem Druck nachgeben werde. Auf diese Weise wollten diese Diplomaten einen europäischen Krieg provozieren und die nationalsozialistische Regierung stürzen.

Am Abend des 7. September 1938 öffnete sich das Hintertor des britischen Regierungssitzes an der Downing Street 10 für Erich Kordt, der einen privaten Brief von Weizsäcker für Halifax mitgebracht hatte. Weizsäcker bat die britische Regierung um ein Schreiben, in dem sie ihre Unterstützung für den deutschen Widerstand bekundete. Er schrieb:

> "Wenn die erbetene Erklärung gegeben wird, sind die Führer der Armee bereit, gegen Hitlers Politik mit Waffengewalt aufzutreten. Eine diplomatische Niederlage würde ein sehr ernst zu nehmender Rückschlag für Hitler in Deutschland bedeuten und würde tatsächlich das Ende des nationalsozialistischen Regimes herbeiführen."[903]

Dank seiner Position als Staatssekretär im Reichsaußenministerium wusste Weizsäcker, dass die Entschlossenheit des Führers zur Angliederung des Sudetenlandes alles andere als ein Bluff war. Indem er London zu einem Kräftemessen aufforderte, hoffte er einen bewaffneten Konflikt zwischen Großbritannien und Deutschland zu provozieren.

Von seinem Botschafter in Berlin erhielt Chamberlain allerdings zutreffendere Informationen. Schon im Juli hatte Henderson in einem Brief an Unterstaatssekretär Cadogan darauf hingewiesen, dass Hitler zwar keinen Krieg wünschte, die Deutschen sich jedoch auf alle Eventualitäten vorbereiteten. Der gut informierte Henderson widersprach Weizsäckers lügenhafter Behauptung, Ribbentrop stelle die Briten gegenüber dem Führer als Schwächlinge dar, aufs nachdrücklichste:

> "Sicherlich erweckte Ribbentrop bei mir nicht den Eindruck, er glaube, wir wären einem Krieg abgeneigt. Ganz im Gegenteil: er schien zu glauben, wir suchten ihn."[904]

Chamberlain, der allen Risiken abhold war, schloss am 30. September mit Hitler das Münchner Abkommen ab, und das Sudentenland wurde auf friedlichem Wege Deutschland angegliedert. Die Widerstandsbewegung empfand diese Entwicklung der Dinge als empfindliche Niederlage.[905]

Enttäuscht erklärte Kordt, die beste Lösung wäre der Krieg gewesen."[906] Trotz dieses Rückschlags ließen sich die Ränkeschmiede nicht entmutigen, sondern nutzten diplomatische Kanäle, um London mit immer neuen Falschmeldungen über Deutschland zu beliefern. Am 18. Oktober erzählte Goerdeler den Briten, Ribbentrop habe prahlerisch behauptet, in München habe Chamberlain "das Todesurteil des Britischen Empires unterschrieben", und Hitler werde jetzt "einen erbarmungslosen Kurs zur Zerstörung des Empires verfolgen".[907]

Als die diplomatische Atmosphäre im Sommer 1939 wegen der Polenkrise bis zum Zerreißen gespannt war, goss die Widerstandsbewegung abermals noch Öl ins Feuer. Nachdem sich der britische Diplomat Roger Makins im Juni mit Carl Burckhardt, dem Hohen Kommissar für Danzig, getroffen hatte, schrieb er in einem Memorandum:

> "Großbritannien soll fortfahren, eine feste Haltung zu zeigen. Das ist auch die von Baron von Weizsäcker und den meisten gemäßigten Deutschen empfohlene Politik."

Der stellvertretende Unterstaatssekretär Sargent resümierte Weizsäckers Meinung wie folgt:

> "Dies alles zeigt, dass Weizsäcker beständig in seinem Rat ist, dass das einzige, was Hitler zur Vernunft bringt, eine feste Haltung ist und kein kurzzeitiges Angebot von Verhandlungen unter Erfolgszwang."

Weizsäcker, Nummer zwei der deutschen Außenpolitik, trug also zur Unnachgiebigkeit der Gegenseite bei.[908]

Der deutsche Widerstand bombardierte Chamberlain auch weiterhin mit Schilderungen der angeblich verzweifelten wirtschaftlichen Lage im Reich und behauptete, Hitler sei zutiefst unpopulär und die deutsche Armee zur Meuterei bereit. Die britischen Emissäre in Berlin, die es besser wussten, behielten eine nüchterne Perspektive bei. Ein Untergebener Hendersons, der britische Geschäftsträger in Berlin George Ogilvie-Forbes, äußerte sich am 4. Juli 1939 gegenüber Halifax recht abschätzig über die Verschwörer:

> "Ich habe ein tief verwurzeltes Misstrauen gegenüber ihrem Rat und ihrer Information. Sie sind ganz machtlos bei ihrem Versuch, die Naziführer aus eigener Kraft loszuwerden. Und sie setzten alle ihre Hoffnung zu diesem Zweck in einen Krieg mit England und die Niederlage Deutschlands. Man kann nur wenig Achtung oder auch wenig Vertrauen für solche Deutsche haben, für die die Vernichtung ihres Regimes ein höheres Ziel ist, als der Erfolg im Krieg für ihr eigenes Land."[909]

Trotz solcher Warnung musste Henderson bestürzt ansehen, wie seine Regierung sich bei ihren politischen Entscheidungen wiederholt auf Informationen des deutschen Widerstands stützte. Gewiss, Chamberlain war sich der Risiken, die ein Krieg in sich barg, sehr wohl bewusst. Ein bewaffneter Konflikt mit Deutschland würde England keine andere Wahl lassen, als die USA um Hilfe zu ersuchen und hierdurch den amerikanischen Einfluss im Ausland zu stärken. Aus diesem Grund setzte ein Krieg gegen das Reich den raschen Zusammenbruch des feindlichen Widerstands voraus. Nachdem ihm die Verschwörer im August 1939 erzählt hatten, die deutschen Generäle warteten ungeduldig auf die englische Kriegserklärung, damit sie die Regierung stürzen könnten, und Hitler stehe am Rand eines Nervenzusammenbruchs, ließ die Reaktion des britischen Premierministers nicht auf sich warten. [910] Der Leiter der zentraleuropäischen Sektion des britischen Geheimdienstes, Sigismund Best, erinnerte sich:

> "Bei Ausbruch des Krieges hatte unser Intelligence Service zuverlässige Informationen, dass Hitler einer Opposition vieler Männer gegenüberstand, die die höchsten Funktionen in seiner Wehrmacht und seinen Ämtern innehatten. Gemäß unseren Informationen hatte diese

Oppositionsbewegung solche Ausmaße angenommen, dass sie sogar zu einer Revolte und dem Sturz der Nazis hätte führen können."[911]

Der französische Außenminister Bonnet schrieb in seinen Memoiren:

"Man rechnete mit einem leichten und schnellen Sieg in der Hoffnung auf ein bevorstehendes Attentat, das schon vorbereitet war und den Nationalsozialismus zu Fall bringen sollte. Ebenso wie im Jahre 1938 hat man uns in der letzten Woche vor dem Krieg dauernd erzählt und uns gebeten: Haltet aus, und die deutschen Generale werden Hitler stürzen!"[912]

General Gamelin sagte zu dem deutschfreundlichen Journalisten Jacques Benoist-Méchin:

"Ob die Wehrmacht über 20, über 100 oder über 200 Divisionen verfügt, ist gleichgültig, denn wenn wir Hitler den Krieg erklären, so werde ich voraussichtlich niemals etwas mit der deutschen Armee zu tun haben… Am Tage unserer Kriegserklärung an Deutschland wird Hitler gestürzt… Dann werden wir in Deutschland so leicht und schnell eindringen, wie ein Messer Butter durchschneidet!"[913]

Unmittelbar nach Kriegsausbruch vertraute Chamberlain seinem Tagebuch an:

"Was ich erhoffte, ist nicht der militärische Sieg – ich zweifelte sehr, ob er möglich ist –, aber einen Zusammenbruch der deutschen inneren Front."[914]

Ribbentrop selbst schrieb 1946:

"Wir wussten damals… noch nicht, dass man in London auf die bereits erwähnte Verschwörergruppe von maßgebendsten deutschen Militärs und Politikern rechnete und dadurch zu einem leichten Sieg über Deutschland zu kommen hoffte. Diese Verschwörerkreise haben daher einen entscheidenden Anteil am Ausbruch des Krieges. Sie haben alle unsere Bemühungen, zu einer friedlichen Lösung zu kommen, in den letzten Augusttagen vereitelt und bei der englischen Kriegsentscheidung wahrscheinlich den Ausschlag gegeben."[915]

Die frühen Feldzüge

Deutschlands Feldzüge im Zweiten Weltkrieg sind für Historiker und Militäranalytiker ein beliebtes Thema, doch bei ihren Forschungen zu Hitlers Strategien, Erfolgen und Niederlagen widmen die wenigsten von ihnen dem verhängnisvollen Einfluss der Widerstandsbewegung die dieser Frage gebührende Aufmerksamkeit. So wie Verräter im diplomatischen Dienst im Jahre 1939 eine Verständigung mit England sabotierten, behinderten hochgestellte Angehörige der Wehrmacht die deutschen Kriegsanstrengungen nach Ausbruch der Feindseligkeiten nach Kräften. Obschon weniger als 5% der deutschen Offiziere mit diesen Landesverrätern sympathisierten,[916] bekleideten die Angehörigen dieser illoyalen Minderheit in der Planung und Logistik oft Schlüsselpositionen und konnten deshalb einen Schaden anrichten, der in keinem Verhältnis zu ihrer verhältnismäßig geringen Zahl stand. Die Gestapo erstellte schließlich eine Liste von Verdächtigen, erhielt jedoch keine Erlaubnis, ihre Untersuchungen auf die Armee auszudehnen. Dies war dem militärischen Geheimdienst, der Abwehr, vorbehalten. Infolgedessen ging die Torpedierung militärischer Operationen fast ungehindert weiter. Der preußische Aristokrat Fabian von Schlabrendorff, Stabsoffizier und skrupelloser Saboteur, schilderte die Geisteshaltung der Verschwörer:

> “Den Erfolg Hitlers unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu verhindern, auch auf Kosten einer schweren Niederlage des Deutschen Reiches, war unsere dringlichste Aufgabe.”[917]

Da die Verschwörer den Generalstab unterwandert hatten, wussten sie bestens über die deutsche Militärstrategie Bescheid und leiteten fortlaufend Informationen an den Feind weiter. Der ehemalige Armeestabschef Halder bezeugte 1955:

> “Nahezu alle deutschen Angriffshandlungen wurden unmittelbar nach ihrer Planung im OKW, noch ehe sie auf meinem Schreibtisch landeten, dem Feinde durch Verrat eines Angehörigen des OKW der Wehrmacht bekannt.”[918]

Folglich fehlte den deutschen Operationen vom ersten Kriegstag an das Überraschungsmoment. Am 30. August 1939, zwei Tage vor dem deutschen Einmarsch in Polen, verriet Kleist-Schmenzin der britischen Botschaft in Berlin alle Einzelheiten der bevorstehenden Operation mit der Empfehlung: “Nach Warschau weitergeben!”[919] Chamberlain ließ sich nicht zweimal bitten und leitete das Dokument an Oberst Beck weiter.

Einige Monate nach dem Polenfeldzug ging dem SD ein Angehöriger des Reichsaußenministeriums in Berlin ins Netz, der Mikrofilme schmuggelte. Diese enthielten Informationen über die Stärke und Position der deutschen Besatzungsstreitkräfte in Polen,

> “ergänzt durch eine Fülle von exaktem statistischem Material. Im Oberkommando der Wehrmacht war man über einen so genauen und übersichtlichen Bericht nicht wenig überrascht, zumal die zahlenmäßigen Angaben bis ins kleinste stimmten.”

Der damalige SD Chef spekulierte, nur “höhere deutsche Offiziere” könnten hinter diesem Akt des Verrats stecken.[920]

Der SD – hier bei einer Parade vor dem deutschen Polizeichef in Holland, Hanns Rauter –, rekrutierte gebildete Männer aus wohlhabenden Familien und entwickelte sich zur schlagkräftigen Sicherheitstruppe. Da der SD 1936 mit der Abwehr – dem Militärgeheimdienst – ein Abkommen getroffen hatte, das ihm die Durchführung von Untersuchungen innerhalb der bewaffneten Streitkräfte untersagte, war er bis Mitte 1942 nicht über den Verrat im Generalstab informiert.

Von den lose miteinander verbundenen subversiven Gruppen richtete die Abwehr den größten Schaden an. Ihr Chef, Wilhelm Canaris, war ein Meister der Desinformation. In seinen Erinnerungen hielt Großadmiral Dönitz fest, dass die Abwehr "auch während des ganzen Krieges nicht eine einzige brauchbare Nachricht über den Gegner gegeben hat."[921] Canaris ernannte den monarchistisch gesinnten Artillerieoffizier Hans Oster zum Leiter der Zentralabteilung der Abwehr. Oster, der im Ersten Weltkrieg Generalstabsoffizier gewesen war, hatte die Armee 1932 wegen Verstoßes gegen deren Ehrenkodex verlassen müssen, da er als verheirateter Mann eine Affäre mit der Frau eines anderen gehabt hatte. 1935 kehrte er auf Betreiben von Canaris als Oberstleutnant der Reserve zum Militär zurück. Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs rekrutierte Oster Bekannte, die dem nationalsozialistischen Staat feindlich gegenüberstanden, als "Spezialisten" für die Abwehr. Ab Oktober 1939 übergab er Kopien jedes Berichts der Abwehr sowie aller Dokumente, die er vom OKW erhalten konnte, dem holländischen Militärattaché in Berlin, Oberst Gisbertus Sas. Oster forderte Sas auf, die erhaltenen Informationen zur Verstärkung der niederländischen Verteidigung gegen Deutschland zu verwenden und die Berichte an die Westmächte weiterzuleiten. Am 3. April 1940 teilte Oster dem holländischen Diplomaten alle Einzelheiten der unmittelbar bevorstehenden Invasion Norwegens mit, damit er Oslo warnen konnte.[922]

Einen Monat später informierte Oster Sas über das Datum, an dem der deutsche Überraschungsangriff im Westen beginnen würde.[923] Die Holländer weigerten sich, dieser Information Glauben zu schenken. Der ebenfalls über die deutschen Angriffspläne ins Bild gesetzte belgische Botschafter Adrien Nieuwenhuys reagierte skeptisch: "Kein Deutscher würde so etwas tun!"[924]

Oster war überzeugt, dass die Alliierten seine Warnungen ernst nehmen und sich entsprechend auf den deutschen Angriff vorbereiten würden. Seinen Erwartungen zufolge würde die Offensive scheitern und die deutschen Streitkräfte 40.000 Tote kosten. Er selbst hielt sich "für einen besseren Deutschen als alle die, die hinter Hitler herlaufen".[925] Die für die Überwachung von

Telefongesprächen zuständigen Sicherheitsbeamten, die alle mit der holländischen Botschaft geführten Gespräche abhörten, wussten, dass Sas geheime Informationen über den Westfeldzug erhalten hatte, konnten aber seine Quelle nicht identifizieren. Oster versuchte den Verdacht auf die Baronesse von Steengracht abzulenken, die Gattin des deutschen Diplomaten Baron Adolf von Steengracht. Nur Ribbentrops Eingreifen hinderte Oster, der übrigens Sohn eines Pastors war, daran, die Ressourcen der Abwehr zu benutzen, um eine unschuldige Frau als Verräterin darzustellen.[926]

Canaris deckte nicht nur Oster, sondern verriet auch auf eigene Faust militärische Geheimnisse. Dass er während des Ersten Weltkriegs als U-Boot-Offizier gedient hatte, hinderte ihn nicht daran, dem britischen Geheimdienst detaillierte Informationen über die Entwicklung der deutschen Unterseebootwaffe während der dreißiger Jahre zuzuspielen. Hochgestellte Abwehr-Offiziere profitierten vom Krieg, indem sie als Gegenleistung für die Verschiebung von Stellungsbefehlen Bestechungsgelder entgegennahmen, und die Polizei verhaftete Hans von Dohnanyi, einen von Oster rekrutierten "Spezialisten", wegen Devisenvergehen. Führende Mitarbeiter der Abwehr in München verkauften auf dem Schwarzmarkt Gemälde, Wandteppiche und Fremdwährung. Canaris selbst ließ sich durch das Kurierflugzeug seiner Agentur regelmäßig frische Erdbeeren aus Spanien einfliegen.[927] Die Korruption und Inkompetenz in der Abwehr nahmen solche Ausmaße an, dass Hitler den rührigen Admiral im Februar 1944 schließlich seines Postens enthob und die Abwehr Himmler unterstellte.

Anno 1940 dachte allerdings noch kein Mensch an eine solche Säuberungsaktion, und Canaris konnte ungestört eine weitere Aktion durchführen, die Deutschland ungeheuren Schaden zufügte. Nachdem London Hitlers großzügige Friedensofferte im Juli jenes Jahres abgelehnt hatte, überlegte Hitler, auf welchem Wege der Krieg gegen England weitergeführt werden konnte. Da er eine Invasion der britischen Inseln von der See aus für zu riskant hielt, beschloss er, Großbritannien im Mittelmeer anzugreifen. Als Option drängte sich die Eroberung des englischen Stützpunktes in Gibraltar auf, der den lebenswichtigen Seeweg nach Ägypten und zum Suezkanal kontrollierte. Voraussetzung für eine solche Operation war allerdings der Kriegseintritt Spaniens auf deutscher Seite, und da Madrid bereits auf der Seite Berlins und Roms stand, waren die Chancen hierfür recht gut. Im Juni 1940 hatte der spanische Staatschef Francisco Franco erklärt:

> "Die Kontrolle über Gibraltar und die Expansion in Afrika sind sowohl die Pflicht als auch die Berufung Spaniens."[928]

Am 19. Juni hatte sich Franco zu einer Kriegserklärung an Großbritannien bereit erklärt, aber einschränkend hinzugefügt:

> "Es würde in diesem Falle einige Unterstützung durch Deutschland für den Angriff auf Gibraltar benötigen."[929]

Hitler war ohne weiteres in der Lage, Truppen nach Südspanien zu verlegen, um eine Operation gegen den strategisch entscheidend wichtigen englischen Stützpunkt durchzuführen.

Aufgrund seiner guten Beziehungen zu prominenten Spaniern und seiner hervorragenden Kenntnis der spanischen Sprache wurde Canaris von Berlin mit der Aufgabe betraut, das angestrebte Bündnis mit Madrid auszuhandeln. Gemeinsam mit Weizsäcker sabotierte er die deutschen Bestrebungen jedoch, indem er Franco privat mitteilte, Deutschland befinde sich in einer verzweifelten Position und habe kaum Hoffnung, den Krieg zu gewinnen. Er riet seinem Gastgeber, die Neutralität seines Landes zu wahren, und versicherte ihm, Hitler werde unter keinen Umständen Truppen nach Spanien entsenden, um Madrid zur Kooperation zu zwingen. Hätte Canaris Franco zur Unterstützung des Reichs veranlasst, so wäre es "mehr als wahrscheinlich" gewesen, "dass eine solche Entscheidung

Spaniens in diesem Augenblick das Ende des Krieges bedeutet hätte”, schrieb der deutschfreundliche spanische Außenminister Serrano Suñer später.[930] In der Tat hätte ein solcher Schritt Deutschlands Position entscheidend gestärkt, und Hitler hätte sich bei seinen Verhandlungen mit Molotow im November 1940 desselben Jahres in einer sehr viel besseren Ausgangsposition befunden. Vielleicht wäre es ihm dann geglückt, die deutsch-sowjetischen Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem Wege beizulegen.

Verrat im Osten

Deutschland verfügte über ein hervorragendes Netz geheimdienstlicher Mitarbeiter, die für den Krieg im Osten von unschätzbarer Bedeutung waren. Es war den deutschen Spezialisten gelungen, den komplizierten sowjetischen Geheimcode zu entziffern und den sowjetischen Funkverkehr abzuhören. Schon 1934 hatten die Code-Knacker der Abhörstation in Hillersleben die als absolut sicher geltenden Telefonverbindungen zwischen Moskau und seinen Botschaften in Europa infiltriert. 1937 begannen die Deutschen, den Bildfunkverkehr der Sowjets zu entziffern. Dies erlaubte es ihnen nicht nur, die diplomatische Korrespondenz zu lesen, sondern vermittelte ihnen auch Informationen über die russische Rüstungsindustrie, die Lage und Kapazität ihrer Fabriken sowie die Engpässe, mit denen sie zu ringen hatte.[931]

Theodor Rowehls Langstreckenaufklärungsgeschwader, das dem Oberkommando der Luftwaffe unterstand, flog ab 1935 Aufklärungsmissionen in großer Höhe über Russland. Seine Männer fotografierten sowjetische Flotteninstallationen, Waffenfabriken, Industriekombinate, militärische Befestigungsanlagen und Truppenkonzentrationen. Tausende von Luftaufnahmen des russischen Inneren dienten als Grundlage zur Herstellung genauer Landkarten. 1947 benutzten die USA Rowehls Aufnahmen zur Anfertigung ihrer eigenen Karten der Sowjetunion.[932]

Während der ersten Wochen des Russlandfeldzugs erbeuteten die vorstoßenden deutschen Truppen zahlreiche offizielle Dokumente, welche die sowjetische Verwaltung zurückgelassen hatte, da ihr die Zeit fehlte, sie abzutransportieren oder zu zerstören. Die Beutedokumente boten einen umfassenden Einblick in die sowjetische Infrastruktur; sie vermittelten Aufschluss über die Einstellung der sowjetischen Zivilbevölkerung etc. Die Spezialisten der Luftwaffe dechiffrierten den militärischen Funkverkehr der Sowjets und vermochten deshalb stets rasche und detaillierte Informationen über die Stärke der russischen Truppen, ihre Munitions- und Treibstoffvorräte, die von ihnen geplanten Angriffe in der Luft und zu Boden sowie über die Marschrouten der feindlichen Divisionen zu liefern. Aus dem nach dem Krieg erstellten amerikanischen Seabourne-Bericht ging hervor, dass die Kenntnisse der deutschen Kryptoanalytiker über die geplanten sowjetischen Militäroperationen sowie die sowjetische Rüstungsindustrie zu 80% zutreffend gewesen waren.[933] Die Abhörstationen stellten diese gewaltige Menge an Informationen der Abwehr zur Verfügung, die sie auf ihre Wichtigkeit überprüfte. Canaris, Oster und ihre Mitverschwörer leiteten nur einen sehr geringen Teil der Dokumente an Hitler weiter; den Rest lagerten sie ohne vorherige Auswertung in Angerburg, Ostpreußen, ein.[934] Die militärischen Kartographen mussten ihre Karten des Ostens erstellen, ohne sich auf Rowehls Luftaufnahmen stützen zu können. Stattdessen mussten sie sich teilweise mit russischen Landkarten aus dem Jahre 1865 behelfen. Die deutsche Armee erhielt unzuverlässige Karten, auf denen nichtasphaltierte Landstraßen, die nach Regenfällen zu unpassierbaren Sümpfen wurden, als moderne, asphaltierte Straßen dargestellt wurden. Solche Fehler hatten oft zur Folge, dass der taktische Vormarsch der mechanisierten deutschen Einheiten ins Stocken kam. Gelegentlich stießen die deutschen Soldaten auf Städte, die auf ihren Karten nicht einmal verzeichnet waren.

Kurz vor dem Beginn des Russlandfeldzugs hatten Angehörige der deutschen Militärmission in Rumänien von der örtlichen Bevölkerung sowie von sowjetischen Deserteuren erfahren, dass während des sowjetischen Einmarschs in Bessarabien furchterregende neue Panzer gesichtet worden waren. Augenzeugen lieferten detaillierte Schilderungen der schweren russischen Panzer vom Typ KV-I und KV-II sowie Skizzen eines dritten Modells, das schneller, aber gut gepanzert und den beiden schweren Typen an Feuerkraft ebenbürtig war. Georg Pemler, ein Nachrichtenoffizier der Luftwaffe, analysierte die Luftaufnahmen, die Rowehls Geschwader über der Pruth- und der Dnjestr-Region

hergestellt hatte. Dabei entdeckte er Fotografien, auf denen der geheimnisvolle Panzer auf Eisenbahnflachwagen zu sehen war, die unterwegs zu den unweit der deutschen Grenze stationierten Einheiten der Roten Armee waren. Nachdem ihn Pemler aufgefordert hatte, sich die Bilder anzusehen, sagte der rumänische Oberst Krescu:

> "Bisher waren wir nur darüber informiert, dass dieser Panzer in der Entwicklung und Erprobung ist. Dass die Fertigung schon so weit gediehen ist, dass bereits die Auslieferung an die Truppe erfolgt, ist eine Erkenntnis von höchster Wichtigkeit… Die Führungsstäbe sollen unverzüglich Kenntnis von dieser Beobachtung haben. Die Unterlagen müssen noch heute mit Kurier raus!"[935]

Ein sowjetischer BT-7-Panzer sowie zwei T-34-Panzer, die von ihren Besatzungen verlassen worden sind. Schon vor dem Russlandfeldzug wussten deutsche Geheimdienstoffiziere von der Existenz sowjetischer Panzer, die den deutschen überlegen waren, setzten Hitler jedoch nicht darüber in Kenntnis. Die Rote Armee wurde ab Mai 1941 mit Panzern des Modells T-34 ausgerüstet.

Mit den Aufnahmen und den Informationen, die sich aus diesen ergaben, flog Pemler persönlich nach Berlin zurück, um die zuständigen Instanzen über seine Entdeckungen ins Bild zu setzen. Die Nachrichtenoffiziere nahmen seinen Bericht entgegen, leiteten ihn jedoch nicht an das OKW weiter. Als der neue sowjetische Panzer, der T-34, im Juni 1941 auf dem Schlachtfeld erschien, schockierte er die deutschen Fronttruppen. Seine moderne abgeschrägte Panzerung war für die deutschen Panzerabwehrkanonen undurchdringlich und machte die deutsche Panzerbekämpfungsmethoden wirkungslos.

Während der deutsche Nachrichtendienst den Strategen vom OKW entscheidend wichtige Informationen über die sowjetische Rüstung vorenthielt, versicherte Canaris Hitler, die russischen Rohstoffquellen im Ural und die Industriezentren in Moskau seien nur durch eine eingleisige Eisenbahnlinie verbunden.[936] Ein Verbindungsmann der Abwehr in Rumänien, Dr. Barth, äußerte sich gegenüber Pemler wie folgt:

> "Die Wehrmachtführung unterschätzt die Stärke der Roten Armee erheblich. Ich persönlich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass dies sogar von bestimmten Männern gefördert wird. Zum Beispiel haben wir von einer Vertrauensperson die mehrfach abgesicherte Nachricht erhalten, dass in einem bestimmten sowjetischen Panzerwerk täglich ca. 25 schwere Panzer

> ausgestoßen werden. Inzwischen sind aber bereits drei solcher Werke erkannt. Man könnte sich die Haare raufen, wenn diese Feststellung vom Chef des Generalstabes mit einem Fragezeichen versehen wird, zur erneuten Prüfung zurückgeht, ohne den Führer zu unterrichten."[937]

Mit seiner Kritik bezog sich Barth auf Halder, der im September 1938 zum Chef des Generalstabs ernannt worden war. Laut Auffassung eines "Entnazifizierungs"-Tribunals der Nachkriegszeit war Halders Verhalten im Krieg "jedenfalls vollendeter Hoch- und Landesverrat".[938] Nach dem siegreichen Abschluss des Polenfeldzug im September 1939 bildete er einen geheimen Planungsstab, dessen Ziel es war, die Regierung zu stürzen und General Carl-Heinrich von Stülpnagel – einen Mann, den ein deutscher Historiker voll Bewunderung als "Edelmann europäischer Prägung der alten Schule" bezeichnet hat[939] – zum Regierungschef zu machen.

Halder drängte Hitler zum Einmarsch in Russland und spielte die Gefahren eines Feldzugs im Osten nach Kräften herunter. Am 3. Februar 1941 wies Hitler "Fremde Heere Ost", einen Zweig des militärischen Nachrichtendienstes, an, die Fähigkeit der Roten Armee zur Konzentration großer Truppeneinheiten in den weitverzweigten Pripjet-Sümpfen einzuschätzen, die im südlich-zentralen Sektor der künftigen Front gelegen waren. Nachdem er den Bericht am 12. desselben Monates erhalten hatte, nahm Halder, ehe er ihn dem Führer vorlegte, daran eine Manipulation vor. Die Verfasser waren zum Schluss gelangt, die Russen würden durchaus in der Lage sein, innerhalb der sumpfigen Zonen Truppen zu verschieben und somit die Flanke und die Nachhut vorrückender deutscher Divisionen zu bedrohen. Diese Passage wurde von Halder gestrichen. Das Oberkommando des Heeres, das sich auf die von Halder verfälschte Version des Berichts stützte, verzichtete bei seiner Planung darauf, die Südgrenze des Sumpfgebiets von Truppen absichern zu lassen, um den bevorstehenden Vorstoß der 6. Armee sowie der 1. Panzerarmee in Richtung Kiew vor allfälligen Angriffen abzuschirmen.

Halder und Hitler bei einem Armeemanöver im Jahre 1937. Anfang 1941 bezeichnete Halder die Rote Armee als "zu primitiv" zur Durchführung offensiver Operationen. Im September 1942 wurde Halder vom Führer

als Chef des Armeegeneralstabs abgesetzt.

Schon bald nach Ausbruch der Feindseligkeiten griff die auf dem Pripjet-Eisenbahnnetz nach Süden verlegte sowjetische 5. Armee die offene linke Flanke der deutschen 6. Armee an. Dies zwang Hitler, den Vormarsch am 10. Juli zu stoppen.

> "Die zweifellos mögliche Eroberung Kiews bereits Anfang Juli 1941, kaum drei Wochen nach dem Beginn der Operationen, ist ausschließlich durch die Operationen starker sowjetischer Kräfte aus dem Pripjetsumpfgebiet heraus verhindert worden",

urteilte der Militärhistoriker Ewald Klapdor.[940] Da die 1. Panzerarmee außerstande war, ihren Vorstoß ohne Infanterieunterstützung seitens der 6. Armee fortzuführen, wurde sie in aufreibende und verlustreiche Kämpfe mit frontal angreifenden russischen Divisionen verwickelt, die sich volle sieben Wochen lang hinzogen. Zwei Monaten nach dem Beginn des deutschen Angriffs sagte Hitler, er hätte die ganze Operation ganz anders geplant, hätte er die tatsächliche Position und Stärke der feindlichen Truppen gekannt.

Nach Beginn der Operation erhielten die Sowjets vom OKH (Oberkommando des Heeres), also direkt aus Hitlers Hauptquartier, pünktlich Berichte über die deutschen Militäroperationen. Erich Fellgiebel, General der Nachrichtentruppe, installierte heimlich eine direkte Telefonverbindung in die Schweiz, um vertrauliche Informationen an seinen Kontaktmann in Bern zu übermitteln, Hans Bernd Gisevius, der zu den von Canaris rekrutierten "Spezialisten" gehörte und die Informationen flugs nach Moskau weiterleitete. Auch andere in der Schweiz stationierte Agenten wie Rudolf Rössler hatten bei diesem Verrat die Hand im Spiel. Der Schweizer Geheimdienst wusste hierüber Bescheid, griff jedoch nicht ein. Der SD nannte dieses gut organisierte Spionagenetz die "Rote Kapelle". Schellenberg schrieb später:

> "In Deutschland selbst waren zwei Hauptagenten unter den Decknamen 'Coro' und 'Arvid' tätig, deren Informationen nur aus den höchsten deutschen Stellen kommen konnten."[941]

Als der SD den Spionagering 1942 schließlich zerschlug, verhaftete er allein Berlin 146 Verdächtige, von denen anschließend 86 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt wurden. Sie hatten dem Kreml mehr als 500 ausführliche Berichte zugestellt. Im Oktober 1942 nahm der SD weitere 70 kommunistische Agenten fest, die im Reichsluftfahrtministerium sowie im Luftwaffenamt tätig gewesen waren.

Am 22. Juni 1941 besaß die Rote Armee 25.508 Panzer, 18.700 Kampfflugzeuge und 5.774.000 Soldaten.[942] Die 303 Divisionen, die in den ersten beiden Phasen der Kämpfe zum Einsatz gelangten, verfügten über 79.100 Kanonen. Als Hitler seinen Truppen befahl, diese gewaltige Streitkraft anzugreifen, fehlte es ihm an entscheidend wichtigen Informationen, weil seine Geheimdienstagenturen die Stärke des Feindes absichtlich untertrieben und weil verräterische deutsche Offiziere den Feind im Voraus vor dem bevorstehenden Angriff gewarnt hatten. Fünf Wochen nach dem Beginn des Feldzugs, am 1. August 1941, hatte die Rote Armee 269 Divisionen – darunter 46 gepanzerte – sowie 18 Brigaden in Kampfstellung gebracht. Erst zwei Wochen zuvor war dem Führer ein Geheimdienstbericht vorgelegt worden, laut dem die Russen lediglich 50 Schützendivisionen und acht Panzerdivisionen aufbieten konnten.[943] Am 10. August 1941 überrannten deutsche Soldaten den Kommandoposten der 16. sowjetischen Armee östlich von Smolensk. Die Feldpolizei fand dort Kopien zweier OKH-Pläne für den deutschen Angriff. Nach der bald darauf erfolgten Eroberung von Brjansk wurde ein weiterer deutscher Operationsplan vorgefunden, den das OKH Hitler am 18. August 1941 überreicht hatte.[944] "Wir hatten unsere Spione überall im Kriegsministerium, in den Polizeistellen, im Innenministerium und vor allem im

Auswärtigen Amt", prahlte Gisevius später. "Alle Fäden liefen bei Oster zusammen."[945]

Dass die Rote Armee frühzeitig in die deutschen Pläne eingeweiht worden war, ermöglichte es ihr, die Angreifer im Juli und August in der Umgebung von Smolensk in schwere Kämpfe zu verwickeln. Die Deutschen gewannen die Initiative zurück, nachdem Hitler am 21. August 1941 beschlossen hatte, seine Panzerdivisionen nach Süden abschwenken und in Richtung Kiew rollen zu lassen. "Die Unsinnigkeit der nunmehr beschlossenen Operation", schäumte Halder in seinem Tagebuch, werde "zu einem Auseinanderlaufen der Kräfte und einem Stehenbleiben an der entscheidenden Stelle auf Moskau" führen.[946] Doch gelang es den Deutschen, in einer gewaltigen Umzingelungsoperation vier sowjetische Armeen zu vernichten und eine fünfte bei Kiew stark zu dezimieren, was es ihr erlaubte, einen großen Teil der Ukraine zu besetzen. In einem Gespräch mit seinem Architekten Giesler erinnerte sich Hitler:

> "Strategisch und taktisch sah ich in diesen Flanken- und Umfassungsstößen die einzige Möglichkeit, die russischen Massen-Verbände zu zerschlagen und damit einen verlustreichen Frontal-Aufprall zu vermeiden, dem wir weder in der Zahl unserer Divisionen noch, wie es sich dann in den Angriffsstößen herausstellte, im Material gegenüber den Panzern und den schweren Waffen des Feindes gewachsen waren… Ich habe diese Operation meinen Generalen buchstäblich abringen müssen, ja sogar mit harten Befehlen erzwingen müssen. Das Ergebnis war: Vier russische Armeen wurden zerschlagen, es gab über 650 000 Gefangene. Selbst dieser Erfolg überzeugte meine Generale nicht von der einzig möglichen Strategie im russischen Raum."[947]

Des ewigen Grabenkriegs mit seinen Generälen müde, billigte der Führer schließlich Halders Konzept eines Frontalangriffs auf Moskau. "Operation Taifun" begann am 1. Oktober 1941, doch Täuschung und Sabotage entschieden über ihren Ausgang. Generalquartiermeister Eduard Wagner hatte gemeldet, die Vorräte für den Angriff seien "befriedigend". Doch anstatt der erforderlichen Mindestzahl von täglich 24 Zügen mit Nachschub trafen im August lediglich 8 bis 15 und im September nur 12 Züge pro Tag an der Front ein. Selbst bei gutem Wetter standen Hunderte vollbeladener Züge in Rangierbahnhöfen zwischen Berlin und Krakau herum.

Die Hauptverantwortung für die bewusste Verzögerung des Nachschubs waren der Leiter der Haupteisenbahndirektion Süd, Erwin Landenberger in Kiew, und der Betriebsleiter der Haupteisenbahndirektion Mitte, Karl Hahn in Minsk. Hitler ließ beide wegen Sabotage festnehmen. Nach einigen Monaten wurde Hahn aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen entlassen. Gegenüber einem anderen Offizier bekannte er sich als "kompromissloser Gegner der Nazis". Die Nachfolger von Landenberger und Hahn wurden von Hitler persönlich bestimmt. Erhard Milch und Albert Speer waren fortan verantwortlich dafür, dass die Züge ohne Verzögerung fuhren. Innerhalb von Wochen verbesserte sich die Lage nachhaltig. Speer sorgte dafür, dass Lokomotiven in ausreichender Zahl hergestellt wurden, während Milch den Schienen- und Schiffsverkehr an die Front reorganisierte.

> "Ich habe die Genehmigung bekommen, jeden Bahnbeamten an jedem Baum aufzuhängen, einschließlich der höchsten Direktoren – und ich werde das auch tun!" warnte Milch seine Untergebenen.[948]

Deutsche Artilleristen genießen während einer Feuerpause in Russland eine warme Mahlzeit. Sie tragen das Standardmodell der Armee-Felduniform, die im Winter 1941/42 nur ungenügenden Schutz vor der Kälte bot.

Das OKH verringerte die zahlenmäßige Stärke der Armeegruppe Mitte, die für die Durchführung von "Operation Taifun" verantwortlich war, nach und nach. Am 11. Oktober entzog es ihr das 8. Armeekorps mit seinen drei Divisionen sowie die 1. Kavalleriedivision. Schon bald folgten die 5., 8. und 15. Infanteriedivision. Das 9. Armeekorps mit seinen vier Divisionen wurde der "Reserve" zugeteilt. Am 3. November 1941 verkündigte das OKH seine Absicht, sieben Panzerdivisionen zwecks Aufstockung ihres Bestands von der Ostfront abzuziehen.[949] Zugleich entließ die Luftwaffe fast ein Viertel ihres Personals in Russland in den Urlaub. Das Oberkommando der Luftwaffe kommandierte 13 Jägergruppen ab, so dass nur gerade drei Gruppen des Jagdgeschwaders 51 zur Unterstützung der Offensive aus der Luft übrigblieben.[950]

Trotz allem machte "Taifun" Fortschritte. Nordwestlich von Moskau nahm die 1. Panzerdivision die Stadt Kalinin ein. Statt nun nach Südosten abzubiegen und die russische Hauptstadt anzugreifen, stießen die Truppen nach Norden vor. Der Augenzeuge Carl Wagener erinnerte sich:

> "Mit der Eroberung von Kalinin hatte sich eine große taktische Gelegenheit für uns eröffnet. Wir hielten jetzt den Eckpfeiler der Verteidigungsstellung von Moskau und konnten sofort gegen die nur schlecht geschützte nördliche Flanke der Stadt vorstoßen. Die Stadt war uns ausgeliefert mit den immer noch gut befahrbaren Straßen und nur noch weniger als einen Tag Fahrzeit entfernt. Stattdessen wurde unseren Panzerstreitkräften und der 9. Infanteriearmee, die zu unserer Unterstützung herangezogen wurde, der Befehl erteilt, die völlig unwichtige Stadt Torschok mehr als 100 Meilen nördlich von Kalinin anzugreifen. Wir hörten die neuen Anordnungen vom Oberkommando des Heeres mit dem Gefühl von völligem Unverständnis."[951]

Der folgenschwerste aller Mängel, die den deutschen Soldaten zu schaffen machten, war die Knappheit an Winterkleidung. Die Industrie des Reichs hatte genügend gesteppte Winteruniformen für wenigstens 56 Divisionen hergestellt. Außerdem waren 255 Güterzüge mit vorfabrizierten

Unterkünften und Baracken beladen worden und zur Abfahrt nach Osten bereit. Am 1. November inspizierte Hitler für die Ostfront bestimmtes Wintermaterial, und Quartiermeister Wagner versicherte ihm, eine ausreichende Menge davon sei bereits unterwegs zu den kämpfenden Armeen.[952] Neun Tage später vertraute Wagner Halder an, der größte Teil der gesteppten Uniformen werde nicht vor Ende Januar nach Osten geschickt werden. In der Tat hatten die damit beladenen Züge monatelang in Warschau herumgestanden.[953] Dass es an der Ostfront an Winterausrüstung fehlte, erfuhr Hitler erst am 20. Dezember, als General Heinz Guderian von der mittleren Front einflog und den Führer über die Verhältnisse aufklärte. Das Personal der Luftwaffe erhielt die benötigte Winterausrüstung vollständig, aber nur, weil Erhard Milch sich persönlich darum gekümmert hatte.

Auch Geheimdienstberichte, in denen von einer geplanten sowjetischen Gegenoffensive die Rede war, wurden Hitler vom OKH vorenthalten. Im November hatten die Russen den größten Teil ihrer sibirischen Schützendivisionen aus dem Fernen Osten in den Sektor Moskau überstellt. Der deutschen Luftaufklärung war die alarmierende Zunahme sowjetischer Transportzüge nicht entgangen, die frische Truppen in den Raum Kalinin-Moskau brachten. Das OKH ignorierte diese Informationen. Schweden belieferte die Deutschen mit genauen Statistiken über die Planung und den Umfang der bevorstehenden sowjetischen Offensive, aber jene Abwehr-Gruppe, der diese Meldungen zugespielt wurden, unterließen es, sie nach Berlin weiterzuleiten.[954]

Mitte November schätzte “Fremde Heere Ost”, die Mannschaftsstärke der sowjetischen Divisionen liege 50% unter dem Sollbestand, und mehr als die Hälfte der Offiziere und Soldaten seien ungenügend ausgebildet. In Wahrheit waren viele der 88 Schützendivisionen, 15 Kavalleriedivisionen und 24 gepanzerten Brigaden, die sich zum Sturm auf die deutschen Linien anschickten, hervorragend ausgerüstet und wiesen den Sollbestand an Kämpfern auf.[955] Am Abend des 4. Dezember 1941, Stunden vor dem Beginn der sowjetischen Offensive, meinte “Fremde Heere Ost”, die Kampfbereitschaft der Roten Armee sei nicht groß genug, als dass “der Russe zu einer großangelegten Offensive ohne Zuführung wesentlicher Verstärkung zur Zeit fähig wäre”.[956]

Die ausgelaugte, schlecht bekleidete und durch den feindlichen Angriff völlig überraschte deutsche Armee musste in jenem Winter erobertes Terrain preisgeben. Hitler war empört darüber, dass Opposition seitens des Generalstabs die Verwirklichung seines strategischen Konzepts durchkreuzt hatte. Er sprach von der “völligen Unterschätzung des Gegners, den Falschmeldungen über seine Reserven und seine Rüstungsstärke” und meinte, zu diesen Täuschungen und Verwirrungen sei “ein unbegreiflicher Verrat” gekommen; all dies habe zur ersten größeren Niederlage der deutschen Armee in diesem Krieg geführt.[957]

Ungeachtet des erzwungenen Rückzugs vor Moskau hielten die Deutschen auch weiterhin Positionen, die für 1942 einen erfolgreichen Sommerfeldzug versprachen. Zum Hauptangriffspunkt bestimmte Hitler den Kaukasus, dessen Ölfelder und Raffinerien 80% des sowjetischen Erdöls lieferten. Dementsprechend ordnete er die Verstärkung der Armeegruppe Süd an. Nach der Einnahme von Woronesch am 8. Juli 1942 waren die deutschen Panzerdivisionen in der Lage, den Don zu überqueren, doch der Führer untersagte ihnen dies zunächst. Um die Offensive nicht durch eine Zersplitterung seiner Kräfte zu schwächen, befahl er stattdessen der 4. Panzerarmee, nach Süden abzubiegen und sich am allgemeinen Vormarsch auf die Ölfelder zu beteiligen.[958] Die sowjetischen Truppenverbände im Süden mussten sich zurückziehen und waren ernsthaft demoralisiert.

Grenadiere auf einem Panzer IV bei einer Operation östlich des Don in Russland. Das deutsche Oberkommando teilte die schlagkräftigen mechanisierten Truppen während des Feldzugs von 1942 in zwei Gruppen auf.

Deutsche Funkspezialisten nahmen in einer Vorstadt von Warschau zwei polnische Armeeoffiziere fest, die detaillierte Informationen über die bevorstehende Kaukasus-Offensive nach Moskau weiterleiteten. Beamte der Abwehr, deren rangniedrigere Angehörige die verräterischen Neigungen von Canaris und Oster nicht teilten, meldeten dies an das Hauptquartier des Führers. Es bedeutete, dass Stalin über die militärischen Vorbereitungen der Deutschen auf dem Laufenden war. Nach Erhalt des Berichts stufte General Fellgiebel diesen als "zu alarmierend" ein, da er den Führer nur unnötig aufregen werde, und ließ ihn verschwinden.[959]

Nun, wo das Überraschungsmoment bereits geschwunden war, lancierte Armeegruppe Süd am 28. Juli "Operation Blau". Armeegruppe A stieß auf den Kaukasus vor. Im Nordosten rückte Armeegruppe B zwecks Sicherung der Flanke anschließend auf Stalingrad vor, einen Industriekomplex längs der Wolga, der wegen der primitiven Wohnverhältnisse seiner Einwohner keinen guten Ruf genoss. Hitlers Operationsplan sah die Zerstörung der Rüstungsbetriebe in Stalingrad mittels Bombardierung oder ihre Lahmlegung mittels Belagerung vor. Eine Einnahme der Stadt war kein erklärtes Ziel; das Hauptziel des Feldzugs war der Kaukasus.[960]

Das Oberkommando sabotierte die Offensive schon bald auf alle erdenkliche Weise. Am 30. Juni vertraute Halder seinem Tagebuch an:

> "Beim Führervortrag wird Generaloberst Alfred Jodl das Wort erteilt, der mit großen Tönen verkündet, das Schicksal des Kaukasus werde bei Stalingrad entschieden. Daher Abgabe von Kräften der Heeresgruppe A zu B notwendig… Damit wird in neuer Aufmachung ein Gedanke serviert, den ich dem Führer vor 6 Tagen vorgetragen habe, wo aber von der erleuchteten Gesellschaft des OKW diesen Gedanken niemand begriffen hat."[961]

Halder zog die 4. Panzerarmee am 30. Juli von der Südfront ab und wies ihr die Rolle einer Speerspitze beim Angriff auf Stalingrad zu. Ohne sich um die Proteste der Feldkommandanten der Armeegruppe A zu kümmern, entzog Halder dieser auch die motorisierte Infanteriedivision

“Großdeutschland”, die zu den Eliteeinheiten der Wehrmacht gehörte. Ein Historiker umriss die damalige Situation so:

> “Nun operierten zwei gleich starke Heeresgruppen mit etwa der gleichen Zahl an Panzern und motorisierten Verbänden in zwei unterschiedlichen Kampfrichtungen: Die nördliche griff mit vier Panzerdivisionen und drei motorisierten Divisionen an; die südliche mit drei Panzerdivisionen und drei motorisierten Divisionen. Die Verbände, die dem Hauptzweck des Feldzugs dienten, waren nun schwächer als die Verbände des Nebenzwecks (Flankenschutz).”[962]

Armeegruppe Süd vermochte die ihr gestellte Aufgabe, die Eroberung der Kaukasusregion, nicht zu erfüllen. Wäre ihr dies gelungen, so hätte dies die Fähigkeit der Roten Armee zur Führung offensiver Operationen gelähmt. Die weiter nördlich kämpfenden Verbände wurden bei ihren Versuchen zur Einnahme Stalingrads in eine mörderische und letztlich sinnlose Schlacht verwickelt.

Während des Vorstoßes auf den Kaukasus beraubte das OKH Armeegruppe A eines weiteren Trumpfs: Des 60.000 Mann starken italienischen Alpenkorps. Dieses bestand aus gut ausgebildeten Bergdivisionen, von denen jede über 5.000 Maultiere zum Tragen von Lasten verfügte. Statt diese Elitetruppe in den Bergen einzusetzen, schickte das OKH sie zur Verstärkung Stalingrads nach Norden. Somit mussten Soldaten, die für ein kühles Bergklima gedachte wollene Uniformen trugen, in der Sommerhitze einen zermürbenden Marsch zu Fuß durch die asiatische Steppe absolvieren. Als Bergdivision besaßen sie weder Panzerabwehrkanonen noch schwere Artillerie und waren den sowjetischen Panzern buchstäblich wehrlos ausgeliefert.

Soldaten der motorisierten Infanteriedivision “Großdeutschland”, die zu den schlagkräftigsten deutschen Einheiten gehörte. Während der kritischen Phase der Sommeroffensive 1942 in Russland wurde sie von Halder von der Armeegruppe A abgetrennt.

Am 27. August schrieb Oberstleutnant Rinaldo Dall’Armi an Mussolini:

> “Wir kamen in Russland an, bestimmt, in den Kaukasus zu gehen, wo unser Training, die Waffen und Ausrüstung und unsere Verwendung hervorragend geeignet gewesen wären und wo wir mit den besten deutschen und rumänischen Gebirgsdivisionen in einen fast sportlichen Wettstreit um die besten Leistungen hätten treten können. Plötzlich wurden wir in die Don-Region umgeleitet, in flaches Territorium und ohne geeignete Bewaffnung. Wir bekamen Gewehre aus dem Jahr 1891 und vier lächerliche kleine Kanonen des Kalibers 47/32, harmlos gegen die russische 34-Tonnen-

> Panzer… Es gibt nur so wenige Alpini. Dies ist kein Menschenmaterial, mit dem man leichtfertig umgehen kann."[963]

Die Offensive im Süden kam zum Stillstand, als sich Armeegruppe B im November einem massiven sowjetischen Gegenangriff ausgesetzt sah. Dies zwang Armeegruppe A, sich aus dem Kaukasus zurückzuziehen, um einen Flankenangriff zu verhüten. Die Russen umzingelten und vernichteten die 6. deutsche Armee bei Stalingrad. Die meisten Historiker machen Hitler für diese Katastrophe verantwortlich, doch ändert ihr Urteil nichts daran, dass seine Befehle gröblich missachtet wurden, dass er von seinem Geheimdienst irreführende Informationen erhielt und dass das OKH ohne sein Wissen sinnlose Truppenverschiebungen vornahm.

Hierzu ein Beispiel. Die linke Flanke von Armeegruppe B verlief längs des Don in südöstlicher Richtung von Woronesch nach Stalingrad. Mit der Verteidigung ihrer Positionen waren die 2. ungarische Armee, die 8. italienische Armee, die 3. rumänische Armee sowie die 6. deutsche Armee beauftragt. Die 4. Panzerarmee deckte ihre rechte Flanke. Hitler wusste, dass die schlecht ausgerüsteten ausländischen Verbände eine mögliche sowjetische Offensive nicht zurückschlagen konnten. Im August befahl er, die 2. Panzerdivision sowie zwei Infanteriedivisionen zur Unterstützung der 8. italienischen Armee abzustellen. Auch die Ungarn sollten Verstärkung erhalten, darunter schwere Artillerie sowie neue deutsche 75-mm-Panzerabwehrgeschütze. Halder ignorierte diesen Befehl buchstäblich und entsandte einige Wochen später pro forma ein paar schwache Hilfseinheiten.[964]

Ende Oktober ordnete der Führer an, die als besonders schlagkräftig geltende 6. Panzerdivision sowie zwei weitere Infanteriedivisionen aus Frankreich abzuziehen und zwecks Verstärkung der Rumänen und Italiener an die Ostfront zu schicken. Das OKH schob die vollständige Verlegung dieser Einheiten bis in den Dezember hinaus. Ebenso zögerlich verhielt es sich bei der Ausführung eines weiteren Hitler-Befehls, demjenigen zur Stationierung neuer Luftwaffe-Felddivisionen hinter den Armeen der Verbündeten Deutschlands. Die 22. Panzerdivision, von der Hitler annahm, sie verfüge über die Sollstärke, bedurfte dringend der Aufstockung. Von ihren 104 Panzern waren lediglich 32 einsatzfähig. Das OKH enthielt diese Tatsache seinem obersten Befehlshaber vor.[965]

In den Einträgen vom 9. sowie vom 16. September verzeichnete das Kriegstagebuch des OKW Hitlers Befehle zur Verstärkung der 8. italienischen Armee. Im Eintrag vom 6. Oktober heißt es:

> "Der Führer äußert von neuem seine Besorgnis über einen russischen Großangriff, ja vielleicht einer Winteroffensive im Abschnitt der verbündeten Armeen über den Don auf Rostow. Grund zu dieser Besorgnis bieten unter anderem die starken feindlichen Bewegungen in diesem Raum und der an vielen Stellen durchgeführte Brückenschlag über den Don."

Und am 5. November wurde im Kriegstagebuch des OKW folgender Eintrag vorgenommen:

> "Der befürchtete russische Angriff über den Don kommt erneut zur Sprache. Die Zahl der dort gebauten Brücken ist ständig im Wachsen. Die Luftwaffe will Bildstreifen vorlegen. Der Führer befiehlt starke Luftangriffe gegen Brückenstellungen und vermutete Bereitstellungen in den Uferwäldern."[966]

Die deutsche Aufklärung bestätigte Hitlers Besorgnis. Von der verhältnismäßig hoch gelegenen Stelle, die sie südwestlich von Sirotinskaja verteidigten, beobachteten Angehörige der 44. Infanteriedivision "Hoch- und Deutschmeister", wie die Sowjets längs des Don gegenüber der 3. rumänischen Armee Truppen und Material konzentrierten. In einem unweit davon gelegenen Sektor sagten russische Überläufer bei ihrer Befragung durch Angehörige der italienischen Streitkräfte aus, ihre Einheiten hätten Anweisung erhalten, sich tagsüber verborgen zu halten. Jene Sektion der

Abwehr, an welche die Italiener diese Information weiterleiteten, konterte mit der Behauptung, die deutsche Luftaufklärung sei zuverlässiger als irgendwelche Überläufer, und sie habe nichts Besorgniserregendes entdeckt. In Wahrheit traf genau das Gegenteil zu: Ein Angehöriger des Langstreckenaufklärungsgeschwaders der Luftwaffe schrieb:

> "Immer neue Hiobsbotschaften trafen ein, die den Zeitpunkt ahnen ließen, wann auch unser Raum Ziel der Angriffe der Roten Armee werden würde. In Gesprächen mit benachbarten Nah- und Fernaufklärungsstaffeln offenbarte sich immer deutlicher die Tatsache, dass diese rechtzeitig vor der Entwicklung gewarnt hatten, doch ihren Meldungen vom Aufmarsch starker sowjetischer Kräfte an der Nordflanke Stalingrads wurde keine besondere Bedeutung zugemessen."[967]

Auch andere Quellen schilderten die Vorbereitungen der Roten Armee detailliert. Im Juli 1942 hatte die Abwehr "Operation Zeppelin" eingeleitet, in deren Rahmen Hunderte antikommunistischer Russen per Fallschirm hinter den sowjetischen Linien abgesetzt wurden und den Deutschen anschließend Bericht über die dortige Lage erstatteten. Im Verlauf der folgenden paar Monate zählten sie nicht weniger als 3.269 sowjetische Züge, die Truppen in die Nähe der Kampfzone um Stalingrad brachten, sowie 1.056 Güterzüge mit Kriegsmaterial. Am 10. November 1942 entdeckte die deutsche Luftaufklärung, dass die Russen auch die 5. Panzerdivision in Richtung Kampfgebiet verlegt hatten.[968] Am 11. November 1942 legte der Kommandant der Nachrichtenaufklärung dem OKH eine ausführliche Analyse des abgehörten sowjetischen Funkverkehrs vor, dem zufolge feindliche Reserven in die Kampfzone um Stalingrad versetzt worden waren. Der Bericht sah treffend voraus, dass die sowjetischen Truppen einen Zangenangriff zur Umzingelung der 6. deutschen Armee unternehmen würden, und gelangte zum Schluss:

> "Der Aufmarsch dürfte erheblich fortgeschritten sein."[969]

"Fremde Heere Ost" war für die Auswertung dieser Berichte verantwortlich. Im Frühling 1942 war Reinhard Gehlen, ehemaliger Adjutant Halders, auf dessen Betreiben zum Chef dieser Abteilung ernannt worden. Da er wie einst Hindenburg der Ansicht war, Deutschland könne "nicht von einem böhmischen Gefreiten regiert werden", unterstützte Gehlen den Widerstand aktiv, woraus er später auch kein Hehl machte.[970] Im August 1942 behauptete er im Brustton der Überzeugung, die Rote Armee habe seit Februar in Ermangelung von Offizieren keine einzige neue Kampfdivision mehr auf die Beine gestellt.[971]

Gehlen unterließ es, Hitler über den Erfolg der Operation "Zeppelin" zu informieren, und behauptete wahrheitswidrig, die 5. sowjetische Panzerarmee sei weit im Norden stationiert, obgleich er genau wusste, dass sie sich unweit der Kampfzone befand. Obschon die Rote Armee 66% ihrer Panzer gegenüber Armeegruppe B massiert hatte, warnte Gehlen vor einem geplanten russischen Angriff in der Nähe des wesentlich weiter nördlich gelegenen Smolensk. Am 11. November beruhigte er das Hauptquartier des Führers:

> "Baldige Angriffsmöglichkeiten zeichnen sich nicht ab… Für weitreichende Operationen dürften die vorhandenen [russischen] Kräfte zu schwach sein."[972]

Ein Sturmgeschütz III mit Selbstfahrlafette und einer 75-mm-Kanone, die auf dem Kasten eines Panzers III montiert ist, fährt während der langen Belagerung von Stalingrad im Spätsommer 1942 an sowjetischen Kriegsgefangenen vorbei. (Bundesarchiv)

Die russische Offensive begann am 19. November 1942. Die Panzer der Roten Armee überrollten die rumänischen Positionen, wie Hitler befürchtet hatte. In einer großen Zangenoperation marschierten die Streitkräfte der Roten Armee südwärts und umzingelten Stalingrad. Die 57. sowjetische Armee griff die von General Hans-Georg Leyser befehligte 29. Infanteriedivision, die motorisiert war und über ihre volle Kampfstärke verfügte, frontal an, worauf diese ohne Genehmigung seitens des Generalstabs einen Gegenangriff in die Wege leitete. Ihre 55 Panzer des Panzerbataillons 129 schlugen längs einer Eisenbahnlinie furios zu und brachten Züge, die eine große Zahl unvorbereiteter russischer Infanteristen mitsamt ihren Vorräten zur Front fuhren, zum Entgleisen. Nachdem die 29. Infanteriedivision das Vordringen des Feindes auf diese Weise gestoppt hatte, wandte sie sich nach Südwesten, um die Flanke des 4. sowjetischen Korps anzugreifen. Vor Beginn der Operation erhielt sie jedoch den verdächtigen Befehl, ihren Vorstoß einzustellen und sich in die Zone um Stalingrad zurückzuziehen.[973] Dies ermöglichte es den Russen, mit der Umzingelung der 6. Armee fortzufahren.

Da er glaubte, die Luftwaffe sei in der Lage, genügend Nachschub nach Stalingrad zu bringen, und im Vertrauen auf Gehlens Bericht, laut dem die Sowjets keinerlei Reserven mehr besaßen, beschloss Hitler, die in der Falle sitzende Garnison auf dem Luftwege zu versorgen, bis eine Operation zu ihrer Entsetzung in die Wege geleitet werden konnte. Junkers-Transportflugzeuge sowie Heinkel-Bomber landeten mit Nachschub auf den Flugplätzen der 6. Armee und evakuierten beim Rückflug die Verwundeten. Die Organisation dieser Missionen oblag Oberst Eberhard Finckh. Als aktiver Verschwörer sorgte er dafür, dass ein erheblicher Teil der Flugzeuge unnütze Fracht nach Stalingrad brachte. Neben Lebensmittel, Medikamenten und Munition bekamen die belagerten Truppen Tausende alter Zeitungen, Süßigkeiten, Halskragen, Stacheldraht, Dachpappe, vier Tonnen Margarine und Pfeffer, 200.000 Taschenbücher, Schnürsenkel, Gewürze und dergleichen mehr.[974]

Am 13. Dezember lancierte die deutsche Armee eine Offensive zur Entsetzung der Belagerten, wobei die von General Erhard Raus geführte 6. Panzerdivision als Speerspitze diente. Ihre Stärke lag bei 10% über dem Soll. Sie besaß 160 Panzer einschließlich einer Anzahl Panzer IV mit neuer Hochgeschwindigkeitskanone, 4.220 Lastwagen, 20 schwergepanzerte Fahrzeuge und 42 Geschütze auf Selbstfahrlafetten. Die 17. sowie die 23. Panzerdivision, die im Herbst bei den ständigen Kämpfen stark geschwächt worden waren, beteiligten sich an der Operation. Der Angriff kam rund 50 km vor Stalingrad zum Stocken. Ungefähr 80 km weiter westlich starteten sowjetische Panzer eine Gegenoffensive und nahmen den Flugplatz bei Morosowskaya ein, was bedeutete, dass die deutsche Flanke am unteren Tschir bedroht war. Anstatt die entstandene Lücke mit schwächeren Einheiten zu stopfen, verlegte das Oberkommando die 6. Panzerdivision in Richtung Tschir. Dies, urteilte der damalige Leutnant der Waffen-SS und spätere Historiker Heinz Schmolke, sei eine ganz unverhältnismäßige Reaktion gewesen:

> "Ich war selbst zwei Wochen später Stützpunktkommandant am Donez, der völlig zugefroren war, mit zwei Donez-Brücken, und habe dort gegen mehrfache russische Übermacht 10 Tage und Nächte lang die Stellung gehalten. Mir kann also keiner erzählen, dass die Tschir-Front nicht noch einen Tag [länger] hätte halten können, damit die Verbindung mit der eingeschlossenen 6. Armee durch Hoth hergestellt werden konnte."[975]

Als die 6. Panzerdivision am 23. Dezember den unbegreiflichen Befehl erhielt, sich aus der Operation zur Entsetzung der eingekreisten Truppen zurückzuziehen, gingen ihre Offiziere zunächst von einem Irrtum aus. Ohne ihre gepanzerte Vorhut waren die restlichen Einheiten zu schwach, um den Vorstoß nach Stalingrad weiterzuführen. Kurz vor seinem Tod im Jahre 1956 gestand Raus, dass ihn immer noch Gewissensbisse quälten, weil er den Befehl nicht ignoriert und den Vormarsch nicht fortgesetzt hatte. Mitte Januar, zwei Wochen vor ihrer Kapitulation, zählte die 6. Armee 220.000 deutsche Soldaten und ausländische Helfer.[976] Nur 6.000 von ihnen überlebten die sowjetische Kriegsgefangenschaft.

Die Schlacht von Stalingrad war nicht nur eine vernichtende militärische Niederlage für Deutschland, sondern wurde für seine Zivilbevölkerung zum psychologischen Wendepunkt des Krieges. 1948 resümierte der ehemalige Gestapo-Chef Heinrich Müller die Dissonanzen im Führerhauptquartier:

> "Also, wie ich sagte, sabotierten viele der älteren Offiziere mit höheren Dienstrangen Hitlers Pläne. Ich muß an dieser Stelle betonen, dass ich, obwohl selbst kein Militärspezialist, weiß, dass Hitler öfter in militärischen Dingen recht hatte als diese Leute. Manchmal gab Hitler einen Führerbefehl heraus, und weil sich irgendein General von Hitlers Person beleidigt fühlte, gehorchte dieser Offizier dem Befehl dann nicht direkt. Wenn ein Desaster geschah, wälzten der gleiche Mann und seine Freunde die Verantwortung dann auf Hitler ab. Und sie logen ihm auch oft direkt ins Gesicht."[977]

Im Glauben, die Armeegruppe Süd sei entscheidend geschwächt, wollten die Sowjets ihren Sieg bei Stalingrad nutzen, indem sie sofort eine Offensive in die Wege leitete. Die Deutschen kämpften mit äußerster Entschlossenheit, brachten der Roten Armee im März 1943 bei Charkow eine ebenso schwere wie überraschende Niederlage bei und stabilisierten hierdurch die Front. Als sich der Frühling dem Ende zuneigte, konzentrierte das OKW seine besten Divisionen, um eine neue Offensive mit begrenzten Zielsetzungen zu starten. Es ließ zwei mechanisierte Armeegruppen um Belgorod und Orel aufmarschieren, um eine Zangenbewegung durchzuführen und eine sowjetische Truppenkonzentration in der Nähe von Kursk zu zerschlagen. Hitler vertraute General Heinz Guderian

an, er bekomme “jedesmal Bauchschmerzen”, wenn er an “Operation Zitadelle” denke, obwohl einige seiner besten Militärstrategen diesen phantasielosen Plan guthießen.[978] Das OKW hoffte, mit einem großen Sieg Deutschlands Prestige in den Augen seiner Verbündeten wiederherstellen, die Moral seiner Truppen wieder heben und außerdem Hunderttausende von Kriegsgefangenen machen zu können, die dann in der deutschen Industrie arbeiten würden. “Zitadelle” begann am 5. Juli 1943. Aus den später publizierten Erinnerungen deutscher Infanteristen, die bei der ersten Angriffswelle zum Einsatz kamen, geht hervor, dass die subversiven Elemente im OKH auch diese Operation verraten hatten. Kurt Pfötsch, ein Grenadier der “Leibstandarte”, schrieb:

> “Der erste Angriffstag vom Unternehmen Zitadelle mit einem Aufwand an Panzern und Ari [=Artillerie] und Elitedivisionen, Stuka-Angriffen und Do-Werfern [Nebelwerfern], wie ihn der Krieg noch nicht gesehen hatte, und wir liegen fest, liegen und warten, bis uns der Iwan zu Klump schießt! Die Überraschung fehlt!… Im Gegenteil, das sieht ganz danach aus, als hätte er gewusst, wie und wo der deutsche Angriff erfolgen würde.”[979]

Herbert Brunnegger, der in der SS-Division “Totenkopf” diente, erinnerte sich an den Tag vor dem Beginn der Offensive:

> “Am hellichten Tag kommen zwei Überläufer, mit weißen Tüchern winkend, aus dem Pirol-Wäldchen. Bei uns gelandet, erhalten sie sofort die Verpflegung, die für solche Fälle vorrätig zu sein hat… Die Überläufer sagen aus, was wir noch nicht wissen: Umfang und genauen Zeitpunkt unserer Offensive!”

Während der Schlacht erfuhr Brunnegger von einem seiner Artillerieoffiziere, “dass wegen des Verrates des Angriffstermins diese Offensive schon zweimal verschoben worden war”.[980] Hitler blies den allzu langsam erfolgenden und verlustreichen Vormarsch nach weniger als zwei Wochen ab.

Besatzungen des Panzers IV warten während der Operation Zitadelle auf ihren Befehl zum Vorstoß gegen russische Stellungen. Die sowjetischen Quellen übertreiben die Zahl der in dieser Schlacht vernichteten deutschen Panzer ganz erheblich.

Die Kämpfe im Raum Orel-Belgorod fielen zeitlich mit der anglo-amerikanischen Landung in Süditalien zusammen. Diese zwang das OKW, Truppen auf den Kriegsschauplatz im Mittelmeer zu verlegen, so dass die Initiative nunmehr bei der Roten Armee lag, die sie bis Kriegsende nie mehr

abgab. Die Verräter im Generalstab setzten auch weiterhin Himmel und Erde in Bewegung, um die Niederlage ihres Landes herbeizuführen. General Rudolf Schmundt schilderte das Treiben dieser Verschwörer wie folgt:

> "Sie halten wie Pech und Schwefel zusammen, sie sabotieren Befehle des Führers, wo sie nur können, freilich stets so, dass ihnen nichts nachzuweisen ist, sie streuen beständig Sand in die Maschine unserer Wehrmacht. Einer von ihnen deckt den anderen. Offiziere, die nicht zu ihrem Kreis gehören, versuchen sie kaltzustellen."[981]

Im Sommer 1944 wurde die Widerstandsbewegung von den Ordnungshütern zerschlagen, und die Rädelsführer kamen wegen Hochverrats vor Gericht. Einer der Angeklagten, der ehemalige Sozialdemokrat Wilhelm Leuschner, berichtete von einem Gespräch, das er einst mit Ludwig Beck geführt hatte. Beck, während des Ersten Weltkriegs Generalstabsoffizier, war 1935 zum Stabschef ernannt worden. Den aktiven Dienst hatte er zwar schon vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs quittiert, doch schmiedete er nach Kriegsbeginn eifrig Intrigen gegen Hitler. Seine Mitverschwörer betrachteten ihn als militärisches Oberhaupt der regierungsfeindlichen Bewegung. Seine – von Leuschner wiedergegebenen – Aussagen ermöglichen einen verstörenden Einblick in die Pläne dieser Männer, die sich als "Deutsche" sahen:

> "Man verfüge jetzt über genügend Vertrauensleute in Kommandostellen der Ostfront, so dass man den Krieg bis zum Zusammenbruch des Regimes regulieren könne. Diese Vertrauensleute arrangierten z.B. Rückzüge ihrer Einheiten, ohne jeweils die Nachbareinheiten zu benachrichtigen, so dass die Sowjets in die so entstandenen Frontlücken einbrechen und die Front nach beiden Seiten aufrollen könnten. Diese Nachbareinheiten seien also auch zum Rückzug gezwungen oder gerieten in Gefangenschaft."[982]

Was eine Gefangennahme durch die Rote Armee, von der Leuschner so lässig sprach, für die Betroffenen bedeutete, geht aus folgenden Fakten hervor.

Im Juni 1944 entfesselten die Sowjets eine gewaltige Offensive gegen Armeegruppe Mitte. Die Deutschen hatten ihre Verstärkungen zu weit nach Süden verlegt, in jenen Sektor, den Gehlen fälschlicherweise als Ausgangspunkt der feindlichen Operation identifiziert hatte. Anscheinend waren die 138 sowjetischen Divisionen und 5.200 Panzer (alles in allem 2,5 Millionen russische Soldaten), die gegenüber Armeegruppe Mitte aufmarschiert waren, der Aufmerksamkeit von "Fremde Heere Ost" entgangen.[983] Der oberste Generalstabsoffizier der 2. Armee von Armeegruppe Mitte, ein Aristokrat namens Henning von Tresckow, hatte in geduldiger Kleinarbeit dafür gesorgt, dass der gesamte Stab schließlich von hitlerfeindlichen Offizieren durchsetzt war.[984]

Laut einem Bericht der Heeresgruppe Mitte, der am ersten Tag des russischen Angriffs entstand, bedeutete dieser "eine vollständige Überraschung, da nach bisherigem Feindbild hier keine so starke Feindmassierung angenommen worden war".[985] Die voll einsatzfähige 4. deutsche Armee sah sich der ganzen Wucht der gigantischen sowjetischen Dampfwalze ausgesetzt. In voller Übereinstimmung mit Ludwig Becks Rezept für die Herbeiführung einer deutschen Niederlage erhielt sie keine Befehle und war nicht über die verzweifelte Lage unterrichtet, in der sich die benachbarten Formationen befanden. Laut dem Historiker Rolf Hinze wurde ihr "ein teils unerklärbaren Führungsmangel" zum Verhängnis, da aus dem Hauptquartier von Armeegruppe Mitte keine Direktiven eintrafen. Tresckow unternahm keinen Versuch, die Verbindungen wiederherzustellen oder Nachschub einzufliegen. Sein Stab entsandte kein einziges Aufklärungsflugzeug, um in Erfahrung zu bringen, wie rasch der Vormarsch der feindlichen mechanisierten Streitkräfte erfolgte, obwohl dies dringend erforderlich gewesen wäre, um eine Rückzugsroute für die 4. Armee vorzubereiten.[986]

Im Verlauf der sowjetischen Offensive verloren die Deutschen 350.000 Mann, von denen 150.000 in Gefangenschaft gerieten. Rund die Hälfte von ihnen wurde während des Marsches zu den Aufnahmezentren erschossen oder starb während des strapaziösen Transports in überfüllten Güterwagen an Hunger oder Erschöpfung. Die Russen ließen 57.600 Überlebende durch Moskau paradieren, wobei der Mob, der die Straßen säumte, die wehrlosen Gefangenen beschimpfte, bedrohte und bespuckte. Dies war das Schicksal, das Tresckow, Gehlen, Beck und Konsorten ihren Landsleuten, die dieselbe Uniform trugen wie sie, zugedacht hatten.

Die Normandie

Während des ganzen Russlandfeldzugs kämpfte der deutsche Soldat auch auf dem Kriegsschauplatz im Mittelmeer. Den Anfang machten die bewaffneten Auseinandersetzungen in Libyen und auf dem Balkan, den Abschluss bildeten die Abwehrkämpfe gegen die langsam, aber unerbittlich vorrückenden alliierten Heere in Tunesien, Sizilien und auf der italienischen Halbinsel. Zugleich bewachte er die europäische Atlantikküste in Erwartung der seit lange angekündigten anglo-amerikanischen Landung. Bevor die in England konzentrierten alliierten Truppen am 6. Juni 1944 zu ihrer Invasion der Normandie ansetzten, herrschte im von Deutschland besetzten Frankreich weitgehend Ruhe. Frankreich war damals für subversive Stabsoffiziere der ideale Ort, um ihre Position in aller Gelassenheit zu stärken. Sie schleusten ihre Gesinnungsgenossen in die Truppe und die Divisionshauptquartiere ein, wo die bewaffneten Streitkräfte am verletzlichsten waren, und koordinierten ihre Sabotage nach Möglichkeit mit den Westalliierten.

Der Verbindungsoffizier zwischen dem Widerstand und den Anglo-Amerikanern war Graf Helmuth James von Moltke, ein wohlhabender Großgrundbesitzer, der darauf erpicht war, “die nationalsozialistische Ideologie auszurotten”.[987] Moltke, der in enger Verbindung zu Goerdeler, Halder und Beck stand, hatte einem englischen Bekannten anno 1942 anvertraut, er und seine Freunde hielten “eine unbezweifelbare militärische Niederlage und Besetzung Deutschlands aus moralischen und politischen Gründen für absolut notwendig”.[988] Canaris schickte Moltke im folgenden Jahr nach Istanbul, um Kontakte zu den Amerikanern zu knüpfen. Dort traf er sich mit zwei Professoren, die im Dienste des “Office of Strategic Services” (OSS) standen, einer US-Spionageorganisation.

Nach ihrer Unterredung mit Moltke sprachen die beiden Professoren in einem Bericht an OSS-Chef Bill Donovan von der “Bereitschaft einer mächtigen deutschen Gruppe, militärische Operationen der Alliierten gegen Nazi-Deutschland vorzubereiten und zu unterstützen”. Gestützt auf die Ergebnisse seiner Verhandlungen mit Moltke entwarf das OSS nun den “Hermann-Plan”, den es an die Vereinigten Stabschefs der Alliierten weiterleitete. In dem Dokument hieß es, die Verschwörergruppe sei bereit,

> “einen möglichst weitreichenden militärischen Kooperationsplan mit den Alliierten zu verwirklichen, vorausgesetzt, dass die Verwendung der militärischen Information, Mittel und Autorität, die der Gruppe zur Verfügung stehen, mit einem umfassenden militärischen Einsatz der Alliierten kombiniert wird, so dass ein rascher, entscheidender Erfolg auf breiter Front sicher ist”.[989]

Im August 1942 verteidigte eine zahlenmäßig krass unterlegene deutsche Garnison den französischen Hafen Dieppe gegen eine 6.000 Mann starke alliierte Landungsstreitkraft. Die Deutschen schlugen den überraschenden Angriff innerhalb von Stunden zurück, wobei sie mehr als 3.600 kanadische, englische und amerikanische Soldaten töteten oder gefangen nahmen und mehr als 100 britische Flugzeuge abschossen. Es war eine ominöse Generalprobe für die Invasion vom 6. Juni 1944.

Moltkes Komplizen boten an, einen Generalstabsoffizier nach England fliegen zu lassen, um für den Fall einer Invasion "die Pläne für die Zusammenarbeit mit dem alliierten Oberkommando zu koordinieren".[990] Die amerikanischen Dokumente über den Verlauf der Verhandlungen sind bis zum heutigen Tag unter Verschluss. Die Namen jener deutschen Kontaktpersonen und Agenten, die der Gestapo nie ins Netz gingen und nach dem Krieg weder durch Enthüllungen in eigenen Erinnerungen und Interviews noch durch Zufall bekannt wurden, sind weiterhin geheim. Im Oktober 1945 trafen sich Vertreter der US-Militärregierung in Deutschland sowie des Kriegsministeriums, um ihren Standpunkt zu "Dokumenten, die vernichtet werden sollten oder zu denen die Deutschen künftig niemals Zugang erhalten sollten" zu erörtern. Oberstleutnant S. F. Gronich, der bei den Diskussionen den Vorsitz führte, gab folgende Empfehlung ab:

> "Ernsthaft zu erwägen sind Pläne zur organisierten Zerstörung von Papieren, die für die Alliierten wertlos sind und… nach dem Abzug der Besatzungsstreitkräfte nicht in deutsche Hände geraten dürfen."“[991]

Zu den unzugänglichen Unterlagen gehören jene, die sich auf die amerikanische Kooperation mit deutschen Verrätern vor und während der Invasion in der Normandie beziehen. Der Leser möge selber entscheiden, ob die im folgenden erwähnten Fälle, in denen deutsche Kommandozentralen angesichts der taktischen Situation vollkommen unverständliche militärische Befehle erteilten, das Ergebnis sorgfältig geplanter Sabotage oder Beispiele krasser Fehleinschätzungen seitens gut ausgebildeter und sehr erfahrener Stabsoffiziere waren.

Vor dem Beginn von "Operation Overlord", dem alliierten Codewort für die Invasion, verfügten die Deutschen über ein Verbindungs-, Spionage- und Aufklärungsnetzwerk, das in der Lage war, die feindlichen Pläne schon lange im Voraus zu erkennen. Techniker im deutschen Forschungsamt der Reichspost waren sogar in die transatlantischen Telefonlinien eingedrungen. Anfang 1944 hörten sie

ein Gespräch zwischen Churchill und Roosevelt über die bevorstehenden Landungsoperationen ab.[992] Zur selben Zeit wurde ein speziell geschulter SD-Agent aus einem erbeuteten B-17-Bomber mit einem Fallschirm über England abgesetzt. Er war in Deutschland geboren, aber in den USA aufgewachsen und konnte sich deshalb mühelos als britischen Offizier der Pioniertruppen ausgeben. Nach seiner Ankunft in Portsmouth suchte er eine Einheit nach der anderen auf und erkundigte sich, was er tun könne, um die Ausrüstung der Truppen zu verbessern. Er versorgte Berlin mit detaillierten Berichten über die Vorbereitungen für eine Invasion, wobei er ein Funkgerät benutzte, das ein praktisch nicht zu ortendes Signal aussandte.

Im April 1944 führte die 4. US-Division bei Slapton Sands im Rahmen eines großangelegten Manövers eine Landungsoperation mit der Code-Bezeichnung “Tiger” durch, um den geplanten Angriff auf Utah Beach an der Küste der Normandie zu üben. Der deutsche Agent unterrichtete seine Vorgesetzten im Voraus über das Manöver, an dem sich bei helllichtem Tage eine große Zahl von Schiffen und Truppen beteiligen werde. Er erwähnte sogar den genauen Standort des Gebäudes, von dem aus die US-Generäle Dwight Eisenhower und Omar Bradley die Übung zu beobachten gedachten. Obgleich die 9. Luftflotte der Luftwaffe über genügend Bomber verfügte, um einen Überraschungsangriff auf die alliierten Schiffe durchzuführen – was der SD-Agent auch empfohlen hatte –, ließen die Verantwortlichen diese Gelegenheit ungenützt verstreichen.[993] Am zweiten Tag des Manövers griffen deutsche Schnellboote auf eigene Faust an, torpedierten vier große Landungsschiffe und töteten Hunderte von alliierten Soldaten.

Die Frage, ob die Alliierten in Calais – wo der Ärmelkanal am schmalsten ist – oder weiter südlich an der Küste der Normandie landen würden, ließ dem deutschen Geheimdienst keine Ruhe. Im Februar 1944 stieß ein zweimotoriges Arado-240-Aufklärungsflugzeug zu der 3. Test-Formation, einer Luftaufklärungseinheit. Dank seiner außergewöhnlich hohen Geschwindigkeit konnte die Arado täglich ohne weiteres zwei oder drei Aufklärungsflüge über englischen Häfen durchführen. Merkwürdigerweise verlegte der Luftwaffe-Stab die Arado im März plötzlich zu Aufklärungsgeschwader F100 an die Ostfront und beraubte den Atlantik-Wall hierdurch dieses wertvollen Hilfsmittels.[994]

Die Kampfflugzeuge Messerschmidt 410 und Bf109 waren der Arado an Leistungsfähigkeit zwar unterlegen, aber dennoch imstande, die englische Küste bei unterschiedlicher Witterung zu überwachen, wobei sie zwecks Steigerung der Geschwindigkeit einen Sturzflug aus großer Höhe unternahmen. Am 25. April entdeckten die Piloten bei Southampton und Portsmouth Hunderte von Landungsschiffen. In den englischen Häfen Dover und Folkestone gegenüber Calais orteten sie hingegen keine ähnlich starken Ansammlungen.

Da die Deutschen den feindlichen Funkverkehr zwischen Plymouth und Portsmouth abhörten, wussten sie mit absoluter Sicherheit, dass diese beiden Häfen als Sprungbretter für eine Invasionsarmee dienen würden. Nichtsdestoweniger unterließ es der Generalstab, sich aufdrängende Maßnahmen wie die Verlegung zusätzlicher Truppen in die Normandie oder die Streuung von Seeminen zu ergreifen.[995] Von einem erbeuteten amerikanischen Thunderbolt-Jagdflugzeug aus fotografierten die Deutschen im Verlauf des Frühlings die wachsende Konzentration feindlicher Schiffe, doch kurz vor D-Day, der alliierten Landungsoperation vom 6. Juni, ordnete das OKW ohne jede Erklärung die Einstellung sämtlicher Aufklärungsflüge über England an.

In Tourcoing, dem Hauptquartier der 15. deutschen Armee, operierte Oberstleutnant Helmut Meyer eine äußerst leistungsfähige Funkabhörstation; jeder der dort eingesetzten Spezialisten sprach drei Sprachen fließend. Am 1., 2., 3. und 5. Juni hörten sie englische Funksprüche ab, welche die Invasion ankündigten. Meyer leitete diese Information auf dem Dienstweg weiter, doch niemand setzte die

Fronteinheiten darüber ins Bild.[996]

Im Mai 1942 hatte Hitler die Errichtung ausgedehnter Befestigungsanlagen längst der westeuropäischen Küste befohlen. Neben der Einrichtung großer, durch dicke Betonwände geschützter Artilleriestellungen ordnete er den Bau einer riesigen Zahl kleinerer Bauwerke aus Stahl und Beton an. Hierzu gehörten Stände für einzelne MG-Schützen, Bunker für Panzer- oder Fliegerabwehrgeschütze, geschützte Munitionsmagazine sowie Schutzräume für Personen. Der Bau des Atlantikwalls, der die Strände von Calais, der Normandie sowie der Bretagne schützen sollte, erforderte gewaltige Mengen von Zement und Eisen; Hunderttausende von Handwerkern und Arbeitern kamen dabei zum Einsatz. Allein im Mai 1943 waren 260.000 Mann bei diesen Bauarbeiten beschäftigt.[997]

Die Verteidigung der Küste oblag der Armeegruppe B, die aus der 7. und der 15. deutschen Armee bestand. Der Befehlshaber dieser Armeegruppe, Feldmarschall Erwin Rommel, hielt es für unabdingbar, die Invasion gleich schon auf den Stränden zurückzuschlagen, denn wenn es den Angreifern gelang, ins Landesinnere vorzudringen, würden die deutschen Streitkräfte die zahlenmäßig überlegenen feindlichen Truppen, deren Luftwaffe zudem den Luftraum beherrschte, nicht mehr stoppen können. Das Grundkonzept des Plans sah wie folgt aus: Sobald der Feind gelandet war, würden die Küstenartillerie und die in vorderster Front postierten Infanteriedivisionen ihn festnageln, bis die deutschen Panzerdivisionen einen Gegenangriff vortragen konnten. Die Alliierten planten in der ersten Welle 20.000 Mann an Land gehen zu lassen; in der zweiten Invasionsnacht sollte deren Zahl bereits auf 107.000 angewachsen sein. Die 7. deutsche Armee, der bei der Abwehr der Invasion die zentrale Rolle zukommen würde, zählte 128.358 Mann, darunter viele Veteranen früherer Feldzüge, und hatte zahlreiche befestigte, gut getarnte Positionen aus solidem Baumaterial bezogen.

Batterie "Lindemann" am Atlantikwall. Die Deutschen errichteten massive Betonbunker, um ihre Küstenartillerie vor alliierten Bombardierungen aus der Luft und von der See her zu schützen.

Die 91. Luftlandedivision, deren Stärke sich auf 10.555 Mann belief, ergänzte diese Streitkraft. Das OKW unterstellte ihr das 4.500 Mann starke Fallschirmjäger-Regiment 6, eine erstklassig ausgebildete und äußerst kompetent geführte Truppe, die sich besonders für den Kampf gegen feindliche Fallschirmspringer eignete.[998] Unterstützt wurde die 7. Armee von drei Panzerdivisionen mit einem Gesamtbestand von 56.150 Mann; in Westfrankreich waren drei weitere deutsche Panzerdivisionen stationiert. Selbst in Anbetracht der alliierten Luftüberlegenheit waren die

Verteidiger nach Ansicht der meisten Beobachter stark genug, um die Invasion zurückzuschlagen. Auch der amerikanische Stabschef General Walter Bedell Smith schätzte die Wahrscheinlichkeit, dass die Alliierten den Brückenkopf in der Normandie würden halten können, auf lediglich 50%.[999]

In den letzten Wochen vor D-Day versäumten die deutschen Stabsoffiziere die Gelegenheit, den Atlantikwall noch zu verstärken, und führten stattdessen Truppen- und Nachschubbewegungen durch, welche dessen Verteidigungskapazität nachhaltig schwächten. Es gelang der "Leitstelle III West für Frontaufklärung", mehrere Zellen der Résistance mit insgesamt 35 Angehörigen zu infiltrieren. Sie stellten Oberst Oskar Reile, dem Kommandanten der Leitstelle, eine Liste von Verbindungslinien, Kraftwerken, Eisenbahn- und Verkehrsknotenpunkten sowie Treibstofflagern zu, welche die Franzosen nach Beginn der Invasion zu sabotieren planten. Des Weiteren nannten sie die Stellen, an denen Partisanen deutsche Truppen auf ihrem Weg zur Kampfzone anzugreifen gedachten.[1000]

Reile stellte General Heinrich Stülpnagel, dem Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in Frankreich, einen ausführlichen schriftlichen Bericht zu. In diesem wurde auch der genaue Wortlaut der Sätze angeführt, die BBC ausstrahlen würde, um die französische Widerstandsbewegung darüber zu informieren, dass die Invasionsflotte in See gestochen war. Doch Stülpnagel, der die Unterstützung dieser kommunistisch geführten terroristischen Organisation für einen Putsch gegen Hitler zu gewinnen versuchte,[1001] ignorierte den Bericht.

Rommel ersuchte das OKW dringend, mehrere Millionen Tellerminen französischer Produktion, die seit dem Frankreichfeldzug von 1940 in Magazinen eingelagert waren, zwecks Verstärkung der längs der Strände errichteten Drahtverhaue freizugeben. Nach monatelangem Tauziehen lieferte das OKW die Minen schließlich ein paar Tage vor der Invasion, als es schon zu spät war, um sie zu legen. Die von den Deutschen ab 1943 hergestellten Küstenminen, die sowohl magnetische als auch Druckzünder besaßen und sich nur sehr schwer entschärfen ließen, waren in einem unterirdischen Flugzeughangar bei Le Mans eingelagert worden. Statt sie zu Verminung der Küstengewässer zu benutzen, wies man das zuständige Personal an, sie nach Magdeburg zu bringen, "um hier vor Sabotageakten sicher zu sein".[1002]

Am 15. Mai 1944 verlegte das deutsche Oberkommando die zweite Gruppe von Jagdgeschwader 26 aus der Normandie nach Mont-de-Marsan in Südfrankreich. Nur Tage vor der Invasion beorderte es ferner Teile des Fliegergeschwaders 2 auf Flugplätze in der Gegend um Paris. Die Luftwaffe verfügte immer noch über 183 FW190 Tagjagdflugzeuge, die unweit der Küste auf getarnten Stützpunkten stationiert waren, doch am 4. Juni erhielt Josef Priller, Kommandant des 26. Geschwaders, den Befehl, weitere 124 Jagdflugzeuge nach Mont-de-Marsan am anderen Ende Frankreichs zu versetzen. Das Bodenpersonal sowie die Ausrüstung sollten die Reise per Lastwagen absolvieren, was bedeutete, dass das Geschwader für eine Zeitlang praktisch außer Gefecht gesetzt sein würde.

Priller rief General Werner Junck, den Chef des 2. Jagd-Korps, an und protestierte aufgebracht:

> "Das ist doch heller Wahnsinn! Wenn wir eine Invasion erwarten, müssen Staffeln her und nicht weg! Und was soll werden, wenn der Angriff gerade während der Verlegung erfolgt? Meine Bodenorganisation kann frühestens morgen oder übermorgen an dem neuen Standort sein. Seid ihr alle verrückt?"

Junck konterte schroff, sein wütender Untergebener könne "die große staatliche Entwicklung" nicht aus der Perspektive eines Geschwaderkommandanten beurteilen.[1003] Am Morgen des 6. Juni griffen Oberst Priller und sein Flügelmann Feldwebel Heinz Wodarczyk die erste Welle der alliierten Landungstruppen an. Zwei Maschinen des Typus FW190 waren alles, was die Luftwaffe nach jahrelangen Bemühungen zur Vorbereitung einer effizienten Verteidigung aufbieten konnte.

Die häufigen anglo-amerikanischen Bombenangriffe auf deutsche Städte zwangen die Luftwaffe, Jagdgeschwader zur Verteidigung des deutschen Luftraums abzustellen. Einige Wochen vor der Invasion legte ein operativer Stab in Westfrankreich zusätzliche Flugplätze an, um die Flugzeuge zur Bekämpfung der alliierten Landungsstreitkräfte rasch dorthin verlegen zu können. Der Plan sah die temporäre Verlegung von 600 Jägern vor. Doch dann erhielt das Transportpersonal den Befehl, einen Teil der benötigten Treibstoff- und Munitionsvorräte sowie Reserveteile, die auf den provisorischen französischen Flugplätzen gelagert wurden, einzusammeln und nach Deutschland zu schaffen. Infolgedessen konnten lediglich 200 Jagdflugzeuge auf diese behelfsmäßig angelegten Flugplätze verbracht werden; weitere 100 folgten am 20. Juni.[1004]

Der Plan hatte ursprünglich die zusätzliche Verlegung der meisten deutschen Nachtjäger vorgesehen. Ihre erfahrenen Piloten hätten schon vor dem Beginn der amphibischen Landungen die langsamen Douglas-Transportflugzeuge, welche die alliierten Luftlandetruppen zu den Absprungstellen brachten, sowie die viermotorigen britischen Lancaster-Bomber, die Gleitflieger im Schlepptau hatten, reihenweise vom Himmel holen können. Stattdessen stationierte der Stab der Luftwaffeoperationen die Nachtjäger weit östlich der Küste und weit von den Absprungstellen entfernt. Die Nachkriegshistoriker erklären dies damit, dass die alliierten Störsender sowie allerlei Ablenkungsmanöver – beispielsweise Flugzeuge, die zur Irreführung des deutschen Radars Streifen von Aluminiumfolie abwarfen –, die Verteidiger während der entscheidenden Phase getäuscht hätten. Dies ist jedoch keine befriedigende Erklärung für die Fehlleitung der Jäger in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni. Lange vor D-Day hatten die erfahrenen deutschen Offiziere, die bei Nachtkämpfen zum Einsatz gelangten, ihre Jagdflugzeuge erfolgreich zur Bekämpfung von RAF-Bombern benutzt, obwohl die Briten schon damals zu ähnlichen Täuschungsmanövern griffen, um sie abzulenken.

Im April und Mai hatten Luftwaffe-Bomber nächtliche Einsätze gegen Portsmouth und Plymouth geflogen. In der Nacht des 30. April hatte ein von 101 mittelgroßen Bombern geflogener Angriff die Hafenanlagen von Plymouth stark beschädigt, doch am 30. Mai, als die Invasionsarmada zusammenströmte und immer mehr Truppen und Vorräte an Bord gebracht wurden, stellte die Luftwaffe die Bombardierungen ein.[1005]

Die Deutschen konzentrierten am Atlantikwall eine große Zahl von Artilleriegeschützen, deren Bedienungsmannschaften oft Schießübungen durchführten. Viele Batterien waren in massiven Betonbunkern untergebracht, die den Granaten der feindlichen Schiffsartillerie ebenso standhalten konnten wie Bomben aus der Luft. Die Beobachtungsposten und Entfernungsmesser, die das Artilleriefeuer leiteten, waren in befestigten Zentralen eingerichtet. Zehn Tage vor D-Day erging jedoch der Befehl, die Hälfte der Artilleriemunition in St. Lo einzulagern, und die Bemannungen der Beobachtungsbunker wurden angewiesen, alle Entfernungsmesser abzumontieren und sofort zu einer Inspektion nach Paris abtransportieren zu lassen.[1006] Am 6. Juni mussten die deutschen Küstenartilleristen, die alliierte Kriegsschiffe beschossen, beim Zielen durchs Rohr blicken. Nachdem die Invasion begonnen hatte, erhielten die Artilleristen dann Munitionslieferungen aus dem Arsenal in St. Lo, wobei die Geschosse freilich oft das falsche Kaliber hatten. Eine Batterie von 88-mm-Geschützen bekam eine Ladung Spezialgerät zur Vernagelung der Läufe.[1007]

Eine Küstenbatterie mit Tarnnetzen. Während der alliierten Landung in der Normandie bombardierten vier Schlachtschiffe eine ähnliche Artilleriestellung in Houlgate. Die Batterie wurde über 1000 Mal getroffen, darunter mehrmals von Geschossen mit 38 cm Durchmesser sowie von Flugzeugbomben, ohne ernsthaften Schaden davonzutragen.

Katastrophal wirkte sich für die Verteidiger auch der Umstand aus, dass am Morgen des 6. Juni mehrere hochrangige Offiziere sich nicht im Kampfgebiet befanden. Am Vortage hatte General Friedrich Dollmann, Kommandant der 7. Armee, sämtliche Divisions-, Regiments- und Artilleriekommandanten nach Rennes beordert, um dort an Kriegsspielen teilzunehmen. Er sorgte auch persönlich dafür, dass ein für die Nacht vom 5. auf den 6. vorgesehener Probealarm verschoben wurde. Hätte diese Übung stattgefunden, so wären die Truppen zum Zeitpunkt der Invasion sofort kampfbereit gewesen.[1008] Andere Kommandanten waren auf Inspektionstour, vergnügten sich beim Jagen oder trieben sich in Pariser Nachtklubs herum.

Auch Erwin Rommel war abwesend. Sein Stabschef, General Hans Speidel, ein aktiver Verschwörer, hatte ihn überredet, anlässlich einer Geburtstagsfeier in seiner Familie nach Deutschland zurückzukehren. Zu den wenigen Generälen, die auf ihren Posten verharrten, gehörte Dietrich Kraiss, der die 352. Infanteriedivision auf eigene Initiative in Alarmbereitschaft hielt. Seine Männer verteidigten den “blutigen Omaha-Strand” und fügten den ersten Wellen amerikanischer Soldaten erhebliche Verluste zu.

Die Trumpfkarte der deutschen Verteidigung war die Panzerwaffe. Im Verlauf des Jahres 1943 hatte die Waffen-SS zwei neue Panzerdivisionen aufgestellt, die 9. Panzerdivision “Hohenstaufen” und die 10. Panzerdivision “Frundsberg”, die unter dem Kommando von Paul Hausser zum 2. SS-Panzerkorps zusammengeschlossen wurden und denen eine Schlüsselrolle bei der Abwehr einer Invasion im Westen zugedacht war. Dementsprechend lag der Schwerpunkt bei der Ausbildung ihrer Angehörigen in der Bekämpfung von Fallschirmjägern und amphibischen Landetruppen unter den Bedingungen feindlicher Lufthoheit. Im März 1944 verlegte das OKW dieses Korps trotz Hitlers Bedenken in die Südukraine, um General Valentin Hubes umzingelte 1. Panzerarmee zu retten. Haussers Divisionen erfüllten diese Aufgabe, wonach das Oberkommando sie als Armeereserve in der Ukraine beließ. Dabei wurden sie ohne erkennbaren militärischen Sinn von einem Sektor zum anderen verschoben und die Ausbildung ihrer Soldaten unterbrochen.

Der Unteroffizier Franz Widmann erinnerte sich:

> “So kam die Meldung von der Westfront, dass die Alliierten am 6. 6. 1944 in der Normandie gelandet seien. Wir, die ‘Hohenstaufen’ und ‘Frundsberg’, die für diese Landung Monate lang geübt und sich darauf vorbereitet hatten, lagen untätig in Russland herum und warteten darauf, dass der Russe angreift.”[1009]

Am 12. Juni erhielt Hausser endlich den Befehl, mit seinem Korps nach Frankreich zurückzukehren. Die strapaziöse Bahnfahrt durch Europa endete mehr als 200 km von der Invasionsfront; den Rest des Weges legten die Soldaten auf ihren eigenen Fahrzeugen zurück. Da die Nächte im Juni kurz waren, erfolgte dies großenteils bei Tageslicht. So konnten feindliche Jagdbomber ein Scheibenschießen auf die Panzer verantworten, und aufgrund der großen Distanz, welche die Kettenfahrzeuge zurücklegen mussten, verringerte sich die Lebensdauer ihrer Motoren um die Hälfte.[1010]

Die schlagkräftigste Formation der deutschen Armee war die Panzer-Lehrdivision. Zu ihren 229 voll einsatzfähigen Panzern gehörten solche des Modells Panzer IV sowie des Elitemodells Panther. Die Division verfügte über 658 gepanzerte Halbkettenfahrzeuge, die zum Transport von Personal dienten, auf denen jedoch auch Fliegerabwehrgeschütze, Raketenwerfer, Flammenwerfer und Kanonen montiert werden konnten. Das OKW stationierte diese mechanisierte Elitetruppe rund 150 Kilometer von der normannischen Küste entfernt. Am 4. Juni wies es die Division an, ihre Panther-Panzer auf einen Güterzug zu verladen und nach Russland zu überstellen. Als die Invasion begann, befand sie sich unterwegs nach Osten. “Die Wegnahme der Panther-Abteilung beraubte die Division ihres stärksten Angriffselements”, schrieb der letzte Kommandant dieser Division nachdem Krieg.[1011] Die US Army berechnete später, dass sie zur Ausschaltung eines einzigen Panthers im Kampf jeweils fünf Sherman-Panzer verloren hatte.[1012]

Deutsche Panther-Panzer warten auf Eisenbahnwaggons auf ihre Verlegung in einen neuen Sektor. Der Panther war ein schneller, gut bewaffneter Kampfwagen mit gewaltiger Feuerkraft.

Am Abend des 5. Juni 1944, kurz vor 22 Uhr, entdeckte das Flottenpersonal, das die deutsche Radarstation bei Paimboeuf unweit von St. Nazaire bemannte, südlich von England eine große Konzentration von Schiffen. Funker Gerhard Junge berichtet:

> “Jedermann bei uns war sich im klaren, die lang erwartete Invasion hatte begonnen.”

Die Radarstationen bei Le Havre und Cherbourg entdeckten die alliierte Armada ebenfalls und

meldeten ihre Bewegungen an den Stab des Oberkommandanten West, Gerd von Rundstedt, der sich in Paris aufhielt. Sie fingen außerdem amerikanische Wettervorhersagen ab, welche an die US-Bombergeschwader, die normalerweise nachts keine Einsätze flogen, übermittelt wurden. Am Morgen des 6. Juni um 3:09 Uhr meldete die Flotte dem Oberkommandanten West: “Hunderte von Schiffen Kurs Süd”.[1013] Die Horchdienst-Einheit der Luftwaffe auf der Insel Guernsey, die vor der normannischen Küste gelegen war, sichtete 180 Lancaster-Bomber, die um 22.40 Uhr Segelflugzeuge in Richtung Festland schleppten. Der Befehlshaber eines deutschen Armeeregiments auf der Insel wurde sofort in Kenntnis gesetzt und leitete die Information an einen Adjutanten im Hauptquartier seines Korps in St. Lo weiter.

General Speidel, der an jenem Abend im Hauptquartier der Armeegruppe B in La Roche-Guyon Gäste empfing, wurde von General Erich Marcks’ Armeekorps über alliierte Luftlandeoperationen in fünf verschiedenen Gegenden unterrichtet. Von der Flottengruppe West erhielt er einen Bericht über Fallschirmspringer, die über Sektoren, die von der 716. und der 717. deutschen Infanteriedivision verteidigt wurden, abgesprungen waren; ein Major Förster informierte ihn über die Entwicklung der Lage in der Zone, in der die 717. Division stationiert war; die Luftwaffe meldete ihm, dass 50 bis 60 Transportflugzeuge feindliche Fallschirmtruppen absetzten.[1014] Nichtsdestoweniger versetzte Speidel seine Divisionen nicht in Alarmbereitschaft. Als ihn Rundstedts Stab telefonisch um eine Klärung der Lage bat, erwiderte er: “Meldungen werden für übertrieben gehalten.” Im Hauptquartier der Armeegruppe B sprach man von der Möglichkeit einer “Verwechslung abgesprungener Flugzeugbesatzungen”.[1015] Der Kommandant der 716. Infanteriedivision, General Wilhelm Richter, hielt später fest, es sei kein Alarm ausgelöst worden, bis die alliierten Fallschirmspringer bereits im Kampfeinsatz waren. Der Stabschef von OB West, Günther Blumentritt, rechtfertigte die Unterlassung eines Alarms wie folgt:

> “Eine unnötige Beunruhigung der Truppe, die infolge ihrer körperlichen Ausbauleistung auch Zeit zum Schlafen haben muss, sollte vermieden werden.”[1016]

Als die Landungen bereits in vollem Gange waren, forderte Rundstedt formell die sofortige Freigabe der drei Panzerdivisionen in der Normandie, welche das OKW für eine Entsendung an die Front in Reserve hielt. Aus Hitlers Hauptquartier erteilte General Alfred Jodl Rundstedt eine ablehnende Antwort:

> “Entsprechend den Berichten, die ich erhalten habe, könnte es sich nur um eine Ablenkungsattacke handeln… Ich denke nicht, dass es jetzt die Zeit ist, die OKW-Reserven freizugeben.”[1017]

In Rommels Abwesenheit hatte Speidel das Führerhauptquartier telefonisch zu diesem Entscheid überredet:

> “Eine Ausgabe operativer Weisungen kam in den ersten Stunden nicht in Frage, solange nicht Meldungen und die sofort überall hin entsandten Aufklärungsorgane Klarheit gebracht hatten. Man musste die Nerven zum Warten haben.”[1018]

Rundstedts Operationschef Oberst Bodo Zimmermann rief beim OKW an, um telefonisch Protest gegen die sinnlose Verzögerung einzulegen. Ein General im OKW, Horst Freiherr von Buttlar-Brandenfels, der dem Verschwörerkreis angehörte, herrschte Zimmermann an:

> “Sie hatten kein Recht, die Panzertruppen ohne unsere vorherige Genehmigung zu alarmieren. Sie müssen die Panzer sofort anhalten!”[1019]

Das OKW ließ die schwächste der drei gepanzerten Reservedivisionen, die 21., in größter Nähe zur Küste auffahren. Ungeachtet der dringenden Aufforderung seines kommandierenden Offiziers,

einen Angriff auf die in der Nähe gelandeten britischen Fallschirmtruppen zu genehmigen, verweigerte Speidel um 4.30 Uhr die Genehmigung zum Einsatz des Panzerregiments der Division, so dass sich diese Truppe stundenlang in einer bewaldeten Gegend verborgen hielt. Nachdem die 7. Armee sie schließlich doch zu einem Angriff auf das Absprunggebiet ermächtigt hatte, rollten die Panzer von Regiment 22 um 8.00 Uhr los. Doch schon bald wies Speidel sie an, eine Kehrtwendung zu vollziehen und auf die Küste vorzustoßen, was bedeutete, dass die Truppen einen großen Teil des Tages auf der Straße vorwärts fuhren und nicht an den Kämpfen teilnahmen.[1020] Das 21. Regiment geriet wiederholt ins Visier feindlicher Flugzeuge und verlor während des Marsches 50 Panzer. Schließlich griff es auf direkten Befehl Rommels, der eben in die Normandie zurückgekehrt war, doch noch an. Speidel hatte seinen Oberkommandanten um 10.15 Uhr telefonisch über die Lage ins Bild gesetzt. Das spät am Abend erfolgte Eintreffen des Feldmarschalls bereitete der Verzögerungstaktik seines Stabschefs ein abruptes Ende, doch war es Speidel gelungen, den rechtzeitigen Einsatz dreier gepanzerter Divisionen wirksam zu sabotieren. Am Mittag des 6. Juni hatte er auch das Gesuch General Max Pemsels abgelehnt, die hart bedrängte 716. Infanteriedivision, die das Ostufer des Flusses Orne verteidigte, durch Teile der benachbarten Truppenverbände zu verstärken. Als die Nacht einbrach, war diese Division praktisch ausgelöscht.[1021]

Die 12. Panzerdivision "Hitlerjugend" wurde von ihrem befehlshabenden Offizier um 2.30 Uhr und vom OB West um 4.00 in Alarmbereitschaft versetzt. Auf eigene Faust schickte Speidel diese Division in die falsche Richtung. Sie war in der Nähe von Lisieux stationiert und erhielt von Speidel die Anweisung, sich um weitere 30 km von der Küste zu entfernen. Ihr erster Generalstabsoffizier, Hubert Meyer, schrieb nach dem Krieg, dieser Befehl habe "eine schockierende Wirkung" gehabt.[1022] Am späten Nachmittag erging an die Division eine neue Direktive: Sie solle umkehren und auf Caen vorrücken.

> "Das bedeutete für alle Mot-Einheiten der Division eine Kehrtwendung, Richtungsänderung, weitere Zeitverluste und für unsere zerstreute Panzerabteilung einen weiteren Tag des Anmarsches unter beschissenen Verhältnissen",

erinnerte sich Panzersoldat Georg Jestadt, der zur Besatzung eines Panthers gehörte.

> "Es gab von oben immer öfter widersprüchliche Befehle, und der ganze Betrieb unserer Armeeteile glich – so kriegten wir den Eindruck – einem Ameisenbau, auf den man mit einem Stock eingeschlagen hatte."

Wie nicht anders zu erwarten, hatte dies verheerende Auswirkungen auf die Moral der Truppe:

> "Enttäuschung, sogar Unmut machten sich unter den Männern breit. Fast jeder Landser sah, dass hier vieles nicht mehr stimmte."[1023]

Heinz Schmolke, Kompaniekommandant in dem zu dieser Division gehörenden Panzergrenadierregiment 26, hielt nach Kriegsende in seinen Erinnerungen fest:

> "Die Truppe und die Frontoffiziere aller Dienstgrade waren sich damals bewusst, dass der Feind im Schwächemoment, d. h. in den ersten Stunden der Anlandung, wieder ins Meer geworfen werden musste, da andernfalls die Invasion gelänge; es kam also auf rechtzeitige Alarmierung an… Mein Regiment wurde erst am dritten Invasionstag eingesetzt, obwohl wir schon in der dritten Invasionsstunde am Feind hätten sein können."[1024]

Der Modus operandi verschiedener Stabsoffiziere bestand darin, die Truppen so lange wie nur möglich auf der Straße zu halten, was oft zur Folge hatte, dass sie alliierten Luftschlägen ausgesetzt waren. Als die Kolonnen der Panzer-Lehrdivision auf Caen vorrückten, wurden sie, so ein

überlebender Offizier,

> “auch schon von der feindlichen Luftaufklärung entdeckt und kurze Zeit später von Jagdbombern mit Bordwaffen, Raketen und Bomben angegriffen… Bald markierten schwarze Rauchpilze in Brand geschossener Fahrzeuge die Marschstraße für neue Jabo [Jagdbomber]-Wellen. Noch heute, viele Jahre später, verursacht der Gedanke an diesen Marsch Alpdrücken bei jedem Beteiligten.”[1025]

Die Division verlor 10% ihres Bestands, ehe sie die Kampfzone erreichte. Trotz der Proteste ihres befehlshabenden Offiziers Fritz Bayerlein hatte Dollmann die Panzer-Lehrdivision um 17.00 Uhr – also noch bei vollem Tageslicht – instruiert, den Vorstoß auf Caen fortzusetzen, nachdem er den Befehl zum Aufbruch zuvor um volle neun Stunden verzögert hatte.

Normandie, Juni 1944. Auf dieser Straße liegen die Überreste einer deutschen Kolonne, die von alliierten Jagdbombern beschossen worden ist. (Bundesarchiv)

Zur selben Zeit bewegte auch die nicht motorisierte 277. Infanteriedivision von Südfrankreich her per Zug auf die Küste der Normandie zu. Da General Dollmann wusste, wie rasch sie sich ihrem Bestimmungsort näherte, ordnete er an, sie in Angers aussteigen und zu Fuß weitermarschieren zu lassen, obwohl er wusste, dass sie hierfür 14 Tage benötigen würde. Der Kommandant der 277. Division, General Albert Praun, fuhr zu Dollmanns Hauptquartier in Le Mans, um eine Zurücknahme dieses Befehls zu erwirken. Dort erwartete ihn eine Überraschung: Die Telefonistinnen des Stabs trugen Badeanzüge und nahmen auf dem Dach des Bunkers in Hängematten ein Sonnenbad.[1026] In einer minuziös recherchierten Nachkriegsstudie über die deutsche Verteidigung in der Normandie gelangte Ewald Klapdor, ein ehemaliger Hauptmann der Waffen-SS, der an den Kämpfen teilgenommen hatte, zum Schluss:

> “Das Verhalten und die Maßnahmen der Heeresgruppe B… lassen keine besondere Eile bei der Heranführung der Divisionen an den Kampfraum erkennen.”[1027]

Am Tag der Invasion befahl Rommel, das voll motorisierte 3. Flak-Korps, das südlich von Amiens Quartier bezogen hatte, in die Normandie zu überstellen, doch sein Kommandant, General Wolfgang Pickert, erfuhr erst spät am Nachmittag von der alliierten Landung und musste nach Paris fahren, um sich diesen Sachverhalt bestätigen zu lassen. Seine Batterien, die sich auch gegen Panzer bewährten, erreichten die Front erst am 8. und 9. Juni.[1028] Trotz dieser Verspätung schoss das Korps 462 feindliche Flugzeuge ab und vernichtete über 100 alliierte Panzer.

Eine Schlüsselrolle bei der Durchkreuzung deutscher Gegenschläge gegen die alliierte Landung in der Normandie spielte Oberst Alexis Freiherr von Roenne. Als Chef von "Fremde Heere West" und Protégé Gehlens tat er sein Möglichstes, um Hitler, Rommel und Rundstedt durch Falschmeldungen hinters Licht zu führen, laut denen die Landungsoperation nur eine Täuschung war, um die deutschen Truppen von Calais fernzuhalten, wo angeblich die wirkliche Invasion bevorstand. General Eisenhower hatte gehofft, die Verteidiger durch die sogenannte "Operation Fortitude" auf die falsche Fährte zu locken. Diese Operation bestand aus Desinformation über eine frei erfundene "First U.S. Army Group", die in England Gewehr bei Fuß bereitstand, um eine Invasion zu starten. Diese Desinformation wurde Roenne plangemäß zugespielt. Er leitete sie ans OKW weiter, ließ es sich jedoch nicht nehmen, die am 2. Juni vom US-Geheimdienst gelieferte Zahl amerikanischer Phantom-Divisionen noch drastisch zu übertreiben. Nachdem Speidels Stab Roennes Bericht erhalten hatte, bauschte er die Zahl seinerseits noch auf.[1029] Die Informationen, die Roenne der Armeegruppe B über die Position der alliierten Truppen sowie die alliierten Pläne lieferte, waren regelmäßig allzu weit von der Wirklichkeit entfernt, als dass er sich in gutem Glauben geirrt haben könnte.[1030]

Die deutschen Aufklärer erbrachten handfeste Beweise dafür, dass Roennes Angaben über die bevorstehenden Aktionen der Alliierten nichts als Lug und Trug waren, doch diese Beweise wurden dem Führer niemals vorgelegt. Am frühen Morgen des 6. Juni überflog Leutnant Adalbert Bärwolf mit seinem Aufklärungsflugzeug – einer Messerschmidt Bf, Modell G8 – die feindliche Invasionsflotte. Die von ihm hergestellten Luftaufnahmen der gewaltigen Armada, die sich unweit der Küste der Normandie befand, hätte eigentlich jeden Zweifel daran zerstreuen müssen, dass dies die wirkliche Invasionsstreitkraft war. Der Generalstab von Armeegruppe B legte jedoch die Hände in den Schoss und leitete die Aufnahmen auch nicht auf dem Dienstweg weiter.[1031]

Speidel benutzte den Popanz einer feindlichen Landung in Calais, um die Verlagerung kampfbereiter Reserven von der 15. Armee, die an der Nordflanke der 7. Armee stationiert war, in die Normandie zu blockieren. Die 15. Armee war anderthalbmal so groß wie die 7. und umfasste die 2. und die 116. Panzerdivision. Letztere war von allen deutschen Einheiten am besten ausgerüstet. Noch stärker fiel aber ins Gewicht, dass die Transportkapazitäten der 15. Armee um das Dreißigfache größer waren als diejenige, über die Dollmanns Divisionen in der Normandie verfügte, obschon ihre Nachschublinie kürzer waren und sie nicht im Einsatz stand. Speidel weigerte sich mehrmals, wenigstens einen kleinen Teil dieser Fahrzeuge zur Unterstützung von Kampfoperationen abzukommandieren, weil, so beispielsweise seine Erklärung gegenüber den konsternierten Feldkommandanten am 22. Juni, "nach allen vorliegenden Nachrichten und Meldungen doch mit einem Angriff gegen die Kanalfront beiderseits der Somme gerechnet werden muss".[1032] Speidel befahl am 6. Juni, die 116. Panzerdivision in Richtung Dieppe zu verlegen und den Abstand zwischen ihr und der Kampfzone hierdurch zu *vergrößern*.

Ein im wahrsten Sinne des Wortes "handfester" Beweis, den Speidel zu erwähnen "vergaß", waren die am Nachmittag des 7. Juni in deutsche Hand geratenen Operationspläne für das 5. und das 6. amerikanische sowie das 30. britische Korps. Kosaken vom 493. Ostbataillon, welche einen Gegenangriff des Pionierbataillons der 352. deutschen Infanteriedivision sowie des Grenadierregiments 916 unterstützten, hatten diese Dokumente in einem verlassenen Landungsfahrzeug bei den Leichen amerikanischer Marineoffiziere vorgefunden. Aus dem mehr als 100 Seiten umfassenden Fund ging hervor, dass die Landung in der Normandie die *einzige* Invasion sein würde. Oberstleutnant Fritz Ziegelmann von der 352. Infanteriedivision übergab die Dokumente seinen Vorgesetzten. Das Hauptquartier der 7. Armee zog aus dieser ungeheuer wichtigen Information keinerlei Konsequenzen.

Von der Ostfront nach Westen verlegte Stabsoffiziere fügten der deutschen Verteidigung in der Normandie immensen Schaden zu. Im Mai 1944 versuchte General Wagner, der die Lieferung der Winterkleidung für die deutschen Truppen Ende 1941 bewusst viele Wochen lang verzögert hatte, zu erreichen, dass die gesamten Artilleriemunitionsvorräte für die 352. und die 716. Infanteriedivision in ein Arsenal abtransportiert wurde, das weit hinter den voraussichtlichen Frontlinien lag. Dieser Schritt, argumentierte er, sei erforderlich, um den Bestand an Munitionsreserven zu erhöhen. Nur die Intervention von General Marcks blockierte diesen verdächtigen Befehl, dessen Ausführung die beiden Divisionen am Tag der Invasion praktisch zur Untätigkeit verurteilt hätte.[1033]

Wagner ernannte Oberst Finckh, der früher die Nachschublieferungen an die eingeschlossenen Truppen in Stalingrad nach Kräften sabotiert hatte, im Juni 1944 zum Quartiermeister für Rommels Armee – mit dem Ergebnis, dass sich die Treibstoff- und Munitionslieferungen an die Front fast unmittelbar drastisch verlangsamten. Zuvor hatten die Deutschen mit gutem Erfolg bei Nacht die französischen Wasserwege zum Transport von Kriegsmaterial benutzt, doch sobald Finckh in seine neue Position berufen worden war, traf nur noch ein Zehntel der Artilleriemunition bei den Kanonieren ein, obwohl es in den Depots ausreichende Vorräte gab.[1034] Vom Rest des Nachschubs erreichte lediglich ein Fünftel sein Ziel. Am 2. Juli meldete General Alfred Gause aus Caen, dass den deutschen Batterien pro Tag nur gerade drei bis fünf Granaten pro Geschütz zur Verfügung standen.[1035] Rommel beauftragte General Friedrich Dihm damit, die Gründe für diese Lieferungsstaus in Erfahrung zu bringen, worauf ihn Dihm über Finckhs pflichtvergessenes Verhalten unterrichtete. Der Feldmarschall forderte, Finckh vor ein Kriegsgericht zu stellen.

Ein zerstörter deutschen Panzer IV und ein zerstörter US-Panzer M-10 wurden nur weniger Meter voneinander entfernt auf einem Schlachtfeld in der Normandie fotografiert.

Zu den Nachschubgütern, welche die Front niemals erreichten und später den Amerikanern in die Hände fielen, gehörten ca. 2 Mio. Liter Flugzeugtreibstoff und 175.000 Tagesrationen für die Truppe, darunter 2,5 Millionen Zigaretten. Und was die deutschen Soldaten tatsächlich bekamen, erwies sich oft als nutzlos. So warfen Transportflugzeuge beispielsweise bei Carentan Nachschub für das Fallschirmjäger-Regiment 6 ab. Die deutschen Fallschirmspringer, denen die Munition für ihre

Handfeuerwaffen auszugehen drohte, fanden, als sie einige der Container öffneten, darin Kondome vor.[1036]

Nach Hitlers Überzeugung hatte Verrat entscheidend zum Erfolg der alliierten Landung beigetragen. Im Zusammenhang mit der deutschen Verteidigung von Cherbourg hielt Rochus Misch vom Stab des Führers fest:

> "Hitler war felsenfest davon überzeugt, dass die ganze Operation mit Verrat zusammenhing. In dieser Meinung sah er sich bestätigt, als uns einige Wochen später Fotos über Schweden zugespielt wurden, auf denen zu sehen war, wie ein deutscher Oberst, der eine Festungsbunkeranlage der Abwehr an der Invasionsküste befehligte, mit einem Glas Sekt mit zwei englischen Offizieren anstieß. Ganz offensichtlich, ohne einen einzigen Schuss abgegeben zu haben… Nichts, aber auch gar nichts hatte geklappt auf deutscher Seite im Zusammenhang mit der Invasion. Es gab also nur eine Erklärung: Verrat und Sabotage."[1037]

In seinen Memoiren erklärte der Unteroffizier Otto Henning von der Panzer-Lehrdivision den Fall von Cherbourg mit "unbekannten Kräften im Führerhauptquartier", welche die Überstellung vollständig ausgerüsteter Reserven in die Normandie verhindert hätten, mit dem Ergebnis, dass die 7. Armee ausblutete.

> "Der Eindruck lässt sich einfach nicht beiseite wischen, dass hier an den verschiedensten Befehlen bewusst gedreht worden ist und dass andere, ebenfalls entscheidende Befehle überhaupt nicht gegeben wurden",

begründet Henning seine These.[1038] Gestapo-Chef Müller, der in puncto Spionage wohl bestinformierte Mann in Deutschland, sagte nach dem Krieg:

> "Ein Großteil des armseligen deutschen militärischen Verhaltens in Frankreich nach der Invasion geschah durch absichtliche Versuche seitens der Verschwörer und ihrer Freunde, um gegenüber den Westmächten zu kapitulieren oder um die Amerikaner und Engländer durch die Front passieren zu lassen, damit diese Deutschland noch vor den Russen erreichen sollten."[1039]

Die Stabsoffiziere in den deutschen Hauptquartieren unterließen es, die Fronttruppen, die Flugzeugbesatzungen sowie die Marine rechtzeitig zu warnen. Sie verzögerten Gegenangriffe, erteilten häufig einander widersprechende Befehle und verboten es den Luftabwehrbatterien, während der alliierten Bombardierung des Flottenstützpunkts in Le Havre auf die feindlichen Flugzeuge zu feuern. Sie entfernten kampfbereite Verbände von der Front und schmiedeten Ränke gegen ihre eigene Regierung. Speidel, der in Rommels Abwesenheit Armeegruppe B während der kritischen ersten Phase der Invasion befehligte, verbrachte den Morgen des 6. Juni größtenteils beim Tischtennisspiel mit anderen Stabsoffizieren.[1040]

Es gibt schlechthin keine normale Erklärung dafür, dass die deutschen Truppenverbände in Frankreich als Bestandteil einer kriegserfahrenen Armee, die sich schon oft unter extremen Bedingungen bewährt hatte, nach monatelanger Vorbereitung auf eine entscheidende Schlacht und regelmäßigen Manövern dann im Ernstfall eine dermaßen klägliche Figur abgaben. Hier lohnt sich ein Vergleich mit den Ereignissen im Januar 1944, als die deutschen Truppen nach ihrem Rückzug aus Süditalien die Gustav-Linie südlich von Rom besetzten, welche ihre Pioniertruppen ab Oktober des Vorjahres befestigt hatten. Obwohl sie den alliierten Streitkräften in manchen Sektoren zahlenmäßig um das Zehnfache unterlegen waren und fast keine Panzer oder Kampfflugzeuge besaßen, vermochten die Deutschen diese Linie volle vier Monate lang zu halten. Bei Cassino, der Schlüsselposition auf der Gustav-Linie, versuchte eine neuseeländische Division vier Tage lang, einen einzelnen deutschen Panzer zu neutralisieren, der in den Trümmern verborgen war, und verlor dabei fast 300 Mann an

Gefallenen.[1041] In der Normandie verfügten die Deutschen über Hunderte von Panzern sowie über stärkere, systematischer vorbereitete Verteidigungsanlagen, gaben die Initiative jedoch schon am allerersten Kampftag aus der Hand.

Die “guten Deutschen”

Die deutsche Widerstandsbewegung wahrte bei ihren Aktivitäten derart strenge Geheimhaltung, dass ihr verderblicher Einfluss ohne das gescheiterte Attentat auf Hitler vom 20. Juli, das eine umfassende staatliche Untersuchung nach sich zog, womöglich niemals ans Licht gekommen wäre. Der Mordanschlag warf ein grelles Licht auf die Verschwörung zur Sabotage der deutschen Kriegsanstrengungen. 160 Verschwörer wurden erschossen, gehängt oder entzogen sich ihrer Festnahme durch Selbstmord. Der Urheber des missglückten Anschlags war Graf Claus von Stauffenberg, seit dem 1. Juli 1944 Stabschef beim Befehlshaber des Ersatzheeres. Dieses umfasste rund eine halbe Million ausgebildeter und vollständig ausgerüsteter Soldaten, die auf ihre Entsendung an die Front warteten. Sein Oberkommandant war General Friedrich Fromm. Um die kämpfende Truppe zu schwächen, hatte dieser den Einsatz des ihm unterstellten Ersatzheeres auf verschiedene Art und Weise verzögert. Im ersten Monat der Kämpfe in der Normandie verloren die Deutschen 96.000 Mann an Gefallenen, Verwundeten und Gefangenen, doch infolge der von Fromm betriebenen Sabotage erhielt die Armee im Westen lediglich 6.000 neue Soldaten und 17 neue Panzer.[1042] Im Juli wurden in Holland stationierte Bataillone, deren Aufgabe eigentlich darin bestanden hätte, die bei den Kämpfen schwer dezimierten Infanteriedivisionen in der Normandie wieder aufzufüllen, stattdessen nach Südfrankreich überstellt.[1043]

Bei Lagebesprechungen vertrat Stauffenberg Fromm im Führerhauptquartier in Rastenburg. Seine Aufgabe bestand darin, über die Fortschritte zu berichten, die bei der Auffüllung der Kampfdivisionen mit Reservepersonal erzielt wurden. Dabei sog er sich ständig neue Ausreden dafür aus den Fingern, warum nur ein kleiner Teil der Truppen, die in Garnisonen auf deutschem Boden ungeduldig auf ihren Einsatz warteten, an die Front geschickt wurde. Ein Offizier aus dem Stab Goebbels’ resümierte die lügenhaften Ausflüchte, die Stauffenberg gegenüber Hitler ins Feld führte:

> “Die Luftangriffe sind daran schuld, heißt es. Bald fehlen nur noch die Gasmasken, dann wieder müssen die Unteroffiziere bloß noch auf einen unbedingt notwendigen Lehrgang, oder es fehlt eine bestimmte Art Munition, die zwar vorhanden ist, aber wegen der gestörten Verkehrsverbindungen nicht herankommen kann, oder eine Waffenkammer hat einen Volltreffer bekommen, in der ausgerechnet sämtliche Gewehrschlösser für ein ganzes Regiment wohl verwahrt und gut eingefettet aufgehoben wurden. Kurz es kommt – Tücke des Objekts – immer im letzten Augenblick irgendetwas dazwischen, so dass der vorgesehene, allerletzte Termin für die Aufstellung der Einheiten doch nicht eingehalten werden kann.”[1044]

Gegenüber Mitverschwörern äußerte sich Stauffenberg einmal wie folgt:

> “Unsere Verbündeten sind nicht Halder oder Keitel, sondern die militärische Notlage und Rückschläge.”[1045]

Von Himmler, Göring und General Hermann Fegelein begleitet, hält Hitler nach dem Attentat in Rastenburg am 20. Juli 1944 seinen verletzten Arm. Keitel vermutete, ein deutscher Handwerker könnte die Zeitbombe während der kurz zuvor durchgeführten Reparaturarbeiten im Hauptquartier versteckt haben. "Ein deutscher Arbeiter wird niemals die Hand gegen mich erheben!" konterte Hitler. "Eine solche Freveltat kann nur dem krankhaften Hirn eines dekadenten Adligen entspringen."

Am 20. Juli schmuggelte Stauffenberg eine in seiner Aktentasche verborgene Höllenmaschine, die Lieblingswaffe von Terroristen in aller Welt, in den Besprechungsraum bei Rastenburg. Um nicht selbst von der Bombe zerrissen zu werden, verließ er die Unterredung vor der Explosion der Bombe und bestieg ein Kurierflugzeug nach Berlin. Hitler erlitt bei der Detonation nur leichte Verletzungen, doch ein Stenograph und drei Offiziere kamen ums Leben, und mehrere andere der 24 Teilnehmer trugen Verletzungen davon. Zu den Toten gehörten Rudolf Schmundt, der kurz zuvor seinen persönlichen Einfluss beim Führer genutzt hatte, um Stauffenbergs schleppende Karriere zu fördern, [1046] sowie der Stabsoffizier Oberst Heinz Brandt, ein Gegner des Nationalsozialismus, den niemand vor dem bevorstehenden Attentat gewarnt hatte.[1047]

Im OKW-Sitz an der Bendler-Straße in Berlin warteten Stauffenbergs Komplizen ungeduldig auf die Nachricht vom Ableben Hitlers, um "Operation Walküre" starten zu können, den Putsch zum Sturz der nationalsozialistischen Regierung. Unter ihnen befanden sich der pensionierte General Ludwig Beck, Ex-General Erich Hoepner, der anno 1942 wegen Ungehorsams und Feigheit unehrenhaft aus der Wehrmacht entlassen worden war, ferner der im Ruhestand befindliche Feldmarschall Erwin von Witzleben sowie Fromms Untergebener Friedrich Olbricht. (Aus erbeuteten deutschen Unterlagen erfuhr das US-Außenministerium später, dass Olbricht militärische Geheimnisse via Gisevius an die Rote Kapelle verraten hatte.)[1048] Als Stauffenberg eintraf, machte er seinen Kumpanen weis, Hitler sei beim Bombenanschlag getötet worden. Die Verschwörer schickten sich deshalb an, mit der Revolte zu beginnen. General Fellgiebel, der in die Attentatspläne eingeweiht und in Rastenburg geblieben war, unterließ es, seine Komplizen in Berlin über das Scheitern des Attentats in Kenntnis zu setzen. Er war übrigens einer der ersten, die Hitler dazu beglückwünschten, dass er dem Tod um Haaresbreite entronnen war. Es gelang Fellgiebel zwar, die Verbindung zwischen Rastenburg und der Außenwelt für kurze Zeit zu kappen, doch vermochte er die Telefonleitungen nicht allzu lange außer Betrieb zu setzen, und Hitler konnte Kontakt zu Goebbels in Berlin aufnehmen. Er rief auch Major

Ernst Otto Remer an, den Kommandanten des Wachbataillons “Großdeutschland” in Berlin, und befahl ihm, die Verschwörer zu verhaften.

Einer der Gründe für den raschen Zusammenbruch des Putsches war die mangelnde Unterstützung der Usurpatoren durch die Armee. Die Nachrichtenzentrale im Berliner Bendler-Block, wo das Oberkommando des Ersatzheeres seinen Sitz hatte, hörte die Telefongespräche des Führers ab. In Anbetracht der Entwicklung der Lage leiteten sie die von den Verschwörern an verschiedene Truppenverbände gerichteten fernschriftlichen Befehle nicht an die Adressaten weiter. Oberst Fritz Jäger, ein Mitglied des Stauffenberg-Kreises, suchte verschiedene Kasernen auf, um eine Kompanie von Schützen aufzubieten, mit denen er die Rundfunkstation sowie das Propagandaministerium besetzen und Goebbels festnehmen wollte. Er fand jedoch keinen einzigen Soldaten, der bereit gewesen wäre, seine Anweisungen zu befolgen.[1049]

Stülpnagel und eine Handvoll gleichgesinnter Aristokraten unterstützten den Putsch von ihrem Pariser Hauptquartier aus. Es gelang ihnen, ein Bataillon des Sicherheitsregiments 1 zu mobilisieren, dem Stülpnagel befahl, Angehörige des SD und der Gestapo, darunter auch den SS- und Polizeichef in Paris, Carl Oberg, in ihren Büros zu verhaften. Mit der Behauptung, der SD habe sich gegen Hitler erhoben, zogen Stülpnagels Komplizen die Soldaten des Bataillons auf ihre Seite. In einem der Fernschreiben, die Witzleben in Berlin für die Armee verfasst hatte, unterstellte er anderen, was er selbst getan hatte:

> “Eine gewissenlose Clique frontfremder Parteiführer hat unter Ausnutzung der gegenwärtigen Lage versucht, der schwer ringenden Front in den Rücken zu fallen und die Macht zu eigensüchtigen Zwecken an sich zu reißen.”[1050]

Ein zeitgenössischer deutscher Historiker kommentiert das Handeln der Putschisten wie folgt:

> “Die Verschwörer wagten nicht das offene Bekenntnis, dass sich der Putsch gegen Hitler richtete, sondern argumentierten quasi im Namen des toten Führers gegen eine ‘gewissenlose Clique’. Die Putschisten waren sich ihrer Sache selber nicht sicher und befürchteten, dass Wehrmacht und deutsches Volk im Grunde ihres Herzens zum größten Teil zu Hitler stünden und ihnen daher nicht folgen würden.”[1051]

Die dem Militär angehörenden Widerstandskämpfer hatten kaum Kontakt zu den einfachen Angehörigen der Truppe. “Sie hatten innerlich nichts gemein mit dem deutschen Soldaten”, schrieb der *Völkische Beobachter* am 22. Juli.[1052] Stauffenberg beispielsweise hatte nie eine kämpfende Einheit kommandiert. Sein Armeechauffeur Karl Schweizer bezeugte später, dass der Graf sowohl in seiner Berliner Wohnung als auch in seinem Dienstbüro im Kriegsministerium einen üppigen Vorrat an Wein, Champagner, Schnaps, Likör und Tabak gehortet hatte. Oberstleutnant Fritz von der Lancken hatte seinen Mitverschwörern regelmäßig diese Luxuswaren besorgt, die für den Frontsoldaten oder die deutsche Zivilbevölkerung im fünften Kriegsjahr unauffindbar waren. Schweizer sagte aus, er könne sich kaum an einen Tag erinnern, an dem Stauffenberg keinen Alkohol zu sich genommen habe.[1053] Dank seinen Kontakten zu Fischereibetrieben an der Nordsee hatte der Graf auch dafür sorgen können, dass regelmäßig Räucheraal, Ölsardinen und andere Delikatessen an seine Adresse geschickt wurden.[1054]

SD-Chef Dr. Ernst Kaltenbrunner verfasste zu Händen der Reichskanzlei eine Reihe vertraulicher Berichte, in denen die Motive der Verschwörer analysiert wurden. Nach dem Krieg beurteilte Friedrich Georgi, ein ehemaliger Angehöriger des Widerstands, diese Berichte als “durchaus nüchtern und sachlich, wenn auch natürlich sehr einseitig.”[1055]

In Bezug auf Stauffenberg hielt Kaltenbrunner in einem Bericht vom 23. September 1944 fest, dass

der Graf und sein aristokratischer Kreis nicht nur

> “staatspolitische, sondern auch gesellschaftspolitische Ziele verfolgte, das heißt die Wiederherstellung und Erhaltung der Vorrechte einer bestimmten gesellschaftlich umgrenzten Gruppe von Personen”.[1056]

Major Remer äußerte sich über die Geschehnisse des 20. Juli wie folgt:

> “Der vermeintliche Tod Adolf Hitlers löste bei allen Offizieren und auch bei der Truppe geradezu eine Schockwirkung aus. Ich habe nie in meinem Leben, auch nicht nach dem Zusammenbruch, eine solche Niedergeschlagenheit erlebt.”[1057]

In seiner Autobiographie schrieb Günther Adam, ein Veteran der SS-Division “Hohenstaufen”, der in jenem Juli in Frankreich stationiert gewesen war:

> “Am Abend dieses Kampftages kommen junge Heeresoffiziere zu uns in unseren Gefechtsstand und erzählen, dass auf den Führer ein Attentat verübt worden sei, welches jedoch misslungen sei. Hohe Wehrmachtsoffiziere seien daran beteiligt gewesen. Sie fragen allen Ernstes, ob sie bei uns bleiben dürfen, da sie sich deretwegen schämen würden, Heeresoffiziere zu sein.”[1058]

Für Rolf Hinze, einen Veteranen der 19. Panzer-Division, kam der Mordversuch

> “noch dazu zum denkbar ungeeigneten Zeitpunkt, in dem es gerade einer einheitlichen, straffen Führung bedurfte. Diese Meinung vertraten die Truppenangehörigen ungeachtet ihrer verschiedenen weltanschaulichen Einstellungen – selbst bei gewisser Ahnung der Hintergründe und innerer Ablehnung Hitlers. Das Wort vom ‘Dolchstoß’ hörte man allerorten und nahm befriedigt zur Kenntnis, dass eine einheitliche Führung gewahrt blieb.”[1059]

Hitlers Luftwaffe-Adjutant Oberst Nicolaus von Below meinte:

> “So sehr die führenden Generale das bedingungslose Vertrauen zu Hitler verloren hatten, so sehr vertraute der einfache Soldat seiner Führung. Ich zweifelte nicht, dass nur dieser Tatsache der Halt der Fronten zu verdanken war.”[1060]

Unmittelbar nach dem fehlgeschlagenen Attentat entdeckte der Fernmeldedienst in Rastenburg Fellgiebels geheime Telefonleitung in die Schweiz, die zur Weiterleitung militärischer Informationen an sowjetische Agenten gedient hatte. Die Gestapo verhörte Stabsoffiziere, von denen einige bereits auf der Liste Verdächtiger standen, und nahm in Fällen, wo sich der Verdacht auf Subversion verdichtete, Verhaftungen vor. Oberst Below berichtete dem Führer, was er von einem Vetter erfahren hatte: Seit dem Beginn der Verhaftungswelle erhielt dessen Armeekorps an der Ostfront endlich in regelmäßigen Abständen den benötigten Nachschub.[1061]

Die Aufdeckung der Sabotage, meinte Goebbels zu einem Mitarbeiter, habe Hitler “vollkommen deprimiert”.[1062] Hans Rattenhuber, persönlicher Sicherheitsoffizier des Führers, sagte im Gespräch mit Giesler:

> “Ihn hat dieser Verrat der kämpfenden Front mehr mitgenommen als das Attentat. Neulich hat er uns gesagt, er habe seit langem damit gerechnet, dass aus diesem reaktionären Klüngel einmal auf ihn geschossen werde, aber eine solche Hinterhältigkeit hätte er keinem Offizier zugetraut, erst recht nicht den gemeinen Verrat am Soldaten, der täglich sein Leben für Deutschland einsetzt.”[1063]

In der Vergangenheit hatte Hitler nicht reagiert, wenn NSDAP-Mitglieder vor der mangelnden Loyalität des Generalstabs warnten. Ein militärischer Verbindungsoffizier im Propagandaministerium, Oberst Hans-Leo Martin, erinnerte sich, dass Goebbels seinen eigenen Aussagen zufolge “ganz einwandfrei” zahlreiche Beweise dafür entdeckt hatte, “dass zur Zeit defätistische Stimmung bei

zahlreichen Offizieren des OKW, besonders des OKH, geradezu bedenkliche Ausmaße" annehme.[1064] Nichtsdestoweniger nahm der Führer diese Offiziere vor den Angriffen Goebbels' und Himmlers in Schutz. Schließlich hatten sie einen Treueeid auf ihn abgelegt, und er glaubte "felsenfest an die Unerschütterlichkeit ihrer Treu- und Ehrbegriffe, obwohl er wusste, dass sie keine Nationalsozialisten waren", schrieb Goebbels' Mitarbeiter Wilfred von Oven.[1065] In einer Ansprache an den Stab legte Jodl am 24. Juli in Rastenburg dar, wie bestimmte Offiziere in der Vergangenheit gelegentlich unter Verdacht geraten waren:

> "Wo solche [Verdachtsgründe] zu vermuten waren, ließ sich schon gelegentlich ahnen, aber der Führer ist darüber immer mit Gutmütigkeit hinweggegangen und hat seine schützende Hand über die Aufdeckung gehalten, so zum Beispiel im Fall des Generals Fellgiebel, der schon früher durch Äußerungen aufgefallen war… Diese Männer wollten nicht nur den Führer beseitigen, sondern auch bedenkenlos ihre Kameraden mit in die Luft sprengen."[1066]

Im Gespräch mit seinem Stab bekundete der Führer seine Enttäuschung und Empörung über die Verschwörer:

> "Ich habe ein altes Offizierskorps übernommen, wie es war, habe ihm seine Tradition belassen und sie geachtet. Ich habe die Offiziere beruflich und wirtschaftlich gefördert, wie und wo ich nur konnte. Ich habe ihre Leistungen anerkannt und belohnt. Ich habe sie befördert und ausgezeichnet. Ich habe jedem, der sich bei mir gemeldet hat, kameradschaftlich die Hand gedrückt. Und jetzt muss ich jeden Offizier bis zum General, der mich aufsucht, im Vorzimmer erst untersuchen lassen, ob er nicht irgendein Mordinstrument in seiner Aktentasche mitbringt, um mich umzubringen, wie dieser Graf Stauffenberg, der nichts Besseres tun konnte, als mir eine Höllenmaschine unter meinen Arbeitstisch zu stellen, um mich und seine Kameraden hinterhältig aus der Welt zu schaffen."[1067]

Die deutsche Öffentlichkeit reagierte, wie der ehemalige Gauleiter Rudolf Jordan in seiner Autobiographie festhielt, "mit Entsetzen und Abscheu" auf den Mordversuch:

> "Am Abend sprach ich unter freiem Himmel am Domplatz in Magdeburg zur Bevölkerung. Die ganze Stadt nahm ergriffen an dieser Treuekundgebung teil. Es schien mir, dass – angesichts der schicksalhaften Situation des Krieges um Sein oder Nicht-Sein – das Volk mit Entschlossenheit hinter Adolf Hitler stand. Es kam dazu, dass der erstaunliche Ablauf des Attentates wie ein Werk der Vorsehung empfunden werden konnte. Das hat auch die höchsten Würdenträger beider Konfessionen stark bewegt."

Der lutheranische Bischof von Hannover, der persönlich nichts für den Nationalsozialismus übrig hatte, verurteilte Stauffenbergs "verbrecherischen Anschlag" öffentlich.[1068]

Im Krankenhaus von Carlshof besuchte Hitler die Offiziere, die beim Bombenanschlag vom 20. Juli ernsthaft verletzt worden waren. Gegenüber General Karl Bodenschatz erklärte er die Motive der Attentäter folgendermaßen:

> "Ich weiß, Stauffenberg, Goerdeler und Witzleben haben geglaubt, das deutsche Volk durch meinen Tod zu retten. Aber bisher hat man nur das eine ermitteln können: Diese Leute hatten überhaupt keinen festen Plan darüber, was sie nachher tun wollten. Sie hatten keine Ahnung, welche Armee ihren Putsch unterstützen, welches Wehrkreiskommando ihnen helfen würde! Selbst das Naheliegendste, eine Verbindung mit dem Feind, hatten sie nicht zuwege gebracht. Ja, ich habe sogar erfahren, dass die Gegner Verhandlungsangebote abgelehnt haben."[1069]

Hitlers Informationen waren korrekt. Im April 1941 hatte das Reichsaußenministerium Hans

Buwert mit der Verwaltung des französischen Verlags Hachette beauftragt. Ende 1942 führten ihn der Berliner Polizeichef Graf Heinrich Helldorf sowie ein Generalstabsoffizier, Graf Heinrich Dohna-Tolksdorf, in Stülpnagels Kreis ein. Bei einer Reise nach Spanien und Portugal traf sich Buwert mit Vertretern der Alliierten. "Es ist bekannt, dass die Fühlungnahme mit den Alliierten negativ ausgefallen ist", hielt er später fest.[1070]

Im Sommer 1940 hatte Churchills Kabinett eine Politik des "absoluten Schweigens" gegenüber dem deutschen Widerstand eingeschlagen.[1071] Noch vor dem Krieg hatte das britische Außenministerium dringend vor einer solchen Allianz abgeraten. Im November 1938 hatte Unterstaatssekretär Sargent in einem Memorandum gewarnt:

Hitler verlässt das Krankenhaus von Karlsbad, wo er General Bodenschatz und andere beim Bombenanschlag vom 20. Juli 1944 verletzte Offiziere besucht hat. Seine Adjutanten Otto Günsche (links) und Julius Schaub begleiten den Führer.

> "Eine offene und fähige Militär-Diktatur könnte sogar noch gefährlicher sein als das NS-Regime."[1072]

Auch bei den Amerikanern holten sich die Ränkeschmiede eine Abfuhr. Bei der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 erklärte Roosevelt öffentlich, die Alliierten würden sich nicht mit weniger zufriedengeben als mit der bedingungslosen Kapitulation des Reichs. Was dies für Deutschland bedeutete, gehen aus folgenden privaten Aufzeichnungen Roosevelts vom Dezember 1944 hervor:

> "Welche Maßnahmen auch gegen Japan und Deutschland ergriffen werden, in jedem Fall muss dazu die Beschränkung ihrer industriellen Betätigung gehören, um sie daran zu hindern, den englischen, französischen, holländischen, belgischen und anderen Exporteuren und uns selbst auf dem Weltmarkt Konkurrenz zu machen."

US-General Albert Wedemeyer schrieb:

> "Die westlichen Alliierten unternahmen nicht den geringsten Versuch, die Deutschen zu spalten, indem sie den Gegnern des Hitlerregimes annehmbare Friedensbedingungen zusicherten."[1073]

Für die Angehörigen der Widerstandsbewegung war die Einstellung der Alliierten durchaus kein Geheimnis. Oberst Ulrich Schwerin von Schwanenfeld, ein Stabsoffizier, der energisch auf Hitlers

Ermordung drängte, musste zwar einräumen, dass Roosevelt nicht von seiner Forderung nach bedingungsloser Kapitulation abrücken würde, spann aber dennoch weiterhin munter seine Intrigen.[1074] Zwei Tage bevor Stauffenbergs Höllenmaschine in Hitlers Besprechungsraum explodierte, kehrte der Verschwörer Otto John von fruchtlosen Verhandlungen mit Vertretern der Feindmächte in Madrid zurück und teilte seinen Komplizen mit, dass die Alliierten auch im Fall von Hitlers Tod auf der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands bestehen würden.[1075] Später räumte er freimütig ein:

> "Der innerdeutsche Widerstand gegen Hitler war für die politische und militärische Strategie der Westmächte schon bei der Planung der Invasion Frankreichs im Herbst und Winter 1943 kein beachtenswerter Faktor mehr – im Gegensatz zur Résistance in Frankreich, die von den Westmächten moralisch und mit Material aller Art aufgepäppelt wurde."[1076]

Der Stabsoffizier Tresckow, der Hitler als "tollwütigen Hund, der beseitigt werden muss" bezeichnete, legte sich ebenfalls Rechenschaft darüber ab, dass der Tod seines Oberbefehlshabers die Alliierten keineswegs zu einer Änderung ihrer Kriegspolitik veranlassen würde.[1077] Dr. Eugen Gerstenmaier, Angehöriger des Verschwörerkreises und späterer Präsident des westdeutschen Bundestags, sagte 1975 in einem Interview:

> "Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: dass dieser Krieg schließlich eben nicht gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde."[1078]

Sofort nach Stauffenbergs gescheitertem Mordanschlag nannten britische Rundfunkstationen, die Sendungen für den europäischen Kontinent ausstrahlten, die Namen von Deutschen, von denen die Engländer wussten, dass sie in Komplotte gegen Hitler verwickelt waren. Dies ermöglichte es der Gestapo, die Verschwörer schneller zu verhaften. In einem BBC-Kommentar wurde der Putsch als Produkt der preußischen Militärkaste bezeichnet, jener Schicht also, deren Vernichtung zu den angelsächsischen Kriegszielen gehörte.[1079] Das deutsche Volk, fuhr BBC fort, begehe einen groben Fehler, wenn es seine Führung solchen Leuten anvertraue.

Fritz Hesse, Spezialist für englische Angelegenheiten im deutschen Außenministerium, kommentierte die alliierten Reaktionen auf die Geschehnisse des 20. Juli sarkastisch wie folgt:

> "Es hätte nicht viel gefehlt, und der englische und amerikanische Rundfunk hätten Hitler zu seinem Entkommen gratuliert."

Der Führer selbst war schockiert über die extreme Deutschfeindlichkeit, die aus manchen alliierten Kommentaren sprach. "Diese Leute hassen Deutschland beinahe noch mehr als mich", meinte er gegenüber Ribbentrop.[1080]

Am 25. Juli unterbreitete John Wheeler-Bennett, ein britischer Historiker und Berater des Londoner Außenministeriums, diesem ein Memorandum über die Folgen der Geschehnisse in Rastenburg, in dem es unter anderem hieß:

> "Man kann jetzt schon ziemlich endgültig feststellen, dass die Dinge für uns jetzt besser aussehen, als dies der Fall gewesen wäre, wenn die Verschwörung vom 20. Juli ihr Ziel erreicht hätte und Hitler getötet worden wäre… Die Gestapo und die SS haben uns einen echten Gefallen getan, indem sie einen Teil jener Leute aus dem Weg räumten, die sich nach dem Krieg zweifellos als 'gute Deutsche' gebärdet hätten… Deshalb ist es für uns vorteilhaft, wenn die Säuberung weitergeht, denn die Tötung Deutscher durch Deutsche wird uns künftig allerlei Peinlichkeiten ersparen."[1081]

Churchill, Eden und das Außenministerium machten sich Wheeler-Bennetts Standpunkt zu eigen.[1082] Eine interne Analyse des OSS stufte Hitlers Überleben ebenfalls als Glücksfall ein, weil die verschwörerischen deutschen Generäle hierdurch der Chance beraubt worden seien, ihm die ganze Schuld für Deutschlands Niederlage in die Schuhe zu schieben.[1083]

Ein deutscher General, der keinerlei Illusionen über die Einstellung der Alliierten hegte, war Walter von Brauchitsch, bis Dezember 1941 Oberbefehlshaber der Armee. Im April 1940 hatte ihm Halder schriftlich vorgeschlagen, Hitler zu stürzen und ein Abkommen mit dem Westen auszuhandeln. Brauchitsch reagierte hierauf mit einer scharfen Rüge:

> “Sie hätten mir das nicht vorlegen sollen. Was hier geschieht, ist glatter Landesverrat. Das kommt für uns unter gar keinen Umständen in Frage… Im Krieg ist das für einen Soldaten unmöglich. Es handelt sich hier übrigens nicht um einen Kampf der Regierungen, sondern um die Austragung von Weltanschauungen. Die Beseitigung Hitlers würde also nichts nützen.”[1084]

Kontrast der Beweggründe

Im Juli 1941 publizierte die Armeezeitschrift *Offiziere des Führers* einen Aufsatz von Walter Groß vom Rassenpolitischen Amt der NSDAP. Darin wurde das übliche Argument präsentiert, dass die Abstammung eines Menschen seine Eigenschaften und seine Führungsqualitäten stärker prägen als seine Ausbildung und die materiellen Verhältnisse, unter denen er aufgewachsen ist oder lebt. Bezüglich des Militärs fügte Groß hinzu:

> "Als durch den Befehl des Führers die Laufbahn des Offiziers ohne Rücksicht auf soziale Herkunft und Schulbildung jedem deutschen Mann eröffnet wurde, sind gelegentlich besorgte Stimmen laut geworden, die darin den Durchbruch eines radikal-sozialistischen Prinzips erblicken und eine Gefahr für Leistung und Haltung des Offizierskorps sehen wollten. Und Dutzende von Malen habe ich erlebt, dass die eigenen Hinweise auf die hohen erblichen Werte, die durch generationenlange Auslese in Soldaten- und Offiziersfamilien herangezüchtet worden sind, von solcher Seite dann geradezu als Einwand gegen eine nationalsozialistische Neuerung in Anspruch genommen wurde, gegen die sich ein engherziges, nur 'nationales' bürgerliches Denken innerlich sträubte."

Groß parierte diesen Einwand mit der Bemerkung, jedes traditionelle System, das bestimme Volksschichten den Zugang zu Führungspositionen versperre, hemme dadurch die Entwicklung brachliegender menschlicher Ressourcen innerhalb der Nation:

> "Es liegen in einem gesunden Volk auch außerhalb solcher sozial aufgestiegenen Familien Tausende und Abertausende gleichwertiger Anlagen in den breiten Massen verborgen, die, herausgehoben und entsprechend entwickelt, genau den gleichen Wert für die Gesamtheit besitzen und die gleichen Leistungen auch besonderer Art zu entwickeln vermögen, wie die Besten der alten durchgezüchteten Familien… Wo sonst im Volk irgend ähnliche und gleich hochwertige Anlagen verborgen sind, da ist es möglich und erforderlich, sie zu entdecken und an den Platz im Leben des Ganzen zu stellen, an dem die ihnen mögliche Leistung nach entsprechender Ausbildung zur Geltung kommen kann… Der Maßstab aber, mit dem über das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein solcher erblicher Voraussetzung entschieden wird, ist für beide Gruppen ein und derselbe: Er besteht ausschließlich in der Leistung und der Bewährung an der Aufgabe."[1085]

Als Hitler vor dem Krieg die allgemeine Wehrpflicht wieder einführte, handelte es sich bei den Inhabern der Kommandopositionen um Männer, die sich ihre Sporen in der alten Armee verdient hatten. Vielen höheren Offizieren mangelte es an Vorstellungsvermögen oder an Flexibilität, um sich mit militärischen Innovationen wie Panzer, Luftwaffe oder elastischer Verteidigung anzufreunden. Dieses Unvermögen trat im Russlandfeldzug besonders krass zutage. Etliche Generäle, denen es an der erforderlichen Kühnheit, Initiative und Kaltblütigkeit fehlte, um einen so furchterregenden militärischen Goliath wie die UdSSR zu überlisten, auszumanövrieren und niederzuringen, wurden deshalb entlassen. An ihre Stelle traten oft Männer aus dem einfachen Volk. Hitler selbst stellte im Januar 1944 fest:

> "In welch rapider Weise sich dieser sozialistische Aufbau unseres Volkskörpers vollzieht, erweist sich am stärksten heute im Krieg… Mehr als sechzig vom Hundert des jungen Offizierskorps stammen aus dem Mannschaftsstand und schlagen damit eine Brücke zu Hunderttausenden von Arbeitern und Bauern oder Angehörigen des kleinen Mittelstandes."[1086]

Auch wenn sie ihre politische Macht verloren hatten, behielten die Sprösslinge der deutschen

Adelsfamilien ihre ererbten Würden bei, und ihnen standen genau dieselben Möglichkeiten offen wie allen ihrer Landsleute. Viele jüngere Adlige taten im Zweiten Weltkrieg ihre Pflicht an der Front und erwiesen sich hierdurch ihrer klangvollen Namen würdig. Die eingefleischten Konservativen und Reaktionäre innerhalb des Adels strebten eine diplomatische Laufbahn oder eine Karriere im Generalstab an, wo sie der deutschen Sache unter minimalen Risiken größtmöglichen Schaden zufügen konnten. Da sich die Mitglieder der Widerstandsbewegung in ihrem Standesdünkel hochmütig von den anderen gesellschaftlichen Schichten absonderten, mussten sie sich wohl oder übel mit der einzigen Kraft zusammentun, die in der Lage war, der sozialen Revolution, die Deutschland verwandelt hatte, den Garaus zu machen – dem äußeren Feind. Um eine ihnen verhasste Regierungsform zu stürzen, übernahmen die Verschwörer die feindlichen Kriegsziele, mit all den sich hieraus ergebenden Konsequenzen für ihr eigenes Land.

Während der Verhandlungen, die er am 17. April 1944 in Madrid mit Vertretern der Westalliierten führte, verlangte der Verschwörer Otto John die Streichung der Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Die anglo-amerikanischen Abgesandten erwiderten, Washington und London beabsichtigten, den Russen beim Einmarsch in Deutschland Vortritt zu gewähren und sie als erste in Berlin einziehen zu lassen. Die Deutschen, fügten sie hinzu, verdienten es, bestraft zu werden, und das überlasse man am besten den Sowjets.[1087]

Nachdem deutsche Truppen die Sowjets in einem Gegenangriff aus einem ostpreußischen Dorf vertrieben hatten, entdeckten sie die verstümmelten Leichen von Zivilisten, die von der Roten Armee abgeschlachtet worden waren. Sowjetische Gräueltaten waren während des ganzen Krieges gang und gäbe.

Wie gewissenhaft die Rotarmisten diese Aufgabe erfüllten, geht aus folgenden Beispielen hervor: Im Oktober 1944 stoppte die 4. deutsche Armee eine Offensive der 11. sowjetischen Gardearmee, die in Ostpreußen eingefallen war und auf Königsberg zumarschierte, und trieb die Sowjets zurück. Dabei befreiten die Deutschen den Weiler Nemmersdorf, wo sie die Leichen von 72 ermordeten

Zivilisten vorfand, darunter die geschändeten Körper junger Frauen, die von den Sowjetsoldaten an Scheunentore genagelt worden waren.[1088]

In Schillmeyszen, Memelland, gehörte der deutsche Artillerist Erich Czerkus zu den Soldaten, die den Gegenangriff auf sein von den Sowjets besetztes Heimatdorf vortrugen. Nach dem Rückzug des 93. sowjetischen Schützenkorps bot sich ihm ein grausiger Anblick dar:

> "An einer Scheune fand ich meinen Vater, mit dem Gesicht zur Erde liegend und mit einer Einschussstelle im Genick… In einer Stube lagen ein Mann und eine Frau, die Hände auf den Rücken gefesselt und beide mit einer Leine zusammengebunden… In einem weiteren Gehöft erblickten wir 5 Kinder mit ihren Zungen auf einen großen Tisch angenagelt. Von meiner Mutter fand ich trotz angestrengter Suche keine Spur… Unterwegs erblickten wir 5 Mädchen, mit einer Leine zusammengebunden, die Kleidung fast vollständig entfernt und den Rücken stark aufgerissen. Es hatte den Anschein, als ob die Mädchen eine längere Strecke geschleift worden waren."[1089]

Albert Speer (rechts) wurde im Februar 1942 zum Rüstungsminister ernannt. Er bereitete dem Einfluss des Generalstabs auf Rüstungsproduktion und Nachschub ein Ende und übertrug die Aufgabe, die Waffenherstellung zu reorganisieren und ihr die gebührende Priorität einzuräumen, der Privatindustrie. Dies führte zu einer erheblichen Erhöhung der Produktion. Auf diesem Bild lobt er einen Armeefeldwebel dafür, dass dieser, gestützt auf seine persönliche Kampferfahrung, einen Vorschlag unterbreitet hat, der zur Verbesserung eines Waffensystems führte. Soldaten niedrigen und mittleren Ranges zu Vorschlägen zu ermuntern stellte einen revolutionären Bruch mit der alten Ordnung dar – es war nicht der einzige.

Die Deutschen dokumentierten zahllose andere Grausamkeiten.

Im Januar 1945 erfolgte eine zweite sowjetische Invasion Ostpreußens. Die Rote Armee umzingelte Königsberg. Am 19. Februar trugen die deutschen Streitkräfte einen Entlastungsangriff vor. Zugleich unternahmen deutsche Divisionen, darunter die 5. Panzerdivision, einen Ausfall aus der belagerten Stadt und griffen den Feind an. Im Königsberger Vorort Metgethen fanden die

vormarschierenden Truppen die Leichen von 32 Frauen, die von den Sowjets vergewaltigt, ermordet und in einen Granatentrichter geworfen worden waren. Hauptfeldwebel Kurt Göring, ein deutscher Panzerkommandant, der am Angriff teilgenommen hatte, bezeugte:

> "Dann erreichten wir Metgethen. Wir sahen mit Erschütterung, was hier geschehen war. Auf dem Bahnhof stand ein Flüchtlingszug mit Frauen und Mädchen. Diese waren darin vergewaltigt und ermordet worden. Wir schrieben auf die Flanken der Wagen 'Rache für Metgethen!' Von nun an ging der Kampf gnadenlos weiter."[1090]

Ein weiterer Augenzeuge, der sich an lokalen deutschen Gegenangriffen beteiligt hatte, war Feldwebel Günther Adam; hier ein Auszug aus seinem Augenzeugenbericht:

> "Ein anderes Dorf, das wir angreifen und nehmen, zeigt die gleichen Verbrechen dieser Bestien. Auf der schneebedeckten, festgefahrenen Dorfstraße liegen die Reste einer jungen Frau. Sie muss einen Pelzmantel getragen haben, wie wir sehen. Sie liegt mit abgespreizten Armen und Beinen auf dem Rücken. Dann sind sie mit dem Panzer über den Körper gefahren und haben sie platt gewalzt. Dies zeigt die Panzerspur. Diese blutige, zerquetschte Masse ist steif gefroren und das Grausamste, was ich je im Krieg gesehen habe… Im Haus finden wir erschlagene Männer. Da nur Funzeln die Szene beleuchten, müssen wir erst schalten, um zu begreifen, was hier geschehen ist. In blutdurchtränkten Betten liegen vergewaltigte Frauen, sie leben noch. Dann das Grausamste, auf einem Bettpfosten ein aufgespießter Säuglingskopf."[1091]

Die Einheiten der Roten Armee, die deutsche Kriegsgefangenenlager überrannten, pressten die befreiten russischen Insassen rücksichtslos in Infanteriebataillone, die bei den ersten Angriffswellen zum Einsatz gelangten, oder behandelten sie als Fahnenflüchtige. Beim Lager Alt-Dreiwitz schossen sie auf 30 amerikanische Kriegsgefangene, die von ihren deutschen Wachen nicht evakuiert worden waren, und töteten einige davon. So benahm sich also die sowjetische Armee, deren Eindringen in Deutschland von Stauffenberg, Olbricht und ihren Gesinnungsgenossen maßgeblich erleichtert worden war.

Die Westmächte führten ebenfalls Krieg gegen deutsche Zivilisten, aber aus der Luft. Im Juli 1943 flogen die Royal Air Force und die 8. amerikanische Luftflotte mehrere dicht aufeinander folgende Luftangriffe auf Hamburg. Dabei wurden 30.482 Einwohner der Stadt in Stücke gerissen, verbrannten lebendig, erstickten oder wurden unter Trümmern begraben. Unter ihnen befanden sich 5.586 Kinder. Das Feuer zerstörte 24 Krankenhäuser, 277 Schulen und 58 Kirchen.[1092] Ein Offizier, der bei der Evakuierung von Flüchtlingen mithalft, schilderte, wie einige Passanten Kinder trugen, die infolge des Terrors aus der Luft praktisch über Nacht ergraut waren.[1093]

Unter den Augenzeugen befand sich Gerd Bucerius, ein Angehöriger des Widerstands. In einer Hamburger Vorstand beobachtete er die anfliegenden englischen Bomber vom Hausdach aus:

> "'Endlich', rief ich immer wieder, 'endlich!' Zu lange hatten mir die Alliierten gewartet, um den Weltenfeind Hitler niederzukämpfen. Der hatte bisher unaufhaltsam gesiegt… Was habe ich damals gedacht: Grauen und Mitleid, natürlich. Aber auch: Ihr, die Toten, habt es so gewollt… Um wen habe ich während des Angriffs gebangt? Um die Piloten. Sie waren ja tapfer und taten, was ich von ihnen erhoffte."[1094]

Nach dem Krieg führte die US-Armee im besetzten Deutschland eine Umfrage über die Moral der Bevölkerung durch. Auf die Frage, worunter sie während der Hitler-Herrschaft am meisten gelitten hätten, nannten 91% der befragten Deutschen die alliierten Bombenangriffe. Nur gerade zwei Prozent schrieben auf dem Fragebogen an der entsprechenden Stelle "Verlust der Freiheit" oder "Naziverbrechen".[1095]

“Der 20. Juli hatte erwiesen, dass der Hochverratsgedanke in den Massen des Volkes und den Millionen der Truppe keinen Boden und keine Wurzeln besaß”, schrieb der Journalist und SS-Untersturmführer Hans Schwarz van Berk.

> “Was den Putschisten auch das letzte Gramm von Verständnis vorenthielt, war die im ganzen zutage getretene persönliche Absicht der Beteiligten, nicht ihr Leben für die von ihnen behauptete höchste Notwendigkeit im Interesse des Landes einzusetzen, sondern vor allem für eine Ambition, für einen erhofften Machttitel persönlich zu überleben.”

Schwarz van Berk betonte auch, dass es nicht die Gestapo war, die Deutschland zusammenhielt und sein Volk zusammenschweißte. Dies, schrieb er, sei eine Illusion, der sich Oppositionelle hingäben.

> “Volk und Truppe kämpften so erbittert und standhaft, weil sie von dem Bewusstsein durchdrungen waren, dass es in diesem Kampfe buchstäblich um die letzten Fragen der nationalen wie der persönlichen Existenz und Freiheit ging. Es gab, insbesondere an der Ostfront, den Deserteur in der Hauptkampflinie so gut wie nicht. Es gab in der Rüstung zuhause auch den Saboteur an der Werkbank so gut wie nicht… Dieses Volk stand nun wie nie in eigener Sache im Feuer und setzte von sich aus alle seine moralische Kraft daran, sie zu retten. Weder Gestapo noch Truppendisziplin hätten eine Bedeutung behalten und den ungeheuren Druck abfangen können, wäre die moralische Situation eine andere gewesen.”[1096]

Von den 70 Heeresoffizieren, die an dem Komplott zum Sturz Hitlers beteiligt waren, gehörten 55 dem Adel an.[1097] Diese im Standesdünkel befangene Clique griff zu Sabotage, Verrat und Mord, um ihre Ziele zu erreichen. Mit gewissen Aspekten der deutschen Außen- und Innenpolitik unzufrieden waren zwar auch viele Mitglieder der Waffen-SS, doch kämpften diese jungen Idealisten dafür, den Kontinent vor fremden Invasionen zu schützen und revolutionäre Veränderungen zu bewirken, nicht um eine anachronistische Gesellschaftsordnung wiederherzustellen, die vom Standesdenken der verflossenen kaiserlichen Ära geprägt war. Durch ihren Mut und ihre Hingabe errangen sie einen Einfluss, der es ihnen ermöglichte, im Rahmen der geltenden Gesetze für Reformen zu fechten; die bestehende Ordnung zerstören zu wollen, kam ihnen nicht in den Sinn. Sie waren bereit, um des Wohls und Wachstums der europäischen Gemeinschaft willen mehr zu opfern, als sie je hoffen konnten zu gewinnen.

Ein Vergleich zwischen zwei Männern, von denen der erste eine Ikone der Widerstandsbewegung und der zweite ein gewöhnlicher deutscher Infanterist war, wirft ein grelles Licht auf den Kontrast zwischen zwei Weltanschauungen. Pastor Dietrich Bonhoeffer, Sohn eines namhaften Psychiaters, unterstützte die Abwehr heimlich bei ihren Intrigen gegen die deutsche Sache. Dass ihn die Abwehr als “Spezialisten” heranzog, ermöglichte es ihm, sich vor dem Militärdienst zu drücken. Seine Verwandten machten auf dem Schwarzmarkt gute Geschäfte. Anlässlich eines Besuchs in Genf sagte er 1941 zu anderen Geistlichen:

Ein Freiwilliger der Division "Wiking" mit einer erbeuteten sowjetischen Maschinenpistole hält für Europa Wacht.

> "Das Bekenntnis muss gerettet werden, auch wenn ein ganzes Volk dafür zugrunde geht… Ich bete für die Niederlage meines Vaterlandes."[1098]

Einen Widerspruch zwischen seinem religiösen Bekenntnis und seiner Unterstützung der Sowjets vermocht er offenbar nicht zu erkennen…

Bonhoeffer, der nie ein Schlachtfeld auch nur von weitem sah, ging gelegentlich auf Reisen und führte bis April 1943 eine sorglose Existenz, wurde dann aber wegen Zersetzung der Wehrkraft inhaftiert.

Im August 1940 meldete sich der 17-jährige Fritz Hahl zur Waffen-SS. Als Angehöriger der Division "Wiking" erlebte er seinen ersten Kampfeinsatz am 1. Juli 1941 gegen die Rote Armee. Insgesamt verbrachte Hahl 861 Tage an der Front und wurde dabei siebenmalverwundet. Nach dem Krieg schrieb er:

> "Heute kann ich nicht mehr verstehen, woher ich als junger Mann zwischen meinem 17. und 22. Lebensjahr die Kraft nahm, mich immer wieder zu überwinden, meine Angst zu besiegen und auch dann noch weiterzukämpfen, als Rückschläge nicht ausblieben, und an ein gutes Ende zu glauben. Ein Argument jedenfalls hat mein und meiner Generation das Handeln bestimmt: Ich wollte mit meiner Truppe, wie alle deutschen Soldaten, die Heimat mit den Frauen und Kindern – ohne Rücksicht auf uns selbst – vor den Sowjets schützen."[1099]

Das Vermächtnis

Nach Deutschlands Kapitulation im Mai 1945 begannen die alliierten Besatzungsstreitkräfte Tausende von Deutschen, die auf die eine oder andere Weise mit der nationalsozialistischen Regierung verbunden gewesen waren, zu verhaften, zu verhören und einzusperren. Zu den Inhaftierten gehörte eine namhafte Autorität auf dem Gebiet des internationalen Rechts, Friedrich Grimm. Zehn Jahre zuvor hatte Hitler ihn um Rat gebeten, als er die Wiedereinführung der Wehrpflicht plante. Nun saß Grimm einem britischen Offizier gegenüber, der ihm einige Exemplare neuer Flugblätter zeigte, welche die Sieger gedruckt hatten. Sie waren in deutscher Sprache verfasst und sollten überall im besetzten Deutschland verbreitet werden. Diese Flugblätter, in denen deutsche Kriegsverbrechen geschildert wurden, bildeten den ersten Schritt des Deutschland zugedachten Umerziehungsprogramms. Grimm meinte, nun, wo der Krieg vorbei sei, wäre es an der Zeit, diese verleumderische Propaganda einzustellen. Sein Gegenüber, bei dem es sich vermutlich um den britischen Desinformationsspezialisten Sefton Delmer handelte, wehrte gleich ab:

> "Nein, nun fangen wir erst richtig an! Wir werden diese Gräuelpropaganda fortsetzen, wir werden sie steigern, bis niemand mehr ein gutes Wort von den Deutschen annehmen wird, bis alles zerstört sein wird, was sie in anderen Ländern an Sympathien gehabt haben, und bis die Deutschen selbst so durcheinander geraten sein werden, dass sie nicht mehr wissen, was sie tun!"[1100]

Die ständige Hetze hielt alte Wunden jahrzehntelang offen. Bis zum heutigen Tage verhindert sie jede objektive Analyse eines Systems, das von einer der fortschrittlichsten, produktivsten und kreativsten Zivilisationen geschaffen wurde und dieser nach der Zeit wirtschaftlicher Not und gesellschaftlicher Zwietracht, die nach dem Ersten Weltkrieg geherrscht hatte, zu Wohlstand und Harmonie verhalf. Nach dem Waffengang von 1939 bis 1945, der die kämpfenden Nationen teils aufs schwerste verwüstete und in einigen von ihnen die junge Generation furchtbar dezimierte, lohnt es sich, die zentralen Elemente der Ideologien zu erforschen, in deren Namen der Krieg ausgefochten wurde. Die Lehren, die man daraus ziehen kann, könnten zu einem besseren Verständnis zwischen den Völkern führen und die Aussichten für die Zukunft drastisch verbessern.

In Bezug auf Deutschland ist es insbesondere von Nutzen, nicht nur zu ergründen, *was* Hitler tat, sondern auch *warum* er es tat. Die Verurteilung des Nationalsozialismus als kriminelle Verirrung war die Vorstufe zur heutigen Ideologie, wonach nichtdemokratische Regierungen bestenfalls hinterwäldlerische Tyrannenregime sind, die ihren Völkern jede Freiheit vorenthalten, und schlimmstenfalls "Schurkenstaaten". Die liberale Demokratie als Krönung der politischen Entwicklung der Menschheit zu feiern, führt zu Selbstgefälligkeit und lässt bei ihren Anhängern jene kritische und wache Haltung verkümmern, die unabdingbar ist, wenn man ein System reformieren und seine Fehlentwicklungen korrigieren will.

Reformen sind stets das Ergebnis von Rastlosigkeit und Unzufriedenheit. Diese gab den Anstoß zur Aufklärung und bewog die Intellektuellen jener Zeit dazu, dem monarchistischen System, das den einfachen Menschen jede Chance auf Selbstentwicklung raubte, den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Die ersten, die neue Ideen politisch verwirklichten, waren die amerikanischen Siedler, die nicht gewohnt waren, sich mit einem unmäßig autoritären Regime abzufinden, sowie die geistreichen und selbstsicheren Franzosen. Ihre Regierungen verlegten den Schwerpunkt auf die Förderung des Individuums, im schroffen Gegensatz zu den monarchistischen Regimen, unter denen sich eine exklusive, nur auf ihren eigenen Vorteil bedachte Minderheit an der Macht hielt.

In Deutschland entstand sich das Zeitalter der Aufklärung unter anderen Bedingungen. Der

kontemplative, methodische Charakter der Deutschen führte zu einer allmählichen Verschmelzung liberaler Werte mit Elementen der alten Ordnung. Angesichts der mächtigen Nachbarstaaten Deutschlands war eine starke zentrale Autorität immer noch erforderlich, um die nationale Unabhängigkeit zu bewahren. Gemeinsam mit der Vereinigung des Reichs im Jahre 1871 schenkte der Liberalismus den Deutschen eine Zeit der Reifung und des Wohlstands. Das Kaiserhaus, das mit dem Fortschritt der Zeit nicht Schritt zu halten vermochte, scheiterte auf außenpolitischem Gebiet sowie im Krieg kläglich und musste 1918 schließlich von der politischen Bühne abtreten. Die Weimarer Republik war angesichts der drückenden Tribute, die ihnen die Alliierten auferlegt hatte, unfähig zur Wiederherstellung einer blühenden Gesellschaft.

Enttäuscht und verbittert wandten sich die Deutschen einer neuen Ideologie zu. Mit seiner Machtübernahme, der ein zähes und langwieriges Ringen vorausgegangen war, stieß Hitler mehr oder weniger in ein politisches Vakuum vor. Er warf die Demokratie über Bord, verabschiedete sich endgültig von der kaiserlichen Ära und griff auf die Ideen patriotischer deutscher Intellektueller des frühen 19. Jahrhunderts zurück. Die Nationalsozialisten förderten zwar die individuelle Freiheit, nicht jedoch eine wirtschaftliche Laissez-faire-Ideologie; auf Kosten der Gemeinschaft Profite zu scheffeln und Karriere zu machen, hielten sie für schädlich und einer harmonischen Gesellschaft für abträglich. “Der Liberalismus hatte zwar dem wirtschaftlichen Fortschritt die Bahn geebnet, zugleich aber der sozialen Zerrüttung der Völker Vorschub geleistet”, schloss das Protokoll einer Konferenz des Arbeitswissenschaftlichen Instituts in Bad Salzbrunn im März 1944.

> “Ausgangspunkt jeder sozialistischen Ordnung ist die Volksgemeinschaft; ihr ordnen sich alle Einzelinteressen unter; sie sichert Leben und Fortbestand der Persönlichkeit. Die Sozialpolitik kann sich daher nicht darauf beschränken, dem gelegentlichen Vorteil einzelner Personen und Gruppen zu dienen.”[1101]

Die Verrichtung seiner “Arbeitspflicht” war für einen deutschen Bürger die Vorbedingung für die Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft und dem Anspruch auf alle Rechte, die seiner deutschen Staatsangehörigkeit entsprangen. Dies entsprach der traditionellen deutschen Arbeitsmoral, die Erfüllung in kreativen Bemühungen und Fleiß sucht. Für die Nationalsozialisten ebneten Erziehung und Ausbildung den Weg zum sozialen Fortschritt. Zu den akademischen Institutionen gehörten Schulen für künftige Führer, an denen der Entwicklung eines gesunden und moralischen Charakters mehr Bedeutung beigemessen wurde als schulischen Leistungen. Die Lehrer betonten, wie wichtig Vaterlandsliebe und Dienst an der Gemeinschaft waren; sie warnten ihre Zöglinge vor egozentrischen oder elitären Einstellungen und erzogen sie dazu, dem Wohl der Gruppe Vorrang vor ihre eigenen Interessen einzuräumen. Auf diese Weise hofften sie künftige Führer heranzubilden, die ihre Autorität nicht missbrauchen, sondern das Vertrauen der Öffentlichkeit als heilige Verpflichtung betrachten würden. Diese Werte sollten sowohl in der Politik als auch in der Privatwirtschaft hochgehalten werden.

So vielversprechend ein Staat auf dem Papier auch erscheinen mag – wie erfolgreich er sein Programm durchführen kann, hängt in hohem Maße von der Integrität der Verantwortlichen ab. Hitler legte zwar die Richtlinien der sozialen und politischen Struktur des neuen Deutschlands fest, ließ dabei jedoch sehr viel Raum für die Verwirklichung neuer Ideen und für Veränderungen. Er ließ es zu, dass verschiedene Regierungsagenturen, deren Kompetenzbereiche sich überschnitten, miteinander wetteiferten. Oft griff er erst ein, nachdem die Rivalen die Stärken und Schwächen ihrer unterschiedlichen Konzepte offenbart hatten, und dann traf er seinen Entscheid meist zugunsten der revolutionäreren Lösung. Indem er die persönliche Initiative förderte, beflügelte Hitler unkonventionelles Denken und Risikobereitschaft seitens der Entscheidungsträger. So unterstützte er

Fritz Reinhardts neue wirtschaftliche Vorschläge gegen jene des Konformisten Schacht. Er stellte sich vorbehaltlos hinter Robert Ley, nachdem der DAF-Führer bezüglich der Erhöhung der Ausgaben für die soziale Wohlfahrt der Arbeiter jahrelang einen zähen Grabenkrieg mit dem konservativen Arbeitsministerium ausgefochten hatte. Er hieß die Gründung der Adolf-Hitler-Schulen gut, die sich nicht an den vom Erziehungsministerium vorgegebenen Lehrplan hielten und nicht einmal das NSDAP-Programm lehrten. Trotz seiner nationalistischen Überzeugung legte er der Waffen-SS keine Steine in den Weg, als diese den engstirnigen Nationalismus allmählich überwand und die Rassenpolitik der Nationalsozialistischen Partei in Frage stellte.

Bisweilen machte es gar den Eindruck, der deutsche Führer schrecke davor zurück, seine Macht auszuüben. Auch im Krieg, bei den militärischen Besprechungen mit den Generälen seines Stabs, die er teilweise für Memmen hielt, schlug er nur selten mit der Faust auf den Tisch. Sein Adjutant Oberst Below schrieb:

> “Bis zum Herbst 1941 hat Hitler… ganz selten einen direkten Befehl gegeben. Er beschränkte sich darauf, seine Zuhörer zu überzeugen, so dass sie von sich aus seine Ansichten verwirklichten… Ab Dezember 1941, als Hitler auch die Führung des Heeres übernahm, ging er nur langsam dazu über, durch direkte Befehle seine Ansichten durchzusetzen, und versuchte es weiter, seine Gesprächspartner mit zum Teil längeren Darlegungen für seine Absichten zu gewinnen.”[1102]

Hitler war nicht selten bereit, sich gegenteilige Standpunkte zu eigen zu machen, was bewies, wie viel Freiheit er den Partei- und Staatsfunktionären einräumte. Im Jahre 1933 bot Reinhardts Programm jungen Frauen finanzielle Anreize an, wenn sie ihre Arbeitsplätze aufgaben, heirateten und Familien gründeten. Dies ermöglichte es arbeitslosen Männern, die freigewordenen Stellen zu besetzen, und trug zur Senkung der Arbeitslosigkeit bei. Nachdem jeder arbeitsfähige Deutsche einen Arbeitsplatz gefunden hatte, ermunterte die Regierung die Frauen auch weiterhin zum Verzicht auf eine Erwerbstätigkeit, wodurch einerseits das traditionelle Familienleben gefördert und andererseits die nationale Geburtenrate erhöht wurde. Gewiss, vor 1933 hatte Hitler die männlichen NSDAP-Mitglieder davor gewarnt, er werde das Konzept von der Frau als “Gebärmaschine oder Lustobjekt” nicht weiter dulden.[1103]Als Reichskanzler schuf er für Frauen viele Möglichkeiten, berufstätig zu sein, wandte sich jedoch gegen ihre Teilnahme am politischen Leben. Allerdings war die Gleichberechtigung auch im nationalsozialistischen Deutschland nicht konsequent verwirklicht; beispielsweise erhielten Frauen für dieselbe Arbeit einen geringeren Lohn als Männer.

Während des Zweiten Weltkriegs, als immer mehr Männer zu den Fahnen strömten, besetzten Frauen zahlreiche Stellen in der Rüstungsindustrie, wo sie weniger hohe Löhne erhielten als Männer. Ley, der jahrelang für das Prinzip “gleicher Lohn für gleiche Arbeit” gefochten hatte, stellte Hitler deswegen zur Rede. Der Führer erklärte, die von Deutschland anvisierte gesellschaftliche Struktur der Nachkriegszeit sehe die Frauen als Keimzelle der Familie, fügte aber hinzu, dies bedeute kein negatives Urteil über ihre Intelligenz oder ihre beruflichen Fähigkeiten. Ley konterte, erfolgreiche deutsche Frauen hätten eine moderne Auffassung von ihrer Rolle in der Gesellschaft und betrachteten Hitlers Ansichten als archaisch. Im Verlauf der Diskussion hielt Ley hartnäckig an seinem Standpunkt fest und ließ sich von der Flut von Gegenargumenten seines Führers nicht aus dem Lot bringen. Schließlich bot ihm Hitler einen Kompromiss an: Die Frauen sollten auch weiterhin einen geringeren Grundlohn erhalten, jedoch bei Bewährung Anspruch auf Belohnungen und Bonusse erhalten, um diese ungleiche Behandlung zu kompensieren.[1104] Im Allgemeinen übten Hitlers persönliche Meinungen nur geringen Einfluss auf die Entwicklungen aus: So waren im Winter 1943/1944 49,5%

der an den deutschen Universitäten eingeschriebenen Studierenden junge Frauen.[1105]

Eine junge deutsche Arbeiterin in einer Munitionsfabrik. Die wachsende Zahl von Frauen, die in der Rüstungsindustrie eingesetzt wurde, hatte zur Folge, dass 1942 strengere Gesetze zu ihrem Schutz am Arbeitsplatz erlassen wurden.

Zu dieser Zeit leisteten freilich viele junge Männer Militärdienst, was die Zahl derjenigen reduzierte, die eine Hochschulausbildung verfolgen konnten. Der Krieg betraf jedoch auch junge Frauen, da Tausende in der Rüstungsindustrie und in der Landwirtschaft beschäftigt wurden, als Briefträgerinnen, Sekretärinnen und so weiter in den öffentlichen Dienst eintraten oder als Krankenschwestern und als Hilfskräfte wie Telefonistinnen in den Streitkräften Dienst taten. Im Verlauf des Krieges wurden zudem immer mehr deutsche Männer wegen Krankheit oder Verwundungen aus dem Militärdienst entlassen und hatten dann die Möglichkeit, ein Studium anzufangen bzw. fortzusetzen. Der steigende Anteil der Studentinnen zeigt, dass sie weder von der Reichsregierung noch von der Gesellschaft an einer akademischen Ausbildung gehindert wurden und dass das nationalsozialistische Dogma an Einfluss verlor, demzufolge in erster Linie ehemalige Soldaten, die ihrem Land gedient hatte, auf Führungspositionen vorrücken sollten.

Im Allgemeinen sind Politiker, die besonders lautstark Reformen versprechen, dann die letzten, die sie wirklich durchführen wollen. Nur wenige von ihnen wollen ein System auf den Kopf stellen, das ihnen zu Macht und Einfluss verholfen hat. Wer in einem bestimmten politischen Milieu Erfolg hat, ist in aller Regel der Todfeind jeglicher Veränderung. Auf Hitler traf dies nicht zu. Als Kind aus einer einfachen Familie führte er die NSDAP zur Macht, ohne die geringsten Kompromisse mit den demokratischen Parteien der Weimarer Republik zu schließen. Nach seiner Wahl zum Kanzler schuldete er deshalb keiner politischen Partei, die zuvor an der Regierung beteiligt gewesen war, Loyalität und hatte auch keine Dankesschuld gegenüber speziellen Interessengruppen in der Industrie oder im Handel abzutragen. Er konsolidierte zwar seine Macht, schuf jedoch kein System zu deren Verewigung. Durch häufige öffentliche Ansprachen nutzte er seine Position, um die Deutschen zur Vaterlandsliebe und zur Achtung vor der adelnden Wirkung der Arbeit zu ermuntern. Würden seine Landsleute diese Werte erst einmal verinnerlicht haben, so würde es möglich sein, die staatliche

Kontrolle nach und nach zu lockern, lautete sein Kalkül.

Die Aufgabe der Regierung bestand nach Hitlers Überzeugung mitnichten darin, die permanente Vorherrschaft einer herrschenden Partei oder Klasse zu sichern, sondern die kreativsten und vertrauenswürdigsten Elemente der Gesellschaft zu entdecken und nach Kräften zu fördern. Dies sollte ein fortlaufender Prozess sein und gewährleisten, dass aus dem Reservoir der Bevölkerung ständig neues Blut und neue Ideen hervorgingen. Immerhin hatte kein geringerer als Friedrich Nietzsche, der so eifrig bemüht war, in der deutschen Seele den schöpferischen Funken zu entzünden, geschrieben:

> "Wenn nämlich ein Volk vorwärtsgeht und wächst, so sprengt es jedes Mal den Gürtel, der ihm bis dahin sein nationales Ansehen gab. Hat ein Volk aber sehr viel Festes, so ist dieses ein Beweis, dass es versteinern will."[1106]

Die Aufklärung lehrte die Menschheit, dass Regierungen nur dann Gehorsam verdienen, wenn sie ihrer Verantwortung, der Öffentlichkeit zu dienen, gerecht werden. In der Demokratie glaubt die westliche Zivilisation eine Staatsform gefunden zu haben, welche die Verantwortlichen zur Erfüllung dieser Pflicht anhält. Liberale Nationen bleiben diesem Dogma mehr oder weniger treu, indem sie nicht mehr nach Alternativen Ausschau halten oder solche im Extremfall schon gar nicht mehr zulassen. An einem bestimmten Punkt ihrer Entwicklung ging ihnen die Einsicht verloren, dass keine Regierungsform für jedes Zeitalter und für jede Kultur die beste ist. Um wirklich repräsentativ zu sein, muss sich ein System dem Charakter und den Forderungen des von ihm vertretenen Volkes anpassen und nicht umgekehrt.

Hitler erkannte an, dass der Liberalismus ein wichtiger Faktor bei der Erweckung kreativer Impulse ist. Er wollte, dass jede Generation einen Entwicklungs- und Reifungsprozess durchleben und dass jeder Einzelmensch sein Potential entdecken, sich zugleich aber als Angehöriger einer Gemeinschaft empfinden sollte. Er ging von zwei Grundvoraussetzungen aus: Erstens sollte die Gesellschaft von einem Geist der staatsbürgerlichen Verantwortung geprägt sein, und zweitens sollte der Staat seine Bürger zu tiefer Ehrfurcht gegenüber der deutschen Geschichte, Kunst und Tradition erziehen. Hierdurch wollte er seine Landsleute auf jenem evolutionären Kurs halten, der sie zu einem stolzen und einigen Volk gemacht hatte. Der vielverleumdete Führer des nationalsozialistischen Deutschlands sah die Aufgabe der Regierung darin, die schöpferische Energie einer Nation niemals einzuschränken, sondern im Gegenteil zu fördern und ihren Fortschritt zu gewährleisten, denn ohne Fortschritt gibt es keine Zukunft, und auf der Zukunft beruht die Hoffnung auf ein besseres Leben. Das war die Substanz von Hitlers Revolution.

Nachwort des Herausgebers

Da Sie dieses Buch nun gelesen haben, sind Sie nun erstaunt, verblüfft und vielleicht gar verwirrt? Haben Sie sich irgendwann während der Lektüre oder vielleicht auch erst danach gefragt, wieso der Autor die Bücherverbrennung im Deutschen Reich während Hitlers Kanzlerschaft nicht erwähnt hat? Und die Zensur? Und die Verfolgung politisch Andersdenkender? Und die der Homosexuellen, Zigeuner, Zeugen Jehovas? Und vor allem, was war mit den Juden? Warum werden die Konzentrationslager nicht erwähnt? Die Deportationen? Die Ghettos? Und warum wird der Holocaust frecherweise stillschweigend übergangen?

Wer zu diesen Themen Bücher lesen will, kann sie in jeder Bücherei und jedem Buchladen zu Hunderten, Tausenden, Zigtausenden oder gar Hunderttausenden finden. Tatsache ist, dass über die „Opfer" millionenfach berichtet wurde. Dieses Buch könnte dem nichts Nennenswertes hinzufügen. Es kann sich auch mit diesen Dingen nicht kritisch auseinandersetzen, weil das andere schon besser gemacht haben. Wer zum Beispiel zum Thema „Holocaust" kritische Untersuchungen lesen möchte, der findet sie am Ende dieses Buches angeboten.

Mehr als 70 Jahre nach dem Untergang des Deutschen Reiches ist es an der Zeit, diese 12 Jahren in ein größeres Bild einzupassen. Es ist an der Zeit, das zu betrachten, was damals wichtig war. Und das ist nicht dasselbe, was heute als wichtig dargestellt wird. Diejenigen, die heute am lautesten Zeter und Mordio schreien, wenn man das per Tabu und Strafgesetz in Stein gemeißelte Geschichtsbild revidieren will, waren damals eine Randerscheinung. Die Welt rotierte damals nicht um sie herum, und sie tut es auch heute nicht. Daher hat sich der Autor rigoros dazu entschlossen, diese verschwindend kleine Minderheit von Anhängern eines Steinzeit-Aberglaubens einfach zu ignorieren. Sie bekommen heutzutage schon viel zu viel Aufmerksamkeit, mehr als ihnen und als der Welt guttut. Zudem ist es für diese und für alle ähnlich Gesinnten nach 70 Jahren an der Zeit, das endlose Rumgejammere endlich zu beenden.

Ein Grund, warum das vorliegende Buch verfasst wurde, ist der Versuch, irrige Vorstellungen über das nationalsozialistische Deutschland zurecht zu rücken. Dies wird von orthodoxen Historikern kaum je gemacht, denn solch ein Vorgehen wird im "freien" Westen mit sozialer Ächtung oder gar strafrechtlicher Verfolgung geahndet. Dazu gehört zum Beispiel die falsche Annahme, Deutschland habe in den 1930er Jahren massiv aufgerüstet, Hitler sei ein stümperhafter Stratege gewesen, der die Ratschläge seiner Generäle ignoriert habe, dass die Mitglieder des deutschen Widerstands Patrioten waren, usw. Der Autor wollte herausarbeiten, dass sich die Deutschen damals keineswegs als eine den anderen Völkern überlegene "Herrenrasse" ansahen. Er wollte die nationalsozialistische Ideologie in einer nachvollziehbaren Sprache erläutern, was bisher praktisch kein Historiker gemacht hat. Insbesondere lag es ihm daran, im Detail zu erläutern, wie das Reich seine Wirtschaft und Finanzen gesunden ließ und sein Erziehungs- und Ausbildungssystem erfolgreich reformierte. Angesichts des heutigen Niedergangs von Wirtschaft und Finanzen einerseits und schulischer wie auch beruflicher Ausbildung andererseits sind dies Themen, die jeder Leser heute nachvollziehen kann. Mehr noch, die Welt kann tatsächlich aus den sechs Friedensjahren des Dritten Reiches viel lernen, wenn man sich bloß dazu durchringen kann, die bei der Beschäftigung mit diesem Thema übliche Hysterie abzulegen und sich zur Abwechslung einmal rational zu verhalten.

Bibliographie

Abendroth, Hans-Henning, *Hitler in der spanischen Arena*, Paderborn 1973.
Adam, Günther, *Ich habe meine Pflicht erfüllt*, Riesa 2011.
Albrecht, Karl, *Der verratene Sozialismus*, Berlin-Leipzig 1942.
Baberowski, Jörg, *Der rote Terror*, Frankfurt 2007.
Bage-Bohlen, Anja, *Hitlers industrielle Kriegsvorbereitungen 1936-1939*, Koblenz 1975.
Bailey, Thomas, und Paul Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, New York 1979.
Bainville, Jacques, *Geschichte zweier Völker*, Hamburg 1939/1940.
Bainville, Jacques, *Frankreichs Kriegsziele*, Hamburg 1939/1940.
Barnes, Harry Elmer, *Perpetual War for Perpetual Peace*, Newport Beach 1993.
Bathe, Rolf, und Erich Glodschey, *Der Kampf um den Balkan*, Berlin 1942.
Bavendamm, Dirk, *Roosevelts Krieg*, München 1993.
Becker, Fritz, *Kampf um Europa*, Graz 1991.
Below, Nicolaus von, *Als Hitlers Adjutant*, Selent 1999.
Benns, F. Lee, *European History since 1870*, New York 1939.
Bieg, Hans-Henning, *Amerika die unheimliche Weltmacht*, Tübingen 2003.
Binding, Rudolf, *Antwort eines Deutschen an die Welt*, Frankfurt 1933.
Bley, Wulf, *Der Bolschewismus*, München 1938.
Boberach, Heinz, *Meldungen aus dem Reich*, Herrsching 1984.
Bömer, Karl, *Das Dritte Reich im Spiegel der Weltpresse*, Leipzig 1934.
Bouler, Philipp, *Der großdeutsche Freiheitskampf: Reden Adolf Hitlers*, München 1942.
Brunnegger, Herbert, *Saat in den Sturm*, Graz 2000.
Buchbender, Ortwin, und Horst Schuh, *Die Waffe, die auf die Seele zielt*, Stuttgart 1983
Buchner, Alex, *Ostfront 1944*, Friedberg 1988.
Buchner, Peter, *Die Kriegserinnerungen des Werner Schmieder*, 2008.
Bukey, Evan, *Hitler's Austria*, Chapel Hill und London 2000.
Carell, Paul, *Invasion – They're Coming!*, London-New York 1962.
Charmley, John, *Churchill: The End of Glory*, San Diego-New York-London 1994.
Cochenhausen, Friedrich von, *Die Verteidigung Mitteleuropas*, Jena 1940.
Czesany, Maximilian, *Alliierter Bombenterror*, Leoni 1986.
Danco, Walter, *Die Weltveränderer*, Berg 1994.
Degrelle, Léon, *Erinnerungen eines europäischen Kriegsfreiwilligen*, München 1992.
Der Tod sprach polnisch, Kiel 1999.
Die Adolf-Hitler-Schule Weimar/Thüringen. Arbeitsberichte und Elternbriefe 1940-1941.
Dokumente britisch-französischer Grausamkeit, Berlin 1940.
Domarus, Max, *Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945*, Wiesbaden 1973.
Dönitz, Karl, *Zehn Jahre und zwanzig Tage*, Bonn 1997.
DuPrel, Max Freiherr, *Die Niederlande im Umbruch der Zeiten*, Würzburg 1941.
Ehrt, Adolf, *Bewaffneter Aufstand*, Berlin 1933.
Elble, Rolf, *Die Schlacht an der Bzura*, Freiburg 1975.
Ellenbeck, Hans, *Die Verantwortung des deutschen Offiziers*, Leipzig 1941.
Fabry, Philipp W, *Balkan-Wirren*, Darmstadt 1966.
Feder, Gottfried, *The Program of the Party of Hitler*, München 1932.
Fichtel, Konrad, *Roms Kreuzzüge gegen Germanien*, Tübingen 2004.
Fish, Hamilton, *FDR. The Other Side of the Coin*, Torrance 1976.
Fish, Hamilton, *Tragic Deception*, Old Greenwich 1983.
Flynn, John, *The Roosevelt Myth*, New York 1948.
Franz-Willing, Georg, *Roosevelt*, Rosenheim 1991.
Franz-Willing, Georg, *Umsturz 1933*, Rosenheim 1993.
Frey, Albert, *Ich wollte die Freiheit*, Osnabrück 1990.
Freytag-Loringhoven, Freiherr von, *Deutschlands Außenpolitik*, Berlin 1940.
Fuller, J. F. C., *The Second World War*, New York 1954.
Gehl, Walther, *Die Sendung des Reiches*, Breslau 1943.

Georg, Friedrich, *Verrat an der Ostfront*, Tübingen 2012.
Georg, Friedrich, *Verrat in der Normandie*, Tübingen 2007.
Giesler, Hermann, *Ein anderer Hitler*, Leoni 1977.
Goebbels, Josef, *Signale der neuen Zeit*, München 1934.
Gordon, Helmut, *Es spricht: Der Führer*, Leoni 1989.
Grattan, Hartley, *The German White Paper*, New York 1940.
Griesser, Volker, *Die Löwen von Carentan*, Herne 2007.
Grimm, Friedrich, *Mit offenem Visier*, Leoni 1961.
Günther, Gerhard, *Deutsches Kriegertum im Wandel der Geschichte*, 1934.
Günther, Hans, *Der Nordische Gedanke*, München 1927.
Günther, Helmut, *Von der Hitler-Jugend zur Waffen-SS*, Coburg 2001.
Hahl, Fritz, *Mit Westland im Osten*, Munin 2001.
Halfeld, August, *USA im Krieg*, Berlin 1942.
Halifax, Viscount, *Fullness of Days*, London 1957.
Haupt, Werner, *Die Schlachten der Heeresgruppe Mitte*, Friedberg 1983.
Haupt, Werner, *Kiew*, Friedberg.
Hedin, Sven, *Amerika im Kampf der Kontinente*, Kiel 1992.
Henderson, Nevile, *Failure of a Mission*, New York 1940.
Henning, Otto, *Als Panzer- und Spähtruppführer in der Panzer-Lehr-Division*, Würzburg 2006.
Hinze, Rolf, *Ostfront 1944*, Stuttgart 2011.
Hitler, Adolf, *Die Reden Hitlers am Parteitag der Freiheit 1935*, München 1935.
Hitler, Adolf, *Rede des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler vor dem Reichstag am 28. April 1939*.
Hitler, Adolf, *Reden des Führers am Parteitag Großdeutschland*, München 1938.
Hoffmann, Joachim, *Stalins Vernichtungskrieg*, München 1999.
Hoggan, David, *The Forced War*, Costa Mesa 1989.
Höhne, Heinz, *Der Orden unter dem Totenkopf*, München 2008.
Holmsten, Georg, *Kriegsalltag*, Düsseldorf 1982.
Horn, Matin, *Norwegen zwischen Krieg und Frieden*, Innsbruck 1941.
Hünger, Heinz, und Erich Strassl, *Kampf und Intrige um Griechenland*, München 1942.
Irving, David, *Rommel*, Hamburg 1978.
Jestad, Georg, *Ohne Siege und Hurra*, Norderstedt 2005.
Jordan, Rudolf, *Erlebt und erlitten*, Leoni 1971.
Jörns, Emil, und Julius Schwab, *Rassenhygienische Fibel*, Berlin 1942.
Kaden, Ernst Alfred, *Des Deutschen Volkes Heldenkampf*, Leipzig 1941.
Karski, Jan, *The Great Powers and Poland*, Lanham 1985.
Kern, Erich, *Adolf Hitler und das Dritte Reich*, Preußisch Oldendorf 1971.
Kern, Erich, *Adolf Hitler und der Krieg*, Preußisch Oldendorf 1971.
Kern, Erich, *Adolf Hitler und seine Bewegung*, Preußisch Oldendorf 1971.
Kessemeier, Heinrich, *Der Feldzug mit der anderen Waffe*, Hamburg 1941.
Klapdor, Ewald, *Der Ostfeldzug 1941 – eine vorprogrammierte Niederlage*, Siek 1989.
Klapdor, Ewald, *Die Entscheidung. Normandie 1944*, Siek 1984.
Klüver, Max, *Den Sieg verspielt*, Leoni 1981.
Klüver, Max, *Die Adolf-Hitler-Schulen*, Beltheim 2007.
Klüver, Max, *Die Kriegstreiber*, Berg 1997.
Klüver, Max, *Es war nicht Hitlers Krieg*, Essen 1993.
Klüver, Max, *Präventivschlag 1941*, Leoni 1986.
Klüver, Max, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, Leoni 1988.
Klüver, Max, *War es Hitlers Krieg?*, Leoni 1984.
Kriegk, Otto, *Die englischen Kriegshetzer*, Berlin 1939.
Kunert, Dirk, *Deutschland im Krieg der Kontinente*, Kiel 1987.
Kunert, Dirk, *Ein Weltkrieg wird vorprogrammiert*, Kiel 1984.
Kunert, Dirk, *Hitlers kalter Krieg*, Kiel 1992.
Kurowski, Franz, *Balkenkreuz und Roter Stern*, Friedberg 1984.
Kurowski, Franz, *Bedingungslose Kapitulation*, Leoni 1983.
Kurowski, Franz, *So war der Zweite Weltkrieg 1941*, Leoni 1991.
Landhoff, Werner, *Die Opfer des 20. Juli 1944*, Kiel 2008.
Langer, William, und Everett Gleason, *The Challenge to Isolation*, New York 1952.
Lansing, Robert, *The Peace Negotiations*, Project Gutenberg 2003.

Leers, Johannes von, *Odal*, Berlin 1939.
Leistritz, Hans, *Der bolschewistische Weltbetrug*, Berlin 1943.
Levsen, Dirk, *Krieg im Norden*, Hamburg-Berlin-Bonn 2000.
Ley, Robert, *Wir alle helfen dem Führer*, München 1937.
Liddell Hart, Basil, *Deutsche Generale des Zweiten Weltkrieges*, Düsseldorf 1964.
Magenheimer, Heinz, *Hitler's War*, München 1997.
Männer der Waffen-SS, Rosenheim 1996.
Martin, Hans-Leo, *Unser Mann bei Goebbels*, Neckargemünd 1973.
Mathias Karl-Heinz, *Ich diene*, Riesa 2002.
Meiser, Hans, *Das Ringen um Frankreich*, Stegen 2007.
Meiser, Hans, *Gescheiterte Friedens-Initiativen 1939-1945*, Tübingen 2004.
Meiser, Hans, *So wurde Stalingrad verraten*, Stegen 2008.
Meiser, Hans, *Verratene Verräter*, Stegen 2008.
Meissner, Gustav, *Dänemark unterm Hakenkreuz*, Berlin-Frankfurt 1990.
Meyer, Hubert, *Kriegsgeschichte der 12. SS Panzerdivision Hitlerjugend*, Osnabrück 1982.
Michaelis, Rolf, *SS Heimwehr Danzig 1939*, Bradford 1996.
Milata, Paul, *Zwischen Hitler, Stalin und Antonescu*, Köln-Weimar-Wien 2009.
Misch, Rochus, *Der letzte Zeuge*, München und Zürich 2008.
Musial, Bogdan, *Kampfplatz Deutschland*, Berlin 2010.
Nardini, Walther, *Cassino*, Friedberg 1975.
Naumann, Andreas, *Freispruch für die Deutsche Wehrmacht*, Tübingen 2005.
Neueln, Hans Werner, *Europa und das 3. Reich*, München 1987.
Ochsenreiter, Manuel, *Deutsche Militärzeitschrift*: Sonderausgabe. "Die Waffen-SS", Nr. 1/2007.
Oertzen, F. W., *Die deutschen Freikorps*, München 1936.
Olshausen, Klaus, *Zwischenspiel auf dem Balkan*, Stuttgart 1973.
Oven, Wilfred von, *Finale Furioso*, Tübingen 1974.
Pabst, Martin, *Roter Terror*, Graz 1997.
Pahl, Walther, *Die britische Machtpolitik*, Berlin 1941.
Paul, Wolfgang, *Der Heimatkrieg*, Esslingen 1980.
Pedersen, Henry, *Germanische Freiwillige*, Kiel 2010.
Pemler, Georg, *Der Flug zum Don*, Leoni 1981.
Personal-Amt des Heeres, *Wofür kämpfen wir?*, Berlin 1944.
Pfötsch, Kurt, *Die Hölle von Kursk*, Selent 2008.
Picker, Henry, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier*, Wiesbaden 1983.
Piekalkiewicz, Janusz, *Krieg auf dem Balkan*, München 1984.
Piekalkiewicz, Janusz, *Polenfeldzug*, Herrsching 1982.
Pöchlinger, Josef, "Der Sinn unserer Arbeit", *Front in der Heimat*, Berlin 1942.
Ponsonby, Arthur, *Falsehood in Wartime*, Costa Mesa 1991.
Post, Walter, *Das Unternehmen Barbarossa*, Hamburg-Berlin-Bonn 1996.
Post, Walter, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, Tübingen 2003.
Post, Walter, *Die verleumdete Armee*, Selent 1999.
Post, Walter, *Hitlers Europa*, Stegen 2011.
Preradovich, *Nikolaus, Deutschland und Polen*, Berg 1989.
Preradovich, Nikolaus, *Großdeutschland 1938*, Leoni 1987.
Reinhardt, Fritz, *Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Dritten Reich*, 2007.
Reipert, Fritz, *Was will Frankreich?*, Berlin 1940.
Remer, Otto Ernst, *Verschwörung und Verrat um Hitler*, Preußisch Oldendorf 1984.
Ribbentrop, Annelies von, *Die Kriegsschuld des Widerstandes*, Leoni 1974.
Ribbentrop, Rudolf von, *Mein Vater Joachim von Ribbentrop*, Graz 2008.
Ritgen, Helmut, *Die Geschichte der Panzer-Lehr-Division im Westen,* Stuttgart 1979.
Ritter-Schaumburg, Heinz, *Hermann der Cherusker*, Wiesbaden 2008.
Römer, Heinrich, *Rhein, Reich, Frankreich*, Leipzig 1940.
Roosevelt Elliot, *As He Saw It*, 1945.
Rose, Franz, *Das ist Churchill*, München-Berlin 1940.
Ruhnau, Rüdiger, *Die freie Stadt Danzig*, Berg am See 1988.
Saunders, Hrowe, *Der verratene Sieg*, Leoni 1984.
Schadewaldt, Hans, *Was will Roosevelt?*, Düsseldorf 1941.
Schaub, Julius, *In Hitlers Schatten*, Stegen 2010.

Schauwecker, Franz, *So war der Krieg*, Berlin 1928.
Schellenberg, Walter, *Hitlers letzter Geheimdienstchef*, Beltheim-Schnellbach 2008.
Schmolke, Heinz, *Die Kriegsentscheidung*, Horb 2004.
Schoenbaum, David, *Die braune Revolution*, Berlin 1999.
Schoenfelder, Roland, *Deutschlands Ja für den Frieden*, Berlin 1933.
Schön, Heinz, *SOS Wilhelm Gustloff*, Stuttgart 1998.
Schramm, Wilhelm von, *Aufstand der Generale*, München 1964.
Schultze-Rhonhof, Gerd, *Das tschechisch-deutsche Drama*, München 2008.
Schultze-Rhonhof, Gerd, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, München 2003.
Schulze-Kossens, Richard, *Militärischer Führernachwuchs der Waffen-SS*, Coburg 1999.
Schustereit, Hartmut, *Vabanque*, Selent 2000.
Schütter, Franz, *Wir woll'n das Wort nicht brechen*, Riesa 2008.
Schwarz, Hanns, *Brennpunkt FHQ*, Kiel 1998.
Schweiger, Herbert, *Mythos Waffen SS*, Steinhaus 2007.
Seibert, Theodor, *Das amerikanische Rätsel*, Berlin 1941.
Seidler, Franz, *Avantgarde für Europa*, Selent 2004.
Seidler, Franz, *Die Wehrmacht im Partisanenkrieg*, Selent 1999.
Speidel, Hans, *Invasion 1944*, Tübingen und Stuttgart 1949.
Springer, Heinrich, *Stationen eines Lebens in Krieg und Frieden*, Rosenheim 1996.
Stieve, Friedrich, *What the World Rejected*, Berlin 1939.
Stinnett, Robert, *Day of Deceit*, New York 2000.
Sturm, Gero, *Mit Goldener Nahkampfspange Werner Kindler*, Munin, Trier 2010.
Sudholt, Gert, *So war der Zweite Weltkrieg 1939*, Berg 1989.
Sudholt, Gert, *So war der Zweite Weltkrieg 1940*, Leoni 1990.
Sudholt, Gert, *So war der Zweite Weltkrieg 1942*, Leoni 1992.
Sündermann, Helmut, *Tagesparolen*, Leoni 1973.
Suworow, Viktor, *Stalins verhinderter Erstschlag*, Selent 2000.
Suworow, Viktor, und Dmitrij Chmelnizki, *Überfall auf Europa*, Selent 2009.
Tacitus, Cornelius, *The Agricola and the Germania*, London 1970.
Tansill, Charles, *Die Hintertür zum Krieg*, Selent 2000.
Taylor, A. J. P., *The Origins of the Second World War*, New York 1961.
Thadden, Adolf von, *Stalins Falle*, Rosenheim 1996.
Thost, Hans, *Als Nationalsozialist in England*, München 1939.
Tieke, Wilhelm, *Im Feuersturm letzter Kriegsjahre*, Osnabrück 1975.
Uhle-Wettler, Franz, *Höhe- und Wendepunkt deutscher Militärgeschichte*, Graz 2006.
Umbreit, Hans, *Deutsche Militärverwaltungen 1938/1939*, Stuttgart 1977.
Veale, Frederick, *Advance to Barbarism*, Newport Beach 1993.
Venner, Dominique, *Söldner ohne Sold*, Wien 1974.
Verton, Hendrik, *Im Feuer der Ostfront*, Coburg 2003.
Voss, Reimer, *Steuern im Dritten Reich*, München 1995.
Wanderscheck, Hermann, *Höllenmaschinen aus England*, Berlin 1940.
Watt, Richard, *Bitter Glory*, New York 1979.
Weber, Hermann, und Ulrich Mählert, *Verbrechen im Namen der Idee*, Berlin 2007.
Wellems, Hugo, *Das Jahrhundert der Lüge*, Kiel 1989.
Werther, Stefen, *Dänische Freiwillige in der Waffen SS*, Berlin 2004.
Widmann, Franz, *Mit Totenkopf und Frundsberg an Ost- und Westfront*, Riesa 2011.
Wimmer, Josef, *Ich war dabe*i, Garbsen 2011.
Winkelvoss, Peter, *Die Weltherrschaft der Angelsachsen*, Tübingen 2006.
Wirsing, Gieselher, *Der maßlose Kontinent*, Jena 1942.
Wistrich, Robert, *Who's Who in Nazi Germany*, New York 1982.
Wuermeling, Henric, *August '39*, Berlin-Frankfurt 1989.
Ziegler, Wilhelm, *Los von Versailles*, Berlin 1940.
Zimmermann, R. Heinz, *Der Atlantikwall*, München 1982.
Zitelmann, Rainer, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, Stuttgart 1987.
Zürner, Bernhard, *Der verschenkte Sieg*, Berg am Starnberger See 2000.
Zürner, Bernhard, *Hitler. Feldherr wider Willen*, Stegen-Ammersee 2000.

Zeitschriften und Zeitungen aus dem nationalsozialistischen Deutschland.

Der SA-Führer
Der Schulungsbrief
Deutsche politisch-diplomatische Korrespondenz
Die SA
Die Seeflieger
Germanisches Leitheft
Nationalsozialistische Monatshefte
NS-Briefe
Offiziere des Führers
Soziale Praxis
SS Leitheft
Volk und Reich
Volk und Wissen
Völkischer Beobachter
Wehr und Wissen

Namensverzeichnis

Namen in den Endnoten und der Bibliographie wurden nicht erfasst. Die Seitenzahlen beziehen sich auf die Druckfassung.

— H —

— I —

— J —

Holocaust-Studien, Übersichtswerke

Alexander Calder: *Der Holocaust: Die Argumente*

Dieses Buch führt den Leser in die wichtigsten Aspekte dessen ein, was heute mit dem Begriff “Holocaust” umfasst wird, und beleuchtet sie kritisch. Es zeichnet die Revisionen nach, die von der “offiziellen” Geschichtsschreibung am Geschichtsbild vorgenommen wurden, wie die wiederholten Verringerungen der behaupteten Opferzahlen vieler Lager des Dritten Reiches sowie das stillschweigende Übergehen absurder Tötungsmethoden. Darüber hinaus wird auch darauf hingewiesen, wo noch mit weiteren Revisionen am gegenwärtigen Geschichtsbild zu rechnen ist. Das Gegenüberstellen von Argumenten und Gegenargumenten ermöglicht es dem Leser, sich kritisch selber eine Meinung zu bilden. Hinweise auf Quellen und weiterführende Literatur ermöglichen es, sich tiefer in die Materie einzuarbeiten. Eine griffige und doch umfassende Einführung in diese brandheiße Materie.

Best.-Nr. 23: 123 S., A5 pb (2011)

Germar Rudolf: *Vorlesungen über den Holocaust. Strittige Fragen im Kreuzverhör*

Das neue Standardwerk der Holocaust-Geschichtsschreibung, basierend auf den Forschungsergebnissen einer Vielzahl kritischer Forscher. Das Buch ist im Dialogstil verfasst zwischen dem Referenten einerseits, der dem Leser die wichtigsten Erkenntnisse dieser weltweiten Kontroverse darlegt, und seinen Lesern andererseits, die mit konstruktiven, aber auch kritischen Anmerkungen, Einwänden und Gegenargumenten aufwarten. Mit seiner breiten Palette interdisziplinärer Forschungsergebnisse ist dieses Werk ein Kompendium von Antworten auf die wichtigsten Fragen zum Holocaust und seiner kritischen Wiederbetrachtung. Dieses leicht verständliche Buch ist die zurzeit beste Einführung in dieses brandheiße Tabuthema wie auch eine gute Zusammenfassung für den Kenner. Dritte, korrigierte und erweiterte Auflage. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Thomas Dalton.

Best.-Nr. 152: 3. korr. & erw. Auflage, 648 S., A5 pb, s/w ill., Bibl., Index (2015)

Germar Rudolf: *Auschwitz-Lügen. Legenden, Lügen, Vorurteile*

“Die Revisionisten sind schon unzählige Male widerlegt worden” – diese Behauptung vernimmt man immer wieder von Medien, Politikern und Gelehrten. In diesem Buch werden diese “Widerlegungen” als das entlarvt, was sie sind: wissenschaftlich unhaltbare Lügen, die geschaffen wurden, um dissidente Historiker zu verteufeln und die Welt in Holocaust-Knechtschaft zu halten. Ergänzungsband zu Rudolfs *Vorlesungen über den Holocaust*.

Best.-Nr. 160: 2. revidierte Auflage, 396 S., A5 pb, s/w ill., Index (2012)

G. Rudolf (Hg.): *Der Holocaust auf dem Seziertisch*

Beitragssammlung, welche die orthodoxe Geschichtsschreibung über “Gaskammern,” “6 Millionen,” Nachkriegstribunale und andere Bausteine der Vernichtungslegende sorgfältig und präzise einer vernichtenden Analyse unterzieht. Mit seinen zahlreichen Grafiken und Abbildungen

unterstreichen die wohlfundierten Beiträge ihre revisionistischen Argumente gegen den Holocaust-Mythos. Überarbeitete und erweiterte Neuausgabe der vormaligen *Grundlagen zur Zeitgeschichte*.

Best.-Nr. 148: ca. 700 S., A5 pb., ill., Bibl. (2016)

Arthur R. Butz, *Der Jahrhundertbetrug*

Eine fundierte, skeptische Untersuchung zum Thema der Juden während des 2. Weltkrieges in Europa. Ein Schwergewicht liegt dabei auf Informationen, die den Alliierten seit langem über Auschwitz bekannt waren. Die Tatsache, dass die behaupteten Vernichtungen den Alliierten hätten bekannt gewesen sein müssen, ihnen aber offenbar unbekannt waren, war für Experten seit jeher schier unerklärlich. Genau das setzt Prof. Dr. Butz an: "Ich sehe keinen Elefanten in meinem Keller. Gäbe es in meinem Keller einen Elefanten, so würde ich ihn ganz bestimmt sehen. Also gibt es in meinem Keller keinen Elefanten." Ein weiterer Schwerpunkt sind die Nachkriegstribunale, wo mittels Nötigung und Folter "Beweise" produziert wurden, mit der die Ausrottungslegende etabliert wurde. Mit Scharfsinn trennt Butz die Fakten von der Desinformation, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verbreitet wurde. Neu übersetzte, aktualisierte und stark erweiterte Neuauflage.

Best.-Nr. 116: 622 S., A5 pb, ill., Bibl. (2015)

Germar Rudolf: *Das Rudolf Gutachten über die Gaskammern von Auschwitz*

Der US-Hinrichtungsexperte Leuchter verfasste 1988 ein Gutachten über die Auschwitz-Gaskammern. Fazit: "Technisch unmöglich." Dadurch verunsichert prüfte der damals am Max-Planck-Institut in Stuttgart promovierende Chemiker Rudolf, ob Leuchter Recht hat. Seine Untersuchungen bestechen durch ihre wissenschaftliche und technische Gründlichkeiten und Sachlichkeit. Rudolfs Ergebnisse gleichen denen Leuchters: "Technisch unmöglich." Restposten (erweiterte Neuauflage in Vorbereitung)

Best.-Nr. 43: 240 S., A5 geb., teilw. farbig ill. (2001)

Cyrus Cox, *Auschwitz — forensisch untersucht*

Knappe und für den Laien verständliche Zusammenfassung des Rudolf-Gutachtens und anderer griffiger revisionistischer Argumente zu Auschwitz. Das Heft eignet sich auch als Einführung für Uneingeweihte.

Best-Nr. 141: 56 S., A5 pb, ill. (2008)

Jürgen Graf: *Auschwitz: Tätergeständnisse und Augenzeugen des Holocaust*

Das erste wissenschaftliche Kompendium von Zeugenaussagen über die angebliche Judenvernichtung in Auschwitz. Für das vorliegenden Werk wurden die Aussagen so berühmter Zeugen analysiert wie: R. Vrba, J. Tabeau, C. Vaillant-Couturier, R. Höß, S. Lewenthal, A. Feinsilber, S. Dragon, H. Tauber, M. Kula, F. Müller, M. Benroubi, F. Griksch, P. Broad, J.P. Kremer, A. Lettich, C.S. Bendel, M. Nyiszli, O. Lengyel, R. Böck, E. Wiesel... Graf gibt die für seine Analyse ausschlaggebenden Passagen dieser Aussagen wieder, die sich auf die angebliche Massenvernichtung in Auschwitz beziehen, und unterzieht sie einer fachgerechten kritischen Analyse. Das Ergebnis ist erschütternd: Keine der Aussagen kann bezüglich der darin enthaltenen Gaskammer-Behauptungen als glaubhaft eingestuft werden. Doch urteilen Sie selbst.

Best.-Nr. 14: 280 S. pb, A5, Bibl., Index (1994)

Carlo Mattogno: *Sonderbehandlung in Auschwitz. Entstehung und Bedeutung eines Begriffs*

Begriffe wie "Sonderbehandlung" und "Sonderaktion" sollen Tarnwörter für die Tötung von Häftlingen gewesen sein, wenn sie in deutschen Dokumenten aus der Kriegszeit auftauchten. Mit diesem Buch legt Carlo Mattogno die bisher ausführlichste Abhandlung zu diesem textlichen Problem vor. Indem er viele zumeist bisher unbekannte Dokumente über Auschwitz untersucht, weist Mattogno nach, dass Begriffe, die mit "Sonder-" anfangen, zwar vielerlei Bedeutung hatten, die jedoch in Bezug auf Auschwitz in keinem einzigen Fall etwas mit Tötungen zu tun hatten. Diese wichtige Studie beweist, dass die übliche Praxis der Entzifferung einer angeblichen Tarnsprache durch die Zuweisung krimineller Inhalte für harmlose Worte – eine Schlüsselkomponente der etablierten Geschichtsschreibung – völlig unhaltbar ist.

Best.-Nr. 27: 166 S., 6“×9“ pb, ill., Bibl., Index (2016)

Carlo Mattogno: *Auschwitz: Die erste Vergasung. Gerücht und Wirklichkeit*

Die Geschichte der “ersten Vergasung” in Auschwitz ist der Ausgangspunkt einer beispiellosen Weltpropaganda. Mattogno weist nach, dass die sogenannte erste Menschenvergasung in Auschwitz ausschließlich auf den widersprüchlichen Angaben selbsterklärter Augenzeugen beruht. Er widerlegt diese Fabrikationen des angeblichen Vergasungsbeginns mit einer Fülle von unerschütterlichen Dokumenten. Die offizielle Version über die angebliche erste Vergasung in Auschwitz ist eine Erfindung der politischen Geschichtsschreibung, die keine historische Grundlage besitzt.

Best.-Nr. 193: 3. korr. Aufl., 196 S., 6“×9“ pb., ill., Bibl. (2016)

Carlo Mattogno: *Auschwitz: Krematorium I—und die angeblichen Menschenvergasungen*

Die Leichenhalle des Krematoriums I im Konzentrationslager Auschwitz soll der erste Ort gewesen sein, wo mehrere Massenvergasungen von Juden durchgeführt worden sein sollen. In dieser Studie werden die wichtigsten Zeugenaussagen untersucht und mit Dokumenten der Kriegszeit sowie mit materiellen Beweisen verglichen. Es zeigt sich, dass die Zeugenaussagen dort, wo sie genau sind, einander widersprechend und physisch Unmögliches behaupten. Mattogno deckt zudem betrügerische Versuche auf, die schwarze Propaganda dieser Zeugen in “Wahrheit” umzuwandeln. Eine Untersuchung des gegenwärtigen Zustandes dieser Leichenhalle beweist, dass sie niemals etwas anderes war als das, für was sie vorgesehen war: eine Leichenhalle.

Best.-Nr. 208: 2. Aufl., 158 S., 6“×9“ pb., ill., Bibl. (2016)

Carlo Mattogno: *Freiluftverbrennungen in Auschwitz*

Im Frühling und Sommer 1944 wurden etwa 400.000 ungarische Juden nach Auschwitz deportiert und dort angeblich in Gaskammern ermordet. Die Krematorien vor Ort waren mit dieser last überfordert. Daher sollen täglich Tausende von Leichen auf riesigen Scheiterhaufen verbrannt worden sein. Der Himmel soll mit Rauch bedeckt gewesen sein. So die Zeugen. Diese Studie untersucht alle dokumentarischen, materiellen und anekdotischen Beweise. Sie zeigt, dass die Zeugenaussagen einander widersprechen sowie dem, was physisch möglich gewesen wäre. Luftaufnahmen des Jahres 1944 beweisen, dass es keine Scheiterhaufen oder Rauchschwaden gab.

Best.-Nr. 212: 2. Aufl., 210 S., 6“×9“ pb., ill., Bibl. (2016)

C. Mattogno: *Die Zentralbauleitung der Waffen-SS und Polizei Auschwitz. Organisation, Verantwortlichkeiten, Tätigkeiten*

Anfang der 1990er Jahre gaben die russischen Behörden Historikern Zutritt zu ihren Staatarchiven. Die in einem Moskauer Archiv lagernden Akten der Zentralbauleitung des Lagers Auschwitz dokumentieren im Detail die Planung und den Bau dieses Lagerkomplexes. Mattogno Studie wirft Licht in bisher verborgene Aspekte der Lagergeschichte und vermittelt ein tiefgründiges Verständnis über die Organisation, Aufgaben und Vorgehensweisen dieses Amtes. Diese wegweisende Studie ist für all jene unverzichtbar, die eine Fehlinterpretation von Auschwitz-Dokumenten vermeiden wollen, wie sie bei vielen Holocaust-Historikern häufig vorkommen.

Best.-Nr. 83: 181 S., A5 pb., ill., Bibl., Glossar (2014)

Carlo Mattogno: *Die Bunker von Auschwitz. Schwarze Propaganda kontra Wirklichkeit*

Zwei Bauernhäuser (“Bunker“) in Auschwitz sollen 1942 zu Gaskammern umgebaut worden sein. Wahre Aktenberge des KL Auschwitz hat Mattogno durchkämmt – mit dem Ergebnis, dass diese “Bunker” nie existiert haben. Er zeigt, wie Gerüchte von Widerstandsgruppen innerhalb des Lagers zu Gräuelpropaganda umgeformt wurden, und wie diese schwarze Propaganda anschließend zur “Wirklichkeit” transformiert wurde durch Historiker, die alles unkritisch aufgreifen, was von angeblichen Augenzeugen behauptet wird. Im abschließenden Abschnitt untermauert Mattogno mit Luftbildaufnahmen aus der Kriegszeit und archäologischen Grabungen, dass die “Bunker” nichts anderes als Propaganda-Unsinn sind.

Best.-Nr. 84: 336 S., A5 pb., ill., Bibl. (2015)

C. Mattogno: *Gesundheitsfürsorge in Auschwitz. Medizinische Versorgung und Sonderbehandlung*

In Auschwitz gab es Lazarette und Krankenstationen. Der Autor bietet einen Überblick über die Entwicklung des Lagers auf diesem Gebiet. Im ersten Teil werden die Lebensbedingungen der Häftlinge analysiert sowie die verschiedenen sanitären und medizinischen Maßnahmen zum Nutzen der Häftlinge.

Der zweite Teil untersucht, was mit Auschwitz-Häftlingen geschah, die wegen Verletzungen oder Krankheiten “sonderbehandelt” wurden. Die Dokumente zeigen, dass der Standortarzt alles versuchte, diese Insassen gesund zu pflegen.

Der letzte Teil des Buches ist dem heldenhaften Lagerarztes Dr. Wirths, gewidmet.

Best.-Nr. 181: 414 S., 6“×9“ pb., ill., Bibl. (2016)

Germar Rudolf (Hg.): *Auschwitz: Nackte Fakten. Erwiderung an J.-C. Pressac*

Der einzige Wissenschaftler, der es in den 1980er und 1990er Jahren wagte, sich den Revisionisten entgegenzustellen, war der französische Apotheker Jean-Claude Pressac. Er wurde vom Establishment als “Widerleger der Revisionisten” hochgespielt und bis heute so angepriesen. Pressacs Hauptwerke werden in diesem Buch einer detaillierten Kritik unterzogen. Sie beweist, dass Pressacs Interpretation seiner Quellen weder formell noch inhaltlich wissenschaftlichem Standard genügt: Er behauptet Dinge, die er nicht beweist oder die gar den Beweisen entgegenlaufen, unterstellt Dokumenten Inhalte, die sie nicht haben, offenbart krasse technische Inkompetenz und ignoriert wichtige, ihm bekannte Argumente. *Auschwitz: Nackte Fakten* entlarvt die Lügen und Halbwahrheiten des Establishments. 2. Auflage

Best.-Nr. 185: 240 S., 6“×9“ pb., ill., Bibl., Index (2016)

Andere NS-Lager

C. Mattogno, J. Graf: *Treblinka. Vernichtungslager oder Durchgangslager?*

Im Lager Treblinka in Polen sollen 1942-1943 zwischen 700.000 und 3 Mio. Menschen umgebracht worden sein, entweder in mobilen oder stationären Gaskammern, mit verzögernd oder sofort wirkendem Giftgas, ungelöschtem Kalk, heißem Dampf, elektrischem Strom oder Dieselabgasen… Die Leichen sollen auf riesigen Scheiterhaufen fast ohne Brennstoff spurlos verbrannt worden sein. Die Autoren analysieren dieses Treblinka-Bild bezüglich seiner Entstehung, Logik und technischen Machbarkeit und weisen mit vielen Dokumenten nach, was Treblinka wirklich war: ein Durchgangslager. Grafs anregender Schreibstil garantiert Lesevergnügen. Aufmunternd sind die originellen Zeugenaussagen sowie die Absurditäten der orthodoxen Geschichtsschreibung.

Best.-Nr. 41: 432 S., A5 pb, ill., Bibl., Index (2002)

Carlo Mattogno: *Bełżec in Propaganda, Zeugenaussagen…*

Im Lager Bełżec sollen 1941-1942 zwischen 600.000 und 3 Mio. Juden ermordet worden sein, entweder mit Dieselabgasen, ungelöschtem Kalk, Starkstrom, Vakuum... Die Leichen seien schließlich auf riesigen Scheiterhaufen spurlos verbrannt worden. Wie im Fall Treblinka. Der Autor hat sich daher auf neue Aspekte beschränkt, verweist sonst aber auf sein *Treblinka*-Buch (siehe oben). Es wird die Entstehung des offiziellen Geschichtsbildes des Lagers erläutert und einer tiefgehenden Kritik unterzogen. Ende der 1990er Jahre wurden in Bełżec archäologischen Untersuchungen durchgeführt, deren Ergebnisse analysiert werden. Diese Resultate widerlegen die These von einem Vernichtungslager.

Best.-Nr. 79: 170 S., A5 pb, ill., Bibl., Index (2004)

J. Graf, T. Kues, C. Mattogno: *Sobibor. Propaganda und Wirklichkeit*

Zwischen 25.000 und 2 Mio. Juden sollen in Sobibór anno 1942/43 mit Chlor oder einer schwarzen Flüssigkeit getötet worden sein. Nach dem Mord wurden die Kammerböden aufgeklappt, und die Leichen vielen in Hohlräume, von wo sie zu Massengräbern geschafft und dort beerdigt bzw. verbrannt worden sein sollen. Dieser Unsinn wurde bald geändert: Motorabgase statt Chlor, und keine aufklappbaren Böden, befahl die Orthodoxie. Diese und andere Absurditäten legt dieses Buch offen. Im Lager durchgeführte archäologische Untersuchungen führen zu fatalen Schlussfolgerungen für die Vernichtungslagerthese. Anhand vieler Dokumente wird schließlich widerlegt, dass die "Endlösung" und "Deportationen in den Osten" Codewörter für Massenmord waren...

Best.-Nr. 64: 526 S., A5 pb, ill., Bibl., Index (2010)

Jürgen Graf, Carlo Mattogno: *KL Majdanek. Eine historische und technische Studie*

Im KL Majdanek sollen im 2. Weltkrieg zwischen 50.000 und über 1. Mio. Menschen umgekommen sein. Basierend auf erschöpfender Analyse von Primärquellen und materiellen Spuren versetzt dieses Buch der Lüge von Menschenvergasungen den Todesstoß. Die Autoren kommen zu eindeutigen Schlussfolgerungen zur wirklichen Geschichte und Bedeutung des Lagers. Sie zerstören die offizielle These, ohne die vielen Misshandlungen zu entschuldigen, die von Majdaneks SS-Kommandanten tatsächlich zugelassen wurden. Graf und Mattogno schufen damit erneut ein sorgfältig

recherchiertes, methodisches Werk, das einen hohen Standard setzt.

Best.-Nr. 36: 2. Aufl., 325 S., A5 pb, teilw. farbig ill., Bibl., Index (2004)

Carlo Mattogno, *Chelmno. Geschichte & Propaganda*

Nahe Chelmno soll während des Krieges ein "Todeslager" bestanden haben, in dem zwischen 10,000 und 1 Mio. Opfer in sogenannten "Gaswagen" mit Auspuffgasen erstickt worden sein sollen. Mattognos tiefschürfende Untersuchungen der bestehenden Beweise untergraben jedoch diese traditionelle Fassung. Mattogno deckt das Thema von allen Winkeln ab und unterminiert die orthodoxen Behauptungen über dieses Lager mit einer überwältigend wirksamen Menge an Beweisen. Zeugenaussagen, technische Argumente, forensische Berichte, archäologische Grabungen, offizielle Untersuchungsberichte, Dokumente – all dies wird von Mattogno kritisch untersucht. Hier finden sie die unzensierten Tatsachen über Chelmno anstatt Propaganda.

Best.-Nr. 63: 199 S., A5 pb, ill., Bibl., Index (2014)

J. Graf, C. Mattogno: *Das KL Stutthof. Seine Geschichte und Funktion in der NS-Judenpolitik*

Das KL Stutthof unweit von Danzig (Westpreußen) ist bei den westlichen Historikern niemals Gegenstand wissenschaftlicher Forschung gewesen. Polnische Autoren meinen, Stutthof sei 1944 zu einem "Hilfsvernichtungslager" bei der Durchführung der sogenannten "Endlösung der Judenfrage" geworden. Graf und Mattogno haben dieses Bild des KL Stutthof einer kritischen Überprüfung unterzogen, gestützt auf polnische Literatur sowie auf Dokumente aus verschiedenen Archiven. Als Ergebnis ihrer Untersuchungen sind sie zu eindeutigen Schlussfolgerungen bezüglich der Funktion des Lagers gekommen, die sich grundlegend von den in der offiziellen Literatur aufgestellten Thesen unterscheiden. Sie haben dadurch ein Standardwerk geschaffen, an dem eine Anspruch auf Seriosität erhebende Geschichtsschreibung nicht vorbeikommen wird. Zweiter erweiterte Auflage.

Best.-Nr. 196: 184 S., 6“×9“ pb, Bibl., Index (2016)

F. A. Leuchter, R. Faurisson, G. Rudolf: *Die Leuchter-Gutachten. Kritische Ausgabe.*

1988 wurde der US-Experte für Hinrichtungseinrichtungen F. Leuchter beauftragt, für einen Strafprozess die Menschengaskammern in den Lagern Auschwitz, Birkenau und Majdanek zu untersuchen. Leuchter schlussfolgerte in seinem Gutachten, dass die untersuchten Örtlichkeiten "weder damals noch heute als Hinrichtungsgaskammern benutzt oder ernsthaft in Erwägung gezogen werden konnten". Anschließend ging Fred Leuchter ebenso in andere Lager, wo ein Massenmord mit Giftgas stattgefunden haben soll (Dachau, Mauthausen, Hartheim). Er verfasst sodann ähnlich verheerende Gutachten. Diese Studie enthält zudem eine von Prof. Faurisson zusammengestellten, kommentierten Bibliographie über Behauptungen zu diesen angeblichen Orten des Massenmordes. In einem dritten Gutachten beschrieb Leuchter die Technik der Hinrichtungsgaskammern, wie sie in den USA für die Todesstrafe benutzt wurden, und stellt diese den Behauptungen bezüglich angeblicher Vergasungen des Dritten Reiches gegenüber. In einem vierten Gutachten kritisierte Leuchter ein Buch über "Gaskammern" des französischen Wissenschaftlers J,-C. Pressac.

Diese Ausgabe veröffentlicht alle diese Gutachten in einem Band und unterzieht das erste von ihnen einer ausführlichen Kritik, wobei Leuchters korrekte Behauptungen mit weiteren Information

und Quellen abgestützt und seine Fehler korrigiert werden.

Best.-Nr. 87: 302 S., A5 pb, ill. (2014)

Andere Holocaust-Themen

Don Heddesheimer: *Der Erste Holocaust. Jüdische Spendenkampagnen mit Holocaust-Behauptungen im Ersten Weltkrieg und danach*

"Sechs Millionen Juden von Holocaust bedroht" : Dies behaupteten Medien wie die *New York Times* – aber schon 1919! Don Heddesheimers fundiertes Buch dokumentiert die Propaganda vor, während und vor allem nach dem Ersten Weltkrieg, die behauptete, das osteuropäische Judentum befände sich am Rande der Vernichtung, wobei die mystische 6-Millionen-Zahl immer wieder auftauchte. Jüdische Spendenkampagnen in Amerika brachten riesige Summen unter der Prämisse ein, damit hungernde Juden in Osteuropa zu ernähren. Sie wurden jedoch stattdessen für zionistische und kommunistische "konstruktive Unternehmen" verwendet. *Der Erste Holocaust* ist eine einschneidende Untersuchung der schlau ausgeheckten Kampagne von Gräuel- und Vernichtungspropaganda zwei Jahrzehnte vor dem angeblichen Holocaust des Zweiten Weltkrieges.

Best.-Nr. 91: 174 S., A5 pb, ill., Bibl., Index (2004)

Walter N. Sanning: *Die Auflösung des osteuropäischen Judentums*

Wie viele Juden wurden Opfer der NS-Judenverfolgung? Sanning stützt sich auf die Ergebnisse von Volkszählungen und andere Berichte, die er fast ausschließlich alliierten und jüdischen Quellen entnommen hat. In seiner Gesamtbilanz kommt er auf ca. 750.000 jüdische Verschollene während der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Dieses Buch ist eine Herausforderung, auf welche die orthodoxe Geschichtsforschung bis heute nur eine Antwort hat: totschweigen. Auch das einzige Werk der Gegenseite zur Frage der Opferzahlen der Juden während des Zweiten Weltkriegs (*Dimension des Völkermords*, 1991) verschweigt die Argumente dieses Klassikers und umgeht die darin aufgezeigten Argumente. Erweiterte Neuauflage.

Best.-Nr. 188: 250 S., 6"×9" pb, Bibl. (2016)

Carlo Mattogno: *Schiffbruch. Vom Untergang der Holocaust-Orthodoxie*

Aufgrund der wachsenden Lawine revisionistischer Publikationen sahen sich die orthodoxen Historiker gemüßigt, der etwas entgegen zu setzen. Daher erschien Anfang 2011 ein Sammelband, der vorgibt, die Argumente kritischer Historiker zu widerlegen. Diese Studie diskutiert jedoch praktisch keine revisionistischen Argumente. Kaum eines der vielen revisionistischen Werke wird auch nur erwähnt. Mattogno legt die peinliche Oberflächlichkeit und dogmatische Ignoranz dieser Historiker gnadenlos bloß. Deren Behauptungen sind teilweise völlig unfundiert und beruhen oft darauf, dass Quellen völlig verzerrt und entstellt werden. Anhand seiner beeindruckenden Quellenkenntnisse widerlegt Mattogno die Thesen dieser Hofhistoriker gekonnt. Das orthodoxe Geschichtsbild des "Holocaust" hat daher einen völligen Schiffbruch erlitten – wie anno dazumal die Titanic.

Best.-Nr. 33: 313 S., A5 pb, ill., Bibl., Index (2011)

Jürgen Graf: *"Die Vernichtung der europäischen Juden": Hilbergs Riese auf tönernen Füßen.*

Demolierung der zentralen Behauptungen der Holocaust-These durch eine kritische Untersuchung von Raul Hilbergs kanonischem Werk *Die Vernichtung der europäischen Juden*. Es konzentriert sich auf jene Seiten in *Die Vernichtung*, die direkt vom angeblichen NS-Massenmord an den Juden

handeln. Graf legt die Schwächen und Absurditäten von Hilbergs besten "Beweisen" für ein Vernichtungsprogramm, für Gaskammern und die behaupteten 6 Mio. Opfer offen. Auf humorvolle Art vernichtet dieses Buch Hilbergs Versuch, Massenvernichtung in Auschwitz und anderswo zu beweisen. 2. aktualisierte Auflage.

Best.-Nr. 153: 184 S., A5 pb, ill., Bibl., Index (2015)

Steffen Werner: *Die 2. Babylonische Gefangenschaft*

"Wenn sie nicht ermordet wurden, wo sind die sechs Millionen Juden geblieben?" Dies ist ein Standardeinwand gegen die revisionistischen Thesen. Sie bedarf einer wohlfundierten Antwort. Steffen Werner untersuchte bevölkerungsstatistische Daten in Weißrussland, die es ihm erlaubt, eine atemberaubende wie sensationelle These zu beweisen: Das Dritte Reich deportierte die Juden Europas tatsächlich nach Osteuropa, um sie dort "in den Sümpfen" anzusiedeln. Dies ist die erste und bisher einzige fundierte These über das Schicksal der vielen von den deutschen Nationalsozialisten nach Osteuropa deportierten Juden Europas, die jene historischen Vorgänge ohne metaphysische Akrobatik aufzuhellen vermag.

Best.-Nr. 11: 200 S., A5 pb, ill. (1991)

Ingrid Weckert: *Feuerzeichen. Die "Reichskristallnacht"*

Die »Reichskristallnacht« gilt für orthodoxe Zeitgeschichtler als erster Schritt zur "Endlösung", obwohl die tatsächlichen Hintergründe bis in die frühen 1990er Jahre als nicht geklärt gelten mussten. Was geschah in jener schrecklichen Nacht wirklich? Ingrid Weckert hat alle ihre bei Abfassung der Erstauflage (1981) zugänglichen Dokumente eingesehen, die vorhandene Literatur durchgearbeitet und zahlreiche Zeitzeugen befragt. Das Buch liest sich spannend wie ein Kriminalroman und gelangt zu Erkenntnissen, die erstaunlich sind. Daher wurde das Buch schlicht verboten. Erst 2008 wurden Weckerts Thesen von der orthodoxen Geschichtsschreibung offiziell zur Kenntnis genommen und einige wenige ihrer Thesen erörtert. Hier nun die erweiterte und aktualisierte Neuauflage.

Best.-Nr. 195: 3., erw. Aufl., 254 S., 6“×9“ pb, ill., Bibl., Index (2016)

Ingrid Weckert: *Auswanderung der Juden aus dem Dritten Reich*

Die oft verschwiegende Wahrheit über die Auswanderung der Juden aus dem Dritten Reich ist, daß sie gewünscht wurde. Reichsdeutsche Behörden und jüdische Organisationen arbeiteten dafür eng zusammen. Die an einer Auswanderung interessierten Juden wurden von allen Seiten ausführlich beraten und ihnen wurde zahlreiche Hilfe zuteil.

Eine griffige Zusammenfassung der Judenpolitik des NS-Staates, die allen Greuelmärchen von der Vernichtungsintention den Boden entzieht.

Best.-Nr.: 147, 112 S., A5 pb, ill., Bibl. (2015)

Robert Lenski: *Der Holocaust vor Gericht. Der 2. Zündel-Prozess*

1988 fand in Toronto die Berufungsverhandlung gegen den Deutsch-Kanadier Ernst Zündel statt, der angeklagt war, über den Holocaust wissentlich die Unwahrheit verbreitet zu haben. Dieses Buch fasst die während des Prozesses von den Experten beider Seiten vorgebrachten Beweise zusammen. Es handelt sich dabei um die wohl umfassendste und kompetenteste Auseinandersetzung, die je vor einem Gericht um den Holocaust ausgefochten wurde. Besonders sensationell war das für diesen

Prozess angefertigte Gaskammer-Gutachten Fred Leuchters. Aufgrund dieses Gutachtens entschied sich der britische Historiker David Irving, als Entlastungszeuge für Ernst Zündel aufzutreten. Diese Ausgabe wurde neu gesetzt, wo nötig in Fußnoten kritisch kommentiert und enthält ein neues Vorwort von Germar Rudolf.

Best.-Nr. 59: 2., revidierte Auflage, 539 S., A5, pb (2010)

John C. Ball: *Luftbildbeweise (Air Photo Evidence)*

Während des 2. Weltkrieges fertigten deutsche und alliierte Luftaufklärer Bilder der Schlachtfelder Europas an. Diese sind erstklassige Beweise zur Erforschung des Holocaust. Luftbilder von Orten wie Auschwitz, Majdanek, Treblinka, Babi Jar usw. geben Einblick über das, was dort geschah. Dies läßt sich mit dem vergleichen, was laut Zeugenaussagen dort passiert sein soll. Balls Werk ist voll mit Luftbild-Reproduktionen und Schemazeichnungen zur Erläuterung des Gezeigten. Ball zufolge widerlegen die Bilder viele der von Zeugen gemachten Gräuelbehauptungen über Vorgänge im deutschen Machtbereich.

Best.-Nr. 143: ca. 170 S., 280 × 216 mm pb, durchgehend s/w-illustriert (2016)

W. Stäglich: *Der Auschwitz-Mythos. Legende oder Wirklichkeit?*

Eine tiefgreifende sachverständige Analyse der Nürnberger Tribunale und des Frankfurter Auschwitz-Prozess. Stäglichs Enthüllungen verschlagen dem Leser ein ums andere Mal den Atem angesichts der unvorstellbar skandalösen Art, mit der die alliierte Siegerjustiz und die bundesdeutschen Strafbehörden das Recht beugten und brachen, um zu politisch vorgegebenen Ergebnissen zu kommen. Ein Augenöffner für alle, die meinen, der Holocaust sei doch in vielen Strafverfahren nachgewiesen worden. Um den Erfolg des Buches zu unterbinden, wurde es verboten und verbrannt.

Diese Ausgabe wurde neu erfasst und gesetzt. Sie enthält ein neues Vorwort des Herausgebers sowie zudem im Anhang das Sachverständigen-Gutachten des Historikers Prof. Dr. Wolfgang Scheffler, das als Grundlage für die Einziehung des "Mythos" diente, sowie Dr. Stäglichs detaillierte Erwiderung darauf.

Best.-Nr. 139: 4., erweiterte und korrigierte Auflage,
570 S., A5 pb, ill., Bibl. (2015)

J.G. Burg: *Schuld und Schicksal. Europas Juden zwischen Henkern und Heuchlern*

J. G. Burg, ein aus Ostgalizien stammender Jude, geriet als junger Mann während des 2. Weltkriegs zwischen die Fronten deutschen und sowjetischen Antisemitismus'. In dieser Autobiographie berichtet er über seine Erlebnisse unter sowjetischer Besatzung, nach der deutschen "Befreiung" 1941, über seine Flucht vor den Sowjets bei Kriegsende, über seine Erlebnisse in Israel und die dadurch ausgelöste Rückkehr nach Deutschland, wo er mit korrupten Glaubensgenosse über die "Wiedergutmachung" in Streit geriet.

Best.-Nr. 66: 370 S., A5 pb (1979)

Paul Rassinier: *Die Lüge des Odysseus. Die Wahrheit kommt ans Licht*

Das Erstlingswerk des "Vaters des Revisionismus": Der Franzose Rassinier, erst Kommunist, dann Sozialist, war während des Krieges im pazifistischen Widerstand gegen die deutschen Besatzer. Dafür wurde er 1943 verhaftet und ins KZ Buchenwald gesteckt. In diesem Erlebnisbericht erklärt er, er habe in der Widerstandsbewegung die meisten der Männer, die heute in ihrem Namen sprechen, niemals getroffen. Zudem beschuldigt er die kommunistischen Funktionshäftlinge in den KZs, "schlimmer als die SS" gewesen zu sein.

Die Lüge des Odysseus markiert Rassiniers Eintritt in den historischen Revisionismus, seine ersten Schritte des kritischen Bezweifelns der Fabeln seiner damaligen Kampf- und Leidensgenossen im Widerstand, die nach Ansicht Rassiniers im Stile von Odysseus übertrieben, verzerrten, erfanden und logen.

Best.-Nr. 68: 244 S., A5 pb (1957)

Paul Rassinier: *Das Drama der Juden Europas*

Eine Kritik des 1961er Buchs von Raul Hilberg *Die Vernichtung der europäischen Juden*. Rassinier analysiert Hilbergs Verfahrensweise sowie einige seiner Beweisen, wie die Aussagen von M. Niemöller, Anne Frank, R. Höß, M. Nyiszli, K. Gerstein. Im dritten Teil stellt Rassinier

statistische Untersuchungen über die angeblichen 6 Millionen Opfer an, die ersten sachlichen Untersuchungen zu diesem Thema überhaupt.

Best.-Nr. 3: 272 S., A5 pb (1965)

P. Rassinier: *Was ist Wahrheit? Die Juden & das 3. Reich*

Rassiniers wichtigstes Werk, ausgelöst durch den Schauprozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem 1961. Diese Studie spannt einen weiten Bogen, beginnend mit dem deutschen Rückzug aus Russland und der damit einsetzenden Gräuelpropaganda der Sowjets. Sodann demaskiert Rassinier das Nürnberger Militärtribunal als Schauprozess, und den Eichmannprozess ordnet er als eine Fortsetzung dieses Tribunals ein. Der zweite Teil des Buches befasst sich mit dem Unrecht von Versailles, das den 2. Weltkrieg überhaupt erst hervorrief.

Best.-Nr. 67: 294 S., A5 pb (1978)

Franz J. Scheidl: *Geschichte der Verfemung Deutschlands*

Neuauflage des revisionistischen Klassikers in 7 Bänden: Gegen das deutsche Volk wird seit über 100 Jahren in der ganzen Welt ein einzigartiger Greuellügen- und Haß-Propagandafeldzug geführt. Scheidl prüfte die Behauptungen dieser Propaganda. Die meisten erwiesen sich als Verfälschungen, Übertreibungen, Erfindungen, Greuellügen oder unzulässige Verallgemeinerungen. Die Bände: 1: Greuelpropaganda im Ersten Weltkrieg (166 S.); 2: Lügenhetze im Zweiten Weltkrieg (200 S.); 3: Die Konzentrationslager (284 S.); 4: Die Millionenvergasungen (262 S.); 5: Die Ausrottung der Juden (176 S.); 6: Das Unrecht an Deutschland (330 S.); 7: Zur Hölle mit allen Deutschen! (368 S.)

Best.-Nr. 130: 2. Aufl., 7 Bde., 1786 S., A5 pb (2014)
Einzelbände: Best.-Nr. 131-137

Anmerkungen

Bemerkung: Wenn von einem Autor in der Bibliographie nur ein Werk angeführt wird (z. B. Bouhler), wird es in den Anmerkungen lediglich das erste Mal erwähnt; auch der Vorname wird nur beim ersten Mal genannt, anschließend kommt einfach der Familienname, plus Seitenzahl. Sind in der Bibliographie hingegen zwei oder mehr Titel desselben Autors aufgeführt (z. B. Klüver), wird der Titel jedes Mal genannt, der Vorname jedoch nur beim ersten Mal. (PRO bedeutet "Public Record Office", ein Archiv in London. BD steht für "British Documents", Britische Dokumente zur Außenpolitik.)

---

[1] Günther, Gerhard, *Deutsches Kriegertum im Wandel der Geschichte*, S. 108.
[2] Cochenhausen, Friedrich von, *Die Verteidigung Mitteleuropas*, S. 170.
[3] Günter, S. 114-115.
[4] Ebenda, S. 115.
[5] Ebenda, S. 119.
[6] Rehm, Theo, "Politisches Wörterbuch", *Die SA*, Nr. 9, März 1940, S. 11.
[7] Ebenda.
[8] "Die deutsche und die westliche Freiheit", *Germanisches Leitheft* 8/9, 1942, S. 388.
[9] Zitelmann, Rainer, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, S. 387.
[10] Ebenda, S. 389.
[11] Rehm, *Die SA*, Nr. 9, 1940, S. 11.
[12] Kautter, Eberhard, "Das Sozialproblem", *Der Schulungsbrief* 5/37, S. 180-181.
[13] Klüver, Max, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 12.
[14] "Der Geist des Westens", *Germanisches Leitheft* 8/9, 1942, S. 335.
[15] Wirsing, Giselher, *Der maßlose Kontinent*, S. 435.
[16] Schadewaldt, Hans, *Was will Roosevelt?*, S. 37.
[17] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 25.
[18] Ganzer, Karl, "Der Geist des 19. Jahrhunderts", *Der Schulungsbrief* 6/37, S. 225.
[19] Rehm, *Die SA*, Nr. 9, 1940, S. 11.
[20] Rehm, *Die SA*, Nr. 6, 1940, S. 5-6.
[21] Bouhler, Philipp, *Der großdeutsche Freiheitskampf*, Band II, S. 158-159.
[22] Rehm, *Die SA*, Nr. 6, 1940, S. 6.
[23] Schadewald, S. 38.
[24] Zitelmann, S. 381.
[25] "Why – Warum?", *Germanisches Leitheft*, 8/9, 1942, S. 393.
[26] Personal-Amt des Heeres, *Wofür kämpfen wir?*, S. 18-20.
[27] Fell, Robert, "Briefe über Menschenführung", NS Briefe, Mai 1939, S. 155.
[28] Ebenda.
[29] Rehm, *Die SA*, Nr. 6, 1940, S. 6.
[30] Zitelmann, S. 388.
[31] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 103.
[32] Zitelmann, S. 397-398 .
[33] Fell, S. 152.
[34] Rehm, *Die SA*, Nr. 6, 1940, S. 4.
[35] Goebbels, Josef, *Signale der neuen Zeit*, S. 236, 240.
[36] Domarus, Max, *Hitlers Reden und Proklamationen*, S. 206.
[37] Zitelmann, S. 379.
[38] Ebenda, S. 381.

[39] Picker, Henry, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier*, S. 489.
[40] Goebbels, S. 202.
[41] Bouhler, S. 206.
[42] Kautter, S. 188.
[43] Fell, S. 155.
[44] Bley, Wulf, *Der Bolschewismus*, S. 157.
[45] Ebenda.
[46] Ehrt, Adolf, *Bewaffneter Aufstand*, S. 10-11.
[47] *Front in der Heimat*, S. 16-17.
[48] Bley, S. 146.
[49] Leers, Johannes von, *Odal*, S. 636.
[50] Ebenda, S. 637.
[51] Bley, S. 146.
[52] Leers, S. 658.
[53] Zitelmann, S. 178.
[54] Feder, Gottfried, *Program of the Party of Hitler*, S. 46.
[55] Ganzer, S. 229.
[56] Ebenda.
[57] Zitelmann, S. 176.
[58] Ganzer, S. 229.
[59] Zitelmann, S. 176.
[60] Hitler, Adolf, *Die Reden des Führers am Parteitag 1938*, S. 58-59.
[61] Zitelmann, S. 178.
[62] Rehm, *Die SA*, Nr. 13/14, 1940, S. 10.
[63] Ebenda.
[64] Ebenda.
[65] Zitelmann, S. 459.
[66] Rehm, *Die SA*, Nr. 13/14, 1940 S. 11.
[67] Pabst, Martin, *Roter Terror*, S. 40.
[68] Ebenda, S. 60.
[69] Ebenda, S. 62.
[70] Groß, Walter, "Sieg der Rassenkraft", *Der Schulungsbrief* 11/12, 1942, S. 67.
[71] Kautter, S. 185.
[72] Ebenda, S. 183.
[73] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 18.
[74] Leers, S. 5.
[75] Tacitus, Cornelius, aaO., S. 104.
[76] Ebenda, S. 118.
[77] Fichtel, Konrad, *Roms Kreuzzüge gegen Germanien*, S. 31.
[78] Ebenda, S. 88.
[79] Ritter-Schaumburg, Heinz, *Hermann der Cherusker*, S. 51.
[80] Ebenda, S. 239.
[81] Fichtel, S. 77-78.
[82] Reckel, Gustav, "Feldherrentum der Germanen", *Wehr und Wissen*, Nr. 8, S. 31.
[83] Leers, S. 85.

[84] Ebenda, S. 140.
[85] "Der europäische Befreiungskrieg", *Germanisches Leitheft* 1, 1941, S. 11.
[86] Ganzer, S. 219.
[87] Rehm, *Die SA*, Nr. 7, 1940, S. 7.
[88] Güther, Hans, *Der nordische Gedanke*, S. 15.
[89] Ebenda, S. 13.
[90] Groß, Walter, "Der Rassengedanke", *Der Schulungsbrief*, April 1934, S. 10.
[91] Ebenda, S. 14.
[92] Groß, Walter, "Volk und Rasse", *Der Schulungsbrief* 4/1939, S. 44.
[93] Lüddecke, Theodor, *Der Schulungsbrief* 1/1937, S. 35.
[94] Groß, "Volk und Rasse" S. 144.
[95] Kautter, Eberhard, aaO., S. 170.
[96] Groß, "Volk und Rasse", S. 156.
[97] Groß, "Der Rassengedanke", aaO., April 1934, S. 13.
[98] Groß, "Volk und Rasse", aaO., S. 144.
[99] Ebenda, S. 145.
[100] Günther, S. 83.
[101] Ebenda.
[102] Ebenda, S. 98.
[103] Abel, Wolfgang, "Die Rassen Europas", *Der Schulungsbrief*, Juni 1934, S. 12.
[104] Ebenda, S. 13, 15.
[105] Zitelmann, S. 422, 423.
[106] Ebenda, S. 424.
[107] Picker, S. 288.
[108] Abel, S. 17, 18.
[109] Groß, "Volk und Rasse", aaO., S. 155.
[110] "Der Abstieg", *Germanisches Leitheft* 8/9, 1942, S. 365, 369-370.
[111] Fischer, Rudolf, "Europa und der Bolschewismus", *Volk und Reich* 10/36, S. 746.
[112] Ganzer, S. 229.
[113] Fischer, S. 746.
[114] Schweiger, Herbert, *Mythos Waffen SS*, S. 116.
[115] "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", *Der Schulungsbrief* 5/37, S. 169.
[116] Goebbels, S. 238.
[117] Leistritz, Hans, *Der bolschewistische Weltbetrug*, S. 33.
[118] *Der Schulungsbrief*, Mai 1934, S. 6.
[119] Fell, S. 148.
[120] Groß, "Der Rassengedanke", S. 15.
[121] Fell, S. 148.
[122] "Der Abstieg", aaO., S. 367.
[123] Bainville, Jacques, *Geschichte zweier Völker*, S. 69, 73.
[124] Löbsack, Wilhelm, "Nietzsche und der Krieg", *Offiziere des Führers* 5/1944, S. 34.
[125] Groß, "Der Rassengedanke", aaO., S. 9.
[126] Müller, Hans, "Der politische Wille", *Offiziere des Führers* 5/1944, S. 34.
[127] Bouhler, S. 146.
[128] Höhn, Reinhard, "Demokratie und Neuordnung", *Der SA. Führer* 5/1941, S. 5.

[129] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, aaO., S. 98.
[130] Personal-Amt des Heeres, S. 20.
[131] Domarus, Max, aaO., S. 205.
[132] Kaden, Ernst, *Des Deutschen Volkes Heldenkampf*, S. 113.
[133] Fuller, J. F. C., *The Second World War*, S. 19.
[134] Franz-Willing, Georg, *Umsturz 1933*, S. 28.
[135] Post, Walter, *Die Ursachen des Zweiten Weltkriegs*, S. 44-45.
[136] Ebenda, S. 45.
[137] Schweiger, S. 11.
[138] Bainville, Jacques, *Frankreichs Kriegsziele*, S. 38.
[139] Veale, Frederick, *Advance to Barbarism*, S. 147.
[140] Ziegler, Wilhelm, *Los von Versailles*, S. 14.
[141] Ponsonby, Arthur, *Falsehood in Wartime*, S. 59.
[142] Schauwecker, Franz, *So war der Krieg*, S. 142.
[143] Reinhardt, Fritz, *Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Dritten Reich*, S. 75.
[144] Ebenda, S. 82, 13, 20.
[145] *Die braune Platte*, "Appell an die Nation" (Schallplatte).
[146] Binding, Rudolf, *Antwort eines Deutschen an die Welt*, S. 6.
[147] Domarus, Max, aaO., S. 193.
[148] Reinhardt, Fritz, aaO., S. 85.
[149] Ebenda, S. 40.
[150] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 55.
[151] Reinhardt, S. 49.
[152] Ebenda, S. 54.
[153] Ebenda, S. 21.
[154] Zitelmann, S. 204.
[155] Ebenda, S. 204-205.
[156] Reinhard, S. 91.
[157] Ebenda, S. 87.
[158] Ebenda, S. 43.
[159] Ebenda, S. 56.
[160] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 60.
[161] Reinhardt, S. 65.
[162] Voss, Reimer, *Steuern im Dritten Reich*, S. 87.
[163] Schweiger, S. 33.
[164] Ebenda, S. 34-35.
[165] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 60.
[166] Reinhardt, S. 62-63.
[167] Ebenda, S. 51.
[168] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 59-60.
[169] Bukey, Evan, *Hitler's Austria*, S. 18.
[170] Reinhardt, Fritz, aaO., S. 89.
[171] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 50.
[172] Wistrich, Robert, *Who's Who in Nazi Germany*, S. 269.
[173] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 51.

[174] Ebenda, S. 126.
[175] Picker, S. 501.
[176] Kunert, Dirk, *Deutschland im Kampf der Kontinente*, S. 49.
[177] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 122.
[178] Albrecht, Karl, Der verratene Sozialismus, S. 40-41.
[179] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 83-84.
[180] Reinhardt, S. 61.
[181] Ebenda, S. 72.
[182] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 148.
[183] Ebenda, S. 28.
[184] Reinhardt, S. 91.
[185] Ebenda, S. 68.
[186] Hitler, Adolf, *Die Reden Hitlers am Parteitag der Freiheit 1935*, S. 43.
[187] Domarus, S. 262.
[188] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 122.
[189] Ebenda, S. 287.
[190] Leistritz, Hans, *Der bolschewistische Weltbetrug*, S. 34.
[191] Leistritz, Hans, *Der Schulungsbrief 5/1938*, S. 163.
[192] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 287.
[193] Zitelmann, S. 209.
[194] Ebenda, S. 211.
[195] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 87.
[196] Ebenda, S. 250.
[197] Zitelmann, S. 208.
[198] Ebenda, S. 206.
[199] Domarus, S. 694.
[200] Zitelmann, S. 212.
[201] Ebenda, S. 206.
[202] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 108.
[203] Leistritz, *Der bolschewistische Weltbetrug*, S. 35.
[204] Ebenda.
[205] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 117.
[206] Ebenda.
[207] Ebenda, S. 119, 151.
[208] Ebenda, S. 104.
[209] Picker, S. 378.
[210] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 111, 110.
[211] Zitelmann, S. 220.
[212] Hitler, *Die Reden Hitlers am Parteitag der Freiheit 1935*, S. 25.
[213] Zitelmann, S. 219.
[214] Ebenda, S. 220.
[215] Bouhler, S. 94.
[216] Hitler, Adolf, *Die Reden des Führers am Parteitag 1938*, S. 52.
[217] Zitelmann, S. 218.
[218] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 255.

[219] Ebenda.
[220] Ebenda, S. 259.
[221] Ebenda, S. 260.
[222] Ebenda, S. 271.
[223] Ebenda, S 73.
[224] Ebenda, S. 97.
[225] Ebenda, S. 166.
[226] Schön, Heinz, *SOS Wilhelm Gustloff*, S. 12.
[227] Ebenda.
[228] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 169.
[229] Ebenda, S. 154.
[230] Schön, *SOS Wilhelm Gustloff*, S. 17.
[231] Ebenda, S. 21.
[232] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 170.
[233] Ebenda, S. 172.
[234] Ebenda, S. 173.
[235] Zitelmann, S. 211.
[236] Picker, S. 41.
[237] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 30.
[238] Schultze-Rhonhof, Gerd, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 246.
[239] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 59.
[240] Klüver, Max, *Den Sieg verspielt*, S. 87-88.
[241] Ebenda, S 94.
[242] Klapdor, Ewald*, Der Ostfeldzug 1941*, S. 140.
[243] Liddell-Hart, Basil, *Deutsche Generale des Zweiten Weltkrieges*, S. 90.
[244] Klüver, *Den Sieg verspielt*, S. 113.
[245] Bagel-Bohlen, Anja, *Hitlers industrielle Kriegsvorbereitungen*, S. 122.
[246] Ebenda, S. 116.
[247] Klüver, *Den Sieg verspielt*, S. 107.
[248] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter* hatte, S. 271.
[249] Klüver, *Den Sieg verspielt*, S. 95.
[250] Bagel-Bohlen, S. 105.
[251] Schustereit, Hartmut, *Vabanque*, S. 74.
[252] Kunert, *Deutschland im Krieg der Kontinente*, S. 32.
[253] Reinhardt, S. 70.
[254] Kunert, *Deutschland im Krieg der Kontinente*, S. 183.
[255] Bagel-Bohlen, S. 134-135.
[256] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 252.
[257] Reinhardt, S. 70.
[258] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 58.
[259] Schoenbaum, David, *Die braune Revolution*, S. 138.
[260] Langer, William und Everett Gleason, *The Challenge to Isolation*, S. 166.
[261] Schaub, Julius, *In Hitlers Schatten*, S. 15-16.
[262] Kern, Erich, *Adolf Hitler und seine Bewegung*, S. 48.
[263] *Der Schulungsbrief* 1/1937, S. 6-7.

[264] *Der Schulungsbrief* 1/1937, S. 7.
[265] *Der Schulungsbrief* 5/1937, S. 188-189.
[266] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 33.
[267] Ebenda, S. 90.
[268] Ebenda, S. 95.
[269] Ley, Robert, *Wir alle helfen dem Führer*, S. 139.
[270] Klüver, Max, *Die Adolf-Hitler-Schulen*, S. 32.
[271] AHS Weimar-Thüringen, *Arbeitsbericht und Elternbriefe 1940-1941*, S. 11.
[272] Klüver, Max, *Die Adolf-Hitler-Schulen*, S. 132.
[273] Ebenda, S. 33.
[274] Ebenda, S. 159, 181, 82.
[275] Jörns, Emil und Julius Schwab, *Rassenhygienische Fibel*.
[276] Klüver, Max, *Die Adolf-Hitler-Schulen*, S. 152.
[277] Ebenda, S. 196.
[278] Ebenda, S. 104.
[279] Ebenda, S. 146.
[280] Ebenda, S. 185.
[281] Ebenda, S. 184.
[282] Schoenfelder, Roland, *Deutschlands Ja für den Frieden*, S. 66.
[283] Hitler, Adolf, *Rede des Führers vor dem Reichstag am 28. April 1939*, S. 60.
[284] Benns, F. Lee, *European History since 1870*, S. 489.
[285] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 80.
[286] Freytag-Loringhoven, Freiherr von, *Deutschlands Außenpolitik*, S. 207.
[287] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 233.
[288] Ebenda.
[289] Klüver, Max, *War es Hitlers Krieg?*, S. 38-39.
[290] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 234.
[291] Ebenda, S. 257.
[292] Ebenda, S. 84.
[293] Römer, Heinrich, *Rhein, Reich, Frankreich*, S. 19.
[294] Preradovich, Nikolaus, *Großdeutschland 1938*, S. 311.
[295] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 253.
[296] Ebenda, S. 256.
[297] Freytag-Loringhoven, S. 8-9.
[298] Schoenfelder, S. 72.
[299] Ebenda, S. 74.
[300] Ebenda, S. 70-71.
[301] Freytag-Loringhoven, S. 23.
[302] Tansill, Charles, *Die Hintertür zum Kriege*, S. 30.
[303] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 267.
[304] Bömer, Karl, *Das Dritte Reich im Spiegel der Weltpresse*, S. 122.
[305] Schoenfelder, S. 7-8.
[306] Reipert, Fritz, Was will Frankreich?, S. 41.
[307] Meiser, Hans, *Das Ringen um Frankreich*, S. 118-119.
[308] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 268.

[309] Meiser, *Das Ringen um Frankreich*, S. 27.
[310] Kern, Erich, *Adolf Hitler und das Dritte Reich*, S. 184.
[311] Ebenda, S. 190-191.
[312] Ebenda.
[313] Meiser, *Das Ringen um Frankreich*, S. 134.
[314] Ebenda, S. 131.
[315] Kern, *Adolf Hitler und das Dritte Reich*, S. 204.
[316] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 99.
[317] Ebenda, S. 102.
[318] Meiser, *Das Ringen um Frankreich*, S. 137.
[319] Stieve, Friedrich, *What the World Rejected*, S. 6-7.
[320] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 104.
[321] Meiser, *Das Ringen um Frankreich*, S. 140.
[322] Ebenda, S. 155.
[323] Lansing, Robert, *The Peace Negotiations*, Kapitel 7.
[324] Benns, S. 499.
[325] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 112.
[326] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 202.
[327] Ebenda, S. 209.
[328] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 116.
[329] Ebenda, S. 118.
[330] Preradovich, *Großdeutschland 1938*, S. 370.
[331] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 207-208.
[332] Preradovich, Großdeutschland 1938, S. 371.
[333] Ebenda, S. 372.
[334] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 208.
[335] Ebenda, S. 207.
[336] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 51.
[337] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 213.
[338] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 119.
[339] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 60-61.
[340] Ebenda, S. 59.
[341] BD Second Series, XIX No. 506.
[342] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 215.
[343] Taylor, A. J. P., *The Origins of the Second World War*, S. 144.
[344] Klüver, *War* es Hitlers Krieg?, S. 62,
[345] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 219.
[346] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S 67, 379.
[347] Ebenda, S. 66.
[348] Ebenda, S. 68.
[349] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 222.
[350] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 127.
[351] Schütter, Fritz, *Wir woll'n das Wort nicht brechen*, S. 93.
[352] Ebenda, S. 92.
[353] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 217.

[354] Freytag-Loringhoven, S. 147.
[355] Schultze-Rhonhof, Gerd, *Das tschechisch-deutsche Drama*, S. 61.
[356] Kunert, Dirk, *Hitlers kalter Krieg*, S. 285.
[357] Schultze-Rhonhof, *Das tschechisch-deutsche Drama*, S. 52.
[358] Ebenda, S. 61.
[359] Ebenda, S. 140, 186.
[360] Ebenda, S. 108, 123.
[361] Ebenda, S. 124.
[362] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 80.
[363] Schultze-Rhonhof, *Das tschechisch-deutsche Drama*, S. 169.
[364] Ebenda, S. 60.
[365] Ebenda, S. 89.
[366] Ebenda, S. 115, 119, 120, 147.
[367] Ebenda, S. 166, 154.
[368] Domarus, S. 802.
[369] Kunert, *Hitlers kalter Krieg*, S. 280.
[370] Kunert, Dirk, *Ein Weltkrieg wird vorprogrammiert*, S. 126.
[371] Schultze-Rhonhof, *Das tschechisch-deutsche Drama*, S. 154.
[372] Kunert, Hitlers kalter Krieg, S. 289.
[373] Schultze-Rhonhof, *Das tschechisch-deutsche Drama*, S. 190.
[374] BD I, Third Series, 86
[375] Schultze-Rhonhof, *Das tschechisch-deutsche Drama*, S. 206.
[376] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 76.
[377] PRO FO 371/20375 C 5216
[378] BD I, Third Series, 86
[379] PRO CAB 27/623
[380] PRO CAB 23/93 cab 21138
[381] Schultze-Rhonhof, *Das tschechisch-deutsche Drama*, S. 227.
[382] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 159.
[383] Henderson, Nevile, *Failure of a Mission*, S. 137.
[384] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 237.
[385] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 93.
[386] Henderson, S. 142.
[387] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 96-97.
[388] BD II, Third Series, 665
[389] Henderson, S. 142.
[390] Hitler, Adolf, *Reden des Führers am Parteitag Großdeutschland*, S. 77-78.
[391] Henderson, S. 131.
[392] BD II, Third Series, 8
[393] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 107.
[394] Schultze-Rhonhof, *Das tschechisch-deutsche Drama*, S. 260.
[395] Meiser, *Das Ringen um Frankreich*, S. 171.
[396] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 173.
[397] BD II, Third Series, 1038
[398] Meiser, *Das Ringen um Frankreich*, S. 166.

[399] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkriegs*, S. 262.
[400] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 119.
[401] Schultze-Rhonhof, *Das tschechisch-deutsche Drama*, S. 275.
[402] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 122.
[403] Schultze-Rhonhof, *Das tschechisch-deutsche Drama*, S. 280.
[404] Ebenda, S. 297.
[405] Meiser, *Das Ringen um Frankreich*, S. 184.
[406] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 160.
[407] Schultze-Rhonhof, *Das tschechisch-deutsche Drama*, S. 313-315, 304.
[408] Ebenda, S. 334.
[409] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 162.
[410] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 304.
[411] Schultze-Rhonhof, *Das tschechisch-deutsche Drama*, S. 129.
[412] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 161.
[413] Schultze-Rhonhof, *Das tschechisch-deutsche Drama*, S. 340.
[414] Ebenda, S. 342.
[415] Hoggan, David, *The Forced War*, S. 248.
[416] Umbreit, Hans, *Deutsche Militärverwaltungen 1938-1939*, S. 59, 56, 54.
[417] Hoggan, S. 251.
[418] Schultze-Rhonhof, *Das tschechisch-deutsche Drama*, S. 344.
[419] Ebenda.
[420] Umbreit, S. 55.
[421] Kunert, Dirk, *Ein Weltkrieg wird vorprogrammiert*, S. 242.
[422] Ruhnau, Rüdiger, *Die freie Stadt Danzig*, S. 9.
[423] Bainville, Jacques, *Frankreichs Kriegsziele*, S. 53.
[424] Watt, Richard, *Bitter Glory*, S. 93, 99.
[425] Venner, Dominique, *Söldner ohne Sold*, S. 217.
[426] Oertzen, F. W., *Die deutschen Freikorps*, S. 132.
[427] Watt, S. 158.
[428] Venner, S. 222.
[429] *Der Tod sprach polnisch*, S. 9.
[430] Karski, Jan, *The Great Powers and Poland*, S. 84.
[431] Schultze-Rhonhof, *Der Tod, der viele Väter hatte*, S. 401.
[432] Elble, Rolf, *Die Schlacht an der Bzura*, S. 41.
[433] Preradovich, Nikolaus, *Deutschland und Polen*, S. 20.
[434] Karski, S. 147.
[435] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 405.
[436] Schoenfelder, S. 67, 68.
[437] Tansill, S. 178.
[438] Preradovich, *Deutschland und Polen*, S. 30.
[439] Ebenda.
[440] Ebenda.
[441] Ebenda, S. 31.
[442] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 376-377.
[443] Klüver, Max, *Die Kriegstreiber*, S. 115.

[444] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 399.
[445] Klüver, *Es war nicht Hitlers Krieg*, S. 8.
[446] Klüver, *Die Kriegstreiber*, S. 246.
[447] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 176.
[448] Klüver, *Die Kriegstreiber*, S. 131.
[449] Ebenda, S. 397.
[450] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 221.
[451] Ebenda, S. 420.
[452] Karski, S. 247.
[453] Klüver, *Es war nicht Hitlers Krieg*, S. 11.
[454] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 423.
[455] Ebenda, S. 422.
[456] Karski,, S. 268.
[457] Ruhnau, S. 163.
[458] Hitler, *Rede des Führers und Reichskanzlers am 28. April 1939*, S. 36-37.
[459] Preradovich, Nikolaus, *Deutschland und Polen*, S. 44.
[460] Wellems, Hugo, *Das Jahrhundert der Lüge*, S. 117.
[461] Preradovich, Nikolaus, *Deutschland und Polen*, S. 45.
[462] *Der Tod sprach polnisch*, S. 18, 23.
[463] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 426.
[464] Klüver, *Es war nicht Hitlers Krieg*, S. 53-54.
[465] Klüver, *Die Kriegstreiber*, S. 193.
[466] Ebenda, S. 404.
[467] Kern, *Adolf Hitler und das Dritte Reich*, S. 365.
[468] Piekalkiewicz, Janusz, *Polenfeldzug*, S. 44.
[469] Klüver, *Die Kriegstreiber*, S. 194.
[470] Wellems, S. 119.
[471] Ebenda, S. 122, 119.
[472] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 251.
[473] Ebenda, S. 271, 273.
[474] Ruhnau, S. 76.
[475] Ebenda, S. 318.
[476] Hoggan, S. 413.
[477] Klüver, *Die Kriegstreiber*, S. 324.
[478] Preradovich, *Deutschland und Polen*, S. 210.
[479] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 277.
[480] Schultze-Rhonhof, Der Krieg, der viele Väter hatte, S. 476.
[481] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 258.
[482] Klüver, *Die Kriegstreiber*, S. 333.
[483] BD VII, Third Series, 4
[484] Preradovich, *Deutschland und Polen*, S. 211.
[485] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 442.
[486] Sudholt, Gerd, *So war der Zweite Weltkrieg 1939*, S. 57.
[487] Klüver, War es Hitlers Krieg?, S. 319.
[488] Preradovich, *Deutschland und Polen*, S. 212.

[489] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 320.
[490] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 500.
[491] Sturm, Gero, *Mit Goldener Nahkampfspange Werner Kindler*, S. 20.
[492] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 505-506.
[493] Ebenda, S. 513-514.
[494] Meiser, Hans, *Gescheiterte Friedens-Initiativen 1939-1945*, S. 32.
[495] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 361-362, 305.
[496] Meiser, Hans, *Gescheiterte Friedens-Initiativen 1939-1945*, S. 33.
[497] Ebenda.
[498] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 527.
[499] PRO FO 371/22979 C 12480.
[500] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 423.
[501] Freytag-Loringhoven, S. 234.
[502] Danco, Walter, *Die Weltveränderer*, S. 200.
[503] Freytag-Loringhoven, S. 233.
[504] Domarus, S. 1275.
[505] Giesler, Hermann, *Ein anderer Hitler*, S. 366.
[506] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 345.
[507] Klüver, *Die Kriegstreiber*, S. 414.
[508] Mathias, Karl-Heinz, *Ich diene*, S. 37.
[509] Pahl, Werner, *Die britische Machtpolitik*, S. 22.
[510] Helberg, Hermann, *England und wir*, S. 42-43.
[511] Pahl, S. 16-17.
[512] Thost, Hans, *Als Nationalsozialist in England*, S. 165, 183.
[513] Ebenda, S. 272.
[514] Ebenda, S. 223.
[515] Kessemeier, Heinrich, *Der Feldzug mit der anderen Waffe*, S. 156.
[516] Helberg, Hermann, *England und wir*, S. 128.
[517] Kunert, *Hitlers kalter Krieg*, S. 123.
[518] Rose, Franz, *Das ist Churchill*, S. 76-77.
[519] Kunert, S. 66.
[520] Winkelvoss, Peter, *Die Weltherrschaft der Angelsachsen*, S. 153.
[521] Kunert, *Hitlers kalter Krieg*, S. 225.
[522] Kunert, Dirk, *Ein Weltkrieg wird vorprogrammiert*, S. 222.
[523] Ebenda, S. 221.
[524] Ebenda, S. 220.
[525] Ebenda, S. 222.
[526] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 223.
[527] Klüver, *Den Sieg verspielt*, S. 39.
[528] Charmley, John, *Churchill: The End of Glory,* S. 325.
[529] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 239.
[530] Kunert, *Deutschland im Krieg der Kontinente*, S. 209.
[531] Kunert, *Hitlers kalter Krieg*, S. 103.
[532] Schultze-Rhonhof, *Das tschechisch-deutsche Drama*, S. 311.
[533] PRO CAB 23/95 cab 43 (38)

[534] Rose, Franz, *Das ist Churchill*, S 78.
[535] Kriegk, Otto, *Die englischen Kriegshetzer*, S. 65.
[536] Klüver, Max, *Die Kriegstreiber*, S. 107-108.
[537] Halifax, Viscount, *Fullness of Days*, S. 200.
[538] PRO FO 371/22988.
[539] Ebenda.
[540] Klüver, *Die Kriegstreiber*, S. 102.
[541] Ebenda, S. 301.
[542] PRO CAB 23/98 cab 12 (39)
[543] Klüver*, Die Kriegstreiber*, S. 300.
[544] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 196.
[545] Hoggan, S. 301.
[546] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 196.
[547] PRO FO 800/294.
[548] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 388.
[549] Klüver, *Die Kriegstreiber*, S. 284.
[550] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 417.
[551] PRO CAB 23/98 cab 11 (39)
[552] Taylor, S. 205.
[553] Hoggan, S. 304.
[554] Taylor, S. 205.
[555] Hoggan, S. 304.
[556] Taylor, S. 186.
[557] Domarus, S. 932.
[558] PRO FO 371/22993.
[559] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 197.
[560] PRO CAB 23/98 cab 12 (39)
[561] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 391.
[562] Kunert, *Deutschland im Krieg der Kontinente*, S. 222.
[563] PRO CAB 23/98 cab 16 (39)
[564] Ebenda.
[565] Ebenda.
[566] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 162.
[567] Klüver, *Die Kriegstreiber*, S. 402.
[568] PRO FO 371/23017 c454
[569] PRO FO 371/23017 c5469
[570] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 455.
[571] Domarus, S. 1065.
[572] PRO FO 371/22988
[573] PRO FO 371/23989 c6670
[574] Karski, S. 332.
[575] Ebenda, S. 333.
[576] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 194.
[577] PRO FO 371/22976 c11573
[578] PRO FO 371/23017

[579] PRO FO 371/23019
[580] Wellems, S. 123.
[581] Klüver, Es war nicht Hitlers Krieg, S. 180.
[582] PRO FO 371/22974 c9475
[583] PRO FO 371/22991
[584] PRO FO 371/22019 c16211
[585] Wanderscheck, Hermann, *Höllenmaschinen aus England*, S. 78.
[586] PRO FO 371/2297 c12476
[587] PRO FO 371/22976
[588] PRO PREM 1/331 A
[589] Klüver, *War es Hitlers Krieg?*, S. 431.
[590] PRO FO 371/23026 c11948
[591] Klüver, *Die Kriegstreiber*, S. 311.
[592] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 493.
[593] Ebenda, S. 503.
[594] Ribbentrop, Annelies von, *Die Kriegsschuld des Widerstandes*, S. 345.
[595] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 508.
[596] Klüver, War es Hitlers Krieg?, S. 421.
[597] Tansill, S. 333.
[598] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 532.
[599] Ebenda, S. 520.
[600] Ebenda, S. 528.
[601] Ebenda, S. 430.
[602] Klüver, *Die Kriegstreiber*, S. 408
[603] Ebenda, S. 414
[604] Ebenda, S. 379.
[605] Ebenda, S. 412.
[606] Ebenda.
[607] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 525.
[608] Kunert, *Deutschland im Krieg der Kontinente*, S. 216.
[609] Klüver, *Die Kriegstreiber*, S. 380.
[610] Helberg, S. 152.
[611] Kunert, *Deutschland im Krieg der Kontinente*, S. 224.
[612] Ebenda, S. 238.
[613] Bieg, *Hans-Henning, Amerika die unheimliche Weltmacht*, S. 160.
[614] Karski, S. 376-377.
[615] Piekalkiewicz, *Polenfeldzug*, S. 123.
[616] Kunert, *Deutschland im Krieg der Kontinente*, S. 241.
[617] Giesler, S. 364.
[618] Bieg, S. 103.
[619] Kunert, *Hitlers kalter Krieg*, S. 14.
[620] Musial, Bogdan, *Kampfplatz Deutschland ,* S. 282.
[621] Ebenda, S. 269.
[622] Weber, Hermann, und Ulrich Mähler, *Verbrechen im Namen der Ide*e, S. 99.
[623] Suworow, Viktor, und Dmitrij Chmelnizki, *Überfall auf Europa*, S. 111, 128.

[624] Post, Walter, *Das Unternehmen Barbarossa*, S. 25.
[625] Kurowski, Franz, *Balkenkreuz und Roter Stern*, S. 8.
[626] Ribbentrop, Rudolf von, *Mein Vater Joachim von Ribbentrop*, S. 202.
[627] PRO FO 371/23022, C9571
[628] Kunert, *Hitlers kalter Krieg*, S. 303-304.
[629] Ribbentrop, Rudolf von, S. 131.
[630] Abendroth, Hans Henning, *Hitler in der spanischen Arena*, S. 28.
[631] Ebenda, S. 15.
[632] Ribbentrop, Rudolf von, S. 96.
[633] Abendroth, S. 33.
[634] Suworow, Viktor, *Stalins verhinderter Erstschlag*, S. 89.
[635] Kunert*, Hitlers kalter Krieg*, S. 150.
[636] Abendroth, S. 37.
[637] Suworow und Chmelnizki, S. 85.
[638] Abendroth, S. 35.
[639] Baberowski, S. 174.
[640] Kunert, *Hitlers kalter Krieg*, S. 12-13.
[641] Ebenda, S. 72.
[642] Post, *Das Unternehmen Barbarossa*, S. 102.
[643] Kunert, *Ein Weltkrieg wird vorprogrammiert*, S. 277.
[644] Post, *Das Unternehmen Barbarossa*, S. 136.
[645] Ribbentrop, Rudolf von, S. 200.
[646] Post, *Das Unternehmen Barbarossa*, S. 107.
[647] Ribbentrop, Rudolf von, S. 209.
[648] Suworow und Chmelnizki, S. 91.
[649] Domarus, S. 1210.
[650] Thadden, Adolf von, *Stalins Falle*, S. 77, 79.
[651] Suworow und Chmelnizki, S. 122.
[652] Ribbentrop, Rudolf von, S. 221.
[653] Ebenda, S. 218, 226.
[654] Ebenda, S. 230.
[655] Becker, Fritz, *Kampf um Europa*, S. 52.
[656] Hoffmann, Joachim, *Stalins Vernichtungskrieg*, S. 144-145.
[657] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 451.
[658] “Deutschland und die finnische Frage”, *Völkischer Beobachter*, 12/8, 1939.
[659] Suworow und Chmelnizki, S. 203.
[660] Pabst, S. 78.
[661] Suworow und Chmelnizki, S. 203.
[662] Post, *Das Unternehmen Barbarossa*, S 147.
[663] Pabst, S. 78.
[664] Suworow und Chmelnizki, S. 126.
[665] Post, *Das Unternehmen Barbarossa*, S. 145.
[666] Becker, S. 114-115.
[667] Klüver, Max, *Präventivschlag 1941*, S.. 185.
[668] Post, *Das Unternehmen Barbarossa*, S. 153.

[669] Klüver, *Präventivschlag 1941*, S. 126.
[670] Piekalkiewicz, *Krieg auf dem Balkan*, S. 33.
[671] Klüver, *Präventivschlag 1941*, S. 140.
[672] Ebenda, S. 51.
[673] Becker, S. 70.
[674] Klüver, *Präventivschlag 1941*, S. 113.
[675] Naumann, Andreas, *Freispruch für die deutsche Wehrmacht*, S. 24.
[676] Post, *Das Unternehmen Barbarossa*, S. 184.
[677] Fabry, Philipp, *Balkan-Wirren*, S. 93.
[678] Ebenda, S. 62.
[679] Ebenda, S. 95.
[680] Ebenda, S. 131, 99.
[681] Olshausen, Klaus, *Zwischenspiel auf dem Balkan*, S. 86.
[682] Piekalkiewicz, *Krieg auf dem Balkan*, S. 65.
[683] Klüver, *Präventivschlag 1941*, S. 257, 256.
[684] Bathe, Rolf, und Erich Glodschey, *Der Kampf um den Balkan*, S. 126.
[685] Hünger, Heinz, und Erich Strassl, *Kampf und Intrige um Griechenland*, S. 104.
[686] Becker, S. 123.
[687] Ebenda, S. 221.
[688] Kunert, *Deutschland im Krieg der Kontinente*, S. 80.
[689] Meiser, Hans, *Verratene Verräter*, S. 244.
[690] Becker, S. 179.
[691] Post, *Das Unternehmen Barbarossa*, S. 243.
[692] Below, S. 277.
[693] Zürner, Bernhard, *Der verschenkte Sieg*, S. 14.
[694] Post, Das Unternehmen Barbarossa, S. 242-243.
[695] Ebenda, S. 225.
[696] Fabry, S. 96.
[697] Ribbentrop, Rudolf von, S. 302-303.
[698] Ebenda, S. 304.
[699] Post, *Das Unternehmen Barbarossa*, S. 263.
[700] Fabry, S. 32.
[701] Ribbentrop, Rudolf von, S. 314.
[702] Suworow und Chelmnizki, S. 118.
[703] Ribbentrop, Rudolf von, S. 430.
[704] Ebenda, S. 305.
[705] Suworow und Chelmnizki, S. 36-37, 52.
[706] Ebenda, S. 58.
[707] Klüver, *Präventivschlag 1941*, S. 279.
[708] Ribbentrop, Rudolf von, S. 310.
[709] Ebenda, S. 300.
[710] Klüver, *Präventivschlag 1941*, S. 14.
[711] Bavendamm, Dirk, *Roosevelts Krieg*, S. 80.
[712] Gordon, Helmut, *Es spricht: Der Führer*, S. 70.
[713] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 241.

[714] Fuller, S. 29.
[715] Schadewaldt, S. 53.
[716] Roosevelt, Elliot, *As He Saw It*, S. 37.
[717] Schweiger, S. 38.
[718] Bieg, S. 105.
[719] Picker, S. 499.
[720] Wirsing, S. 66.
[721] Fish, Hamilton, *FDR. The Other Side of the Coin*, S. 15.
[722] Ebenda, S. 13.
[723] Franz-Willing, *Roosevelt*, S. 31.
[724] Kunert, *Ein Weltkrieg wird vorprogrammiert*, S. 233.
[725] Kunert, *Hitlers kalter Krieg*, S. 212.
[726] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkriegs*, S. 229.
[727] Ebenda, S. 247.
[728] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 172.
[729] Seibert, Theodor, *Das amerikanische Rätsel*, S. 28.
[730] Schultze-Rhonhof*, Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 446.
[731] Ebenda, S. 447.
[732] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 296.
[733] Ribbentrop, Rudolf von, S. 207.
[734] Tansill, S. 338.
[735] Fish, Hamilton, *Tragic Deception*, S. 11.
[736] Fish, Hamilton. *FDR. The Other Side of the Coin*, S. 18.
[737] Kunert, *Deutschland im Kampf der Kontinente*, S. 233.
[738] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 470.
[739] Schultze-Rhonhof, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, S. 531.
[740] Bavendamm, S. 130.
[741] Ebenda, S. 133.
[742] Meiser, *Gescheiterte Friedens-Initiativen 1939-1945*, S. 112.
[743] Ebenda, S. 117.
[744] Bavendamm, S. 135.
[745] Meiser, *Gescheiterte Friedens-Initiativen 1939-1945*, S. 116.
[746] Seibert, S. 38.
[747] Grattan, Hartley, *The German White Paper*, S. 16.
[748] Ebenda, S. 20.
[749] Ebenda, S. 11.
[750] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 448-449.
[751] Hedin, Sven, *Amerika im Kampf der Kontinente*, S. 92.
[752] Charmley, S. 443.
[753] Bieg, S. 105.
[754] Wirsing, S. 306.
[755] Fish, *FDR. The Other Side of the Coin*, S. xiv.
[756] Hedin, S. 106.
[757] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 448.
[758] Bailey, Thomas, und Paul Ryan, *Hitler vs. Roosevelt*, S. 165.

[759] Ebenda, S. 172.
[760] Fish, *Tragic Deception*, S. 36.
[761] Barnes, Harry Elmer, *Perpetual War for Perpetual Peace*, S. 218.
[762] Bieg, S. 61.
[763] Flynn, John, *The Roosevelt Myth*, S. 296.
[764] Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges*, S. 578.
[765] Stinnet, Robert*, Day of Deceit*, S. 276.
[766] Ebenda, S. 275.
[767] Bailey und Ryan, S. 235.
[768] Barnes, S. 345.
[769] Kurowski, Franz, *So war der Zweite Weltkrieg 1941*, S. 375.
[770] Barnes, S. 486.
[771] Bavendamm, S. 168.
[772] Franz-Willing, Roosevelt, S. 112.
[773] Sudholt, Gert, *So war der Zweite Weltkrieg 1942*, S. 267-268, 275.
[774] Bouhler, Band III, S. 133-134.
[775] Sudholt, Gert, *So war der Zweite Weltkrieg 1942*, S. 267-268, 275.
[776] "Der Aufbau der Waffen-SS", *Völkischer Beobachter*, 14./15. März 1942.
[777] Reinhardt, S. 213.
[778] Ochsenreiter, Manuel, *Deutsche Militärzeitschrift: Sonderausgabe Waffen SS*, S. 45.
[779] Höhne, Heinz, *Der Orden unter dem Totenkopf*, S. 408.
[780] Ochsenreiter, S. 47.
[781] Mathias, Karl Heinz, *Ich diene*, S. 56.
[782] *Männer der Waffen-SS*, S. 40.
[783] Schütter, Fritz, *Wir woll'n das Wort nicht brechen*, S. 40.
[784] Höhne, S. 412.
[785] Schütter, S. 164.
[786] Buchner, Peter, *Die Kriegserinnerungen des Werner Schmieder*, S. 12.
[787] Mathias, S. 65.
[788] Schulze-Kossens, Richard, *Militärischer Führernachwuchs der Waffen-SS*, S. 45.
[789] Springer, Heinrich, *Stationen eines Lebens in Krieg und Frieden*, S. 53.
[790] Schulze-Kossens, S. 70.
[791] Höhne, S. 412.
[792] Schulze-Kossens, S. 33.
[793] Jestadt, Georg, *Ohne Siege und Hurra*, S. 168.
[794] Höhne, S. 423.
[795] Milata, Paul, *Zwischen Hitler, Stalin und Antonescu*, S. 48, 175, 214.
[796] Neulen, Hans Werner, *Europa und das 3. Reich*, S. 186.
[797] Degrelle, Léon, *Erinnerungen eines europäischen Kriegsfreiwilligen*, S. 182.
[798] Levsen, Dirk, *Krieg im Norden*, S. 11.
[799] Ebenda, S. 148-150.
[800] Pedersen, Henry, *Germanische Freiwillige*, S. 18.
[801] Meissner, Gustav, *Dänemark unterm Hakenkreuz*, S. 56-57.
[802] Ebenda, S. 54.
[803] Pedersen, S. 23.

[804] Verton, Hendrik, *Im Feuer der Ostfront*, S. 47, 39.
[805] Uhle-Wetter, Franz, *Höhe- und Wendepunkte deutscher Militärgeschichte*, S. 267, 290.
[806] *Dokumente britisch-französischer Grausamkeit*, S. 140.
[807] Kern, Erich, *Adolf Hitler und der Krieg*, S. 120.
[808] Meiser*, Das Ringen um Frankreich*, S. 297.
[809] Post, Walter, *Hitlers Europa*, S. 387.
[810] Neulen, S. 121.
[811] *Germanisches Leitheft* 1/1941, S. 8.
[812] Halfeld, August, *USA im Krieg*, S. 7.
[813] Neulen, S. 72, 74.
[814] *NS Monatshefte* Nr. 126, S. 546.
[815] Gehl, Walther, *Die Sendung des Reiches*, S. 97-98.
[816] *Germanisches Leitheft* 8/8, 1942, S. 346.
[817] Neulen, S. 50.
[818] Pedersen, S. 25.
[819] DuPrel, MaxFreiherr, *Die Niederlande im Umbruch der Zeiten*, S. 58.
[820] Seidler, Franz, *Avantgarde für Europa*, S. 57.
[821] Post, *Hitlers Europa*, S. 85-87.
[822] Ebenda, S. 89, 338, 336.
[823] Horn, Martin, *Norwegen zwischen Krieg und Frieden*, S. 17.
[824] Meissner, S. 47.
[825] Pedersen, S. 192.
[826] Ochsenreiter, S. 66.
[827] Degrelle, S. 83.
[828] Seidler, *Avantgarde für Europa*, S. 84.
[829] Post, *Hitlers Europa*, S. 21.
[830] Boberach, Heinz, *Meldungen aus dem Reich*, S. 2483-2484.
[831] Pedersen, S. 37.
[832] Seidler, *Avantgarde für Europa*, S. 48.
[833] Werther, Steffen, *Dänische Freiwillige in der Waffen-SS*, S. 72
[834] Boberach, S. 2484-1485.
[835] Ochsenreiter, S. 64.
[836] Neulen, S. 62.
[837] Seidler, *Avantgarde für Europa*, S. 132.
[838] Schweiger, S. 70.
[839] Neulen, S. 245.
[840] Massmann, Kurt, “Man muss es gesehen haben!”, *Völkischer Beobachter*, 12. August 1941.
[841] Schulze-Kossens, S. 23.
[842] d’Alquen, Günther, “Die germanischen Kameraden”, *Völkischer Beobachter*, 2. September 1941.
[843] Neulen, S. 26.
[844] Ebenda, S. 117-118.
[845] Ebenda, S. 106.
[846] Jestadt, S. 52.
[847] Umbreit, S. 199, 198.
[848] Post, *Hitlers Europa*, S. 182-183, 235, 241.

[849] Ebenda, S. 364, 363, 368, 366.
[850] Ebenda, S. 360, 355.
[851] Seidler, S. 133.
[852] Ribbentrop, Rudolf von, S. 378.
[853] Neulen, S 43.
[854] Ebenda, S. 45.
[855] Ebenda, S. 128, 129.
[856] Ebenda, S. 39.
[857] Picker, S. 214.
[858] Seibert, Theodor, "Warum kämpft der Sowjetsoldat?", *Völkischer Beobachter*, 15. Juli 1942.
[859] Seidler, *Die Wehrmacht im Partisanenkrieg*, S. 84.
[860] Hoffmann, S. 97.
[861] Buchbender und Schuh, S. 120.
[862] Post, *Die verleumdete Armee*, S. 193.
[863] Seidler, *Die Wehrmacht im Partisanenkrieg*, S. 117-118.
[864] Becker, S. 293-294.
[865] Post, *Die verleumdete Armee*, S. 185.
[866] Hoffmann, S. 245.
[867] Wimmer, Josef, *Ich war dabei*, S. 115.
[868] Neulen, S 138-139.
[869] Giesler, S. 399.
[870] Schwarz, Hanns, *Brennpunkt FHQ*, S. 65.
[871] Degrelle, S. 122.
[872] Ochenreiter, S. 70.
[873] Neulen, S. 62.
[874] Schweiger, S. 67.
[875] Ochsenreiter, S. 71.
[876] Seidler, *Avantgarde für Europa*, S. 21.
[877] Schwarz, S. 65.
[878] Seidler, *Avantgarde für Europa*, S 16.
[879] Schwarz, S. 66.
[880] Ochsenreiter, S. 65.
[881] Ebenda, S. 72.
[882] Post, *Hitlers Europa*, S. 322.
[883] Schulze-Kossens, S. 23.
[884] Neulen, S. 56.
[885] Ebenda, S. 160, 161.
[886] Post, *Hitlers Europa*, S. 258.
[887] Schweiger, S. 55-56.
[888] Ebenda, S. 61.
[889] Frey, Albert, *Ich wollte die Freiheit*, S. 247.
[890] Höhne, S. 467.
[891] Seidler, *Avantgarde für Europa*, S. 27.
[892] Schwarz, S. 67.
[893] Gordon, S. 27.

[894] Frey, S. 90.
[895] Höhne, S. 413.
[896] Schulz-Kossens, S. 231.
[897] Höhne, S. 444.
[898] Ellenbeck, Hans, *Die Verantwortung des deutschen Offiziers*, S. 26
[899] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 25-26.
[900] Ribbentrop, Rudolf von, S. 146.
[901] Ebenda, S. 168, 386.
[902] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 27, 37.
[903] Ribbentrop, Rudolf von, S. 171.
[904] Ebenda, S. 206.
[905] Kunert, *Deutschland im Krieg der Kontinente*, S. 218.
[906] Ribbentrop, Rudolf von, S. 171.
[907] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 62.
[908] Klüver, *Es war nicht Hitlers Krieg*, S. 175.
[909] Klüver, *Die Kriegstreiber*, S. 199.
[910] Ribbentrop, Rudolf von, S. 234.
[911] Ebenda, S. 240.
[912] Ebenda, S. 239.
[913] Ribbentrop, Annelies von, S. 385.
[914] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 30.
[915] Ribbentrop, Rudolf von, S. 252.
[916] Remer, S. 48.
[917] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 59.
[918] Ebenda, S. 198.
[919] Ebenda, S. 92.
[920] Schellenberg, S. 117.
[921] Dönitz, Karl *Zehn Jahre und zwanzig Tage*, S. 247.
[922] Meiser, *Gescheiterte Friedens-Initiativen 1939-1945*, S. 191.
[923] Sudholt, *So war der Zweite Weltkrieg 1940*, S. 146.
[924] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 132.
[925] Ebenda, S. 130.
[926] Ribbentrop, Rudolf von, S. 425.
[927] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 104-105.
[928] Ribbentrop, Rudolf von, S. 288.
[929] Schmolke, Heinz, *Die Kriegsentscheidung*, S. 10.
[930] Ribbentrop, Rudolf von, S. 289.
[931] Georg, Friedrich, *Verrat an der Ostfront*, S. 66-67.
[932] Ebenda, S. 108-112.
[933] Ebenda, S. 69.
[934] Ebenda, S. 223.
[935] Pemler, Georg, *Der Flug zum Don*, S. 79.
[936] Georg, *Verrat an der Ostfront*, S. 67.
[937] Pemler, S. 84.
[938] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 79.

[939] Schramm, Wilhelm von, *Aufstand der Generale*, S. 38, 209.
[940] Klapdor, Ewald, *Der Ostfeldzug 1941*, S. 83, 116, 117.
[941] Schellenberg, S. 253.
[942] Musial, S. 459.
[943] Georg, *Verrat an der Ostfront*, S. 158.
[944] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 162.
[945] Ebenda, S. 204.
[946] Haupt, Werner, *Kiew*, S. 21.
[947] Giesler, S. 427, 429.
[948] Georg, *Verrat an der Ostfront*, S. 165, 170, 172.
[949] Ebenda, S. 179.
[950] Ebenda, S. 186-187.
[951] Ebenda, S. 180.
[952] Below, S. 295.
[953] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 223-224.
[954] Georg, *Verrat an der Ostfront*, S. 186.
[955] Haupt, Werner, *Die Schlachten der Heeresgruppe Mitte*, S. 125.
[956] Georg, *Verrat an der Ostfront*, S. 186.
[957] Giesler, S. 426.
[958] Sudholt, *So war der Zweite Weltkrieg 1942*, S. 113.
[959] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 230.
[960] Magenheimer, Heinz, *Hitler's War*, S. 140.
[961] Georg, *Verrat an der Ostfront*, S. 279.
[962] Zürner, Bernhard, *Hitler. Feldherr wider Willen*, S. 154.
[963] Georg, *Verrat an der Ostfront*, S. 288.
[964] Meiser, Hans, *So wurde Stalingrad verraten*, S. 158.
[965] Remer, S 180.
[966] Georg, *Verrat an der Ostfront*, S. 306-307, 311.
[967] Pemler, S. 169.
[968] Meiser, *So wurde Stalingrad verraten*, S. 215.
[969] Uhle-Wetter, S. 362.
[970] Meiser, *So wurde Stalingrad verraten*, S. 207.
[971] Georg, *Verrat an der Ostfront*, S. 260.
[972] Uhle-Wetter, S. 363-364.
[973] Georg, *Verrat an der Ostfront*, S. 323.
[974] Meiser, *So wurde Stalingrad verraten*, S. 219-220.
[975] Schmolke, S. 9.
[976] Uhle-Wetter, S. 382.
[977] Georg, *Verrat an der Ostfront*, S. 406.
[978] Zürner, S. 173.
[979] Pfötsch, Kurt, *Die Hölle von Kursk*, S. 97.
[980] Brunnegger, Herbert, *Saat in den Sturm*, S. 228, 230.
[981] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 233-234.
[982] Meiser, *So wurde Stalingrad verraten*, S. 246.
[983] Buchner, Alex, *Ostfront* 1944, S. 147.

[984] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 233.
[985] Haupt, *Die Schlachten der Heeresgruppe Mitte*, S. 272.
[986] Hinze, Rolf, *Ostfront 1944*, S. 37.
[987] Schramm, S. 29.
[988] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 155.
[989] Georg, Friedrich, *Verrat in der Normandie*, S. 201, 204, 205.
[990] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 155.
[991] Georg, *Verrat in der Normandie*, S. 17, 207.
[992] Schellenberg, S. 348.
[993] Georg, S. 32.
[994] Ebenda, S. 126.
[995] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 28.
[996] Georg, *Verrat in der Normandie*, S. 57.
[997] Zimmermann, R. Heinz, *Der Atlantikwall*, S. 20.
[998] Griesser, Volker, *Die Löwen von Carentan*, S. 86.
[999] Georg, *Verrat in der Normandie*, S. 180.
[1000] Ebenda, S. 37.
[1001] Schramm, S. 25.
[1002] Georg, *Verrat in der Normandie*, S. 129.
[1003] Ebenda, S. 47.
[1004] Ebenda, S. 145.
[1005] Ebenda, S. 144.
[1006] Ebenda, S. 76.
[1007] Ebenda, S. 78.
[1008] Carrell, Paul, *Invasion – They're Coming!*, S. 122.
[1009] Widmann, Franz, *Mit Totenkopf und Frundsberg an Ost- und Westfront*, S. 150.
[1010] Tieke, Wilhelm, *Im Feuer der letzten Kriegsjahre*, S. 114.
[1011] Ritgen, Helmut, *Die Geschichte der Panzer-Lehr-Division im Westen*, S. 102.
[1012] Post, *Hitlers Europa*, S. 466.
[1013] Schmolke, S. 45, 46.
[1014] Klapdor, Ewald, *Die Entscheidung. Normandie 1944*, S. 165.
[1015] Schmolke, S. 45, 46.
[1016] Klapdor, S. 164.
[1017] Georg, *Verrat in der Normandie*, S. 86.
[1018] Speidel, Hans, *Invasion 1944*, S. 99.
[1019] Georg, *Verrat in der Normandie*, S. 87.
[1020] Saunders, Hrowe, *Der verratene Sieg*, S. 129.
[1021] Klapdor, S. 136-137.
[1022] Meyer, Hubert, *Kriegsgeschichte der 12. SS-Panzerdivision Hitlerjugend*, S. 62.
[1023] Jestadt, S. 138-140.
[1024] Schmolke, S. 65.
[1025] Ritgen, S. 105.
[1026] Georg, *Verrat in der Normandie*, S. 97.
[1027] Klapdor, S. 172.
[1028] Carell, S. 122.

[1029] Klapdor, S. 125.
[1030] Irving, David, *Rommel*, S. 494.
[1031] Henning, Otto, *Als Panzer- und Spähtruppführer in der Panzer-Lehr-Division*, S. 15-16.
[1032] Klapdor, S. 127.
[1033] Ebenda, S. 121.
[1034] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 236.
[1035] Klapdor, S 127.
[1036] Georg, *Verrat in der Normandie*, S. 248, 112.
[1037] Misch, Rochus, *Der letzte Zeuge*, S. 164.
[1038] Hennig, S. 15-16.
[1039] Georg, *Verrat in der Normandie*, S. 18.
[1040] Ebenda, S. 236.
[1041] Nardini, Walther, *Cassino*, S. 311.
[1042] Georg, *Verrat in der Normandie*, S 313.
[1043] Klapdor, S. 150.
[1044] Oven, Wilfred von, *Finale Furioso*, S. 401.
[1045] Landhoff, Werner, *Die Opfer des 20. Juli 1944*, S. 36.
[1046] Oven, S. 402.
[1047] Schaub, Julius, *In Hitlers Schatten*, S. 266.
[1048] Georg, *Verrat an der Ostfront*, S. 87.
[1049] Remer, S. 36, 51.
[1050] Schramm, S. 125, 114.
[1051] Landhoff, S. 115.
[1052] "Schufte!", Völkischer Beobachter, 22. Juli 1944.
[1053] Landhoff, S. 62.
[1054] Ebenda.
[1055] Ebenda, S. 61.
[1056] Ebenda, S. 63.
[1057] Remer, S. 27.
[1058] Adam, Günther, *Ich habe meine Pflicht erfüllt*, S. 294.
[1059] Hinze, S. 17.
[1060] Below, S. 358.
[1061] Ebenda, S. 393.
[1062] Oven, S. 450.
[1063] Giesler, S. 442.
[1064] Martin, Hans-Leo, *Unser Mann bei Goebbels*, S. 68.
[1065] Oven, S. 450.
[1066] Landhoff, „S. 219.
[1067] Kern, *Adolf Hitler und der Krieg*, S. 400.
[1068] Jordan, Rudolf, *Erlebt und erlitten*, S. 239.
[1069] Kern, *Adolf Hitler und der Krieg*, S. 403.
[1070] Schramm, S. 24.
[1071] Meiser, *Gescheiterte Friedens-Initiativen 1939-1945*, S. 268.
[1072] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 64.
[1073] Kurowski, Franz, *Bedingungslose Kapitulation*, S. 61, 11.

[1074] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 318
[1075] Remer, S 65.
[1076] Landhoff, S. 220.
[1077] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 320.
[1078] Günter, Helmut, *Von der Hitler-Jugend zur Waffen-SS*, S. 228.
[1079] Meiser, *Gescheiterte Friedens-Initiativen 1939-1945*, S. 273.
[1080] Ebenda.
[1081] PRO FO 371/39062.
[1082] Klüver, *Die Kriegstreiber*, S. 375.
[1083] Bieg, S. 69.
[1084] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 124.
[1085] *Offiziere des Führers*, 6/1944, S. 12-13.
[1086] Post, *Hitlers Europa*, S. 374.
[1087] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 269.
[1088] Paul, Wolfgang, *Der Heimatkrieg*, S. 384.
[1089] Hoffmann, S. 292.
[1090] Kurowski, *Bedingungslose Kapitulation*, S. 181.
[1091] Adam, S. 355-356, 358.
[1092] Kurowski, *Bedingungslose Kapitulation*, S. 66.
[1093] Paul, S. 191.
[1094] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 265.
[1095] Czesany, Maximilian, *Alliierter Bombenterror*, S. 348.
[1096] Schwarz, S. 40-41, 192-195.
[1097] Remer, S. 324.
[1098] Meiser, *Verratene Verräter*, S. 104, 143.
[1099] Hahl, S. 161.
[1100] Grimm, Friedrich, *Mit offenem Visier*, S. 248-249.
[1101] Neulen, S. 150-151.
[1102] Below, S. 208.
[1103] Klüver, *Vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft*, S. 186.
[1104] Ebenda, S. 192-195.
[1105] Holmsten, Georg, *Kriegsalltag*, S. 40.
[1106] *Offiziere des Führers*, 5/1944, S. 23.